Angewandte Geschichte

von

Professor Dr. Heinrich Wolf

Band I.

Angewandte Geschichte, eine Erziehung zum **politischen** Denken und Wollen. 12., verbesserte und erweiterte Auflage. (43.—47. Tausend der Gesamtauflage.) 498 S. [1938].

Band II.

Angewandte Kirchengeschichte: Eine Erziehung zu **völkischem** Denken und Wollen. 3. Auflage. 456 S. [1934]

Band III.

Kulturgeschichte in Mythus, Sage und Dichtung. 4., erweiterte Auflage. 441 S. [1935].

Band IV.

Weltgeschichte der Lüge. 5. Auflage. 470 S. [1937].

Band V.

Angewandte Rassenkunde. (Weltgeschichte auf biologischer Grundlage.) 428 S. mit 51 Abbildungen und 15 Tafeln.

Band VI.

Weltgeschichte der Revolutionen und das Recht des Widerstandes. 388 S.



Theodor Weicher Verlag
Inhaber: Karl Kaehler
Berlin—Leipzig

Angewandte Geschichte

Band I

Eine Erziehung zum politischen Denken und Wollen

von

Professor Dr. Heinrich Wolf

12., verbesserte und erweiterte Auflage

(43.-47. Tausend der Gesamtauflage)



Theodor Weicher Verlag
Inhaber: Karl Kaehler
Berlin—Leipzig

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig

Vorwort zur 1. Auflage (1910).

Die beste Erziehung zum Staatsbürger ist ein gründlicher, guter Geschichtsunterricht.

Ich würde es lebhaft bedauern, wenn auf unseren höheren Schulen von den Geschichtsstunden ein „Unterricht in der Bürgerkunde" getrennt würde. Nicht das ist die Hauptsache, daß die Schüler wissen, wie heute die Verhältnisse und Einrichtungen des Staates sind, sondern wie sie geworden sind[1]). Sonst geraten sie in die Gefahr, unsere öffentlichen Einrichtungen für „fertig" zu halten; auch sollen sie erkennen, wie außerordentlich schwer all die Güter, die wir heute als ganz selbstverständlich hinnehmen, errungen sind; wie gut wir es haben. Nicht auf das Sein, sondern auf das Werden ist der Hauptnachdruck zu legen.

„Angewandte Geschichte" soll bedeuten, daß überall mit Bewußtsein Gegenwart und Vergangenheit in Verbindung gebracht wird; daß wir versuchen, die Gegenwart aus der Vergangenheit und die Vergangenheit aus der Gegenwart zu verstehen. Vor allem aber müssen wir den Mut haben, für die wichtigen Fragen unserer Zeit aus der Vergangenheit zu lernen, Folgerungen und Forderungen zu ziehen. Ich denke an die Verteilung der Welt, an das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, zwischen Staat und Volk, an Freiheit und Gleichheit, Individualismus und Sozialismus, Universalismus, an unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten, an Handels- und Wanderungspolitik, an die Erhaltung des Bauernstandes, an Staatsformen und Volksvertretungen.

Das vorliegende Buch will keineswegs in Wettbewerb treten mit den zahlreichen vortrefflichen Geschichts-Lehrbüchern und größeren Werken. In Form von Geschichtstabellen stehen über den einzelnen Abschnitten die wichtigsten Daten, und daran ist die „angewandte Geschichte" geknüpft.

---

[1]) Man begegnet oft der wunderbaren Auffassung, die Schule müsse die jungen Leute in alle Einzelheiten unserer Heeres-, Verwaltungs-, Gerichts-, Polizei- und Schulorganisation, in das Finanzwesen und die Sozialgesetze usw. einführen. Das würde eine unerträgliche Überbürdung sein, dazu unglaublich langweilig. Soll denn für das spätere Leben nichts zum Lernen übrig bleiben? Der Geschichtsunterricht muß Begeisterung, Liebe zu Volk und Staat wecken; nicht das Wissen ist die Hauptsache, sondern das Können und Wollen: die Bereitwilligkeit und Fähigkeit, auf politische Verhältnisse zu achten und das Wesentliche darin aufzufassen.

Es ist ein großer, verhängnisvoller Irrtum, daß die höheren Schulen sich von den Volksschulen und auf den höheren Schulen selbst die Oberklassen von den Mittel- und Unterklassen nur durch die Quantität des Wissens unterscheiden. Nein, der Unterschied liegt mehr in der Qualität. Die Aufgabe für die Oberklassen besteht nicht darin, die ganze Weltgeschichte noch einmal zu wiederholen, zu befestigen und zu ergänzen. Nein, die Behandlung muß eine ganz andere sein: was ich mit dem Wort „angewandte Geschichte" meine. Der Stoff muß nach bestimmten Gesichtspunkten geordnet, Ursachen und Wirkungen aufgedeckt, vor allem aber die Schüler zur Mitarbeit, zu historisch-politischem Denken angeregt werden. Dabei müssen wir suchen, auf den Willen der jungen Leute einzuwirken, die sittlichen Kräfte in ihnen zu wecken, sie zur wahren Freiheit zu erziehen und zugleich zu dem Bewußtsein, daß sie nur in engem Zusammenhang mit unserem deutschen Volkstum die höchsten Güter erreichen können, daß wir alle nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben.

Man sagt: „Politik gehört nicht in die Schule!" Im Gegenteil, sie muß eine der wichtigsten Aufgaben sein; nur darf man nicht unter Politik Parteipolitik und politischen Tagesstreit verstehen. Das vorliegende Buch ist nicht in tendenziöser Absicht von irgendeinem Parteistandpunkt aus geschrieben; ich bin nicht auf eine bestimmte politische Partei eingeschworen; auch glaube ich, von jeder konfessionellen Engherzigkeit frei zu sein. Nur folgendes kommt stark zum Ausdruck, und das wird man mir nicht als Voreingenommenheit anrechnen können:

Stolz auf unser deutsches Volkstum und auf die zahlreichen „Übermenschen", die es hervorgebracht hat.

Die Überzeugung von der Notwendigkeit einer starken Staatsgewalt.

Die Überzeugung, daß wir nur dann groß und stark bleiben, wenn wir unsere deutsch-nationale Eigenart festhalten und pflegen.

Die Erkenntnis, daß es nichts Ungleicheres gibt als die Menschen; daß nichts mehr zu bekämpfen ist, als die Nivellierungssucht unserer Zeit, welche alle Unterschiede zwischen den Menschen, Nationen und Rassen beseitigen möchte. Die Plutokratie, die zunehmende Demokratisierung und der Universalismus bilden die größten Gefahren der Gegenwart.

Düsseldorf, im August 1910.

Heinrich Wolf.

Eine Rückschau als Vorwort zur 12. Auflage (1937).

In der nachbismarckschen Zeit (nach 1890) wurde der Versöhnungsdrang eine wachsende Gefahr für unser gesamtes Bildungswesen. Denn die Rücksicht auf die schwarzrotgoldenen Flavusdeutschen, denen ihre Menschheitsziele höher standen als unser Volkstum, bewirkte, daß der heranwachsenden Jugend mehr und mehr das Wichtigste vorenthalten wurde. Damit hing es zusammen, daß Mathematik und Naturwissenschaften übermäßig in den Vordergrund traten; mit den Geisteswissenschaften wußte man in dem Zeitalter des rechnerischen Denkens nicht viel anzufangen. Gegen diese Entartung des Schul- und Bildungswesens nahm ich den Kampf auf. 1902 hielt ich in einer großen Versammlung rheinischer Schulmänner einen Vortrag über die Entwertung des Geschichtsunterrichts; einige Jahre später über den modernen Bildungsschwindel. Beide Vorträge wurden gedruckt und weit verbreitet. Außerdem veröffentlichte ich Aufsätze über den Mißbrauch, der mit den gesunden Forderungen „Mehr Kulturgeschichte" und „Bessere staatsbürgerliche Erziehung" getrieben wurde.

Und dann erschien im Herbst 1910 meine Angewandte Geschichte. Sie wurde vom gesamten Armindeutschtum so begeistert aufgenommen, daß schnell hintereinander große Auflagen gedruckt werden mußten. Ich erhielt zahlreiche Zuschriften voll freudiger Zustimmung, nicht nur aus allen Teilen des Deutschen Reiches, sondern auch aus Österreich, Schweiz, Amerika. Mit herzlichem Danke gedenke ich der hochherzigen Stiftung des Herrn August Spierenberg, der für 4200 Lehrerbibliotheken an höheren Schulen, Lehrerseminaren, Präparandenanstalten, Volksschulen je ein Stück schenkte. — Aber in demselben Maße wuchs die Erbitterung der Flavusdeutschen; sie erreichten es, daß die hohen Behörden meinem Buche nicht nur ablehnend, sondern feindlich gegenübertraten. Es wurde als „ungeeignet" aus den Primanerbibliotheken entfernt, ich selbst als „Friedensstörer" behandelt.

Die Flavusdeutschen! In der 1. Auflage (1910) hieß es am Schluß der „Alten Kulturwelt" S. 87: „Hat die Gegenwart die drei großen Gefahren nicht zu fürchten:

die ungehemmte Herrschaft des Geldes,
die Herrschaft der Masse,
den theokratischen Universalismus?"

In der Tat sind diese drei Kräfte, verkörpert in den drei flavusdeutschen Parteien, die Totengräber des deutschen Kaiserreichs, besonders aber des Preußentums geworden; sie hatten sich seit 1890 zu mächtigen Staaten im Staate entwickeln können und fühlten sich bei unserem Zusammenbruch 1918 als „Sieger". Deshalb war es nach dem Weltkrieg mein Bestreben, in der 10. Auflage (1920) diese drei Hauptfeinde unserer Rasse und unseres Volkstums, zugleich die Kluft zwischen den zweierlei Deutschen noch schärfer hervortreten zu lassen.

Und heute? Natürlich steht die 12. Auflage ganz unter dem Eindruck des gewaltigen Umschwungs, den wir seit dem 30. Januar 1933 erleben dürfen. Adolf Hitler hat nach langem, erbittertem Kampf die Herrschaft des landesverräterischen Flavusdeutschtums gebrochen. Seine armindeutsche Revolution brachte die Erfüllung dessen, wofür ich seit 40 Jahren gekämpft habe. Deshalb brauchte ich an meiner Geschichtsschau nichts zu ändern; ich begrüße mit wachsender Freude die planmäßige Nationalisierung unseres gesamten Schul-, Erziehungs-, Bildungs- und Kulturwesens.

Jetzt soll und muß Friedrichs des Großen Wort „toujours en vedette" unsere Losung sein. Aufgabe des Geschichtslehrers ist es, immer wieder das heranwachsende Geschlecht auf die von den Menschheitsaposteln drohenden Gefahren hinzuweisen. Denn unsere 2000-jährige germanisch-deutsche Geschichte zeigt, wie leicht der vertrauensselige, langmütige, friedliebende Michel sich einfangen und betören läßt.

Düsseldorf, im Oktober 1937.

Prof. Dr. Wolf.

Inhalt.

Zweites Buch.

Die neue Kulturwelt.

Die Verteilung der Welt im Wandel der Jahrhunderte.

I. Das große Ringen zwischen Europa und Asien.

II. Der deutsche Volksboden.

III. Wirtschaftliche Kämpfe und Handelspolitik.

IV. Die Verteilung der Welt unter die Nationen, Rassen und Religionen.

V. Folgerungen und Ergänzungen (Der Unterschied).

VI. Die neue Verteilung der Welt.

Der Staat.

I. Ursprung, Wesen und Aufgaben des Staates.

II. Umfang und Größe des Staates. (Vom Universalstaat zum Nationalstaat.)

III. Staatsformen und Staatsverfassungen.

Staat, Volk und Kirche.

Erstes Buch

Die alte Kulturwelt

Vorgeschichte[1]).

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts haben uns zufällige Funde und planmäßige Ausgrabungen („Wissenschaft des Spatens") immer neue Überraschungen gebracht und Licht über eine uralte Vergangenheit verbreitet. Auch durch die vor hundert Jahren gelungene Entzifferung der Hieroglyphen und der Keilschrift wurden unsere Geschichtskenntnisse wesentlich bereichert und berichtigt.

Ägypten und Babylon.

Im Kampf mit der Umwelt entstanden am Nil und am Euphrat-Tigris die ältesten Staaten und Kulturen. Von der Not gedrängt, schufen sich die Menschen eine straffe staatliche Organisation und entfalteten eine energische Tätigkeit: zur Eindämmung und Regulierung der Flußläufe, zur Umwandlung der Sümpfe in Ackerland, zur Anlage erhöhter, dem Überschwemmungswasser nicht erreichbarer, durch Deichwege miteinander verbundener Ortschaften. Bei steigendem Wohlstand entwickelte sich eine bedeutende gewerbliche Tätigkeit: in Leinenindustrie und Weberei, in Tischlerei und Töpferei, in Bearbeitung von Steinen und Metallen. Die Ägypter und vor allem die Babylonier sind für Astronomie und Mathematik die Lehrmeister der Menschheit geworden. Von ihnen haben wir den Kalender, die Woche und die Einteilung des Tages; ihr eigentümliches Rechensystem mit der Zahl 60 hat sich bis zum heutigen Tage erhalten, wenn wir die Stunde in 60 Minuten zu je 60 Sekunden einteilen. Höchste Bewunderung erregen ihre gewaltigen Baudenkmäler.

Warnung vor einer Überschätzung dieser Kultur.

Ed. Meyer weist darauf hin, daß es eine rein materielle Kultur war. Die praktischen Aufgaben dominierten ausschließlich; das gilt für die Kunst des Feldmessens, für die Heilkunde und auch für die Astronomie. Ein Problem um seiner selbst willen zu untersuchen, ist ihnen nie in den Sinn gekommen; es fehlte jedes theoretische Interesse. So haben sie zwar unendlich viele historische Aufzeichnungen gemacht; aber zu einer zusammenfassenden Geschichtsforschung sind sie nicht gelangt. Was sie besaßen, war reiches Wissen, aber keine Wissenschaft. Es war, wie Arno Schmieder aus-

[1]) Ausführlicher ist die Vorgeschichte in meiner „Angewandten Kirchengeschichte" und „Angewandten Rassenkunde" behandelt.

führt, eine Kultur der Zahl. Alles Denken, die ganze geistige Struktur war auf greifbare Zwecke, auf Berechnung eingestellt: eine Welt des Mechanischen, nicht des Organischen.

Verfall und Semitisierung.

Die Schöpfer dieser uralten Kultur waren nichtsemitischer Rasse: in Babylonien die Sumerer, in Ägypten wahrscheinlich Hamiten. Ihre Entstehung ist in Dunkel gehüllt; dagegen liegt ihr langsamer Verfall klar vor unseren Augen, und gerade dieser Kulturverfall erscheint für eine Erziehung zum politischen Denken sehr lehrreich, weil er typisch ist. In Ägypten war aus zahlreichen Kleinstaaten um 3300 vor Chr. ein wohlorganisierter Einheitsstaat erwachsen, ein Nationalstaat mit vortrefflicher Verwaltung und Rechtsprechung. Ackerbau, Handel und Industrie blühten; umfangreich war das Wissen, hochentwickelt Technik und Kunst. Alle politische, soziale und sittliche Ordnung führte man auf die Götter zurück, als deren Vertreter der König angesehen wurde. Die mehrtausendjährige Geschichte erzählt von wiederholtem Aufstieg und Niedergang. Aber das Ende war, daß von 525 v. Chr. bis heute Ägypten unter Fremdherrschaft steht[1]). Wie ist das möglich gewesen?

Schon im 3. Jahrtausend begann eine verhängnisvolle Erstarrung, die von Jahrhundert zu Jahrhundert zunahm. Die Menschen wurden von der Vergangenheit, der Überlieferung schier erdrückt. Alles was die Vorfahren auf den mannigfachen Gebieten des Wissens und Könnens geleistet hatten, suchten sie ängstlich festzuhalten. Es wurde in feste Regeln gezwängt, die für alle Zeiten bindend seien; kanonische Bücher entstanden, an die man sich zu halten habe. Alles Neue, Abweichende wurde scharf verpönt, der freie Menschengeist in Fesseln gelegt, jede selbständige Regung im Keime erstickt. — Besonders streng hielt man sich im Kultus an die Überlieferung, und so entartete die anfangs einfache Religion in geisttötenden Formalismus, in Äußerlichkeiten, Mysterien und Zauberwesen. Dadurch wurde der Gottesdienst immer komplizierter und die Priester, die allein im Besitz des Wissens waren und den Schlüssel zur Seligkeit in Händen hatten, immer mächtiger. Überall siegten die Schablone und das Schema.

Und zusammen mit der Erstarrung wuchs die Erschlaffung. Die Verteidigung des Staates überließ man einer besonderen Kriegerkaste, die hauptsächlich aus Fremden bestand. Die reichen Kulturländer übten eine große Anziehungskraft auf die armen, aber abgehärteten und tapferen Semitenstämme der arabischen Steppen aus, der vagina gentium (Mutterschoß der Völker). Wir können es verfolgen, wie seit

[1]) Ebenso Babylonien seit 538 vor Chr.

dem 4. Jahrtausend vor Chr. immer neue beutehungrige Nomadenschwärme aus dem Steppengebiet in das offene Kulturland vordrangen, wo sie sich halb geduldet, halb mit Gewalt behaupteten und allmählich in den Besitz der Städte setzten. Das wiederholte sich Jahrtausende hindurch. Winckler schreibt: „Das semitische, völkerreiche Arabien erzeugte immer neue Völkermassen, welche die früheren Eroberer wieder verdrängten."

Die Geschichte Vorderasiens und Ägyptens ist der Hauptsache nach die Geschichte einer zunehmenden Semitisierung:

Schon um 3000 vor Chr. waren eingewanderte Semiten die Herren Babyloniens. — Um 2000 vor Chr. wurden ganz Vorderasien und Ägypten von kanaanäischen Semiten überflutet. Mit dieser Völkerbewegung hängt vielleicht der Einbruch der Hyksos in Ägypten zusammen. Damals erreichte Chamurabi in Babylonien eine Großmachtstellung. — Wiederum hören wir von der aramäischen Völkerflut, und Aramäisch wurde für lange Zeit die Weltsprache. — An der Küste des Mittelländischen Meeres entstanden die blühenden Handelsstädte der semitischen Phönizier, und in Palästina breiteten sich nomadisierende Hebräer aus.

Welcher Rasse ursprünglich die am Oberlauf von Euphrat und Tigris wohnenden Assyrer angehörten, wissen wir nicht. Jedenfalls wurden sie völlig semitisiert und errichteten einen militärischen Raubstaat, der im 9., 8., 7. Jahrhundert zu einem ganz Vorderasien und Ägypten umfassenden Weltreich wuchs. Sie verpflanzten systematisch große Volksmassen aus einem Teil des weiten Landes in einen anderen. Wenn schon vorher viele Mischungen unter den Völkern des Orients vorgekommen waren, so wurde durch die Assyrer vollends alles nivelliert.

Mit der Zerstörung Ninives (606 vor Chr.) brach das assyrische Weltreich zusammen, und es bestanden für kurze Zeit vier mächtige Großstaaten nebeneinander: Das iranische Reich der arischen Meder mit der Hauptstadt Ekbatana. — Das neubabylonische Reich: es blühte unter Nebukadnezar, der 586 Jerusalem zerstörte. — Das neuägyptische Reich: der König Necho ließ um 600 durch phönizische Seefahrer Afrika umsegeln. — Das lydische Reich in Kleinasien mit der Hauptstadt Sardes; um 550 herrschte Krösos.

Kulturschöpfer sind die Semiten nie und nirgends gewesen. Professor Winckler schreibt: „Es ist ein Kennzeichen aller Semiten, daß sie die Kulturerrungenschaften anderer an sich rissen und zu ihrem Vorteil verwandten, aber in ihrer Weiterbildung nie Wesentliches leisteten." In Babylonien wurden jahrtausendelang Kultur, Sprache und Schrift der Sumerer von den semitischen Eroberern wie etwas Heiliges beibehalten. Und Ägypten? Hier ging die schon im 3. Jahrtausend beginnende Erstarrung weiter. In der zweiten Hälfte des 2. Jahrtausends erschienen Kultus, Gottesdienst, Tempelbauten geradezu als die einzige Aufgabe des Staates. Die Priester wurden allmächtig, und um das Jahr 1000 tat der Oberpriester den letzten Schritt; er setzte sich selbst die Krone auf: ein Priesterkönig, ein Kalif. Es folgten Fremdherrschaft und Anarchie. Aber die Fremden nahmen die ägyptische Kultur an, und die Gottesherrschaft

(„Theokratie“) wurde in der Weise durchgeführt, daß man bei allen wichtigen Entscheidungen das Standbild des Gottes Ammon fragte und wartete, welche Antwort er durch den Mund des Oberpriesters gab. Auch die Könige des neuägyptischen Reiches (um 600 vor Chr.) waren Fremde.

Ed. Meyer schreibt: „Das Ägypten, das die Griechen kennen lernten, war eine wohlkonservierte und gepflegte Mumie aus uralter Zeit und vermochte ihnen durch seine Seltsamkeit und sein Alter zu imponieren und gelegentlich in Einzelheiten Anregung zu geben, war aber nicht imstande, selbst zu neuem Leben zu erwachen.“ Die kastenartige Gliederung der Ägypter war keineswegs uralt, sondern eine Folge der Entartung: an 1. Stelle standen die Priester, an 2. Stelle die aus fremdländischen Söldnern bestehende Kriegsmacht. Ägypten war kein Nationalstaat mehr.*

Der Eintritt der nordischen Rasse in die vorderasiatisch-ägyptische Kulturwelt.

Im nördlichen Mitteleuropa, besonders in den Ländern um die südliche Ostsee war eine zweite vagina gentium („Mutterschoß der Völker“): Die Urheimat der nordischen Rasse. Von hier zogen die nordischen, „indogermanischen“ Völker nicht als beutehungrige Nomaden nach Art der Araber aus, sondern als landsuchende Bauern, die sich auf fremdem Boden seßhaft machen wollten, weil die Heimat übervölkert war. Langsam schoben sie sich im 2. Jahrtausend vor Chr. immer weiter vor: einerseits bis nach Indien und Iran, anderseits nach Südeuropa.

Mit den Medern und Persern traten die nordischen Indogermanen auf den Schauplatz der vorderasiatischen Geschichte. Allbekannt sind die Großkönige der Perser: Kyros um 550, Kambyses 529—521, Darius 521—485. Als die semitische Rasse abgewirtschaftet hatte, wurden in der vorderasiatisch-ägyptischen Welt für mehr als 1000 Jahre Völker nordischer Rasse die Herren: zuerst die Perser, später die Griechen und Römer. Haben sie dem Orient ihren Charakter aufgeprägt? Leider nicht! Wohl können wir stolz sein auf das echte, uns wesensverwandte Persertum: auf ihre Wehr- und Wahrhaftigkeit, vor allem auf ihre Religion. Von den Persern floß den verschiedensten Völkern „die gigantische Anschauung zu von dem Kampfe des Guten und Bösen, die beide zu Reichen geschlossen einander gegenüberstehen, und die Forderung, in jedem Augenblicke alles zu tun, was dem Reiche des Bösen Abbruch tun kann“. (Lagarde.)

Aber auch die nordischen Perser wurden schnell semitisiert. Sie traten das Erbe an, vor allem das Weltreichsstreben, und indem sie ihre Kraft an der Menschheitskultur erschöpften, verloren sie sich selbst. Ja, noch mehr! Während sie ihr eigenes Volkstum aufgaben, wurden sie die Schöpfer des jüdischen Volkstums, des gefährlichsten

Gegners unserer Rasse. Als die Juden ihre staatliche Selbständigkeit verloren hatten, halfen die Perserkönige ihnen beim Aufbau ihrer völkischen Priesterkirche. Was wir „Judentum“ nennen, das ist erst während und nach der babylonischen Gefangenschaft entstanden. Das Volk wurde zu einer Kirche, die Verfassung eine Theokratie, die Religion ein Gesetzbuch, in welchem alles für ewige Zeiten kanonisch festgelegt ist: überall ein geisttötender Formalismus.

So ging in dem großen vorderasiatisch-ägyptischen Mischkessel, als die Perserkönige erschlafften, der allgemeine Zersetzungsprozeß weiter, und im 4. Jahrhundert vor Chr. brachte ein leichter Stoß von außen den gewaltigen Koloß zu Fall. Erstarrung, Theokratie, Entnationalisierung bzw. Semitisierung, universales Weltreich: das waren die Stationen des Verfalls. Die Griechen des 7., 6., 5. Jahrhunderts vor Chr. staunten die wunderbaren Bauwerke, die großartigen Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen, die hochentwickelte Technik, das alte Wissen an. Aber sie empfanden, daß hier keine Freiheit herrschte, daß kein Raum war für selbständige Regungen des Menschengeistes.

Im Sumpfboden der niedergehenden vorderasiatisch-ägyptischen Kulturwelt liegt der Ursprung für all die Hemmungen, die uns seit mehr als 2000 Jahren zu schaffen machen. Wie die Perser, so wurden nacheinander

das Griechentum,
das römische Weltreich,
die römische Papstkirche,
das römischdeutsche Kaisertum des Mittelalters

in die Erstarrung hineingerissen. Und auf dasselbe Erbe gehen die Krankheiten unserer eigenen Zeit zurück: die Wahnideen einer einheitlichen Menschheit und internationalen Kultur, das Trugideal eines priesterlichen Königtums (Theokratie), die Scheidung der Menschen in Klerus und Laien, das rechnerische und mechanische Denken, Rassenmischung und Völkerchaos.

Griechische Geschichte[1]).

I.

Verdrängung der asiatischen Völker. Ausbreitung des Griechentums.

1. Als unternehmungslustiges Handelsvolk haben die Griechen seit dem 12. Jahrhundert vor Chr. allenthalben den Einfluß der semitischen Phöniker zurückgedrängt, zuerst auf den Inseln und Küstenländern des Ägäischen Meeres, später in Unteritalien und Sizilien.

2. Mit dem Jahre 500 begann der Kampf gegen die gewaltigen Weltreiche der Perser und der phönikischen Karthager:

Gegen die Perser.

Im 6. Jahrhundert waren die kleinasiatischen Griechen zuerst von dem lydischen, dann von dem persischen König unterworfen.

500—494 der Jonische Aufstand.

492 der 1. Perserzug.

490 der 2. Perserzug. Sieg der Athener bei Marathon.

480/79 der 3. Perserzug:

480 Sieg bei Salamis.

479 Siege bei Platää und Mykale.

466 Doppelsieg am Eurymedon.

449 Sieg beim Cyprischen Salamis.

Alexander der Große (336—323) eroberte das ganze Perserreich (Vorderasien und Ägypten).

Jahrhunderte lang blieben Kleinasien, Syrien unter den Diadochen und später unter den Römern griechisch.

Gegen die Karthager.

480 großer Sieg Gelons, des Tyrannen von Syrakus, bei Himera über die Karthager.

Um 400 befreite Dionys I. abermals das hellenische Sizilien von den Karthagern.

310 wagte es Agathokles, Tyrann von Syrakus, die Karthager in Afrika selbst anzugreifen.

Seit dem 3. Jahrhundert übernahmen die Römer die weiteren Kämpfe gegen die Karthager.

146 Zerstörung Karthagos.

---

[1]) Die **alte** griechisch-römische Geschichte muß als ein Stück unserer eigenen germanisch-arischen Vorgeschichte angesehen werden. Denn die echten Griechen und Römer stammten aus unserer Heimat; sie bildeten in den Ländern, wohin sie wanderten, eine Herrenschicht.

Wir können drei Perioden großartiger griechischer Kolonisation unterscheiden:

1. Vor dem Jahre 1000 waren die Inseln des Ägäischen Meeres und die Westküste Kleinasiens besetzt.

2. Eine zweite Periode begann mit dem achten Jahrhundert: in Sizilien, Unteritalien („Groß-Griechenland"), Südfrankreich (Massilia), im Norden des Ägäischen Meeres an den Küsten des Marmara- und Schwarzen Meeres entstanden zahlreiche Kolonien.

3. Eine neue Massenauswanderung wurde durch die Züge Alexanders des Großen eingeleitet.

Der Sieg Europas über Asien bildet im wesentlichen die Geschichte des griechisch-römischen Altertums.

Mögen die Griechen noch so viel von den orientalischen Völkern gelernt und übernommen haben: so gebührt ihnen doch das unsterbliche Verdienst, an die Stelle einer erstarrten, toten Kultur eine neue, lebendige Kultur gesetzt zu haben. Sie sind die Überwinder des Orients geworden: äußerlich und innerlich.

1. Seit dem Anfang des 12. Jahrhunderts können wir, wenigstens in den allgemeinsten Umrissen, die allmähliche Ausbreitung des Griechentums verfolgen. Sie besetzten nach und nach die Küsten und Inseln des Ägäischen Meeres. Namentlich die Griechenstädte an der Westküste Kleinasiens gelangten früh zu hoher Blüte, vor allem Milet.

Es muß betont werden, daß Jahrhunderte lang wachsende Volkszahl und Bedürfnis nach Land die Veranlassung zur Auswanderung war. Die Griechen gründeten nicht Handelsniederlassungen, sondern Ackerbaukolonien; sie wurden seßhaft und schufen sich in dem fremden Lande eine neue Heimat.

Seit dem 8. Jahrhundert vor Chr. setzten die Griechen sich in Unteritalien und Sizilien fest; besonders Tarent, Messana, Syrakus gelangten zu großer Macht. In Südfrankreich entstand der bedeutende Stadtstaat Massilia (Marseille). — Gleichzeitig wurden zahlreiche Kolonien am Nordrand des Ägäischen Meeres gegründet. Die gezackte Halbinsel „Chalkidike" erhielt ihren Namen, weil die eine Stadt Chalkis dort mehr als 30 bäuerliche Siedelungen anlegte. Viele Auswanderer zogen an die Küsten des Marmara- und des Schwarzen Meeres; dort entstanden zahlreiche Städte, z. B. Kyzikus, Byzanz (das heutige Konstantinopel), Chalkedon, Trapezunt; 80 Niederlassungen sollen allein von Milet ausgegangen sein.

Mehr und mehr wurden die Griechen die Herren des Mittelmeers. Sie drängten die Semiten zurück; ihre Ausbreitung erfolgte auf Kosten der phönikisch-karthagischen Seeherrschaft.

2. Jahrhunderte lang hatten die Griechen keinen nennenswerten Widerstand gefunden. Ein Zusammenhang bestand gar nicht zwischen

den einzelnen Unternehmungen; gerade der Drang nach Freiheit trieb kühne Abenteurer in die Ferne, wo sie niemandem untertan waren und nach eigenem Gutdünken sich organisieren konnten. — Das wurde anders, als im Osten nach dem Sturze Ninives (606) erst das Lydische, dann das Persische Reich entstand und im Westen Karthago sich zu einer Großmacht entwickelte. Die Griechen Kleinasiens wurden von dem lydischen König Krösos, bald darauf von dem Perserkönig Kyros unterworfen.

Im Anfang des 5. Jahrhunderts erfolgte gleichzeitig der gewaltige Vorstoß der Perser gegen Griechenland und der Karthager gegen die mächtigen Griechenstädte Siziliens. Wenige Jahre der Weltgeschichte haben eine so große Bedeutung, haben eine so wichtige Entscheidung gebracht, wie das Jahr 480:

Die Perser wurden bei **Salamis**,
die Karthager bei **Himera** besiegt.

Die Griechen gingen zum Angriff über, befreiten die kleinasiatischen Brüder und gründeten neue Kolonien.

Leider folgten bald darauf die unseligen inneren Kämpfe zwischen den Griechen.

3. Alexander der Große führte 334 ein makedonisch-griechisches Heer über den Hellespont. Das Persische Weltreich, welches den Anspruch erhob, die ganze Welt zu umfassen, wurde gestürzt. Die uralten Kulturländer Kleinasiens, Syriens und Phönikiens, dazu Ägypten und Babylon wurden erobert. In einem unvergleichlichen Sieges- und Triumphzug kam Alexander nach Milet, Tyrus, Jerusalem, Memphis, nach Babylon, Susa, Persepolis, bis an die Grenzen Sibiriens einerseits und bis nach Indien anderseits. Er starb zu früh im Jahre 323. Um sein Erbe entbrannten jahrelange Kämpfe. Aber ungeheure Scharen von Griechen wanderten in die eroberten Gebiete und gründeten Kolonien; nicht weniger als 70 neue Städte trugen den Namen „Alexandria". Gegen ein Jahrtausend sind Kleinasien, Syrien, Ägypten griechische Länder gewesen.

4. Die karthagische Großmacht des Westens war semitisch, eine Gründung der Phöniker. Auch der Kampf gegen die Karthager war ein Kampf Europas gegen Asien, ein Kampf des Okzidents gegen den Orient. Um 400 drängte Dionys I., Tyrann von Syrakus, die Karthager zurück. Im Jahre 310 konnte Agathokles, gleichfalls Tyrann von Syrakus, es wagen, nach Afrika überzusetzen und die Karthager in ihrem eigenen Lande anzugreifen.

Das alte **„Griechenland"** beschränkte sich nicht auf das heutige kleine Griechenland. „Griechenland" war auf fast allen Inseln und Küstenländern des Mittelmeers.

Die griechische Sprache ist ein Jahrtausend lang die Trägerin jeder höheren Bildung gewesen. Auch alle fremden Völker mußten sich ihrer bedienen:

Im 3. Jahrhundert vor Chr. haben der babylonische Oberpriester Berossos und der ägyptische Schriftgelehrte Manethos die alte Geschichte ihrer Völker griechisch schreiben müssen, damit sie nicht unterging.

Das hebräische alte Testament wurde in die griechische Sprache übersetzt.

Die ältesten römischen Geschichtsschreiber verfaßten ihre Bücher in griechischer Sprache. Der alte Kato, der erbitterte Griechenfeind, hat griechisch gelernt; denn wo sollte er sonst das hernehmen, was er seinen Sohn lehren wollte?

Das Evangelium Christi hat griechisch gepredigt und geschrieben werden müssen, damit es ganze Völker lehre.

Griechisch ist das Organ des Geistes einer ganzen Weltperiode.

II.

Die Freiheit hat die Griechen groß gemacht.

Vorbemerkung. Die Griechen hatten ein starkes Bewußtsein von ihrer Überlegenheit über die anderen Völker, und daraus entwickelte sich ein kräftiges Nationalgefühl. Das Wort „Barbar" bezeichnete zunächst weiter nichts als „Ausländer, der eine fremde, unverständliche Sprache redet"; aber allmählich bekam es die Bedeutung, die es noch heute hat: „roh, ungebildet".

Ihre nationale Eigenart, den wesentlichsten Unterschied gegenüber den Barbaren, erkannten die Griechen mit Recht in ihrer **Freiheit**[1]); ihren Sieg über die Perser betrachteten sie als einen Sieg der Freiheit über die Knechtschaft. Besonders glücklich hat Herodot den Gegensatz zwischen Griechen und Barbaren zum Ausdruck gebracht:

Wer kennt nicht die schlichte Erzählung von dem Gespräch des athenischen Gesetzgebers Solon mit dem reichen lydischen König Krösos! Hier wird das stille Glück des Bürgerhauses in einem freien Vaterlande, für das dem Mann zu sterben vergönnt ist, höher gestellt als der Glanz des stolzesten Königshofes.

An einer anderen Stelle hören wir von einem Gespräch zwischen dem persischen Großkönig Xerxes und dem Spartaner Demaratos; Xerxes spottet über die „Freiheit" der Griechen und meint, daß gerade die Freiheit sie unfähig mache, den Kampf mit ihm aufzunehmen. Darauf gibt Demaratos die ernste, stolze Antwort: „Obwohl sie frei sind, sind sie nicht in allen Stücken frei; über ihnen steht als Herr das Gesetz, das sie viel mehr fürchten, als dich deine Leute. Sie tun, was jenes befiehlt; es befiehlt aber immer dasselbe, vor keiner Menschenzahl in der Schlacht zu fliehen, sondern auf dem Posten zu bleiben und entweder zu siegen oder zu fallen."

Als der persische Statthalter Hydarnes die Spartaner Sperthias und Bulis zu überreden suchte, sich dem Perserkönig zu unterwerfen, und ihnen unermeßlichen Lohn versprach, antworteten sie: „Sklave zu sein verstehst du; aber die

[1]) Chamberlain sagt: „Das Geheimnis der hellenischen Zaubergewalt liegt in dem Begriff ‚Persönlichkeit' eingeschlossen."

Freiheit hast du nicht geschmeckt und weißt nicht, ob sie süß ist oder nicht. Denn wenn du sie geschmeckt hättest, so würdest du uns raten, nicht mit Lanzen, sondern mit Streitäxten für sie zu kämpfen". Und als sie in Susa nach persischer Sitte sich vor dem Großkönig niederwerfen und die Erde küssen sollten, da weigerten sie sich und sagten, sie würden es nicht tun, selbst wenn sie von ihnen auf den Kopf gestellt würden; denn weder sei es bei ihnen Brauch, vor einem Menschen niederzufallen und die Erde zu küssen, noch seien sie zu diesem Zwecke gekommen.

Später erkannten die Perser die Überlegenheit der Griechen und nahmen sie massenhaft in ihre Dienste. Xenophon läßt im Jahre 401 v. Chr. den persischen Königssohn Kyros folgende Worte zu den Hauptleuten seiner griechischen Söldnerscharen sprechen: „Hellenen! Nicht weil es mir an Barbarenleuten fehlte, führe ich euch als Bundesgenossen mit mir; sondern in dem Glauben, daß ihr tüchtiger und tapferer seid als viele Barbaren, deshalb habe ich euch dazu genommen. Seid nun würdig der Freiheit, die ihr besitzt und derentwegen ich euch glücklich preise. Denn wisset wohl, daß ich eure Freiheit allen Gütern, die ich besitze, vorziehe, ja noch viel größeren Gütern."

Noch der große Philosoph Aristoteles (384—322) meint, die Griechen seien zur Freiheit und zum Herrschen, die Barbaren zur Sklaverei und zum Dienen geboren. Eine längere Erörterung über diese Frage schließt er in seiner „Politik" I, 2 mit den Worten: „Erwiesen ist also der Satz, daß es zweierlei Menschen gibt: solche, die von Natur frei, und andere, die von Natur Sklaven sind, bei denen Interesse und Gerechtigkeit diesen Sklavenstand rechtfertigen."[1])

Zu den Wettkämpfen in Olympia wurden nur freie Griechen zugelassen, auch aus den entferntesten Kolonien, wofern sie nicht durch irgend eine Schuld befleckt waren.

Es ist bezeichnend, daß die Römer, als sie die Herren der Welt geworden waren, zu Abkömmlingen der Griechen gemacht wurden; denn sie können, sagt Dionys von Halikarnaß zur Zeit Christi, doch unmöglich barbarischen Ursprungs sein.

Auch die bildenden Künstler lieben es,

Götter und Giganten,
Griechen und Trojaner,
Griechen und Perser,
Griechen und Gallier

einander gegenüberzustellen.

1.

Die äußere, persönliche und politische Freiheit.

Sparta.		**Athen.**
Sparta entwickelte sich zu einem aristokratischen Militär- u. Klassenstaat.		Das Geschlecht der **Alkmäoniden** als treibende Kraft in der athenischen Geschichte.
Später entstand daraus eine drückende Oligarchie.	Um 620 Aufzeichnung des Landrechts durch Drakon.	Um 620 vereitelte Megakles, Sohn des Alkmäon, den Versuch des Kylon, sich zum Tyrannen von Athen zu machen.
	594 ff. Verfassungsreformen des Solon.	

[1]) Hat Aristoteles unrecht?

Sparta.	Athen.	
	560—510 Tyrannis des Peisistratos und seines Sohnes Hippias.	Der jüngere Megakles, Enkel des älteren, kämpfte wiederholt gegen den Tyrannen Peisistratos.
	510 Begründung der eigentlichen Demokratie durch Kleisthenes. Während der Perserkriege erfolgte die politische Gleichstellung aller Bürger.	Kleisthenes war des Megakles Sohn.
	Zeitalter des Perikles († 429).	Auch Perikles und Alkibiades gehörten zum Geschlecht der Alkmäoniden.

1. Was im Anfang aller geschichtlichen Kenntnisse, um 4000, uns in Ägypten und Babylon entgegentritt, ist bereits der Abschluß einer langen Entwicklung: große nationale Einheitsstaaten; ihre Entstehung ist dunkel.

Anders in Griechenland und Rom; hier können wir die Entwicklung von Anfang an verfolgen. Immer geht Klein- und Vielstaaterei den größeren Staatenbildungen voraus. In Griechenland ist jede Stadt, jede Gemeinde ein Staat, ein Stadtstaat. „Krieg ist der Vater aller Dinge", auch des Staates; der Trieb der Selbsterhaltung macht die wehrhaften Männer zu Trägern des staatlichen Lebens. Es sind freie, gleiche Volksgenossen, welche in bestimmten Zeiten zur Volksversammlung zusammentreten; ein Rat der Alten (Geronten) besorgt die laufenden, gemeinsamen Geschäfte. In den ältesten Zeiten steht ein König an der Spitze; aber für die historische Zeit ist die Republik die klassische Staatsform der Griechen.

Um das Jahr 1000 verschwand das Königtum; an die Stelle trat die Herrschaft des Adels, die Aristokratie (d. h. „Herrschaft der Besten, Stärksten, Tüchtigsten"). Mehrere Jahrhunderte lang scheint das Volk dieses Regiment keineswegs als schweren Druck empfunden zu haben. Freilich waren es „Übermenschen", diese adeligen Herren, aber im besten Sinne des Wortes; sie überragten die anderen durch ihre körperlichen und geistigen Vorzüge. Wir dürfen nie vergessen, daß Griechenland, ja die ganze Welt dieser Adelsherrschaft des 10. bis 8. Jahrhunderts unendlich viel verdankt. Ohne sie hätten wir keine Homerischen Gedichte. Damals ist die Grundlage gelegt für das, was für das Griechentum immer charakteristisch geblieben ist, die Freude an der Kunst, besonders am Gesang, Tanz und Spiel.

Aber im 7. Jahrhundert wurde aus dem patriarchalischen Schutz- und Vertrauensverhältnis eine drückende Klassenherrschaft, die Olig-

archie. Wie ist das gekommen? durch den gewaltigen Aufschwung des Verkehrs und den dadurch hervorgerufenen Übergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft. Im 7. Jahrhundert wurden im Lydischen Reich zuerst Münzen geprägt, und der Staat übernahm die Garantie für den Wert.

Wenige Erfindungen haben solche Umwälzungen herbeigeführt, wie das **Geld**. Von Asien kam es nach Griechenland und brachte für das gesamte wirtschaftliche Leben riesengroße Fortschritte. Aber es ist eine traurige Tatsache, daß jeder Fortschritt in der Geschichte teuer erkauft werden muß. Die freie Bevölkerung hatte bisher aus 2 Ständen bestanden, die friedlich zusammenwohnten, den Adeligen einerseits, den Bauern und Pächtern anderseits. Zwischen ihnen entbrannten im 7. und 6. Jahrhundert die unheilvollsten Klassenkämpfe. Infolge der kapitalistischen Ausgestaltung der Landwirtschaft wirtschaftete der Adel nicht mehr für den Bedarf und Unterhalt, sondern für den Markt und Handel; die Gewinnsucht wurde immer größer. Die Kleinbauern und Pächter standen den neuen Einrichtungen des Umsatzes und Geldverkehrs ratlos gegenüber; sie gerieten in Schulden und durch die Schulden in Hörigkeit und Leibeigenschaft. Dazu kam, daß die Edelleute die Regierungsgewalt, die Rechtsprechung und die priesterlichen Ämter in ihren Händen hatten, wodurch die kleinen Leute rettungslos ihrer Willkür preisgegeben waren. Zugleich schob sich zwischen Adel und Bauern ein dritter Stand, der zu immer größerem Reichtum und Einfluß gelangte, das städtische Handel und Gewerbe treibende Bürgertum.

2. **Athen im 6. Jahrhundert.**

Im 6. Jahrhundert wurde überall die Oligarchie, die Klassenherrschaft des Adels, gebrochen; typisch ist die Geschichte Athens:

a) Die Entartung des Adels, die Notlage der Bauern und Pächter, der Aufschwung der Handeltreibenden hatte in Athen unerträgliche Zustände und lange Kämpfe herbeigeführt. Endlich einigten sich die drei streitenden Parteien dahin, gemeinsam Solon[1]) zum Vermittler und Archon zu machen, und sie übertrugen ihm 594 v. Chr. die Regierung mit diktatorischen Befugnissen und diskretionären Vollmachten.

Solon kannte sehr gut den Wert des Geldes; aber nichts haßte er so sehr, wie die *πλεονεξία*, die Unersättlichkeit im Erwerb, die materielle Gier, die Habsucht, die kein Ziel kennt. Sein Wahlspruch war *μηδὲν ἄγαν*, d. h. „Halte in allen Dingen Maß".

Solons Verdienste liegen darin, daß er Athen, ganz Griechenland vor orientalischer Knechtschaft bewahrt, daß er allen Bürgern gleiche

[1]) Schmoller nennt Solon den „größten Sozialreformer der antiken Welt".

persönliche Bewegungsfreiheit gegeben, daß er einen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen der drei Stände geschaffen hat. Er „kämpfte für alle gegen alle":

Einerseits schützte er den Adel vor agrarrevolutionären Gleichheitsbestrebungen. Anderseits erlöste er die Bauern aus Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft, ließ die vielerorten eingegrabenen Hypothekensteine aus der Erde ziehen, schlug die Schulden nieder, brachte die in Sklaverei verkauften Bauern nach Athen zurück, setzte ein Höchstmaß für den Grundbesitz fest und verbot für alle Zukunft, Geld in der Weise zu leihen, daß der Schuldner mit seiner Person haftete.

Dazu hat Solon den neuen Stand der Handel- und Gewerbetreibenden außerordentlich gehoben, indem er durch die sogenannte „Timokratie" die politischen Rechte und Pflichten nach dem Besitz[1]) abstufte, wobei es jedem Bürger möglich war, durch persönliche Tüchtigkeit von der untersten Stufe zur höchsten emporzusteigen. Nach dem Einkommen (census) wurden die Bürger in vier Klassen eingeteilt; nach diesen Klassen waren sowohl die Pflichten und Leistungen, als auch die politischen Rechte verschieden. Die unterste Klasse hatte nur das Recht, an der Volksversammlung und am Volksgericht teilzunehmen; die obersten Beamten und die Mitglieder des obersten Gerichtshofs, des Areopags, mußten zur ersten Klasse gehören. Dabei machte Solon auch einen Unterschied zwischen aktivem und passivem Wahlrecht.

So erhielten alle Bürger gleiche persönliche Freiheit, aber nicht gleiche politische Rechte. Es ist Solons Verdienst, daß, während andere griechische Staaten schon im 6. und 5. Jahrhundert vor Chr. an sozialen Klassenkämpfen verbluteten, Athen einen unvergleichlichen Aufschwung nahm, der die Bürger fähig machte, den gewaltigen Perserheeren entgegenzutreten, und der Athen die geistige Hauptstadt der Welt werden ließ.

b) Zwar wurde der Erfolg nicht mit einem Schlage erreicht. Zunächst kam es zu neuen inneren Streitigkeiten, welche Peisistratos benutzte, um sich, gestützt auf das niedere Volk, der Alleinherrschaft, der „Tyrannis", zu bemächtigen. Er hat sich um das Aufblühen Athens sehr verdient gemacht.

c) Als im Jahre 510 Hippias, der Sohn des Peisistratos, vertrieben war, bewahrte der Alkmäonide Kleisthenes Athen vor einer Wiederkehr der aristokratischen Klassenherrschaft. Er führte die Solonische Verfassung im demokratischen Sinne weiter, ja wird geradezu der

[1]) Hierbei scheint Solon freilich den Grundbesitz vorgezogen zu haben.

Begründer der Demokratie genannt. Durch eine Neueinteilung des Landes brach er den lokalen Einfluß der großen Adelsfamilien[1]); er sorgte dafür, daß die ganze Bürgerschaft, daß alle Landgemeinden in gleicher Weise in der regierenden Körperschaft, im Rate der 500, vertreten waren. Für die Auswahl der Volksvertreter führte er das Los ein. Doch hielt er an der Klasseneinteilung und dem verschiedenen Maß der politischen Rechte fest; namentlich stand die vierte Klasse sehr zurück.

3. **Athen im 5. Jahrhundert** (von Themistokles bis Perikles):

In die erste Hälfte des 5. Jahrhunderts fällt die Großtat der Athener, die Perserkriege. Sie sind von den gewaltigsten Wirkungen gewesen:

Durch die wiederholten gemeinsamen Gefahren wurde die Bürgerschaft fest zu einer Einheit zusammengeschweißt; man vergaß die trennenden Standesunterschiede.

Besonders wichtig war die Tätigkeit des genialen Staatsmanns Themistokles. Unter dem Widerspruch des konservativ gesinnten Aristides, der den Grundbesitz als das Fundament des Staates bewahren wollte, wies er den Athenern den Weg aufs Meer. Durch ihn ist Athen die größte Seemacht geworden; er setzte den Bau einer starken Kriegsflotte durch, und als nun die Besitzlosen zum Flottendienst herangezogen wurden, da war die Folge der allgemeinen Dienstpflicht die politische Gleichstellung aller Bürger. — Nach den großen Siegen über die Perser (480/79) wurde die Verfassung immer demokratischer; alle Ämter wurden allen Bürgern zugänglich; dem Areopag wurde das Aufsichtsrecht über die Staatsverwaltung entzogen, wodurch er seine Bedeutung verlor; die wichtigsten Entscheidungen fielen in den Volksversammlungen; die Rechtsprechung geschah in den Volksgerichten; die Beamten wurden erlost und waren von dem souveränen Volk abhängig; der „Rat" hatte nur die Angelegenheiten vorzubereiten, die an die Volksversammlung gebracht werden sollten.

Seitdem sahen die Athener ihre Freiheit wesentlich in der politischen Gleichheit; sie unterschieden:

die ἰσηγορία „gleiche Freiheit der Rede",
die ἰσονομία „Gleichheit vor dem Gesetz",
die ἰσοτιμία „Gleichberechtigung zu den Ämtern".

Staunenswertes hat dieser kleine demokratische Staat geleistet. Zu welchen Anstrengungen und Opfern ist die freiheitliebende Bürgerschaft bereit gewesen! Sie hat Griechenland von der Persergefahr gerettet, hat mit einer kleinen Kriegerschar Riesenheere zu Land und

[1]) Man kann damit die Einteilung Frankreichs in Departements vergleichen.

Wasser besiegt, ist dann mutig zum Angriffskrieg gegen das gewaltige Weltreich vorgegangen.

Ihren höchsten Glanz und ihre bedeutendste Macht hat die athenische Demokratie unter Perikles entfaltet, welcher drei Jahrzehnte hindurch der Leiter des athenischen Staatswesens war (460—429).

In seiner berühmten Leichenrede (Thukydides II, 35 ff.) entwirft Perikles ein Idealbild der demokratischen Verfassung. Er sagt in Kap. 37:

„Unsere Verfassung trägt den Namen „Demokratie". Das ist aber so zu verstehen: Nach den Gesetzen haben alle Bürger in bezug auf ihre persönlichen Angelegenheiten gleiche Rechte; was aber die öffentlichen Würden angeht, so wird jeder geehrt nach der Anerkennung, die er sich in irgend einem Fache erwirbt, d. h. nicht auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Partei, sondern auf Grund seiner Tüchtigkeit wird der einzelne herangezogen, und nicht ist die Armut der Grund einer niedrigen Stellung oder ein Hindernis, dem Staate Nützliches zu leisten."

Mit diesen Worten erklärt Perikles den Begriff „Gleichheit": alle Bürger sind gleich vor dem Gesetz in ihren privaten Angelegenheiten; beim Wettbewerb um öffentliche Ehren, Ämter und Würden gibt es keinerlei hemmende Fesseln, keine Vorrechte der Geburt, des Standes oder des Reichtums; für alle ist die Bahn in gleicher Weise frei; allein die eigene Kraft, Tüchtigkeit und Energie entscheidet.

Perikles denkt also keineswegs an eine allgemeine Nivellierung, und bei der Gleichheit, wie er sie versteht, kommt die individuelle Freiheit nicht zu kurz, jeder hat das Recht freier Selbstbestimmung, der Entfaltung seiner Persönlichkeit. In Kap. 42 heißt es:

„Zusammenfassend behaupte ich: unsere Stadt ist nicht nur im ganzen für Hellas der Mittelpunkt jeder geistigen Bildung, sondern auch jeder einzelne Athener vermag — niemand hindert ihn daran — seine individuelle Persönlichkeit zu selbständiger Tüchtigkeit auszubilden, nach den verschiedensten Seiten des Lebens und Wirkens hin."

Perikles schließt diesen Abschnitt (Kap. 41) mit den Worten:

„Eine solche Stadt also ist es, für deren Besitz, den sie sich mit Recht nicht rauben lassen wollten, diese Männer heldenmütig in Kampf und Tod gegangen sind; und ebenso muß von uns Überlebenden ein jeder entschlossen sein, für diese Stadt die größten Mühen auf sich zu nehmen."

Bei Perikles besteht kein Widerspruch zwischen Freiheit und Gleichheit.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß es Männer des ältesten Adels gewesen sind, welche den demokratischen athenischen Staat zu Macht und Ansehen gebracht haben; namentlich die Männer aus dem Hause der Alkmäoniden hatten eine führende Stellung. Von Perikles sagt Thukydides II, 65: „Er hielt das Volk in Zaum, ohne seine Freiheit zu beschränken... Es bestand dem Namen nach eine Demokratie, in Wahrheit aber die Herrschaft des ersten Mannes." Und den Alkibiades läßt Thukydides sagen (VI, 89): „Bei meiner Familie blieb immer die Führung des Volkes; zugleich aber mußten wir, weil die Stadt meistens eine demokratische Verfassung hatte, uns den bestehenden Verhältnissen fügen."

Leider erscheint uns Perikles heute wie der Held einer Tragödie. Wohl führte er das athenische Volk zum höchsten Glanze empor; aber zugleich verschuldete er den Niedergang. Die weitere Entwicklung zeigte, daß die Athener keineswegs „reif" waren

für die demokratischen Rechte, die ihnen verliehen wurden. Dem Perikles erging es, wie in der neuesten Geschichte unserm großen Bismarck: Solange er lebte, hielt er das Volk in Zaum; aber nach seinem Tode führten gerade die demokratischen Einrichtungen, die er getroffen hatte, den Verfall und Untergang herbei. Deshalb ist es töricht, wenn auf die Perikleische Glanzzeit hingewiesen wird, um die demokratische Staatsform zu verherrlichen.

4. Sparta.

Die eigenartige Verfassung, die wir um 500 vor Chr. in Sparta finden, war das Ergebnis eines langen Kriegszustandes[1]). Viele Jahrzehnte, ja vielleicht Jahrhunderte hindurch, lebten die dorischen Eroberer in fortwährendem Kampf gegen die Achäer; ihre Stadt war ein Kriegslager; ihre Wohnung wie eine Kaserne.

Zweierlei erscheint mir besonders bemerkenswert:

a) Einerseits ist von Sparta der Anstoß zu mannigfachen demokratischen Einrichtungen ausgegangen, denn es gab innerhalb der Spartiaten keine Standesunterschiede; sie waren gleich (ὅμοιοι). Deshalb löste sich bei ihnen nicht die Schlacht in Einzelkämpfe der adeligen Herren auf; sondern die Masse wirkte als Einheit; als schwerbewaffnetes Fußvolk kämpften sie in geschlossener Phalanx gegen den Feind. Es war ein Zeichen fortschreitender Demokratisierung, daß die übrigen griechischen Staaten nach und nach die spartanische Kampfesweise annahmen.

Infolge der fortwährenden Kriegsbereitschaft entwickelte sich in Sparta eine Art von Staatssozialismus, von kommunistischer Gemeinschaft: Lagerleben, gemeinsame Mahlzeiten, gemeinsame Erziehung der Jugend, staatliche Regulierung der ganzen Volkswirtschaft, Beschränkung des Eigentumsrechts.

b) Anderseits muß man die spartanische Verfassung eine Aristokratie nennen, allerdings in ganz anderem Sinne, wie sonst: einen aristokratischen Militärstaat. Während in Athen sich alle Bürger als Glieder eines Stammes fühlten, wohnten in Sparta verschiedene Stämme nebeneinander. Die dorischen Eroberer waren die Herren; die einheimische achäische Bevölkerung lebte teils persönlich frei, ohne politische Rechte (die Periöken); teils waren sie zu einer leibeigenen Bauernschaft gemacht (die Heloten).

So konnte es kommen, daß, als sich später allenthalben die demokratischen Verfassungen zu immer größerer Souveränität des Volkes entwickelten, die spartanische Verfassung als der Typus der Aristokratie bz. Oligarchie erschien.

[1]) Ein Gesetzgeber Lykurg hat nie gelebt; die merkwürdigen Einrichtungen des spartanischen Staates sind allmählich, im Laufe von 4 oder 5 Jahrhunderten, aus den besonderen Verhältnissen erwachsen. Vgl. meine „Weltgeschichte der Lüge", 5. Auflage, S. 45 ff.

Die militärische Disziplin hat die Spartaner groß gemacht; sie eroberten die umliegenden Länder, gewannen die Führung über den ganzen Peloponnes, und um 500 vor Chr. wurde ihr Staat allenthalben als die erste hellenische Macht angesehen.

2.

Wechselwirkung zwischen äußerer und innerer Freiheit.

Äußere Freiheit an sich kann kein lebendiges Geistesleben erzeugen; den Römern hat sie keine Kunst und Wissenschaft gebracht. Es müssen in den Menschen Geisteskräfte vorhanden sein, die der Entfesselung harren; nirgends waren solche Kräfte reichlicher, als bei dem griechischen Volke, und geradezu unfaßlich ist der Reichtum an Übermenschen des Geistes, die es hervorgebracht hat. Aber erst die äußere Freiheit gab ihnen die Möglichkeit, ihre Eigenart zu entfalten und ihre Schöpferkraft zu betätigen. In Griechenland ist der Mensch zum Menschen geworden, und dazu hat ihm der Individualismus verholfen, der ein Grundzug des griechischen Wesens ist.

Religion und Mythus:

Die Religion nimmt in dem Leben der Griechen eine zentrale Stelle ein; sie ist die Wurzel, aus der sich alle Zweige des bedeutenden griechischen Kultur- und Geisteslebens entwickelt haben. Nicht nur die lyrische Dichtung geht auf religiöse Kultuslieder zurück, sondern auch das epische Lied, und um die Eigentümlichkeit des attischen Dramas zu verstehen, darf man nie vergessen, daß es aus dem Kultus herausgewachsen ist. Ebenso ist es mit der bildenden Kunst: Architektur, Plastik und Malerei haben sich aus und an dem Gottesdienst entwickelt. Die Gestaltung des Hauses, der Gemeinde, des Staates, der sittlichen Lebensordnungen waren auf Gottesdienst gegründet. Zwischen Zeitrechnung (Kalender) und Kultus bestand der engste Zusammenhang. Die großen olympischen, pythischen, isthmischen und nemeischen Nationalspiele, zu denen die Griechen aus allen drei Weltteilen zusammenströmten, waren religiöse Feste. Sogar die Philosophie gehörte aufs engste mit der Religion zusammen; aus dem religiösen Vorstellungskreise heraus erwuchsen die Bestrebungen, welche zur Wissenschaft führten.

Dabei müssen wir ein Doppeltes beachten:

a) Wie bereits erwähnt ist, begann die griechische Geschichte mit einer unbegrenzten Kleinstaaterei, die noch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zunahm; denn jede neu gegründete Gemeinde und Stadt bildete einen eigenen Staat, der streng auf seine individuelle Eigenart hielt. Dieser Partikularismus ist für das griechische Geistesleben zunächst segensreich gewesen. Zwar waren die religiösen Vorstellungen und Gebräuche untereinander verwandt; aber sie entwickelten sich doch überall eigenartig; hier trat dieser, dort jener Kultus in den Vordergrund. Deshalb hat es auch in Griechenland niemals eine einheitliche, alle bindende und hemmende Religion gegeben.

b) Welch ein Reichtum der schöpferischen Phantasie zeigt sich in den Göttermythen und Heldensagen! welch ein Volk hat eine solche Fülle herrlichster Gestalten geschaffen! Es ist ein eigenartiger Genuß zu verfolgen, wie mit zunehmender Freiheit der Griechen auch ihre Götter und Mythen wachsen, wie alles verinnerlicht und vergeistigt wird. Aber mit der Unfreiheit sanken die Griechen seit dem 3. Jahrh. vor Chr. allmählich von der Höhe der religiösen Vorstellungen zum krassesten Aberglauben zurück.[1])

Freiheit ist das Lebenselement für ein gesundes Geistesleben.

Wir sehen, wie die Künste und Wissenschaften nur in den Orten und zu den Zeiten gedeihen, wo die Menschen frei sind oder um ihre Freiheit ringen.[2]) Es ist interessant zu verfolgen, wie mit der griechischen Freiheit auch die Schauplätze ihrer Kultur wechseln:

a) Nicht im Mutterlande, sondern an der Peripherie des griechischen Lebens finden wir die erste Blüte der Kultur. Die Führung haben die Griechenstädte Kleinasiens, vor allem Smyrna und Milet. Die Wanderungs- und Eroberungszüge der achäisch-äolischen Stämme hatten dem Heldenlied seinen großen Inhalt gegeben, und an den freien Herrensitzen des ritterlichen Adels konnte das epische Lied erblühen. Hier hat im 9. Jahrhundert vor Chr. der gottbegnadete Sänger Homer mit genialer Gestaltungskraft aus Altem und Neuem die unsterblichen Epen Ilias und Odyssee geschaffen. Bei Homer sind nicht Angst und Furcht die Triebfedern der Religiosität. Er kennt keinen Spuk und keine Gespenster, keine unholden Geister; seine heitere Götterwelt ist ein Abbild des irdischen Adelsstaates.

---

[1]) Vgl. meine „Kulturgeschichte".

[2]) Das gilt auch für Mittelalter und Neuzeit. Es sind Zeiten des nationalen Aufschwungs, des Kampfes gegen äußere Feinde und des Ringens um persönliche Freiheit, wo die Geisteskräfte geweckt werden. Am Ausgang des Mittelalters führte das Erwachen des Nationalbewußtseins, die Entfesselung des Germanentums aus den Banden der Erstarrung zu den herrlichen Blüten der Kultur, zu Renaissance und Humanismus. In die Zeit des Aufschwungs Englands unter der Königin Elisabeth fällt die Tätigkeit des genialen Dichterfürsten Shakespeare; im 17. Jahrhundert, als der Geist teils von den Stuarts, teils von den Puritanern in Fesseln gelegt wurde, geriet Shakespeare in Vergessenheit, und erst im 18. Jahrhundert wurde seine Größe neu entdeckt, wobei das größte Verdienst unsern deutschen Dichtern Lessing, Wieland, Goethe, Schiller zufällt. — Das ganze 18. und 19. Jahrhundert ist eine große Periode der Befreiung, und ihr verdanken wir unsere klassische deutsche Literatur, die herrlichen Werke der bildenden Künste und die großen Fortschritte der Wissenschaft.

In Kleinasien, in der mächtigen Handelsstadt Milet, ist einige Jahrhunderte später (um 600) die Wissenschaft geboren. Wohl war in den uralten Kulturstaaten des Orients ein bedeutendes Wissen aufgespeichert; aber es war nur ein durch Jahrtausende lange Erfahrung gesammeltes Material. Den wichtigsten, entscheidenden Schritt haben die Griechen getan; sie haben das Wissen zur Wissenschaft erhoben. Sie begnügten sich nicht mehr mit den mythischen Erzählungen, sondern stellten die Frage nach Ursache und Wirkung; mit vollem Bewußtsein lösten sie die beiden Gebiete von einander, Religion und Wissenschaft.

Dabei zeigt sich die Größe des griechischen Geisteslebens in dem Zusammenhang zwischen Dichten und Denken. Die größten Fortschritte, nicht nur auf dem Gebiete der Kunst, sondern auch der Wissenschaft, waren nicht Resultate des verstandesmäßigen Denkens, sondern eines inneren Schauens, einer plötzlichen göttlichen Offenbarung; es waren Geistesblitze; dichterische Schaffens- und Gestaltungskraft tat sich dabei kund. Das Denken folgte dem Dichten. Die Versuche der ältesten Philosophen, das Weltsystem und die Entstehung der Dinge zu erklären, sind Dichtungen. Die Fragestellung, die Probleme, welche sie aufwerfen: sie sind nicht Erzeugnisse begrifflichen Denkens, sondern Offenbarungen. Das gilt auch für die Atomenlehre des Demokritos, für die Zweiweltentheorie Platos. Ja, selbst die Fortschritte auf dem Gebiet der Mathematik und Technik sind auf diese Weise erfolgt. Von größter Wichtigkeit war es aber, daß die Griechen an eine Gesetzmäßigkeit und Notwendigkeit glaubten, wo kein Zufall waltet; erst bei solchem Glauben ist Wissenschaft überhaupt möglich; das Wort, welches „Ordnung" bedeutet, „Kosmos", wurde die Bezeichnung für die „Welt".

Als im 6. Jahrhundert vor Chr. die Freiheit der kleinasiatischen Griechen durch die Lyder und später die Perser bedroht wurde, wanderten manche bedeutende Männer nach Sizilien und Unteritalien aus. Durch sie entstand dort ein eifriges wissenschaftliches Streben; bekannt ist der große Philosoph und Mathematiker Pythagoras.

b) Auch die lyrische Poesie entwickelte sich zunächst in den Griechenstädten Kleinasiens und auf den Inseln des Ägäischen Meeres; von großem Einfluß waren die politischen Kämpfe zwischen Adel und Volk im 7. und 6. Jahrhundert.

Ist es Zufall, daß im hellenischen Mutterland zuerst Sparta sich an dem Geistesleben beteiligte? Während des 7. und 6. Jahrhunderts lebte hier ein Geist der Freiheit, des Fortschritts, des Aufschwungs; deshalb konnte hier die Dichtkunst gedeihen. Später als der spartanische Staat erstarrte (seit 500), stand er völlig abseits von dem griechischen Kulturleben.

c) **Athen:**

Wer heute von griechischer Kunst und Wissenschaft redet, denkt dabei in erster Linie an Athen. Jedoch muß stark betont werden, daß die Athener erst, seitdem Solon sie frei gemacht hatte, befähigt wurden, an der griechischen Kultur mitzuschaffen.

Seine alles überragende Stellung erlangte Athen erst während und durch die Perserkriege. Als das kleine Häuflein tapferer Athener den mächtigen Feind abwehrte (490 und 480) und dann selbst zum Angriff überging, da wurde diese Heldentat der Anlaß zu einem unglaublichen Aufschwung. Wenn Goethe in Dichtung und Wahrheit sagt: „Der erste wahre und höhere eigentliche Lebensgehalt kam durch Friedrich den Großen und die Taten des siebenjährigen Krieges in die deutsche Poesie", so kann man mit noch größerem Rechte sagen: „Die Entfaltung der griechischen Kultur zu ihrer höchsten Blüte, das große perikleische Zeitalter mit den unvergleichlichen Werken der dramatischen Kunst, mit seinen herrlichen Baudenkmälern, mit der Entwicklung der Geschichtsschreibung, der Philosophie und Redekunst, der Glanz und die Schönheit Athens, wo sich alles Große und Herrliche, das der Griechengeist hervorgebracht hat, wie in einem Brennpunkt vereinigte: alles dies ist undenkbar ohne die Großtaten der Perserkriege".

Athen wurde die geistige Hauptstadt aller Griechen; hier konzentrierte sich im 5. und 4. Jahrhundert vor Chr. alles geistige Leben.

Vor allem ist das Drama eine Schöpfung Athens, ein Kind der athenischen Demokratie. Die drei großen Tragiker Äschylos, Sophokles und Euripides sind Propheten gewesen. Äschylos (525—456) verkündet eine erhabene Zeus-Religion: Zeus ist Harmonie; in der Welt steht alles in Einklang, muß sich harmonisch ineinander fügen. Nicht über Zeus stehen „Schicksal, Notwendigkeit, Weltgesetz", sondern Zeus ist Schicksal, Notwendigkeit, Weltgesetz. Aufgabe der Götter sowohl wie der Menschen ist es, sich ihm demütig unterzuordnen, nicht auf die eigene Kraft zu vertrauen; der einzelne muß sich dem großen Ganzen bescheiden einfügen. Wer da glaubt, des Zeus nicht zu bedürfen, wird zerschmettert. — Das fruchtbarste und wichtigste Problem der tragischen Dichter war die dunkle Frage nach Freiheit und Gebundenheit des Willens, nach Schuld und Schicksal der Menschen. Merkwürdig! es hat kein freiheitliebenderes Volk gegeben, als das der Athener, und doch predigen ihre Tragiker immer wieder, wie gebunden und unfrei der Mensch sei. Dabei betont Äschylos dennoch die individuelle Verantwortlichkeit, während Sophokles von der Nichtigkeit und Ohnmacht der Menschen redet; Euripides, der Dichter der Aufklärung, macht die Bühne zur Kanzel, um an allen hergebrachten religiösen Einrichtungen Kritik zu üben.

Was für bedeutende Persönlichkeiten sind die zwei großen Geschichtsschreiber Herodot und Thukydides! Herodot war ein Freund des Sophokles, und wir finden bei ihm dieselbe religiöse Grundstimmung. Sein umfangreiches Geschichtswerk, das den Kampf zwischen hellenischer Freiheit und barbarischem Despotismus, vor allem die Perserkriege zum Inhalt hat, ist eine große Schicksalstragödie, die von der Gebundenheit und Nichtigkeit des Menschenlebens handelt; und doch ist derselbe Mann der begeisterte Apostel der griechischen Freiheit. — Thukydides dagegen preist die Macht des Menschengeistes: Mensch, hilf dir selber! Vertraue deiner eigenen Kraft! „Wer die Zukunft voraussehen will, der berechne richtig die Machtmittel (frage nicht die Orakel). Der klar disponierende, energisch handelnde Mensch beherrscht die Welt und die Ereignisse, sonst nichts."

Auch die Philosophie erreichte in Athen ihre höchste Blüte und Entfaltung. Von Kleinasien und Unteritalien-Sizilien kamen die großen Denker nach Athen. Hier sammelte Sokrates seine begeisterten Jünger um sich; hier lebten und wirkten die beiden größten Philosophen, Plato und Aristoteles.

Soll ich noch von der bildenden Kunst sprechen? Das ‚Zeitalter des Perikles' hat Athen zur ersten Kunststadt gemacht; unter der Oberleitung des Phidias waren zahlreiche Künstler bemüht, in Architektur, Plastik und Malerei das Höchste zu leisten. Noch heute geben die Ruinen auf der Akropolis Zeugnis von dem damaligen Glanze Athens. —

Aber mit der Freiheit erlosch auch das athenische Geistesleben. Seit dem Ende des 4. Jahrhunderts bis heute besteht Athens Ruhm lediglich in der Erinnerung an die glänzende Vergangenheit, an die herrliche, kurze Kulturperiode von 480—320.[1])

d) Durch den Siegeszug Alexanders des Großen trat eine gewaltige Verschiebung ein. Äußerlich erfuhr die griechische Kulturwelt eine große Erweiterung, und an ihrer Peripherie, in Pergamon, Rhodos, Alexandria, Syrakus und Massilia bildeten sich neue Mittelpunkte eines großartigen Geisteslebens. In Pergamon wurden herrliche Werke der bildenden Kunst geschaffen, die wir heute noch bewundern; zu Syrakus lebte im 3. Jahrhundert vor Chr. der bedeutende Mechaniker Archimedes; um 300 in Alexandria der berühmte Mathematiker Euklides; in Alexandria lehrte im 3. Jahrhundert der Astronom Aristarch, daß die Erde sich um die Sonne und um ihre eigene Achse drehe; in Massilia wohnte der kühne Seefahrer und Geograph Pytheas.

[1]) Zugleich erkennen wir den engen Zusammenhang von Kultur und Macht; die Hauptschauplätze der griechischen Kultur wechselten mit der Macht. Auch heute darf es nicht heißen „Potsdam oder Weimar", sondern „Potsdam und Weimar".

Gewiß sind das herrliche Nachblüten des griechischen Geistes. Aber das Charakteristische war doch, daß seit dem 3. Jahrhundert vor Chr. die griechische Kultur allmählich erstarrte. In Alexandria fing man an, wie im alten Ägypten[1]), alles, was die Vorfahren auf den mannigfachen Gebieten der Kunst und der Wissenschaft geleistet hatten, sorgfältig zu sammeln, für jedes Gebiet feste Regeln, d. h. was „kanonisch" sei, aufzustellen und so den Menschengeist in Fesseln zu legen[2]).

e) Eine wunderbare Nachblüte erlebte die griechische Kultur zu Rom im 1. und 2. Jahrhundert nach Chr. Man lernte in den Schulen die attische Sprache, wie sie vor einem halben Jahrtausend, um 400 vor Chr., in Athen gesprochen war, und alle Rhetoren, alle Geschichtsschreiber und Philosophen dieser Zeit setzten eine Ehre darin, ein möglichst reines Altattisch zu schreiben. Solche Kultur ist eine Totgeburt.

Griechen und Juden.

(Laien- und Priesterkultur).

Immer wieder müssen wir auf die gewaltigen Wirkungen der Perserkriege[3]) zurückkommen. Bei Marathon, Salamis und Platää (490, 480, 479) haben die Griechen, vor allem der kleine Athenische Staat, nicht nur die Asiatischen Heeresmassen, sondern auch den Asiatischen Geist abgewehrt.

Es war kein Zufall, daß dieselbe Zeit (um 500 vor Chr.) für die Entwicklung des Griechentums und des Judentums von einschneidendster Bedeutung gewesen ist. Bekanntlich sind von den 12 Stämmen der Hebräer zehn, die das nördliche Königreich Israel bildeten, nach dem Sieg der Assyrer (722 vor Chr.) in dem Völkerkonglomerat Vorderasiens unter- bz. aufgegangen; sie haben sich mit den andern Nationen vermischt. Anders war es mit dem südlichen Königreich, mit Juda. Auch seine Bewohner wurden nach der Eroberung und Zerstörung Jerusalems (586 vor Chr.) zum großen Teil verpflanzt. Aber die „Babylonische Gefangenschaft" dauerte nicht lange; denn Babylon verlor bald darauf seine Selbständigkeit und wurde ein Teil des Persischen Weltreichs. Die Perserkönige befolgten nun die Politik, mit Hilfe der geistlichen Autorität d. h. einer festgeschlossenen und festorganisierten Priesterschaft über die unterworfenen Länder zu herrschen. Wir wissen, daß Kyros den ausgesiedelten Juden erlaubte, nach Jerusalem zurückzukehren; daß mit persischem Geld der Tempel wieder aufgebaut wurde; daß 458 und 445 vor Chr. der Perserkönig Artaxerxes die Propheten Esra und Nehemia schickte, welche die jüdische Bevölkerung auf das „Königsgesetz" verpflichteten. Die Wirkungen dieser Ereignisse waren unermeßlich; wir spüren sie heute noch. Damals ist eigentlich erst das Judentum entstanden. Freiwillig zerstreuten sie sich über

[1]) Vgl. oben S. 4 f.

[2]) Es ist ein Irrtum, daß die alten Griechen uns „ewig gültige, kanonische Vorbilder" hinterlassen hätten. — Wir sollen nicht sklavische Nachahmer, sondern freischaffende Erben der großen Hinterlassenschaft sein.

[3]) In der nachbismarckschen Zeit wurde es Modesache, die griechischen Heldentaten von 490, 480, 479 herabzusetzen. Wie töricht! Da sollten wir doch lieber die weitgehende Bewunderung alles welschen und angelsächsischen Wesens aus unseren Schulen verdrängen.

die ganze Welt, und allmählich bedeutete Jerusalem für sie dasselbe, wie später Rom für die Katholiken. Zwar hörten sie auf, ein selbständiger weltlicher Staat zu sein; aber als Kirche, als eine über die Erde verbreitete Kultusgemeinschaft bestand das jüdische Volkstum fort: eine neue Art von Staat, der an keinen bestimmten Raum gebunden war, sondern sich über die weltlichen Staaten legte und sie zersetzte. Nur widerwillig gehorchten sie den weltlichen Machthabern, den Persern, später den Griechen und Römern; sie waren „Untertanen auf Kündigung". Ihre Messiashoffnungen gipfelten darin, daß ihnen dereinst alle Herrschaft über die ganze Erde zufallen werde. Das war ihr „priesterliches Königtum": nichts anderes als der theokratische Universalismus, der sogenannte „Gottesstaat", der die gesamte Menschheit umfaßt. Damals, im 5. Jahrhundert vor Chr., trat die ungeheuerliche, jeder echten Religion ins Gesicht schlagende Scheidung in Klerus und Laien ein; damals wurde ein ganzes Volk auf kirchliche Gesetze verpflichtet und ein Glaubenszwang geübt, der tief ins private Leben eingriff und mit Gewalt zahlreiche Mischehen löste. Wir staunen über die gewaltige Energie, mit der die jüdische Nation seitdem Jahrtausende hindurch ihr Volkstum bewahrt und zäh an ihren Messiashoffnungen festgehalten hat. Dabei führte die Kirchenbildung und Priesterherrschaft zur Erstarrung, zum Pharisäismus[1]) und Rabbinismus.

Und nun ein ganz anderes Bild! Fast gleichzeitig mit der jüdischen Kirche entstand in Griechenland der weltliche Staat. Die Perserkriege waren ein Ringen zwischen zwei Weltanschauungen; es mußte sich entscheiden, ob auch in Europa orientalische Kultur, Priesterherrschaft, geistige Gebundenheit und Erstarrung herrschen sollten oder der freie, lebendige Menschengeist sich zu den höchsten Regionen erheben und entfalten könnte. Schon war auch in Griechenland alles reif für die Kirchenbildung: Gerade um 500 vor Chr. hatte die sogenannte Orphische Theologie eine außerordentlich weite Verbreitung in der griechischen Welt gefunden und der „Mysterienkult" überhandgenommen mit seinen geheimnisvollen Weihen und Sakramenten, mit seinen Reinheits- und Speisegeboten; die Orakel, als die Stätten göttlicher Offenbarung, waren Berater des Volkes und des Staates in allen Angelegenheiten; Orakelsammlungen, Wanderpropheten, Weissager und Zeichendeuter gingen durchs Land. Wir wissen, daß die Perser nicht vergebens enge Verbindungen mit den einflußreichen Priesterschaften zu Delphi, Delos und an vielen anderen Orten suchten. Allgemein erwartete man eine Niederlage der Griechen. Hätten die Perser gesiegt, so würden sie auch in Griechenland versucht haben, mit Hilfe einer geistlichen Autorität zu regieren, wie in Juda; so hätten auch hier eine Kirche und ein theologisches System dem Denken ihr Joch auferlegt.

Es ist anders gekommen. Die Siege bei Marathon, Salamis und Platää haben eine Priesterherrschaft unmöglich gemacht. Der weltliche Staat wurde die höchste sittliche Macht des menschlichen Lebens, nicht die Priesterkirche: der freie griechische Bürger- und Laienstaat, der keinen Mittler gebraucht zwischen sich und der Gottheit, der keinen irdischen Herrn über sich anerkannte außer den Gesetzen, die er sich selbst gegeben hat und denen er sich freiwillig unterordnet. Welch ein Gegensatz! Dort Erstarrung und Fesselung des Menschengeistes, hier Leben und freie Entfaltung; dort

[1]) „Die Pharisäer sprachen das letzte Wort und gaben dem Judentum die definitive Ausgestaltung. Ihr Ein und Alles war das Gesetz. Sie suchten das Leben bis in das geringste Detail gesetzlich zu ordnen; sie vergrößerten beständig das Netz der Satzungen und verdichteten die Maschen; sie beschränkten Schritt für Schritt den Kreis des Erlaubten durch Gebot und Verbot" (Wellhausen).

„Orthodoxe und Reformjuden stimmen darin überein, den Pharisäismus als die höchste Blüte anzusehen, deren ihre Nation fähig war" (Lagarde, Deutsche Schriften II, S. 206).

Buchstabe, hier Geist. Wie hoch erhob sich seit dem 5. Jahrhundert vor Chr. die griechische Kultur über die jüdische! Und diese griechische Freiheit und Bildung, griechische Denkweise, griechische Kunst und Wissenschaft, griechische Auffassung vom Wesen des Staats eroberte die ganze alte Kulturwelt, sie muß auch die neue Kulturwelt durchdringen.

III.

Der extreme Individualismus, die Entartung von Freiheit und Gleichheit, hat die Griechen zugrunde gerichtet.

„Die Griechen waren Freunde der Freiheit, ja! aber ein jeder nur seiner eigenen; daher stak in jedem Griechen ein Tyrannos." Goethe.

1.

Weshalb ist keine politische Einigung zustande gekommen?

Der Kampf um die Hegemonie (d. h. um die Führung).

Um 500 vor Chr. hatte Sparta die Führung.
Nach 480/479 ging die Hegemonie an Athen über.
Gründung des athenischen Bundes.
Seit 460 wachsende Eifersucht zwischen Athen und Sparta.
431—404 Der Peloponnesische Krieg, Kampf zwischen Athen und Sparta um die Vorherrschaft.
Nach 404 Hegemonie Spartas.
387 Friede des Antalkidas.
371—362 Hegemonie Thebens:
371 Schlacht bei Leuktra.
362 Schlacht bei Mantinea.
359—336 Philipp, König von Mazedonien.
356—346 Der 3. heilige Krieg.
338 Schlacht bei Chäronea, Hegemonie Mazedoniens.
336—323 Alexander der Große.
Eroberung des gewaltigen Perserreichs.
Nach 322 Die Diadochen.

Trotz der weiten Zerstreuung, trotz der grenzenlosen Zersplitterung hatte sich bei den Griechen ein starkes Gefühl der nationalen Einheit und Zusammengehörigkeit entwickelt. Schon die älteste Dichtung, die Ilias des Homer, zaubert uns ein Bild vor Augen, in dem alle Griechen in Sprache und Götterglauben, in Verfassung und Sitte einig sind und in dem alle Könige und Fürsten sich einem Oberkönig, dem Agamemnon, unterordnen. Wir können es verfolgen, wie Homers Gedichte sich von Kleinasien nach den einzelnen Teilen des griechischen Mutterlandes und überallhin, wo Griechen wohnten, verbreiteten und ein Gemeingut, ein starkes Band wurden, das alle umschlang.

Dazu kam die große religiöse Bewegung, welche während des 8., 7. und 6. Jahrhunderts durch Griechenland ging. Davon geben die gottesdienstlichen Einrichtungen dieser Zeit mit ihren Volksfesten Zeugnis:

Erst seit dem Jahre 776 gewannen die **Olympischen Spiele** ihre hohe Bedeutung; sie wurden zu einem nationalen Fest für alle Griechen im Heimatland und in den Kolonien.

Dasselbe gilt von den **Pythischen, Isthmischen, Nemeischen Spielen.** Der Ruhm der Pythischen Spiele beginnt mit dem Jahre 586 und hängt zusammen mit der weit über die Grenzen Griechenlands hinausgehenden Bedeutung des **delphischen Orakels.**

In Attika erlangten im 6. Jahrhundert, zur Zeit der Peisistratiden die Feste der **Panathenäen** (zu Ehren der Athena) und der **Dionysien** (zu Ehren des Dionysos) einen immer höheren Glanz.

Neben die ritterlichen Spiele traten die **musischen Wettkämpfe.**

Wir sahen, wie nach den Perserkriegen Athen die geistige Hauptstadt der ganzen Griechenwelt wurde. Das attische Drama, die Tragödien des Äschylos, Sophokles und Euripides, die philosophischen Schriften Platos und Aristoteles', verbreiteten sich nach allen Seiten, und oft konnte es scheinen, als seien die trennenden Schranken zwischen den Stämmen und zahlreichen Kleinstaaten gefallen.

Gemeinsame Kämpfe gegen mächtige äußere Feinde sind der beste Kitt, um die Glieder eines Volkes zusammenzufügen. Und in der Tat schien **Athen** im 5. Jahrhundert berufen zu sein, nach den glorreichen Siegen über die Perser, nicht nur die geistige, sondern auch die politische Hauptstadt eines geeinten griechischen Reiches zu werden. Auf die Jahre 480/479 folgte ein fabelhafter Aufschwung; das Meer wurde das Element der Athener und wirkte befreiend; alle Kräfte kamen zur Entfaltung. Es ist eine Lust, das **stürmische, rastlose Vorwärtsdringen** der Athener zu verfolgen: wie sie die Perser von Ort zu Ort verjagten, die Griechen auf den Inseln, an den Küsten Mazedoniens, Thrakiens und Westkleinasiens befreiten, Herren des Ägäischen Meeres wurden, wie Handel, Industrie und Verkehr sich in ungeahnter Weise hoben, der Wohlstand stieg, wie Athen nach der Land- und Seeseite hin stark befestigt wurde.

Willig übertrugen die Griechen auf den Inseln und in den Küstenstädten den Athenern die Führung; in dem **„Athenischen Bund"** schlossen sich ungefähr 200 Kleinstaaten zusammen. Es gelang den Athenern, diesen Staatenbund straff zu organisieren; sie hatten die **Kriegshoheit** und verfügten frei über die äußeren Machtmittel, namentlich über die Flotte; sie hatten eine **Finanzhoheit**, indem sie selbständig bestimmten, zu welchem Zweck die Bundesgelder verwandt

werden sollten; sie hatten eine **Gerichtshoheit**, indem alle wichtigen Prozesse vor das athenische Volksgericht gebracht werden mußten. Selbstverständlich besaß Athen die politische Leitung des Bundes; es stand damals so mächtig da, wie Rom nach den Samniterkriegen oder gar nach dem II. Punischen Krieg.

Weshalb ist das Einigungswerk nicht gelungen?

Die Weltgeschichte steht um 450 vor Chr. vor einer der wichtigsten Entscheidungen. Wird Athen stark genug sein, um das begonnene Werk durchzuführen? werden seine äußeren und inneren Kräfte ausreichen, um die unausbleibliche Reaktion zu überwinden? Das Einigungswerk ist **nicht** gelungen; weshalb?

a) Der Hauptgrund liegt darin, daß der entscheidende Waffengang mit Sparta für die Athener unglücklich auslief. Die Spartaner und ihre Peloponnesischen Bundesgenossen hatten sich vom Kampfe gegen die Perser zurückgezogen. Aber mit wachsendem Ingrimm sahen sie die Fortschritte der Athener. Auch wirtschaftliche Gegensätze spielten eine große Rolle; das mit den Spartanern verbündete Korinth empfand es mit bitterem Haß und Neid, daß es von dem benachbarten Athen überflügelt wurde. Es kam zum **Peloponnesischen Krieg** (431 bis 404), in welchem Sparta siegte.

b) Zwar haben an dem Sturze Athens schwere Schicksalsschläge mitgewirkt, die nicht vorausgesehen werden konnten, besonders die furchtbare Pest. Aber **die Hauptschuld lag doch bei den Athenern selbst.** Im Wesen der Griechen bildet der Individualismus, der Freiheits- und Selbständigkeitsdrang, den Grundzug, wie bei den Germanen. Es gelang den Athenern nicht, die Bundesgenossen dauernd an sich zu fesseln; es gelang ihnen nicht, **einen Ausgleich zu finden zwischen den notwendigen Erfordernissen der Gesamtheit und dem Freiheitsstreben der Einzelstaaten**[1]). Immer wieder hören wir die Klage, daß die Athener die Bundesgenossen wie rechtlose Untertanen behandelten (die σύμμαχοι wie ὑπήκοοι), daß sie willkürlich die Macht für ihre Sonderinteressen ausbeuteten. Deshalb fielen bald diese, bald jene Bundesgenossen ab, und die Athener waren genötigt, immerfort gegen die Glieder des eigenen Bundes

[1]) Darin liegt eine Hauptursache für den Untergang der alten Welt, daß weder Athen noch später Rom aus den Formen des Stadtstaates herauszuwachsen vermochten. Wie ganz anders entwickelten sich **bei uns** die Verhältnisse im 19. Jahrhundert! Durch Stein und Bismarck wurden genau die Aufgaben festgestellt, die dem Gesamtstaate und die den Bundesstaaten, Provinzen, Kreisen, Städten, Gemeinden zufallen sollten; jedes Glied erhielt ein reiches Maß von Selbständigkeit. So wird auch heute in unserem „Dritten Reich" ein gesunder Ausgleich zwischen den Interessen des Ganzen und der Teile gesucht.

zu kämpfen. Dazu kamen abenteuerliche Unternehmungen, wie die Expedition nach Sizilien, an denen die Bundesgenossen kein Interesse hatten.

Das Schlimmste aber war der innere Hader, die zunehmenden Partei- und Klassenkämpfe, über welche im nächsten Abschnitt gesprochen werden soll.

Welch traurigen Verlauf hat die äußere Geschichte der Griechen genommen! Zwar siegte Sparta am Schluß des Peloponnesischen Krieges (404); aber um welchen Preis? Griechenland war verwüstet, Athens Macht und Wohlstand vernichtet, Sparta selbst aufs äußerste geschwächt und unfähig, das Erbe anzutreten. Welch ein Unterschied zwischen 480/79 und 404! Damals Entfaltung der freien, entfesselten Menschenkräfte, jetzt überall Hemmung, Beschränkung, Bevormundung. Damals Erstarken des Nationalbewußtseins, Beginn einer Einigung, jetzt überall der gehässigste, blutigste Bruderzwist. Damals glorreicher Sieg über die Perser, jetzt Triumph der Perser, der eigentlichen Sieger, mit deren Geldhilfe die Spartaner allein die Athener hatten überwinden können. — Seit 404 hörten die Bürgerkriege in Griechenland nicht auf. Der Antalkidische Friede, der 387/6 unter Garantie des Perserkönigs (!) geschlossen wurde und der alle Griechenstädte für „autonom“ erklärte, kann mit unserem traurigen Westfälischen Frieden (1648) verglichen werden, durch den die „teutsche Libertät“ zur höchsten Blüte gelangte. Für kurze Zeit erkämpften sich die Thebaner eine Vorherrschaft (371—362); bald darauf unterlagen die Griechen dem Makedonerkönig Philipp (338), später den Römern.

Zusatz. Vergleich des griechischen Dualismus mit dem deutschen Dualismus zwischen Preußen und Österreich.

Man hat Preußen immer wieder mit dem spartanischen Militärstaat verglichen. Und in der Tat ist die Ähnlichkeit groß: beide, Sparta und Preußen, sind durch ihre straffe militärische Zucht, durch ihre Einfachheit und Abhärtung mächtig geworden.

Aber viel, unendlich viel größer ist doch Preußens Verwandtschaft mit Athen:

1. In den Freiheitskriegen (1813—1815) kämpften Preußen und Österreich zusammen. Preußen trug zwar den größten Teil der Lasten und führte fast allein den Sieg herbei; aber Österreich hatte die Führung, suchte Preußen um den gebührenden Lohn zu bringen, hemmte nachher den Aufschwung Preußens, wo es nur konnte. Genau so handelte in und nach den Perserkriegen Sparta Athen gegenüber.

2. Sparta wurde im 5. Jahrhundert mehr und mehr ein reaktionärer Staat, der sich gegen jeden Fortschritt, jede Neuerung ängstlich absperrte, während Athen das Land der Freiheit wurde. Ebenso war das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen, und tendenziösen Lügen gegenüber kann nicht stark genug betont werden, daß Brandenburg-Preußen seit den Tagen des Großen Kurfürsten, seit 250 Jahren, die Hauptstätte der Freiheit gewesen ist, zwar lange Zeit hindurch nicht der politischen Freiheit (die gab es anderswo auch nicht), sondern der persönlichen Freiheit, der Glaubens- und Denkfreiheit.

3. Ohne die Athener würde Griechenland eine Beute der Perser geworden sein; die Spartaner gaben am Ende des 5. Jahrhunderts ohne Bedenken die kleinasiatischen Griechen den Persern preis. Auch Österreich hat, um seiner Sonderinteressen willen, ein Stück des deutschen Landes nach dem anderen in die Hände der Nachbarfürsten geraten lassen. Und Preußen? Den Hohenzollern verdankten wir's, daß Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Schleswig-Holstein, Elsaß-Lothringen wieder deutsche Länder wurden.

Wie Bismarck zwischen Preußen und Österreich, so hat Perikles einen Waffengang zwischen Athen und Sparta für notwendig und unvermeidlich gehalten. **Aber** der peloponnesische Krieg verlief nicht wie der Krieg 1866; er führte nicht nach wenigen Wochen zu einer politischen Einigung der meisten Griechen, sondern er wurde ein „dreißigjähriger Krieg“, in welchem die beiden führenden Staaten und die anderen Griechenstädte sich selbst zerfleischten.

Es fehlte in Athen an der starken Staatsgewalt, an dem festen Gefüge, wie es in Preußen der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I., Friedrich der Große, Stein und Scharnhorst, Wilhelm I. mit seinen Paladinen geschaffen haben. Bei Deutschlands Einigung kann man drei Stufen unterscheiden:

Die literarische Einigung,
die wirtschaftliche Einigung,
die politische Einigung.[1])

Durch die großen Helden des Geistes, der Kunst und Wissenschaft, war sowohl in Griechenland als in Deutschland ein starkes Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit entstanden. Weiter haben es die Griechen nicht gebracht, weil sie ihrem Freiheitsdrang keine Fesseln anzulegen vermochten. Daß bei uns die wirtschaftliche und politische Einigung folgte, war der starken preußischen Monarchie zu verdanken.

Leider wurde Wilhelm II. seit 1890 dem Preußentum untreu und ließ sich von Österreich ins Schlepptau nehmen; das wurde eine Hauptursache für den Zusammenbruch 1918.

2.

Der extreme Individualismus[2]).

Vorbemerkung. Zwei Weltanschauungen, zwei Ansichten über die höchsten Zwecke unseres Seins stehen sich gegenüber:

1. Der Sozialismus, d. h. der Glaube, daß die Gemeinschaft, sei es Stamm oder Volk, Stadt oder Staat, der oberste Zweck sei und daß der Einzelmensch, das Individuum, nur als Glied und Organ des größeren Ganzen Wert habe.

2. Der Individualismus, die entgegengesetzte Überzeugung, daß das Individuum, das Ich, der oberste Zweck sei und daß Stadt, Staat, Volk und Gesellschaft nur in meinem Interesse da sind und da sein dürfen.

Der Sozialismus betont die Pflichten, der Individualismus die Rechte der Menschen.

Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die ganze Weltgeschichte. Natürlich gibt es viele Abstufungen und Mittelglieder, Übergänge und Schattierungen. Je mehr Gemeinsinn, gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen vorhanden sind und Produktion, wie Konsumtion sich nach dem Gesamtwohl richtet, desto mehr Sozialis-

[1]) Die **Volksgemeinschaft** in unserem „Dritten Reich“ ist die Krönung dieser Entwicklung.

[2]) Vgl. zu diesem Abschnitt die eingehenderen Ausführungen in meiner „Geschichte des antiken Sozialismus und Individualismus“ (Gütersloh) S. 39 ff.

mus; das kann so weit gehen, daß jeder Einzelbesitz aufhört. — Umgekehrt, je mehr das Individuum oder Gruppen von Individuen ihre eigenen Bestrebungen und Ziele über die Interessen von Staat und Gesellschaft stellen, je mehr die Überlegenheit, welche ihnen körperliche Kraft, geistige Fähigkeit oder materielle Mittel, namentlich Geld, verleihen, dazu benutzt wird, um sich von allen Fesseln zu befreien oder gar auf Kosten der Mitmenschen politische Macht oder materiellen Gewinn und Genuß zu verschaffen, um so mehr Individualismus.

Die Geschichte des griechischen Volkes ist eine wachsende Befreiung des Individuums, eine Befreiung von den Fesseln, welche die Gesellschaft und die Tradition um die Menschen geschlungen hatte; hierauf beruht die Größe des Griechentums, die Größe auf allen Gebieten des Glaubens und Denkens, des Dichtens und künstlerischen Schaffens.

Aber seit der Mitte des 5. Jahrhunderts vor Chr. verloren die Griechen mehr und mehr allen Gemeinsinn und gelangten stufenweise zum **extremen** Individualismus. Dabei müssen wir zwei verschiedene Wege unterscheiden, die man heute mit den Namen „Rechtstheorie" und „Machttheorie" bezeichnen würde. Übereinstimmend ist bei beiden die Anschauung, daß die sozialen Gebilde, Familie, Stand, Genossenschaft, Staat nur um der Individuen willen da sind. Aber die Rechtsdoktrin geht davon aus, daß alle Individuen gleich sind und gleichen Anspruch auf Vollgenuß des Lebens haben; die Machtdoktrin davon, daß die Individuen ungleich sind und daß die Stärkeren sich die Schwächeren unterwerfen.

Die Entartung des Individualismus wurde um so größer, je mehr die Rücksicht auf das Ganze, auf die Gesamtheit, auf die gemeinsamen Interessen schwand. Da führte die Rechtsdoktrin zur extremen Demokratie, zur Herrschaft der Masse; die Machtdoktrin zur Oligarchie oder Tyrannis.[1]) Beide, Demokratie und Oligarchie (Plutokratie), ebneten der asiatischen Theokratie die Bahn; zwar hatten die Griechen 490, 480, 479 die Priesterherrschaft zurückgewiesen; aber durch eigene Schuld endete ihre Geschichte doch mit einem Triumph des asiatischen Geistes.

1. Entartung der individuellen Freiheit:

a) Der Mammonismus, die „Bourgeois":

Überraschend ist die Ähnlichkeit des 5. und 4. Jahrhunderts vor Chr. mit dem gepriesenen 19. Jahrhundert nach Chr. Wie bei uns durch die Freiheitskriege, durch die Demokratisierung unserer Verhältnisse, durch die Entfesselung aller Kräfte, durch die siegreichen Kriege von 1866 und 1870/71 und durch die Aufrichtung des Deutschen Reiches ein fabelhafter Aufschwung von Handel und Industrie erfolgte: so stieg auch in Griechenland Handel und Gewerbe zu einer unglaublichen Höhe. Athen wurde, wie auf allen Gebieten, so auch hier die führende Macht; Athen wurde Mittelpunkt für eine Großindustrie, für einen Welthandel, der die Erzeugnisse der heimischen Arbeit an alle Küsten des Mittelländischen Meeres brachte und dafür fremde Waren einkaufte, zugleich aber auch

[1]) An demselben extremen Individualismus ist auch die politische Einigung der Griechen gescheitert: die kleinen Gemeinden betonten die Gleichheit und wollten nichts von ihrer Selbständigkeit (Autonomie) zugunsten der gemeinsamen Interessen opfern; die großen betonten die Ungleichheit und benutzten ihre Macht zur Unterdrückung der anderen.

für eine hochentwickelte Geldwirtschaft mit geradezu internationalem Verkehrsleben.

Bei Thukydides (I, 70) lesen wir einen interessanten Vergleich zwischen dem unersättlichen Tatendrang der Athener und der ängstlichen Saumseligkeit Spartas. Die Korinther drängten aus Handelsneid die Spartaner zum Krieg gegen Athen (431) und sagten:

„Wenn irgend jemand, so glauben wir berechtigt zu sein, über unsere Nachbarn Klage zu führen; ihr aber scheint davon keine Ahnung zu haben, ja überhaupt noch nie gründlich erwogen zu haben, was für Leute die Athener sind, gegen die ihr kämpfen sollt, und wie sehr, ja wie in allen Stücken sie von euch verschieden sind. Sie sind neuerungssüchtig und rasch im Entwerfen von neuen Plänen und in der tatsächlichen Ausführung dessen, was sie beschlossen haben; ihr seid nur imstande, das Bestehende zu erhalten, unfähig, Beschlüsse darüber hinaus zu fassen, und könnt nicht einmal das Notwendige ausführen. Ferner sind jene über ihre Kräfte hinaus verwegen, über Erwarten waghalsig und verlieren selbst in der größten Gefahr nicht die Hoffnung; eure Art ist es, zu unternehmen, was hinter eurer Kraft zurückbleibt, nicht einmal zu sicheren Entschlüssen Vertrauen zu hegen und euch niemals frei von Gefahren zu fühlen. Sie sind entschlossen zur Tat, ihr zaudernd; sie unternehmungslustig in der Fremde, ihr hockt zu Hause. Denn sie hoffen, in der Ferne etwas zu gewinnen, ihr fürchtet durch die Offensive euren Besitz zu gefährden. Und wenn sie über die Feinde siegen, dringen sie möglichst weit vor; wenn sie unterliegen, weichen sie möglichst wenig zurück. Im Dienste der Stadt ist ihnen der Körper wie ein fremdes Werkzeug; den Geist aber betrachten sie als ihre eigene Kraft . . ."

Das ist gewiß ein glänzendes Zeugnis für den rastlosen Eifer der Athener. **Aber** diese Entwicklung barg zugleich große Gefahren in sich. Erst nach den Siegen über die Perser gelangte die Geldwirtschaft zur höchsten Blüte, und bei der schrankenlosen Freiheit der Menschen, die sich in ihren wirtschaftlichen Unternehmungen, in dem Konkurrenzkampf über alle Grenzen der Sittlichkeit und des Rechts hinwegsetzten, erlangte das Geld bald ein einseitiges Übergewicht über alle anderen Güter des Lebens; das Geld wurde die herrschende Macht; das Geld wurde auf den Thron gesetzt[1]). Man sagte: *Χρήματα, Χρήματ' ἄνθρωπος*, d. h. „das Geld macht den Menschen; er gilt nicht so viel, wie er ist, sondern wie er hat". Im nächsten (4.) Jahrhundert klagt Aristoteles, die Tapferkeit sei jetzt da, um Geld zu erringen; die Kriegs- und die Heilkunst nicht, um Sieg und Gesundheit zu verschaffen, sondern Geld. „Was machen sie aus alle dem? eine Geldspekulation, als wäre das Geld das Ziel und der Zweck von allem!"

Verhängnisvoll war die soziale Umschichtung, die durch die Herrschaft des Geldes herbeigeführt wurde. Die schrankenlose Freiheit wurde die Ursache der größten sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit. Da eine starke Staatsgewalt fehlte,

[1]) Victor vincitur „der siegreiche Held unterlag". Zwar hatten die Griechen heldenhaft die asiatische Geldmacht abgewehrt, erlagen dann aber selbst der Macht des asiatischen Geldes und wurden Mammonsknechte.

welche die gemeinsamen Interessen geschützt und die widerstrebenden Sonderinteressen ausgeglichen hätte, und da die bürgerliche Gesellschaft sich selbst überlassen war, so brachte der Egoismus, diese Art von „Freiheit“, die traurigsten Früchte. Das Geld

verdrängte den Kleinbauer,
verdrängte den Krämer,
verdrängte den Handwerker.

Rücksichtslos nutzte der Kapitalist die überlegene Macht seines Geldes aus. Immer mehr wurde alle Arbeit industrialisiert; dazu kam die wachsende Verwendung von Sklaven in den Fabriken. Das führte dahin, daß allmählich alle Handarbeit für schimpflich, eines freien Mannes unwürdig angesehen wurde. Hatte in der ersten Hälfte des 5. Jahrhunderts ein gesunder, kräftiger Mittelstand den Hauptbestandteil des athenischen Staates gebildet, so schwoll in der zweiten Hälfte in erschreckendem Maße das besitzlose Proletariat an.

Bei der wachsenden Demokratisierung aller Verhältnisse war der Unterschied zwischen Geburtsadel und Volk geschwunden. Aber eine neue Kluft hatte sich aufgetan, viel schlimmer, zwischen den „Wenigen“ und den „Vielen“; der Mittelstand schmolz zusammen.

b) Die Herrenmoral[1]):

Diese Entwicklung wurde unterstützt und gefördert durch den Geist der Aufklärung, durch die Lehre der Sophisten[2]), welche den extremsten Subjektivismus, die einseitigste Betonung der individuellen Freiheit wissenschaftlich begründeten und für allein berechtigt erklärten. Protagoras sagte, ob es Götter gebe oder nicht, wage er nicht zu entscheiden; an Stelle der entthronten Götter setzte er seine eigene Vernunft auf den Thron und brachte alle Angelegenheiten vor ihr Forum. Er hat das Wort geprägt: „Der Mensch (d. h. ich) ist das Maß aller Dinge“, und dieser Satz wurde für Tausende ein frohes Evangelium; sie leiteten aus der Theorie die praktische Nutzanwendung ab, daß jeder Mensch berechtigt sei, seine Wünsche, seine Triebe zum letzten Ziel alles Tuns zu machen, unbekümmert um die Interessen der Mitmenschen.

Durch Protagoras und die anderen sogenannten „Sophisten“ kamen alle bisherigen Grundlagen des privaten und öffentlichen Lebens

[1]) Diese „Herrenmoral“ war etwas ganz anderes, als das stolze, aufrechte, wahrheitsliebende Selbstbewußtsein, das die frühere adelige Herrenschicht gehabt hatte.

[2]) Bei der Beurteilung der Sophisten stelle ich mich als Historiker auf denselben Standpunkt, wie bei ihren Geistesverwandten, den Männern der französischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, ihren Werken in jeder Hinsicht gerecht zu werden; vielmehr müssen wir feststellen, welche Bestandteile ihrer Schriften wirkten und der öffentlichen Meinung einverleibt wurden.

ins Wanken. Ihre Lebensanschauung führte zum krassesten Egoismus und sittlichen Nihilismus, zum rücksichtslosen Recht des Stärkeren. Dieser Liberalismus strebte nach immer größerer Emanzipation von jeder staatlichen Fessel; alle staatlichen Gesetze, welche die wirtschaftlichen Sonderinteressen einschränkten, betrachtete er als Eingriffe in die persönlichen Freiheitsrechte der Menschen. Man sagte: was bisher als Sitte, Herkommen und Gesetz gegolten hätte, das sei eine schlaue Erfindung, um im Interesse der Schwachen die Starken im Zaume zu halten. Diesem „positiven“ Recht stellte man das „Naturrecht“ gegenüber (d. h. das, was „natürlich“ und deshalb auch einzig „vernünftig“ sei), welches dem einzelnen Menschen zur Befriedigung seiner egoistischen Triebe keine andere Grenze setze, als das Maß der eigenen Kraft; der Stärkere habe das Recht, unbekümmert um Gesetz und Sitte, den Schwächeren zu unterdrücken.

Es war dies eine völlige **Umwertung aller Moral:** der „Sklavenmoral“, welche Selbstbeherrschung, Gehorsam gegen Götter, Staat und Gesetze, Gerechtigkeit predigte, stellten sie ihre „Herrenmoral“ gegenüber, die sich einzig von dem Willen zur Macht leiten ließe[1]).

In Alkibiades, dem Verwandten des Perikles, dem verwöhnten Liebling des Glücks, tritt uns ein übermütiger Vertreter dieser Herrenmoral entgegen. Er läßt sich im Peloponnesischen Krieg von nichts anderem leiten, als von dem Willen zur Macht. Zuerst stürzt er seine Vaterstadt in einen neuen Krieg mit Sparta und in das Sizilische Abenteuer (415—413) hinein. Als er dann von seinen Gegnern in Athen wegen Religionsfrevels angeklagt und verurteilt ist, wird er ohne weiteres zum Vaterlandsverräter und gibt den feindlichen Spartanern die Mittel an, um Athen zu vernichten. Seine Freundschaft mit den Spartanern dauert auch nicht lange. Da wendet er andere Mittel an, um die führende Stellung in Athen wieder zu erlangen; dabei ist von einer festen politischen Gesinnung keine Rede; ihm ist es gleich, ob er sein Ziel durch die demokratische oder oligarchische Partei erreicht.

2. Die Entartung der Gleichheit:

Schrankenlose Freiheit und Gleichheit können nicht zusammen bestehen; sie schließen sich gegenseitig aus:

Die Freiheit erhöht die wirtschaftliche Ungleichheit;
die Gleichheit führt zur Unfreiheit.

a) Das souveräne Volk:

Wir sind heute gewöhnt, drei Gewalten, die ausübende, gesetzgebende und richterliche, zu unterscheiden und möglichst unabhängig von einander zu machen. Bei den Athenern lagen alle drei Gewalten in den Händen der Menge.

[1]) In meiner „Geschichte des antiken Sozialismus und Individualismus“ (Gütersloh) S. 44 ff. steht eine Übersetzung der berühmten Rede, die Plato dem Sophisten Kallikles in den Mund legt, in der wir die Quelle für die Weltanschauung des Dichterphilosophen Nietzsche zu sehen haben.

Die heutigen Kulturstaaten haben für Gesetzgebung und Rechtsprechung mehrere Instanzen. Dadurch werden die verschiedenen Kräfte des öffentlichen Lebens im Gleichgewicht gehalten, ergänzen und verbessern sich gegenseitig. In Athen war das Volk in allen wichtigen Angelegenheiten die einzige und höchste, letzte Instanz.

Alle Schranken der extremen Demokratie waren gefallen; das Volk, d. h. die „Vielen", souverän. Alljährlich fanden 40 ordentliche und daneben noch viele außerordentliche Volksversammlungen statt, in denen alle Bürger über 20 Jahre das gleiche Stimmrecht hatten. Hier wurde über Abschaffung oder Änderung von alten und Einführung von neuen Gesetzen Beschluß gefaßt; hier die Behörden gewählt, so weit sie nicht durchs Los ernannt wurden; hier wurde über Krieg und Frieden, über Bündnisse und Verträge entschieden; hier fremde Gesandte empfangen und den eigenen Gesandten Vollmachten gegeben; hier wurde die Verwendung der öffentlichen Gelder bestimmt, Veränderung der Tribute und Zölle, Aufnahme neuer Gottesdienste.

Alle richterliche Gewalt lag bei den Volksgerichten. Alljährlich wurden 6000 Bürger, die das 30. Lebensjahr überschritten hatten, erlost und aus ihnen die Gerichtshöfe zu 200, 300, 500, 1000 und 1500 Personen gebildet, welche die Entscheidung in den einzelnen Prozessen hatten. Diese „Heliasten" waren Richter und Geschworene zugleich.

Alle Beschlüsse der Volksversammlungen und Volksgerichte waren bindend; es gab keine Berufung[1]).

Woraus bestand nun dieses 'Volk'? Die Kleinbauern, die es noch gab, hatten keine Zeit, täglich in die Stadt zu kommen; die Vornehmen und Wohlhabenden zogen sich mehr und mehr vom öffentlichen Leben zurück. So waren es denn die Handwerker, Budiker und die Proletarier, die Besitzlosen, in deren Händen die wichtigsten Entscheidungen lagen.

---

[1]) Hierzu schrieb ich 1910 in der ersten Auflage folgende Anmerkung: „Man male sich bei uns ein demokratisches Zukunftsbild nach athenischem Muster aus! Monarchie beseitigt, Herrenhaus abgeschafft. Volksvertretungen, die durch allgemeines gleiches Stimmrecht von allen Bürgern über 20 Jahren gewählt sind, in Reich, Einzelstaaten, Provinzen, Kreisen, Städten. Keine auf Lebenszeit oder auf längere Dauer ernannte Beamten für Verwaltung, Rechtsprechung und Heer; keine gesicherte Lebensstellung, sondern Beamte, die für kurze Zeit erlost oder vom Parlament gewählt sind. Im Parlament Beschluß über Krieg und Frieden, Verhandlungen mit dem Ausland, bindende Entscheidungen über alle Einnahmen und Ausgaben. Man täusche sich nicht! auch heute stehen bei zunehmender Demokratisierung hinter jeder erfüllten Forderung neue Forderungen."

In der Tat brachten die Novemberrevolution 1918 und ihre Wirkungen „Fortschritte", die uns auf die „Kulturhöhe" des entarteten athenischen Staates führten.

Während die Beamten, auch die Ratsherren über ihre Handlungen Rechenschaft ablegen mußten, war das souveräne Volk in Volksversammlung und Volksgericht unverantwortlich.

b) Der Staat als Versorgungsanstalt für die Masse:

Zwischen der rechtlich-politischen Freiheit und Gleichheit einerseits und der wachsenden wirtschaftlich-sozialen Ungleichheit und Abhängigkeit anderseits war ein klaffender Widerspruch. Bei dem zunehmenden Gegensatz zwischen Arm und Reich mußte es dahin kommen, daß die Massen die Gleichheit auch auf das wirtschaftliche Gebiet auszudehnen strebten. Schon Perikles suchte alle Bürger wirtschaftlich sicher zu stellen; er benutzte die Gelder der Bundesgenossen, um den athenischen Bürgern Arbeitsgelegenheit zu geben. Das war schon bedenklich; aber viel schlimmer wurde es, als man überhaupt nicht mehr arbeiten wollte und alle Handarbeit für schimpflich, eines freien Mannes unwürdig erklärte. So führte denn die Entwicklung dahin, daß die Masse sich daran gewöhnte, auf Kosten des Staates zu leben:

> Man bekam Sold (Diäten) für den Besuch der zahlreichen Volksversammlungen;
> der Richtersold wurde für die „kleinen Leute" ein Erwerb: daher die wachsende Prozeßwut; man strebte danach, möglichst an allen festfreien Tagen zu Gericht zu sitzen;
> die Ratsherren erhielten Besoldung;
> an den Festtagen wurde Geld unter die Bürger verteilt, und der Betrag wurde immer größer;
> seit dem Jahre 394 vor Chr. wurde den „kleinen Leuten" das Eintrittsgeld ins Theater aus der Staatskasse zurückerstattet (die sogenannten „Schaugelder").

So benutzte das Volk in dem demokratischen Athen seine Macht dazu, auf öffentliche Kosten zu schmausen und sich zu vergnügen; der Staat wurde die melkende Kuh, die alle füttern sollte.

c) Der Terrorismus:

Das allgemeine gleiche Stimmrecht wurde zu einem furchtbaren Machtmittel gegen die Minderheit. In den Volksversammlungen faßten die Nichtbesitzenden Beschlüsse über das Vermögen der Besitzenden. Von gewissenlosen Demagogen ließ sich das regierende, souveräne Volk hin- und herleiten; es setzte sich leichtsinnig über die Gesetze hinweg, empfand es als Eingriff in seine Freiheit, wenn man es nicht nach seiner Laune handeln ließ, faßte törichte Beschlüsse und bereute die Tat, wenn sie geschehen war[1]).

---

[1]) Ganz wie bei uns nach dem ‚glorreichen' 9. Nov. 1918.

Ein klassisches Beispiel für den entarteten Freiheitssinn der Athener ist der Arginusenprozeß (406). Die siegreichen Feldherren wurden angeklagt, sie hätten es versäumt, die Schiffbrüchigen zu retten; die künstlich erregte und erhitzte Volksmenge war bereit, die Feldherren zum Tode zu verurteilen, ohne die Verteidigung anzuhören. Als dagegen einzelne Bürger Einspruch erhoben, da schrie die Menge: es sei unerträglich, wenn man das Volk nicht tun lasse, was es wolle; die, welche es daran hinderten, solle man mit dem Tode bestrafen. Und als einige von den vorsitzenden Prytanen sich weigerten, die gesetzwidrige Abstimmung zuzulassen, brüllte wiederum die Menge, man solle die vor Gericht ziehen, die sich weigerten. (Xenophon, Griech. Geschichte, I, 7, 3 ff.)

Im Volksgericht wurde geradezu Klassenjustiz getrieben. Voll Behagen sahen die armen Leute, aus denen meist das Volksgericht bestand, die Reichen zu ihren Füßen zittern. Um die Gesetze kümmerten sich diese Richter nicht viel; daß sie ihre Diäten bekamen, war ihnen wichtiger, als daß sie Recht sprachen; es kam vor, daß der Ankläger sie aufforderte, den Angeklagten zu verurteilen, damit aus dem konfiszierten Vermögen der ‚Richtersold' bezahlt werden könnte.

Das Bedenklichste war die Finanzwirtschaft. Perikles hatte einen großen Staatsschatz angesammelt; es war Brauch, die Überschüsse der Verwaltung der Kriegskasse zuzuführen. Aber im 4. Jahrhundert dachte man nicht mehr an Sparen; die Besoldungen für Rat, Volksversammlungen und Volksgerichte, die wachsenden Ausgaben für die Feste und die Schaugelder verschlangen den größten Teil der Einnahme und machten den Staat zu jeder energischen Kriegführung unfähig; der Verwalter der Theorikenkasse (Schaugelderkasse) wurde einer der bedeutendsten Beamten. Als im Jahre 350 der Antrag gestellt wurde, die Überschüsse der Verwaltung, wie früher, der Kriegskasse zuzuführen, da tobte das souveräne Volk und faßte den Beschluß, daß fortan jeden die Todesstrafe treffen sollte, der die bestehenden Bestimmungen über die Theorikenkasse durch einen Antrag bei der Volksversammlung antasten würde[1]). So war denn, weil das Vergnügen des Volkes allen anderen Interessen des Staates vorging, bei jedem größeren Kriegsunternehmen eine außerordentliche Vermögenssteuer erforderlich, die natürlich von den Besitzlosen den Besitzenden auferlegt wurde.

3. Klassenkämpfe, Kampf aller gegen alle:

Geradezu erbärmlich und widerwärtig ist die ganze politische Geschichte der Griechen seit der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts; sie besteht aus einem fortgesetzten gegenseitigen Morden und Abschlachten.

[1]) In den Reden des Demosthenes hören wir bittere, schmerzliche Klagen über solche Zustände. Er sagt 349 in der Volksversammlung: „Ihr habt Geld für den Krieg, mehr als irgend jemand unter den Griechen: aber ihr steckt es für eure Vergnügungen in die Tasche."

Zu dem großen Bruderkrieg zwischen den vielen Stadtstaaten, die sich teils auf die Seite Athens, teils Spartas schlugen und, wenn sie neutral bleiben wollten, vergewaltigt wurden, kam der noch viel entsetzlichere und blutigere Kampf zwischen den Parteien in den einzelnen Städten. Weil Sparta sich immer mehr zu einer oligarchischen Plutokratie, Athen zur extremen Demokratie entwickelte, so wurde der Dualismus zwischen diesen beiden führenden Staaten zugleich zu einem Kampf zwischen zwei feindlichen Parteien, und dieser Parteikampf drang als Klassenkampf zwischen Reichen und Armen, Besitzenden und Besitzlosen, den „Wenigen" und den „Vielen", den Bourgeois und den Proletariern, in jede einzelne Stadt ein. Jede Stadt zerfiel in zwei Teile, die wie zwei feindliche Völker neben- und gegeneinander standen, „zwischen denen keinerlei Verkehr und kein verwandtes Gefühl bestand, die einander so wenig kannten in ihren Gewohnheiten, Gedanken und Gefühlen, als ob sie die Söhne verschiedener Zonen und die Bewohner verschiedener Planeten wären"[1]). Bald war die eine Partei am Ruder und schlachtete von den Gegnern nieder, so viele sie ergreifen konnte; bald machte es die andere Partei ebenso. In einer Selbstzerfleischung sondergleichen ist die hellenische Welt zugrunde gegangen.

Thukydides schildert III, 82 die furchtbaren Folgen der inneren Partei- und Klassenkämpfe; er klagt beide, die „Wenigen" und die „Vielen", die Oligarchen und die Demokraten, an, daß sie allen Gemeinsinn verloren hätten:

„Schuld an all diesen Übeln war das Streben nach Macht, infolge von Habsucht und Ehrgeiz; hieraus erwuchsen die leidenschaftlichen Begierden, als die Menschen in Hader gerieten. Denn mochten nun die Demokraten oder die Oligarchen zur Herrschaft gelangen: beide machten unter schönklingenden Worten, indem sie entweder der ‚bürgerlichen Gleichheit' oder der ‚maßvollen Herrschaft der Besten' den Vorzug gaben, angeblich das ‚Wohl der Gesamtheit' zum Ziel ihres Strebens; tatsächlich aber suchten sie in verwegenem, furchtbarem Kampfe einander auf jede Weise niederzuringen und verfolgten unversöhnlich ihre Rachepläne. Sie dachten bei ihrer Rache gar nicht an Recht und Staatswohl, sondern verfuhren nach Lust und Laune; sie schraken nicht davor zurück, durch ungerechte Verurteilung oder durch Gewalttat ihren Rachedurst zu stillen. Deshalb legten sie auch auf fromme Gesinnung keinen Wert; eine schönklingende Darstellung gehässiger Taten verschaffte höheres Ansehen, als Frömmigkeit. Bürger, die sich keiner Partei anschlossen, wurden von beiden verfolgt: teils weil sie nicht zu ihnen standen, teils weil man ihnen nicht gönnte, daß sie glücklich davon kommen sollten."

[1]) So sprach Disraeli 1848 von den Zuständen seiner Zeit.

IV.
Kampf gegen den extremen Individualismus[1]).
(Lehre vom Staat.)

Motto: Jedem das Seine,
Nicht allen dasselbe.

Dem Kampfe gegen die entartete Freiheit und Gleichheit verdanken wir eine Reihe der herrlichsten Schriften des griechischen Altertums. Während die Demagogen bei den Massen die niedrigsten Instinkte aufstachelten, dachten ernste Männer über das Wesen und die wahren Aufgaben des Staates nach, und die Edelsten der Nation machten tiefdurchdachte Reformvorschläge.

1.

Die Natur schafft die Menschen sehr ungleich, gibt ihnen recht verschiedene Kräfte und Anlagen; die Masse möchte aber alles nivellieren und hegt eine instinktive Abneigung gegen diejenigen Männer, welche durch ihre natürlichen Anlagen und durch ihre geistige Begabung vorwärts kommen und die anderen überragen. Thukydides klagt, daß die Regierung seit dem Tode des Perikles in den Händen der Ungebildeten liege; ja er läßt Kleon den ungeheuerlichen Ausspruch tun, daß das Wohl des Staates bei den Ungebildeten besser aufgehoben sei als bei den Gebildeten. Und der feine Beobachter und scharfe Spötter Aristophanes höhnt in seiner Komödie „Die Ritter“:

„Die Führung des Volkes wird fürder keines gebildeten,
Noch in seinem Charakter rechtlichen Mannes Sache sein;
Nur Ungebildete, nur Kanaille kommt dazu.“ (V. 191 ff.)

Der entarteten athenischen Demokratie mußte ein Mann, wie Sokrates, immer verdächtiger und verhaßter werden. Unter seinen Anhängern waren Männer von anerkannt aristokratischer Gesinnung; er hegte eine entschiedene Vorliebe für einige spartanische Einrichtungen; über die Besetzung der Ämter durchs Los, über das faulenzende, arbeitsscheue Leben der Athener sprach er sich recht ungünstig aus. Vor allem aber war es neu und geradezu unerhört, daß Sokrates von einem Staatsmann verlangte, daß er etwas gelernt habe; daß er über

die Einnahmen und Ausgaben des Staates,
die eigenen Streitkräfte zu Land und zu Wasser,
die Streitkräfte der Feinde,
das Polizeiwesen,
die Bergwerke, die Verproviantierung

1) Vgl. meine „Geschichte des antiken Sozialismus und Individualismus“ S. 65 ff.

genau Bescheid wisse.[1]) „Weil er diese einfache Elementarweisheit predigte, ist er zum Tode verurteilt. Der Giftbecher wurde einzig und allein dem politischen Reformer gereicht, nicht dem Gottesleugner“. —

Sokrates' größter Schüler, Plato, erklärt die Erziehung für die Hauptaufgabe des Staates. Er unterscheidet eine allgemeine Volksbildung und eine wissenschaftliche Bildung für die zukünftigen Herrscher, wobei er ausführlich über die einzelnen Wissensgebiete spricht. Die Hauptsache liegt in der Erkenntnis des Guten, der Tugenden „Weisheit, Tapferkeit, Maßhaltung und Gerechtigkeit“. Ja, sein Staat wird zu einer großen Erziehungsanstalt, in welcher die Menschen je nach ihren Anlagen zu verschiedenen Stufen der Bildung geführt werden und in welcher wenige bis zur höchsten Erkenntnis vordringen; diese wenigen müssen zu Hütern und Wächtern des Staates gemacht werden. Berühmt ist sein Wort: „Die Herrscher sollen Philosophen sein.“[2])

Auch Aristoteles betont nachdrücklich, die Erziehung dürfe keine Privatangelegenheit sein; sie bilde die wichtigste Aufgabe des Staates. Denn es „liege ein großer Irrtum in der Vorstellung, daß jeder Bürger nur sich selbst angehöre. Vielmehr gehören sie alle dem Staate an, dessen wesentliche Teile sie sind, und die auf jeden Teil verwendete Sorgfalt soll naturgemäß die Sorgfalt für das Ganze bezwecken.“

2.

Interessant ist die **Kritik**, welche **Plato** und **Aristoteles** an den traurigen politischen Zuständen ihrer Zeit üben.

1. **Plato** spricht von einem „Fieberzustand der Gesellschaft“ und kämpft mit gleicher Heftigkeit gegen die beiden Entartungen der Freiheit:

gegen die kapitalistische Ausbeutung, die Plutokratie;
gegen die Herrschaft der Masse, Demokratie, Ochlokratie.

Von der **Oligarchie** (Plutokratie) sagt er: „sie beruht auf der Vermögensschätzung; die Reichen herrschen, die Armen haben keinen Anteil an der Regierung . . . die Erwerbsgier wächst. Reichtum steht allein im Ansehen, und der Reiche wird gepriesen, bewundert, gelangt zu den höchsten Stellen. Um so weniger wird die Tugend und ‚der Gute‘ geachtet, und der Arme wird verachtet . . .“

Ein Hauptfehler liege darin, daß der Staat bei oligarchischer Regierung aufhöre, eine Einheit zu sein, sondern aus zwei Staaten bestehe, dem Staat der Armen und dem der Reichen, die zusammen wohnen und doch stets einander nachstellen.

An der **Demokratie** tadelt er den großen Unfug, der mit den Worten „Freiheit und Gleichheit“ getrieben werde:

„Die Demokratie teilt eine Art ‚Gleichheit‘ Gleichen und Ungleichen zu.“ Ihre

1) Vgl. das interessante Gespräch bei Xenophon III, 6.
2) „Philosophen“ d. h. Männer der vollkommensten Weisheit.

Freiheit und Gleichheit führe zur Disziplinlosigkeit und Anarchie; alle wollen regieren, niemand gehorchen: „Wer der Obrigkeit gehorcht, den beschimpft man und nennt ihn einen freiwilligen Sklaven. Sie verlangen Gleichstellung zwischen Regierenden und Regierten, im privaten und öffentlichen Leben."

Zuletzt müsse, sagt Plato, aus der extremen Demokratie die **Tyrannis** entstehen:

„Wie das Übermaß im Naturleben in sein Gegenteil umzuschlagen pflegt, so auch im Staatsleben: Die übergroße Freiheit läuft in übergroße Knechtschaft aus . . . So darf man annehmen, daß die Tyrannis aus keiner anderen Staatsform hervorgeht als aus der Demokratie, die ärgste und härteste Sklaverei aus der allergrößten Freiheit."

2. **Aristoteles** betont die große Ähnlichkeit zwischen den drei Entartungen der Verfassung, den anormalen Zuständen: Tyrannis, Oligarchie und Demokratie (Ochlokratie). Er sagt: Alle drei stimmen überein in ihrem Individualismus. Denn es macht keinen Unterschied, ob „Einer" oder „die Wenigen" oder „die Vielen" die Herrschaft haben; immer wird nur das Eigeninteresse verfolgt und die Wohlfahrt des Ganzen vernachlässigt. Ja, man geht so weit, Gehorsam gegen die Gesetze und ein der Verfassung gemäßes Leben für Sklaverei zu halten.

In der extremen **Demokratie**, sagt Aristoteles, lasse sich der einzelne von nichts anderem, als dem krassesten Egoismus leiten; weil er aber allein nichts vermöge, schließe er sich mit Gleichgesinnten zusammen und wirke als Masse:

„Die Masse ist der Souverän und nicht das Gesetz; die jedesmaligen Volksbeschlüsse sind entscheidend und nicht das Gesetz . . . Wo aber das Gesetz nicht der Souverän ist, da treten Demagogen auf. Dann wird das Volk Monarch, als kollektives Individuum, insofern die ‚Vielen' die höchste Gewalt haben, nicht die einzelnen für sich, sondern zusammengenommen."

Die Demagogen verleiten das Volk zur Beraubung der Reichen, zu Klassenjustiz, Vermögenskonfiskationen, zur Verteilung des Landes und der Überschüsse aus der Staatskasse.

Nicht weniger bekämpft Aristoteles die **Oligarchie**, die Geldwirtschaft und Profitwut der Reichen, die Ausbeutung der Armen durch die Macht des Kapitals. Ja, er geht so weit, daß er die Profitwut der Reichen für gefährlicher erklärt, als die Habgier der Masse.

Wir lesen bei Aristoteles, mit welch ingrimmigem Haß sich überall die „Wenigen" und die „Vielen", die Oligarchen und die Demokraten, gegenüberstanden; in einigen Staaten leisteten die Oligarchen sich gegenseitig den Eid: „Ich will dem Volke feindlich gesinnt sein und ihm durch meinen Rat nach Kräften schaden."

3.

Wie ist ein Ausgleich zwischen dem Individualismus und Sozialismus zu finden?

1. **Platos** großes Werk über den Staat will die Antwort geben auf die wichtige Frage nach dem Wesen der Gerechtigkeit; denn der beste Staat sei eine Verkörperung der Gerechtigkeit.

Indem der geniale Dichterphilosoph den Staat als einen lebendigen Organismus auffaßt, als einen Menschen im Großen, kommt er zu dem Ergebnis, daß er sich gründen müsse auf Arbeitsteilung und Brüderlichkeit:

a) Arbeitsteilung: Gegenüber der herrschenden Meinung seiner demokratischen Zeitgenossen betont Plato aufs schärfste die **natürliche Ungleichheit der Menschen.** Wie im Einzelmenschen von Natur drei Seelenkräfte seien und sich gegenseitig ergänzten, die Denkkraft, die Willenskraft und das Begehrungsvermögen: so müßten auch im Staat drei Menschenklassen sein, die Herrscher, die Krieger und die große Masse der Bauern, Gewerbetreibenden, Arbeiter. Im Stande der Herrscher sei die Denkkraft und die Tugend der Weisheit vorherrschend; im Stande der Krieger die Willenskraft und die Tugend der Tapferkeit; im dritten Stand der Erwerbssinn.

Die Gerechtigkeit bestehe darin, daß jeder das Seine tue, sich auf die eine Beschäftigung beschränke, wozu die Natur ihn angelegt habe, vor allem, daß kein Stand in die Befugnisse des anderen übergreife.

b) Brüderlichkeit: Plato sagt, der Staat sei nicht für einen Teil, sondern für alle da. Er beruhe nicht auf einem Macht- und Gewaltverhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten, Stärkeren und Schwächeren; vielmehr bilden alle Stände eine große Familie, ergänzen sich gegenseitig, wie die Teile der Seele.

Auch sind die Stände keineswegs kastenartig gegeneinander abgeschlossen. Zwar werden in der Regel die Söhne dem Vater gleichartig sein und demselben Stande angehören. Aber entscheidend ist doch die Tüchtigkeit und Befähigung, und deshalb kommt es wohl vor, daß Leute aus den oberen Ständen in den dritten hinabgestoßen und aus den unteren in den zweiten oder ersten emporgehoben werden.

Als die gefährlichen Feinde eines gesunden Staatslebens bezeichnet Plato „Reichtum und Armut". Und da kommt er denn in bezug auf Freiheit und Gleichheit zu Forderungen, die den Ansichten seiner Zeitgenossen schnurstracks zuwiderlaufen:

einerseits verwirft er die politische Gleichstellung aller Bürger, die Volkssouveränität, das allgemeine gleiche Stimmrecht, die Herrschaft der Mehrheitsbeschlüsse. Sein Staat soll eine Monarchie oder Aristokratie der Bildung sein, in welchem der Stand der Landwirte, Gewerbetreibenden, Arbeiter keine politischen Rechte hat;

anderseits strebt er nach einer möglichst weitgehenden wirtschaftlichen Gleichheit. Für die ersten beiden Stände will er eine Art von Kommunismus durchführen, damit sie „nicht zu

Wölfen werden". Die Herrscher und Krieger sollen keinen Eigenbesitz haben, sondern gemeinsam leben und wie Beamte vom dritten Stand unterhalten werden; sie sollen der Jagd nach irdischem Gewinn entrückt sein.

Leider ist Plato im Kampfe gegen die einseitige Entwicklung des Individualismus selber einseitig geworden und hat das Sozialprinzip überspannt. Er will sogar die Einrichtungen abschaffen, welche die größten Kulturfortschritte gebracht haben: Privateigentum und Ehe

2. Auch Aristoteles ist ein entschiedener Gegner des extremen Individualismus. Doch hält er sich von den Einseitigkeiten Platos fern; er weiß, daß gerade Privateigentum und Familienleben die größten Fortschritte gebracht haben, daß man durch Abschaffung derselben in die Barbarei zurücksinken würde.

a) Wiederholt betont Aristoteles nachdrücklich, daß der Staat keine willkürliche Einrichtung der Menschen sei, sondern daß der staatenbildende Trieb **von Natur** im Wesen der Menschen begründet liege; der Mensch bedürfe zu seiner eigenen Entfaltung und Entwicklung des staatlichen Zusammenlebens. Das besagen die berühmten Worte: „Der Staat ist ein Naturprodukt und der Mensch von Natur ein ζῶον πολιτικόν", d. h. ein politisches, auf staatliche Gemeinschaft angewiesenes Wesen.

b) Folgendes erscheint mir bei Aristoteles vor allem anderen bemerkenswert: Er erklärt die Staatsform an sich für gleichgültig; der Staat könne, möchten nun die „Vielen" oder die „Wenigen" oder Einer regieren, gut und könne schlecht sein. Es komme nicht auf die Form, sondern auf den Zweck und das Ziel an; wesentlich sei, daß das allgemeine Wohl, nicht der Vorteil eines einzelnen oder eines Teils gefördert werde:

„Alle diejenigen Staatsverfassungen, die das allgemeine Wohl bezwecken, sind nach dem in ihnen liegenden Prinzip absoluter Gerechtigkeit normal; diejenigen aber, welche nur das eigene Wohl der Regierenden bezwecken, sind verfehlt und sämtlich Ausartungen der normalen Staatsverfassungen; denn sie sind despotisch und dem Wesen des Staates, der ein Verein freier Menschen ist, zuwiderlaufend ...

Es muß notwendig entweder Einer oder eine Minderzahl oder die Mehrzahl der Souverän sein. Wenn nun dieser Eine oder diese Minderzahl oder diese Mehrzahl bei ihrer Regierung das allgemeine Wohl im Auge haben, dann sind diese Staatsverfassungen wesentlich normal; wenn aber die Regierung nur den eigenen Vorteil jenes Einen oder jener Minderzahl oder jener Mehrzahl bezweckt, so sind es Entartungen ...

Auf das Allgemeinwohl gerichtet sind Königtum, Aristokratie, Politie (d. h. die beste Form der Volksherrschaft) ...

Ausartungen sind: vom Königtum die Tyrannenherrschaft, von der Aristokratie die Oligarchie, von der Politie die Demokratie (oder besser Ochlokratie). Die Tyrannis ist Monarchie zum Nutzen des Einen; die Oligarchie ist eine Regierungsform, die den Vorteil der Reichen, die Demokratie eine solche, die den Vorteil der Armen bezweckt ...

Das, worin Demokratie und Oligarchie voneinander verschieden sind, ist Armut und Reichtum."

Hiermit hängt es zusammen, daß Aristoteles die Anschauung bekämpft, der Staat sei nur dazu da, um Person und Eigentum zu schützen, dürfe aber sonst der Freiheit des einzelnen keine Schranken setzen.

c) Natürlich spricht auch Aristoteles besonders eingehend über die beiden Staatsformen, welche zu seiner Zeit in den griechischen Stadtstaaten am meisten vorhanden waren: Oligarchie und Demokratie. Er hält es für ungesund, wenn die Minderheit der Reichen und die Mehrheit der Armen sich schroff gegenüberstehen und beide nur das eigene Interesse im Auge haben. Das beste Verhältnis entstehe, wenn zwischen den beiden Extremen ein starker Mittelstand sei, d. h. eine recht große Zahl mäßig Begüterter:

„Solche Staaten sind in der besten Verfassung, in denen der Mittelstand zahlreicher und stärker als die beiden anderen Klassen ist oder wenigstens stärker als eine derselben. Denn alsdann gibt er durch seinen Beitritt den Ausschlag und verhindert das Entstehen einer Übermacht auf der einen oder anderen Seite."

4.

Zeno und Epikur.

Der Gegensatz zwischen sozialistischer und individualistischer Weltanschauung lebt seit dem Anfang des 3. Jahrhunderts vor Chr. bis tief in die römische Kaiserzeit fort bei den Anhängern des Zeno, den Stoikern, und des Epikur, den Epikuräern. Es mögen hier nur zwei Aussprüche angeführt werden:

Die Stoiker sagten: numquam privatum esse sapientem, d. h. „der Weise darf sich nie als Privatmann betrachten". Wir lesen bei Cicero de finibus III, 64:

„Nach Ansicht der Stoiker wird die Welt von den Göttern regiert und ist ein gemeinsamer Staat für Götter und Menschen. Ein jeder von uns ist nur ein Teil der Welt, und daraus folgt naturgemäß, daß wir das Gemeinwohl dem eigenen Interesse vorziehen. Denn wie die Gesetze das Interesse aller dem der einzelnen vorziehen, so sorgt der tugendhafte und weise Mann, der den Gesetzen gehorcht und seine Staatspflichten kennt, mehr für den Vorteil aller als für den eines einzelnen und für seinen eigenen; wer um des eigenen Vorteils und des eigenen Wohles willen den gemeinsamen Vorteil und das Gesamtwohl im Stich läßt, ist ebenso zu tadeln wie ein Vaterlandsverräter. Deshalb muß man den preisen, der für den Staat in den Tod geht, weil das Vaterland uns teurer sein soll als wir selbst. Für unmenschlich und verbrecherisch wird der Ausspruch der Leute gehalten, welche sagen, es sei ihnen gleichgültig, wenn nach ihrem Tode die ganze Welt in Flammen aufginge[1]); vielmehr müssen wir um unsrer selbst willen auch an die denken, die nach uns leben ..."

---

[1]) Der griechische Vers lautet:

ἐμοῦ θανόντος γαῖα μιχθήτω πυρί

(après nous le déluge).

Bei den Epikuräern finden wir nicht mehr den herrschsüchtigen, sondern einen müden Individualismus, der sich passiv von jedem politischen Handeln fernhält. Epikur zieht sich von der Welt zurück, um egoistisch ein sinnlich-geistiges Genußleben zu führen; der Weisheit höchstes Ziel ist Gemütsruhe. λάϑε βιώσας, ist seine Lehre: „Halt dich draus! zieh dich auf dich selbst zurück! kümmere dich nicht um den Streit und die Händel der Welt!"[1]).

V.

Untergang Griechenlands.

1.

Philipp von Mazedonien und Alexander der Große.

Nichts hat dem König Philipp von Mazedonien so sehr die Wege geebnet, wie der Abscheu, der Ekel zahlreicher Männer vor dem oligarchischen und demokratischen Treiben und die Sehnsucht nach Ruhe, nach einer starken, schützenden, die Gegensätze beherrschenden und ausgleichenden Staatsgewalt, die Sehnsucht aller Besitzenden und Handeltreibenden nach gesicherten Zuständen.

Die Demokratie hatte abgewirtschaftet; es wurden Stimmen laut, die nur von einer starken Faust eine Gesundung der verrotteten Verhältnisse erwarteten:

> Xenophon gibt in seinem Staatsroman, der „Kyropädie", das Musterbild eines aufgeklärten Despotismus;
>
> Isokrates stellt wiederholt die Monarchie als die gerechteste Staatsform hin;
>
> Plato hofft, durch einen absoluten Herrscher sein Staatsideal verwirklichen zu können;
>
> Aristoteles redet von dem sozialen Königtum, welches sowohl die Besitzenden als auch die Nichtbesitzenden gegen die Vergewaltigung durch eine Klassenherrschaft schützen könne.

Der ehrgeizige, tatkräftige König Philipp von Mazedonien (359—336) vergrößerte und erweiterte Jahr für Jahr seine Macht: zuerst eroberte er das Küstengebiet; dann gewann er immer mehr Einfluß über das zersplitterte Hellas; zuletzt faßte er den Gedanken eines Krieges gegen Persien. Im Vordergrund stand aber das jahrzehntelange Ringen mit Athen; sein bedeutendster Gegner

[1]) Zu unserem Unglück war dieser Standpunkt auch bei uns weit verbreitet. Ich denke an die riesengroße Zahl derer, die sich bei den Wahlen überhaupt nicht beteiligten.

war der athenische Staatsmann Demosthenes, der keinen höheren Wunsch hatte, als seine Vaterstadt wieder groß und stark zu machen. Dürfen wir ihn verurteilen, weil er unterlegen ist? welch unbedeutende Rolle hatte doch bisher Mazedonien in der griechischen Geschichte gespielt!

Es ist außerordentlich lehrreich zu sehen, wie wenig Widerstandskraft der demokratische athenische Großstaat gegenüber dem festen, entschlossenen Willen eines zielbewußten absoluten Kleinkönigs hatte. In Athen fehlte es an einem einheitlichen Willen, an einer einheitlichen Führung, an tatkräftiger Initiative; man ließ sich vom Gegner seine Handlungen vorschreiben; die Entscheidung lag bei einer vielköpfigen Menge, deren Stimmung oft von heute auf morgen ins Gegenteil umschlug; sie ließ sich bald von diesem, bald von jenem Redner beeinflussen[1]); die Ausführung lag meist in den Händen von vaterlandslosen Söldnern, deren Feldherrn Freundes- und Feindesland brandschatzten, um Sold und Verpflegung zu haben. Dagegen verfügte Philipp unumschränkt über seine militärischen und finanziellen Machtmittel; er faßte zielbewußt seine Entschlüsse und wurde durch nichts an ihrer Ausführung gehemmt und gehindert.

So hat Philipp vermöge seiner absoluten Königsgewalt, gestützt auf ein starkes Heer, im Jahre 338 vor Chr. Griechenland bezwungen. Es schien nun eine Gesundung der griechischen Verhältnisse erfolgen zu können und zu sollen; denn es kam auf dem hellenischen Kongreß zu Korinth zu folgenden wichtigen Beschlüssen:

Es wurde ein allgemeiner Landfriede (κοινὴ εἰρήνη) aufgerichtet.

Alle hellenischen Staaten sollten frei und unabhängig sein, im Genuß der bestehenden Verfassungen.

Gewaltsame Umwälzungen im Inneren der einzelnen Staaten sollten nicht mehr geduldet werden und das Privateigentum unverletzlich sein.

Zur Wahrnehmung der gemeinsamen Angelegenheiten und als oberster Gerichtshof in allen Bundessachen wurde eine allgemeine hellenische Bundesversammlung (κοινὸν συνέδριον τῶν Ἑλλήνων) eingesetzt, mit dem Sitz in Korinth; jede beteiligte Gemeinde sandte dazu ihre Vertreter.

Zwischen Makedonien und dem hellenischen Bunde wurde ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen und für den Kriegsfall der Oberbefehl zu Land und zu Wasser Philipp übertragen.

Bisher war die Form des Stadtstaates ein Hindernis für jede wirksame Einigung gewesen; jetzt wurde der Versuch gemacht, die kommunale und einzelstaatliche Freiheit mit einer Zentralgewalt zu vereinigen.

Aber eine dauernde Gesundung konnte nur eintreten, wenn eine starke Faust die Griechen im Zaume hielt. Die Ermordung Philipps (336),

[1]) Es ist bezeichnend, daß dasselbe Wort „Redner" und „Staatsmann" bedeutete.

die lange Abwesenheit und der frühe Tod Alexanders des Großen stellten alles wieder in Frage.

2.

Das Griechentum nach Alexander dem Großen.

Der Westen.	Das griech. Mutterland.	Der Osten (Diadochenreiche).
Im Westen blühten um 300 vor Chr. bedeutende Griechenstädte, z. B. Massilia, Tarent, Syrakus. Die Römer eroberten 272 Tarent, 212 Syrakus. 49 verlor Massilia seine Selbständigkeit.	Monarchische, oligarchische, demokratische Verfassungen wechselten in den Stadtstaaten. 222 unterlag der spartanische Reformkönig Kleomenes. Seit 200 wuchs der römische Einfluß in Griechenland. 196 erklärte Flamininus die Griechen für frei. 168 Schlacht bei Pydna. 146 wurde Mazedonien römische Provinz und Griechenland Rom untertan.	Nach langen Kämpfen bildeten sich aus dem Erbe Alexanders die Diadochenreiche: drei große: Mazedonien, Syrien, Ägypten; mehrere kleine: Pergamum, Pontos, Bithynien, Rhodos. 189 wurde Syrien von den Römern gedemütigt. 133 Pergamum römische Provinz. Im 1. Jahrhundert v. Chr. kamen durch die Feldzüge des Sulla, Pompejus, Cäsar, Augustus ganz Kleinasien, Syrien und Ägypten unter die Herrschaft Roms.

1. Das griechische Mutterland:

Durch die massenhafte Auswanderung nach Kleinasien, Syrien und Ägypten trat eine Entvölkerung ein, und allmählich verlor Griechenland neben den mächtigen Reichen des Ostens und des Westens auch in Handel und Verkehr seine frühere beherrschende Stellung.

Viel schlimmer aber war der dauernde Kriegszustand. Das Land kam nicht zur Ruhe: teils wurde es in die Kämpfe zwischen den Diadochen hineingezogen, teils lagen die einzelnen Städte untereinander in Hader, teils wüteten innerhalb der Städte Bürgerkriege. Es ist eine Selbstzerfleischung ohnegleichen; niemand war stark genug, einen Landfrieden zu erzwingen. Von außen ward das Land durch große verheerende Einfälle der Kelten heimgesucht. Es war verhängnisvoll, daß man nicht aus den Formen des Stadtstaates herauskommen konnte, und daß die mazedonischen Könige nicht stark genug waren, um Griechenland dauernd im Zaum zu halten.

Bemerkenswert ist die soziale Revolution, welche in der 2. Hälfte

des 3. Jahrhunderts in Sparta versucht wurde. Hier war die Ungleichheit immer größer geworden; die Zahl aller vollberechtigten Spartaner betrug nur noch 700, und unter diesen befanden sich etwa 100, welche Landbesitz und Vermögen hatten. Der Reformversuch des edelgesinnten Königs Agis scheiterte an der Unzuverlässigkeit der proletarischen Masse und an dem Egoismus seiner Anhänger; er wurde im Jahre 241 vor Chr. erdrosselt. Dagegen gelang es bald darauf dem König Kleomenes, die Oligarchie zu stürzen, das Land unter 4000 Bürger aufzuteilen, strenge Jugenderziehung und gemeinsame Mahlzeiten durchzuführen, die sogenannten altlykurgischen Institutionen wiederherzustellen. Aber 222 erlag er seinen vereinigten Gegnern bei Sellasia.

Es folgte nicht nur in Sparta, sondern in ganz Griechenland eine beispiellose Unsicherheit des Besitzes.

2. Im Westen ist die Geschichte Siziliens besonders lehrreich. Die Insel war seit dem 8. Jahrhundert voll von blühenden, reichen Griechenstädten, unter denen Syrakus, die „Großmacht des Westens", eine Vorherrschaft erlangte. Zu derselben Zeit, wo die Perser bei Salamis besiegt wurden (480), gelang es den Griechen Siziliens, den vordringenden Karthagern bei Himera eine entscheidende Niederlage beizubringen. Aber in der Mitte des 5. Jahrhunderts wurden allenthalben demokratische Regierungen eingeführt, und seitdem hörten die Streitigkeiten nicht auf.

Folgende Zusammenstellung möge den ewigen Kriegszustand, die fortgesetzten Unruhen und die entsetzliche Zerrissenheit veranschaulichen; zugleich zeigt sie, wie schnell das Land unter einer starken Faust immer wieder aufblühte:

Bald nach der sizilischen Expedition der Athener (415—413) wurde der Retter von Syrakus, Hermokrates, abgesetzt und verbannt, die Verfassung im Sinne einer radikalen Demokratie geändert.

406—367 war Dionys I. Tyrann von Syrakus; er verdankte seine Stellung der besitzlosen Masse; um dieselbe zu belohnen und an sich zu ketten, schritt er zu einer völligen Neuordnung der Besitzverhältnisse; der gesamte Grund und Boden wurde neu verteilt. Doch blühte die Stadt unter seiner straffen Militärdiktatur auf und erlangte eine Großmachtstellung.

Sein Sohn Dionys II. tat sich durch schreckliche Grausamkeiten hervor und verlor die Herrschaft; das Volk forderte eine neue Aufteilung des Bodens. 353 wurde Dion, welcher die Volksherrschaft beschränken wollte, ermordet. Verschiedene Thronprätendenten kämpften um die Macht. 346 kehrte Dionys II. zurück.

Als Timoleon 343 den Tyrannen Dionys II. zum Abzug nach Korinth gezwungen und einige Jahre später die Karthager besiegt hatte, siedelte er 60000 griechische Kolonisten in Sizilien, besonders in Syrakus an. Denn durch die fortwährenden Kämpfe seit dem Tode Dionys' I. waren die Städte verödet: „Pferde weideten auf dem Marktplatz zu Syrakus, und in anderen Städten wimmelten Hirsche und wilde Schweine".

Nach Timoleons Tod brachen die Kämpfe zwischen den Oligarchen und Demokraten abermals aus.

316 machte sich Agathokles, gestützt auf das besitzlose Proletariat, zum Alleinherrscher von Syrakus und errang eine Stellung, wie sie Dionys I. gehabt hatte. Aber um den Pöbel an sich zu ketten, ließ er die Besitzenden hinschlachten, kassierte die Schulden und verteilte das Land unter die Armen.

Nach dem Tode des Agathokles erneuerten sich die inneren und äußeren Wirren; abermals gelangten die Karthager auf der Insel zu immer größerer Macht. Für kurze Zeit, in den Jahren äußerster Bedrängnis, gelang es Pyrrhos, die Hellenen Siziliens zu gemeinsamem Kampf gegen die Karthager zu einigen. Aber bald regte sich auch gegen ihn Unzufriedenheit und Neid.

Seit dem Jahre 264 vor Chr. rangen jahrezehntelang die Römer und Karthager um den Besitz der fruchtbaren und reichen Insel. Unter dem Schutze Roms hat Hieron noch einmal Syrakus zu Wohlstand geführt (263—215). Nach seinem Tode begannen sofort wieder die Bürgerkriege. Schließlich sahen sich die Römer zum Einschreiten genötigt, und 212 wurde Syrakus völlig zerstört. Die Römer waren seitdem die Herren von ganz Sizilien.

3. Der Osten:

Wir dürfen die Zeit des absoluten Königtums, des aufgeklärten Despotismus, die mit Alexander dem Großen beginnt, nicht unterschätzen. Es begann damals eine neue bedeutende Kulturperiode: Handel und Verkehr nahmen einen ungeahnten Aufschwung; die griechischen Künste und Wissenschaften erlebten, namentlich im 3. Jahrhundert vor Chr., eine herrliche Nachblüte; einzelne Teile der Wissenschaft kamen jetzt erst zu ihrer eigentlichen Entfaltung. Pergamum, Rhodos und vor allem Alexandria wurden die Hauptsitze der griechischen Kultur.

Aber bei allem äußeren Glanz trat bald der Verfall ein; seit dem Anfang des 2. Jahrhunderts zeigte sich in allen Diadochenreichen eine zunehmende Entartung. Weshalb? weil die Griechen ihre Nationalität verloren. Es war ein verhängnisvoller Fehler, daß Alexander der Große die Griechen mit den orientalischen Völkern verschmelzen und darauf die Einheit des Weltreiches gründen wollte; er selbst heiratete die Roxane und eine Tochter des Darius; er gab 10000 mazedonischen Kriegern persische Frauen[1]). Dem Beispiel Alexanders des Großen folgend, nahmen die Diadochen die Formen des orientalischen Königtums an. Ihre griechischen Untertanen entarteten durch die Vermischung mit den Asiaten; die Bevölkerung ward von Generation zu Generation mehr eine Mischlingsrasse, ein Bastardgeschlecht; die Griechen wurden allmählich in die Knechtesgesinnung und in die Erstarrung des Orients hineingerissen; sie wurden zu „Byzantinern".

[1]) Mögen immerhin diese persischen Frauen der Mehrzahl nach nordischen Blutes gewesen sein, so wissen wir doch, daß die Vermischung mit semitischem Blut zunahm, der „Grieche" Zeno, der um 300 vor Chr. die stoische Philosophenschule gegründet, war Semit bzw. Halbsemit.

Rollentausch: Alexander der Große (um 333 vor Chr.) wollte als Erbe und Rechtsnachfolger der Perserkönige angesehen sein; an die Stelle des persischen trat das griechische Weltreich. Äußerlich ein Riesenerfolg! Aber innerlich erlag das Griechenvolk dem asiatischen Geiste; es wurde orientalisiert. Was bei Marathon, Salamis, Platää abgewehrt war, legte sich nun über die Griechenwelt: der theokratische Universalismus.

Es ist eine erschütternde Tragödie, wie das begabteste Volk, das die Welt gesehen, zugrunde geht. Im Mutterlande und in den Städten des Westens wurde Jahrhunderte lang alles Überragende hingeschlachtet, und nur das Minderwertige pflanzte sich fort; im Osten wurden die Griechen „Völkerdünger", brachten noch einmal frisches Blut in die alternden Länder, gingen dann aber in dem Völkerbrei unter. Demokratie, Plutokratie, Theokratie waren die drei Totengräber.

Das hellenistische Zeitalter[1]).

Die Entnordung des griechischen Volkes, d. h. Abnahme des nordischen und Zunahme des fremdrassigen Blutes, bezeichnen unsere Rassenforscher als die Hauptursache des Niedergangs.

Alexander der Große stand am Scheideweg. Sein Lehrer Aristoteles riet ihm dringend, sich stets des völkischen Unterschieds zwischen Griechen und Barbaren bewußt zu bleiben, und sein bewährter Feldherr Parmenio mahnte zur Selbstbeschränkung; er warnte vor einem weiteren Eindringen in Asien. Aber Alexander zog es vor, den Philosophentraum des halbsemitischen Stoikers Zeno zu verwirklichen: „wie in einem Becher der Liebe die Elemente des Völkerlebens ineinander zu mischen". Statt sich der drohenden Zersetzung entgegenzustemmen und das zersplitterte Griechenvolk zu einem starken Nationalstaat zu einigen, jagte er dem Weltreichsgedanken nach und setzte fort, was die Assyrer und Perser begonnen hatten: das große Mischungswerk. Wohl bewundern wir Alexanders Heldentum. Wohl hat er die Völker des Orients noch einmal aus ihrer Erstarrung aufgerüttelt; griechische Bildung und Sprache breiteten sich über die ganze Kulturwelt aus. Wohl erhielt die Wissenschaft neue Anregungen. Aber letzten Endes wurde nicht der Orient hellenisiert, sondern das Griechentum orientalisiert. Mit Alexander dem Großen hörte die „hellenische" (d. h. altgriechische) Geschichte auf; es begann das „hellenistische" Zeitalter, d. h. „Hellas in des Orients Umklammerung". Der Rassenforscher Schemann schrieb 1930: „Die Griechen haben ihr Volkstum an die Semiten verloren, wie es zuvor die Perser getan hatten und wie wir das unsrige an die Juden verloren haben oder zu verlieren im Begriffe sind." Alexander hat auch, wie die Perserkönige, das Judentum sehr gestärkt.

Besonders verhängnisvoll erscheint mir folgender Wandel in der geistigen Struktur der Griechen: Früher galt ihnen der Staat als ihr höchstes Gut; jetzt nahm teils die Staatsgleichgültigkeit zu, teils traten Rasse, Volkstum, Staat vor dem Menschheitsgedanken zurück. Die halbsemitischen Stoiker träumten von der Wiederkehr des goldenen Zeitalters, d. h. von einem allgemeinen Weltstaat des ewigen Friedens. Sie wurden die Väter des Pazifismus, der mehr Blutvergießen verursacht hat, als aller Tatendrang heldischer Menschen und Völker.

[1]) Vgl. Schemann **II** S. 69ff., 138ff. Charakteristische Beispiele für die Orientalisierung sind die Entwicklung der persischen Mithrasreligion und die Alexandersage. Vgl. meine „Angewandte Kirchengeschichte" und meine „Kulturgeschichte".

Römische Geschichte[1].

I.

Der große Vereinigungsprozeß der ganzen alten Kulturwelt.

1.

Rom wird Herrin Italiens.

Verschmelzung der Stände, der Patrizier und Plebejer.	Äußere Kämpfe
494 Einrichtung des Volkstribunats. 451—449 Aufzeichnung der Gesetze durch die Dezemvirn. 366 bekleidete zum ersten Mal ein Plebejer das Konsulat. Bis 300 Zutritt der Plebejer zu den übrigen Ämtern. 287 letzter Aufstand der Plebejer, Ende der Ständekämpfe.	1. gegen die latinischen Nachbarn. 2. gegen die Etrusker: 396 Eroberung Vejis. 3. gegen die Gallier: 390 Schlacht an der Allia, Einnahme Roms durch die Gallier. 4. 343—290 drei Samniterkriege: 321 Einschließung des römischen Heeres in den caudinischen Engpässen. Eroberung Mittelitaliens. 5. Bis 266 Eroberung Unteritaliens. 282—272 Tarentinischer Krieg.

Weltlage in der ersten Hälfte des 3. Jahrhunderts.

Karthago.	Rom.	Die Griechen. Im Westen	Die Griechen. Im Osten	Die Kelten
Die mächtige karthagische Handelsrepublik beherrschte: das heutige Tunis, den ganzen Küstenstreifen von Nordwestafrika (von Marokko, Algerien, Tripolis), den Westen von Sizilien, die Inseln Sardinien, Korsika u. die Balearen, von 237—218 die Südosthälfte Spaniens.	266 beherrschte Rom ganz Italien (ohne Oberitalien, welches damals zu Gallien gerechnet wurde).	Syrakus und Massilia.	die drei mächtigen Diadochenreiche (Mazedonien, Syrien, Ägypten), die kleineren Reiche (Pergamum, Bithynien, Pontos, Rhodos).	(Gallier, Galater) machten 284—274 ihre großen Eroberungs- u. Plünderungszüge nach Griechenland, Thrakien und Kleinasien. Ein Teil von ihnen wurde später in Galatien angesiedelt und behauptete Jahrhunderte lang seine nationale Eigenart.

[1]) Man hat die Griechen die „Deutschen", die Römer die „Engländer des Altertums" genannt.

3.

Rom wird Herrin der Welt.

Westen.	Osten.	Reihenfolge der Provinzen[1]):
264—241 Der I. Punische Krieg.		241 Sizilien (ganz 210).
238 Eroberung von Sardinien und Korsika.		238 Sardinien u. Korsika.
222 Eroberung von Oberitalien (Gallia Cisalpina).		222 Oberitalien (das diesseitige Gallien).
218—201 Der II. Punische Krieg: 216 Schlacht bei Cannä, 207 Schlacht am Metaurus.	200—197 der II. Mazedonische Krieg. 192—189 d. Syrische Krieg. 171—168 der III. Mazedonische Krieg, 168 Schlacht bei Pydna. 146 Unterwerfung Mazedoniens.	205 das südliche u. östliche Spanien (erweitert 133 u. unter Augustus). 146 Mazedonien (und Griechenland).
146 Zerstörung Karthagos. 133 Eroberung von Numantia 111—106 der Jugurthinische Krieg in Afrika.	146 Eroberung Korinths. 133 Rom erbt das Reich Pergamum.	146 Afrika (Karthago). 133 Asien (d. h. Pergamum). 122 Südfrankreich (das Narbonensische Gallien).
	88—84 I. Mithridatischer Krieg. 74—64 III. Mithridatischer Krieg: Vorderasien wird unmittelbar oder mittelbar von Rom abhängig.	Infolge des III. Mithridatischen Kriegs: Syrien, Cilizien, Bithynien, Kreta.
58—51 Eroberung Galliens durch Cäsar. Unter Augustus (31 vor bis 14 nach Chr.) wird die Eroberung Spaniens vollendet; ferner werden die Donauprovinzen, d. h. ein breites Landgebiet südlich der Donau von der Quelle bis zur Mündung, unterworfen.	30 Einnahme von Alexandria, Ägypten wird unterworfen.	Unter Augustus (31 vor bis 14 nach Chr.): Ägypten; Einteilung Galliens in 4 Provinzen; Ober- und Unter-Germanien; Rätien, Norikum, Pannonien, Mösien;
	70 nach Chr. Zerstörung Jerusalems. Trajan (98—117) unterwirft Dazien (nördlich der Donau), Armenien und Mesopotamien.	Unter Claudius (41—54 n. Chr.) Mauretanien, Britannien. Unter Trajan Dazien, Armenien und Mesopotamien.

[1]) Mit dem Worte „Provinz" bezeichneten die Römer die außeritalischen Verwaltungsbezirke des Reiches. Als „außeritalisch" galt auch das heutige Oberitalien.

II.

Wodurch ist Rom groß geworden?

Mögen die vielen Erzählungen von der Römertugend auch sagenhaft sein und der geschichtlichen Wahrheit entbehren, so sind sie doch insofern wahr, als sie die Grundzüge des altrömischen Wesens widerspiegeln; die Erzählungen von
der Keuschheit der Lukretia und der Virginia;
der Vaterlandsliebe und Todesverachtung des Horatius Cocles, des Mucius Scävola, der Clölia;
der Strenge des Brutus und des Titus Manlius;
der Einfachheit des Cincinnatus und des Curius Dentatus;
dem Opfertod des Curtius und Dezius Mus;
der Unbestechlichkeit des Fabricius.

Die Römer haben einen Staat geschaffen, der über ein Jahrtausend bestanden hat und der so fest gefügt war, daß erst Jahrhunderte lange Erschütterungen ihn aufzulösen vermochten und daß noch die heutige Staatenwelt aufs engste damit zusammenhängt.

1.

Man könnte sagen, Individualismus habe die Griechen, **Sozialismus die Römer groß gemacht.** Bei den Griechen strebte der einzelne Mensch nach individueller Entfaltung, und darauf beruhten die gewaltigen Leistungen in den Künsten und Wissenschaften. Bei den Römern finden wir keine Übermenschen des Geistes; bei ihnen war das Gefühl der Zusammengehörigkeit stark ausgeprägt; der einzelne wollte nichts als ein Glied des Staates sein.

Charakteristisch ist, daß der ganze Staat sich auf die Familie gründet; man hat wohl gesagt, die Römer hätten der Menschheit zwei große Schöpfungen gebracht: Staat und Familie. Was wir von den ältesten Sitten der Römer hören, zeigt alles großen Ernst und Strenge; die Ehe war heilig und wurde durch den Priester und die Teilung geweihten Mehles und Salzes zwischen den Ehegatten geschlossen. Der Familienvater (pater familias) hatte über Frau, Kinder und die zur Familie gehörigen Sklaven volle rechtliche Gewalt. Der Staat bildete eine große Familie. Die „Väter" (die patres, Patrizier) hatten die Gewalt und übergaben sie den Ältesten (Senat) und den Beamten (vorher dem gewählten König).

Zahlreiche religiöse Gebräuche der Familie waren auf den Staat übertragen:

Wie jede Familie, so hatte auch der ganze Staat seinen heiligen Herd, den die „Vesta" beschützte.

Jedes einzelne Haus hatte seine „Penaten", und in jeder Familie wurde der „Genius" des Hausvaters verehrt; weil aber der römische Staat aus der Familie hervorgegangen war, gab es auch Penates publici und einen Genius populi Romani.

Dieses zähe, vaterlandsliebende Bauernvolk zeichnete sich durch seine unvergleichliche Kriegstüchtigkeit aus; es hatte gehorchen gelernt und sich selber bezwingen; im Felde herrschte eiserne Disziplin. Wohl sind die Römer oft besiegt worden:
um 500 von den Etruskern;
390 von den Galliern in der Schlacht an der Allia;
321 von den Samniten in den Caudinischen Engpässen;
280 und 279 von Pyrrhus bei Heraklea und Askulum;
255 in Afrika;
218, 217, 216 von Hannibal.
Aber gerade im Unglück zeigte sich das römische Volk besonders groß; wie zäh hat es nach den Niederlagen durch Pyrrhus, nach den schrecklichen Siegen des Hannibal ausgehalten! wie wunderbar hat es sich aufgerafft! Pyrrhus und Hannibal hatten eine andere Kampfesweise, waren den Römern durch Ausrüstung, Kriegsmaterial, Taktik, besonders aber durch ihre trefflich geschulten Berufssoldaten weit überlegen. Deshalb erlitten die Römer schwere Niederlagen; aber ihr Mut, ihre Kraft wurden nicht gebrochen, sie lernten vom Gegner und gewannen schließlich den Sieg.

Die langen auswärtigen Kriege mit ihren vielen Wechselfällen schlangen ein starkes Band um Patrizier und Plebejer, ließen die Standesunterschiede zurücktreten und die individualistischen Sonderinteressen vergessen. Um 500 vor Chr. zerfielen die Römer in zwei durch eine tiefe Kluft geschiedene Geburtsstände, die teils der nordischen, teils der Mittelmeerrasse angehörten: die Ratsgeschlechter der Patrizier, welche einen erblichen Adel bildeten und allein Anspruch auf die herrschenden Stellen hatten; daneben als politisch minder berechtigte Bürger die Plebejer. Es ist wesentlich den gemeinsamen Kämpfen und Gefahren zuzuschreiben, wenn im 5. und 4. Jahrhundert die beiden Stände zu einem einheitlichen Volk mit starkem Gemeinsinn zusammengeschweißt wurden.

2.

Die Hauptursache für Roms Größe ist darin zu sehen, daß der Staat jahrhundertelang im Wechsel der Verhältnisse, im Wandel der Zeiten eine **aristokratische Republik** war.

Wohl beobachten wir auch hier während des 5., 4. und 3. Jahrhunderts eine zunehmende Demokratisierung, die in vielen Punkten an die Entwicklung Athens im 6. und 5. Jahrhundert erinnert:

Zum Schutz gegen die Beamtenwillkür der Patrizier setzten

die Plebejer eine Aufzeichnung der Gesetze durch (das Zwölftafelgesetz 451/50).

Wahrscheinlich im 4. Jahrhundert vor Chr. ist die Einteilung aller Bürger, der Patrizier und Plebejer, in 5 Vermögensklassen erfolgt (Timokratie). Hierdurch wurde es den Plebejern möglich, in die erste Klasse aufzurücken und zu den höchsten Stellen zu gelangen[1]).

Bis zum Jahre 300 vor Chr. erlangten die Plebejer im privaten und öffentlichen Leben Gleichberechtigung mit den Patriziern; sie erhielten

die iura privata: conubium und commercium
(Ehe- und Handelsrecht),
die iura publica: ius suffragii und ius honorum
(das aktive und passive Wahlrecht).

Zur Volksversammlung traten die Bürger in militärischer Ordnung zusammen, kompagnieweise (in Centurien).

Einige plebejische Feldherrn und Konsuln taten sich hervor, z. B. Dezius Mus und Curius Dentatus; ihr Name war in aller Munde.

287 erzwangen die Plebejer ein Gesetz, daß die Beschlüsse ihrer plebejischen Sonderversammlungen (plebiscita) Gesetzeskraft haben sollten.

Im 3. Jahrhundert vor Chr. wurde das Bürgerrecht freigiebig ausgeteilt, und das Bürgergebiet dehnte sich immer weiter aus.

Im Jahre 264 fiel die Entscheidung über den Beginn des Krieges mit Karthago in der Volksversammlung.

Nach dem I. Punischen Krieg, um 241 vor Chr., wurden die timokratischen Klassenunterschiede aufgehoben; jede der 5 Klassen erhielt 2 × 35 Centurien, und dadurch wurde das Übergewicht der ersten Klasse gebrochen.

Wir haben bei Livius und Polybius genaue Nachrichten darüber, wie mächtig die demokratische Strömung im Anfang des II. Punischen Krieges, in den Jahren 218—216, gewesen ist.

Dennoch, trotz der zunehmenden Demokratisierung, blieb Rom nach der Vertreibung der Könige jahrhundertelang ein durchaus aristokratisch regiertes Staatswesen; die eigentliche Leitung lag in den Händen des Senats. Im Senat wurden die wichtigsten Beschlüsse gefaßt; der Senat konnte, weil seine Mitglieder auf Lebenszeit er-

[1]) Mit Unrecht hat die spätere Geschichtsschreibung diese timokratische Klasseneinteilung in das 6. Jahrhundert verlegt und dem König Servius Tullius zugeschrieben.

nannt wurden, eine stetige, zielbewußte Politik treiben; die Beamten, die Konsuln, Prätoren, Ädilen und Quästoren, waren nur seine Werkzeuge und erhielten von ihm ihre Weisungen; im Kriege verteilte der Senat die Kommandos über die Truppen. Freilich trat in der Zusammensetzung des Senats seit der 2. Hälfte des 4. Jahrhunderts allmählich eine Verschiebung ein. Früher war er eine Aristokratie der Geburt gewesen, der Patrizier. Seitdem aber die hohen Ämter und die Ratsherrenstellen auch den Plebejern zugänglich waren, wurde die Senatsherrschaft eine Aristokratie der Tüchtigkeit, die ‚Nobilität'. In der langen Zeit rastlosen Ringens und unaufhörlicher Kämpfe richteten sich die Blicke aller auf die Männer, die sich durch Umsicht, Tapferkeit und Tatkraft auszeichneten; dabei fragte man nicht, ob sie patrizischer oder plebejischer Abstammung seien. Zu diesen Männern hatte das Volk Vertrauen. Das Wort nobilitas bedeutete ursprünglich weiter nichts, als daß sie vor anderen ‚bekannt' waren (nobilis = γνώριμος ‚bekannt'); Träger der ‚bekannten' Namen wählte man besonders gern zu den hohen Ämtern.

Als im Anfang des II. Punischen Krieges radikal-demokratische Strömungen zu der furchtbaren Katastrophe der Schlacht bei Cannä führten (216), da haben Senat und Nobilität durch ihre unerschrockene Tatkraft den römischen Staat gerettet. Es ist der glänzendste Abschnitt der römischen Geschichte, wo der Staat seine besten Kräfte entfaltete, wo das ganze Volk einmütig die größten Opfer brachte, wo die „Vielen" sich den „Wenigen", dem Senat und den hervorragenden Feldherren, willig unterordneten und so der entsetzliche Krieg zu einem glücklichen Ende geführt wurde.

Vergleich zwischen dem II. Punischen Krieg und dem Weltkrieg 1914—1918:

Der II. Punische Krieg (218—201) hat in der römischen Geschichte dieselbe Bedeutung, wie die Perserkriege in der griechischen; auch in ihm sehen wir einen Kampf zwischen Europa und Asien, zwischen zwei Weltanschauungen. Das Merkwürdige dabei war, daß der Gegensatz zwischen Helden- und Händlergeist auch innerhalb beider Staaten, Rom und Karthago, bestand. In Rom nagte bereits die politische Demagogie an dem altaristokratischen Grundbau der Verfassung. Im II. Punischen Krieg ging es den Römern anfangs schlecht; aber sie siegten, weil ihr Heldengeist alle inneren Gegensätze zurückdrängte und überwand. Umgekehrt unterlagen die Karthager, weil der Händlergeist hinter der Front alle Siege vergeblich machte; denn die Heimat unterstützte ihren heldenhaften Feldherrn Hannibal nicht hinreichend, ließ ihn vielmehr im Stich.

Wie oft hat man den Weltkrieg unserer Zeit (1914—1918) mit dem II. Punischen Krieg verglichen! Die glorreichen Heldentaten ließen uns hoffen, daß bei uns, wie bei den Römern, alle demokratischen Wünsche zurückgestellt und die feindlichen Geldmächte und Händlerstaaten, die uns gegenüberstanden, überwunden würden. Leider war der Verlauf ganz anders als im Altertum: Unsere Feinde verstanden es, alle inneren Gegensätze zurückzustellen; uns Deutsche aber haben die demokratische Demagogie und der Mammonismus zu Fall gebracht.

3.

Die Organisation des Römischen Reichs.

(Bis zum Ende des 3. Jahrhunderts.)

Die Römer haben sich nicht durch Kunst und Wissenschaft hervorgetan; aber sie waren geborene Staatsmänner, die mit wunderbarer Zähigkeit jedes einmal besetzte Gebiet festhielten und ihrem Reiche einfügten. Wie sehr war doch dieses einfache Bauernvolk dem seefahrenden griechischen Handelsvolk durch die straffe Organisation des Staates überlegen!

1. Wir machen uns keine Vorstellung davon, wie schwer es gewesen ist, aus den Formen des Stadtstaates herauszukommen. Im Orient gab es kein freies Bürgerrecht; da waren alle Menschen Untertanen, Knechte. Aber in Griechenland und in Italien beanspruchte jede Gemeinde Freiheit, Selbständigkeit, Unabhängigkeit.

Rom blieb trotz der wachsenden Ausdehnung des Reichs ein Stadtstaat. Zwar wohnten die 214000 waffenfähigen Vollbürger (so groß war die Zahl am Ende des II. Punischen Kriegs, trotz der großen Verluste) keineswegs alle in Rom, sondern waren über ganz Italien zerstreut; aber sie konnten nur in Rom ihre politischen Rechte ausüben.

Aus Italien hatten die Römer durch ihre siegreichen Kriege während des 5., 4. und 3. Jahrhunderts einen großen ‚Staatenbund‘ oder vielmehr ‚Bundesstaat‘ gemacht, ein Nebeneinander von zahlreichen Stadtstaaten, über welche sie die Hegemonie besaßen. Welcher Art war nun dieser Bund?

a) Rom beanspruchte für sich die Oberhoheit in den auswärtigen Angelegenheiten und die Führung im Krieg. Die Bundesgenossen mußten sich zur Stellung von Truppen und Schiffen verpflichten und auf jede äußere Politik verzichten; im übrigen behielten sie die kommunale Selbständigkeit und Freiheit in ihren inneren Angelegenheiten.

b) Von größter Wichtigkeit wurde die Bestimmung, daß die Bundesgenossenstädte nur mit Rom verbündet waren und untereinander keine Bündnisse schließen durften. Das brachte den Römern später gewaltige wirtschaftliche Vorteile; denn für Handel und Verkehr stand ihnen selbst die ganze Welt offen, den Verbündeten bloß Rom.

c) Auch war das Vertragsverhältnis Roms mit den verbündeten Gemeinden verschieden, je nach der Gelegenheit, die zum Abschluß des Bündnisses geführt hatte. Die einen Städte hatten mehr, die anderen weniger Rechte; die einen mußten größere, die anderen kleinere Pflichten übernehmen. Allmählich entwickelte sich hieraus der berüchtigte Grundsatz divide et impera („trenne die Menschen und herrsche über sie“).

Wir müssen aber feststellen, daß die Lage der italischen „Bundesgenossen“ bis zum Ende des 3. Jahrhunderts keineswegs schlecht war. Das geht teils daraus hervor, daß sie während der Hannibalischen Not, mit wenigen Ausnahmen, treu zu Rom standen, teils daraus, daß das römische Bürgerrecht für sie keineswegs den großen Wert hatte wie später. Als im Jahre 216 den Bewohnern der Stadt Präneste zum Lohn für hervorragende Tapferkeit das römische Bürgerrecht angeboten wurde, lehnten sie es ab, um ihre Autonomie zu behalten.

2. Als die Hauptaufgabe erschien den Römern die militärische Beherrschung von ganz Italien. Von den Besiegten hatten sie sich Stücke des Ackerlandes abtreten lassen und überall auf der Halbinsel war ausgedehntes „Staatsland“ (ager publicus). Große Teile hiervon wurden zu Landanweisungen, zur Ansiedlung ärmerer Bürger benutzt. Aber wie verschieden waren diese römischen Kolonien von den griechischen! Die griechischen Siedlungen gingen übers Meer, lösten sich von dem Mutterlande und wurden neue, auf ihre politische Selbständigkeit sehr eifersüchtige Stadtstaaten; schon frühzeitig spielten Handelsinteressen eine große Rolle. Die römischen Bürger, die zu Land in das eroberte Gebiet zogen und dort angesiedelt wurden, waren Bauern; jede Kolonie bedeutete ein Vordringen des römischen Volkstums und war zugleich Militärstation.[1]) Römische Bürger wurden als Besatzung in eine eroberte Stadt gelegt und der 3. Teil der Feldmark ihnen zugewiesen; sie blieben Vollbürger und bildeten in der Stadt einen kriegerischen Herrenstand. Diese Festungen wurden seit dem 4. Jahrhundert durch vortreffliche Militärstraßen mit der Hauptstadt verbunden; die ältesten sind

die via Appia von Rom nach Capua, später bis Brundisium;
die via Flaminia von Rom nach Ariminum.

3. Interessant ist auch die Entwicklung der religiösen Angelegenheiten, die im Leben des Altertums ebenso wie heute eine bedeutende Rolle spielen. Bei den Römern sind Religion und Politik untrennbar verbunden; ihre Religion ist Staatsreligion, wird zu einem Werkzeug des Staates, steht im Dienste der politischen Bestrebungen. In Griechenland ging das Wachsen der Religion von unten nach oben; seine Denker und Dichter gelangten zu einer staunenswerten Vertiefung,

[1]) Ein ähnlicher Unterschied zeigt sich bei der deutschen Kolonisation des späteren Mittelalters. Die deutschen Kolonisten, welche übers Meer nach Kurland, Estland gebracht wurden, sind dem Vaterland verloren gegangen (wie auch später die Millionen, die nach Amerika auswanderten); dagegen drang zu Land das deutsche Volkstum in Brandenburg, Preußen, Schlesien vor und hat diese Länder dauernd germanisiert.

Verinnerlichung und Versittlichung der Religion. Bei den Römern ging das Wachsen in die Breite.

Schon in alter Zeit kam die Vorherrschaft Roms über Latium durch sakrale Einrichtungen zum Ausdruck, durch die Bundesheiligtümer der Diana auf dem Aventin und des Juppiter Latiaris auf dem Albanerberg. Die Gottheiten zerstörter Städte wurden feierlichst in Rom aufgenommen und erhielten ihren besonderen Kultus. Dem Vorschreiten der äußeren Grenzen und der Vervielfältigung der auswärtigen Beziehungen entsprechend, dehnte sich der Kreis der römischen Staatsgötter von Geschlecht zu Geschlecht weiter aus. In den römischen Kolonien wurde sorgfältig ein getreues Abbild des hauptstädtischen Staatsgottesdienstes eingerichtet. Anderseits ließ man den lokalen Kultus der Bundesstädte durchaus bestehen und übte so eine weitgehende Toleranz.

Aber Rom wurde der sakrale Mittelpunkt für das ganze Reich.

III.

Die Entartung der Nobilität und die sozialen Kämpfe.

Vorbemerkung. Der II. Punische Krieg (218—201) bildet den Höhepunkt in der römischen Geschichte. Natürlich trat nun nicht plötzlich, in einem Jahr ein völliger Umschwung ein. Die gesunden Kräfte, die in dem römischen Volke vorhanden waren, wirkten noch Jahrhunderte nach; anderseits hatten sich schon im 3. Jahrhundert Anfänge der Entartung gezeigt. Aber überraschend ist es doch, wie schnell ein Volk sinken kann. Und was war die Ursache? Die entfesselte Macht des Geldes.[1])

Bis zur Mitte oder gar zum Ende des 3. Jahrhunderts vor Chr. hat die römische Geschichte eine gewisse Ähnlichkeit mit der athenischen bis zur Mitte des 5. Jahrhunderts. Die weitere Entwicklung ist aber sehr verschieden; sie führt

in Athen zur extremen Demokratie,
in Rom zur extremen Oligarchie (Geldherrschaft, die sich die Maske der Demokratie aufsetzt).

A. Die oligarchische Klassenherrschaft.

Die seit der Mitte des 4. Jahrhunderts vor Chr. entstehende „Nobilität" war während der Kämpfe gegen die Samniten, gegen Pyrrhus und Hannibal eine Aristokratie der Tüchtigkeit. Durch wirkliche Verdienste hatte sie sich, namentlich in dem furchtbaren Krieg gegen Hannibal, über die Masse des Volkes erhoben, das ihr willig gehorchte. Wie schnell ist diese Aristokratie zur Oligarchie (Plutokratie) entartet! zu einer Klassenherrschaft der wenigen Familien[1]), welche sich für die allein berechtigten Träger der Staatsgewalt hielten, die Ämter bekleideten und im Senat saßen, welche sich immer mehr kastenartig gegen das übrige Volk abschlossen! Man hat diesen neuen Adel „Amtsadel" genannt; sehr schnell nahm er die Form einer Geburtsaristokratie an, wenn ihm auch die rechtlichen Kennzeichen einer solchen nicht zuteil wurden[2]).

[1]) Für die Römer gilt genau dasselbe, was S. 31 Anm. über die Griechen gesagt ist: Victor vincitur, „der siegreiche Held unterlag". Wohl wehrten die Römer heldenhaft die asiatische Geldmacht der semitischen Karthager ab, erlagen dann aber selbst der Macht des asiatischen Geldes und wurden Mammonsknechte.

Während im 4. und 3. Jahrhundert vor Chr. sich ein starker Gemeinsinn entwickelt und den Staat groß und unüberwindlich gemacht hatte, wurde die römische Geschichte des 2. und 1. Jahrhunderts das abschreckendste Beispiel eines extremen Individualismus.

I.

Wie äußerte sich diese Klassenherrschaft?

1. Die äußere Politik des römischen Staates wurde seit dem Jahre 200 vor Chr. immer mehr eine Eroberungs- und Plünderungspolitik. Die Römer mischten sich fortwährend in die Angelegenheiten fremder Staaten; sie wurden ‚Bundesgenossen' der kleinen Mächte und Könige, der Republik Rhodos, des Königs Eumenes von Pergamon, des Königs Massinissa von Numidien, der Stadt Massilia (Marseille), der Äduer im heutigen Frankreich. Um diese zu schützen, begannen sie einen Krieg nach dem anderen mit den „Großen", was sie später nicht abhielt, die „Kleinen" mit roher Gewalt zu unterdrücken. Die Zwietracht zwischen den Parteien in Griechenland, dem Ätolischen und Achäischen Bund, und zwischen den Königen von Mazedonien, Syrien und Ägypten wurde eifrig genährt, eine Macht gegen die andere ausgespielt, damit sie sich gegenseitig schwächten und desto leichter eine Beute der Römer würden. Roms bester Bundesgenosse war zu allen Zeiten die Zwietracht der anderen. Das Wort divide et impera („teile deine Gegner und herrsche über sie") ist das A und O römischer Regierungskunst.

Man braucht nur die Ursachen zu verfolgen, die zum II. Mazedonischen Krieg (200—197), zum Syrischen Krieg (192—189), zum III. Mazedonischen Krieg (171—168), zum III. Punischen Krieg (149 bis 146) führten, um dies bestätigt zu finden. Das wurde immer schlimmer, weil wirklich alle Völker ringsum entartet waren und die Römer sich allmählich an den Gedanken gewöhnten, daß ihnen von Rechts wegen die ganze Welt, der orbis terrarum, gehöre. Ein Land nach dem anderen fiel ihnen zu, so daß zur Zeit Christi die ganze antike Kulturwelt zu einem großen Weltreich vereinigt war.

Dabei hatten die Römer kein anderes Ziel, als sich zu bereichern,

[1]) Es waren die Lords des Altertums.
[2]) Das Geld war bei diesem neuen Adel entscheidend, nicht das Blut.

Geld zu gewinnen. Dem römischen Staatsschatz flossen Summen zu, deren Höhe für die damalige Zeit geradezu märchenhaft war. Am Schluß des II. Punischen Krieges mußten sich die Karthager verpflichten, 50 Jahre lang je 1 Million Mark zu zahlen; der Syrische Krieg brachte (189 v. Chr.) 75 Millionen Mark; die Beute, welche nach dem III. Mazedonischen Krieg Ämilius Paulus nach Rom brachte (167 vor Chr.), war so groß, daß fortan für die römischen Bürger die direkte Steuer wegfiel. Seitdem gewöhnten sich die Bürger daran, nur Rechte, keine Pflichten zu haben.

Es waren vorwiegend Handelsinteressen, welche zur Zerstörung von Korinth und Karthago (146) geführt haben. Wie brutal war die Vergewaltigung Karthagos!

2. Entrechtung aller Bewohner des weiten Reichs:

a) Die eroberten außeritalischen Länder, die Provinzen, deren Zahl seit dem Ende des I. Punischen Krieges (241) immer größer wurde, waren rechtlich mit ihrem gesamten Boden römisches Staatsland, staatlicher Grundbesitz (ager publicus). Es galt als Gnade, daß die Bewohner ihr Privateigentum behielten; dafür mußten sie aber jährlich eine Art Pacht zahlen (vectigalia). Daneben wurden die ehemaligen königlichen Güter Staatsdomäne, ager publicus im engeren Sinne, und wurden verpachtet. Das Wiesen- und Weideland, die Waldungen, die Fischereien, die Bergwerke gehörten Rom. So zog denn der Staat aus den Provinzen große Einkünfte, ohne etwas dafür zu leisten.

Dies war aber keineswegs der schlimmste Druck, der auf den Provinzen lastete. Fast alljährlich wechselten die Statthalter (Prätoren, später Prokonsuln oder Proprätoren). Sie hatten, mit wenigen Ausnahmen, nur das eine Streben, nach der einjährigen Verwaltung der Provinz reich, sehr reich nach Rom zurückzukehren. — Den größten Teil der staatlichen Einnahmen trieb der Quästor ein, der sich gleichfalls möglichst zu bereichern suchte. Die vectigalia wurden an die Steuerpächter, die publicani, verpachtet; sie sorgten dafür, daß sie doppelt so viel einnahmen, wie sie dem Staate zahlen mußten. Außerdem wurden die Provinzen von römischen Kaufleuten, Wucherern, Getreidespekulanten geradezu überschwemmt. Das Recht des Stärkeren wurde gegenüber den Bewohnern der Provinzen zu einer großartigen, zum Teil staatlich organisierten Aussaugung.

b) Die latinischen und italischen Bundesgenossen, mit denen foedera aequa, d. h. Bündnisse auf dem Standpunkte der Gleichheit, abgeschlossen waren, wurden seit dem Anfang des 2. Jahrhunderts vor Chr. allmählich zu recht- und schutzlosen „Untertanen“

herabgedrückt; mehr und mehr gewöhnten sich die Römer an die Vorstellung, daß Hab und Gut, Leib und Leben der Bundesgenossen nur dafür da sei, ihren Interessen zu dienen:

Nach dem entsetzlichen II. Punischen Krieg geschah nichts, um die verwüsteten Städte und Fluren der Bundesgenossen wieder herzustellen, obwohl man ihnen in erster Linie die Besiegung Hannibals zu danken hatte. Vielmehr wurden sie sofort gezwungen, für die Taschen der römischen Kapitalisten die mazedonischen und syrischen Kriege zu führen.

Nichts verschärfte den Unterschied zwischen ‚Bürgern‘ und ‚Bundesgenossen‘ mehr als die drei Gesetze über die Prügel- und Todesstrafe aus den Jahren 198, 195, 184 (leges Porciae de tergo civium). Fortan konnte ein römischer Bürger nur durch ein gerichtliches Verfahren in Rom bestraft werden; keine Behörde, kein Statthalter oder Feldherr durfte ihn, mochte er draußen irgendwo Handel treiben oder im Heere Kriegsdienste tun, schlagen oder töten. Das Wort civis Romanus sum, „ich bin römischer Bürger“, erhielt allmählich auf der weiten Erde die Bedeutung der persönlichen Unverletzlichkeit. — Diese Gesetze galten für die ‚Bundesgenossen‘ nicht.

Immer weniger kümmerte sich die römische Regierung um die kommunale Selbständigkeit der Bundesgenossen; vielmehr gewöhnte sie sich daran, ihnen ohne weiteres solche Gesetze aufzuzwingen, wie sie für die Bürger vorteilhaft waren.

Den Bundesgenossen wurde die Erlangung des römischen Bürgerrechts erschwert. Ja, im Jahre 187 wurden 12000 Latiner, welche bereits in die Listen der Bürger eingetragen waren, aus Rom ausgewiesen.

So trugen die ‚Bundesgenossen‘ dieselben Lasten wie die ‚Bürger‘, hatten aber keine Rechte.

c) Auch die wachsende Kluft innerhalb der Bürgerschaft kann man als eine Entrechtung bezeichnen. Theoretisch war zwar die Verfassung des römischen Staates ganz demokratisch und das Volk souverän. Aber es war nur eine **Scheindemokratie**[1]); tatsächlich herrschte die oligarchische Clique der Nobilität, die es verstand, immer mehr alle Macht in ihre Hände zu bekommen.

Nur großer Reichtum erschloß den Zutritt zu den hohen Ämtern. Je mehr nach dem II. Punischen Krieg die größere Zahl der in Rom anwesenden Bürger aus Besitzlosen bestand, geriet die Masse in

[1]) Seit dem Anfang des 2. Jahrhunderts vor Chr. waren in Rom Schein und Wirklichkeit himmelweit verschieden, wie heute bei den Welschen und Angelsachsen.

eine materielle Abhängigkeit von einzelnen Nobiles, ja trat in ein Klientelverhältnis zu ihnen. Bei den Wahlen wurden die Stimmen verkauft.

Durch die lex Villia vom Jahre 180 vor Chr., welche die Reihenfolge der hohen Ämter gesetzlich festlegte, wurde es den nicht zur Nobilität gehörenden aufstrebenden Männern (den homines novi) sehr erschwert, in den Senat zu gelangen; der Senat war seitdem ein ausschließliches Organ der Nobilität.

Die Volksgerichtsbarkeit wurde dadurch beschränkt, daß man für bestimmte Vergehen besondere Gerichtshöfe (quaestiones perpetuae) einrichtete; hier war sowohl Untersuchung als auch Urteilsspruch Mitgliedern des Senates übertragen.

Im 2. Jahrhundert v. Chr. schied sich allmählich die römische Bürgerschaft in drei scharf getrennte Stände: die Nobilität (der Amtsadel); die nichtadeligen Mitglieder der höchsten Vermögensstufe (die Ritter); das niedere Volk. Die Macht war allein bei der Nobilität.

Die allgemeine Entrechtung machte sich natürlich besonders im wirtschaftlichen Leben fühlbar:

Einerseits führte sie in Handel und Verkehr zu einer Monopolstellung Roms. Die römischen Bürger hatten in dem weiten Reich unbeschränkte Freiheit in Kauf und Verkauf, in Geldgeschäften und Verträgen; sie genossen dabei vollen Rechtsschutz und waren unverletzlich. Dagegen war allen anderen Gemeinden in den Provinzen und in Italien nur der Handel und Verkehr mit Rom gestattet, nicht untereinander. Nach der Zerstörung von Karthago und Korinth besaß Rom eine Welthandelsherrschaft.

Anderseits wurde die rücksichtslose Macht des Kapitals für alle wirtschaftlich Schwächeren, auch unter den Bürgern, verhängnisvoll; sie brachte nicht nur Entrechtung, sondern geradezu Enteignung[1].

[1] Schmoller sprach Ende des vorigen Jahrhunderts in seiner Allgemeinen Volkswirtschaftslehre II, S. 628 von zwei Richtungen, die heute in den Vereinigten Staaten von Amerika miteinander ringen: „Der alte politisch-moralische Idealismus der Begründer der Union und der Wuchergeist der Geldmacher, der nur den momentanen Gewinn kennt, rücksichtslos und skrupellos alle Grundsätze preisgibt, wenn Millionen zu sammeln sind. Er schuf das Beutesystem in der Ämtervergebung, die Wahlbestechungen (1888 6 Millionen Dollars Kosten für die Präsidentenwahl), die Erkaufung der politischen Parteien; er stand Pate bei dem Schutzsystem von 1890 an; er wird überstürzt weiter auf Eroberungen und Annexionen dringen; er entrechtet die Neger; er versucht die Preise künstlich zu heben und zu senken zugunsten einer kleinen Minorität. Die große Frage der Zukunft ist, ob die Geldmacher oder die anständigen auf die Zukunft sehenden Leute die Oberhand behalten". — Genau so lagen die Verhältnisse im 2. Jahrhundert vor Chr. im römischen Reich. Wohl gab es noch eine Reihe von idealgesinnten Männern: Cato, Ämilius Paulus, Scipio Ämilianus, die Familie der Gracchen. Aber die Beutegier und der Wuchergeist der Geldmacher siegte. Daran ist Rom zugrunde gegangen.

3. Klassenjustiz: Zwar versuchten edeldenkende, idealgesinnte Patrioten der zunehmenden Entartung entgegenzutreten; auf ihren Antrag und ihr Drängen wurden strenge Gesetze gegen den Ämterverkauf (de ambitu) und gegen die Ausbeutung der Provinzen (de repetundis) gegeben. Aber sie erwiesen sich als wirkungslos; die größten Schurken wurden freigesprochen. Ja, als man seit dem Jahre 149 vor Chr. dazu überging, regelmäßige Kriminalgerichte, stehende Gerichtshöfe (quaestiones perpetuae) für diese Verbrechen einzurichten, wurde die Sache schlimmer statt besser. Denn hier saßen unter Vorsitz des Prätors senatorische Standesgenossen über die Schuldigen zu Gericht; die Prozesse endigten fast immer mit Freisprechung.

Konnte man in Athen von einer demokratischen Klassenjustiz des niederen Volkes sprechen[2]), so entwickelte sich in Rom eine oligarchische Klassenjustiz der Nobilität.

4. Auch die **Religion** wurde ein Machtmittel der Nobilität, eine wesentliche Stütze ihrer Regierung und ihrer egoistischen Klassenherrschaft:

Hochinteressant ist die Art, wie schon im 3. Jahrhundert vor Chr. die Nobilität gegen den unbequemen Emporkömmling (homo novus) Flaminius kämpft und seine volksfreundlichen Absichten zu durchkreuzen sucht[3]); ihre Waffe war die Religion. Als Flaminius Konsul geworden war, entdeckten die Priester hinterher einen Fehler bei den Wahlen (223). Der Diktator, der im Jahre 221 den Flaminius zu seinem Reiteroberst machte, wurde wegen eines angeblich ungünstigen Vorzeichens zur Abdankung gezwungen. Natürlich schob man die Schuld für die entsetzliche Niederlage am Trasimenischen See (217) der Gottlosigkeit des Flaminius zu.

Dem bekannten Qu. Fabius Maximus wird die frivole Äußerung zugeschrieben, die Bedeutung der Auspizien sei lediglich nach der Nützlichkeit oder Schädlichkeit der politischen Handlungen, für die sie angestellt würden, zu bemessen.

Mißliebigen Konsuln konnte man alle möglichen Hindernisse in den Weg legen: ungünstige Auspizien, die man von den Auguren erlügen ließ; Verzögerung der latinischen Ferien.

Im 2. Jahrhundert vor Chr. wurde der Mißbrauch, den man im Interesse der Nobilität mit der Religion trieb, immer schlimmer. Ja, man scheute sich nicht, ein besonderes Gesetz zu geben (lex Aelia), welches den Magistraten das Recht gab, an den Tagen der Volksver-

[2]) Vgl. S. 36.

[3]) Vgl. meine „Geschichte des antiken Soz. und Ind.", S. 146 ff.

sammlungen Himmelsbeobachtungen anzustellen, und die bloße Erklärung, das tun zu wollen, genügte schon, um die Volksversammlung aufzuheben.

So wurde die Religion ein Mittel, sowohl unbequeme Handlungen der gewählten Magistrate als auch Beschlüsse des Volkes zu verhindern.

2.

Die Wirkungen der oligarchischen Klassenherrschaft.

1. Die traurigste, verhängnisvollste Wirkung der oligarchischen Klassenherrschaft war das **allmähliche Verschwinden des gesunden, kernhaften Standes der Kleinbauern:**

a) Nach dem II. Punischen Krieg waren zahlreiche Bauerngüter Italiens aus Mangel an Arbeitskräften und Lebensmitteln für wenig Geld feil. Da bot sich den reichen Leuten der Nobilität und der Ritterschaft willkommene Gelegenheit, viele Gehöfte aufzukaufen. Niemand hatte ein Gefühl für das soziale Unrecht, das in dieser Ausnutzung der Geldmacht lag; sie zahlten ja, was verlangt und vereinbart wurde, und konnten sich sogar in den Tugendmantel hüllen gegenüber denen, die rohe Gewalt anwandten.

b) Die regierenden Herren dachten so wenig daran, den heimischen Ackerbau durch Staatsmittel oder durch Schutzzölle zu heben, daß sie im Gegenteil den Bauern eine zwiefache Konkurrenz neu schufen, der sie nicht gewachsen waren. Einerseits wurden aus den auswärtigen Provinzen durch die Behörden oder durch Spekulanten große Mengen Getreide eingeführt und zu einem Preise verkauft, der den einheimischen Bauern nicht einmal die Selbstkosten deckte. Anderseits nahm die Sklavenarbeit auf dem Lande überhand; die reichen Gutsherren übertrugen die meisten Arbeiten den Sklaven, deren Unterhaltung fast nichts kostete. Selbst ein Mann wie M. Porcius Cato verschmähte es nicht, gewinnreiche Sklavenzucht zu treiben.

c) So führte denn der Aufkauf der Bauerngüter durch die kapitalkräftigen Nobiles und Ritter dazu, daß an die Stelle der früheren zahlreichen, über ganz Italien dicht verbreiteten Kleinbauern wenige Großgrundbesitzer traten. Das ‚Latifundienwesen' nahm von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zu. Als sich auch auf den Latifundien wegen der Konkurrenz mit dem billigen eingeführten Getreide der Ackerbau nicht mehr lohnte, ging man zur Weidewirtschaft und zur Obst-, Garten- und Weinkultur über. Wenn man bedenkt, wie viele Kleinbauern oder Tagelöhner auf einer Quadratmeile Arbeit und Unterhalt finden, mit wie wenig Sklaven dagegen diese Quadratmeile beaufsichtigt werden kann, wenn Viehwirtschaft darauf getrieben wird:

so hat man eine Anschauung, wie verödet allmählich das platte Land wurde, wie ganze Landstädtchen und Dörfer verschwanden. Nicht einmal als Tagelöhner konnten die verarmten Bauern ihren Unterhalt finden.

d) Und noch eins kam hinzu: es gab in Italien ausgedehnten Staatsgrundbesitz (ager publicus); noch während und nach dem II. Punischen Krieg hatte man große Besitzungen für den Staat gewonnen. Ferner stand der größte Teil der Po-Ebene zur Verfügung. Was lag näher, als die ärmeren Bürger hier anzusiedeln und mit einem Bauerngut auszustatten? Nichts davon geschah; der größte Teil dieses ager publicus wurde eine Beute der Reichen; andere Teile wurden von den Publikanen verpachtet.

Immer größer wurde die Kluft zwischen Reich und Arm; der Mittelstand schmolz zusammen, und noch mehr verarmten die lateinischen und italischen Bundesgenossen, da sie dem Rechte des Stärkeren gegenüber viel wehrloser waren.

Auch in England erlag während des 19. Jahrhunderts der Bauernstand dem Kapitalismus; es gab dort dreimal soviel Weide- als Ackerland. Und weil der Jungbrunnen, aus dem ein Volk immer neue Kraft gewinnt, der Bauernstand, versiegt ist, wird auch das Menschenmaterial für Industrie, für Heer und Flotte immer minderwertiger. Man muß Ausländer heranziehen; die Zahl der ausländischen Seeleute auf englischen Schiffen übersteigt weit die Zahl der einheimischen. Anderseits nimmt in den englischen Städten und Industriebezirken die Zahl der Arbeitslosen zu; es wächst die Menge der Proletarier, die für Landwirtschaft und Seedienst ganz unbrauchbar geworden sind.

Selbst in dem riesigen Gebiete der Vereinigten Staaten Nordamerikas machen sich die verhängnisvollen Wirkungen der einseitigen Geldwirtschaft bemerkbar.

2. Das hauptstädtische Proletariat:

a) Was blieb den verarmten, ausgekauften, oft mit Gewalt von der Scholle vertriebenen Bauern, die auf dem Lande nicht einmal als Tagelöhner ihr Brot verdienen konnten, übrig, als nach der Hauptstadt zu wandern? In Rom wuchs nach dem II. Punischen Krieg immer bedenklicher die Zahl der besitzlosen Bürger, der Proletarier. Sie besaßen nichts als ihre Stimme bei den Wahlen, den Centuriatkomitien; es galt, diese möglichst teuer zu verkaufen. Viele traten in die Klientel, d. h. in den Schutz eines Nobilis und lebten von dessen Gnade. Dazu lockte die wachsende Zahl der Vergnügungen, der Feste und Spiele, in die Hauptstadt[1]).

[1]) Treitschke sagte schon im vorigen Jahrhundert: „Auch Deutschland ist jetzt heimgesucht von jener Jagd nach den großen Städten, welche die Römer ruiniert hat" (Politik I, S. 320).

b) Geradezu entsetzlich wurden die **Wohnungsverhältnisse** in Rom. Die Fläche der Hauptstadt nahm keineswegs im Verhältnis zur wachsenden Bevölkerung zu; alle Leute wollten möglichst nahe beim Forum, dem Mittelpunkt, wohnen. Deshalb wuchs die Stadt in die Höhe, nicht in die Breite; die Häuser wurden immer höher, die Stockwerke immer zahlreicher, die Zimmer immer kleiner. Die Hauptstraßen waren so eng, daß später aller Wagenverkehr verboten werden mußte.

Dazu kam das steigende Bedürfnis der Reichen, sich mitten in der Stadt große, prunkvolle Paläste zu bauen. Ganze Häuserviertel, in denen Hunderte von Familien gewohnt hatten, verschwanden, um **einem** Palast Raum zu schaffen.

Es entwickelte sich ein entsetzlicher Baustellen- und Häuserwucher. Die Reichen konnten ihr Geld nicht gewinnbringender anlegen, als in städtischen Grundstücken und Häusern.

c) Die schlimmste Erscheinung in dem antiken Rom ist wohl darin zu sehen, daß trotz der ins Ungeheure wachsenden Bevölkerung die **Arbeitsgelegenheit abnahm**. Freilich sollte man meinen, daß bei der großen Bautätigkeit doch zahlreiche Erdarbeiter, Maurer, Steinmetzen, Zimmerleute, Dachdecker und für die Ausstattung Schreiner, Anstreicher, Maler lohnende Beschäftigung gefunden hätten, weiterhin indirekt Bäcker, Fleischer, Schneider, Schuster. Aber in der Hauptstadt verdrängten, wie auf dem platten Land, die **Sklaven** immer mehr die freie Arbeit. Die großen Unternehmer gewöhnten sich daran, für ihre Bauten **Eigenwirtschaft** einzurichten und alles durch ihre Sklaven besorgen zu lassen. Auch wurde es Sitte, daß die reichen Herren für den kostspieligen Haushalt in ihren Palästen ganze Sklaven- und Bedientenschwärme besaßen, unter die alle vorkommenden Arbeiten verteilt waren; da man für alle Geschäfte, Handwerke und Künste eigene Sklaven besaß, bedurfte man der freien Arbeiter und selbständigen Handwerker nicht.

3. Das Heer:

Bürger, Bauer, Krieger: Diese Dreieinheit hatte das Römische Reich geschaffen; seine Kraft und Stärke ruhte auf der strengen Disziplin eines waffentüchtigen, für den eigenen Herd und Hof kämpfenden Bauernvolkes. Welch ein Umschwung trat im 2. Jahrhundert v. Chr. ein!

Schon während des langen II. Punischen Krieges waren viele Bauern dem Pflug und Ackerbau entfremdet. Als nun nach dem Friedensschluß nichts geschah, um den Bauernstand wieder zu verjüngen und zu kräftigen, vielmehr sofort neue auswärtige Kriege unternommen wurden; als zudem die Kriege großen Gewinn in Aussicht

stellten, während der mühselige Ackerbau nicht den nötigsten Unterhalt verschaffte: da wurde für viele Bürger der Krieg ein lohnendes Handwerk.

Verhängnisvoll war besonders der Krieg in Asien, der Syrische Krieg (192—189). Da wetteiferten Feldherren und Soldaten in Beutegier und Zuchtlosigkeit:

> Wir hören, wie die Soldaten gegen den ausdrücklichen Willen ihrer Feldherren Städte plünderten;
> wir hören, wie ein römischer Konsul, ohne irgendeinen Auftrag des Senates oder Volkes, auf eigene Faust im Inneren Kleinasiens Krieg führte, verschiedene kleine Staaten brandschatzte, Geld und Getreide erpreßte.

Das verschlimmerte sich von Jahr zu Jahr. Die Bürgerheere wurden allenthalben mehr und mehr zu einer grausamen, plündernden und mordenden Soldateska.

B. Die hundertjährige Revolution.

(133—31 vor Chr.)

I. 133—91. Die Gracchen und ihre Nachfolger.

Reformbestrebungen, Klassenkämpfe zwischen der Volkspartei (populares) und der Senatspartei (Nobilität, Optimaten).

133 Bodenreform (**lex agraria**) des Tiberius Sempronius Gracchus.

123, 122 Reformgesetze des Gajus Sempronius Gracchus:
1. Bodenreform (lex agraria).
2. Übertragung der Geschworenengerichte an die Ritter (lex iudiciaria).
3. Getreidegesetz (lex frumentaria).
4. Kolonialgesetz (lex de coloniis deducendis).
5. Erteilung des Bürgerrechts an die Bundesgenossen (lex de civitate sociis danda). —

121—111 Reaktion, Herrschaft der Senatspartei:
Die neuen Bauernstellen wurden für verkäuflich erklärt;
118 wurde die Tätigkeit der Bodenreform beendet;
111 wurden die Staatsländereien den augenblicklichen Nutznießern als **unbeschränktes Eigentum** überlassen.

111—100 Aufschwung der Volkspartei:
111 Der Volkstribun Memmius,
107. 104—100 ist Marius sechsmal Konsul,
100 Die neuen Reformversuche unter dem sechsten Konsulat des Marius scheitern. —
99—91 Neue Senatsherrschaft.

Äußere Kriege, welche die Entartung der Nobilität **offenbarten**.

111—106 Jugurthinischer Krieg.
107/6 Marius beendet den Krieg.
113—101 Der Krieg gegen die Cimbrer u. Teutonen:
113 Niederlage bei Noreja.
105 Niederlage bei

Innere Kämpfe	Äußere Kriege
91 Anträge des M. Livius Drusus: Änderung der Geschworenengerichte (lex iudiciaria), Kolonialgesetz (lex de coloniis deducendis), Erteilung des Bürgerrechts an die Bundesgenossen (lex de civitate sociis danda).	Arausio. 102 u. 101 Siege des Marius bei Aquä Sextiä und Vercellä.

II. Gewaltsame Lösung der Gegensätze (91—31)

1. Sulla und die Marianer.

Innere Kämpfe.	Äußere Kriege.
91—88 Bundesgenossenkrieg.	
88 Die Revolution des Volkstribunen Sulpicius Rufus; Sulla rückt mit 6 Legionen gegen Rom.	
87—83 Die Marianer Herren in Rom:	
86 Marius †.	**87—84** I. Mithridatischer Krieg (Sulla).
87—84 Cinna Consul. —	
83—82 Sulla besiegt die Marianer.	83—81 II. Mithridatischer Krieg (Murena).
82/79 Sulla Diktator: Proskriptionen, Wiederherstellung der Senatsherrschaft, Veteranenversorgung.	

2. Pompejus, Crassus, Cäsar, Cicero.

78—72 Pompejus kämpfte im Interesse der Nobilität gegen Ämilius Lepidus und gegen Sertorius.	**74—64** III. Mithridatischer Krieg, zuerst von Lucullus, seit 66 von Pompejus geführt.
73—71 Sklavenkrieg.	
70 Konsulat des Pompejus und Crassus: sie stützen sich auf das Volk und beschränken die Macht der Senatspartei.	
67—62 Außerordentliche Vollmachten des Pompejus gegen die Seeräuber und gegen Mithridates.	**67** Seeräuberkrieg.
64 Bodenreformanträge des Volkstribunen Rullus. Cicero versöhnt Nobilität und Ritterstand.	
63 Cicero Konsul. Catilinarische Verschwörung.	
60 Triumvirat des Pompejus, Crassus, Cäsar. Die Verbindung richtet sich gegen die Senatspartei.	
59 Cäsar Consul, lex agraria.	**58—51** Cäsars Kriege in Gallien.
58/7 Ciceros Verbannung auf Grund der lex Clodia.	
54—52 Völlige Anarchie.	
52 Ermordung des Clodius; Pompejus alleiniger Consul.	53 Tod des Crassus bei Carrhä.
49—45 Bürgerkrieg.	
46 Cäsar Alleinherrscher.	
44 Cäsar ermordet.	

3. Octavian (Augustus), Antonius und Lepidus.

43 Triumvirat zwischen Octavian, Antonius und Lepidus. Proscriptionen. Cicero ermordet.
42 Sieg bei Philippi über die Cäsarmörder Brutus und Cassius. Verteilung des Reichs unter die Triumvirn. Veteranenversorgung.
38—36 Besiegung des Sextus Pompejus.

35 Lepidus verliert seine Ämter außer dem Oberpriesteramt.
31 In der Schlacht bei Actium besiegt Octavian den Antonius. Octavian Alleinherrscher.

I.

Weshalb ist die Reform gescheitert?

1. Zwar hat es in der 1. Hälfte des 2. Jahrhunderts vor Chr. nicht an ernsten patriotischen Männern gefehlt, welche mit großer Besorgnis die zunehmende Entartung wahrnahmen und mit Mut und zäher Ausdauer die Verhältnisse zu bessern suchten:

Der alte Kato kämpfte sein ganzes Leben hindurch für die altrömische Einfachheit und Frömmigkeit;

Ämilius Paulus und sein trefflicher Sohn P. Cornelius Scipio Ämilianus scheuten keine Mühe, um Disziplin und Tapferkeit bei den Truppen wieder herzustellen und sie zum Siege zu führen.

Aber es dauerte lange, bis man die Ursache des Übels erkannte: nämlich die einseitige egoistische Herrschaft des Geldes, das Schwinden eines gesunden Bauernstandes und die rechtlose Stellung der Bundesgenossen. Erst die beiden Gracchen haben die Bedürfnisse ihrer Zeit klar erfaßt und zielbewußt und mutig den Staat zu retten gesucht. Mit dem Jahre 133 v. Chr. begann die große Reformbewegung, die allmählich zu Revolution und völliger Anarchie führte und mit der Alleinherrschaft des Augustus endete.

Fünf verschiedene Bestrebungen traten, einander fördernd und hemmend, immer wieder in den Vordergrund:

1. Bodenreform (lex agraria),
2. Armenpflege (lex frumentaria), Arbeitslosen-Fürsorge,
3. Gründung von Kolonien (lex de coloniis deducendis),
4. Gerichtsbarkeit (lex iudiciaria),
5. Ausdehnung des Bürgerrechts auf die Bundesgenossen (lex de civitate sociis danda).

2. Die sozialen Reformbestrebungen sind gescheitert, **weil es an sozialer Gesinnung fehlte.** Zu groß war die Kluft zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung geworden:

zwischen den drei Klassen der römischen Bürgerschaft;
zwischen den Bürgern und Bundesgenossen;
zwischen den Bewohnern Italiens und der Provinzen;
zwischen den Freien und Sklaven.

Wie gering war die Zahl derer, die sich selbstlos von dem Gedanken an das Wohl des Ganzen leiten ließen! Der individualistische Geist hatte alle Volksschichten ergriffen, und die widerstreitenden und sich

durchkreuzenden Klasseninteressen machten eine dauernde Reform unmöglich:

Im Jahre 133 hat der extreme Egoismus der Nobilität, die nicht die allergeringsten Opfer bringen wollte, den Tiberius Gracchus in den Tod getrieben.

Der uneigennützige Scipio Ämilianus mißbilligte zwar das Vorgehen seines Schwagers Tib. Gracchus, hielt aber gleichfalls eine Reform für notwendig und trat für die Interessen der Bundesgenossen ein. Er wollte vor dem Volke sprechen, wurde aber in der Nacht vorher ermordet (129).

Die Absicht, den Bundesgenossen das Bürgerrecht zu erteilen, raubte dem jüngeren Gracchus die Volksgunst, und 121 kam er im Straßenkampfe um.

Der ehrliche Demokrat Memmius wurde im Jahre 100 erschlagen.

Auch im Jahre 91 wollte keine der Parteien Opfer bringen, und der wackere Livius Drusus starb durch Meuchelmord.

Im Jahre 63 konnte Cicero die Catilinarische Verschwörung niederwerfen, indem er das Stadtproletariat gegen das Landproletariat ausspielte.

Die widerstreitenden Klasseninteressen waren schuld, daß selbst die edelsten Männer zu bedenklichen Mitteln griffen, um ihre Absichten durchzusetzen:

Tib. Gracchus hat sich, wenn auch schwer, zu gesetzwidrigen Handlungen hinreißen lassen: bei der Absetzung seines Amtsgenossen Octavius; bei den Befugnissen der Ackerkommission; bei der Bewerbung um Verlängerung seines Amtes.

Der jüngere Gracchus hat, um die Macht der Nobilität zu brechen und die Masse der Bürgerschaft an sich zu ketten, zwei Gesetze durchgebracht, die viel Unheil gestiftet haben: die Übertragung der Geschworenengerichte an die Ritter und das Getreidegesetz.

Wie kläglich erscheint im Jahre 91 das Ergebnis der Reformbestrebungen, die vor mehr als 4 Jahrzehnten begonnen waren! Die Bodenreform war gescheitert, der Gemeinbesitz beseitigt[1]); zur Gründung von Kolonien für die verarmte Bürgerschaft und zur Ausdehnung des Bürgerrechts auf die Bundesgenossen war es nicht gekommen; die Geschworenengerichte schützten die ärgsten Missetäter. Nur eine einzige dauernde Einrichtung war geschaffen, das verhängnisvolle Getreidegesetz (lex frumentaria), wodurch die Masse des Volkes sich daran gewöhnte, ohne Arbeit und Gegenleistung vom Staate zu leben[2]).

[1]) Dem ager publicus entsprechen in unserer Zeit: Domänen, Gemeindewälder, Gemeindeweiden, „Allmenden", Staatseisenbahnen, Staatsbergwerke, Städtische Unternehmungen. Auch wir waren im 19. Jahrh. daran, allen Gemeinbesitz zu beseitigen; glücklicherweise ist man davon abgekommen.

[2]) So wie vor 1933 die Arbeitslosen und Arbeitsscheuen.

3. Die Verblendung und Kurzsichtigkeit der Besitzenden und die Engherzigkeit der römischen Proletarier waren schuld daran, daß nur noch eine gewaltsame Lösung übrig blieb. Und diese Lösung hat Italiens Wohlstand vernichtet und das Land entvölkert:

Im Bundesgenossenkrieg (92—88) sollen bis zu 300000 Menschen ihr Leben verloren haben.

Unmittelbar daran schloß sich der blutige Bürgerkrieg zwischen Sulla und den Marianern (88—81): Straßenkämpfe in Rom, als Sulla 88 mit 6 Legionen einrückte; Straßenkämpfe, als Cinna im Jahr darauf vertrieben wurde; fünftägiges Morden, als Cinna, Marius, Carbo und Sertorius mit gewaltigen Heeresmassen zurückkehrten; zwei Jahre lang wildes Ringen zwischen Optimaten und Popularen, als Sulla heimkehrte.

Der große Sklavenaufstand (73—71) brachte abermals die schlimmsten Heimsuchungen, Verwüstung, Plünderung und Mord über ganz Italien.

Die Unsicherheit steigerte sich zur vollen Anarchie während der Abwesenheit Cäsars in Gallien.

Die Bürgerkriege 49—45 und besonders 43—31 erschütterten den ganzen Staat. —

Dazu kamen zwei schreckliche Erfindungen Sullas: die Proskriptionen und die Veteranenversorgung.

Die Namen der Geächteten wurden öffentlich bekannt gemacht, auf die Tötung ein Preis von 12000 Francs gesetzt, die Güter eingezogen. Gegen 4000 Senatoren und Ritter kamen so ums Leben. — Auch im Jahre 43 wurden Proskriptionslisten aufgestellt.

Die Veteranenversorgung wurde im letzten Jahrhundert vor Chr. zu einer furchtbaren Plage. Sulla hat nach seinem Sieg (81) 120000 Krieger über ganz Italien verteilt und angesiedelt. Im Jahre 59 setzte Cäsar das von Pompejus gewünschte Ackergesetz für die aus Asien heimgekehrten Truppen durch. Am drückendsten war die Ansiedlung von 170000 Veteranen nach dem Sieg bei Philippi (42). — Es war ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glaubte, aus den verwilderten, an ein wüstes Lager- und Kriegsleben jahrelang gewöhnten Söldnern einen Bauernstand schaffen zu können.

2.

Übergang zur Monarchie.

Die beiden Hauptparteien, die Senats- und die Volkspartei, hatten sich bereits um das Jahr 100 vor Chr. völlig unfähig erwiesen für die Führung der Staatsgeschäfte. Immer seltener waren die Männer, welche uneigennützig ihre Kräfte in den Dienst des Ganzen stellten und das Wohl des Vaterlandes als das höchste Ziel betrachteten. Der Kampf der Parteien wurde zu einem Kampf zwischen ehrgeizigen Männern, denen die Partei nur Mittel für ihre persönlichen Zwecke war. Ein charakteristisches Beispiel dafür ist Pompejus, der während seiner politischen Laufbahn mehrmals seine Parteistellung änderte.

Die republikanische Staatsform hatte abgewirtschaftet; das letzte

Jahrhundert vor Chr. zeigt den allmählichen Übergang zur Monarchie. Nichts hat mehr dazu beigetragen, als die Änderung des Heerwesens: aus dem Bürgerheer wurde ein Söldnerheer, ein mächtiges Werkzeug in der Hand ehrgeiziger Männer. Im Jahre 107 vor Chr. hatte Marius, ganz eigenmächtig, folgenschwere, scheinbar echt demokratische Neuerungen durchgeführt, indem er die Besitzlosen, die Proletarier, die bisher nach römischem Recht vom Kriegsdienst ausgeschlossen waren, aufforderte, ihm in den Krieg gegen Jugurtha zu folgen. Was damals ausnahmsweise geschah, wurde allmählich die Regel. Seit dem Jahre 107 bestanden die römischen Heere größtenteils aus Proletariern, die aus dem Kriegshandwerk einen Beruf und Erwerb machten. Tatsächlich waren es nicht mehr Bürger-, sondern Söldnerheere, die nicht für das Vaterland, sondern für ihren Feldherrn kämpften, die ein Interesse daran hatten, daß die Kriege nie aufhörten.

Die Geschichte des letzten Jahrhunderts der Republik zeigt uns nun, wie bald Senat oder Volk ihrem Parteiführer eine fast monarchische Gewalt übertragen, bald der Feldherr selbst, gestützt auf ein willfähriges Heer, die Durchführung seiner Absichten ertrotzt und erzwingt.

Von der Volkspartei wurde Marius fünfmal hintereinander zum Konsul gewählt (104—100). Die Stellung, die er acht Jahre lang einnahm, indem er 107—100 ununterbrochen ein militärisches Oberkommando bekleidete, war schon ein Vorläufer der kommenden monarchischen Gewalt.

Im Jahre 88 wurde zum ersten Mal ein römisches Heer von seinem Feldherrn gegen Rom geführt: Sulla war es, der dem Volksbeschluß trotzte, in Rom eindrang und die Senatsherrschaft wieder aufrichtete.

83—81 war der erste, entsetzliche Bürgerkrieg.

Der siegreiche Sulla wurde im Jahre 82 von der Senatspartei zum unumschränkten Diktator auf unbestimmte Zeit ernannt (**dictator legibus scribundis et reipublicae constituendae**). Er benutzte diese monarchische Stellung, um die Herrschaft der Nobilität zu sichern.

Im Jahre 71 ertrotzten sich Pompejus und Crassus, gestützt auf ihre Truppen, das Konsulat. Sie hoben die Sullanische Staatsordnung auf.

Im Jahre 67 erhielt Pompejus für den Kampf gegen die Seeräuber und darauf 66 zur Beendigung des III. Mithridatischen Kriegs von der Volkspartei eine unumschränkte diktatorische Machtfülle.

Die Vereinigung von Pompejus, Crassus und Cäsar im Jahre 60, das sogenannte Triumvirat, war das Ende der Senatsherrschaft.

Als während der Abwesenheit Cäsars in Rom völlige Anarchie eintrat, wählte der Senat im Jahre 52 den Pompejus zum alleinigen Konsul, wodurch er diktatorische Gewalt bekam.

49—45 waren blutige Bürgerkriege.

Im Jahre 46 wurde Cäsar Diktator auf Lebenszeit.

Die Ermordung Cäsars (44) ist eine der größten Torheiten, die in der Geschichte der Zeiten und Völker vorgekommen sind; sie hat den unglücklichen römischen Staat abermals in lange Bürgerkriege (43—31) zurückgestoßen. Als nach der Schlacht bei Aktium (31) Octavian (Augustus) die Alleinherrschaft antrat, war das ganze Reich aufs äußerste erschöpft.

Damals und heute streiten sich die Menschen darüber, wer in solchen Zeiten der Klassenkämpfe Recht hat. Hatte die Senatspartei Recht, wenn sie Bestechung, Meuchelmord, frommen Betrug anwandte, um ihre egoistischen Absichten durchzusetzen? oder hatte die Volkspartei Recht, wenn sie sich über Gesetze und rechtmäßige Beschlüsse hinwegsetzte, sich zu Straßenkämpfen zusammenrottete, wenn sie ihre Stimme dem Meistbietenden verkaufte, mochte er zu dieser oder jener Partei gehören? oder hatten Marius, Sulla, Pompejus, Cäsar Recht, wenn sie an der Spitze der Proletarierheere anrückten und die Durchführung ihrer Absichten erzwangen?

Törichte Fragen! Sobald das Wohl des Ganzen nicht mehr oberstes Gesetz ist, hat niemand Recht. Nur die Macht entscheidet. Als in Rom seit 58 vor Chr. völlige Anarchie herrschte, da hatte Pompejus Unrecht, dem die nötige Entschlußkraft fehlte, und Cäsar hatte Recht, der mutig und zielbewußt den gordischen Knoten durchschlug. Das Recht folgt der Macht: Sulla, Pompejus, Cäsar, Octavian legten großen Wert darauf, ihre Anordnungen in gesetzlicher Form durchzuführen.

IV.

Römische Kaiserzeit.

Wie sah das Erbe aus, das Augustus 31 vor Chr. antrat?

1. **Rom** war angefüllt mit einer lungernden, hungernden, vom Staate lebenden Pöbelmasse. Mommsen nennt das Rom im Zeitalter der sterbenden Republik eine „Räuberhöhle" und schildert es „als ein London von heute mit der Sklavenbevölkerung von Neu-Orleans, der Polizei von Konstantinopel, der Industrielosigkeit des heutigen Rom, und bewegt von einer Politik nach dem Muster der Pariser von 1848". Zahlreiche Tempel, öffentliche und private Gebäude lagen in Trümmern.

2. **Italien:** Der Bauernstand war vernichtet, die ganze Halbinsel verödet. In einem hundertjährigen blutigen Parteikampf, namentlich aber von 91—31, waren die edelsten, tüchtigsten Kräfte des Volkes ausgerottet. Der Ackerbau lag darnieder: an dessen Stelle hatte sich die Plantagen- und Weidewirtschaft ausgebreitet, die von großen Sklavenherden besorgt wurde. Eine Erschütterung aller Besitz- und Eigentumsverhältnisse war eingetreten.

3. Von den Leiden der römischen **Provinzen** gewinnen wir eine Vorstellung, wenn wir folgendes über die asiatischen Besitzungen zusammenstellen:

Im Jahre 133 vor Chr. erbten die Römer vom Könige Attalos das westliche Viertel von Kleinasien und nannten diese Provinz „Asien".

Nach einigen Jahrzehnten war die Erbitterung über die unmenschliche Aussaugung so groß, daß im Jahre 88 an einem Tage sämtliche Römer,

welche sich in Kleinasien aufhielten, niedergemacht wurden; es sollen 80000 gewesen sein.

Am Ende des I. Mithridatischen Krieges (83) legte Sulla den asiatischen Städten eine Kriegssteuer von 20000 Talenten (gegen 100 Millionen Mark) auf. Die Eintreibung übernahmen die Staatspächter, gaben aber bei Zahlungsunfähigkeit Kredit. Bei 12 Prozent Zinsen und Zinseszinsen war die Schuld bald auf das Zehnfache angewachsen.

Wir lesen bei Cicero, welche Plage die Amtsreisen des Statthalters brachten, die Lieferungen für den Haus- und Hofhalt, die „freiwilligen" Geschenke, die Bestechlichkeit bei der Rechtsprechung, die Einquartierungen, die Pantherjagden für die römischen Tierhetzen.

Während seiner Statthalterschaft in Cilicien (51/50) machte Cicero eine peinliche Entdeckung. Wucherer hatten, durch besondere Senatsbeschlüsse und Empfehlung hochstehender Männer geschützt, der Stadt Salamis auf Cypern im Jahre 56 $53^1/_2$ Talente (ungefähr $^1/_4$ Million Mark) zu 48 Prozent geliehen. Cicero sollte ihnen jetzt zu der auf 200 Talente (gegen 1 Million Mark) angewachsenen Summe verhelfen. Dabei stellte sich heraus, daß der hinter den Strohmännern stehende wahre Gläubiger Ciceros Freund, der ehrenwerte, tugendstolze Brutus war.

Im Jahre 43 verlangten die Cäsarmörder Brutus und Cassius von den asiatischen Gemeinden die Vorauszahlung des zehnjährigen Betrags der Steuern. Zwei Jahre später verlangte Antonius dasselbe. Es handelte sich beide Male um 1 Milliarde Mark (200000 Talente).

Übersicht über die Geschichte der römischen Kaiserzeit.

Einteilung der römischen Kaisergeschichte.	Germanen.	Der Orient.	Das Christentum.
I. Periode: 31 vor — 284 nach Chr.			
31 vor — 68 nach Chr. das Julisch-Claudische Haus, von Augustus bis Nero.	9 nach Chr. Schlacht im Teutoburger Wald.		64 nach Chr. Brand Roms, die ersten Christenverfolgungen unter Nero.
69—96 das Flavische Haus. 96—180 die „guten" Kaiser Nerva, Trajan, Hadrian, Antoninus Pius, Mark Aurel.	166—180 der Markomannenkrieg.	70 nach Chr. Zerstörung Jerusalems. Kämpfe mit den Parthern.	
180—284 der Niedergang.	Um 250 traten die germanischen Völkerbünde der Alemannen, Franken, Sachsen, Goten auf. 268 Niederlage der Goten bei Naissus.	226 Gründung des Sassanidenreichs.	

Einteilung der römischen Kaisergeschichte.	Germanen.	Der Orient.	Das Christentum.
II. Periode 284—476.			
1. 284—395. Neuordnung des Reiches durch Diokletian und Constantin. 323—337 Constantin d. Große. 379—395 Theodosius d. Große.	357 Niederlage der Alemannen bei Straßburg. 375 Beginn der germanischen Völkerwanderung.		303—311 die großen Christenverfolgungen unter Diokletian und Galerius. 325 Konzil zu Nizäa.
2. 395—476. Seit 395 dauernde Trennung in ein weströmisches und oströmisches Kaiserreich. 476 Untergang des weströmischen Kaiserreichs. — Das oströmische Kaiserreich bestand bis 1453 (Einnahme Konstantinopels).			430 Augustin † 440—461 Papst Leo I. d. Große.

A. Segnungen der Kaiserzeit.

Abgesehen von kleineren und größeren Kämpfen, die bei der riesigen Ausdehnung bald hier, bald dort unvermeidlich waren, wurde durch Augustus dem großen römischen Staat ein mehr als 200jähriger Friede gebracht. Was das bedeutete nach den gewaltigen Kriegen der vorigen Jahrhunderte, nach der langen Revolutionszeit mit ihren entsetzlichen Greueltaten, nach der raffinierten, gewissenlosen Ausbeutung der Provinzen, davon können wir uns heute gar keine Vorstellung machen. Die Dichter sangen, das ‚goldene Zeitalter' sei wiedergekehrt; die Völker ringsum bis zum fernen Osten priesen den Augustus als den Friedefürst, als den ‚Heiland' und Retter der Welt, mit dem eine neue Zeitrechnung beginnen müsse.

Natürlich nahmen damals die Werke des Friedens einen neuen Aufschwung: Landwirtschaft, Industrie und Handel, Kunst und Wissenschaft. Kunststraßen verbanden alle Teile des weiten Reichs mit der Hauptstadt; starkgebaute Brücken führten über die Ströme; die höchsten Gebirge boten für den Wegebau kein Hindernis. Ein starkes, wohlgeschultes stehendes Heer hielt nach außen und innen die Ordnung aufrecht. An besonders gefährdeten Stellen waren viele Meilen weit großartige Grenzbefestigungen angelegt; dahinter lagen in kleinen Kastellen und großen Garnisonen die Truppen. Tausende von Schiffen

fuhren auf dem Mittelländischen Meere hin und her; zum Schutz der Küsten und des Handels ankerten mächtige Kriegsflotten in den Häfen Ravenna und Misenum. Die Getreidezufuhr zur Hauptstadt war eine der wichtigsten Aufgaben des Staates und wurde einem hohen Beamten übertragen. Rom erhielt vortreffliche Wasserleitungen. Als Erben der griechischen Kultur pflegten die Römer Kunst und Wissenschaft.

Zu den schlimmsten Übelständen der Vergangenheit hatten die Verwaltung und Rechtsprechung gehört; auch hiermit wurde es jetzt besser; die Willkür der Beamten hörte auf. Namentlich die bisher stets ausgebeuteten Provinzen zogen aus der neuen Gestaltung der Dinge, aus dem Übergang zur monarchischen Regierung den größten Gewinn. Das Bürgerrecht wurde allmählich immer mehr ausgedehnt. An den äußersten Grenzen, Rhein, Donau, Nordengland, Sahara, legen noch heute bedeutende Reste römischer Bauwerke Zeugnis ab von dem Wohlstand, der in den Provinzen herrschte.

Die Proletarier, die besitzlosen römischen Bürger, wurden in zahlreichen Kolonien angesiedelt. Auch schaffte man durch eine riesige Bautätigkeit reiche Gelegenheit zur Arbeit. Im 2. Jahrhundert nach Chr. wurde der Anfang mit einer geregelten Armenfürsorge gemacht.

Oft ist die römische Kaiserzeit, besonders von 31 vor bis 180 nach Chr., als eine der glücklichsten Perioden der Weltgeschichte bezeichnet. Und mit Recht, wenn man Ruhe und Frieden als die höchsten Güter ansieht. Mehrere Jahrhunderte hindurch bedrohten und gefährdeten weder ebenbürtige äußere Feinde noch innere Unruhen ernstlich den Bestand des Reiches.

B. Weshalb ist die alte Kulturwelt dennoch zugrunde gegangen?

Nicht die Germanen haben das römische Reich, die alte Kulturwelt, zerstört; sondern sie ist an innerem Siechtum allmählich zusammengebrochen, an einer Art von „Völkerselbstmord".

I.

Die Stützen des Kaisertums.

Es war verhängnisvoll, daß das Kaisertum, bei seinem demokratischen Ursprung, sich dauernd auf zwei höchst unzuverlässige Elemente stützte, auf den Stadtpöbel und das Heer.

1. Der Fürsorge für den Unterhalt und für die Belustigungen des Stadtpöbels galt ein großer Teil der kaiserlichen Regierungstätigkeit. Rom war eine Drohnenstadt; die römischen Proletarier

hielten sich für die Herren der Welt und erhoben den Anspruch, auf Kosten des gewaltigen Reichs gratis gefüttert zu werden.

Die Zahl der Getreideempfänger, welche gegen Vorzeigung einer Marke (tessera) monatlich ein bestimmtes Quantum Getreide umsonst erhielten, war in Rom bis zur Alleinherrschaft Cäsars auf 320 000 gestiegen; Cäsar setzte sie auf 150000 herab, Augustus wieder auf 200000 hinauf. Und so hoch ist die Zahl in Rom jahrhundertelang geblieben: unentgeltlich bekamen sie Getreide; außerdem fielen ihnen bei zahlreichen Festen und Siegesfeiern Gnadengeschenke zu (largitiones und congiaria).

‚Panem et circenses' war der Ruf dieser arbeitsscheuen Lumpen, d. h. sie verlangten Brot und immer neue Belustigungen vom Staat.

2. Und das Heer? Cäsars Alleinherrschaft war eine Militärdiktatur, und die Macht seiner Nachfolger beruhte wesentlich darauf, daß sie imperatores (‚empereurs') waren, Höchstkommandierende über die Truppen. Aber die Zeiten waren längst vorbei, wo das Heer zugleich die Blüte der Nation vorstellte. Seit der folgenschweren Neuerung des Marius (107 vor Chr.) war aus dem Volksheer allmählich ein Söldnerheer geworden, ein Heer von Proletariern, die aus dem Waffenhandwerk einen Beruf machten. Durch Augustus wurde das Söldnerheer zu einem stehenden Heer, und seitdem sind mehrere Jahrhunderte lang gegen 300000 Mann ständig unter Waffen gewesen. Die Hälfte (die Leibgarde und die 25—30 Legionen) bestand aus Bürgersoldaten; die andere Hälfte stellten die Untertanen in den Provinzen.

Interessant ist, was wir über die steigende Schwierigkeit der Rekrutierung hören:

Schon unter Augustus war es schwer, die 15000 Bürgersoldaten zu ersetzen, die in der Schlacht im Teutoburger Wald (9 nach Chr.) gefallen waren.

Immer mehr verschob sich das Verhältnis: früher waren Griechenland und Italien jahrhundertelang von geborenen Kriegern dicht bevölkert gewesen; jetzt wurde der Bruchteil der Truppen, den sie stellten, kleiner und kleiner. Die Untertanen in den äußersten Grenzprovinzen wurden in die Legionen und damit ins Bürgertum aufgenommen.

Ja, Kaiser Mark Aurel (161—180) sah sich genötigt, jenseits der Grenzen, im freien Germanien, Truppen für die Ergänzung der römischen Legionen anzuwerben.

Im 4. und 5. Jahrhundert bestanden nicht nur die Legionen, sondern auch das Offizierskorps bis zu den obersten Heerführern aus Germanen; ich erinnere an den Franken Arbogast, den Vandalen Stilicho, den Sueben Ricimer. —

3. Auch die Religion wurde eine Stütze des Kaisertums. Augustus legte allen Nachdruck auf die sakrale Mission, die ihm übertragen sei; die Stellung, die er einnahm, sollte nicht als die eines weltlichen Machthabers erscheinen, sondern als die eines gottgeweihten Hohepriesters. Er war pontifex maximus und ließ sich die Wiederherstellung der Religion besonders angelegen sein. Dabei hat er aber mit großer Virtuosität die Staatsreligion in eine Hofreligion umgewandelt. Neben die alte Götterdreiheit, Jupiter, Juno und Minerva, trat eine neue Götterdreiheit, Apollo, Mars und Venus.

Auch zeigten sich schon unter Augustus die Anfänge eines Kaiserkultus, und im Laufe der Jahrhunderte nahm das Kaisertum ganz die Formen der orientalischen Theokratie an[1]). Asien siegte über Europa.

2.
Entvölkerung.

1. Das riesige Wachstum der Großstädte während der Kaiserzeit und ihre gewaltigen Baudenkmäler sind kein Beweis für blühende und glückliche Zustände. Im Gegenteil! wir müssen darin eine bedenkliche Krankheitserscheinung sehen; die Verstädterung war zum großen Teil eine Folge der steigenden Proletarisierung der Gesamtbevölkerung.

Im 2. Jahrhundert nach Chr. wird Rom wenigstens 2 Millionen Einwohner gehabt haben.

Die Einwohnerzahl der neuaufgebauten Städte Karthago und Korinth, sowie der Städte Alexandria, Antiochia und Mailand belief sich damals auf etwa 700000.

Zu Großstädten mit mehreren hunderttausend Einwohnern entwickelten sich Cäsarea, Lyon, Trier, Tarrako, Seleukia, Laodicea, Smyrna und Ephesus.

Seit dem 4. Jahrhundert nach Chr. begann Konstantinopel alle anderen Städte an Größe und Einwohnerzahl zu überflügeln.

2. Die Gesamtbevölkerung nahm unheimlich rasch ab, obgleich das römische Reich mehrere Jahrhunderte hindurch Ruhe und Frieden hatte[2]). Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Ergänzung der Bürgerheere immer schwieriger wurde. Es fehlte an jungem Nachwuchs; die Zahl der Todesfälle übertraf die der Geburten.

In leichtsinniger Kurzsichtigkeit hatte man die Quelle der Verjüngung verstopft. „Die Latifundien", sagt Plinius, „haben Rom

[1]) Vgl. meine „Angewandte Kirchengeschichte" und „Geschichte der katholischen Staatsidee".

[2]) Wunderbar! Die Griechen haben nach den Perserkriegen, die Römer nach den blutigen Kämpfen des 4. und 3. Jahrh. vor Chr., England nach dem Krieg der beiden Rosen, Holland nach den Kämpfen mit Spanien, Deutschland nach dem 30jährigen, dem 7jährigen und den Napoleonischen Kriegen die Verluste in unglaublich kurzer Zeit nicht nur ersetzt, sondern die Bevölkerung rasch verdoppelt und vervielfacht. Im römischen Kaiserreich nahm mitten im Frieden die Bevölkerung immer rascher ab. In Italien wohnten um 200 vor Chr. schätzungsweise 22 Millionen, um 350 nach Chr. nur 5 Millionen Menschen (Hennig).

sowohl als auch die Provinzen zugrunde gerichtet." Zuerst in Italien, dann auch in den Provinzen wurde der Stand der Kleinbauern verdrängt; sie kamen in die Städte, und ihre Familien starben dort meist nach wenigen Generationen aus.

Allmählich konnte man auch den Bedarf an Sklaven nicht mehr decken; zu der Schwierigkeit der Heeresergänzung kam der Mangel an Arbeitskräften. Große, weite Strecken Italiens verödeten und blieben unbebaut; wo früher fruchtbare Äcker gewesen waren, dehnte sich der Sumpf aus. Aus dem Jahre 395 nach Chr. wird erzählt, daß allein in Campanien nicht weniger als 528000 Morgen Landes brach lagen und versumpft waren.

Seit dem Ende des 2. Jahrhunderts nach Chr. wurden zahlreiche Germanen als halbfreie Pächter und Bauern im Reich angesiedelt. Diese friedliche Einwanderung der Germanen nahm im 3. und 4. Jahrhundert ständig zu.

3. Die Wurzel der römischen Macht, die Familie, war vernichtet. Die Ehelosigkeit und die Kinderlosigkeit nahm einen erschreckenden Umfang an. Weit verbreitet war die Scheu, überhaupt eine Ehe einzugehen; man empfand es als eine Last, Frau und Kinder zu ernähren. Wohl erkannten schon Cäsar und Augustus die große Gefahr, welche hierin für den Bestand des Staates lag; seitdem wurden immer neue Gesetze gegen die Ehelosigkeit gegeben und Belohnungen auf Kinderreichtum gesetzt. Aber was konnte das nützen, wenn die Kaiser und die kaiserlichen Frauen und Töchter selbst mit dem schlechtesten Beispiel vorangingen; wie ekelhaft sind die Ehe- und Familienverhältnisse im Julisch-Claudischen Kaiserhaus[1])!

[1]) Octavian-Augustus hatte aus seiner Ehe mit Scribonia eine Tochter, Julia. Im Jahre 38 vor Chr. verstieß er die Scribonia, nötigte den Tib. Claudius Nero sich von seiner Frau Livia scheiden zu lassen, und heiratete diese Livia. Seine Tochter Julia vermählte er mit dem tapferen General Agrippa, und aus dieser Ehe stammten 5 Kinder. Nach dem Tode des Agrippa zwang Augustus seinen Stiefsohn Tiberius, seine glückliche Ehe mit Vispania zu lösen und Agrippas Witwe, die Julia, zu heiraten.

Des Tiberius Sohn, Drusus, war mit Livilla vermählt; diese ergab sich in ehebrecherischer Liebe dem mächtigen Gardepräfekten Sejanus, der mit ihrer Hilfe den Drusus tötete.

Die Gemahlin des Kaisers Claudius, Messalina, führte ein so unsittliches Leben, daß ihr Name bis zum heutigen Tage berüchtigt ist; ja, sie wagte es, in Abwesenheit ihres Gatten sich in Rom öffentlich mit einem andern zu vermählen. Nach ihrer Hinrichtung drängte sich die herrschsüchtige Agrippina II dem Claudius als Gemahlin auf; sie erreichte es, daß ihr Sohn Nero dem eigenen Sohn des Claudius, Britannicus, vorgezogen und mit der Tochter des Claudius, Octavia, vermählt wurde.

Nachdem Agrippina ihren Gemahl vergiftet hatte, folgte Nero als Kaiser. Er hat seinen Stiefbruder Britannicus, seine Mutter Agrippina und seine Gattin Octavia ermordet, dann eine frühere Maitresse, die Poppäa Sabina, zur Kaiserin erhoben.

Dazu kam noch folgender Übelstand: Während auf der einen Seite die Ehe tief herabgewürdigt wurde, hielten auf der anderen Seite ernste, fromme Leute die Ehe überhaupt für ein Übel; es entstand nicht nur bei den Christen, sondern auch bei heidnischen Sekten die Vorstellung, daß die Ehelosigkeit ein Verdienst sei. Im 4. Jahrhundert zählte das römische Reich hunderttausende von Mönchen und Nonnen.

Fürwahr! nicht mit ihren Waffen haben die Germanen das römische Reich erobert, sondern mit ihrem Kinderreichtum, mit der Reinheit und Keuschheit ihrer Ehe.

3.

Entartung und Nivellierung.

Zu der Entvölkerung kam die Entartung. Nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität nahm ab; die Menschen wurden immer minderwertiger; es vollzog sich im Laufe der Jahrhunderte eine völlige Umwandlung der Bevölkerung, eine „Entnordung".

1. Seit dem 5. Jahrhundert vor Chr. bis tief in die Kaiserzeit hinein wurden fortgesetzt die Besten, Mutigsten, Kräftigsten hingemordet[1]): zuerst in den zahlreichen Griechenstaaten, wo die Oligarchen und Demokraten sich abwechselnd abschlachteten, dann seit dem 2. Jahrhundert vor Chr. in Rom und Italien, wo in dem Kampf zwischen Optimaten und Popularen Ströme Blutes flossen. Die Feiglinge blieben am Leben und pflanzten die Menschheit fort. Bei Tacitus lesen wir, was für eine kriechende, knechtisch gesinnte Gesellschaft zur Zeit des Kaisers Tiberius (14—37 nach Chr.) aus dem einst so stolzen Senat geworden war. Und was es noch von edlen Familien gab, das ging unter den grausamen Verfolgungen des Tiberius, Caligula, Claudius, Nero, Domitian zugrunde. — In den Provinzen waren es die Kühnsten, die Tüchtigsten, welche immer neue Aufstände gegen das verhaßte römische Joch veranstalteten; mit ihnen wurde die beste Kraft ausgerottet, und zuletzt geboten die Statthalter über eine Bevölkerung, die in knechtischem Sklavensinn sich duckte. Auch bei den Christenverfolgungen waren es die Mutigsten, die Edelsten, die in den Tod gingen; die Feiglinge blieben am Leben.

2. Dazu kam eine weitgehende Rassen- und Völkermischung: Zuerst im Osten; durch Alexander den Großen wurde ganz Vorderasien und Ägypten unter griechische Herrschaft gebracht; allenthalben entstanden Griechenstädte im Orient. Aber die Griechen schlossen sich seit dem Ende des 4. Jahrhunderts vor Chr. nicht mehr stolz von den „Barbaren" ab; kosmopolitische Ideen hatten das Nationalbewußtsein verdrängt. Indem Hellenen und Orientalen sich verbanden, bildete sich in wenigen Jahrhunderten ein ganz neues Geschlecht. — Dieselbe Völkermischung begann in den westlichen Mittelmeerländern im 2. Jahrhundert vor Chr.; zahlreiche römische und italische Kolonien wurden in Oberitalien, Gallien, Spanien, Afrika gegründet. Besonders in der Kaiserzeit verschmolzen immer mehr die Römer mit den Provinzialen.

Welch eine Verblendung, wenn man diesen Vereinigungsprozeß der gesamten alten Kulturwelt, diese Verschmelzung aller Völker um das Mittelländische Meer zu einer großen Nation, diese Vermischung der verschiedenen Rassen als etwas Herrliches und Großes hinstellt! Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß seit dem 3. Jahrhundert vor Chr. im Osten, seit dem 2. Jahrhundert vor Chr. im Westen die gesamte Kultur in demselben Maße sank, wie die Menschen sich mischten und ihre nationale Eigenart verloren.

3. Bei dieser Völkermischung haben die gewaltigen Massen eingeschleppter Sklaven eine verhängnisvolle Rolle mitgespielt. Wir müssen Arbeits- und Luxussklaven unterscheiden. Die Arbeitssklaven auf den Gütern, in den Fabriken, bei den Bauten bildeten das bessere, kräftigere Menschenmaterial; aber sie durften nur in seltenen Fällen heiraten und hinterließen keinen Nachwuchs. Anders war es mit den Luxussklaven, deren Zahl immer größer wurde: Jeder wohlhabende Bürger hatte einige Sklaven; in den Häusern der Reichen und Vornehmen gab es Hunderte, die am ganzen Tag nur einen kleinen Dienst, eine Handreichung zu leisten hatten, im übrigen faulenzten. Diese Sklaven stammten aus den verschiedensten Ländern rings um das Mittelmeer; besonders eigneten sich aber die geschmeidigen Leute des syrischen Orients. Es wurde in Rom Sitte und gehörte zum guten Ton, daß man seine Haussklaven, wenn sie sich ordentlich geführt hatten, nach sechs Jahren freiließ und daß jeder vornehme Römer in seinem Testament die Freilassung von Dutzenden, ja oft von 100 Sklaven verfügte. Diese Freigelassenen durften heiraten; ihre Nachkommen waren Vollbürger. Also das nichtsnutzigste, faulste, knechtischste Geschlecht pflanzte sich fort; ihre Kinder und Enkel vermischten sich mit den Römern. Die schlechtesten Elemente drangen in das Bürgertum.

4. Im Anfang des 3. Jahrhunderts nach Chr. wurde vom Kaiser Caracalla das Bürgerrecht an alle Gemeinden des Reichs erteilt und damit die rechtliche Gleichheit für alle freien Reichsangehörigen

[1]) Wie bei uns vor 1933. Liebig nannte es geradezu „eine von der schwarz-rot-goldenen Mehrheit gewünschte Wirkung" des Weltkriegs: „Was der 30jährige Krieg so erfolgreich begonnen hat, wird der Krieg 1914/18 in seinen Nachwirkungen vollenden; das gute germanische Blut wird mehr und mehr ausgerottet und minderwertiges bleibt zurück."

festgestellt. Aber es wäre töricht, wenn wir darin einen Fortschritt erblicken wollten; es war nicht mehr eine Gleichheit der Freiheit, sondern eine Gleichheit der Knechtschaft. — Das wird uns besonders klar, wenn wir die planmäßige Erziehung aller Untertanen zur Knechtschaft seit dem Kaiser Diokletian (284—305) beobachten.

So wurden denn zuerst die Griechen, dann die Römer in die asiatische Erstarrung und den asiatischen Knechtessinn hineingerissen. Das Ergebnis war geistige Knochenerweichung, die man bis heute mit dem vielsagenden Namen „Byzantinismus" bezeichnet.

Auf allen Gebieten kehrte man zu Zuständen zurück, welche die Vorfahren längst überwunden hatten:

der intensive Ackerbau wurde durch die Weidewirtschaft verdrängt; zur Zeit des Cäsar und Augustus hatte man Goldwährung und einen hochentwickelten Handelsverkehr gehabt. Im 3. und 4. Jahrhundert nach Chr. gelangte man wieder zum Tauschhandel und zur Naturalwirtschaft;

die feine Organisation im Heerwesen ging verloren;

besonders interessant ist, daß auch die Religionen in demselben Maße sanken, wie sie vermischt wurden; in diese Entartung wurde das Christentum mit hineingezogen;

man vergaß die großen Werke der Kunst und Wissenschaft, die Technik. Allenthalben waren die gleich niedrigen Bildungsinteressen.

4.

Die Orientalisierung des weiten Römischen Weltreichs.

Das Ende war der Sieg Asiens. Mammonismus und Theokratie nannten wir die beiden charakteristischen Züge des asiatischen Geistes. Zuerst traten die verheerenden Wirkungen des Geldes bei den Griechen und Römern ein; dann wurde der demokratische Gedanke der Schrittmacher für die Theokratie, und das Ergebnis der langen Tragödie war, daß der theokratische Universalismus, d. h. der die ganze Menschheit umfassende „Gottesstaat" (Priesterstaat), zum Ziel gelangte[1]). In Vorderasien war der Weltreichsgedanke geboren, mit dem sich die Theokratie verband. Nacheinander traten das assyrische, persische, mazedonische, römische Weltreich auf: immer nur ein Rollentausch, bis das Römische Kaiserreich den ganzen Erdkreis (orbis terrarum) umfaßte und den endgültigen Abschluß gebracht zu haben schien. Äußerlich etwas Gewaltiges! aber im Inneren saß die Krebskrankheit und führte zum sicheren Tode.

Damals war erreicht, was noch heute vielen Menschen als das höchste Ideal erscheint: die einheitliche Menschheit und
die internationale Kulturgemeinschaft.

[1]) Vor 1933 drohte auch bei uns die Theokratie (der römische oder jüdische „Gottesstaat") die Erbin dessen zu werden, was Mammonismus und Demokratie vorbereitet hatten?

Aber wie heute der „Internationalismus" nichts anderes bedeutet, als daß wir Deutschen unser Volkstum zugunsten des Welsch-Angelsachsen-Judentums preisgeben, so war es auch damals. Die griechisch-römischen Arier verloren ihr Volkstum und ihre nationale Kultur zugunsten Asiens. Asien drang in Europa ein, und das ganze Römische Reich wurde orientalisiert. Asiatisches Blut vernichtete das echte griechische und römische Volkstum; die asiatischen Götter, die chaldäische Sterndeuterei und die Mysterienzauber, asiatische Lebensweise und Weltanschauung verbreiteten sich über das Römische Reich; die Menschen ließen sich durch asiatische Laster verseuchen. Und die Römischen Kaiser? Sie übernahmen die asiatische Theokratie, den Universalismus und Absolutismus; die Vergottung des Herrschers, der Kaiserkult mit seinen Tempeln und Altären war etwas Orientalisches; außerdem drangen andere Religionen aus Asien ein, besonders die des Mithra. Ja, im Anfang des 3. Jahrhunderts nach Chr. finden wir nichtswürdige Herrscher orientalischer Abstammung auf dem römischen Kaiserthron, Caracalla und Elagabal. Als Diokletian um 300 nach Chr. das Reich erneuerte, nahm er sich bei seinen „Reformen" asiatische Einrichtungen und Gebräuche zum Vorbild. Diese Orientalisierung war schuld an der langsamen Rückkehr zur Barbarei.

Die Entwicklung hatte dahin geführt, daß Griechen, Römer und Juden über alle Länder rings um das Mittelmeer verbreitet waren. Die echten Griechen und Römer gingen zugrunde; nur die Juden retteten ihr Volkstum und schlossen sich scharf gegen alle anderen Menschen ab. Wir bewundern die Zähigkeit, womit die Weitzerstreuten mitten im Völkerbrei ihr starkes Gefühl der engsten Zusammengehörigkeit behaupteten.

Über die Juden schrieb Mommsen in der 1. Auflage seiner Römischen Geschichte: „In gewissem Sinne könnte man allerdings neben Griechen und Römern noch eine dritte Nationalität nennen, die mit denselben in der damaligen Welt an Ubiquität (Verbreitung) wetteiferte, die Juden ... Der Jude hat nicht die Gabe politischer Organisation empfangen und verhält sich gegen den Staat wesentlich gleichgültig; er gibt ebenso schwer den Kern seiner nationalen Eigentümlichkeit auf, als er bereitwillig denselben mit jeder beliebigen Nationalität umhüllt. Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment[1]) des Kosmopolitismus (Weltbürgertums) und der nationalen Dekomposition (Zersetzung, Auflösung)."

[1]) Unter Fermenten versteht die Chemie „organische Substanzen, die andere organische Verbindungen chemisch zu verändern, namentlich zu spalten vermögen, ohne selbst dabei wesentliche Veränderungen zu erleiden. Es genügt daher meist eine verhältnismäßig geringe Menge des Ferments zur Zersetzung sehr großer Mengen der andern Substanz." (Brockhausches Konversationslexikon.)

Rückblick[1]).

I.

Die Freiheit.

Ohne Individualismus sind wir Herdenmenschen. Die Kultur beruht auf individueller Freiheit und individueller Ungleichheit der Menschen und Völker. Wir dürfen uns durch keine Menschheits- und Verbrüderungsphrasen darüber täuschen lassen, daß die **Menschen ungleich sind**, ungleich nicht nur im Alter und Geschlecht, in körperlicher Gesundheit und Kraft, sondern auch in ihren geistigen und sittlichen Anlagen und Fähigkeiten. Und zwar zeigt sich dies in doppelter Weise:

indem einzelne Völker von der Vorsehung besonders reich ausgestattet sind;

indem aus der Masse dieser Völker wiederum gottbegnadete Einzelmenschen durch ihre geistige und sittliche Tüchtigkeit hervorragen.

Alles hängt davon ab, ob diese Völker und Menschen ihre Eigenart frei entwickeln können:

Gesunde, überragende Völker mit starkem Nationalbewußtsein, das sind die Träger der Weltgeschichte.

Bedeutende Persönlichkeiten, die sich über die Masse dieser Völker erheben, sind die Schöpfer der Kultur; die Übermenschen des Geistes sind die Krone der Menschheit.

Aber der Einzelmensch darf niemals aufhören, sich als Glied eines Volkes und Staates zu fühlen; er darf niemals die sozialen Pflichten vergessen, die er gegen die Gesamtheit, gegen seine Mitbürger, gegen Volk und Staat hat. Die Übermenschen sollen ihre reichen Kräfte in den Dienst des Ganzen stellen. So muß der Individualismus sich mit Sozialismus, d. h. mit Gemeinsinn verbinden.

1. Die **Freiheit** hat die Griechen und Römer groß gemacht; sie waren gesund und stark, stiegen immer höher und höher,

solange sie sich als abgeschlossene Nationen fühlten, sich als das „auserwählte Volk" betrachteten, die Griechen alle Nichtgriechen als Barbaren ansahen, die Römer sich für ein geborenes Herrenvolk hielten;

solange sie nach außen frei und unabhängig waren und sich nichts Fremdes aufzwingen ließen;

solange jeder einzelne seine Geisteskräfte frei entfalten durfte;

solange der einzelne in seinem Volkstum die Wurzeln seiner Kraft fand, sich mit seinen Volksgenossen eins fühlte.

[1]) Absichtlich habe ich diesen „Rückblick" (S. 84—88) so beibehalten, wie er in den früheren Auflagen stand.

Mit solcher Freiheit konnte sich nur eine Gleichheit im Sinne des Perikles verbinden, d. h. gleiche Freiheit für alle Bürger, alle Stände, alle Berufsklassen, ihre Fähigkeiten zu entfalten, sich emporzuarbeiten zu Ehre und Wohlstand. Eine solche Freiheit schafft natürlich immer neue Ungleichheit unter den Menschen.

2. Die **Freiheit entartete** und führte die Griechen und Römer allmählich zu völligem Untergang,

je mehr das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit und Interessengemeinschaft schwand;

je mehr ein einseitiger Individualismus sich breit machte, der die sozialen Pflichten vernachlässigte, der den Staat in den Dienst von persönlichen oder Klasseninteressen stellte;

je mehr sich eine tiefe Kluft bildete zwischen den Schichten desselben Volkes;

je mehr die Raubtiernatur der Menschen hervortrat.

Dieser einseitige Individualismus zeigte Jahrhunderte hindurch zwei Formen, je nachdem die „Wenigen" oder die „Vielen" die Macht an sich rissen, je nachdem das Geld herrschte oder die Masse des Volkes. Es sind das die zwei Krankheitserscheinungen, welche die alte Kulturwelt vernichtet haben: Plutokratie und Demokratie:

a) Die „Wenigen" benutzten die Überlegenheit, welche ihnen Bildung und Reichtum verschaffte, um alle Macht und allen Besitz an sich zu reißen. Sie haben den Mittelstand vernichtet, die Ungleichheit vergrößert und eine tiefe Kluft zwischen arm und reich geschaffen.

b) Die „Vielen", die Demokraten, verlangten eine mechanische Gleichstellung der Menschen; sie behandelten Ungleiche als Gleiche. —

Dasselbe wiederholte sich im Verhältnis der Städte untereinander.

In Griechenland drang das Gleichheitsprinzip durch, die Forderung völliger Autonomie für alle Gemeinden; diese Zersplitterung hat Philipp von Mazedonien und später den Römern wesentlich den Sieg erleichtert;

Rom wandte seit dem Anfang des 2. Jahrhunderts vor Chr. gegenüber seinen „Bundesgenossen" und gegenüber den Provinzen rücksichtslos das Recht des Stärkeren an; die Länder wurden grausam ausgesogen.

Die „Wenigen" und die „Vielen" haben Jahrhunderte lang miteinander gerungen, bis die besten Kräfte ausgerottet waren. Und weil die Menschen nur noch Klassenherrschaft, Klasseninteressen und Klassenkämpfe kannten, hörten sie allmählich auf, sich als Glieder ihres Volkstums zu fühlen. Das Ende der alten Geschichte ist eine völlige Entnationalisierung und Nivellierung in dem theokratischen Uni-

versalismus. Seit 2000 Jahren bedeutet **Rom** die Verkörperung alles Unnationalen, ja Antinationalen.

2.

Können wir heute aus der Geschichte des Altertums lernen?

Zwar haben sich die Verhältnisse in vielen Punkten gewaltig geändert: die Sklaverei ist abgeschafft; Dampf und Elektrizität haben einen völligen Umschwung des Verkehrs herbeigeführt; die Länder und Völker der Erde sind einander viel näher gerückt.

Aber die wichtigsten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme sind dieselben geblieben. Es gibt in der Geschichte einige Grundwahrheiten, und weil die alte Kulturwelt einen vollen Kreislauf durchgemacht hat, vom Herdenmenschen zum Herdenmenschen, zeigt sie uns den ganzen Weg und vor allem die Gefahren, welche auch unserer heutigen Entwicklung drohen. Denn wir dürfen uns nicht die Augen davor verschließen, daß unsere Gegenwart eine beängstigende Ähnlichkeit hat mit der griechischen Geschichte, die auf die Perserkriege, und der römischen Geschichte, die auf den II. Punischen Krieg folgt:

Wie damals, ist ein zunehmender Individualismus vorausgegangen, eine wachsende Befreiung der menschlichen Persönlichkeit (vom 12. Jahrhundert nach Chr. an).

Das Ende des 18. Jahrhunderts nach Chr. hat große Ähnlichkeit mit der Aufklärungszeit der Griechen im 5. Jahrhundert vor Chr. Es schwanden der alte Ständestaat, die Vorrechte des Geburtsadels. Man verlangte Freiheit und Gleichheit, Beseitigung aller Schranken.

Auf glorreiche Kriege folgte ein gewaltiger Aufschwung: Zahlreiche Schranken wurden beseitigt, eine ungeahnte Fülle von Volkskräften wurde frei und schuf reiches Leben auf allen Gebieten.

Aber zugleich ist auch die Ungleichheit des Besitzes größer geworden, eine wachsende Kluft zwischen reich und arm entstanden; die Zahl der besitzlosen Proletarier nimmt zu, der Stand der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden ist stark gefährdet.

An die Stelle des früheren Gegensatzes von Adel und Nichtadel ist der Gegensatz von Besitzenden und Nichtbesitzenden getreten; die Besitzenden selbst zerfallen in 2 Klassen, die der Nobilität und dem Ritterstand des alten Rom ähnlich sind.

Eine gewaltige nationale, lokale und wirtschaftlich-soziale Umschichtung der Bevölkerung hat sich seit 100 Jahren vollzogen; die Großstädte wachsen ins Riesige.

Die Ehelosigkeit und die Kinderlosigkeit nimmt in erschreckendem Maße zu.

Wenn damals und heute das Verlangen nach „Freiheit und Gleichheit" im Mittelpunkt der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen steht, sollen wir da nicht aus der Geschichte des Altertums lernen können, wo die **Grenzen der Freiheit und Gleichheit** liegen?

1. Grenzen der Freiheit:

Nur eine starke Staatsgewalt ist imstande, die Freiheit zu schützen und zu bändigen:

a) einerseits die Denk-, Glaubens-, Lehr- und Redefreiheit, die Fundamente unserer Kultur, zu schützen und dafür zu sorgen, daß nicht neue Schranken der Tradition und der Geburt, des Standes und der Kirche aufgerichtet werden; daß die „Übermenschen des Geistes" sich ungehemmt entwickeln können; daß jeder nach dem Maße seiner Tüchtigkeit sich emporarbeiten kann;

b) anderseits die Freiheit zu bändigen und einzuschränken, soweit dies zum Wohle des Ganzen nötig ist; ich erinnere an die zahlreichen Leistungen, zu denen wir vom Staate gezwungen werden. Der Verlauf der alten Geschichte ist eine vernichtende Kritik für die sogenannte Manchesterlehre, für das laisser faire. Der Staat darf nicht „die Dinge gehen lassen", sondern hat bei allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen wichtige Aufgaben zu erfüllen:

Vor allem Erhaltung eines gesunden Mittel- und Bauernstandes; Schutz der heimischen Arbeit gegen billige auswärtige Konkurrenz;

Schutz gegen Boden- und Häuserwucher, überhaupt gegen Wucher aller Art;

Gesetze, durch welche dem Eigentum, dem Kapital Pflichten auferlegt werden: Kranken-, Unfall-, Altersversicherung; Schutz der wirtschaftlich Schwachen, Männer, Frauen, Kinder;

Schaffung von großem Gemeinbesitz. Das braucht in unserer Zeit nicht bloß Land zu sein, sondern auch Eisenbahn, Post, Bergwerk, Gas- und Wasseranstalten.

2. Grenzen der Gleichheit:

Die Geschichte des Altertums zeigt uns, daß die Aufhebung aller Unterschiede zur Barbarei zurückführt. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, die Menschheit würde gehoben und emporgeführt, wenn die Niederen den Hohen gleichgestellt werden, die Ungebildeten den Gebildeten, die Faulen den Fleißigen, die Feigen den Tapferen, die Arbeiter den Arbeitgebern, die Unterbeamten den Oberbeamten, die

körperliche der geistigen Arbeit, die Volksschulen den Universitäten. Im Gegenteil! nicht nach oben, sondern nach unten hin wird alles nivelliert; das Hervorragende wird hinuntergezerrt. Solche Gleichheit vernichtet alle Freiheit; die Kultur hört auf, man kehrt zur Barbarei zurück, zum Herdenmenschentum[1]).

3. Volkstum steht höher als Staat[2]). Das ist vielleicht die wichtigste Lehre, die wir aus der Geschichte des Altertums ziehen. Auf nationaler Grundlage sind alle Staaten entstanden. Solange sie auf dieser Grundlage blieben und ein starkes Nationalbewußtsein hatten, sich gegen Vermischung mit fremden Völkern abschlossen, wuchsen sie und stiegen immer höher empor; seitdem die Völker sich vermischten, entarteten sie und die Staaten mit ihnen.

Jedem, der die Geschichte des Altertums sorgfältig studiert hat, muß als das Schrecklichste das große Leichentuch erscheinen, das sich zuerst über die orientalischen Völker, dann über Griechenland und schließlich über das ganze römische Reich legte. Und dieses Leichentuch war theokratischer Universalismus, ein Weltreich mit entnationalisierten Herdenmenschen unter priesterlicher Bevormundung

Kultur und Zivilisation[3]).

1.

Weshalb ist die herrliche alte Kulturwelt zugrunde gegangen? Mit dieser Frage haben sich immer wieder hervorragende Denker und Forscher beschäftigt. Gibt es eine befriedigende Antwort? Wenn auf den sittlichen Verfall, auf die traurigen Ehe- und Familienverhältnisse, auf die Verstädterung und die Klassenkämpfe hingewiesen wird, so sind das mehr Wirkungen als Ursachen. Dasselbe gilt auch für die drei Krankheiten, von denen wir sprachen: Plutokratie, Demokratie, Theokratie. Ebensowenig ist uns mit der Behauptung gedient, daß alle Kulturen, wie der Einzelmensch, die Stufen der Geburt, des Kindes-, Mannes-, Greisenalters und des Todes durchlaufen; daß sie untergehen müssen.

Die jungen Wissenschaften der Biologie und Anthropologie („Lebens- und Rassenkunde") glauben mit dem Wort Entnordung eine Lösung gefunden zu haben. Schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts behauptete der Jude Disraeli (der spätere englische Erstminister Lord Beakonsfield): „Die Rassenfrage ist der Schlüssel der Weltgeschichte; jede Nation muß untergehen, die ihr Blut sorglos Vermischungen hingibt." Und heute bezeichnet L. Schemann in seinem großen Rassenwerk wiederholt mit allem

[1]) Treitschke klagte: „Das ganze Leben moderner Menschen ist darauf gerichtet, allen einen gewissen Herdencharakter zu geben" (Politik I S. 185).

[2]) Besonders uns Deutschen hat der Mangel dieser Erkenntnis sehr geschadet. Noch während des Weltkriegs suchten uns einflußreiche Männer klarzumachen, daß „Staatsverband über Volksverband stehe" (vgl. mein 1915 erschienenes Büchlein „Die Hauptsache" S. 42ff.). Erst in Hitlers Drittem Reich wird nachdrücklich der Primat des Volkstums betont.

[3]) Vgl. meine „Angewandte Rassenkunde" S. 18ff., 41ff.

Nachdruck „den Kampf von Semitismus und Ariertum als Kern und Fazit aller bisherigen Geschichte". Er sagt: „Es ist nicht anders; nur die verschiedene Blutzusammensetzung gibt den Schlüssel zur Geschichte der verschiedenen Phasen der bedeutendsten Völker." Das heißt: So lange bei den Persern, Griechen, Römern das nordische Blut und der nordische Heldengeist den Ausschlag gaben, ging es aufwärts; als aber das semitische Blut und der semitische Händlergeist die Führung übernahmen, begann der Niedergang, der mit völligem Zusammenbruch endete.

2.

Was haben uns nun in diesem Zusammenhang die Worte Kultur und Zivilisation zu sagen? Sie bezeichnen etwas Grundverschiedenes. Unter „Kultur" verstehen wir das lebendige Schaffen des Menschengeistes. Das gilt für alle Gebiete: für Kunst und Wissenschaft, für Religion und Weltanschauung, für staatliche und rechtliche Ordnungen, für wirtschaftliche und militärische Einrichtungen, für Erfindungen und Entdeckungen, für Industrie und Verkehr. Die schöpferische Arbeit ist Kultur, das geschaffene Gut ist Zivilisation. R. von Engelhardt schreibt: „Was heute noch Kulturwert und Kulturarbeit war, rückt morgen in der mechanischen Arbeit der Zivilisation als rationalisiertes Werkzeug hinab."

Die Kulturschöpfungen entstammen bestimmten Erbanlagen, sind an Rasse und Volkstum geknüpft; nur auf nationaler Grundlage kann sich eine Kultur entfalten. Dagegen ist die Zivilisation international und wird ohne Schwierigkeit von einem Volk auf das andere übertragen. Als Kulturschöpfer haben sich die Völker nordischer Rasse bewährt, und Woltmann nennt sie „die geniale par excellence". Dagegen sind die semitischen Völker aufs engste mit der Tochter der Kultur, der Zivilisation, verbunden. Seit Jahrtausenden haben sie sich in der Verwertung und Verteilung der Güter der Zivilisation als Makler und Vermittler hervorgetan. Die Weltgeschichte lehrt, wie gefährlich die Zivilisation der Kultur werden kann, die Tochter der Mutter, um so gefährlicher, weil auch bei den Erben nordischer Kulturschöpfer leicht die Freude am Geschaffenen und Ererbten größer wird, als die eigene Schaffenslust. Sie lassen sich vom semitischen Geist, später auch vom semitischen Blut verseuchen.

Und das Ende? Wohl kann es eine hohe Kultur ohne reiche Zivilisation geben; als Athen auf der Höhe seiner Kultur stand, waren zahlreiche Güter der Zivilisation unbekannt; doch ging es aufwärts. Als aber das nordische Blut geschwunden und im griechisch-römischen Weltreich die Zivilisation ohne Kultur war, gingen beide zugrunde.

Das Erbe.

Die drei Krankheiten (Plutokratie, Demokratie, Theokratie) sind, zusammen mit dem Menschheits- und Weltreichswahn, das unheimliche Erbe der untergehenden Alten Kulturwelt, und die Auseinandersetzung mit ihnen bildet seitdem den Hauptinhalt der Geschichte.

Es haben während des Mittelalters die römische Papstkirche und seit dem 18. Jahrhundert die angelsächsisch-jüdisch-französische „Aufklärung" das todbringende Gift als Allheilmittel gepriesen. Auch unser deutsches Volk ließ sich in dem „herrlichen" 19. Jahrhundert durch die lockenden Sirenenstimmen (trotz Wittenberg, Weimar, Potsdam) von dem vorgezeichneten Weg abdrängen. Erst die „heilige Not" der nachbismarckschen Zeit und besonders der jüdisch-römischen Koalitionsregierung (1919—1933) öffnete langsam einer wachsenden Zahl deutschgesinnter Männer und Frauen die Augen. Adolf Hitler wurde der rettende Arzt, der mit kühner Willenskraft 14 Jahre lang das eingedrungene Gift bekämpfte und eine Gesundung herbeiführte.

Zweites Buch

Die neue Kulturwelt

(Mittelalter und Neuzeit)

Vorbemerkungen.

Umwelt und Rasse.

1.

Die Abhängigkeit der Menschen von der Umwelt.

Man spricht von einer „kosmischen“ Abhängigkeit des Menschen, d. h. von der **Unfreiheit**, worin er der ganzen Umwelt gegenüber steht.

Der Mensch ist **ohnmächtig** gegenüber dem Wechsel von Tag und Nacht, Sommer und Winter, langer und kurzer Tagesdauer, Regen und Sonnenschein, Ebbe und Flut, Sturm und Windstille, Erdbeben und Vulkanausbrüchen, Leben und Tod. Die Entwicklung der Menschen wird stark **beeinflußt** durch Lage und Raum, Klima und Bodenbeschaffenheit; es gibt kalte, gemäßigte und heiße Zonen, Tiefland und Hochland, fruchtbare und unfruchtbare, trockene und feuchte Landstriche. Hier liegen ausgedehnte Sümpfe und Moore, Steppen und Wüsten, dort unübersteigbare Gebirge mit ewigem Schnee; hier gibt es Landstrecken, die von Natur zu lebhaftem Verkehr einladen, dort lauter Hemmungen; hier Steil-, dort Flachküsten.

Die 3 südlichen Erdteile (Südamerika, besonders Afrika und Australien) sind gegen die 3 nördlichen sehr benachteiligt. Sie sind wenig gegliedert, liegen vorwiegend in der heißen Zone und rücken nach Süden hin immer weiter auseinander. Dazu kommen die Wasserarmut Australiens und die Schwierigkeit, in Afrika einzudringen wegen der Stromschnellen.

Was **Deutschland** angeht, so erzählen die alten Römer mit Grausen von den ausgedehnten Wäldern und Sümpfen, von Bruch- und Moorland, von der Nässe und Kälte. Noch bis weit ins Mittelalter hinein waren die mit langsamen Flüssen, mit Seen und Sümpfen erfüllten Täler große Hindernisse des Verkehrs.

Auch sind von Natur die einen Länder besser, die anderen schlechter gegen äußere Feinde geschützt.

2.

Irrlehren.

Die Abhängigkeit von der Umwelt hat in Altertum, Mittelalter und Neuzeit zu verhängnisvollen Irrlehren geführt[1]). Die meisten altgriechischen Denker waren davon überzeugt, daß alle Verschiedenheiten der Menschen und Völker auf das **Klima** zurückzuführen seien, und diese Ansicht herrschte auch im Mittelalter. In der Neuzeit lehrte Spinoza, daß die Geschichte sich nach unerbittlichen Gesetzen vollziehe, wie die Naturgeschichte. Als den Vater der neueren Milieulehre (Umweltlehre) hat man den Franzosen Montesquieu bezeichnet. Ihm folgten die Soziologen und die Geographen. Karl Ritter, an dessen Namen sich die Glanzperiode der deutschen Geographie knüpft, führt die unendliche Mannigfaltigkeit in den Erscheinungen, in den Bildungen und Charakteren der Menschen, in den Bestrebungen der Völker auf die örtlichen Einwirkungen der Landschaft zurück.

---

[1]) Vgl. **Schemann I**, S. 144ff. und den Anhang meiner „Weltgeschichte der Lüge“, 4. Aufl. S. 416ff. und meine „Ang. Rassenkunde“ S. 12ff.

Als im 19. Jahrhundert die riesigen Erfolge der Naturwissenschaften und der Technik dahin führten, daß man den hohen Wert der irrationalen Kräfte (Imponderabilien) vergaß, da konnte die materialistische und naturalistische Geschichtsauffassung viele Anhänger gewinnen. Ich denke nicht nur an den Vater der deutschen Sozialdemokratie, den Juden Marx, sondern auch an hochberühmte Naturforscher, wie Liebig und Dubois-Reymond. In ihren Bann gerieten Lamprecht, Spengler, Rathenau, welche glaubten, die naturwissenschaftliche Methode auf die Geschichte anwenden zu müssen, so daß Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wie eine Rechenaufgabe aussieht. Merkten sie nicht, daß es alte Ladenhüter der „Aufklärung" waren, die sie neu frisierten? Auch die junge Wissenschaft der „Geopolitik" ist in Gefahr, die Erdgebundenheit aller geschichtlichen Vorgänge zu überschätzen.

Aus den Übertreibungen der Umweltlehre, wie sie im 18. Jahrhundert, im Zeitalter der „Aufklärung", üblich waren, sind verhängnisvolle Wirkungen für unsere Staats-, Erziehungs- und Gesellschaftsordnungen entstanden, die bis in unsere Gegenwart reichen. Heute noch kann man hören: „Gebt den Menschen gleiche Bildungsmöglichkeiten! so werden sie gleich." Leidenschaftlich halten all die Leute an der Allgewalt der Umwelt fest, die in der einheitlichen Menschheit das höchste, letzte Ziel erblicken und den Rassegedanken ablehnen; besonders alle Internationaldemokraten, deren Gleichheitswahn seit der französischen Revolution unendlich viel Unheil gebracht hat. Leider stehen auch große kirchliche Kreise im Banne solcher Anschauungen. Madison Grant schreibt: „Der Standpunkt, daß der Negersklave ein unglücklicher, von der Tropensonne schwarz gefärbter Vetter des Weißen sei, dem man die Segnungen des Christentums und der Zivilisation vorenthalten habe, spielte bei den Gemütsmenschen der Bürgerkriegsperiode keine geringe Rolle."

3.

Der Mensch als Herr der Umwelt.

Liegt nicht gerade darin der Hauptunterschied des Menschen vom Tier, daß er der Umwelt nicht passiv, sondern aktiv und frei gegenübersteht? Und zeigt sich nicht gerade darin die Verschiedenheit der Rassen, wie weit sie Herren der Umwelt werden? Je höher die Kultur, desto geringer die Umwelteinflüsse!

Wir freuen uns, daß in den letzten Jahren gerade hochbedeutende Naturforscher vor einer Überschätzung der Umwelt gewarnt haben, z. B. die drei Verfasser des Fundamentalwerks „Grundriß der menschlichen Erblichkeitslehre und Rassenhygiene": Baur, Fischer, Lenz. Und wenn Schallmeyer schreibt: „Das geistige Leben der Rassen und Völker wird nicht nur durch ihre geistigen Erbanlagen, sondern auch durch Einflüsse der geistigen und materiellen Umwelt bestimmt", so fügen wir mit Dr. Bauer hinzu: „Aber alle Milieuwirkung kann nur von sekundärer Bedeutung sein. Entscheidend sind primär immer nur die in der Vererbung übermittelten Anlagen. Denn verwirklichen kann in der Tat der einzelne nur das, was er der Anlage nach bereits besitzt." So spricht denn auch Schemann dem „Rassenfatalismus" eine größere Berechtigung zu, als dem „Milieufatalismus". Im übrigen warnt er vor Übertreibungen nach beiden Seiten; er schreibt I S. 155, daß die Lebenskräfte der Rasse und der Umwelt „einander nicht ausschließen oder auch nur einschränken, sondern ergänzen, sich gegenseitig unterstützen und regulieren".

Für die Menschen ergab sich eine doppelte Aufgabe:

die Vorteile der Umwelt für sich auszunutzen,
die Hemmungen der Umwelt zu überwinden.

Wer daraufhin die Geschichte der Jahrtausende durchgeht, kommt aus dem Staunen nicht heraus. Die beiden ältesten und größten Kulturfortschritte waren Ackerbau und Schiffahrt. In den Flußtälern des Nil und des Euphrat wurden gewaltige Ent- und

Bewässerungsanlagen gemacht; man kämpfte mit dem Sumpf und mit der Trockenheit. Es folgte der Kampf mit dem Meer. Die alten Römer wurden für den Verkehr zu Land die Überwinder zahlreicher Hemmungen; ihre Kunststraßen führten durch große Sumpfgebiete, stiegen die Alpen hinauf und erreichten die Pässe, um an der andern Seite hinunterzuführen. Kunstvolle Brücken, die zum großen Teil heute noch gebraucht werden, verbanden die Ufer der Flüsse.

Seit dem 10. Jahrhundert nach Chr. bis heute haben sich die Deutschen auf dem Gebiet der inneren Kolonisation hervorgetan und die Hemmungen der Natur überwunden. Der Ackerbau eroberte neue Länder und erreichte eine hohe Blüte: Der eiserne Pflug durchfurchte den Boden; Wälder wurden gerodet und Sümpfe trocken gelegt. Man fragt sich, ob die vielgerühmte „Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter", die Siedelungsarbeit im weiten Osten, mehr als ein Werk der äußeren oder der inneren Kolonisation angesehen werden soll. Später bildete die innere Kolonisation ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Hohenzollern. — Und wie im engeren Vaterland, so hatten während der letzten Jahrhunderte die Deutschen in der ganzen Welt den Hauptanteil an der großen Kulturleistung der inneren Kolonisation. Man kann sich den Aufschwung Rußlands und Amerikas, Afrikas und Australiens nicht denken ohne die eifrige Kulturarbeit der Deutschen.

Aber die Menschen sind auch in das Innere der Erde gedrungen, haben die Erze und Kohlen hervorgeholt und sich nutzbar gemacht. Welche Kulturfortschritte bedeutet der Übergang aus der Steinzeit zur Bronze- und zur Eisenzeit! Immer neue wertvolle Erfindungen und Entdeckungen wurden gemacht; wir denken an die Herstellung der Ziegelsteine, der Tonwaren und des Glases, an Weberei und Tischlerei, an die Erfindung des Papiers und der Schrift, an Kunst und Wissenschaften. Das Bildungsbedürfnis führte am Ende des Mittelalters zur Buchdruckerkunst. Und welchen Umschwung brachten die Erfindungen, welche die Dampf- und die elektrische Kraft in den Dienst der Menschen stellten! die Ausnutzung der Wasserkräfte, der Stromschnellen, Gießbäche und Wasserfälle! Die Dampf- und elektrischen Bahnen steigen bis in die Hochgebirge, gehen über die Pässe; es werden Tunnels durch die Berge angelegt; die Stromschnellen, die früher den Eintritt ins Innere Afrikas hinderten, geben jetzt die Kraft, um die Hemmungen zu überwinden. Wichtige Kanäle verbinden die Meere: der Suezkanal, der Kaiser-Wilhelms-Kanal, der Panamakanal. Der Versandung der Häfen wird entgegengearbeitet und selbst dem Meere getrotzt, indem man Häfen anlegt, wo die Natur sie versagt hat. Der Bergbau hat einen riesigen Aufschwung genommen. In der heißen Zone ist die Sterblichkeit der Menschen verringert und anderseits das Leben an vielen Stellen der kalten Zone möglich gemacht.

Bei diesen Kulturleistungen zeigt sich gerade die Ungleichheit der Menschen, und es ist töricht zu behaupten: die Schwarzen, Gelben und Roten würden unter denselben äußeren Bedingungen dasselbe geleistet haben wie die Weißen. Nein! Das Blut, die Rasse ist das Entscheidende. Mit Recht hat man die Völker in aktive und passive eingeteilt, d. h. solche, in denen ein Tätigkeits- und Schaffensdrang wirksam ist, und andere, denen er fehlt. Gilt nicht für zahlreiche Menschen und Völker das Wort Goethes:

„Das Glück ihm günstig sei,
Was hilft's dem Stöffel?
Denn regnet's Brei,
Fehlt ihm der Löffel."

Erst von nordischen Europäern sind die Schätze gehoben, welche die Natur in den fremden Erdteilen darbietet. Woran liegt es denn, daß in Vorderasien und in allen Mittelmeerländern die heutigen Zustände im schroffsten Gegensatz zu der hohen Kulturblüte stehen,

von der uns nicht nur das hinterlassene Schrifttum, sondern auch die zahlreichen Ruinen erzählen? Weil früher **andere** Menschen dort die Führung hatten als heute. **Kulturschöpfer waren die Völker nordischer Rasse; als sie dahinschwanden oder sich mit fremdem Blute mischten, traten Stillstand, Rückschritt und Zusammenbruch ein.**

4.

Germanismus und Romanismus.

Man hat von einem „Kreislauf der Geschichte" gesprochen; richtiger erscheint mir der Vergleich mit Flut und Ebbe. Auf Seite 4 ist darauf hingewiesen, daß aus unserem nördlichen Mitteleuropa im 2. und 1. Jahrtausend vor Chr. Glieder der nordischen Rasse sich teils nach Südosten bis Iran und Indien, teil nach Südeuropa ausbreiteten; sie wurden die Schöpfer der Alten Kulturwelt. Aber der Vernordung jener Länder folgten Entnordung und Untergang. Nur im Ursprungsland der nordischen Rasse behauptete sich das Germanentum, und die Forschungen der letzten Jahrzehnte haben unwiderleglich festgestellt, daß unsere germanischen Vorfahren keineswegs „kulturlose Barbaren" waren, bevor sie mit der griechisch-römischen Kulturwelt und mit dem Christentum in Berührung kamen; im Gegenteil!

Das 4. Jahrhundert nach Chr. kann man eine Zeit tiefster Ebbe nennen; der sogenannte „Erdkreis" (orbis terrarum) war entvölkert, d. h. die Länder um das Mittelmeer. Kein Wunder, daß schließlich nach dem Naturgesetz, das keine leeren Räume duldet, starke Völkerströme von außen die Dämme durchbrachen und die Alte Kulturwelt überfluteten; sie kamen teils aus dem germanischen Nordeuropa, teils aus Asien. Der folgende Abschnitt berichtet von dem großen Ringen zwischen Europa und Asien.

Wichtiger ist folgendes: Wenn für Mittelalter und Neuzeit die Auseinandersetzung zwischen Germanismus und Romanismus den Hauptinhalt der Geschichte bildet, so sehen wir darin die Fortsetzung des uralten Gegensatzes zwischen Ariertum und Semitismus. Im 5. Jahrhundert nach Chr. fiel den nordischen Germanen von selbst die Herrschaft über das weströmische Reich zu (Italien, Gallien, Britannien, Spanien, Nordwestafrika); sie brachten neues Leben in die entvölkerten Gebiete und boten in argloser Duldsamkeit alles auf, um die „Romanen", d. h. die „römische", ein verdorbenes Latein sprechende Bevölkerung, die sie vorfanden, zufriedenzustellen. Aber später strichen die durch germanisches Blut und Heldentum neu gestärkten Kräfte des Völkerchaos aus ihrer Geschichte alles, was an die germanischen Retter erinnerte; sie stempelten sie zu kulturlosen Eindringlingen, welche ihre Kunstdenkmäler zerstört hätten. So führte die Entwicklung abermals zur Entnordung bzw. Entgermanisierung.

Bei dem Begriff „Romanismus" handelt es sich nicht nur um das Blut, sondern auch um eine Geistesrichtung. Die Menschen bzw. Völker werden „Romanen", wenn sie den lockenden Sirenenstimmen der jüdisch-römischen Menschheitsapostel und ihrer Mischkultur nachgeben. Die Geschichte Frankreichs ist seit dem 13. Jahrhundert eine Entgermanisierung; auch die verjudeten Angelsachsen werden mehr und mehr „Romanen". Und wir? Mit dem Ringen zwischen Germanismus und Romanismus hängt der unselige Dualismus zusammen, d. h. die Spaltung in zweierlei Deutsche, die schon in der vorchristlichen Zeit begann. Ich nenne sie Armin- und Flavusdeutsche, von denen die einen Rom ablehnen, die anderen alles Heil von Rom erwarten. Die Flavusdeutschen, besonders die Österreicher, werden langsam „Romanen". Als Vormacht der romanischen Welt bezeichnet Schemann I S. 381 „die Erbin Roms, die durch und durch mit semitischem Geiste getränkte katholische Kirche"[1].

[1]) Vgl. meine Bücher „Angewandte Rassenkunde", „Deutsche Geschichte" und „Wie wir Deutschen uns selbst entdeckten."

Die Verteilung der Welt im Wandel der Jahrhunderte.

πάντα ῥεῖ (Heraklit)
Die Welt ist niemals endgültig verteilt.

Der Kampf um den Raum nimmt in roheren oder feineren Formen den ersten Platz in der Geschichte der Menschen und Völker ein.

I.

Das große Ringen zwischen Europa und Asien.

1. Im Altertum siegte Europa über Asien;
2. im Mittelalter drangen immer von neuem asiatische Völker in Europa ein;
3. in der Neuzeit waren die europäischen Völker in steigendem Maße überlegen;
4. vor einigen Jahrzehnten begann ein neues Erwachen der asiatischen Welt.

Die glänzende alte Kulturwelt, welche alle Länder um das Mittelländische Meer umfaßte und in dem römischen Weltreich zuletzt vereinigt war, brach seit dem Ende des 2. Jahrhunderts nach Chr. allmählich zusammen. Innere Krankheiten hatten alle Kräfte verzehrt; jugendliche Völker rüttelten an den Toren: im Norden die Germanen, im Osten die asiatischen Völker.

Es begann ein jahrhundertelanger Prozeß, eine Zeit langer Gärung, gewaltiger Kämpfe und Auseinandersetzungen, bis sich langsam, langsam eine neue Kulturwelt aufbaute. Aber wir müssen bei den großen Völkerwanderungen[1]), welche seit 375 nach Chr. die Mittelmeerländer und ganz Europa erschütterten, scharf zwischen der

[1]) Wir unterscheiden drei Menschheitswiegen, d. h. drei Quellen der Verjüngung, aus denen seit Jahrtausenden immer neue Völkerwellen hervorbrachen, wenn die alten verbraucht waren:

das nördliche Mitteleuropa,
die hochasiatischen Steppen,
Arabien.

Aus dem ersten Gebiete kamen Kulturschöpfer (die Arier), aus dem zweiten Kulturzerstörer (die tatarischen Mongolen), aus dem dritten Kulturschmarotzer (die Semiten).

Aus diesen drei Menschheitswiegen drangen seit 375 nach Chr. immer neue Völkerfluten in die entartete und entvölkerte alte Kulturwelt ein. Damals erst lernten wir die dritte vagina gentium („Mutterschoß der Völker") kennen, als die Hunnen aus Hochasien einbrachen.

germanischen Völkerwanderung und den wiederholten Stößen von Asien her unterscheiden:

Die Germanen sind die Retter und Erben der alten, bez. der abendländisch-christlichen Kultur geworden; was morsch und verfault war, haben sie zerstört, dann aber einen Neubau begonnen, den sie gegen die asiatische Welt siegreich verteidigten.

Dagegen waren die Kämpfe zwischen Europa und Asien Kämpfe

zwischen ganz verschiedenen Rassen,
zwischen ganz verschiedenen Religionen.

Ohne die Germanen würden die Mongolen einerseits und der Islam anderseits gesiegt haben.

A.

Die Germanische Völkerwanderung.

1.

Die Reiche der Westgoten, Vandalen, Angelsachsen, Ostgoten, Langobarden auf weströmischem Boden.

Mit dem Einbruch des mongolischen Reitervolkes der Hunnen in Europa begann die Völkerwanderung; sie besiegten im Jahre 375 das mächtige Volk der Ostgoten.

Dies war der Anlaß, daß infolge der Landnot während der nächsten Jahrzehnte immer neue germanische Heerhaufen mit Weib und Kind nach Westen und Süden über die Grenzen des römischen Reiches vordrangen und sich in den verschiedensten Provinzen festsetzten.

Die **Westgoten:**

378 Die Westgoten überschritten die Donau und besiegten den Kaiser Valens bei Adrianopel.

395—410 Alarich, König der Westgoten:
Er führte die Westgoten nach Italien, wurde von Stilicho 403 bei Pollentia und Verona besiegt, eroberte 410 Rom und starb in demselben Jahre bei Cosenza in Unteritalien.

419—711 Das Westgotenreich, zunächst in Südfrankreich mit der Hauptstadt Toulouse; später drangen die Westgoten in die Pyrenäenhalbinsel vor, und hier hat ihre Herrschaft mehrere Jahrhunderte bestanden, bis sie von den Arabern 711 durch den Sieg bei Xeres de la Frontera gestürzt wurde.

Die **Vandalen:**

406 zogen sie über den Rhein, wanderten bis nach Spanien, wo noch heute der Name „Andalusien“ an sie erinnert.

429 Geiserich führte sie nach Afrika, und gründete das mächtige Vandalenreich, mit der Hauptstadt Carthago. Auch beherrschten sie das Meer und die benachbarten Inseln.

533/4 Das Vandalenreich wurde von Belisar, dem tapferen Feldherrn des oströmischen Kaisers Justinian, zerstört.

Die **Angeln und Sachsen:**

Seit 449 eroberten die Angelsachsen die römische Provinz Britannien.

433—453 der Hunnenkönig **Attila** (Etzel):
451 Attila zog nach Gallien, wurde aber von dem römischen Feldherrn Aëtius auf den Katalaunischen Gefilden besiegt.
452 Attilas Zug nach Italien. Anfänge Venedigs. Leo I. d. Große.
453 Attila †. Nach seinem Tode zerfiel das Hunnenreich.

Die weiteren Schicksale Italiens:

a) 455 Die Vandalen kamen unter ihrem Führer Geiserich nach Rom und plünderten die Stadt. (Der sogenannte „Vandalismus.“) Dann hatte der „Kaisermacher“ Ricimer, ein Germane, in Italien längere Zeit unumschränkte Macht.

b) **476** Ende des Weströmischen Reiches. Der Führer der germanischen Söldner, Odoaker, zwang den letzten Kaiser, Romulus, dem Kaiserthron zu entsagen.

476—489 (493) Odoaker, Heerkönig in Italien.

c) **489 (493)—553** Ostgotenherrschaft in Italien:
Der Ostgotenkönig Theoderich der Große besiegte den Odoaker und gründete ein mächtiges Reich, welches ganz Italien nebst Sizilien umfaßte und bis an die Donau und Rhone reichte. Auch hatte er entscheidenden Einfluß auf die Reiche der Westgoten und Vandalen („Mittelmeerstaatensystem“).
526 Theoderich †. Nach seinem Tode zerfiel das Reich schnell. In langen Kämpfen wurden die Ostgoten bis zum Jahre 553 von den oströmischen Feldherren Belisar und Narses besiegt und vernichtet.

d) **553—568** war Italien Provinz des oströmischen Kaiserreichs.

527—565 Kaiser Justinian I.
Einzelne Teile Italiens blieben noch über das Jahr 568 hinaus lange Zeit unter oströmischer (griechischer) Herrschaft und wurden „Exarchat“ genannt.

e) **568—774** Das Langobardenreich in Italien, von Alboin 568 gegründet, von Karl dem Großen 774 zerstört.

Völkerdünger:

Schon im 2.—4. Jahrhundert nach Chr. hatten die Germanen massenhaft als Soldaten und als Bauern in dem sterbenden römischen Kaiserreich Aufnahme gefunden[1]). Im 5. und 6. Jahrhundert entstanden unter kühnen Heerführern auf weströmischem Boden mächtige germanische Königreiche. Aber alle diese Staatenbildungen der West- und Ostgoten, der Vandalen und Langobarden sind zugrunde gegangen. Die eingewanderten Germanen sind nichts als Völkerdünger gewesen; sie haben den entarteten Gliedern des Römerreichs frisches

[1]) Ebenso hatte im 5. und 4. Jahrhundert vor Chr. das niedergehende Perserreich zahlreiche Griechen in seine Dienste genommen, bevor es von Alexander dem Großen zerstört wurde. Die besten Truppen, die dem Alexander entgegentraten, waren Griechen im Solde der Perser.

Blut und neue Kräfte zugeführt, aber selbst ihr Volkstum verloren. — Die angelsächsischen Königreiche auf der meerumspülten, abgeschlossenen Insel Britannien führten Jahrhunderte hindurch ein unbedeutendes Sonderdasein.

2.

Das Reich der Franken und das daraus entstehende germanisch-römische Weltreich.

Ganz anders war die Entwicklung des Frankenreichs; es wurde die Grundlage für die ganze folgende Geschichte der westeuropäischen Kulturvölker.

Der Germanenstamm der Franken drang im Anfang des 5. Jahrhunderts über den Niederrhein vor und breitete sich langsam in den heutigen Niederlanden aus. Unter den Merowingern Chlodwig (481—511) und seinen Söhnen eroberten sie ganz Gallien.

Zwar schien es, als sollte auch hier Entartung und völlige Auflösung eintreten, wie im Vandalenreich nach dem Tode Geiserichs und im Ostgotenreich nach dem Tode Theoderichs des Großen. Aber unter dem kühnen Geschlecht der Pippiniden (der Hausmeier) stiegen die Franken zu gewaltiger Macht und gründeten ein Weltreich:

687 Pippin von Heristal wurde nach seinem Sieg bei Testri dux et princeps omnium Francorum.
732 Sein Sohn Karl Martell besiegte die Araber bei Tours und Poitiers.
751 Pippin der Jüngere schickte den letzten Merowingerkönig ins Kloster und setzte sich selbst die Königskrone auf.
800 Karl der Große wurde römischer Kaiser.

In diesem Frankenreich blieben Germanen und Romanen im Gleichgewicht. Es ist interessant, wie mehrere Jahrhunderte hindurch jeder Ausdehnung in romanisches Gebiet eine solche in das heutige Deutschland hinein entsprach, bis fast alle Germanen und Romanen unter einem Szepter vereinigt waren. Dabei müssen wir noch bedenken, daß auch die romanischen Länder germanisches Blut aufgenommen hatten:

Romanische Gebiete.	**Germanische Gebiete.**
Chlodwig erobert:	
486 das Reich des Syagrius an der Loire und Seine.	496 Das Alemannenreich auf beiden Seiten des Oberrheins. Später die fränkischen Teilkönigreiche am Mittel- und Oberrhein.
507 Das Land zwischen Loire und Garonne.	
Chlodwigs Söhne erobern:	
532—534 Burgund; ferner das Land zwischen Garonne u. Pyrenäen.	Einen Teil Thüringens; Bayern.

Karl der Große erobert:

774 Italien (das Langobardenreich);	785 Sachsen;
778 Nordspanien.	788 Bayern.

Die Geschichte des 8. Jahrhunderts nach Chr. ist von grundlegender Bedeutung. Ein Geschlecht von vier aufeinander folgenden Helden (Pippin von Heristal, Karl Martell, Pippin der Jüngere, Karl der Große) baute ein germanisch-römisches Weltreich auf. Sie faßten, was (außerhalb Britanniens und der nordischen Reiche) an Germanen und Romanen vorhanden war, zu einer Einheit zusammen. An das Reich Karls des Großen werden wir in den verschiedensten Abschnitten dieses Buches unsere Ausführungen anknüpfen müssen.

Dies germanisch-römische Weltreich ist 962 von dem Kaiser Otto dem Großen neu aufgerichtet worden. Die letzten bedeutenden Vertreter sind Friedrich I. Barbarossa († 1190) und Heinrich VI. († 1197) gewesen.

3.

Die Wanderungen der Normannen.

Die letzten Ausläufer der germanischen Völkerwanderung bildeten die kühnen Wikingerfahrten der Normannen (Nordgermanen), namentlich im 9., 10., 11. Jahrhundert. Auf eigene Faust drangen mutige Abenteurer übers Meer vor, um dem übervölkerten Heimatland Erleichterung zu schaffen und sich selbst „ein Königreich zu suchen“.

Sie besiedelten Island.
862 Rurik, der Stammvater des russischen Herrscherhauses, gründete sich in Nowgorod eine Herrschaft.
In Deutschland zerstörten die Normannen 845 Hamburg, verwüsteten 881/82 Aachen, Köln, Trier, Nymwegen, wurden aber 891 von Arnulf bei Löwen besiegt.
911 erhielten sie von dem französischen Könige die Normandie.
Seit 1016 setzten sie sich in Unteritalien fest und gründeten ein mächtiges Reich.
1066 wurde Wilhelm der Eroberer durch seinen Sieg bei Hastings König von England.

Wir bewundern die Normannen als „Staatenbildner ersten Ranges“. Aber letzten Endes sind auch sie nur Völkerdünger gewesen[1].

[1] Vgl. meine „Angewandte Rassenkunde“ S. 132f., 202.

B.

Das Eindringen Asiatischer Völkermassen.

Gleichzeitig fluteten aus dem Osten immer neue Völkerwellen über Europa, teils aus Arabien, teils aus Hochasien.

1.

Die Araber[1]).

Im 7. Jahrhundert nach Chr. entstand in einer Länderecke, die lange Zeit keine Rolle in der Geschichte gespielt hatte, ein gewaltiger Sturm: in Arabien. Nicht nur Landnot trieb die semitischen Araber über die Grenze, sondern auch fanatischer Glaubenseifer. 622 hatte Mohammed eine neue Religion gestiftet, den Islam, und seine Nachfolger hielten es für ihre heilige Pflicht, dieselbe auszubreiten; sie gründeten ein gewaltiges Weltreich.

622 Mohammed, der Prophet, flieht von Mekka nach Medina; die Hedschra[2]).
Der Chalif Omar erobert Syrien, Ägypten und zerstört das Neuperserreich der Sassaniden.
661—750 das Haus des Ommijaden, Hauptstadt Damaskus. Unter ihnen setzen die Araber ihre Eroberungen nach Westen fort.
700 ist ganz Nordafrika im Besitz der Araber.
711 Unter Tarek fahren die Araber nach Spanien (Straße von „Gibraltar"), besiegen die Westgoten in der Schlacht bei Xeres de la Frontera und erobern die Pyrenäische Halbinsel.
Im Osten überschreiten sie den Bosporus und suchen sich auf der Balkanhalbinsel festzusetzen:
717 die Araber belagern Konstantinopel.
732 Die Araber überschreiten die Pyrenäen, dringen ins Frankenreich ein, werden aber **von Karl Martell bei Tours und Poitiers besiegt.**
Von 750 an haben die Abbassiden das Chalifat; Hauptstadt Bagdad.
786—809 der Chalif Harun al Raschid.

Wie bedenklich war die Weltlage während der ersten Jahrzehnte des 8. Jahrhunderts! Von den Mittelmeerländern war der Osten, der Süden, der Westen eine Beute der Araber geworden. Es war der niedrigste Tiefstand der europäischen Kultur. Die Gefahr wurde da-

[1]) Arabien ist bis auf den heutigen Tag das Land, wo sich die Semiten rein erhalten haben, und wo sie noch in denselben Verhältnissen, in demselben Kulturzustand leben, wie ihre Stammesverwandten, denen es seit dem Ausgang des 4. Jahrtausends vor Chr. gelang, die reichen Kulturländer Vorderasiens zu gewinnen.
Zu den drei großen Wanderungen des Altertums (vgl. S. 3) kam im 7. Jahrhundert nach Chr. die gewaltige Bewegung, die in den Eroberungen des Islam gipfelte.
[2]) „Hedschra" ist die mohammedanische Zeitrechnung, die mit dem Juli 622 nach Chr. beginnt.

durch erhöht, daß die gewaltige mohammedanische Welt in sich geschlossen und einig, dagegen die christlichen Völker zersplittert und uneinig waren. Schon begannen die Araber, von zwei Seiten ins Herz Europas einzudringen.

Die Germanen sind die Retter gewesen. Mit den tapferen Franken hat der Hausmeier Karl Martell, der Großvater Karls des Großen, die Araber 732 bei Tours und Poitiers besiegt. Dieser Sieg bezeichnet einen der wichtigsten Wendepunkte in der Geschichte. Mit einem gewissen Recht könnte man behaupten, daß hier die alte Geschichte aufhört und nun der Neubau beginnt.

750 wurden, außer in dem spanischen Cordoba, die Ommijaden gestürzt. Die Abbassiden beherrschten von Bagdad aus das gewaltige arabische Weltreich. Als ebenbürtige Herrscher standen um 800 der Frankenkönig und römische Kaiser Karl der Große und der Chalif Harun al Raschid nebeneinander. Die Araber begannen, sich den Werken des Friedens zu widmen, und nahmen mit Eifer die antike Kultur in sich auf.

Seit der 2. Hälfte des 9. Jahrhunderts zerfiel sowohl das Franken- als das Araberreich.

2.

Die Vorstöße tatarisch-mongolischer Völker.

955 Schlacht auf dem Lechfelde.
1241 Schlacht auf der Walstatt bei Liegnitz.

Wiederholt haben aus Mittel- und Hochasien tatarisch-mongolische Völker Südrußland überschwemmt, sind dann bis nach Deutschland und darüber hinaus vorgedrungen und haben ganz Europa in Aufregung und Schrecken versetzt.

Von dort waren die Hunnen[1]) gekommen, die 375 den Anstoß zu der großen germanischen Völkerwanderung gaben.

Erben der Hunnen waren die Avaren, gegen welche Karl der Große kämpfte und zum Schutze seines Reichs die avarische Mark anlegte.

Im 9. Jahrhundert erschien das tatarische Reitervolk der Magyaren.[1]) Sie haben sich dauernd in Ungarn festgesetzt und 1895 mit großem Pomp das 1000jährige Bestehen ihres Reiches gefeiert. Als im Anfang des 10. Jahrhunderts das Karolingerreich sich völlig aufzulösen drohte, da haben die Magyaren verheerende Raubzüge durch Deutschland bis in Frankreich und Italien hinein unternommen.

[1]) Wer sich über die alte Geschichte der Hunnen unterrichten will, der lese Helmolts Weltgeschichte I S. 257 f. 263 f. 267 f.; über die Magyaren S. 325 f.

Wer ist Retter gewesen? Die deutschen Könige aus sächsischem Stamm, Heinrich I. und vor allem Otto I. der Große. In der Schlacht auf dem Lechfelde erlitten die Magyaren 955 eine entscheidende Niederlage.

Eine neue großartige Völkerbewegung begann im östlichen Asien um 1200 unter dem Mongolenhäuptling Dschingis-Chan[1]). China, ganz Mittelasien wurden unterworfen. Dann brach man in Rußland und Polen ein: Moskau wurde erobert, Krakau zerstört. Rußland hat vom 13. bis Ende des 15. Jahrhunderts unter der Herrschaft der sogenannten „Goldenen Horde" gestanden.

Wo ist dem immer weiter vordringenden Strom ein Damm entgegengesetzt? An der deutschen Grenze. 1241 kam es bei Liegnitz auf der Walstatt zur Schlacht, in welcher die Mongolen zwar siegten, aber so viele Verluste erlitten, daß sie fortan Deutschland in Ruhe ließen.

Auch die Türken gehören zu den tatarischen Völkern Mittelasiens; sie nahmen den Islam an und wurden die Erben der Araber.

Schon im 9. Jahrhundert begann in dem gewaltigen Araberreich der Abbassiden ein zunehmender Abbröckelungsprozeß, indem selbständige Vasallendynastien in einzelnen Teilen entstanden. Im 11. und 12. Jahrhundert trat das türkische Herrschergeschlecht der Seldschucken mächtig hervor; wie einst die fränkischen Hausmeier die Merowingerkönige, so bevormundeten sie die schwachen Chalifen und gründeten in Mesopotamien, Persien, Syrien, Kleinasien mächtige Dynastien.

Daß die Seldschucken in der 2. Hälfte des 11. Jahrhunderts Palästina besetzten und fast den gesamten Besitz des oströmischen Kaisers, namentlich Kleinasien, eroberten, ja unmittelbar Konstantinopel bedrohten: das wurde die Veranlassung für die Kreuzzüge. Damals war in Mitteleuropa unter den kräftigen Herrschern des sächsischen, fränkischen und staufischen Hauses das Kaisertum und durch die Kaiser das Papsttum so sehr erstarkt, daß man einen Gegenstoß gegen die vordringenden Asiaten unternehmen konnte. Die Beweggründe waren teils religiöser, teils politischer Art[2]).

---

[1]) Es waren „unbändige Kräfte der Kampfesfreude und Zerstörungslust". Die mongolischen Reiterhorden „brausten über Asien und Europa dahin, als ob sie alle Länder zertreten und in Weidegründe für ihre Herden verwandeln wollten, und so gründlich haben sie gewütet und gemordet, daß noch heute verödete Gebiete die Spuren ihres zerstörenden Grimmes bewahren ... Dschingis-Chan war der echteste Vertreter des wilden, unbezähmbaren Nomadentums Hochasiens, der sich nach alter Hunnensitte auf Leichen und Trümmern einen Riesenthron errichtete" (Helmolt I S. 289. 292).

Soll der Bolschewismus, die Zerstörungswut des im russischen Blut steckenden tatarischen Mongolentums unter jüdischer Führung, dasselbe Unheil über die Welt bringen?

[2]) Vgl. meine „Angewandte Rassenkunde" S. 142.

1096—1099 Erster Kreuzzug. Es entstanden mehrere christliche Kriegerstaaten: das Königreich Jerusalem, die Fürstentümer von Edessa, Antiochien und Tripolis.
1147—1149 Zweiter Kreuzzug, ohne Erfolg.
1187 Saladin, der sich nach dem Sturz der Fatimiden zum Sultan von Ägypten gemacht hatte, eroberte Jerusalem.
1189—1192 Dritter Kreuzzug, veranlaßt durch die Eroberung Jerusalems. Die drei mächtigsten Herrscher des Abendlandes, Kaiser Friedrich Barbarossa, König Philipp II. von Frankreich und König Richard Löwenherz von England, vereinigten sich; die Unternehmung versprach großen Erfolg. Aber Friedrich Barbarossa fand 1190 im Flusse Kalykadnus den Tod.
1202—1204 Vierter Kreuzzug. Enriko Dandalo, der Doge von Venedig, führte die Kreuzfahrer nach Konstantinopel. Die Stadt wurde erstürmt und das sogenannte Lateinische Kaisertum eingerichtet (1204—1261). Die Venetianer wurden Herren des Orienthandels.
1228—1229 Fünfter Kreuzzug. Dem Hohenstaufenkaiser Friedrich II. gelang es durch geschickte Verhandlungen, König von Jerusalem zu werden.
1244 Jerusalem ging wieder verloren.
1248 und 1270 Erfolglose „Kreuzzüge" Ludwigs IX., Königs von Frankreich, gegen Ägypten und Tunis.
1291 Akko geht verloren. Ende der christlichen Herrschaft im heiligen Lande.

Zwar haben die Kreuzzüge auf die Entwicklung der abendländischen Kultur den größten Einfluß geübt: der geographische Horizont erweiterte sich; Handel und Verkehr nahmen einen gewaltigen Aufschwung; das Meer wurde wieder ein völkerverbindendes Element; Künste und Wissenschaften blühten auf, und es kündeten sich die ersten Sturmzeichen einer kirchlichen Reformation an.

Dennoch müssen wir feststellen, daß der Kampf der Christenheit gegen den Islam, trotz der ungeheuren Opfer an Menschenleben und Gut, mit einer kläglichen Niederlage endete. Das nächste äußere Ergebnis war ein neues Vordringen der asiatischen Welt. Um dieselbe Zeit, wo die letzte christliche Besitzung in Asien, Akko, verloren ging, lebte der türkische Herrscher Osman, der Begründer des nach ihm benannten Osmanischen Reiches (um 1300).

Zunächst richteten sich die Angriffe der Osmanischen Sultane gegen das byzantinische Kaiserreich der Oströmer, der Griechen:
1361 Adrianopel wurde erobert und zur Hauptstadt gemacht.
1396 Ein von Sigismund geführtes christliches Heer erlitt bei Nikopolis eine entsetzliche Niederlage.
1453 Eroberung Konstantinopels. Damals gehorchte die ganze Balkanhalbinsel und Kleinasien den osmanischen Türken.
1520 Tod Selims. Selim hatte die Perser besiegt, Syrien und Ägypten erobert. Weil er die Schutzherrschaft über Mekka und Medina gewann, nahm er den Titel des Chalifen an.
1520—1566 Suleiman II. Er besiegte 1526 das ungarische Heer bei Mohacz, eroberte auf mehreren Zügen die Walachei, Siebenbürgen und Ungarn. Die Türken rüttelten an den Toren Deutschlands, standen 1529 und 1683 vor Wien.

Abermals stand die muhamedanische Welt als eine geschlossene Einheit der zersplitterten christlichen Welt gegenüber.

Wer hat Europa vor den osmanischen Türken gerettet?[1]) An den Grenzen Deutschlands ist ihnen Halt geboten, und Deutsche sind es vor allem gewesen, welche die Türken zurückdrängten. Die Verdienste der Polen (Johann Sobieski) und der Magyaren (Zriny) sind über Gebühr tendenziös erhoben worden.

C.

Europa wird Herrin der Welt[2]).

Verteilung der Welt unter die europäischen Völker seit den großen Entdeckungen bis 1914.

(Die Neuzeit.)

Schauplatz der Geschichte.

Jahrtausende hindurch waren die Länder um das Mittelmeer Schauplatz der Geschichte gewesen; sie bildeten den orbis terrarum, den Erdkreis, die „Welt“. Wer bei einem Versuch, Altertum und Neuzeit miteinander zu vergleichen, seinen Blick nur auf diese Länder richtet, der wird zu der Ansicht geneigt sein, daß es mit der Menschheit immer mehr abwärts gehe; daß, wie es in Hesiods Dichtung von den Weltaltern heißt, das folgende Menschengeschlecht immer tiefer stehe, als das vorige. Vor 1900 Jahren, als Christus geboren wurde und Kaiser Augustus herrschte, bildeten alle Länder um das Mittelmeer ein großes Gebiet mit einheitlicher europäischer Kultur; mit dieser Kultur vermählte sich dann das Christentum. Seit dem 7. Jahrhundert gingen ganz Nordafrika, ganz Vorderasien, zum Teil die Balkanhalbinsel an asiatische Völker und an den Islam verloren.

Mit dem Beginn der Neuzeit hörten die Länder um das Mittelmeer auf, Hauptschauplatz der Geschichte zu sein. Es hatte sich allmählich eine Verschiebung vollzogen. Wenn wir von der altägyptischen und altbabylonischen Kultur absehen, so können wir folgende Perioden der Geschichte unterscheiden:

[1]) Über meine Behauptung, daß die Germanen bzw. die Deutschen immer wieder „die Retter“ gewesen seien, spottete 1910/11 die Kölnische Zentrums-Volkszeitung in mehreren Aufsätzen.

[2]) Das Ringen der europäischen Staaten untereinander und die Ausbreitung der europäischen Völker über die ganze Erde gehören eng zusammen.

a) Das griechische Zeitalter: Als die Griechen sich ringsum an den Küsten des Mittelmeers in einem reichen Kranz blühender Kolonien angesiedelt hatten; als dann Alexander der Große ganz Vorderasien unterwarf und nun ein Strom von griechischen Auswanderern sich nach dem Osten wälzte, da war die Welt griechisch.

b) Die griechisch-römische Periode: Seit 200 vor Chr. ward Rom der Mittelpunkt der Welt. Auch die Griechenländer wurden Rom untertan. Während der Stürme der Völkerwanderung trennte sich das gewaltige Reich wieder in eine römische und eine griechische Hälfte. Der Osten, die griechische Welt, ist mit ganz Vorderasien und Nordafrika eine Beute asiatischer Völker und des Islam geworden. /Der Westen wurde von den Germanen gerettet

c) Die romanisch-germanische Periode. Sie hat ihren Höhepunkt erreicht in dem Weltreich Karls des Großen (800), Ottos des Großen (962), Friedrichs I. Barbarossa (1190) und in der Weltherrschaft der Päpste im 13. Jahrhundert. Zwar zerfiel dieses Weltreich, als das Kaisertum und bald darauf das Papsttum zusammenbrach. Aber das wichtige Ergebnis blieb doch bestehen, daß sich allmählich in Mittel-, West- und Nordeuropa eine neue, abendländische Kulturwelt gebildet hatte, deren Teile seit dem 15. Jahrhundert erstarkten, neben Deutschland besonders Spanien, Portugal, Frankreich, England.

d) Die folgenreichste Verschiebung aber brach ein, als diese erstarkten abendländischen Völker ihre kühnen Entdeckungsfahrten unternahmen und gewaltige Eroberungen an den fernen Küsten des Atlantischen, Indischen und Großen Ozeans machten. Zu dieser Zeit, als die osmanischen Türken zu der Höhe ihrer Macht gelangten und den Osten sperrten, begannen die Spanier und Portugiesen, teils um Afrika herum, teils nach Westen fahrend, Indien zu suchen. Das Ergebnis war, daß das Mittelmeer seine uralte Bedeutung verlor und der Atlantische Ozean mit den angrenzenden Ländern Schauplatz der Geschichte wurde.

Die Geschichte der letzten 400 Jahre ist ein wachsendes Vordringen der europäischen Völker nach allen Seiten. Bald entstand unter ihnen selbst ein gewaltiges Ringen um die Weltherrschaft.

Die großen Entdeckungen und Eroberungen um 1500.

Die **Portugiesen** kamen nach Madeira, nach den kanarischen und kapverdischen Inseln; sie entdeckten die Länder am Busen von Guinea.

1486 Bartolomäus Diaz erreichte die Südspitze Afrikas.

1498 Vasko da Gama fand den lange gesuchten Seeweg nach Indien. Goa

wurde hier der wichtigste Platz für die Portugiesen; auch setzten sie sich auf den Sunda-Inseln fest.

1500 Cabral entdeckte Brasilien.

Die Spanier:

1492 Kolumbus entdeckte Amerika.

1494 Der Papst Alexander VI. verteilte alles neu entdeckte und neu zu entdeckende Land zwischen Spanien und Portugal, indem er einen Südamerika mitten durchschneidenden Meridian festsetzte; alles Land westlich davon sollte den Spaniern, östlich den Portugiesen gehören. So fiel Brasilien Portugal zu.

1513 Balbao erreichte den Stillen Ozean.

1519—1521 Cortez eroberte Mexiko.

1520 Erdumsegelung des Portugiesen Magellaes mit einem spanischen Geschwader.

1532—1534 Pizarro eroberte Peru.

1.

Die Hegemonie des Hauses Habsburg.

Zwar hatte Portugal zunächst den größten Gewinn aus den Entdeckungen, aber es wurde doch bald von Spanien überholt.

Stammbaum des Hauses Habsburg.

Kaiser Friedrich III. 1440—1493 — Karl der Kühne von Burgund † 1477

Kaiser Maximilian 1493—1519 —— Maria

  Philipp der Schöne —— Johanna (Tochter von: Ferdinand von Arragonien —— Isabella von Kastilien)

    Karl V. 1519—1556 und Ferdinand I. 1556—1564 — Anna, Erbin von Ungarn

      Philipp II. von Spanien (Sohn Karls V.)

      Maximilian II. von Österreich (Sohn Ferdinands I.)

Karl V. aus dem Hause Habsburg erbte von seinen Großeltern väterlicher- und mütterlicherseits gewaltige Länder: Spanien mit den Besitzungen in Italien und mit den wachsenden Kolonien, ferner Burgund mit den Niederlanden; 1519 wurde er römischer Kaiser und das Haupt von Deutschland; er beherrschte „ein Reich, in welchem die Sonne nicht unterging".

Von großer Bedeutung waren die Kämpfe der Habsburger gegen den Islam, besonders gegen die Türken:

1492 durch die Eroberung von Granada wurde der Rest der Araberherrschaft auf der Pyrenäenhalbinsel beseitigt.

Während der ganzen Regierungszeit Karls V. (1519—1556) war Deutschland in ständiger Aufregung vor der Türkengefahr.

Nach Karl V. teilte sich das Haus Habsburg in zwei Linien, die Spanische und die Österreichische.

1571 Die Türken erlitten bei Lepanto eine große Niederlage zur See.

Österreich-Ungarn wurde immer von neuem von den Türken bedroht.

1683—1699 Großer Türkenkrieg:

1683 Die Türken belagerten Wien, wurden aber am Kahlenberg völlig besiegt;

1686 den Türken wurde Ofen entrissen, das sie 160 Jahre besessen hatten;

1697 Prinz Eugen siegte bei Zenta;

1699 im Frieden zu Carlowitz mußten die Türken Ungarn an Österreich, den Peloponnes an Venedig, Asow an Peter den Großen abtreten.

Seit Peter dem Großen († 1725) erstarkte Rußland und übernahm mehr und mehr den Kampf gegen die Türken.

Eine Zeitlang besaß Philipp II. von Spanien (1556—1598) eine noch größere Macht als sein Vater Karl V. Bedeutend war sein Einfluß auf die deutsch-österreichischen Verwandten; 1580 vereinigte er Spanien und Portugal, mit den beiderseitigen Kolonien; sogar in Frankreich und England hatte er mächtige Anhänger. Deshalb erschien er als der Herr der Welt; das Haus Habsburg hatte eine erdrückende Übermacht.

Aber Philipp II. verbiß sich zu sehr in die kirchlichen Interessen der Gegenreformation[1]; seine absolutistischen und universalen Bestrebungen führten einerseits den Abfall der Niederlande herbei, verfeindeten ihn anderseits mit Frankreich und England. Das Ergebnis seines Lebens ist, daß er den Grund gelegt hat

zum Niedergang Spaniens und Portugals,

zum Aufschwung Hollands und Englands,

und daß die Furcht vor seinen Plänen die Thronbesteigung der Bourbonen in Frankreich (1589) erleichterte.

Der Untergang der Armada (1588) ist ein wichtiger Wendepunkt:

Für England bezeichnet dieses Jahr den ersten Anfang seiner See- und Handelsmacht, dem freilich erst 100 Jahre später, nach der Vertreibung der Stuarts (1688), der Aufschwung zur jetzigen seebeherrschenden Stellung folgte.

Die Holländer griffen die portugiesischen Besitzungen in Ostindien an, besetzten die Sunda-Inseln und Ceylon; holländische Bauern siedelten sich in Südafrika (die Buren) und in Neu-Amsterdam (dem heutigen Neuyork) an. Für kurze Zeit war das kleine Holland Beherrscher der Meere; 1650 stand es auf der Höhe seiner Macht.

2.

Langes Ringen zwischen Frankreich und England um die Vor- und Weltherrschaft.

Zweierlei hat im 17., 18. und zum Teil auch 19. Jahrhundert die europäische Politik wesentlich bestimmt:

a) Der seit dem Ende des 15. Jahrhunderts immer neu erwachende Gegensatz zwischen den Häusern Valois-Bourbon und Habsburg;

b) das Verhältnis zwischen Frankreich und England.

[1] Vgl. den Abschnitt „Staat, Kirche und Kultur".

Im 17. Jahrhundert stieg Frankreich durch Richelieu, Mazarin, Ludwig XIV. zur höchsten Macht empor und konnte eine Zeitlang die Führung unter den Staaten beanspruchen:

Die zweite Hälfte des 30jährigen Krieges war der Hauptsache nach ein Ringen zwischen Frankreich und Habsburg; ja, als mit dem Kaiser 1648 Friede geschlossen war, dauerte der Kampf gegen Spanien noch bis 1659 fort. Das Ergebnis war, daß die Vorherrschaft vom Hause Habsburg auf den französischen König Ludwig XIV. überging.

Deutschlands Weltstellung war durch den 30jährigen Krieg vernichtet, die Macht der Hanse gebrochen, die Flußmündungen im Besitz des Auslandes.

England war während des 17. Jahrhunderts, von 1603—1689, mit Ausnahme der wenigen Jahre, wo Cromwell an der Spitze stand, durch innere Streitigkeiten gelähmt, durch den Kampf zwischen dem Königshaus der Stuarts und dem Parlament.

Holland verfiel mehr und mehr einer Krämerpolitik. —

Damals hat Frankreich einen gewaltigen Aufschwung genommen; außer Senegambien in Afrika und Pondichery in Ostindien erwarb es einen riesigen Kolonialbesitz in Nordamerika, am Lorenz-Strom und am Mississippi: Kanada und Louisiana.

Und doch ist Frankreich seit dem Ende des 17. Jahrhunderts von England überflügelt worden. Weshalb? Frankreichs europäische Festlandskriege von 1688—1815 haben England zur ersten See- und Kolonialmacht gemacht. Der Sturz des Hauses Stuart, welches zuletzt ganz in Abhängigkeit von Ludwig XIV. war, bedeutet den großen Wendepunkt in Englands Geschichte (1688).

Die Annahme, England hätte bei seiner Beteiligung an dem Pfälzischen Erbfolgekrieg (1688—1697), dem Spanischen Erbfolgekrieg (1701—1713/4), dem Siebenjährigen Krieg (1756—1763), den französischen Revolutionskriegen (1793—1815) etwas anderes, als seine eigenen Interessen im Auge gehabt, ist ein großer Irrtum. Im Gegenteil, die englische Staatskunst hat es immer meisterhaft verstanden, die Zwistigkeiten und die Dummheit der anderen Völker klug für die Entwicklung der eigenen Macht auszunutzen. Wir wollen und dürfen ihr daraus keinen Vorwurf machen.

1688—1697 Krieg wegen der Pfälzischen Erbschaft:

1689 kam Wilhelm III. von Oranien auf den englischen Thron. So wurden die früher feindlichen Seestaaten Holland und England Bundesgenossen im Kampf gegen Ludwig XIV. Dabei überließen die Engländer den Holländern vorzugsweise den Kampf zu Land, während sie sich selbst in klug berechneter Großmut den Kampf zur See vorbehielten.

1692 von dem Seesieg bei Cap la Hogue datiert das entschiedene Übergewicht Englands zur See.

1701—1713/4 Der Spanische Erbfolgekrieg:

Den spanischen Erbfolgekrieg nennt Schmoller mit Recht einen Kampf Englands gegen die Gefahr einer Vereinigung des französischen Handels mit der spanischen Überseemacht; es galt, dem französischen Großgewerbe den spanischen Markt in Amerika zu versperren.

1704 England besetzte Gibraltar und Menorka. Beim Friedensschluß erhielt es wichtige Gebiete in Nordamerika: an der Hudsonsbai, Neufundland und Neuschottland. Außerdem breiteten sich die englischen Kolonien südlich des Lorenzstromes (in den heutigen Vereinigten Staaten) immer mehr aus.

1756—1762/3 Der Siebenjährige Krieg:

Während des gewaltigen Kampfes zwischen Friedrich dem Großen und Maria Theresia standen sich auch England und Frankreich gegenüber. England suchte einen kontinentalen Kämpfer gegen Frankreich; es verbündete sich nur deshalb mit Preußen, weil Österreich merkwürdigerweise Frankreich für sich gewonnen hatte.

England allein hat aus diesem Kriege Gewinn gehabt: es bekam die französischen Kolonien in Amerika, nämlich Kanada und das östliche Louisiana; auch mußte Frankreich ohnmächtig zusehen, wie England jetzt den Grund legte für seinen großen Kolonialbesitz in Ostindien.

1775—1783 Der Nordamerikanische Freiheitskrieg:

Durch ihn ging den Engländern viel verloren; es bildeten sich die Vereinigten Staaten.

1793—1815 Die französischen Revolutionskriege:

Damals hat England die unbestrittene Herrschaft zur See erlangt.

1798 Seesieg bei Abukir.

1805 Bei Trafalgar wurde die französische Flotte gänzlich vernichtet. Seitdem konnte England sich in der weiten Welt von den französischen und holländischen[1]) Besitzungen aneignen, was es wollte. Für Napoleon I. wurden gerade seine abenteuerlichen Unternehmungen, um den verhaßten Gegner zu Land zu treffen, verhängnisvoll.

Auf dem Wiener Kongreß behielt England Malta, Helgoland, das Kapland und Ceylon.

So verdankt England seine Macht der verblendeten Kurzsichtigkeit und Torheit

1. Philipps II.,
2. Ludwigs XIV. und XV.,
3. Napoleons I.

Immer wieder gelang es Frankreich, sich eine gewaltige See- und Kolonialmacht zu gründen; immer wieder ging durch die Festlands-

[1]) Denn Holland war seit 1795 ein Vasallenstaat Frankreichs und wurde 1810 mit dem französischen Kaiserreich vereinigt.

kriege alles verloren. Ludwig XIV. und Napoleon I. haben denselben Fehler begangen, daß sie, anstatt ihre Kräfte gegen England zu konzentrieren, sich auf dem Festlande unzählige Feinde schufen.

3.

Eintritt des europäischen Nordens und Ostens in die Geschichte.

Bis zum Ende des 14. Jahrhunderts kam es im ganzen Osten und Nordosten zu keinen dauernden Staatenbildungen; ja, diese weiten Gebiete schienen ein herrenloses Kolonialland zu sein, in welches ein breiter Strom deutscher Ansiedler und Kaufleute sich ergoß. Das wurde anders, als 1386 Jagello Litauen mit Polen vereinigte, und als einige Jahre später, 1397, durch die Kalmarer Union die drei nordischen Reiche (Schweden, Norwegen, Dänemark) unter Dänemarks Führung verbunden wurden.

Wichtige Verschiebungen traten im 16. Jahrhundert ein, welche dahin führten, daß **Schweden eine Zeitlang Großmacht war.** Mehrere Umstände wirkten zusammen: Zunächst die Auflösung des deutschen Ordensstaates, der sich von der Pommerschen Grenze bis zum Finnischen Meerbusen erstreckte:

1466 Im 2. Frieden zu Thorn fiel Westpreußen an Polen, und Ostpreußen kam unter Polnische Lehnshoheit.
1558 Die Baltischen Länder gingen verloren.

Diese Gebiete an der Ostseeküste sind mehrere Jahrhunderte ein Zankapfel zwischen Polen, Dänen, Schweden und Russen gewesen. Dazu kamen dynastische und konfessionelle Gegensätze:
einerseits zwischen Schweden und Dänemark,
anderseits zwischen Schweden und Polen.

Diese Gegensätze haben für den Nordosten Europas lange Zeit eine ähnliche Bedeutung gehabt, wie für den Westen die Spannung zwischen den Häusern Valois-Bourbon und Habsburg, sowie zwischen Frankreich und England.

Stammbaum des Hauses Wasa:

Gustav Wasa 1523—1560

Erik XIV. 1560—1568	Johann III. 1568—1592	Karl IX. 1599—1611
	Sigismund (seit 1587 König von Polen, 1592—1599 König von Schweden)	Gustav Adolf 1611—1632
		Christine 1632—1654

1523 Schweden löste sich von der Kalmarer Union und wurde selbständig. Dies ward der Anlaß für die lange Spannung zwischen Schweden und Dänemark-Norwegen.

1572 In Polen starb das Haus der Jagellonen aus. Es begann die Zeit, wo die Polnische Krone bald diesem, bald jenem Herrscher angeboten wurde.
1587 Der katholische Prinz Sigismund aus dem Hause Wasa wurde König von Polen. Nach dem Tode seines Vaters (1592) bestieg er auch den schwedischen Thron.
1599 Die Schweden setzten Sigismund ab und wählten seinen Oheim Karl IX. zum König. Dies war der Anlaß für den langen dynastischen und kirchlichen Gegensatz zwischen Schweden und Polen, der
im 30jährigen Krieg,
in der Geschichte des Großen Kurfürsten,
in der Geschichte Ludwigs XIV.
eine so große Rolle spielt.

Seine größte Macht und Ausdehnung hatte Schweden in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts. Es beherrschte die Ostsee und besaß, außer dem heutigen Königreich, Livland, Estland, Ingermanland, Karelien und Finnland; dazu waren die Oder-, Elbe- und Wesermündung in seinen Händen.

Unter Peter dem Großen (1689—1725) wurde **Rußland**[1]) **die Großmacht des Ostens.** Das Ergebnis des langen Nordischen Krieges (1700—1720/1), in welchem Polen, Dänemark, Norwegen und Rußland sich gegen den Schwedenkönig Karl XII. verbanden, war, daß Schweden zu einer Macht zweiten Ranges herabsank, Rußland zu einer Macht ersten Ranges emporstieg. Seit Katharina II. (1762—1796) betrachtete sich Rußland als Erben Polens und der Türkei.

So bestand während des 17. und 18. Jahrhunderts ein gewisser Parallelismus zwischen den geschichtlichen Vorgängen in West- und Osteuropa. Eine Zeitlang hatten einerseits Holland, anderseits Schweden eine unnatürliche Großmachtstellung; aber sie wurden durch England und Rußland daraus verdrängt. Für ihre weiteren Ausdehnungsbestrebungen hatten sowohl England als auch Rußland ein Interesse daran, daß die anderen Mächte gegen Frankreich beschäftigt waren.

4.

1814—1914.

Folgende Ereignisse haben seit 1814/5 die größten Veränderungen in der Verteilung der Welt hervorgerufen:

1. In **Amerika** trat ein Umschwung aller Machtverhältnisse ein:
Einerseits brach die spanische und portugiesische Kolonialmacht zusammen:

[1]) Aus der früheren russischen Geschichte muß man folgendes wissen:
Ende des 15. Jahrhunderts wurde Rußland von der Herrschaft der Goldenen Horde befreit;
im 16. Jahrhundert begann die Eroberung Sibiriens.

1810—1825 wurden die Kolonien Süd- und Mittelamerikas, sowie Mexiko unabhängig. Das Ergebnis langer Kämpfe war:

In Südamerika 9 Republiken und das Kaiserreich Brasilien (seit 1889 auch Republik); in Mittelamerika 5 Republiken; Mexiko.

Anderseits entwickelten sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika durch schnelles Wachstum zu einer gewaltigen Großmacht. Bis zum Jahre 1848 war durch Kauf, Verträge, Annexion und Kriege der Hauptsache nach das ganze riesige Gebiet gewonnen, das die heutige Union ausmacht. Zwar entsprach dieser äußeren Ausdehnung zunächst keineswegs die Weltstellung, welche die Union einnahm; denn sie war durch innere Streitigkeiten geschwächt. Aber wie stark das Selbstbewußtsein war, zeigte die Monroedoktrin: Im Jahre 1823 erklärte der Präsident Monroe jede Einmischung Europas in amerikanische Verhältnisse für unstatthaft.

Allmählich drohte den Engländern in den Vereinigten Staaten ein mächtiger Konkurrent für die Seeherrschaft zu erwachsen.

Im Jahre 1860 erfolgte ein bedenklicher Rückschlag. Die Union drohte in 2 Teile zu zerfallen. Die Gegensätze zwischen dem bürgerlich-bäuerlichen Norden und dem aristokratisch-feudalen Süden wurden immer größer; im Norden war Sklaverei verboten, im Süden gestattet. Der Austritt der Südstaaten aus der Union wurde der Anlaß für den Sezessionskrieg (1861—1865), der mit dem Sieg der Nordstaaten und mit der Negerbefreiung endete. Gleichzeitig war der Krieg Napoleons III. in Mexiko (1861—1867), der zur Einsetzung des Kaisers Maximilian aus dem Hause Habsburg führte. Aber nach Beendigung des Sezessionskrieges wurde die Gefahr einer Einmischung der Union so groß, daß Napoleon seine Truppen schließlich zurückziehen und den Kaiser Maximilian seinem Schicksal preisgeben mußte; derselbe wurde 1867 erschossen.

Mit dem Jahr 1867 begann eine neue Periode des Wachstums der Vereinigten Staaten.

2. Ebenso wichtig wurde die Neugestaltung **Mitteleuropas** durch die Entstehung des deutschen Kaiserreichs und der italienischen Einheit[1]).

3. In demselben Jahr 1867, wo für Mitteleuropa und in Amerika für die Vereinigten Staaten eine neue Zeit der Aufschwungs anhob, begann im fernen Ostasien die Entwicklung des Kaiserreichs **Japan** zur jüngsten Großmacht.

4. Und während so neue Großmächte auf den Schauplatz traten, wuchs die Ohnmacht mehrerer alter Staaten. Wir denken

an Spanien und Portugal, die zur Zeit der Entdeckungen die Führung hatten und unter die der Papst Alexander VI. 1494 die ganze außereuropäische Welt teilte;
an die mohammedanischen Staaten Türkei, Persien, Marokko;
an das mongolische Riesenreich Ostasiens, China, und die angrenzenden Länder Mittelasiens, Vorder- und Hinterindiens.

Diese „kranken" Länder wurden das Beuteobjekt der europäischen „Kulturvölker".

Am wichtigsten war natürlich das Wachstum des **Englischen Weltreichs:**

England ist auf dem Wiener Kongreß — das muß anerkannt werden — maßvoll gewesen; es hat die meisten Kolonien an Frankreich

[1]) Über die Einigung des Deutschen Reiches und Italiens vgl. S. 157 ff. u. später.

und Holland zurückgegeben. Aber seit 1815 besaß es für längere Zeit die unbeschränkte Vorherrschaft zur See, und damals begann es allenthalben in der Welt, besonders aber in England selbst, zu einer Art von Glaubenssatz (Dogma) zu werden, daß dem britischen Reiche von Natur und Rechts wegen die Herrschaft zur See zukäme.

In aller Ruhe, ungestört, ungehindert hat England während der nächsten Jahrzehnte seinen Kolonialbesitz erweitern können.

Wir denken vor allem an Australien und das Indische Reich.
Auch in Südafrika dehnten die Engländer ihre Besitzungen aus.
Sie schufen sich in Aden, Singapur, Hongkong wichtige Stützpunkte ihrer See- und Handelsherrschaft.

Zwar hat sich England seit 1859/60 die größte Mühe gegeben, die Erstarkung Mitteleuropas, namentlich Deutschlands Einigung, zu hintertreiben; auch hat es in den Vereinigten Staaten den Gegensatz zwischen dem Norden und Süden geschürt. Aber es fand nicht den Mut, sich offen einzumischen, und das Ergebnis war den Engländern wenig erwünscht. Dennoch schien es, als sollte durch die zahlreichen Kriege der sechziger und siebziger Jahre Englands Vorherrschaft zur See gestärkt werden:

Frankreich war geschwächt;
die amerikanische Handelsflotte war vernichtet;
das Deutsche Reich machte nach kurzem wirtschaftlichen Aufschwung in den siebziger Jahren eine schwere Krisis durch;
Rußland erfuhr 1878 eine Demütigung.

Solange nun England glaubte, keine Konkurrenten zur See fürchten zu müssen, zeigte es in der Erwerbung neuer Kolonien sogar eine gewisse Zurückhaltung. Als aber Frankreich schnell erstarkte und eine fieberhafte koloniale Tätigkeit entfaltete; als Deutschland 1884 in die Reihe der Kolonialstaaten eintrat; als die Vereinigten Staaten einen ungeahnten Aufschwung nahmen: da begann eine Jagd nach Kolonien, die alles weit hinter sich läßt, was im Altertum und im Zeitalter der Entdeckungen geschehen ist. England besetzte Ägypten, Britisch-Ostafrika, das Niger- und Benuegebiet; um 1900 erweiterte es seinen südafrikanischen Besitz.

Als Englands Erbfeind erschien seit 1815 fast ein Jahrhundert lang das **Russische Kaiserreich,** dessen Ausdehnungsdrang keine Grenzen kannte. Abwechselnd erfolgten Vorstöße nach Westen und Süden, nach Osten und Südosten. Der Zar Nikolaus I. (1825—1855) kämpfte gegen die Perser und besonders gegen die Türken (1828/9 und 1853—1856). In die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts fällt die gewaltige Aus-

dehnung der russischen Macht in Zentralasien (Taschkent, Chiwa, Bochara, Samarkand, Merw). Von größter Bedeutung war der russisch-türkische Krieg 1877/8. Auch gegen China wandten sich die Russen und besetzten die chinesische Amurprovinz; um 1900 erreichten sie dort den Großen Ozean, wo sie sich in Wladiwostok einen starken Flottenstützpunkt schufen.

England trat dem russischen Ausdehnungsdrang nach Kräften entgegen:

Im Krimkrieg (1853—1856) gewannen die Engländer Frankreichs Hilfe gegen Rußland, und im russisch-türkischen Krieg (1877/8) gelang es ihnen, Rußland um den Siegespreis zu bringen.

Als später Englands Stellung in Ostasien gefährdet wurde, brachten seine Diplomaten es fertig, die Russen und Japaner 1904 gegeneinander zu hetzen; aus diesem Krieg zogen sie selbst den größten Gewinn.

Außer Rußland wurde **Frankreich** bis zum Ende des 19. Jahrhunderts als ein gefährlicher Nebenbuhler Englands angesehen:

1830 begann es zum drittenmal, sich ein Kolonialreich zu schaffen; die Stadt Algier wurde erobert und in den folgenden Jahrzehnten das dazugehörige Land unterworfen. Der Kaiser Napoleon III. (1852—1870) erlangte eine führende Stellung in der Welt; er kämpfte zusammen mit den Engländern gegen Rußland (1853—1856) und einige Jahre später gegen China. Zwar mißlang Napoleons III. Versuch, sich in Mexiko festzusetzen; aber allmählich schufen sich die Franzosen in nächster Nähe, in Nordwestafrika, einen gewaltigen, abgerundeten Kolonialbesitz; außerdem dehnten sie in Hinterindien ihre Herrschaft aus.

Als am Ende des 19. Jahrhunderts Frankreichs wachsende Macht in Afrika den Engländern unbequem wurde, schien es zwischen beiden zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommen zu sollen. Aber Frankreich demütigte sich vor England zu Faschoda. Seitdem ist es für die Engländer „bündnisfähig" geworden, und seine Marokkopolitik wurde seit 1904 eifrig von ihnen unterstützt.

Von der Macht- und Eroberungspolitik der **Vereinigten Staaten von Nordamerika**, des „Musterlandes des Friedens", ist oben gesprochen. Seit der Beendigung des Sezessionskrieges (1861—1865) waren sie bemüht, die Herrschaft über den Großen Ozean an sich zu reißen; sie besetzten wichtige Inseln außerhalb des Erdteils: die Aleuten, die Hawaii-Inseln, die Philippinen, Guam.

Zwar kam es wiederholt zu scharfen Gegensätzen zwischen England und den Vereinigten Staaten; besonders bemächtigte sich die Union während des Burenkriegs (um 1900) rücksichtslos der Verfügung über den Panamakanal. Aber da die meisten Bewohner der Union (auch die 30 Millionen Nachkommen der eingewanderten Deutschen) sich als Engländer fühlten, so wurde im 20. Jahrhundert die Interessengemeinschaft immer größer.

Das junge Königreich **Italien** hatte anfangs bei seinen Versuchen, eine Kolonialmacht zu werden, wenig Glück. Weil an der nahen, Sizilien gegenüber liegenden Küste zahlreiche Volksgenossen wohnten, war man sehr verstimmt, als die Franzosen seit 1881 langsam den ganzen Staat Tunis eroberten. 1885 besetzten italienische Truppen Massaua am Roten Meer; als sie später erobernd in das Abessinische Reich eindringen wollten, erlitten sie 1896 die empfindliche Niederlage bei Adua. Bei der Eroberung Tripolitaniens erfuhren sie viele Hemmungen seitens der Engländer und Franzosen, von denen sie sich auch nach dem Weltkrieg betrogen fühlten. Erst Mussolini hat es gewagt, den offenen und geheimen Widerständen Trotz zu bieten; er erhob Italien zur Bedeutung einer Weltmacht.

Große Aufregung rief der Eintritt des jungen **Deutschen Reichs** in die Zahl der Kolonialmächte hervor; die Engländer boten alles auf, um dies zu verhindern. Seit 1884 erwarben wir in Afrika und im Großen Ozean vielversprechende, umfangreiche Kolonien.

Vor kurzem schien es, als ob nirgends in der Welt dem Vordringen der europäischen Völker Widerstand geleistet werden könne. Das überraschendste und vielleicht wichtigste Ereignis der neuesten Zeit war, daß das Kaiserreich **Japan** sich ebenbürtig neben die europäischen Mächte stellte und rücksichtslos seinen Anteil an der Welt beanspruchte. Seitdem der Mikado Mutsu Hito 1867 die Regierung übernommen hatte, wurde Japan innerlich zu einem festgefügten, starken Staatswesen und entfaltete nach außen hin ein kräftiges Wachstum. Es führte siegreiche Kriege mit China (1894) und Rußland (1904/5), schloß mit England 1902 ein Bündnis. Das Ziel der Japaner scheint ein gewaltiger mongolischer Rassestaat zu sein, der ganz Ostasien und die Inseln des Großen Ozeans umfassen soll.

Die Alleinherrschaft der Weißen in der Welt ist gebrochen. Vielleicht steht ein Kampf zwischen den Weißen und Gelben um die Hegemonie auf dem Großen Ozean bevor. Auch in der Türkei, in Ägypten, Persien, Indien und China versuchten einsichtige

Männer in den letzten Jahrzehnten, ihre Landsleute aus langem Schlaf zu neuem Leben aufzuwecken; sie wollten die europäische Fremdherrschaft abschütteln oder wenigstens ein gewisses Maß nationaler Selbständigkeit erlangen. Freilich hatten sie bisher wenig Erfolg; auch scheint das Beispiel Japans zu zeigen, daß jene Völker und Staaten nur dann am Wettbewerb teilnehmen können, wenn sie europäische Zivilisation annehmen[1]).

Die „kranken Staaten“ waren während der letzten Jahrzehnte für die Diplomaten der Gegenstand eifrigster Sorge und Aufmerksamkeit; sie bildeten die wichtigsten „Fragen“ der äußeren Politik; ein Staat suchte dem andern in der ärztlichen Hilfeleistung den Rang abzulaufen. Wir hatten uns daran gewöhnt, von einer orientalischen, persischen, marokkanischen, abessinischen, ostasiatischen, portugiesischen „Frage“ zu sprechen. Nur der Eifersucht der Großmächte untereinander verdankten jene Mächte noch eine gewisse Selbständigkeit; in Wahrheit standen sie schon unter einer Art von Fremdherrschaft.

Wie viele chirurgischen Eingriffe mußte sich die „unabhängige“ Türkei gefallen lassen! Die Engländer besetzten Ägypten und Cypern; die Russen beanspruchten ein Protektorat über die 10 Millionen türkischer Untertanen, welche der griechisch-katholischen Kirche angehörten, die Franzosen ein Protektorat über die Angehörigen der römisch-katholischen Kirche; die Deutschen bauten die Bagdadbahn. Wie demütigend waren für den „souveränen“ Sultan die sogenannten Kapitulationen und die fremde Aufsicht über das Finanzwesen!

Die „Kulturstaaten“ schlossen geradezu Verträge untereinander über das Schicksal der noch unabhängigen Mächte Asiens und Afrikas:

Frankreich und England über Ägypten und Marokko;
Frankreich, England und Italien über Abessinien;
England und Rußland über Persien: 1909 sind die Russen im Norden, 1910 die Engländer im Süden eingerückt.

China wurde gezwungen, sich wirtschaftlich erschließen zu lassen; es hat einige Häfen und Flüsse öffnen müssen; Fremdenkolonien sind in den Vertragshäfen, und europäische Truppen schützen die Gesandten und die Fremden. Kiautschou mußte China an Deutschland, Weihaiwei an England, Port Arthur an Rußland überlassen. Außerdem richteten sich die Engländer im Jangsegebiet häuslich ein.

[1]) Das ist 1910 geschrieben.

Zeittafel.

(1814/5—1914.)

1.

Langsame Aufteilung der Mohammedanischen Welt, besonders des Osmanischen Türkenreichs.

Das 19. Jahrhundert stellte für das Osmanenreich einen einzigen großen Abbröckelungsprozeß dar; derselbe wurde oft durch innere Aufstände befördert, oft durch gegenseitige Eifersucht der europäischen Mächte gehemmt:

1821—1829 Erhebung der Griechen.

1828—1829 Russisch-Türkischer Krieg.

Friede zu Adrianopel:

1. Griechenland wurde unabhängig;
2. Moldau, Walachei, Serbien blieben zwar unter türkischer Oberhoheit, erhielten aber viele Freiheiten und wurden unter russischen Schutz gestellt.

1830 Die Franzosen eroberten Algier.

1854—1856 Der Krimkrieg, in welchem Frankreich und England die Türkei gegen Rußland unterstützten.

1859 Moldau und Walachei wurden zum Fürstentum Rumänien vereinigt.

1866 Die Rumänen wählten den Hohenzoller Karl zu ihrem Fürsten, unter dessen Regierung das Land sich außerordentlich hob.

1877—1878 Russisch-Türkischer Krieg.

Friede zu Berlin:

1. Serbien, Montenegro, Rumänien wurden unabhängig;
2. Bulgarien wurde ein selbständiges Fürstentum unter türkischer Oberhoheit;
3. Bosnien und Herzegowina blieben zwar Glieder des türkischen Reiches, kamen aber unter österreichische Verwaltung;
4. Rußland erhielt in Europa und Asien kleine Gebietserweiterungen.

Seit dem russisch-türkischen Krieg (1877/8) hörten die Angriffe auf das Reich des türkischen Sultans nicht mehr auf. Von dem europäischen Besitz ging ein Stück nach dem anderen verloren:

1881 bekam Griechenland Thessalien; 1897 war ein griechisch-türkischer Krieg.
1885 gewann Bulgarien Ostrumelien und machte sich 1909 unabhängig.
1909 löste Österreich Bosnien und Herzegowina von der Türkei.
1912/3 waren die blutigen Balkankriege; Bulgarien, Serbien, Griechenland, Montenegro kämpften gegen die Türkei, welche Albanien und Mazedonien verlor.

Ganz Nordafrika, das zum größten Teil in einem Abhängigkeitsverhältnis von dem Sultan stand, wurde eine Beute Englands, Frankreichs und Italiens:

1881 besetzten die Franzosen Tunis;
1882 besetzten die Engländer Ägypten;
seit 1904 machten sich die Franzosen in Marokko, die Engländer in Ägypten allmählich zu den alleinigen Herren und drängten die übrigen Europäer, vor allem die Deutschen, hinaus. Dabei blieb den einheimischen Herrschern ein Schein von „Souveränität“ erhalten.
1912 mußte die Türkei Tripolis an Italien abtreten.

Auch in Vorderasien nahmen die Einmischungen der europäischen Großmächte zu: nicht nur in dem Türkischen Reich, sondern auch in Persien.

2.

Mittel- und Südafrika.

Im 19. Jahrhundert wurden zahlreiche berühmte Entdeckungsreisen in das unbekannte Innere des Erdteils unternommen; dann folgte 1880 eine neue Periode der Eroberungen, die dahin führten, daß Afrika unter die Europäer aufgeteilt wurde:

1. Frankreich: Von Algier, von Senegambien, von Dahome, vom Kongo aus wurde der französische Kolonialbesitz immer weiter in das Innere des Kontinents ausgedehnt, bis die Franzosen an den oberen Nil kamen, wo ihnen die Engländer bei Faschoda ein Ziel setzten.

Auf der großen Insel Madagaskar haben die Franzosen von 1883—1896 gekämpft und zuerst das Protektorat, dann die Besitzergreifung durchgesetzt.

2. England drang von allen Seiten in das Innere vor, von Süden und Norden, Osten und Westen:

Von Ägypten zogen die Engländer nilaufwärts bis zum großen Viktoria-See; 1898 wurde Chartum erobert und das ganze Nilgebiet als englischer Besitz behandelt. Damit stand das neuerworbene Britisch-Ostafrika in unmittelbarer Verbindung.

Es entstand der gewaltige Plan der Engländer, einen Zusammenhang der Besitzungen von der Nilmündung bis zum Kapland herzustellen. Deshalb wurde in Südafrika ein Gebiet nach dem anderen erobert; man kam bis an den Njassa- und Tanganika-See. 1899—1902 war der Burenkrieg; die Burenrepubliken wurden einverleibt.

Im Westen besetzten die Engländer das Niger- und Benuegebiet.

3. Deutschland erwarb seit 1884 Südwest-Afrika, Kamerun, Togo, Deutsch-Ostafrika. Für den Verzicht auf berechtigte Ansprüche in Marokko erhielt es 1911 einige wertlose Gebiete am Kongo.

4. 1884/5 war die Kongokonferenz, auf der der Kongostaat gegründet wurde; er war später belgischer Besitz.

3.

Mittel-, Süd- und Ostasien.

1. England:

Erst nach 1815 ist das gewaltige Indische Reich geschaffen; seit 1826 griff man auch nach Hinterindien über. Nachdem 1858 ein großer Aufstand mit Mühe niedergeworfen war, ging die Verwaltung des riesigen ostindischen Gebietes auf den englischen Staat über.

Im Nordwesten Indiens mischten sich die Engländer in Afghanistan, Belutschistan und Tibet ein; dort drohte es wiederholt zu einem Zusammenstoß mit Rußland zu kommen.

Außerdem waren sie bemüht, rings um Asien einen Kranz von Stützpunkten für ihre See- und Handelsherrschaft zu gewinnen: Suezkanal, Perim, Aden, Singapor, Hongkong, Weihaiwei. Auch am Persischen Meerbusen setzten sie sich fest.

2. Rußland entfaltete in Zentralasien eine große Tätigkeit:

1852—1891 brachten die Russen Chiwa, Bochara, Taschkent, Samarkand, Merw in Abhängigkeit. Später drangen sie in Afghanistan und Persien ein; im Jahre 1911 kam es zu einer Verständigung mit England.

Auch bei der Aufteilung Chinas wollte Rußland nicht zu kurz kommen, besetzte 1858 die Amurprovinz. In den Jahren 1904/5 war der russisch-japanische Krieg, der für die Russen mit einer schmachvollen Niederlage endete.

3. Frankreich schuf sich in der Osthälfte Hinterindiens ein weites Kolonialreich.

4. Deutschland pachtete 1897 von China Kiautschou, wo sich ein bedeutender Handelsplatz entwickelte.

5. Japans Ausdehnungsdrang begann mit dem Jahre 1867. Sie setzten sich auf den Liukiu-Inseln und auf der Halbinsel Korea fest.

1894 war ein siegreicher Krieg Japans gegen China. Doch hatte infolge des Eingreifens der europäischen Mächte Rußland größeren Gewinn davon als Japan.

1904/5 siegten die Japaner über die Russen.

4.

Wettbewerb um die Inselwelt im Großen Ozean.

Der Wettlauf der Kulturstaaten begann auch für den Großen Ozean um 1880.

1. England besetzte die Fitschi-Inseln, einen Teil von Neu-Guinea und von den Salomonen.

2. Deutschland erwarb den Nordosten von Neu-Guinea, den Bismarck-Archipel, einen Teil der Salomonen, die Marschall-Inseln, die Karolinen und die Samoa-Inseln.

3. Um den Großen Ozean wuchs die Spannung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Union erwarb wichtige Inselgruppen:

1867 die Aléuten,
1897 die Hawaii-Inseln,
1898 infolge des amerikanisch-spanischen Kriegs die Philippinen.
Außerdem von den Marianen die Insel Guam.

Übersicht über die Größe des Kolonialbesitzes vor 1914.

Staaten	Fläche in *qkm*	Bevölkerung in Millionen
England	29 299 000	347
Rußland	17 000 000	60
Frankreich	6 162 000	46
Deutschland	2 923 000	12
Belgien	2 382 000	20
Portugal	2 090 000	7
Niederlande	2 045 000	37
Italien	680 000	0,6

England hat fast alle seine Kolonien europäischen Kulturstaaten geraubt, vor allem Frankreich, Portugal, Spanien, Holland.

Zusätze.

1.

Interessant ist die Beobachtung, wie der Schauplatz der Geschichte sich allmählich erweitert und verschoben hat:

1. Jahrtausende waren die Länder am Mittelländischen Meer Schauplatz der Geschichte.

2. Seit dem Ende des 15. Jahrh. traten die Länder am Atlantischen Ozean in den Vordergrund.

3. Heute gehört der Kampf um die Vorherrschaft im Stillen Ozean zu den wichtigsten Fragen der Politik[1]).

2.

Die Neuzeit brachte, trotz der gewaltigen Blutverluste in den zahlreichen Kriegen, ein ungeheures Wachstum der europäischen Völker. Seit 1650 hat die Gesamtbevölkerung Europas sich vervierfacht, der deutschen Nation sogar verzehnfacht. Infolgedessen konnte eine Völkerwanderung erfolgen, gegen welche die großen Wanderungen des Mittelalters unbedeutend erscheinen. Nordamerika, Australien und in gewissem Sinne auch Südafrika und Südamerika sind europäische Länder geworden. Heute wohnen dort gegen 150 Millionen Menschen europäischer Abstammung. Man hat die Erwartung ausgesprochen, daß es nach 100 Jahren 500 Millionen sein werden, und hat hierin die bedeutendste Erscheinung des 20. Jahrhunderts gesehen. In Amerika, Australien, Südafrika bilden sich neue Nationen mit germanischem Einschlag.

Aus dem Deutschen Reich sind von 1871—1910 gegen 3 Millionen Volksgenossen nach überseeischen Ländern ausgewandert. In der Zeit der wirtschaftlichen Krise wuchs die Auswanderung immer mehr, bis sie 1881 die Zahl 221000 erreichte; dann nahm sie ab:

1907 waren es 31780;
1908 waren es 19900;
1909 waren es 25000.

3.

Die Greuel der Kolonialgeschichte.

Alle europäischen Völker, welche seit dem Ende des 15. Jahrhunderts in fremden Erdteilen Kolonien erworben haben, nannten und nennen sich mit Vorliebe „Kulturträger". Dem gegenüber muß festgestellt werden, daß die Kolonialgeschichte der letzten vier Jahrhunderte ein großes Buch der Schande ist. Die sogenannten „Kulturvölker" haben die rohesten, unmenschlichsten Greuel verübt[2]).

Auf die Habgier der Spanier und Portugiesen, die um so widerwärtiger ist, je mehr sich die gewaltsamen „Bekehrungen" zum Christentum damit verbanden, brauchen wir nicht einzugehen; auch nicht auf die annexion des cerveaux und die pénétration pacifique, worauf sich die Franzosen meisterhaft verstehen. — Im Wettbewerb der gemeinsten Roheit und nichtswürdigen Grausamkeit sind unzweifelhaft die englischen „Kulturträger" die Sieger geblieben, trotz aller Frömmigkeit, die sie geflissentlich zur Schau tragen. Wie sie in der Heimat den Iren gegenüber vorgegangen sind, so haben sie es auch draußen gemacht:

Die Barbareien in Indien schreien gen Himmel; das Hauptmittel, das 285=Millionen=Volk zu beherrschen, ist der Hunger.

Das ganze 18. Jahrhundert ist voll von den Greueln der englischen Negerjagden. Seit 200 Jahren trieben sie das Kaperwesen gegen Schiffe befreundeter und neutraler Staaten wie eine Art Sport;

[1]) Über die Bedeutung der Meere und Meerstraßen bei der Verteilung der Welt vgl. S. 94, 180.

[2]) Vorbildlich waren die Methoden der Italiener während der Kreuzzüge im östlichen Mittelmeer. Vgl. Sombart.

1882 haben sie die Eroberung Ägyptens mit dem völkerrechtswidrigen Bombardement von Alexandria eingeleitet.

Selbst den stammverwandten Weißen gegenüber handelten die rassestolzen Engländer genau so, wie gegen die Schwarzen, Gelben und Roten, wenn es sich um die Befriedigung ihrer Raubgier handelte. Im amerikanischen Freiheitskrieg (1775—1783) verübten die Engländer solche Greuel, daß der greise William Pitt empört im englischen Parlament seine Stimme erhob:

„Wer ist der Mann, der zur Schändung unseres Heeres es angeordnet oder nur erlaubt hat, daß sich unseren Waffen das Skalpmesser der Wilden zugesellt? wer wagt es, unsere Allianz mit den wilden und unmenschlichen Rothäuten zu verantworten?"

Ebenso haben die Engländer gegen die Buren 1899—1902 die Schwarzen losgelassen, und ihre Hauptwaffe war der Hunger; 16663 Frauen und Kinder der Buren sind in den englischen Konzentrationslagern gestorben.

Indien stand, bevor die Engländer sich zu Herren machten, auf einer hohen Stufe der Kultur. Unter britischer Herrschaft sind alle unteren Stände mit ganz geringen Ausnahmen in dumpfe Unwissenheit und Unkultur zurückgesunken. Die Nachkommen der indischen Bauern fronen heute als sehr schlecht bezahlte Landarbeiter ihren englischen Grundherren.

Als China im Interesse der Gesundheit seiner Bewohner die Einfuhr des indischen Opiums untersagte, begannen die Engländer den berüchtigten Opiumkrieg (1840—1842) und erzwangen die Aufhebung des Verbots.

Auch die sogenannte „Kulturmission" der Russen ist eine elende Phrase. Was man seit 200 Jahren, seit Peter dem Großen, „russische Kultur" nennt, sind Errungenschaften der Zivilisation; sie haben sich die technischen Fortschritte Westeuropas zu eigen gemacht, haben Feuerwaffen, Kanonen, Schiffe übernommen, haben Eisenbahnen gebaut und dadurch den Völkern des Ostens und Südostens gegenüber eine Überlegenheit erlangt. Aber den Kulturzustand haben sie nicht gehoben, sondern herabgedrückt.

Und Deutschland? Der wahrheitsliebende, zum Deutschtum übergetretene Chamberlain schreibt: „Zum erstenmal, seit die schauervolle Geschichte europäischer, überseeischer Eroberungen im 16. Jahrhundert begann, versuchte ein Staat, anstatt rücksichtslos auszubeuten, anstatt gierig für sich und die Seinen den Reichtum fremder Staaten an sich zu reißen, sich sittlicher Verpflichtungen gegen die Ureinwohner bewußt zu werden, sie als Gottes Geschöpfe zu hegen und einer sittlichen und geistigen Entwicklung entgegenzuführen."

4.

Halbkoloniale Länder[1]).

Wie selten handelte es sich bei der kolonialen Ausbreitung der europäischen Völker um bäuerliche Siedlungen, um Unterbringung des eigenen Bevölkerungs=Zuwachses und Überschusses! Vielmehr waren es meistens brutale Eroberungen fremder Gebiete, um sie rücksichtslos auszubeuten.

Dem „glorreichen" 19. Jahrhundert blieb es vorbehalten, halbkoloniale Länder zu schaffen. Hennig nennt es ein Meisterstück großzügiger Staatskunst, daß England nach dem Abfall der Vereinigten Staaten den mündig gewordenen Tochterstaaten ein

[1]) Vgl. Wulle „Das neue Jahrtausend" und Hennig „Geopolitik".

hohes Maß von Selbstverwaltung verlieh. So entstanden die „Dominions" **Kanada**, Neufundland, Südafrika, Australien und Neuseeland; dieser klugen Maßnahme hat es zu verdanken, daß aus dem kolonialen Weltreich kein weiteres Glied herausgebrochen ist.

Halbkoloniale Länder! Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bekam das Wort „Annexion" einen bösen Klang. Länder, die man als Kolonien in Aussicht nahm, wurden nicht einfach annektiert, sondern durch eine weniger anstößige Weise in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht. Man sprach von „offener Tür", „Protektorat", „Schutzgebieten"; ja, man schloß formelle Bündnisse. So ließen die Engländer den indischen Fürsten (Maharadschas) den Schein der Selbständigkeit und nahmen ihnen nur alle politischen Sorgen freundlichst ab. Ganz Mittelamerika ist unter die Vormundschaft der Union gekommen. Besonders wurden die mohammedanischen Länder auf der Balkanhalbinsel, in Vorderasien und Nordafrika, außerdem das riesige Chinesenreich Ostasiens langsam entmündigt. Durch ein raffiniertes System von Anleihen, Pachtverträgen, Konzessionen, Kapitulationen, Fremdenniederlassungen blieb, ohne koloniale Aufteilung, von Chinas Souveränität nicht viel übrig. Den Höhepunkt bildete nach dem Weltkrieg das Mandatssystem, von dem später die Rede sein wird.

II.

Der deutsche Volksboden[1]).

Man könnte für diesen großen Abschnitt auch die Überschrift „Mitteleuropa" wählen:

Über dieses Mitteleuropa hieß es auf dem Wiener Kongreß (1814/5), „es müsse politisch so gestaltet werden, daß es den sämtlichen europäischen Staaten eine dauernde Garantie ihrer Sicherheit und Ruhe darbiete". Aber dann gingen die Ansichten auseinander: die Steins und Gneisenaus erhofften diese Garantie von einem starken und geeinten Deutschland, dagegen England, Rußland, Frankreich von der Fortdauer der Zersplitterung Mitteleuropas und der Ohnmacht Deutschlands.

1.

Der Kampf um die Grenzen gegen äußere Feinde.

[Bis 1914]

Die Deutsche Geschichte beginnt erst im 9. Jahrhundert nach Chr., als das germanisch-romanische Reich Karls des Großen sich in 3 Teile auflöste; damals setzte sich infolge der Verträge zu Verdun (843) und Mersen (870) die Staatengliederung durch, die in ihren Hauptzügen eine dauernde bleiben sollte.

Nach zwei Gesichtspunkten kann man nun eine Geschichte des deutschen Volksbodens und seiner Grenzen zusammenstellen:

Entweder verfolgt man rein zeitlich das Verhältnis zwischen Staat und Volk. Dann ergeben sich 4 Abschnitte:

1. Bei der Entstehung des Deutschen Reiches (843, 870, 919) fielen die Grenzen für Staat und Volk zusammen;
2. vom 10. bis 14. Jahrhundert wuchs der deutsche Staat weit über die Grenzen des Volkstums hinaus;
3. seit dem Ende des 14. Jahrhunderts traten die Grenzen des Staates allmählich weit hinter die Grenzen des Volkstums zurück;
4. durch die Verdienste der Hohenzollern wurden manche Gebiete wiedergewonnen.

Oder wir verfolgen räumlich die Geschichte der Grenzen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um den Westen und Osten, daneben auch um Norden und Süden.

Für die Hauptabschnitte der folgenden Ausführungen wollen wir den letzten Weg einschlagen; aber innerhalb derselben uns nach der ersten Einteilung richten.

A. Der Westen.

Durch den Vertrag zu Verdun (843) wurde das Reich Karls des Großen in 3 Teile geteilt:

---

[1]) „Das ewige Werden der Geschichte ist gerade an unserm Vaterlande sehr deutlich zu verfolgen. Der Name Deutschland hat ja beständig gewechselt. Die Striche zwischen Rhein und Elbe sind die einzigen Länder, die immer zu Deutschland gehört haben; was östlich und westlich davon lag, ist beständigem Wechsel unterworfen gewesen. Ein volles Drittel des heutigen Reiches ist Kolonialland." Treitschke, „Politik" I S. 128.

Der Name Deutschland ist ein geographischer Begriff und umfaßt außer dem Deutschen Reich auch die deutschen Nachbarländer.

den Osten erhielt Ludwig der Deutsche (Ostfranken);
den Westen erhielt Karl der Kahle (Westfranken);
dazwischen lag das langgestreckte Reich des ältesten Bruders, Lothar, der die Kaiserwürde trug. Es umfaßte Mittel- und Oberitalien, außerdem das Ländergebiet, welches zwischen Schelde, Maas, Saone, Rhone einerseits und Rhein, Alpen anderseits lag.

In dem Vertrag zu Mersen (870) wurde die nördliche Hälfte dieses „Zwischenreichs" unter Ludwig den Deutschen und Karl den Kahlen so geteilt, daß die mehr deutschen Teile an Ostfranken, die mehr romanischen Teile an Westfranken fielen.

Aus Ostfranken ist Deutschland, aus Westfranken Frankreich entstanden. Die ganze Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen besteht seit 870 in einem fortgesetzten Kampf um das Zwischenreich, d. h. um das Rhein-, Maas- und Moselgebiet.

1.

900—1200.

Am Ende des 9. und Anfang des 10. Jahrhunderts schien es, als würde das große Karolingerreich in zahlreiche Teile auseinanderfallen:

Am größten war die Zersplitterung in Italien;
auf dem Gebiet des heutigen Frankreich bildeten sich 5 mehr oder weniger selbständige Reiche: Hochburgund; Niederburgund; Aquitanien; das mittlere Reich; dazu ward 911 die Normandie an die Normannen abgetreten;
auch Deutschland drohte in 5 Teile zu zerfallen, in die Herzogtümer: Sachsen, Bayern, Franken, Schwaben, Lothringen.

Während Italien bis 1870 zersplittert blieb und Frankreich Jahrhunderte hindurch durch innere Streitigkeiten zur Ohnmacht verurteilt war, hat Deutschland ungefähr 300 Jahre lang eine mächtige, überragende Stellung eingenommen: unter den sächsischen (919—1024), salischen (1024—1125) und staufischen (1138—1254) Kaisern. Seit 962 war das römische Kaisertum mit dem deutschen Königtum verknüpft.

Damals gelangte das ganze große „Zwischengebiet" an das Deutsche Reich:

925 wurde König Heinrich I. von dem Herzog von Lothringen als das Oberhaupt anerkannt, und als unter Otto II. abermals Streitigkeiten zwischen dem französischen und dem deutschen König ausgebrochen waren, wurde 980 Lothringen ausdrücklich als Teil des Deutschen Reiches bezeichnet. Dieses „Lothringen" war ein gewaltiges Gebiet, welches vom heutigen Belfort bis zur Rheinmündung sich erstreckte und sich nach Westen bis über Verdun ausdehnte.

1033 fiel das Königreich Burgund (Hoch- und Niederburgund), d. h. das ganze

Rhonegebiet, dem deutschen König und römischen Kaiser Konrad II. zu. Der Zusammenhang Burgunds mit dem Deutschen Reich wurde unter Friedrich I., Barbarossa, abermals befestigt.

2.

1200—1806/12.

a) 1200—1500 der beginnende Abbröckelungsprozeß.

Während in Frankreich im 13. Jahrhundert das Königtum immer mächtiger und die Zentralgewalt immer stärker wurde, unter Philipp II. (um 1200), Ludwig IX. (um 1250), Philipp IV. dem Schönen (um 1300): begann in Deutschland nach dem Tode Heinrichs VI. (1197) die Auflösung. Die kaiserlich-königliche Gewalt wurde von Jahrhundert zu Jahrhundert schwächer, bis nur noch der Kaisertitel übrigblieb; die Territorialgewalten gewannen immer größere Selbständigkeit. Namentlich entstanden auf dem Gebiet des ehemaligen Burgund und Lothringen eine Reihe von Fürstentümern, deren Abhängigkeit vom Deutschen Reich nur sehr gering war: die Grafschaft Provence, die Dauphiné, die Freigrafschaft Burgund im Saonegebiet; auch die Schweizer machten sich seit 1291 mehr und mehr selbständig. Ja, es bildeten sich Fürstentümer, die zum Teil zu Frankreich, zum Teil zu Deutschland gehörten.

Abermals war Frankreich unter dem Hause Valois lange Zeit durch die Kriege mit England gelähmt (1336—1453).

Als der schwächste aller Kaiser, Friedrich III., auf dem deutschen Thron saß (1440—1493), schuf sich Karl der Kühne von Burgund ein neues mächtiges Zwischenreich. Dies lag teils auf französischem, teils auf deutschem Reichsgebiet; es umfaßte folgende Länder:

französische Lehen waren: Das Herzogtum Burgund, die Grafschaften Flandern und Artois;
deutsche Lehen waren: Die Freigrafschaft Burgund (später Franche-Comté), die Herzogtümer Luxemburg, Brabant, Geldern und die Grafschaft Holland.

Karl der Kühne benahm sich wie ein souveräner, unabhängiger Fürst; ohne sich um Frankreich oder Deutschland zu kümmern, griff er Lothringen und die Schweiz an, um sein Reich abzurunden. Doch erlitt er zuletzt große Niederlagen:

1476 bei Granson und Murten in der Schweiz;
1477 bei Nancy in Lothringen, wo er fiel.

b) Das Ringen zwischen Frankreich und dem Hause Habsburg.

Das Zwischenreich Karls des Kühnen war der erste Anlaß für einen jahrhundertelangen Gegensatz zwischen Frankreich und dem Hause Habsburg, vom Ende des 15. Jahr-

hunderts bis 1815. Dieser Gegensatz ist für die Geschichte der Neuzeit von größter Bedeutung gewesen[1]).

Einerseits erstarkte in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts Frankreich. Als die langen Kriege mit England 1453 für Frankreich ruhmvoll endeten (nur Calais blieb noch englischer Besitz), da gelang es den französischen Königen, die Macht der großen Vasallen zu brechen und ihre Gebiete mit dem Kronlande zu vereinen. Auch das Herzogtum Burgund wurde 1477 nach dem Tode Karls des Kühnen als erledigtes Lehen eingezogen.

Anderseits begann um dieselbe Zeit das Haus Habsburg durch glückliche Heiratsverbindungen seine gewaltige Weltherrschaft aufzubauen.

Überall standen sich diese beiden Dynastien im Wege. Die wichtigsten Streitpunkte waren:

1. Das burgundische Erbe,
2. Mailand und Neapel in Italien,
3. Roussillon und Navarra an den Pyrenäen.

Besonders aber rangen sie jahrhundertelang um das alte „Zwischenreich". Seit dem 16. Jahrhundert wurde es in Frankreich geradezu zu einem Dogma, daß es auf die Ausdehnung des Cäsarischen Gallien Anspruch habe, daß der Rhein die „natürliche Grenze" Frankreichs sei.

Dabei müssen wir auf einen großen Unterschied hinweisen: Das Haus Valois-Bourbon war ganz französisch, und seine Interessen verbanden sich aufs engste mit den nationalen Interessen des französischen Volks: während das Haus Habsburg mehr und mehr dem deutschen Volk entfremdet wurde. Seit Karl V. zerfiel es in eine spanische und österreichische Linie, und die Besitzungen im westlichen Deutschland wurden (mit Ausnahme vom Elsaß und Breisgau) mit der spanischen Krone verbunden. Schon Karl V. hat alles getan, um die Niederlande vom Deutschen Reiche zu lösen. Als nach dem spanischen Erbfolgekrieg (1714) das heutige Belgien an Österreich fiel, war es ein lästiges Außenland.

Gewiß ist es für Deutschland vorteilhaft gewesen, daß die habsburgischen Besitzungen im Westen lange Zeit einen Damm gegen französische Eroberungslust bildeten. Aber allmählich gewöhnten sich doch die Habsburger daran, um ihrer außerdeutschen Interessen willen im Westen ein Stück nach dem andern an Frankreich preiszugeben.

Maximilian I. und **Karl V.** haben zahlreiche Kriege mit Frankreich geführt. 1544 blieb, nach dem 4. Kriege Karls gegen Franz I., Burgund (d. h. Bourgogne) bei Frankreich.

1552 besetzte der französische König Heinrich II. die Städte Metz, Toul, Verdun und Cambrai.

Von großer Bedeutung war der **Westfälische Friede** (1648):

1. Zwei kleine Staaten im Nordwesten und Südwesten, die sich durch eigene Volkskräfte allmählich vom Reiche gelöst hatten, Holland und die Schweiz, schieden jetzt völlig aus und wurden selbständig.

2. An Frankreich wurde Metz, Toul und Verdun definitiv abgetreten; außerdem bekam es die österreichische Landgrafschaft Elsaß und andere wichtige Rechte am Oberrhein. — Mit Spanien wurde noch bis 1659 weitergekämpft, und im Frieden fiel die Grafschaft Artois an Frankreich.

Ludwig XIV. (1643—1715) unternahm seine berüchtigten Raubkriege gegen den Westen des Deutschen Reichs:

1. 1667 brach er in die spanischen Niederlande (Belgien) ein. Im Frieden zu Aachen (1668) mußte Spanien 12 niederländische Grenzplätze an Frankreich abtreten.

2. Der zweite Raubkrieg (1672—1678/9) war gegen Holland gerichtet. Aber die Kosten dieses Krieges mußte abermals Spanien tragen, welches die Franche-Comté an Frankreich verlor.

3. Die sogenannten Réunionen sind unter dem Schein des Rechts unternommene schamlose Übergriffe Ludwigs XIV., der dadurch die im deutschen Westen erworbenen Besitzungen zu erweitern suchte. Am 20. September 1681 besetzte er Straßburg.

4. Der dritte Raubkrieg (1688—1697) begann mit der barbarischen Verwüstung der Pfalz, endete aber für Ludwig nicht glücklich. Doch behielt er beim Friedensschluß zahlreiche Réunionen, namentlich Straßburg.

5. Im spanischen Erbfolgekrieg (1701—1713/4) sind die spanischen Niederlande immer von neuem Schauplatz des Kampfes gewesen:

1706 Schlacht bei Ramillies,
1708 Schlacht bei Oudenarde,
1709 Schlacht bei Malplaquet.

Ludwig XIV. wurde besiegt. Zwar erhielt sein zweiter Enkel Spanien und die Kolonien; aber die spanischen Niederlande (Belgien) fielen an Österreich.

Unter **Ludwig XV.** (1715—1774) hat Frankreich in dem siebenjährigen Krieg unglücklich und unrühmlich gekämpft. Doch ist auch während seiner Regierung ein wichtiges Stück des „Zwischenreichs" an Frankreich gefallen: Am Schluß des polnischen Erbfolgekrieges (1735) wurde der Schwiegervater Ludwigs, Stanislaus Lesczinzki, mit Lothringen entschädigt, das nach seinem Tode (1766) mit Frankreich vereinigt wurde.

Die **Revolutionskriege** (1792—1815) schoben zunächst die Grenzen Frankreichs immer weiter nach Osten vor:

1. Durch die Friedensschlüsse zu Campo Formio (1797) und Luneville (1801) erhielt Frankreich die österreichischen Niederlande (Belgien) und das linke Rheinufer; an der Quelle und an der Mündung des Rheins waren die helvetische und batavische Republik Vasallenstaaten Frankreichs.

2. Durch Frankreich wurden 1803 (Reichsdeputationshauptschluß zu Regensburg) auch die territorialen Verhältnisse auf der rechten Rheinseite geregelt.

3. 1806 gründete Napoleon I. den Rheinbund, dem allmählich alle deutschen Staaten, außer Preußen und Österreich, beitraten. Infolgedessen legte Franz die deutsch-römische Kaiserkrone nieder.

[1]) Vgl. auch S. 110.

4. 1810 verband Napoleon Holland und einen breiten Küstenstreifen Norddeutschlands (mit Bremen, Hamburg und Lübeck) unmittelbar mit dem französischen Kaiserreich.

3.

Seit 1813.

1. Die Freiheitskriege 1813—1815:

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß der Sieg über Napoleon I. in erster Linie dem im preußischen Heer und Volk lebenden Geiste zu verdanken war. Das kleine, auf die 5 ostelbischen Provinzen beschränkte Preußen hat die größten Opfer gebracht, die meisten Truppen gestellt; Preußens Heere, Preußens Generäle haben 1813 die Siege bei Großbeeren, Hagelberg, a. d. Katzbach, bei Dennewitz, Kulm und Nollendorf, Wartenburg, 1814 bei la Rothière und Laon erfochten; ohne Preußens Truppen wären auch die entscheidenden Hauptschlachten, 1813 bei Leipzig, 1815 bei Belle Alliance, nicht gewonnen. Und das größte Verdienst an der Besiegung Napoleons kommt dem einen Preußengeneral, dem jugendlichen Greis, dem unermüdlichen Marschall Vorwärts, dem Fürsten Blücher zu.

Und der österreichische Bundesgenosse? Seine militärischen Leistungen waren kläglich: 1813 bei Dresden und Leipzig, noch mehr im Jahre 1814. Aber es gelang dem österreichischen Staatskanzler Metternich, die politische Führung der großen Koalition an sich zu reißen. Dabei war er mehr darauf bedacht, ein Wachstum des siegreichen preußischen Bundesgenossen zu hindern, als den gemeinsamen Feind zu vernichten.

Österreich hat 1813—1815 nur als Hemmschuh und Bremse gewirkt:

1813 Während des Waffenstillstandes zu Poischwitz unternahm Österreich eine bewaffnete Vermittlung, bot Napoleon I. günstige Friedensbedingungen an, wobei nicht einmal der Rheinbund gelöst werden sollte. Erst nach langem Zögern traten Franz I. und Metternich der Koalition bei.
Nach der Schlacht bei Leipzig versuchte Metternich von Frankfurt aus Napoleon zum Frieden zu bestimmen und bot ihm Frankreich mit „den natürlichen Grenzen“ an.

1814 Auf dem Friedenskongreß zu Chatillon wurden abermals dem französischen Kaiser günstige Anerbietungen gemacht.

Bald nach der Schlacht bei Leipzig schrieb E. M. Arndt die flammende Flugschrift: „Der Rhein, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“. Er verlangte, daß die geraubten Länder Elsaß und Lothringen wieder mit Deutschland vereinigt, ja, daß auch die beiden Niederlande und die Schweiz in eine „nähere festere Verbindung“ mit Deutschland gesetzt würden: „Verflucht sei die Humanität und der Kosmopolitismus, womit ihr prahlt!“

Weshalb hat man dem Deutschen Reich bzw. Deutschen Bund nicht die alten Westgrenzen zurückgegeben, wie sie vor 1648 gewesen waren? Österreich war schuld. Es gab freiwillig seine Stellung im Westen auf und war nur darauf bedacht, sich im Osten und Süden ein großes abgerundetes Reich zu schaffen. Aber lieber stärkte der österreichische Staatskanzler Metternich das besiegte Frankreich und die an der Besiegung Napoleons unbeteiligten „Pufferstaaten“, Niederlande und Schweiz, als daß er Preußen mächtig werden ließ.

So kam es nicht zu einer den großen Opfern entsprechenden Wiederherstellung der deutschen Westgrenze, und das deutsche Volk wurde auf dem Wiener Kongreß 1814/15 um den Preis unerhörter Opfer und Siege gebracht:

Vor allem durch das undeutsche Verhalten Österreichs;

ferner durch das dynastische Interesse der Fürsten, die sich zum größten Teil um die Wünsche und berechtigten Forderungen des Volkes nicht kümmerten;

außerdem durch den Neid Englands und Rußlands, die sogar Frankreich eine entscheidende Stimme bei den Verhandlungen einräumten.

Ja, Deutschland hat nicht nur die seit Ludwig XIV. geraubten Länder nicht zurückerhalten, sondern an der Westgrenze noch Gebiete verloren:

Elsaß-Lothringen blieben bei Frankreich;

die unabhängige Schweiz wurde auf Kosten Deutschlands vergrößert; denn das Bistum Basel hatte bisher noch zu Deutschland gehört;

auch die österreichischen Niederlande (Belgien), Luxemburg und Limburg waren vor der französischen Revolution Teile des deutschen Reiches gewesen; jetzt gingen sie verloren.

2. Die Entwicklung nach 1815:

1830 brach unter dem Eindruck der Julirevolution der Aufruhr Belgiens gegen Holland aus. Die Folge war die Trennung von Belgien und Holland.

Damals entstand auch die Luxemburgische Frage, welche in den nächsten Jahrzehnten wiederholt Deutschland mit einem Kriege gegen Frankreich bedroht hat:

1840 wurde das Großherzogtum Luxemburg ein selbständiger deutscher Bundesstaat, gehörte also zum deutschen Bund. Damals[1])

[1]) Auch wegen der orientalischen, bez. ägyptischen Frage bestand ein scharfer Gegensatz zwischen Frankreich und den deutschen Großmächten.

erscholl in Paris das Kriegsgeschrei „An den Rhein, an den Rhein", und die Antwort darauf waren die herrlichen Lieder

„Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein" und
„Die Wacht am Rhein".

1865—1867 hatte Napoleon III. für sein französisches Kaiserreich immer neue Vergrößerungspläne, welche auf eine Erwerbung von Luxemburg und Belgien hinausliefen. Aber er war durch das mexikanische Abenteuer (1861—1867) gehindert, mit Heeresmacht seine Wünsche durchzusetzen.

1867 wurde Luxemburg für einen neutralen Staat erklärt. Preußen verzichtete auf sein Besatzungsrecht: die Festungswerke wurden geschleift.

Den glorreichen deutsch-französischen Krieg 1870/71 hat Treitschke mit Recht als eine Fortsetzung der Freiheitskriege bezeichnet. Nicht nur wurde das neue deutsche Kaiserreich aufgerichtet, sondern auch die alten deutschen Gebiete Elsaß und ein Teil Lothringens erobert. Als eine weitere „Fortsetzung" dachten wir den Krieg 1914—1918.

B. Der Osten.

Zwar war die germanische Völkerwanderung (4.—6. Jahrh.) eine Zeit großartiger Kraftentfaltung. Aber die nach Westen und Süden wandernden Scharen sind unserm Volkstum verloren gegangen; sie wurden Völkerdünger. Der deutsche Volksboden hatte keinen Gewinn, sondern nur Schaden davon; in den entblößten Osten drangen fremde Völkerschaften:

im Nordosten die Slawen;
im Südosten die Hunnen, die Avaren und Mähren, die Magyaren.

Doch brachten es diese Völker nicht zu einer dauernden kräftigen Staatsbildung. Deshalb wurde jahrhundertelang, so oft in Deutschland starke Herrscher an der Spitze standen oder auch von einzelnen Gruppen Deutscher tatkräftige Unternehmungen ins Werk gesetzt wurden, der gesamte Osten als ein unbegrenzter Kolonialboden für deutsche Siedelung betrachtet[1]).

Für die Entwicklung des Ostens unterscheiden wir 3 Teile:

1. das Vordringen der Deutschen vom 8.—14. Jahrh.,
2. die Verluste, namentlich im 15. Jahrh.,
3. die verschiedene Entwicklung vom 15. Jahrh. bis zur Gegenwart:

[1]) Während im Westen schon 843 und 870 eine bestimmte Grenze festgelegt wurde, blieb im Osten das Reich offen.

im Nordosten unter den Hohenzollern,
im Südosten unter den Habsburgern.

1.

8. bis 14. Jahrhundert.

Lamprecht hat mit Recht die Rückeroberung des Ostens als „die Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter" gefeiert.

1. **Zeit der Karolinger:**

Immer wieder müssen wir unsere Ausführungen an Kaiser Karl den Großen (800) anknüpfen. Die fremden Völker waren bis zur Elbe, Saale, Böhmer Wald, Enns gekommen. Karl der Große hat ihrem Vordringen Halt geboten, hat siegreiche Kämpfe im Nordosten gegen die Slawen, im Südosten gegen die Avaren geführt. Zum Schutze legte er starke Markgrafschaften an, in denen wir die ersten Anfänge für den preußischen und den österreichischen Staat erblicken dürfen.

Als darauf das Karolingerreich zerfiel, entstanden im Kampf gegen Wenden und Ungarn die beiden mächtigsten Herzogtümer Sachsen und Bayern.

2. **Sächsische und salische Kaiser** (919—1125):

Unter Heinrich I. und Otto I. machte die Eroberung, Besiedelung und Christianisierung des Ostens gewaltige Fortschritte:

928 Eroberung Brennabors,
933 Besiegung der Ungarn bei Riade.

Besonders Otto I. der Große entfaltete eine großartige Tätigkeit. Einen breiten Streifen Landes, zwischen Elbe-Saale-Böhmerwald-Enns einerseits und Oder andererseits hat er dem Reiche angegliedert:

Im Nordosten arbeiteten in seinem Namen die tapferen Helden Hermann Billung und Gero; in dem eroberten Land wurden zahlreiche Bistümer angelegt, für die Otto **967** ein neues Erzbistum gründete, Magdeburg.

Im Südosten drängte er durch seinen großen Sieg auf dem Lechfelde (955) die Magyaren zurück. Zum Schutz legte er die Ostmark (Österreich) an; hier herrschte 976—1246 das glänzende Geschlecht der Babenberger.

Der König von Polen zahlte Otto dem Großen Tribut; Böhmen wurde ein Bestandteil des Reiches.

Im 11. Jahrhundert schwankten die Verhältnisse hin und her. Als unter Heinrich IV. (1056—1106) und Heinrich V. (1106—1125) Deutschland durch Bürgerkriege und durch den Investiturstreit zerrissen war, gingen die Besitzungen im Nordosten fast alle wieder verloren. Denn es hatte sich bis dahin mehr um Eroberung und Ausbreitung des Christentums gehandelt als um Besiedelung.

3. **12.—14. Jahrhundert.**

Nach langer Pause wurde unter Kaiser Lothar (1125—1137) die

Germanisierung und Christianisierung der ostelbischen Länder neu aufgenommen; es begann die glänzende Periode der Siedelungstätigkeit des Mittelalters. Zunächst taten die Askanier und Wettiner sich hervor; es erhielten:

1134 Albrecht der Bär die Altmark,
1136 der Wettiner Konrad von Meißen die Lausitz.

Unter Friedrich I. Barbarossa (1152—1190) wurde diese Arbeit erweitert und eifrig fortgesetzt:

Der Welfe Heinrich der Löwe eroberte Mecklenburg, Pommern, Lübeck;
1156 wurde Brandenburg reichsunmittelbar und Österreich ein selbständiges Herzogtum mit vielen Vorrechten;
Polen, Böhmen, Ungarn erkannten die Lehnshoheit des Kaisers an.

Mit dem Niedergang der kaiserlichen Macht (seit 1197) glitt das Werk der Kolonisation immer mehr in die Hände der Territorialgewalten. Es ist interessant zu verfolgen, wieviele Kräfte nebeneinander im Osten tätig waren:

1. **Fürstenhäuser:**
Die Askanier in Brandenburg; der glänzendste und bedeutendste Markgraf war Waldemar der Große († 1319);
Südlich davon die Wettiner;
In Schlesien die Piasten;
In Österreich bis 1246 die Babenberger, seit 1278 die Habsburger.
Nach den verheerenden Mongolenzügen in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts wurden von den Fürsten Böhmens, Mährens, Schlesiens, Ungarns zahlreiche deutsche Bauern angesiedelt. Damals ist auch die Einwanderung der Deutschen nach dem fernen Siebenbürgen erfolgt[1]).

2. Die deutsche **Hanse** drang auf ihren Schiffen vor; zahlreiche Ostseestädte standen unter deutscher Herrschaft.

3. Besonders glorreich und bedeutungsvoll war die Arbeit des **deutschen Ordens:**
1230—1283 haben die Ordensritter Preußen erobert;
1309 wurde der Sitz des Ordens nach Marienburg verlegt. Die Glanzzeit war unter Winrich von Kniprode; die Herrschaft wurde bis zum heutigen Petersburg ausgedehnt. —

4. Segensreich war auch die Tätigkeit der **Cisterzienser-Mönche.**

Damals unterstützte die Kirche aufs eifrigste die Ausbreitung des Deutschtums[2]).

---

[1]) Nichts ist irriger, als die weitverbreitete Anschauung, die Eindeutschung des Ostens sei nur auf dem Wege der Eroberung und der Gewalt vor sich gegangen. Vgl. Hasse, Deutsche Politik I, 2 S. 72 und Dietrich Schäfer „Sind wir Deutsche ein Erobererovolk?“

[2]) Die Frage liegt nahe, ob nicht damals, im 14. Jahrhundert, ein großes deutsches Mitteleuropa hätte entstehen können: im Westen begrenzt von einer Linie, die von Dünkirchen nach Belfort geht; im Norden mit beherrschendem Einfluß in Dänemark, Norwegen, Schweden; im Osten Kurland, Litauen, Polen, Böhmen, Ungarn umfassend. Sicherlich wäre das möglich gewesen, wenn wir denselben nationalpolitischen Egoismus gehabt hätten, wie alle Nachbarvölker.

2.

Verluste, namentlich im 15. Jahrhundert.

In das Ende des 14. Jahrhunderts fallen mehrere Ereignisse, welche dem Vordringen des Deutschtums im Osten einen Damm entgegenstellten:

1386 vereinigte Jagello die Länder Polen und Litauen;
1396 siegten die Türken bei Nikopolis;
1397 verbanden sich die drei nordischen Reiche, Dänemark, Norwegen, Schweden, in der Kalmarer Union[1]).

Die Tätigkeit der Hanse in der Ostsee wurde gelähmt; mit dem deutschen Orden ging es zurück. Es begann die entsetzliche Türkengefahr, und nicht nur bei den Polen, sondern auch bei den Tschechen und Ungarn erstarkten das Nationalgefühl und der Deutschenhaß. In den schrecklichen Hussitenkriegen (1419—1434) handelte es sich nicht nur um religiöse und soziale Fragen, sondern auch um einen scharfen nationalen Gegensatz.

Verhängnisvoll war die lange Regierungszeit des habsburgischen Kaisers Friedrich III. (1440—1493). Wir haben gesehen, daß damals im Westen Karl der Kühne ein großes Reich aufrichtete und sich um den Kaiser nicht kümmerte. Im Norden ging Schleswig-Holstein an Dänemark verloren. Auch im Osten ward ein Stück nach dem anderen losgerissen:

Nach der Eroberung von Konstantinopel (1453) wurde die Türkengefahr immer drohender und beängstigender;
nach dem Tode des Ladislaus Postumus (1457) bildeten sich in Böhmen und Ungarn unter Georg Podiebrad und Matthias Corvinus kräftige nationale Staatswesen der Tschechen und Magyaren;
1466 wurde der zweite Friede zu Thorn geschlossen; das traurige Ergebnis der langjährigen Kämpfe zwischen den Polen und dem deutschen Orden war, daß Westpreußen an Polen fiel, Ostpreußen zwar Ordensland blieb, aber unter polnischer Lehenshoheit[2]).

3.

1500—1815.

Seit dem 15. Jahrhundert ist die Geschichte des deutschen Ostens die Geschichte zweier Fürstenhäuser:

der Hohenzollern im Nordosten,
der Habsburger im Südosten.

Derselbe Kaiser Sigmund (1411—1437) hat die Macht beider Familien begründet, indem er einerseits 1415 den Burggrafen Friedrich VI.

---

[1]) Freilich zeigten sich die Folgen der Union erst später.

[2]) Dadurch wurden Kurland, Livland, Estland vom Deutschen Reich abgeschnitten und gingen später verloren.

von Nürnberg zum Kurfürsten von Brandenburg erhob, anderseits Albrecht von Österreich mit seiner Tochter und Erbin vermählte und dadurch die Vereinigung der habsburgischen und luxemburgischen Hausmacht herbeiführte. Nach dem Tode Friedrichs III. († 1493) wuchs das Haus Habsburg durch seine Spekulationsheiraten zu einer gewaltigen Macht empor.

Auch das Haus Hohenzollern besaß bereits im 16. Jahrhundert eine starke einflußreiche Stellung: Joachim I. und II. waren geachtete Fürsten; der letztere erlangte von Polen bereits die Mitbelehnung für Ostpreußen. Albrecht von Hohenzollern war Erzbischof von Mainz und Magdeburg, Kurfürst. Bruder des hohenzollernschen Markgrafen Georg von Ansbach war Albrecht, der Hochmeister des deutschen Ordens, der 1525 das Ordensland Ostpreußen in ein weltliches Herzogtum verwandelte.

Äußerlich erscheint das Vordringen der beiden Häuser Habsburg und Hohenzollern nach Osten einander sehr ähnlich, war aber in Wirklichkeit recht verschieden. Denn die Hohenzollern sind immer enger mit den nationalen Interessen Deutschlands verknüpft worden, während die Habsburger denselben entfremdet wurden; zugleich wuchsen die Hohenzollern in Deutschland herein, die Habsburger aus Deutschland hinaus.

1. **Bis 1772.**

Im Nordosten haben die Hohenzollern die Siedelungstätigkeit allmählich im weitesten Umfang wieder aufgenommen; man kann sie als Erben der Askanier, Piasten, der Hanse und des deutschen Ordens bezeichnen:

1618 fiel das Herzogtum Ostpreußen an den Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg.

Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm erhielt:
1648 im Westfälischen Frieden Hinterpommern mit Kamin;
1660 im Frieden zu Oliva die Souveränität über Ostpreußen und damit eine europäische Stellung;
1675 den Kreis Schwiebus.

Der König Friedrich Wilhelm I. bekam nach dem Nordischen Krieg
1720/1 die Odermündung und Vorpommern bis zur Peene.

Friedrich II. der Große fügte:
1740—1763 Schlesien und
1772 Westpreußen hinzu.

Aber alle diese Länder sind nicht nur äußerlich mit dem Kurfürstentum Brandenburg verbunden worden. Vielmehr haben die Hohenzollern eine großartige Siedelungstätigkeit entfaltet und eine Wiedereindeutschung des Nordostens herbeigeführt. Besonders die eifrigen Bemühungen des Großen Kurfürsten, seines Sohnes, Enkels und Urenkels (1640—1786) können nicht hoch genug gewürdigt werden; sie bilden ein Ruhmesblatt in der preußischen Geschichte. Ungefähr 150 Jahre lang hörte der Strom deutscher Einwanderer nicht auf. Oft spielten religiöse Beweggründe mit: Hugenotten, Waldenser, Pfälzer, Schweizer, Salzburger, Böhmen suchten und fanden um ihres Glaubens willen unter dem Schutz des preußischen Adlers eine neue Heimat. — Vor allem hat Friedrich der Große sich hervorgetan: Er hat gegen 900 Kolonistendörfer gegründet; **während** seiner Regierung (1740—1786) **sind** 300000 Kolonisten in Brandenburg-Preußen eingewandert. Man hat berechnet, daß 1786, als Friedrich der Große starb, der dritte Teil der Gesamtbevölkerung des Königreichs Preußen aus Kolonisten und Nachkommen von Kolonisten bestand, die seit 1640 eingewandert waren.

Im Südosten war der Erfolg der Habsburger in der Zeit von 1648—1772 scheinbar noch größer. Durch mehrere glückliche Türkenkriege, besonders 1683—1699 und 1716—1718, wurden ganz Ungarn und Siebenbürgen erobert. Bei der Zurückdrängung der Türken haben nicht die Magyaren, sondern die Deutschen die Hauptsache getan. Bildung, Sprache, Sitte waren in Ungarn und Siebenbürgen deutsch; alle Städte waren deutsche Siedelungen. Im 18. Jahrhundert wurde die Wiederaufrichtung Ungarns wesentlich von deutschen Händen in Angriff genommen; ein Strom deutscher Einwanderer ergoß sich ins Land: Allein im Jahre 1712 14000 deutsche Einwanderer, später unter Maria Theresia und Joseph II. 80000[1]). Wenn hieraus für das Deutschtum kein dauernder Gewinn erwachsen ist, so lag das wesentlich an der inneren Politik Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert.

2. **Die Teilungen Polens:**

1772 erste Teilung,
1793 zweite Teilung,
1795 dritte Teilung.

Der Nordische Krieg, jener große Zweikampf zwischen Karl XII. von Schweden und dem Zar Peter dem Großen von Rußland (1700—1721), endete damit, daß Schweden seine Großmachtstellung und seine Hegemonie in der Ostsee verlor, Rußland dagegen in die Reihe der Großmächte eintrat und aus einem asiatischen Völkergemisch zu einem europäischen Staat wurde.

Zwischen Rußland und Deutschland lag das ausgedehnte Königreich **Polen.** Auf die Frage: „Wie konnte und durfte

[1]) Vgl. Hasse I, 2 S. 28 ff.

dieses gewaltige Reich von den Nachbarstaaten aufgeteilt werden?" gibt der tiefe Verfall des polnischen Staates die Antwort:

Unter den Jagellonen (1386—1572) hat das Königreich Polen, dank der Ohnmacht des Deutschen Reiches, eine mächtige Stellung gehabt. Seit 1572 war es aber ein Wahlreich in derselben Weise, wie das Deutsche Reich nach dem Untergang der Hohenstaufen; mit der Königskrone wurde geradezu Schacher getrieben. 1572/3 ist der französische Prinz Heinrich (1574—1589 Heinrich III., König von Frankreich) auf dem polnischen Thron; dann ein Fürst von Siebenbürgen; von 1587—1669 Herrscher aus dem schwedischen Hause Wasa. Als 1669 Johann Casimir abdankte, begannen für Polen die schlimmsten Zeiten; durch die Selbstsucht des Adels, die Verfolgungssucht der Kirche, die Einmischung der Fremden wurde der Verfall immer größer. Am Ende des 17. Jahrhunderts hatte das unglückliche Land einige einheimische Könige. 1697 erwarb August II., Kurfürst von Sachsen, die polnische Krone um den Preis, daß er katholisch wurde; nach seinem Tode folgte der polnische Erbfolgekrieg: August III. wurde König.

So war Polen bald mit dem Großfürstentum Siebenbürgen, bald mit Schweden, bald mit Sachsen durch Personalunion vereinigt. Tatsächlich wurde die Macht des Königs immer geringer; es war eine Adelsrepublik, und die Bestimmung des liberum veto[1]) verhinderte es, daß man entscheidende Beschlüsse fassen konnte. Unter August III. wurde der Einfluß Rußlands so groß, daß nach seinem Tode (1763) die Kaiserin Katharina ihren Günstling Stanislaus Poniatowski zum König machen ließ.

Der reiche polnische Adel war entartet; die Masse der Bevölkerung, die Bauern, lebten in einer menschenunwürdigen Leibeigenschaft; einen Mittelstand gab es nicht.

Das deutsche Volk kann Friedrich II. dem Großen nicht dankbar genug dafür sein, daß er es verhindert hat, daß ganz Polen eine Beute Rußlands wurde. Preußen erhielt bei den drei Teilungen verhältnismäßig wenig:

1772 Die deutsche Ordensprovinz Westpreußen (außer Danzig und Thorn);

1793 Großpolen mit den deutschen Städten Danzig und Thorn;

1795 Neuostpreußen.

Österreich erhielt Galizien; den Löwenanteil bekam Rußland.

---

[1]) Auf dem Reichstage konnte jeder einzelne durch seinen Einspruch einen Beschluß vereiteln.

3) Die Napoleonische Zeit und der Wiener Kongreß. Als während der Revolutionskriege im Westen ein Stück nach dem andern von dem deutschen Reichskörper losgerissen wurde, da war es ein wohlüberlegter Geniestreich Napoleons I. und ein äußerst geschickter Schachzug, daß er auf der Höhe seiner Macht auch im Osten Deutschland einschnürte, indem er sich dort einen ergebenen polnischen Vasallenstaat schuf: das Großherzogtum Warschau (1807 und 1809)[1]).

Auf dem Wiener Kongreß (1814/5) hat man sich mit der Gestaltung der deutschen Ostgrenze viel eingehender beschäftigt, als mit der Westgrenze. Nach langen, schwierigen Verhandlungen kam es zu einem Vergleich: Preußen verlor zugunsten Rußlands große Gebiete seines ehemaligen polnischen Besitzes; es behielt Westpreußen-Posen und bekam, als Entschädigung für die Verluste, die Hälfte Sachsens, westfälische Gebietsteile und die Rheinlande.

Damals gab Österreich, um im Osten ein großes abgerundetes Gebiet zu besitzen, seine deutsche Stellung preis, während Preußen immer mehr in Deutschland hereinwuchs.

4.

Die neueste Zeit nach 1815.

Zwar sind von 1815—1914 die politischen Grenzen Preußens, Österreichs und Rußlands in unserem Osten dieselben geblieben. Aber es hat wiederholt schwere Kämpfe gegeben:

1830 und 1863 waren Aufstände in Russisch-Polen. Kaiser Alexander I. hatte 1815 seine polnischen Gebiete zu einem „Königreich Polen" vereinigt, das eine liberale Verfassung erhielt und mit Rußland durch Personalunion verbunden wurde. 1830 brach ein Aufstand aus, der nur mit großer Mühe niedergeworfen wurde; infolgedessen wurde Polen zu einer russischen Provinz gemacht. — Als im Jahre 1863 ein neuer Aufstand ausbrach, schloß Preußen mit Rußland eine Militärkonvention, wodurch die Freundschaft zwischen den beiden Staaten auf lange Zeit gekräftigt wurde. —

Das Haus Habsburg geriet im Revolutionsjahr 1848 in die größte Bedrängnis: schlimmer als die freiheitlichen Bestrebungen waren die nationalen Kämpfe in Italien, Böhmen und Ungarn. Ungarn wurde 1849 mit russischer Hilfe bezwungen. Als in der Folgezeit die Versuche, allen habsburgischen Ländern eine Gesamtstaatsverfassung zu geben, scheiterten, kam es 1867 zu einem Ausgleich; seitdem bestand bis 1918 die österreichisch-ungarische Monarchie aus 2 durch Personalunion verbundenen Reichshälften, Cis- und Transleithanien. Nur die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten, des Heeres und eines Teils der Finanzen war gemeinsam.

---

[1]) Es ist dieselbe Politik, die Frankreich seit Jahrhunderten Deutschland gegenüber verfolgt und sofort nach unserem Zusammenbruch 1918 wieder aufgenommen hat. Vgl. Wentzke „Der Rheinkampf" S. 60ff.

Die deutsche Siedelungstätigkeit, welche im 12.—14. und 17.—18. Jahrhundert so erfolgreich gewesen war, wurde nach 1815 leider nicht wieder aufgenommen[1]). Ja, es vollzog sich während des 19. Jahrhunderts in dem östlichen „Zwischenland" eine gewaltige Umschichtung der Bevölkerung zuungunsten des Deutschtums; dabei haben folgende Umstände außerordentlich mitgewirkt:

1. Die politische Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Staatsbürger ist sowohl im Nordosten als im Südosten Deutschlands wesentlich den Nichtdeutschen zugute gekommen und hat sie außerordentlich gestärkt, ja den Deutschen vielfach die Macht aus den Händen gerissen. Im preußischen Abgeordnetenhaus und im deutschen Reichstage saßen polnische Volksvertreter, die sich nicht von allgemein staatlichen, sondern einzig von ihren nationalpolitischen Interessen leiten ließen. Noch schlimmer war es in Österreich-Ungarn: In Transleithanien herrschten die Magyaren, in Galizien die Polen, in Böhmen die Tschechen; rücksichtslos wurde das Deutschtum unterdrückt. Im österreichischen Reichsrat führten die nichtdeutschen Abgeordneten das große Wort; in den Verhandlungen der Delegationen mußte jeder Fortschritt auf Kosten der Deutschen erkauft werden. Der Deutschenhaß der Polen, Tschechen, Magyaren, Slowenen wurde von Jahr zu Jahr schlimmer. Zwar hatten die 12 Millionen Deutschen in dem Gesamtstaat Österreich-Ungarn die relative Mehrheit; aber wie gering war ihre politische Macht!

2. Folgenschwer sind die großen Wanderungen gewesen: 6 Millionen Deutsche hat man im 19. Jahrhundert nach Amerika auswandern lassen, obwohl für sie alle in den polnischen Gebieten Siedelungsland genug vorhanden gewesen wäre, zu sehr niedrigem Preis.

Dazu kam eine starke Binnenwanderung, der Zug vom Land in die Städte, vom Osten nach dem Westen. Deutsche Städte, wie Ofen-Pest und Prag, haben ganz ihren Charakter verloren; die eine ist magyarisch, die andere tschechisch geworden. Die moderne industrielle Entwicklung brachte es mit sich, daß die unteren nichtdeutschen Volksschichten an Zahl ungemein anschwollen, und die demokratische Entwicklung gab dieser Masse die politische Macht. — Aus den vier östlichen Provinzen Preußens (Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien) sind allein in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts 1 Million Deutsche nach dem Westen ausgewandert; denen standen nur etwas über 100000 deutsche Ansiedler gegenüber.

[1]) Der demokratische Gedanke und der moderne Liberalismus haben der Entwicklung des Deutschtums im Osten ungeheuer geschadet. Der deutsche Michel gewöhnte sich daran, für die „Rechte" der Fremdstämmigen mit noch größerem Eifer einzutreten als für seine eigenen Interessen.

Immer gefährlicher wurden die großpolnischen Bestrebungen, die auf eine Wiederherstellung des Königreichs Polen zielten. Seitdem die Polen in Galizien schalten konnten, wie sie wollten, und in der österreichischen Reichshälfte (Cisleithanien) eine hervorragende Machtstellung einnahmen, war hier der Herd ihrer Agitation.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts entschloß sich Bismarck zu Gegenmaßregeln gegen die Polen, zu einer Wiederaufnahme der deutschen Siedelungstätigkeit. 1886 wurde die „Königliche Ansiedlungskommission für die Provinzen Westpreußen und Posen" eingesetzt und ihr 100 Millionen Mark zur Stärkung des deutschen Elements überwiesen. Diese Summe wurde bis 1902 allmählich auf 550 Millionen erhöht. Reichskanzler Fürst Bülow hat am 13. Januar 1902 gesagt: „Ich halte die Ostmarkenfrage nicht nur für eine der wichtigsten Fragen unserer Politik, sondern geradezu für diejenige Frage, von deren Entwicklung die nächste Zukunft unseres Vaterlandes abhängt." 1908 erhielt die preußische Regierung die Vollmacht, in der Ostmark bis zu 70000 Hektar durch Enteignung zu erwerben; merkwürdigerweise machte sie kaum Gebrauch von dieser Befugnis.

Oft hörten wir sentimentale Klagegesänge über das „große Unrecht" der Aufteilung Polens in den Jahren 1772, 1793, 1795; nicht minder wurden gegen die preußische Polenpolitik seit 1886 im In- und Auslande fortwährend Anklagen erhoben. Demgegenüber ist folgendes festzustellen:

1. Die Polen hatten sich völlig unfähig erwiesen, einen eigenen Staat zu bilden, und deshalb das Recht der Selbständigkeit verwirkt. Ohne das energische Zugreifen Friedrichs des Großen (1772) würde das ganze polnische Königreich eine Beute Rußlands geworden sein; damals ist alter deutscher Volksboden unserem Vaterlande wiedergewonnen.

2. Durch die Fürsorge der preußischen Regierung hat sich die polnische Bevölkerung der annektierten Provinzen in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht außerordentlich gehoben und ist zu viel größerem Wohlstand gelangt, als ihre Stammesbrüder in Rußland und Österreich.

3. Der vordringende und angreifende Teil sind in den letzten Jahrzehnten nicht die Deutschen, sondern die Polen gewesen; ja, man könnte der preußischen Regierung den Vorwurf machen, daß sie sich zu sehr auf die Abwehr und Verteidigung beschränkt habe.

4. Sittliche Entrüstung war am wenigsten gerechtfertigt. Denn

die Polen selbst gingen in Galizien, wo sie die Macht hatten, mit brutaler Rücksichtslosigkeit gegen die Ruthenen vor;

die Polen beanspruchten Gebiete als ihren nationalen Besitz, die niemals rein polnisch gewesen sind;

wo in der Welt wurden fremdsprachige Bestandteile des Staates so schonend behandelt, wie in Preußen? Man denke an die Flamen und Italiener in Frankreich, die Iren in England, die Völker in Rußland und in Ungarn!

5. Auch militärische Gründe zwangen uns zu einer Sicherungspolitik an der Ostgrenze, um dort im Kriegsfall eine zuverlässige deutsch-patriotische Bevölkerung zu haben.

C. Der Norden und Süden.

Der Norden.

Solange das alte Deutsche Reich bestand (843/919—1806), hat sich die Zentralgewalt um den Norden am wenigsten gekümmert. Zwar sind Heinrich I. und Otto I. in die jütische Halbinsel vorgedrungen: Heinrich I. hat 934 zum Schutze der Grenze die Mark Schleswig errichtet; Otto I. gründete Bistümer, als ob ihm ganz Jütland gehörte. Aber Konrad II. verzichtete 1027 zugunsten des dänischen Königs Kanut auf die Mark Schleswig, und seitdem ist 8 Jahrhunderte hindurch die Eider als die Nordgrenze des Reiches angesehen worden[1]).

Als nach dem Untergang der Hohenstaufen die kaiserliche Macht immer schwächer wurde, da ward es von Bedeutung, daß die Habsburger bei ihrer Hausmachtpolitik an der Entwicklung des Nordens gar nicht interessiert waren. Wohl haben sie jahrhundertelang im Westen, Süden und Südosten Kriege geführt; aber den Norden des Reiches gaben sie preis. So wurden denn die nördlichen Gebiete in die Geschichte Dänemarks und Schwedens verwickelt:

a) Anfangs überwog die Macht Dänemarks, und unter dänischer Führung wurden 1397 die drei nordischen Reiche (Dänemark, Norwegen, Schweden) durch die Kalmarer Union vereinigt. Als im Jahre 1460 Christian I., König von Dänemark und Herzog von Schleswig, zum Grafen von Holstein ausgerufen wurde, da mußte er zu Rissen infolge des Beschlusses des Rates von Holstein schwören:

> „beide Lande bei ihren Rechten und Freiheiten zu erhalten und daß Schleswig und Holstein ewig zusammen und ungeteilt bleiben sollten."

So entstand das merkwürdige Verhältnis, daß Schleswig und Holstein als eine Einheit betrachtet wurden, durch Personalunion mit Dänemark verbunden, daß aber nur Holstein zum Deutschen Reich gehörte, Schleswig nicht. Nichts kann besser illustrieren, wie lose gefügt das Deutsche Reich damals war.

Vier Jahrhunderte später sollte die schleswig-holsteinische Frage bei der Entstehung des neuen Deutschen Reiches eine bedeutungsvolle Rolle spielen. Als 1848 Friedrich VII. von Dänemark eine Gesamtstaatsverfassung erlassen und die Einverleibung Schleswigs in Dänemark ausgesprochen hatte, ging ein Sturm der Entrüstung durch ganz Deutschland. Es kam zum Krieg; aber die Einmischung Englands und Rußlands und das Londoner Protokoll lieferten 1852 beide Herzogtümer an Dänemark aus.

[1]) Wiederum ein Beweis, wie wenig der Vorwurf berechtigt ist, die Deutschen seien „ein Erobervolk".

Nach dem Tode Friedrichs VII. erhoben sich die Herzogtümer von neuem; der deutsch-dänische Krieg 1864 befreite sie von Dänemark, und der preußisch-österreichische Krieg 1866 machte sie zu einer preußischen Provinz. Dänemark hatte im Wiener Frieden von 1864 bedingungslos auf Schleswig-Holstein verzichtet und im voraus alle Anordnungen anerkannt, welche Österreich und Preußen über diese abgetretenen Länder treffen würden. — 1866 trat Österreich im Prager Frieden seine Rechte auf Schleswig-Holstein an Preußen ab, mit einer Einschränkung; es hieß nämlich der Artikel 5:

> „Seine Majestät der Kaiser von Österreich überträgt auf Seine Majestät den König von Preußen alle Seine im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig, mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen."

Die Verhandlungen, welche Preußen alsdann mit Dänemark über die Ausführung dieses Artikels eröffnete, wurden 1868 abgebrochen, weil Dänemark sich weigerte, auf Garantien zum Schutze der deutschen Nordschleswiger einzugehen. 1878 wurden in einem Vertrag zwischen Österreich und Preußen jene Worte des 5. Prager Artikels

> „mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollten"

außer Gültigkeit gesetzt. Damit war die schleswig-holsteinische Frage endgültig erledigt.

b) Schweden[1]) spielte im 16. und 17. Jahrhundert die Rolle einer Großmacht, besaß Finnland, Karelien, Ingermanland, Estland, Livland und beherrschte die Ostsee. Nach dem 30jährigen Kriege erhielt es 1648 im Westfälischen Frieden Vorpommern mit der Odermündung, Wismar, das Herzogtum Bremen mit der Hauptstadt Stade, Verden.

1721 fiel nach dem Nordischen Krieg die Odermündung mit Stettin und Vorpommern bis zur Peene an das Königreich Preußen.

[1]) Vgl. S. 112 f.

1814/5 nach den Freiheitskriegen der Rest von Vorpommern.

1866 wurden die Herzogtümer Bremen und Verden zusammen mit Hannover preußisches Gebiet.

1890 wurde Helgoland von England an Preußen abgetreten.

Der Süden.

Für den Süden ist jahrhundertelang die Reichsgrenze so unklar gewesen, daß in manchem Geschichtsatlas doppelte Grenzen angegeben sind.

Zur Zeit Ottos I. des Großen (936—973) reichte das deutsche Königreich weit in den Nordosten Italiens hinein, bis vor die Tore Venedigs. Und tatsächlich ist die Bevölkerung im heutigen Welschtirol und an beiden Seiten der Etsch bis nach Verona hin das ganze Mittelalter hindurch rein deutsch gewesen. Auch heute noch ist sie der Abstammung und Rasse nach überwiegend deutsch und nur sprachlich und politisch verwelscht. — Otto der Große wurde 952 König von Italien und 962 römischer Kaiser. Die universalen Ansprüche, die mit diesem römisch-deutschen Kaisertum verbunden waren, sind der Hauptgrund für die Unklarheit der südlichen Reichsgrenze gewesen. Dazu kam, daß Italien nicht, wie Frankreich und England, frühzeitig zur Einheit gelangte, sondern ebensolange zersplittert blieb, wie Deutschland. Wichtig wurde, daß das habsburgische Kaiserhaus bis zum Jahre 1866 Teile Italiens besaß.

Erst die Einheitsbewegung des 19. Jahrhunderts (1859 bis 1870) hat dem Königreich Italien eine feste Nordgrenze gegeben. Man kann es zwar verstehen, daß die Erinnerung an die habsburgische Fremdherrschaft in Oberitalien lebendig blieb; aber die Ansprüche, welche die italienische Irredenta an österreichisches Gebiet stellte, waren weder vom historischen noch völkischen Standpunkte aus gerechtfertigt[1]).

[1]) Wir dürfen nicht vergessen, daß das heutige Oberitalien im Altertum nicht zu Italien, sondern zu Gallien gerechnet wurde und von Galliern (Kelten) bewohnt war; erst in der römischen Kaiserzeit wurde es romanisiert. Aber schon seit dem Ende des 2. Jahrhunderts nach Chr. hat dieses Gebiet durch friedliche Ansiedlung und dann durch die Völkerwanderung so viele Germanen aufgenommen, daß die Bevölkerung sich von den Süditalienern völlig unterscheidet. Später ist Oberitalien jahrhundertelang eng mit Deutschland verbunden gewesen.

2.

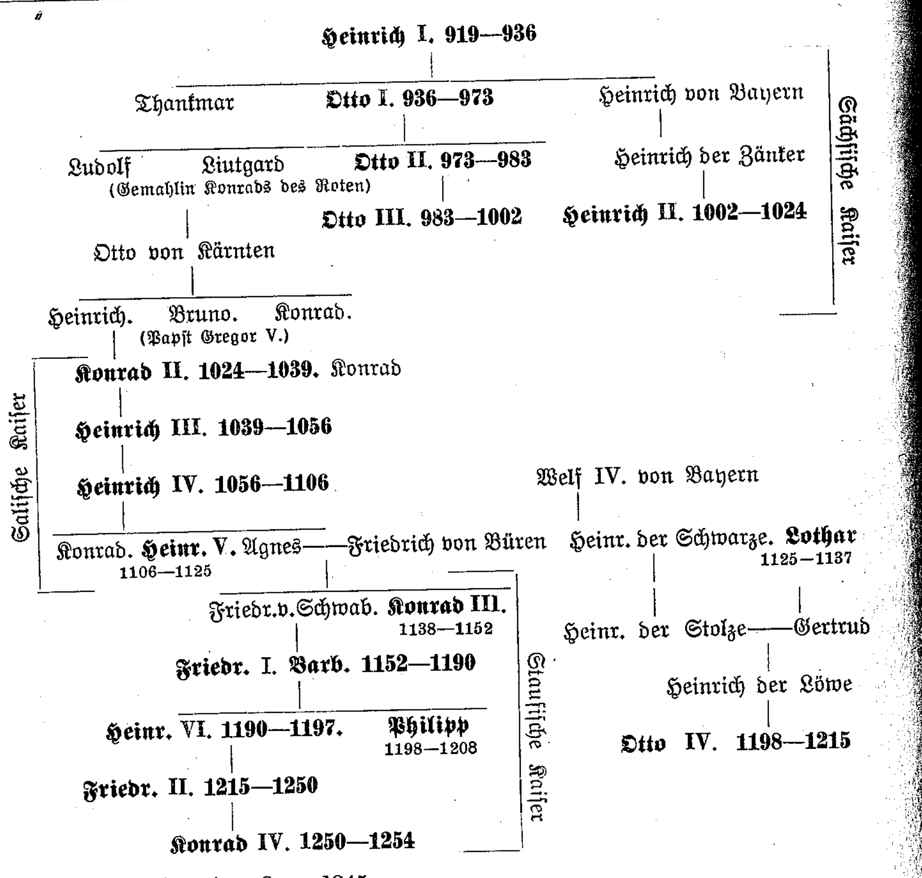
Innere Kämpfe um den deutschen Volksboden.

A. Der Kampf um die Krone; der allmähliche Sieg des Wahlrechts über das Erbrecht.

Von der Tüchtigkeit einzelner Herrscher und Herrscherhäuser hing jahrhundertelang die Macht und Einheit der Staaten und Völker ab. Das gewaltige Reich Karls des Großen war von vier aufeinander folgenden hervorragenden Regenten (Großvater, Vater, Sohn und Enkel) geschaffen; unter den untüchtigen und unwürdigen Nachkommen zerfiel es im 9. Jahrhundert schnell.

Abermals trat ein überragendes Herrschergeschlecht auf, das sächsisch-salisch-staufische Kaiserhaus, dem Deutschland seine führende Stellung während mehrerer Jahrhunderte (10.—13.) verdankte. Es ist das Verdienst Heinrichs I. und Ottos I., die deutschen Herzogtümer zu einer Einheit verschmolzen und das Deutsche Reich geschaffen zu haben.

Im Anfang des 10. Jahrhunderts war der Tiefstand unserer Kultur; man hatte in Europa das Schreiben verlernt. Als nach dem Tode Konrads I. der Sachsenherzog Heinrich I. von den Franken und Sachsen zum König ernannt war (919) und sich dann die Anerkennung der Herzöge von Schwaben, Bayern und Lothringen erzwang, da dachte kein Mensch daran, „Hausgesetze" und „Verfassungsparagraphen" aufzuzeichnen. Die Zukunft hing ganz von der persönlichen Tüchtigkeit seiner Nachkommen ab. Es ist falsch, was man noch immer in Geschichtsbüchern liest, nach dem Aussterben der deutschen Karolinger (911 oder 918) sei Deutschland ein Wahlreich gewesen, von 919—1806. Deutschland ist von 919—1254 kein Wahreich gewesen, sondern allmählich ein Wahlreich geworden. Der folgende Stammbaum zeigt, wie ein König auf den anderen nach dem Rechte der Geburt, dem Erbrecht, folgte.



(Nach dem Konzil zu Lyon 1245
die Gegenkönige
Heinrich Raspe 1246
Wilhelm von Holland 1247—1256.
Dann das sogenannte Interregnum,
die „kaiserlose, die schreckliche Zeit“
1256—1273.)

Nach dem Tode Heinrichs I. (936) hat sich Otto I. in schweren Kämpfen gegen seine Brüder durchsetzen müssen. Auf ihn folgten Sohn und Enkel ohne Widerspruch.

Als Otto III. 1002 und später Heinrich II. 1024 kinderlos starben, entschied der Erzbischof von Mainz, wer nach der Geburt der Nächstberechtigte sei. Auf Konrad II. folgten Sohn, Enkel und Urenkel.

Aber 1076/7 wurde während des Investiturstreites, während des ersten Kampfes zwischen Kaiser und Papst, der Versuch gemacht, das deutsche Königtum ausdrücklich als ein Wahlkönigtum zu bezeichnen; gegen Heinrich IV. wurde Rudolf von Schwaben zum König gewählt und jahrelang war das Reich von blutigem Bürgerkrieg heimgesucht.

Kirchliche Interessen waren die Ursache, daß nach dem Tode des kinderlosen Heinrich V. (1125) nicht sein Neffe Friedrich von Schwaben, sondern

der Sachse Lothar zum Könige gewählt wurde. Aber 1138 kehrte man doch zu dem verwandten Kaiserhaus zurück[1]).

Heinrich VI. (1190—1197) erkannte die zunehmende Gefahr und wollte die Krone verfassungsmäßig in seinem Hause erblich machen. Sein früher Tod brachte jedoch den größten Umschwung des Mittelalters, den allmählichen Sturz der weltlichen und den Sieg der kirchlich-päpstlichen Gewalt. Kirchliche Interessen waren schuld an der Doppelwahl des Jahres 1198 (Philipp und Otto IV.) und an dem langen Bürgerkrieg; kirchliche Interessen haben in blutigem Kampf das glänzende Haus der Hohenstaufen zugrunde gerichtet.

Nach dem Konzil zu Lyon (1245), wo der Papst Innozens IV. den Kaiser Friedrich II. absetzen ließ, standen sich Jahrzehnte hindurch zwei Könige gegenüber:

Friedrich II. † 1250	Heinrich Raspe 1246
Konrad IV. † 1254	Wilhelm von Holland 1247—1256
Alfons von Castilien	Richard von Cornwallis.

Mit dem Untergang der Hohenstaufen hat das Wahlrecht über das Erbrecht gesiegt. Die Entwicklung brachte es mit sich, daß die Frage nach den Wahlberechtigten erst seit 1125, 1198, 1245 eine wachsende Bedeutung erhielt; erst jetzt entstand allmählich das Kurfürstenkollegium. Aber noch lange dauerten die Streitigkeiten und Unklarheiten darüber, wer dazu gehörte: bis 1356 Karl IV. durch die goldene Bulle die Sache fest bestimmte.

Daß Deutschland seit dem 13. Jahrhundert ein Wahlreich war; daß die Krone bis 1347 bald an dieses, bald an jenes Fürstenhaus fiel; daß von 1347—1437 die Luxemburger, von 1438—1806 die Habsburger durch immer neue Wahl des höchsten Ehrenschmuckes gewürdigt wurden: das ist für unser Vaterland das größte Unheil gewesen.

Fragen wir nach der Ursache dieser unseligen Entwicklung, so muß die Antwort lauten: Die Verbindung des deutschen Königtums mit dem römischen Kaisertum ist schuld daran gewesen. Seitdem Otto I. der Große am 2. Februar 962 die Kaiserkrone in Rom erhalten hatte und sich als Nachfolger Karls des Großen fühlte, wurden die deutschen Könige ihren nationalen Aufgaben allmählich entfremdet. Gewiß hat ihre universale Stellung viel Segen gebracht, vor allem die christliche Kirche wiederholt vor vollem Verfall gerettet; aber sie hat dann den unseligen Streit zwischen Kaisertum und Papsttum herbeigeführt, hat die Augen der Kaiser immer von neuem nach Italien gelenkt, hat den nationalen Widerstand der Nachbarvölker und die partikularistische Opposition der heimischen Fürsten entfacht, hat Deutschland zu einem Wahlreich gemacht.

Hätten wir doch Italien und das Papsttum ihrem Schicksal überlassen! Die

[1]) Die Folge dieser Abweichungen vom Erbrecht war der jahrhundertelange Kampf zwischen Staufen und Welfen.

Verbindung des Deutschtums mit dem Welschtum hatte die traurige Folge, daß die deutschen Kaiserkönige immer wieder verwelschten, besonders

die Nachkommen Ottos I. des Großen,
die Nachkommen Friedrichs I. Barbarossa,
die Habsburger.

B. Zunehmende Auflösung des Reiches.

1.

Schwächung der Zentralgewalt, Stärkung der Teilgewalten.

Eine so straffe Zentralgewalt, wie wir sie in den modernen Staaten besitzen, hat man während des ganzen Mittelalters nirgends gekannt. Daß aber unter den sächsischen, salischen und staufischen Kaisern Deutschland in höherem Maße eine Einheit bildete, als die Nachbarländer, das verschaffte ihm für mehrere Jahrhunderte seine überragende Stellung in der Welt.

Im Anfang des 10. Jahrhunderts schien es, als würden ebenso, wie die Vandalen, Burgunder, West- und Ostgoten, Langobarden sich losgelöst hatten, auch die zurückgebliebenen germanischen Stämme der Sachsen, Franken, Bayern, Schwaben, Lothringer ihre eigenen Wege gehen und zu besonderen Völkern und Staatswesen auswachsen. Diese Zersplitterung verhindert, die Stämme zu dem „deutschen" Volk[1]) vereinigt zu haben, ist das dauernde Verdienst der sächsischen, salischen und staufischen Kaiser.

Aber es war das Verhängnis unseres deutschen Volkes, daß, wenn eine Form der Zersplitterung glücklich beseitigt war, sofort eine andere an die Stelle trat. Indem jene Kaiser die Auflösung des Deutschen Reiches in selbständige Stammesherzogtümer verhinderten, schufen sie eine neue Zerstückelung:

Vernichtung der Stammesherzogtümer:

1. Unter Heinrich I. (919—936) erscheint das Deutsche Reich als ein Staatenbund mit monarchischer Spitze. Otto I. (936—973) versuchte, eine Zentralmonarchie zu gründen; er machte die Stammesherzöge zu Beamten, stellte ihnen die Pfalzgrafen als eine Art Kontrolle zur Seite; das Wichtigste aber bestand darin, daß durch ihn die Erzbischöfe, Bischöfe und Äbte zu Reichsbeamten wurden, denen er großen Landbesitz und staatliche Hoheitsrechte übertrug.

2. Seit Karl dem Großen war auch Deutschland in Gaue eingeteilt, an deren Spitze Grafen standen. Die Grafen waren die eigentlichen Reichsbeamten, die im Namen des Königs den Heerbann führten, die Gerichtsbarkeit und die Aufsicht über die königlichen Einnahmen hatten; ihr Lohn war Landbesitz, ein Lehen (beneficium).

Um in diesen Grafen ein Gegengewicht gegen die Stammesherzöge zu haben, ging Konrad II. (1024—1039) dazu über, die Erblichkeit ihrer Lehen und ihrer Stellung anzuerkennen.

3. Am frühesten haben die Stammesherzogtümer Franken und Schwaben ihre Bedeutung verloren. Der Kampf zwischen den Staufen und Welfen führte dahin, daß Friedrich I. Barbarossa (1152—1190) auch die großen Herzogtümer Sachsen und Bayern zerschlug; es entstanden die neuen Herzogtümer Österreich, Steiermark, Westfalen, bald darauf Braunschweig; auch Brandenburg wurde reichsunmittelbar. Seitdem standen die Herzöge nicht mehr über den anderen Fürsten, sondern neben ihnen.

Seit Heinrich IV., besonders aber seit Friedrich I. waren die zahlreichen Ministerialen eine Hauptstütze des Königtums, unfreie Dienstmannen oder Beamte, die allmählich mit den Berufskriegern zu dem Ritterstande verschmolzen.

Neue Zersplitterung.

1. Mehrere Jahrhunderte hindurch ist die Geistlichkeit die wesentliche Stütze der Zentralgewalt geblieben. Aber die langen Kämpfe zwischen Kaisertum und Papsttum führten dahin, daß die Kirche und ihre Träger immer selbständiger und unabhängiger wurden. Seit 1209 und 1213 waren die zahlreichen **geistlichen Fürstentümer** Deutschlands so gut wie souverän. Seitdem bestand bis 1803 ein großer Teil Deutschlands aus Kirchenstaaten: eine besondere Eigenart der staatlichen Entwicklung Deutschlands.

2. Hauptsächlich aus diesen Grafen sind die zahlreichen **weltlichen Fürsten** hervorgegangen; die Hoheitsrechte, die sie ursprünglich als Beamte des Königs hatten, übten sie immer mehr selbständig, im eigenen Namen und aus eigener Machtvollkommenheit aus.

3. Auch die Ministerialen hörten später auf, Beamte zu sein; ihre Dienstlehen wurden erblich. Aus ihnen sind die **Reichsritter** hervorgegangen, die, besonders am Rhein, ihre Reichsunmittelbarkeit bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts behaupteten und ebenso frei, unabhängig sein wollten, wie die Fürsten.

4. Daneben erhoben sich seit dem 10. und 11. Jahrhundert die **Städte** zu immer größerer Selbständigkeit. Sie erlangten Selbstverwaltung und eigene Gerichtsbarkeit, und ihr Streben ging dahin, von den geistlichen und weltlichen Fürsten unabhängig zu sein und niemand über sich zu haben, als den seiner Macht entkleideten Kaiser. Es entwickelte sich in ihnen eine republikanische Verfassung.

Fürsten und Städte haben seit dem Untergang der

---

[1]) Damit hängt es zusammen, daß der Name „deutsch" sich erst im **10. und 11.** Jahrhundert verbreitete.

Hohenstaufen lange Zeit um die höhere Macht gerungen:

1. Bereits im 13. Jahrhundert zählte man 40 weltliche und 60 geistliche Fürstentümer. Die Einheit lag nicht mehr in der Zugehörigkeit zu ein und demselben Stamm, sondern in der Abhängigkeit von ein und demselben Fürsten. — Für die Stärkung der Fürstengewalt war die goldene Bulle (1356) besonders wichtig; durch dieselbe erlangten die sieben Kurfürsten volle Landeshoheit. Ihnen wurden die Regalien, die Unteilbarkeit ihrer Länder und die höchste Gerichtsbarkeit zugesprochen, von der nicht weiter appelliert werden konnte. Das Streben der übrigen Fürsten ging dahin, dieselbe Unabhängigkeit zu erlangen.

Die goldene Bulle zeigt uns auch, wie sehr die Verhältnisse sich verschoben hatten. Unter den sieben Kurfürsten war nur ein Herzog (von Sachsen); die übrigen waren die 3 Erzbischöfe von Mainz, Köln, Trier, der König von Böhmen, der Markgraf von Brandenburg, der Pfalzgraf bei Rhein.

2. Dem gegenüber stand die wachsende Zahl der Städterepubliken. Sie schlossen sich zu „Einungen“, Verbindungen, zusammen: zum Schwäbischen Bund, Rheinischen Bund, besonders aber zur Hanse.

Zwischen den Fürsten und den mächtig aufstrebenden Städten kam es zu zahlreichen Kämpfen. Eine Zeitlang schien es, als würde ein großer Teil Deutschlands republikanisch werden. Aber seit dem Ende des 14. Jahrhunderts war **der Sieg des territorialen Fürstentums entschieden; auf ihm beruhte Deutschlands Zukunft;** es gelang ihm, die meisten Städte zu unterwerfen.

Dennoch haben sich bis zum Untergang des ersten Reichs, d. h. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, über 50 freie Reichsstädte behauptet, mit völliger Selbstverwaltung, eigener Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und eigenem Heerwesen. Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts waren die Reichsstädte auch regelmäßig auf den Reichstagen vertreten.

Umsonst waren alle Versuche, der Auflösung des Reiches zu steuern und eine stärkere Zentralgewalt zu schaffen. Der bedeutendste wurde unter Maximilian I. auf dem Reichstage zu Worms (1495) und den folgenden Reichstagen gemacht. Man faßte Beschlüsse über:

ein Reichsregiment,
die Reichsfinanzen,
das Reichsheer,
das Reichskammergericht,
den allgemeinen Landfrieden.

Aber von Erfolg sind diese Bestrebungen nicht gewesen.

Reformation und Gegenreformation haben dazu beigetragen, die Fürstengewalt zu stärken. In den evangelischen Territorien wurde der Fürst das Haupt der Landeskirche. Schon in der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts begann die Säkularisation der deutschen Kirchenstaaten, wodurch manche Fürsten nicht nur äußerlich an Macht wuchsen, sondern auch wichtige staatliche Aufgaben übernahmen. Durch die Bestimmung des Augsburger Religionsfriedens (cuius regio, eius religio) wurde die Entscheidung über das Bekenntnis in die Hände des Landesfürsten gelegt.

Jedesmal wenn die Fürsten durch die wachsende habsburgische Hausmacht ihre Selbständigkeit, ihre „teutsche Libertät“, gefährdet glaubten, schlossen sie sich, ohne Unterschied der Konfession, zu energischer Abwehr zusammen. Das geschah, als Karl V. 1547/8 auf der Höhe seiner Macht stand; ebenso 1629/30, als Ferdinand II. durch Wallenstein jeden Widerstand niedergeworfen hatte; auch noch 1785 im Fürstenbund, als Josef II. seine Vergrößerungspläne durchzuführen suchte.

Durch den Westfälischen Frieden (1648) erlangten die zahlreichen Fürsten und Reichsstädte volle Selbständigkeit, Souveränität, ja sogar das Recht, untereinander und mit dem Auslande Bündnisse zu schließen; wenn hinzugefügt wurde „außer gegen Kaiser und Reich“, so hatte das keine praktische Bedeutung. Das lange Ringen zwischen „kaiserlicher Majestät“ und „fürstlicher Libertät“ war zugunsten der letzteren entschieden.

Worin lag 1648—1806 die Einheit des Deutschen Reiches?

1. Die kaiserliche Gewalt war gleich Null. Der Kaiser hatte nur noch das Recht, Privilegien zu erteilen, Adelsbriefe auszustellen und Standeserhöhungen vorzunehmen. Seine Einkünfte betrugen gegen 14000 Gulden.

2. Alle wichtigen Entscheidungen (Kriegserklärung, Friedensschluß, Festungsanlagen, Besatzungen) waren an den **Reichstag** übergegangen; auf ihm beruhte die Einheit des Reiches; seit 1663 tagte er regelmäßig in Regensburg. Aber welch eine schwerfällige Maschine war dieser Reichstag! In drei getrennten Kollegien traten die Vertreter zusammen:

a) die Vertreter der 7 (später 9) Kurfürsten;
b) der 33 geistlichen und 61 weltlichen Reichsfürsten, dazu die zwei Vertreter der nicht gefürsteten 38 Prälaten und vier Vertreter der 103 Grafen und Herren;
c) der 51 Reichsstädte[1]).

Innerhalb der drei Kollegien wurde gesondert beraten; wenn irgendein Punkt der Tagesordnung in die geringste Beziehung zur Religion gebracht wurde, so sollte nicht die Majorität der Stimmen entscheiden. Zuletzt galt es, die Gutachten der drei Kollegien in Übereinstimmung zu bringen. Viel kostbare Zeit ging mit dem Streit um die nichtigsten Dinge verloren, um Etikettenfragen, Rangordnung.

[1]) Diese Zahlen gibt Trendelenburg für das Jahr 1771 an.

Eher konnte das Reich von einem auswärtigen Feind niedergeworfen sein, als bis man sich über Abwehr und Verteidigung geeinigt hatte[1]).

3. Das Reichskammergericht, die oberste Instanz für die Rechtsprechung, galt für parteiisch und war in ewiger Geldnot; die Prozesse wurden viele Jahre, ja Jahrzehnte verschleppt. Dazu kümmerten sich die obersten Gerichtshöfe der Fürstentümer nicht um das Reichskammergericht.

4. Das Reichsheer war im 18. Jahrhundert der Spott der Welt; auch standen die meisten Truppen nur auf dem Papier[2]).

2.

Die Aufteilung Deutschlands unter die Nachbarstaaten.

Solange die Nachbarländer nicht gekräftigt waren, hatten die Deutschen trotz ihrer Zersplitterung nach allen Seiten hin sich ausgedehnt, besonders während des 13. und 14. Jahrhunderts im ganzen Osten[3]).

Aber das änderte sich seit dem Ende des 14. Jahrhunderts, und bald wurde ein Stück nach dem andern von den kräftigeren Nachbarstaaten weggerissen[4]).

Die Auflösung des Deutschen Reiches wurde dadurch wesentlich gefördert, daß seit dem Ausgang des Mittelalters immer mehr deutsche Gebiete mit dem Ausland durch Personalunion verbunden waren[5]):

1. Das größte Unglück lag darin, daß jahrhundertelang habsburgische Kaiser an der Spitze des Deutschen Reiches standen, die wesentlich außerdeutsche Interessen verfolgten.
2. 1460 wurde der König von Dänemark Graf von Holstein.
3. Die Könige Schwedens hatten seit 1648 große Besitzungen an Ost- und Nordsee, besonders Vorpommern.
4. Frankreich besetzte 1552 Metz, Toul und Verdun, erhielt 1648 das habsburgische Elsaß, raubte 1681 Straßburg. Diese Gebiete blieben in einem losen Zusammenhang mit dem Reich.
5. 1697 wurde August II. von Sachsen König Polens.
6. 1714 bestieg der Kurfürst von Hannover den Thron Englands.

---

[1]) Am 22. Dezember 1792 wurde der Krieg gegen Frankreich beschlossen; im März 1793 wurde der Beschluß gefaßt, diese Entschließung zu veröffentlichen, und im April 1793 wurde dies ausgeführt.

[2]) In der Schlacht bei Roßbach (1757) hatte das zusammengewürfelte Gesindel Gewehre von so verschiedenem Kaliber, daß von 100 Flinten kaum 20 Feuer geben konnten.

[3]) Vgl. S. 132 ff.

[4]) Vgl. die Zusammenstellungen auf Seite 128 ff. und Seite 135.

[5]) Die Verbindung von Brandenburg mit Ost- und Westpreußen (1618 und 1772) habe ich in obiger Zusammenstellung absichtlich nicht genannt. Denn diese Länder waren deutsch, obgleich sie nicht mehr zum Deutschen Reich gehörten.

Alle diese Könige hatten als deutsche Fürsten ihre Vertreter auf dem Reichstag zu Regensburg, so daß hier Frankreich, Schweden, Dänemark, England, Polen, Ungarn direkt oder indirekt auf die Beratungen und Entschließungen Einfluß ausübten. Im Jahre 1779 erhielt Rußland neben Frankreich eine Art Schutzrecht über die deutsche Reichsverfassung.

Die kläglichen Zustände des Deutschen Reiches fordern zu einem Vergleich mit Polen heraus:

1. Hier wie dort strebte alles auseinander; namentlich war der Reichstag ein Bild größter Zerfahrenheit.

2. Zwar ging beim Deutschen Reich der Abbröckelungsprozeß langsamer vor sich, als bei Polen; aber man könnte auch hier von drei Teilungen sprechen und

die Zeit Friedrichs **III.** (1440—1493) die erste,
die Zeit Ludwigs **XIV.** (1643—1715) die zweite und
die Zeit Napoleons I. die dritte Teilung Deutschlands nennen.

Wodurch ist Deutschland gerettet und vor dem Schicksal Polens bewahrt? Zwar war das Reich seit dem Untergang der Hohenstaufen als Ganzes ohnmächtig; aber all die Jahrhunderte hindurch haben einzelne Teile sich kraftvoll bewiesen. Nach 1648, dem Jahre des tiefsten Verfalls, stieg das Haus Hohenzollern zu immer größerer Macht; seit 1648 war deutsche Geschichte brandenburgisch-preußische Geschichte, bis 1918.

C. Habsburger und Hohenzollern[1]).

1.

Lange Zeit ist die Geschichte beider Fürstenhäuser einander sehr ähnlich gewesen:

Ihre Bedeutung begann zur Zeit des Kaisers Sigmund im Anfang des 15. Jahrhunderts. Damals wurde der Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg Kurfürst von Brandenburg, und der Habsburger Albrecht, der Schwiegersohn Sigmunds, bahnte die Vereinigung der luxemburgischen und habsburgischen Länder an.

Die Hohenzollern haben im Nordosten, die Habsburger im Südosten die Grenzen des Reichs verteidigt und ihr Gebiet erweitert.

---

[1]) Wir sprachen von dem verhängnisvollen Dualismus, der schon in der vorchristlichen Zeit begann und sich wie ein roter Faden durch unsere Geschichte zieht. Seit 2000 Jahren stehen sich zweierlei Deutsche gegenüber: die Armin- und Flavusdeutschen. Dem entsprach in der Neuzeit sowohl der Gegensatz zwischen den 2 Konfessionen als auch zwischen den Hohenzollern und Habsburgern. Dazu kam in der neuesten Zeit der Gegensatz zwischen den Parteien, die man in 2 Gruppen teilen konnte.

Nicht nur die Habsburger, sondern auch die Hohenzollern haben im 15. und 16. Jahrhundert eine schlau berechnete Heiratspolitik getrieben und dadurch mancherlei Gebiete zusammengebracht.

Im 17. und 18. Jahrhundert waren die Länder beider Herrscherhäuser über ganz Deutschland und darüber hinaus zerstreut:

Zu Brandenburg gehörten das außerhalb des Reichs liegende Preußen im äußersten Osten und Kleve im äußersten Westen.

Österreich hatte seine Hauptmacht im Südosten, außerdem aber große Landstriche im Westen: am Bodensee, im Elsaß und seit 1714 in den Niederlanden.

2.

Wenn wir nach dem **gegenseitigen Verhältnis** der beiden Familien fragen, so müssen wir aufs schärfste betonen, daß die Hohenzollern fast immer in geradezu unglaublicher Uneigennützigkeit die habsburgischen Kaiser unterstützt haben, während die Habsburger das Emporkommen der Hohenzollern stets zu hemmen suchten[1]).

1. Während des 30jährigen Krieges stand Brandenburg meist auf seiten des Kaisers.	1. Welche Mühe hat es gekostet, die Erbansprüche auf Pommern durchzusetzen! —
2. Der Große Kurfürst war einer der ersten und eifrigsten Kämpfer gegen Ludwig XIV.	2. Leopold I. hat den Großen Kurfürsten 1675 um seine Ansprüche auf Schlesien geprellt, hat ihn dann 1678 beim Friedensschluß mit Ludwig XIV. schmählich im Stich gelassen. —
3. Friedrich III. (I.) von Preußen hat im Pfälzischen und Spanischen Erbfolgekrieg gegen Ludwig XIV., außerdem gegen die Türken seine tapferen Brandenburger kämpfen lassen; mancher bedeutende Sieg war ihm zu verdanken.	3. Das einzige, was Friedrich dafür erlangte, war die Anerkennung des Königstitels. —
4. Friedrich Wilhelm I. ist wegen seiner Unterstützung des Kaisers Karl VI. mit der eigenen Familie in widerwärtige Konflikte geraten.	4. Der Dank des Kaisers Karl VI. bestand darin, daß er sein Versprechen nicht hielt, das Herzogtum Berg nach dem Erbrecht an Preußen fallen zu lassen. —
5. Friedrich Wilhelm II. und III. haben in den langen Kriegen gegen Frankreich fortwährend sich den Wünschen Österreichs gefällig bewiesen. In den Freiheitskriegen hat Preußen, ja Preußen fast allein den Sieg herbeigeführt.	5. Wie sehr war man auf dem Wiener Kongreß (1814/15) bemüht, Preußen um die Früchte des Sieges zu bringen!
6. Von 1815—1858 sind Friedrich Wilhelm III. und IV. die freiwilligen Vasallen Österreichs gewesen.	6. Metternich und Schwarzenberg haben stets getrachtet, Preußen zu demütigen.

1) Besonders trat dies auf dem Wiener Kongreß 1814/5 hervor, wo die preußischen Staatsmänner die Stellung Österreichs in Deutschland zu stärken suchten, während Metternich kein höheres Interesse hatte, als Preußen nicht stark werden zu lassen.

Friedrich II. der Große ist, bis auf Wilhelm I., der einzige gewesen, der den Habsburgern bzw. Lothringern entgegentrat, eine völlig selbständige europäische Politik führte, allein das Interesse seines eigenen Staates im Auge hatte und dadurch Preußen zu einer Großmacht erhob.

3.

Wie ist es denn gekommen, daß an der Spitze des zweiten Deutschen Reiches die Hohenzollern, nicht die Habsburger standen? Es ist nicht wahr, daß die Hohenzollern durch schlaue, wohlberechnete Ränke in zäher, jahrhundertelanger Arbeit die Habsburger aus dem Reich hinausgedrängt hätten; nein, die Habsburger haben sich selber vor die Tür gesetzt:

1. Die geschichtliche Entwicklung und die eigene Politik führten dahin, daß die Habsburger seit dem 15. Jahrhundert den deutschen Interessen immer mehr entfremdet, die Hohenzollern dagegen, bisweilen gegen ihren Willen, in die nationalen Aufgaben hineingezwungen wurden:

Habsburger.	**Hohenzollern.**
a) Die Verbindung mit Spanien einerseits, mit Ungarn und großen Teilen Italiens anderseits brachte es dahin, daß die Habsburger mehr außerdeutsche als deutsche Interessen hatten. Karl V. ist fast während seiner ganzen Regierung abwesend gewesen.	a) Der Große Kurfürst sprach das Wort: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist“. Er ist souveräner Herr in Ostpreußen geworden; aber seinen dringendsten Wunsch, die Odermündung zu gewinnen, hat er weder 1648 noch 1678 erreicht. Er bekam die geistlichen Fürstentümer Magdeburg, Minden, Halberstadt und wurde so in das Herz Deutschlands gedrängt. —
b) Die Habsburger gaben ihre deutschen Besitzungen im Westen Stück um Stück preis: Elsaß 1648. 1681. 1697. Lothringen 1766. Belgien 1797. 1801.	b) Es waren deutsche Länder, welche die Hohenzollern nach und nach im Osten, Norden und Westen gewannen: Ostpreußen 1618. Westpreußen 1772. Pommern 1648. 1721. 1814. Schlesien 1763. Schleswig-Holstein 1864. 1866. Elsaß-Lothringen 1870/1. Die Siege Friedrichs II. des Großen wurden in ganz Deutschland als Nationalsiege gefeiert. —

c) Auf dem Wiener Kongreß glaubte Metternich, eine besonders kluge Politik zu treiben, indem er auf die Besitzungen im Westen, auch auf den Breisgau, verzichtete, um im Südosten ein großes, zusammenhängendes Reich zu schaffen.

c) Durch die 2. und 3. Teilung Polens (1793 und 1795) geriet Preußen in die Gefahr, ebenso wie Österreich-Ungarn ein halbslawischer Staat zu werden. Auch ging auf dem Wiener Kongreß sein Streben dahin, im Nordosten ein großes, zusammenhängendes Gebiet zu haben. Die anderen Mächte haben damals Preußen gewaltsam in Deutschland hineingezwungen.

2. Die geschichtliche Entwicklung geht nicht automatisch vor sich; von größter Bedeutung sind die führenden Männer. Man vergleiche! Wie viele Helden sind unter den Hohenzollern vom Großen Kurfürsten an, wie viele unbedeutende Personen unter den gleichzeitigen Habsburg-Lothringern! Man braucht nur nebeneinander zu stellen:

den Großen Kurfürsten	und Leopold I.
Friedrich Wilhelm I.	und Karl VI.
Friedrich II. den Großen	und Franz I.
Wilhelm I.	und Franz Josef.

3. Wir würden die Geschichte fälschen, wenn wir nicht bei diesem Kampf um die Vorherrschaft mit allem Nachdruck den Umstand betonten, daß die Hohenzollern evangelisch, die Habsburger katholisch waren. Die Hohenzollern vertraten das romfreie Deutschtum, die Habsburger vertraten die katholisch-klerikale Idee und sanken nach und nach vollständig zu einem Vollzugsorgane des durch und durch deutschfeindlichen Rom herab[1]). Vom deutschen Geistesleben wurde Österreich abgeschlossen.

4. Damit hängt es zusammen, daß der brandenburgisch-preußische Staat seit dem Großen Kurfürsten stets modern gewesen ist und die Fortschritte der Zeit mitgemacht hat:

> Der Große Kurfürst und König Friedrich Wilhelm I. haben ihre zerstreuten Länder zu einem Einheitsstaat zusammengeschweißt mit musterhafter Verwaltung, starkem Heer, gesunder Wirtschaftspolitik, straffem Schulwesen.
>
> Friedrich der Große stand auf der Höhe seiner Zeit; aus dem Polizeistaat wurde ein Rechtsstaat.
>
> Als dann Preußen zu erstarren drohte, erfolgte nach dem Frieden zu Tilsit (1807) die Wiedergeburt: die Aufhebung der Stände, die Selbstverwaltung der Städte, die allgemeine Wehrpflicht.

[1]) Vgl. die Rede des österreichischen Abgeordneten Berger vom 20. Juni 1905.

Und Österreich-Ungarn? Als Josef II. (1780—1790) dem preußischen Vorbild folgen wollte, war es zu spät.

5. Im Jahre 1806 war das alte Deutsche Reich zusammengebrochen, und 1814/5 wurde es nicht wiederhergestellt, sondern es entstand der deutsche Bund mit den beiden Großmächten Österreich und Preußen. Welches sind die **Stufen einer neuen Einigung** gewesen? An erster Stelle müssen wir die literarische Einigung nennen, die durch unsere großen Dichter und Denker Lessing, Goethe, Schiller ... herbeigeführt wurde. Sie waren alle deutsch durch und durch, und ihre unsterblichen Werke haben ein Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit geweckt, das nicht wieder verschwinden konnte. Wir dürfen die Humanitäts- und Menschheitsideen jener Männer ihren Kosmopolitismus, den Standpunkt

„Seid umschlungen, Millionen!
Diesen Kuß der ganzen Welt!"

nicht zu scharf beurteilen. Zum guten Teil war es doch der Ausdruck dafür, daß sie sich nicht als Sachsen, Braunschweiger, Thüringer, Württemberger, Preußen, sondern als Deutsche fühlten. — Napoleon I. hat durch seine Brutalität, ohne es zu wollen, das Nationalgefühl in Deutschland gestärkt; das ist die zweite Stufe. Dann begann die stille wirtschaftliche Arbeit des preußischen Staates. Die Entwicklung des Verkehrs, der Aufschwung der Industrie und des Handels drängten auf die Beseitigung der zahlreichen Schranken hin, und so entstand der preußisch-deutsche Zollverein, 1828—1834, dem allmählich alle deutschen Staaten, außer Österreich, beitraten. Das ist die dritte Stufe. — Die politische Einigung, die vierte Stufe, war seit den Freiheitskriegen die Sehnsucht vieler Patrioten. Es bestand dabei ein Gegensatz zwischen den Großdeutschen und den Kleindeutschen, je nachdem man Österreich in den neuen deutschen Staat aufnehmen wollte oder nicht. 1848/9 tagte die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt; eine Verfassung wurde beraten und beschlossen, die Kaiserkrone dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. angeboten. Damals scheiterte das patriotische Werk aufs kläglichste. — Die nächsten Jahrzehnte führten zu dem Waffengang zwischen Preußen und Österreich 1866. Am 18. Januar 1871 wurde das neue deutsche Kaiserreich proklamiert.

Aber zu diesem neuen Reich gehörte nicht ganz Deutschland; die Niederlande, die Schweiz, vor allem der deutsche Volksstamm in den habsburgischen Ländern war ausgeschlossen. Zwar bestand seit 1879 ein Bündnis zwischen dem deutschen Kaiserreich und Österreich-Ungarn, und wir hofften, daß das Band immer enger würde. Aber wir durften uns nicht darüber täuschen:

a) daß das Bündnis nur Österreich-Ungarn außerordentliche Vorteile brachte und hauptsächlich deshalb fortbestand;

b) daß von der Mehrzahl der Bevölkerung Österreich-Ungarns alles Deutsche in geradezu empörender Weise gehaßt und verfolgt wurde; daß auch die feudal-klerikale Partei das Deutschtum preisgab;

c) daß man nie auf „Dank vom Hause Österreich" rechnen konnte.

Zusatz. An dieser Stelle muß auch der großen Eroberungen gedacht werden, die durch Entwässerung und Bewässerung gemacht sind:

Friedrich Wilhelm I. hat 1718—1722 die Havelbrüche entwässern lassen; 1746—1753 wurde von Friedrich II. dem Großen der Oderbruch, im ganzen 200000 Morgen, in fruchtbaren Ackerboden umgewandelt; später folgte der Warthe- und Netzebruch.

Diese Arbeiten sind später fortgesetzt, und ich will nur bemerken, daß allein in den Jahren 1882—1895 der Umfang der landwirtschaftlich benutzten Fläche in Deutschland von 40 Millionen auf 43¹/₄ Millionen Hektar gestiegen und so ein Gebiet, größer als die Provinz Pommern, neu in Besitz genommen ist[1].

Der Weltkrieg[2].

Wilhelm I. und Bismarck hatten durch ihre siegreichen Kriege und durch ihre kluge Bündnispolitik das geschaffen, was die Steins und Gneisenaus 1814/5 als die Frucht der Freiheitskriege erhofften: ein starkes Mitteleuropa, eine „Garantie der Sicherheit und Ruhe für ganz Europa". Aber Frankreich, England und Rußland empfanden diesen Zustand als eine Fessel; sie warteten mit fieberhafter Spannung auf den Augenblick, wo Mitteleuropa wieder, wie in früheren Jahrhunderten, Beuteobjekt für ihre Angriffslust werden könnte.

Die Vorbereitung.

Allmählich gelang unseren Feinden eine völlige politische, völkische und kirchliche Einschnürung des Deutschen Reichs. Was Bismarck mit äußerster Anstrengung verhütet, was den Inhalt seiner schlimmsten Befürchtungen und schrecklichsten Träume gebildet hatte, das trat infolge der Michelei seiner Nachfolger ein. Das ganze Ausland schloß sich immer mehr gegen uns zusammen. Die alten Gegensätze zwischen Frankreich und Rußland, Frankreich und England, England und Rußland traten zurück; es kam zwischen diesen drei Großmächten zu Verträgen, die ein enges Bündnis herbeiführten. Mit Erfolg warben sie um die Freundschaft Italiens. Die militärischen Rüstungen überschritten alles in der Weltgeschichte Dagewesene; von allen Seiten her sollten wir erdrosselt werden.

Ebenso wichtig war folgendes: Wir sprachen von den großen „Zwischenländern" bez. Grenzgebieten in unserem Westen und Osten, um die seit Jahrhunderten gerungen wurde. Hier ließen unsere Feinde mit großem Geschick „Pufferstaaten" und „Puffervölker" stark werden, in denen sie gegen das Deutsche Reich hetzten und künstlich die Vorstellung erweckten, es drohe ihnen von uns Gefahr. Belgien schloß 1911/2 eine Militärkonvention mit Frankreich und England.

Und wir Deutschen? Wir waren „saturiert"[1]. Nach Bismarcks Entlassung (1890) schien die Aufrechterhaltung des Bestehenden (status quo) für unsere leitenden Staatsmänner der Inbegriff aller politischen Weisheit zu sein; sie spotteten über die „Schwarzseher", die mit ernsten Worten auf die dunkeln Gewitterwolken hinwiesen. Verhängnisvoll war ihre Passivität, ihr unwürdiges Zurückweichen

in der südafrikanischen Frage (seit 1897),
in dem Streit um Marokko (seit 1904),
in den Balkanwirren (seit 1909),
in der Frage der Bagdadbahn.

Die Wirkung blieb nicht aus; das Ansehen des Deutschen Reichs sank dahin.

Unsere Hoffnungen während des Weltkriegs.

Da kam der Weltkrieg; Mitteleuropa, d. h. das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, wehrte den Angriff der ganzen Welt ab und drang tief in Feindesland ein.

Übersicht.

1. Die wachsende Ausdehnung des Kriegs:

Im Herbst 1914 traten (außer dem Dreiverband) Serbien, Montenegro, Belgien, Japan, Portugal in den Krieg gegen uns ein.

Im Mai 1915 brach Italien, im August 1916 Rumänien die Treue.

Im Frühjahr 1917 gaben die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre „Neutralität" auf, und dann wurden noch die meisten süd- und mittelamerikanischen Staaten, auch China in den Krieg gegen uns hineingezogen.

---

[1]) Die Innenkolonisation ist im Dritten Reich Adolf Hitlers tatkräftig fortgesetzt, in einem viel größeren Umfang als früher. Darüber berichtet der letzte Abschnitt des Buches.

[2]) Weil der Weltkrieg nach dem Ausspruch des russischen Ministers Goremykin nicht nur ein Kampf gegen das Deutsche Reich, sondern gegen das ganze deutsche Volkstum war, so ist seine Bedeutung als Völker- und Rassekrieg an späterer Stelle hervorgehoben; hier handelt es sich vornehmlich um territoriale Fragen.

[1]) Welch ein Mißbrauch wurde mit dem Ausspruch Bismarcks getrieben: „Wir sind saturiert!" Das Wort bedeutete keineswegs ein dauerndes Programm, sondern war zu dem bestimmten Zwecke geprägt, um nach den siegreichen Kriegen 1864, 1866, 1870/1 die europäischen Staaten zu beruhigen.

2. Mit der Zahl der Feinde wuchs das preußisch-deutsche Heldentum:

Der Krieg begann mit einem Siegeslauf im Westen durch Belgien und Nordfrankreich; trotz der Niederlage an der Marne behaupteten sich unsere Truppen weit in Feindesland.

Im Osten warfen Hindenburg und Ludendorff durch die Siege bei Tannenberg und in Masuren die eingedrungenen Russen zurück. Im Mai 1915 begann ein neuer Siegeslauf, der weit bis in das Jahr 1916 fortdauerte: Galizien befreit; Polen, Litauen, Kurland, Serbien erobert; die Verbindung mit Bulgarien und Türkei hergestellt. Rumänien wurde im Winter 1916/7 niedergeworfen. 1917 eroberten deutsche Truppen Riga und Ösel; als die Friedensverhandlungen mit Rußland scheiterten, wurden 1918 Livland und Estland besetzt; deutsche Heere rückten in die Ukraine ein und kamen bis nach Odessa und der Krim. Im Westen wurden 1918 erfolgreiche Offensiven unternommen.

Würdig zur Seite stellten sich die Heldentaten auf dem Meere und in den Lüften. Wir denken vor allem an den großen Seesieg am Skagerrak im Mai 1916.

Trotz aller Siege verfolgten wir keine imperialistischen Ziele und Weltherrschaftspläne. Unsere Wünsche gingen auf ein starkes Mitteleuropa; sie beschränkten sich auf die Zwischenländer bez. Grenzgebiete, und wir hofften, daß in ihnen wiederum, wie im 14. Jahrhundert, das Deutschtum ausschlaggebend sein würde.

Zusammenbruch.

Durch eigene Schuld haben wir den Krieg verloren; auch ist unsere Michelei mit verantwortlich für den Verrat Bulgariens und Österreich-Ungarns. Mitteleuropa wurde wiederum, wie in früheren Jahrhunderten, Spielball der Nachbarstaaten. Der alte Kampf um die Zwischenländer war zu unseren Ungunsten ausgelaufen:

Frankreich erhielt Elsaß-Lothringen;
Belgien Eupen-Malmedy;
Dänemark Nordschleswig;
Italien Südtirol.
Im Osten erstrecken sich drei starke Slawenreiche von Danzig bis Triest: Polen, Tschecho-Slowakei, Südslawien. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn haben weite Gebiete an sie abtreten müssen, auch an Rumänien.
Danzig und Memel sind vom Deutschen Reich getrennt.

So ging, was die Hohenzollern während des 17., 18., 19. Jahrhunderts in den Grenzgebieten gewonnen hatten, zum großen Teil wieder verloren.

III.

Wirtschaftliche Kämpfe und Handelspolitik[1]).

Nicht nur um ihren Anteil an der Erdoberfläche haben die Staaten und Völker miteinander gerungen, sondern auch um ihren Anteil am Wirtschaftsleben und Handel; diese Kämpfe gehören in das Kapitel „Verteilung der Welt". Bei gesunden, lebenskräftigen Völkern ist hier wie dort nicht eine Doktrin, sondern nur das eigene Interesse maßgebend gewesen[2]).

A.

Stadtwirtschaft.

(Handelsherrschaft einerseits Venedigs, anderseits der Hanse.)

Das Reich Karls des Großen löste sich im 9. und 10. Jahrhundert in zahlreiche Feudalherrschaften auf mit den primitivsten Zuständen. Zwar schlangen Kaisertum und Papsttum ein einigendes Band um die Völker von Mittel- und Westeuropa; aber dieses Band war doch oft genug so lose, daß man nichts davon spürte. Allenthalben war man zu rein agrarischer Eigen- und Naturalwirtschaft zurückgekehrt.

Erst allmählich zogen die Städte den Marktverkehr der Umgegend an sich, und dann wiederholte sich eine Entwicklung, die im Altertum Jahrhunderte hindurch die größte Rolle gespielt hat: das Aufblühen einzelner mächtiger Stadtstaaten. Merkwürdig! je mehr in Italien und Deutschland die Zentralgewalt geschwächt wurde, um so stärker und mächtiger erhoben sich die Städte. Die Hohenstaufen haben sie niederzuhalten gesucht; aber seit dem Ende des 12. Jahrhunderts war der Sieg der Städte für lange Zeit entschieden.

1.

Italien.

Während der Kreuzzüge nahmen Handel und Verkehr mit dem Orient einen neuen Aufschwung; eine Reihe italienischer Städte gelangte zu bedeutendem Reichtum und großer Macht: besonders Venedig und Genua. Die Stadtrepublik Venedig konnte es 1204 wagen, den griechischen Kaiser zu stürzen, in Konstantinopel das sogenannte la-

[1]) In diesem Abschnitt habe ich mich an Schmollers „Allgemeine Volkswirtschaftslehre" II S. 558 ff. angelehnt.

[2]) Leider läßt sich der deutsche Michel immer wieder das, was gerade den Fremden nützlich ist, als allgemeingültige Theorie und Doktrin aufschwatzen.

teinische Kaisertum (1204—1261) zu errichten und so der eigentliche Herr auf der Balkanhalbinsel, im Schwarzen Meer und an wichtigen Plätzen Kleinasiens und Syriens zu werden.

Die Eifersucht Genuas hat es fertiggebracht, daß 1261 das lateinische Kaisertum beseitigt wurde; nun erhielt Genua in Konstantinopel und im Schwarzen Meer so wichtige Vorrechte, daß es tatsächlich den Handel beherrschte. Es folgte ein 130jähriges Ringen zwischen Genua und Venedig, bis schließlich am Ende des 14. Jahrhunderts Venedig als Sieger hervorging.

Man kann von einer Handelsherrschaft Venedigs sprechen: Die benachbarten italienischen Gebiete mit den Städten Verona, Padua, Ravenna wurden unterworfen, ebenso das gegenüberliegende Dalmatien. Aller Handel mußte über Venedig gehen. Die Jonischen Inseln, vor allem Korfu, die wichtigsten Plätze des Peloponnes, zahlreiche Inseln des Ägäischen Meeres, besonders Euböa und Kreta, ja 1489 sogar Cypern kamen in den Besitz der Venetianer. Der Handel mit Indien wurde über Ägypten geleitet, und das Streben ging dahin, diesen gewinnreichen Handel zu monopolisieren und ganz allein in der Hand zu behalten, Venedig zum Brennpunkt des Welthandels zu machen.

Freilich wurde dieses Ziel niemals völlig erreicht. Aber Venedig hat es doch fertiggebracht, die deutschen Kaufleute vom Orient fernzuhalten. Mit den oberdeutschen Städten traf es ein für beide Teile wichtiges Abkommen: Gegen das Versprechen, daß die Venetianer in Deutschland keinen Handel trieben, mußten die Deutschen erklären, daß sie nur in Venedig ein- und verkaufen wollten. Ware wurde gegen Ware umgetauscht; es sollte kein Geld mitgenommen werden. So entwickelte sich ein lebhafter Handel über die Alpen.

2.

Deutschland.

Die zahlreichen Städtebündnisse, welche sich in Deutschland seit dem 12. Jahrhundert bildeten, entstanden meistens im Kampf mit den Fürsten. Von großer handelspolitischer Bedeutung ist nur der mächtige Bund der Hanse geworden. Dieser Bund ist nicht in einem bestimmten Jahre entstanden, sondern hat sich seit dem 12. Jahrhundert allmählich entwickelt; er ist auch nicht in einem bestimmten Jahr aufgelöst, sondern hat allmählich seine Macht verloren. Eine große Bedeutung hatte er von der Mitte des 13. bis zum Ende des 14. Jahrhunderts; in seiner größten Blüte umfaßte er gegen 90 Städte und dehnte sich von Reval bis Brügge, von Köln bis Breslau und Krakau aus.

Wie Venedig im Mittelländischen Meer, so erstrebte die Hanse an den Küsten der nordischen Meere, der Nord- und Ostsee, eine Handelsherrschaft. Es war ein großer Vorteil gegenüber den sich ewig bekämpfenden italienischen Städten, daß die verbündeten Städte der Hanse draußen gemeinsam und einheitlich vorgingen, gemeinsame Niederlassungen, gemeinsame Kontore, gemeinsame Privilegien und Monopole hatten. Gemeinsam begründeten sie ihre Handelsherrschaft in England, Dänemark, Schweden, Norwegen und Rußland. „Statt kurzen Aufenthaltes erwarben sie für ihre Kaufleute das Recht, jahraus jahrein zu bleiben, eigenes Gewicht, eigene Packer, eigene Leichterfahrzeuge zu brauchen, überall im Lande umherzureisen, im Detail zu verkaufen; sie ließen sich Freiheit von allen Verkaufstaxen der Obrigkeit verwilligen, und was die Zölle betrifft, niedrigere als die aller Fremden, oft als die der Bürger, oft sogar volle Zollfreiheit, wo die Landeskinder Zoll zahlten; wo Wertzölle bestanden, sicherten sie sich altherkömmliche niedrige Wertdeklarationen"[1]).

Als 1361 der König von Dänemark Wisby eroberte und den Handel stark beeinträchtigte, trat 1367 der berühmte Hansetag zu Köln zusammen. Man beschloß einen Krieg gegen Dänemark, der siegreich beendet wurde; 1370 mußten Dänemark und Norwegen noch größere Handelsprivilegien gewähren als bisher. Gleichzeitig setzte die Hanse Albrecht von Mecklenburg auf den Thron Schwedens und erlangte dafür wichtige Privilegien.

Trotzdem konnte die Hanse im 15. Jahrhundert ihre Macht nicht behaupten und verlor im 16. Jahrhundert mehr und mehr an Einfluß. **Weshalb?**

1. Bei der gewaltigen Ausdehnung und Zerstreuung des Bundes waren die Interessen der einzelnen Städte zu verschieden; es entstanden scharfe Gegensätze: Weil Lübeck für den Ostseehandel eine beherrschende Stellung erzwingen wollte, traten die niederländischen Städte aus und wurden aus Anhängern zu erbitterten Feinden der Hanse. Auch die preußisch-livländischen Städte handelten vielfach auf eigene Faust. Die Landstädte fühlten sich zurückgesetzt.

2. Ringsum erstarkten die größeren Reiche:

1386 kamen die Jagellonen auf den Thron und vereinigten Polen und Litauen.

1397 verbanden sich die 3 nordischen Reiche durch die Kalmarer Union. Zwar gelang es der Hanse in schweren Kämpfen, immer von neuem ihre Stellung zu behaupten, ja 1523 sogar die Union aufzulösen. Aber wenige Jahrzehnte darauf hat sie, besonders Lübeck, die Ostseeherrschaft für immer verloren.

Die Niederlande hatten für ihren Handel großen Gewinn von ihrer Vereinigung mit Burgund und später mit Spanien.

1485 kam in England das Haus Tudor auf den Thron; seitdem hörten die Bemühungen nicht auf, die Vorrechte der Hanseaten einzuschränken. 1597

[1]) Schmoller II S. 575.

schloß die Königin Elisabeth den Stahlhof in London und vernichtete den hansischen Handel in England.

3. Während ringsum die Staaten erstarkten, löste sich das Deutsche Reich mehr und mehr auf und konnte den Handel nicht schützen. Als im Jahre 1589 Franz Drake vor der Mündung des Tajo 60 hanseatische Schiffe wegnahm, erfolgten nur nutzlose Beschwerden an die Königin Elisabeth.

Bei dem Niedergange der Hanse spielt die Verlegung der Verkehrswege infolge der Entdeckungen von Amerika und des Seeweges nach Ostindien keine wesentliche Rolle.

B.

Zeitalter des Merkantilsystems.

Vom 15. Jahrhundert drängte alles auf eine größere territoriale und staatliche Handelspolitik hin; das Wirtschaftsgebiet erweiterte sich; an die Stelle der Stadtwirtschaft trat die Staats- und Volkswirtschaft.

Viele Umstände wirkten zusammen:

die zunehmende Geldwirtschaft;
das Erstarken der Nationalstaaten Portugal, Spanien, Frankreich und England in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts. Dort vollzog sich eine Zentralisierung der Regierung; man ging dazu über, stehende Heere und staatliche Flotten zu haben;
dazu kamen die Entdeckungen, die Verkehrswege und der Besitz von außereuropäischen Kolonien.

Die gemeinsamen charakteristischen Zeichen des Merkantilismus sind:

Weitgehender staatlicher Einfluß auf alle wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landes; diese Bevormundung wurde begünstigt durch den Absolutismus; man förderte den eigenen, hemmte den fremden Handel.

Erwerbung von Kolonien und egoistische Ausbeutung derselben; nacheinander strebten Spanien, Holland, Frankreich, England nach einer Welthandelsherrschaft und suchten den Handel zu monopolisieren.

Das Wichtigste lag doch wohl darin, daß jetzt größere Gebiete zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammengeschmolzen wurden, mit möglichster Freiheit des inneren Verkehrs. Die modernen Staaten sind besonders dadurch emporgekommen.

Die Kriege, welche von 1550 bis 1815 geführt sind, wurden wesentlich durch wirtschaftliche und Handelsinteressen veranlaßt.

1.

Portugal und Spanien.

1. Um 1500 legte sich das Osmanische Reich der Türken wie ein Querriegel vor den Orient. Seit der Eroberung von Konstantinopel (1453) war das Schwarze Meer für die Fremden geschlossen; auch die Verbindung mit Indien über Ägypten wurde im Anfang des 16. Jahrhunderts nach der türkischen Eroberung des Landes aufgehoben. Das waren harte Schläge für Venedig und Genua, von denen sie sich nie wieder erholen konnten.

Aber 1498 hatte sich **Portugal** den Seeweg nach Ostindien gebahnt. Lissabon wurde, was Venedig gewesen war, der Stapelplatz Europas. Die Portugiesen rissen den ganzen Handel mit dem Orient an sich und erzielten riesige Gewinne. Es kam vor, daß Gewürze, die für 2 Dukaten gekauft waren, für 180 Dukaten verkauft wurden.

1580 wurde Portugal mit Spanien vereinigt. —

2. **Spanien** hatte seit den Entdeckungsreisen des Kolumbus die größten und reichsten Gebiete von Amerika erobert. Seitdem war Spanien lange Zeit die erste Macht Europas gewesen; noch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gehörte es zu den Großmächten. Gewaltige Reichtümer sind von 1520—1820 von Amerika dorthin geströmt, sechsmal soviel Edelmetall, wie in alle anderen europäischen Staaten zusammen.

Weshalb sind Portugal und Spanien so sehr zurückgegangen?

Portugals[1]) Handelsherrschaft hat im 16. Jahrhundert nur wenige Jahrzehnte gedauert, und Spaniens Weltmacht stand von vornherein auf tönernen Füßen:

1. Schnell und mühelos errungener Reichtum demoralisiert. Die großen Geldsummen, welche aus den Kolonien hereinströmten, wurden nicht zu einem tätigen, produktiven Wirtschaftsleben benutzt, um die Schätze und Kräfte des eigenen Landes zu heben, sondern flossen ins Ausland, woher man seine Bedürfnisse einkaufte. Wir hören nichts von einem kaufmännischen Unternehmungsgeist[2]).

2. Der religiöse Fanatismus beraubte das Land der besten und tüchtigsten Bürger, unterdrückte jede Freiheit, trieb die Niederlande zum Aufstand und Abfall, trug einen brutalen Bekehrungseifer in die Kolonien.

3. Der Handel stand unter strengster Staatsaufsicht und durfte nur auf der staatlichen Flotte geschehen. Eine selbständige Entwicklung der Kolonien zu eigenem Wohlstand wurde abgeschnitten.

4. In blutigen europäischen Kriegen wurde die Kraft des Volkes vergeudet und das Land entvölkert.

Italien, Portugal und Spanien verloren langsam ihren Anteil am Welthandel.

[1]) Über die Kurzsichtigkeit der portugiesischen Handelspolitik vgl. Helmolts Weltgeschichte I S. 447.

[2]) Der Vergleich mit dem Drohnentum des kaiserlichen Rom liegt nahe. Damaschke („Geschichte der Nationalökonomie“ S. 115) weist auch auf die Ähnlichkeit in der Behandlung der Bodenfrage hin und sagt: „Latifundienbesitz hat noch stets Menschen verzehrt. Die Bevölkerungszahl sank schnell dahin.“

2.

Die Niederlande.

Was den Spaniern und Portugiesen fehlte, hatten die Niederländer in reichem Maße: Fleiß, kaufmännischen Unternehmungsgeist und Freiheitssinn. Bei ihnen blühte die Landwirtschaft wie in keinem Staate der Welt. Die Erzeugnisse ihrer Industrie (Tuche, Gold- und Silberstoffe, Waffen, Leder, Seiden- und Baumwollwaren) gingen in alle Welt; ganz bedeutend war ihre Fischerei. Den Zwischenhandel, den die Portugiesen merkwürdigerweise aus der Hand gaben, rissen die unternehmenden Niederländer an sich, und Antwerpen wurde der bedeutendste Stapelplatz der Welt; von hier gelangten die portugiesisch-ostindischen Waren in alle Länder Europas; hier wurden die größten Geldgeschäfte gemacht. Antwerpen wurde mächtiger und reicher, als Venedig je gewesen war.

1579 rissen sich die nördlichen Landesteile von Spanien los und wurden in einem 70jährigen Kampfe um ihre religiöse und politische Freiheit (1579—1648) die stärkste Seemacht und das reichste Land der Welt.

Von Antwerpen, das 1585 von den Spaniern erobert wurde, ging der Handel nach Amsterdam über. Amsterdam ist 1585—1750 das Zentrum des Welt-, Kolonial-, Kredit- und Geldhandels gewesen.

Als Lissabon 1580 spanisch geworden war und die Holländer sich dort nicht mehr mit den ostindischen Waren versorgen konnten, fuhren sie selbst um Afrika herum und eroberten seit 1595 die portugiesischen Kolonien. 1602 wurde die Ostindische Handelskompagnie gegründet, und 1621 erhob sich auf der Insel Java die Stadt Batavia, welche das Zentrum der niederländischen Besitzungen wurde.

1648 kam der Friede mit Spanien zustande. Die Niederländer setzten die Schließung der Schelde durch und zerstörten so den Wettbewerb der südlichen, spanisch gebliebenen Niederlande, vor allem Antwerpens. Ferner rissen sie den Zwischenhandel nach Spanien und den spanischen Kolonien an sich.

1661—1703 wurde Portugal wirtschaftlich von ihnen beherrscht.

Der gewinnbringende Ostseehandel lag längere Zeit in den Händen der Niederländer.

Der französische Minister Colbert berechnete, daß von 20000 Kauffahrteischiffen der Welt 16000 den Niederländern gehörten.

Die Niederlande sind durch ihren Fleiß und kühnen Unternehmungsgeist, durch ihren Freiheitssinn und ihre Tapferkeit emporgekommen. **Weshalb erfolgte nach 1648 so rasch der Rückgang ihrer Macht?** Der Krieg hat die Holländer stark und mächtig gemacht; der Frieden und engherziger, kurzsichtiger Krämergeist[1]) hat sie geschwächt:

[1]) Was hat sich der holländische Krämergeist alles in Japan und auf Ceylon gefallen lassen, nur um des Geschäfts willen! Vgl. Helmolts Weltgeschichte I S. 186 und

1. Solange die Niederländer gegen die Spanier und Portugiesen kämpften, hatten sie unter den Oraniern eine straffe Zentralgewalt, der sie sich beugten. Nach 1648 verfiel man in die Fehler der mittelalterlichen Städtewirtschaft; Zersplitterung und Eifersucht lähmten die Kräfte des Landes. Die Kaufherren wollten die politische Führung der Oranier nicht mehr ertragen.

2. Aus falscher Sparsamkeit ließ man die Kriegsflotte verkommen und mußte infolgedessen bald manche Demütigung erfahren.

3.

Frankreich.

Von Ludwig XI. an (1461—1483) bis zu Colbert (1661—1683), dem großen Minister Ludwigs XIV., sind alle bedeutenden Könige und Staatsmänner Frankreichs bemüht gewesen, das Land zu wirtschaftlicher Selbständigkeit zu erziehen.

Colberts Tätigkeit ist von größtem Segen gewesen:

1. Er suchte den inneren Markt möglichst frei zu machen, schaffte viele Binnenzölle ab und erleichterte den inneren Verkehr durch Anlage von wichtigen Straßen und Kanälen.

2. Durch staatliche Aufträge, Prämien, Vorschüsse führte er einen gewaltigen Aufschwung der Industrie herbei und war bemüht, daß der Bedarf an Tuch und Leinen, Teppichen und Seide, Spiegel und Glas im eigenen Lande hergestellt würde; auch wurden staatliche Fabriken gegründet, z. B. die Porzellanfabrik in Sèvres.

3. Er förderte den Schiffsbau und auswärtigen Handel; Frankreich erhielt eine starke Kriegsflotte und erwarb am Lorenzstrom und Mississippi ausgedehnte Kolonien.

4. Durch mäßige Zölle suchte er die ausländische Konkurrenz fernzuhalten.

Mehrmals ist das reiche und günstig gelegene Frankreich nahe daran gewesen, die erste See-, Handels- und Kolonialmacht der Welt zu werden. **Weshalb gelang es nicht?** Die Ursache dafür ist weniger in den Einseitigkeiten und Übertreibungen des Merkantilismus zu sehen, die nach Colberts Tod erfolgten, als in der Entartung seiner Herrscher und ihrer falschen festländischen Politik:

1. Zwar hatte Frankreich, was den Niederlanden fehlte, eine straffe Zentralgewalt. Aber dieser Absolutismus diente seit Ludwig XIV. nicht dem Wohle des Vaterlandes, sondern den Launen, der Unsittlichkeit, Verschwendung und Prachtliebe der Herrscher.

2. Frankreich vergeudete seine Kräfte in festländischen Kriegen, in einer törichten Eroberungspolitik.

589: „Die Holländer waren bereit, jährlich eine Gesandtschaft an den König von Ceylon zu schicken, der sie mit Verachtung und Hohn behandelte; die Gesandten wurden gelegentlich mit Stöcken geschlagen, gefangen gesetzt oder selbst getötet — die Holländer ließen sich das alles gefallen."

3. Großen Schaden hat der schroffe Gegensatz der Konfessionen gebracht. Frankreich zerfleischte sich selbst durch lange Religionskriege und beraubte sich durch die Hugenottenverfolgungen der tüchtigsten und fleißigsten Bürger.

4.

England.

Nachdem England eine 300jährige handelspolitische Fremdherrschaft ertragen hatte, wurde es seit den Tagen der Elisabeth (1558—1603) aus dem fremdenfreundlichsten das fremdenfeindlichste Land. Mit rücksichtsloser Energie und Kühnheit verfolgte es das Ziel, sich wirtschaftlich unabhängig zu machen und dann alle Konkurrenten niederzuschlagen. Ihre stärksten Waffen und Mittel sind hierbei gewesen:

die kartellartige Organisation der Kaufleute;
das erstarkende Nationalbewußtsein, welches dem Ausland gegenüber alle Kräfte zusammenfaßte;
zahlreiche Schiffahrtsgesetze;
eine kriegerische Kampfpolitik.

Folgende Stufen der Entwicklung müssen wir unterscheiden:

1. Königin Elisabeth machte England frei von der Handelsherrschaft der Hanse:
1579 wurden alle Vorrechte der Hanse aufgehoben;
1597 wurde der hansische Stahlhof in London geschlossen und der hansische Handel in England vernichtet. —

1588 wurde der Angriff Spaniens zurückgeschlagen, und seitdem ist viele Jahrzehnte hindurch ein offener und versteckter Krieg gegen Spanien geführt.

2. Seit 1651 richtete sich der Handelsneid gegen die Niederländer:
1651 erfolgte der bedeutendste Schlag durch die berühmte Navigationsakte Cromwells[1]). Ihre wichtigsten Bestimmungen waren, einschließlich der Ergänzungen im 18. Jahrhundert, folgende:

α) Aus den europäischen Staaten dürfen Waren nach England nur in englischen Schiffen oder in solchen des Ursprungslandes und im letzteren Falle mit doppeltem Zoll eingeführt werden.

β) Aller Küstenhandel ist den englischen Schiffen vorbehalten.

γ) Nach den englischen Kolonien dürfen nur englische Schiffe Handel treiben; die dort eingeführten Waren müssen direkt aus England kommen; die Kolonialwaren müssen von den Kolonien direkt nach England oder anderen englischen Kolonien gebracht werden.

In blutigen Schlachten wurden die Niederländer besiegt, 1664 Neu-Amsterdam überrumpelt (Neuyork) und der Grund gelegt für die wichtigen Kolonien Neuyork und Neujersey.

Als 1689 Wilhelm von Oranien den englischen Thron bestieg, waren Holland und England in dem Pfälzischen und in dem Spanischen Erbfolgekrieg Verbündete gegen Ludwig XIV. Aber wie hat England die Niederländer übervorteilt und über-

[1]) Friedrich List nennt die Navigationsakte den „Fehdehandschuh, den die werdende Suprematie von England der herrschenden Suprematie von Holland ins Gesicht warf."

listet! Es ließ sich den gewinnreichen Negerhandel übertragen und große Handelsvorteile in Spanien einräumen. 1703 schloß es mit Portugal den Methuenvertrag; seitdem ist dieses Land in wirtschaftlicher Abhängigkeit von England.

3. Dreimal wurde Frankreichs Seemacht vernichtet:
zuerst in den Kriegen gegen Ludwig XIV.;
später im Siebenjährigen Krieg;
dann in den Kämpfen gegen Napoleon I.

Berühmt und berüchtigt ist die brutale Rücksichtslosigkeit, mit der die Engländer ihr Ziel verfolgten:

Die Niederländer wurden vergewaltigt, Neu-Amsterdam 1664 überrumpelt;

grausam waren die Barbareien in Indien;

das 18. Jahrhundert ist voll von den Greueln der englischen Negerjagden.

Was das Eigentum am Meer angeht, so wurde kühn behauptet, das britische Reich gehe bis zu den gegenüberliegenden Küsten.

Besonders großen Gewinn zogen die Engländer aus dem Schmuggel und dem Kaperwesen. „Keine Nation hat während der Kriege so sehr private Seeräuber mit der staatlichen Erlaubnis ausgestattet, befreundete und neutrale Handelsschiffe unter der Angabe, sie führten Kriegswaren, aufzubringen."

England hat im spanischen Erbfolgekrieg heimliche Verträge mit Portugal und Spanien geschlossen, die gegen seinen Bundesgenossen Holland gerichtet waren.

England hat am Ende des Siebenjährigen Krieges seinen Verbündeten, Friedrich den Großen, treulos im Stich gelassen.

Irlands Wollindustrie wurde vernichtet.

In den Kolonien, besonders in den Neuenglandsstaaten, wurde alle Industrie verboten.

1807 wurde Kopenhagen überfallen und die dänische Flotte unter Nichtachtung des Völkerrechts fortgeführt.

Die Folge des überspannten Merkantilismus war der Abfall und Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten von Nordamerika. England hat sich aber schnell von dem gewaltigen Verlust erholt.

Zum letztenmal sind alle barbarischen Mittel des Merkantilismus angewandt in dem Krieg zwischen Napoleon I. und England. Napoleons Kontinentalsperre (1806—1814) sollte das ganze europäische Festland von England abschließen. Es war eine törichte Maßregel, die wirkungslos bleiben mußte und die ihn immer weiter fortrieb auf der Bahn maßloser Ländergier, bis er zugrunde ging.

5.

Brandenburg-Preußen.

Das Bild, welches Deutschland nach dem unseligen 30jährigen Krieg neben den blühenden Nachbarländern bot, war überaus traurig. Wirtschaftlich war es ganz vom Ausland abhängig, die Flußmündungen in den Händen der Fremden.

Was wäre aus Deutschland geworden ohne das Haus Hohenzollern, ohne Brandenburg-Preußen! Der Große Kurfürst, die Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. der Große waren unablässig bemüht, ihre Gebiete zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschließen, die Landwirtschaft und Industrie im eigenen Land mit allen Mitteln zu fördern und sich so vom Ausland unabhängig zu machen; ja, sie dachten sogar daran, den Zwischenhandel zwischen dem Osten und dem Westen an sich zu reißen.

Es war eine harte Arbeit, die Sonderinteressen unter die Gesamtinteressen zu beugen. Besonders gingen die Wünsche der Ritterschaft und der Städte weit auseinander: die Ritterschaft drängte nach Erleichterung der Ausfuhr von Getreide, Wolle, Vieh, Holz; die Städte wollten im Interesse der städtischen Gewerbe und der städtischen Nahrung den Export der Landeserzeugnisse erschweren. Die Hohenzollern suchten die Gegensätze auszugleichen; sie haben die Landwirtschaft in jeder Weise gehoben, aber zugleich durch Einfuhr- und Ausfuhrverbote die städtische Industrie und den Handel gefördert.

1660 wurde die brandenburgische Staatspost eingerichtet, welche bald eine der besten und billigsten war.

Zahlreiche Kanäle wurden gebaut, um den Binnenhandel zu fördern:
der Müllroser Kanal 1662—1668,
der Plauensche Kanal 1743,
der Bromberger Kanal.

An Oder, Netze, Saale, Ruhr wurden im Interesse der Schiffahrt Stromregulierungen vorgenommen.

Die Erwerbungen von Stettin (1720), Emden (1744), Westpreußen (1772) führten zu zahlreichen Versuchen, einen großen Anteil am Welthandel zu gewinnen.

Am bedeutendsten aber war die Sorge für die heimische Landwirtschaft und Industrie: Kolonisten wurden in das dünnbevölkerte Land gezogen, die Hausindustrie geregelt, Privat- und Aktienbetriebe unterstützt; der Staat selbst gründete Musterbetriebe.

C.

Freihändlerische Handelspolitik.

Im 18. Jahrhundert regte sich auf allen Gebieten des Lebens ein starker Freiheitsdrang der Menschen. Es ist das Zeitalter des erwachenden Individualismus, wo der Einzelmensch gebieterisch seine

„Rechte" forderte; man wollte überall den „natürlichen" Zustand herstellen, kämpfte für eine Befreiung von allen „unnatürlichen" Fesseln:
für Freiheit von Aberglauben und Gewissenszwang[1]);
für Freiheit von dem despotischen, absoluten Regiment;
für Freiheit von aller konventionellen Lüge;
für Freiheit von der sozialen Ungleichheit der Stände;
für Freiheit von den Fesseln des Wirtschaftslebens in Ackerbau, Industrie und Handel.

„Rückkehr zur Natur!" „Freiheit und Gleichheit!" wurde die Parole. Auch die Schranken zwischen den Völkern und Staaten wollte man beseitigen; ein Menschheitsideal leuchtete vor, und man redete von „allgemeinen Menschenrechten", vom „Völkerfrieden".

Der Merkantilismus hatte sich überlebt. Das Gute, das er gebracht hatte, nämlich die staatliche Einheit und die Zusammenfassung der Kräfte, wurde als selbstverständlich hingenommen. Man empfand in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts nur die Härten und Übertreibungen, die Auswüchse des Merkantilsystems: die Korruption, den Schmuggel. die Unvollkommenheit der Kontrolle; vor allem aber erschien im wirtschaftlichen Leben der Staat als eine unerträgliche Zwangsanstalt, aus der man sich retten müsse.

1.

Freihandelstheorien.

1. Den **Physiokraten**[2]) in Frankreich erschienen die bestehenden wirtschaftlichen Einrichtungen als künstliche und verkehrte Abweichungen von der Naturordnung, die sie wiederherstellen wollten. Sie bekämpften die Überschätzung der Industrie und des auswärtigen Handels. Quesnay behauptete, allein die Landwirtschaft sei produktiv; der Ackerbau könne dreimal soviel Ertrag liefern; aber er müsse von allen unnatürlichen Fesseln befreit werden, von den Fronden, den ungerechten Steuern, den Hemmungen des Getreidehandels. — Gournay verlangte die Durchführung der „Naturgesetze"; sein Programm war: „laissez faire, laissez passer", „Gebt die Arbeit frei, gebt den Absatz frei!" er bekämpfte jedes Monopol, jede Sonderinteressen. Dem alten Frankreich könne nur geholfen werden durch Befreiung der Arbeit, des Handels und Wandels in Stadt und Land von aller Unnatur.

2. 1776 erschien das Werk des englischen Volkswirtschaftslehrers **Adam Smith:** „Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations"; die Wirkung war eine ungeheure. Hier wird ein völlig

[1]) Vgl. den späteren Abschnitt „Staat, Volk und Kirche".
[2]) Der Name bedeutet, daß sie die „Herrschaft der Natur" herbeiführen wollten.

individualistischer Standpunkt vertreten, die Einwirkungen des Staates auf das Wirtschaftsleben ausgeschaltet; der Staat habe weiter nichts zu tun, als die persönliche Freiheit und das Eigentum zu gewährleisten. Alle Maßnahmen des Merkantilismus erscheinen Smith durch die Klassenherrschaft der Interessenten erschlichen: die Schutzzölle, Ausfuhr- und Einfuhrverbote, das Kolonialsystem, die Monopole; er gebraucht harte Ausdrücke gegen die Lenker der Staaten, die listigen und verschlagenen Tiere, welche die natürliche Ordnung gestört hätten.

Smith fordert völlig freie wirtschaftliche Bewegung und freie Konkurrenz. Er erklärt, die Einzelinteressen kämen von selbst zur Harmonie; das Wirtschaftsleben gehe wie ein Uhrwerk; automatisch regele sich alles; es komme nur darauf an, die falschen Eingriffe der Gesetzgeber, der unter sich verschworenen Kaufleute und Unternehmer zu beseitigen.

Smith betonte die Verschiedenheit der Länder, die Unterschiede des Klimas und sprach von einer internationalen Teilung der Arbeit: das eine Land produziere diese, das andere jene Güter. Man tausche gegenseitig das Mehr aus. Der Vorteil des einen Volkes sei nicht der Nachteil des anderen; sondern Harmonie und Frieden zwischen allen Völkern würden nach Beseitigung der unerträglichen Schranken eintreten. Im Interesse der Konsumenten soll die größtmöglichste Billigkeit der Waren die Handelspolitik beherrschen[1]).

Die weitere Entwicklung des Wirtschaftslebens können wir nicht verstehen, wenn wir nicht den gewaltigen Umschwung berücksichtigen, der sich während des 18. und besonders des 19. Jahrhunderts in Industrie, Handel und Verkehr vollzogen hat.

Die für die Industrie folgenreichste und bedeutendste Entdeckung war der Ersatz der Menschenkraft durch die **Dampfmaschine**[2]). James Watt hat die Dampfmaschine erfunden; die fruchtbarsten Jahre seines Lebens sind 1764—1782. In zahlreiche industrielle Betriebe wurde die Dampfmaschine eingeführt; am wichtigsten war die Verwendung der Dampfkraft zusammen mit der neu erfundenen Spinnmaschine; die Baumwollindustrie nahm einen riesigen Umfang an.

Im 19. Jahrhundert hat die Technik Fortschritte gebracht, durch welche die Menschen einander viel näher gerückt sind und Raum und Zeit eine ganz andere Bedeutung gewonnen haben:

Die **Dampfschiffahrt:** 1807 fuhr auf dem Hudson bei Neuyork das erste Dampfschiff, 1818 der erste Dampfer über den Atlantischen Ozean. 1914 fuhren, außer den kleinen Küstendampfern, gegen 24000 große Dampfschiffe

---

[1]) Es war ein Ideal, dem die Menschheit zustreben sollte. Smith hat selbst seine Handelsfreiheit für ebenso undurchführbar erklärt, wie die Utopia des Thomas Morus. Seine Nachfolger waren nicht so bescheiden. Vgl. Schmoller S. 607.

[2]) Watt und Stephenson waren mehr „Vollender“ als „Erfinder“. In der Vorgeschichte der Dampfmaschine spielten deutsche Erfinder eine wichtige Rolle; aber in Deutschland fehlte damals das Kapital, um die Erfindung fabrikmäßig zu verwerten.

auf den Meeren. Der Raumgehalt hat sich in den letzten 40 Jahren verzehnfacht. 1818 gebrauchte man 26 Tage von England nach Amerika, 100 Jahre später 5—6 Tage.

Die **Dampfeisenbahnen:**

1826 eröffnete Stephenson die erste Verbindung zwischen Liverpool und Manchester.
1835 Nürnberg-Fürth.
1838 begann an 7 verschiedenen Stellen Deutschlands der Eisenbahnbau in größerem Maßstabe.

Bald folgten internationale Abmachungen über den Eisenbahnverkehr.

1840 betrug die Gesamtlänge der Eisenbahn der Erde 8000 km, heute $1^1/_4$ Mill. km.
1869 wurde die erste Eisenbahnverbindung zwischen dem Atlantischen und Großen Ozean fertiggestellt (die Pazifik-Bahn).

Von Lissabon bis Wladiwostok geht ein ununterbrochener Schienenweg.

Dazu ist der Verkehr durch **Kanäle** erleichtert:

1869 wurde der Suez-Kanal eröffnet;
1895 der Kaiser-Wilhelm-Kanal;
1915 der Panama-Kanal.

Das 20. Jahrhundert brachte die wunderbare Entwicklung des **Flugverkehrs**. In wenigen Stunden gelangt man von Berlin nach London. Man beginnt schon, den Atlantischen Ozean nach einem festen Fahrplan mit Flugzeugen und Zeppelinen zu überfliegen und dabei nicht mehr nach Tagen, sondern nach Stunden zu rechnen.

Der **Nachrichtendienst** ist wesentlich verbessert:

Weltpostverein;
1833 schufen Gauß und Weber in Göttingen den ersten elektrischen Telegraphen.
1844 ging die erste telegraphische Depesche von Baltimore nach Washington.

Die Erdteile sind durch unterseeische Kabel verbunden.

In den letzten Jahrzehnten sind elektrische Bahnen, Telephon und drahtlose Telegraphie dazugekommen.

Die Entdeckung der Erdoberfläche hat im 19. Jahrhundert gewaltige Fortschritte gemacht. Durch die Dampfkraft ist eine riesige Ausbeutung der Bodenschätze ermöglicht. Die bequemen Verbindungen haben einen Massenverkehr hervorgerufen, wie ihn die Welt nie gekannt hat. Die Großindustrie und die Geldwirtschaft wuchsen ins Ungeheure.

2.

Das Zeitalter der liberalen Handelspolitik,

die unter dem Einfluß der Freiheitstheorie stand, 1783—1875.

1. Zwar zeigten sich schon um 1780 allerlei Wirkungen der Freihandelsbestrebungen. Aber dann kam die französische Revolution und die Napoleonische Zeit mit ihren langen, blutigen Kriegen. 1806/7 glaubte Napoleon I. durch die Kontinentalsperre das verhaßte England vernichten zu können. Auch nach den Freiheitskriegen, nach 1815, blieb man zunächst in den alten Bahnen des Merkantilismus. Es mußten einige Jahre vergehen, bis man sich von den schweren wirtschaftlichen Schädigungen erholt hatte.

2. **1815—1875/9:**

a) Preußen bekannte sich seit 1818 jahrzehntelang zu liberaler Handelspolitik:

> Durch die Steuer- und Zollreform des Jahres 1818 wurden innerhalb des Königsreichs Preußen alle Zollschranken aufgehoben, ein freier innerer Markt hergestellt, die Ausfuhrzölle und Ausfuhrverbote beseitigt, die Eingangszölle an den Grenzen sehr ermäßigt und nach Maß und Gewicht erhoben.
>
> 1819 schloß sich Schwarzburg-Sondershausen an.
>
> **1828** entstanden der preußisch-hessische und der bayrisch-württembergische Zollverein; beide verschmolzen 1834 zum **deutschen Zollverein**, dem allmählich die deutschen Staaten beitraten.
>
> Trotz aller Anfeindungen, namentlich seitens Österreichs, behauptete sich der Zollverein. Besonders gefährlich war das Jahr 1851, als Preußen sich vor Österreich zu Olmütz demütigte. Aber das finanzielle Interesse drängte die deutschen Mittel- und Kleinstaaten, den Zollverein zu erneuern.
>
> Preußen trat für immer weitere Zollermäßigungen ein und trieb besonders 1860—1877 eine freihändlerische Politik. Schließlich wurden einige Zölle völlig aufgehoben, z. B. auf Eisen.

Zweierlei dürfen wir hierbei nicht vergessen:

einerseits handelte es sich hauptsächlich um die Befreiung des inneren Marktes. Deutschland hätte bei seiner politischen Zerrissenheit ohne den Zollverein an dem wirtschaftlichen Aufschwung des 19. Jahrhunderts nicht teilnehmen können;

anderseits suchte Bismarck die Liberalen zu gewinnen und hat sich 1866—1879 wesentlich auf ihre Mitarbeit gestützt. Preußens Handelspolitik seit dem Jahre 1818 hat die Entstehung des Deutschen Reiches vorbereitet; der wirtschaftlichen Einigung folgte die politische Einigung.

b) Auch in England stand die Freihandelsbewegung im engsten Zusammenhang mit politischen und sozialen Freiheitsbestrebungen, vor allem mit dem Verlangen einer Wahlreform für das Parlament. Zugleich fühlte sich die aufblühende Industrie durch den Merkantilismus überall gehemmt und drängte auf Aufhebung der hohen Kornzölle:

> Im Jahre 1837 bildete sich in Manchester die Antikornzolliga; Cobden agitierte eifrig für die Beseitigung aller Monopole und Schutzzölle.
>
> 1846 setzte der Minister Robert Peel die Aufhebung der Kornzölle durch.
>
> Seitdem schritt England auf der Bahn der Freihandelspolitik immer weiter, besonders unter Gladstone. Einfuhrverbote und Ausfuhrzölle wurden beseitigt, die Navigationsakte aufgehoben und die Zollsätze sehr ermäßigt.

Vollständiger Freihandel ist in England nie durchgeführt.

c) Napoleon III. (1852—1870) trat eifrig im Interesse der großen Massen für eine Freihandelspolitik ein. Besonders wichtig war der französisch-englische Handelsvertrag vom Jahre 1860. —

Die Freihandelsbewegung war eine notwendige Reaktion gegen die unerträgliche Ausartung des Merkantilismus, gegen die Privilegien und Monopole, gegen die Bevormundung des Staates; sie stand in engstem Zusammenhang mit dem individualistischen Zuge der Zeit, mit dem Streben nach individueller Freiheit.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese Freihandelsbewegung damals dem gesamten Wirtschaftsleben große Fortschritte gebracht hat:

1. Die Völker und Staaten betrachteten sich nicht mehr als natürliche Feinde, weil der Vorteil des einen stets der Nachteil des anderen sei; vielmehr entwickelte sich allmählich ein milderes Völkerrecht. Die Freiheit der Meere wurde anerkannt, der Sundzoll 1857 aufgehoben, das Schwarze Meer dem Handel geöffnet.
2. Das harte Fremdenrecht verschwand; mehr und mehr wurden die fremden Gewerbetreibenden den einheimischen gleichgestellt.
3. Die Kolonien hörten auf, reine Ausbeutungsobjekte des Mutterlandes zu sein.
4. Die alten Schiffahrtsgesetze wurden aufgehoben.
5. Vor allem erfuhr der internationale Handel, der Verkehr von Staat zu Staat immer größere Erleichterungen. Es schien, als sollten die Handelsverträge mit Meistbegünstigung allmählich alle Länder umfassen und zu völligem Freihandel führen. Einfuhr- und Ausfuhrverbote wurden beseitigt, Durchgangszölle verboten, die Tarife herabgesetzt und auf 10 oder 12 Jahre gebunden. Die Klausel der Meistbegünstigung besagte, daß jede einem dritten Land eingeräumte Vergünstigung sofort und ohne Gegenleistung allen meistbegünstigten Ländern zufallen sollten.

Wir hofften, daß die meisten dieser Fortschritte dauernd bestehen würden. Aber . . .

D.

Die Entwicklung der neuesten Zeit bis 1914.

1.

Rückkehr zum Merkantilismus.

Auch die Freihandelsbewegung hatte ihre bedenkliche Kehrseite:

1. Die Theorie betonte einseitig die Rechte des Individuums und die Gleichheit aller Menschen; sie wollte das Interesse der Staaten und die Verschiedenheit der Völker nicht sehen. Sie irrte, wenn sie

erklärte, bei jedem internationalen Handelsverkehr sei der Gewinn für beide Teile gleich; auch erwies sich der Satz von der internationalen Arbeitsteilung nur zum Teil als richtig.

2. In der Praxis zeigten sich üble Folgen:

a) Der Freihandel führte zu einer Herrschaft des Kapitals[1]), zu einer Ausbeutung der wirtschaftlich und technisch schwächeren Menschen und Völker durch die stärkeren. Zunächst hatte fast nur England Gewinn davon.

b) Aber dasselbe England verlor durch den Freihandel seine blühende Landwirtschaft und den kernhaften Bauernstand.

c) Die Handelsverträge mit Meistbegünstigung setzten voraus, daß alle Staaten sich gegenseitig gleich behandeln würden. Das geschah aber nicht; die Vereinigten Staaten Amerikas gewöhnten sich daran, auf Grund der Meistbegünstigung Vorteile einzustecken, ohne selbst irgend etwas zu gewähren.

d) Vor allem hat die Entwicklung der letzten Jahrzehnte gezeigt, daß die „Menschheit“ keineswegs eine einheitliche und gleichmäßig interessierte Masse ist; vielmehr zerfällt sie in einzelne Staaten und Volkswirtschaften, die das Bestreben haben, selbständige Organismen zu bilden, sich zusammenzufassen und nach außen abzuschließen. Gerade im 19. Jahrhundert ist immer stärker die **Verschiedenheit der Nationen** hervorgetreten; in der Zeit, wo die dynastischen Interessen zurückgedrängt wurden und die Völker die Bestimmung ihres Schicksals selbst in die Hand nahmen, entwickelte sich allenthalben ein starkes Nationalbewußtsein. Die Volksindividualitäten bez. Volkspersönlichkeiten rangen nach Freiheit und Unabhängigkeit, nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

Rußland.

Rußland ging nach dem Türkischen Krieg (1877/78) zu einem Hochschutzzollsystem über:

1881 wurde der Zoll für die eingeführten Waren bis auf 100, ja teilweise 200 Prozent des Wertes erhöht;

1887 wurde ein Fremdengesetz gegeben, das den Fremden den Erwerb von Grundeigentum verbot und die zahlreichen industriellen Unternehmungen der Deutschen russifizieren wollte.

Mit allen Mitteln suchte man seitdem eine eigene Industrie zu schaffen und sich vom Ausland unabhängig zu machen.

Riesige Summen wurden für den Bau von Eisenbahnen ausgegeben.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Bis gegen 1880 legte die Union den Hauptwert auf die Ausfuhr der agrarischen Produkte (Getreide, Baumwolle) und des Petroleums. Dann aber bot man alles auf,

[1]) Karl Marx, der Vater des „Marxismus“, sagt, der Freihandel sei die Freiheit des Kapitals; der internationale Freihandel sei die internationale Ausbeutung.

um in großzügigster Weise eine starke heimische Industrie zu schaffen, und suchte dies wesentlich dadurch zu erreichen, daß man durch hohe Zölle sich geradezu gegen das Ausland absperrte und den Wettbewerb ausschloß.

Durch die Mac-Kinley-Bill vom Jahre 1890 und die Dingley-Bill von 1896 wurden durchschnittlich Zölle von $54^1/_2$ Prozent des Warenwertes festgesetzt.

Riesenfabrikstädte schossen wie Pilze aus der Erde.

Die Union hat sich aber nicht damit begnügt, die ausländischen Erzeugnisse aus dem eigenen Lande zu verdrängen; sie strebte immer mehr dahin, in ganz Amerika und auf dem Stillen Ozean eine Handelsherrschaft zu errichten. Sie begann am Ende des 19. Jahrhunderts eine Eroberungspolitik und brachte Hawaii, Cuba, Portoriko, die Philippinen in ihren Besitz. Ferner sicherte sie sich die alleinige Herrschaft über den Panama-Kanal.

Auch in anderer Beziehung erfolgte eine Rückkehr zum Merkantilismus des 17. Jahrhunderts. Damals hatte die portugiesische Regierung alljährlich festgesetzt, wieviel Zimt in den Handel kommen dürfe; was man darüber hinaus einführte, wurde verbrannt, um den Preis hochzuhalten. In der neuesten Zeit wurde dem „Cold-Storage-Trust“ U.S.Amerikas nachgesagt, daß er ungeheuere Mengen von Eiern, Butter, geschlachteten Hühnern, Fleisch nur deshalb in seinen zahlreichen Kühlräumen aufspeichere, um die Preise der unentbehrlichsten Nahrungsmittel nach Willkür festsetzen zu können.

Frankreich.

Seit dem Jahre 1885 kehrte man zum Hochschutzzoll zurück, und 1892 wurden alle Bestimmungen in einem Zollgesetz zusammengefaßt. Im Jahre 1910 war man damit beschäftigt, die Tarife weiter zu erhöhen und sich noch mehr gegen das Ausland abzuschließen.

Besonders bemerkenswert ist die enge Verbindung Frankreichs mit seinen Kolonien: in Algerien und Indochina gehen die französischen Waren zollfrei ein.

Mitteleuropa, besonders das Deutsche Reich.

Auch in Italien, Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich kehrte man zu höheren Schutzzöllen zurück.

Im neuen Deutschen Reich nahmen nach dem französischen Krieg 1870/1 Handel und Industrie einen riesigen Aufschwung. Aber 1873—1877 erfolgte ein gewaltiger Umschlag; das Reich wurde von den billigeren englischen Waren überschwemmt, und es trat eine immer gefährlichere Wirtschaftskrisis ein.

Da entschloß sich Bismarck zu einem Bruch mit der bisherigen Freihandelspolitik. Zusammen mit Konservativen und Zentrum brachte er das neue Zollgesetz zustande, das am 15. Juli 1879 bzw. 1. Januar 1880 in Kraft trat. Bismarck ging dabei ganz selbständig, autonom, vor.

Dazu kamen:

der Erwerb deutscher Kolonien,
die Förderung der deutschen Dampfschiffahrtslinien,
die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen.

Aber weil Bismarck sich um die anderen Länder nicht gekümmert hatte, entstand dort natürlich eine wachsende gereizte Stimmung; man griff zu Gegenmaßregeln. Da sind 1891—1894 Handelsverträge mit Meistbegünstigungsklauseln geschlossen; der Getreidezoll wurde von 5 Mk. auf $3^1/_2$ Mark für den Doppelzentner herabgesetzt und die Zölle auf 12 Jahre gebunden.

1901—1905 kamen neue Handelsverträge zustande, in denen der Getreidezoll wieder auf 5 Mark erhöht wurde.

England.

Bei der wachsenden Konkurrenz breitete sich in England eine immer stärkere und lebhaftere Schutzzollbewegung aus, besonders seit dem Jahre 1895.

Dazu kam folgendes: Zur Zeit der Freihandelspolitik hatte man den Kolonien größere Selbständigkeit gegeben. Kanada, Australien, Südafrika erhielten eigene parlamentarische Regierungen; ja diese Staaten gingen zum Teil selbständig zu einer Schutzzollpolitik über. Demgegenüber regte sich in England der sogenannte Imperialismus, der das Doppelziel verfolgte:

1. Ausdehnung und maritime Stärkung der britischen Herrschaft;
2. militärische und handelspolitische Zusammenfassung der weit auseinanderliegenden Kolonien.

Der Reichskriegsverein und Reichszollverein wollten die Kolonien enger an das Mutterland anschließen.

Japan.

Nach langen Bemühungen setzte Japan am Ende des vorigen Jahrhunderts (1899) seine wirtschaftliche Selbständigkeit durch. Seitdem war dieses Kaiserreich bemüht, durch Schutzzölle solche Waren, die nicht absolut notwendig sind, von der Einfuhr auszuschließen.

2.

Umfang und Wirtschaftsgebiete.

(Ein geschichtlicher Rückblick bis 1914.)

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Länder hängt aufs engste zusammen. Um 1200, wo auch auf allen anderen Gebieten sich die Anfänge einer neuen Zeit bemerkbar machen, beginnt die Geschichte des modernen wirtschaftlichen Lebens: zuerst eng begrenzt, dann aber immer weiter sich ausbreitend. Folgende Stufen müssen wir unterscheiden:

1. Zuerst entstanden in Italien und Deutschland die blühenden Stadtwirtschaften: Venedig, Genua, Augsburg, Nürnberg, die Städte der Hanse.

2. Daneben bildeten sich vom 13. Jahrhundert an größere territoriale wirtschaftliche Einheiten, z. B.
   Sizilien unter Kaiser Friedrich II.,
   Böhmen unter Karl IV.,
   Burgund,
   das französische Königtum in den Zentrallandschaften,
   der deutsche Ordensstaat,
   die englische Normannenherrschaft.

3. Aus der Zahl dieser Territorien wuchsen einige im 15. bis 18. Jahrhundert unter tatkräftigen Fürsten zu Großstaaten aus, welche scharf gegeneinander abgeschlossene Wirtschaftsgebiete bildeten und blutige Handelskriege untereinander führten. Eine Zeitlang schien es, als sollten diese auf ganz nationaler Grundlage stehen: Portugal, Spanien, Frankreich, England, Brandenburg-Preußen. Aber das dynastische Interesse überwucherte den Nationalismus, und es wurden unbedenklich die verschiedensten Völkersplitter unter einem Szepter vereinigt. Jeder Staat sah in dem anderen seinen wirtschaftlichen Gegner, und die meisten strebten nach einer Weltherrschaft.

4. Als die Opposition gegen die absolute Monarchie und gegen den drückenden Zwang des Merkantilsystems immer größer wurde, da wollte die Freihandelsbewegung alle Schranken beseitigen und die ganze Menschheit, alle Länder zu einem einzigen großen Wirtschaftsgebiet zusammenfassen.

5. Die neueste Zeit hat die dynastischen Interessen zurückgedrängt und dem Volke größere Rechte und Selbstbestimmung gebracht; sie zeichnet sich aus durch das stark ausgeprägte Nationalbewußtsein. Wir dürfen uns die Augen nicht davor verschließen, daß das Streben dahin geht, politisch und wirtschaftlich geschlossene **nationale** Einheiten zu bilden.

Wir sind weiter als je von dem allgemeinen Völkerfrieden entfernt. Zwischen den Staaten und Völkern wird fortwährend ein handelspolitischer Kampf geführt; der eine Staat sucht den anderen zu übervorteilen und zu überlisten; die Handelsverträge sind nur Waffenstillstände.

In diesem Ringen können nur die wenigen großen Kulturnationen sich nebeneinander behaupten. Zwar suchen die kleinen sich mit allen möglichen Mitteln zur Wehr zu setzen; z. B. haben die Iren, die Tschechen und Polen wiederholt den Boykott als Waffe gebraucht. Aber unverkennbar geht die Entwicklung unserer Zeit dahin, daß unter der Führung weniger großen Nationen sich einige wirtschaftliche Riesengebiete bilden, welche imstande sind, sich völlig unabhängig zu machen und innerhalb ihrer Grenzen alle Bedürfnisse an Rohstoffen, Bodenerzeugnissen und Fabrikaten auszutauschen („Autarkie"):

Rußland mit den gewaltigen asiatischen Gebieten;
die Vereinigten Staaten von Nordamerika;
England mit seinen Kolonien;
Frankreich mit Nordwest-Afrika und Indochina.

Seit 1890/1 ist wiederholt der Gedanke eines mitteleuropäischen Zollvereins erörtert, in dem die 80 Millionen Deutscher die Führung hätten. Leider verhinderte die Angst

vor einer politischen Annexion den wirtschaftlichen Zusammenschluß.

Im äußersten Osten strebt Japan danach, ein großes Wirtschaftsgebiet zu schaffen, und tut sich durch seine rücksichtslose Ellenbogenpolitik hervor.

Diese großen Mächte ringen miteinander; sie haben in den letzten Jahrzehnten beinahe die ganze Welt unter sich aufgeteilt. In den noch nicht aufgeteilten Ländern suchen sie sich „die offene Tür“ zu sichern. Dabei strebt der eine den anderen zu übervorteilen, und wer politisch einen Vorsprung gewinnt, schließt die offene Tür möglichst schnell zu.

Das Ringen um die Verkehrs- und Handelswege zu Wasser und zu Land.

Mittelmeer und Ostsee.

Die alte Kulturwelt lag rings um das Mittelländische Meer, das die weit auseinander wohnenden Völker besser verband als die Verkehrswege des Festlandes. Es wurde zuerst von den Phöniziern, später von den Griechen, zuletzt von den Römern beherrscht. Am Ausgang des Mittelalters war ein 130jähriges Ringen zwischen Venedig und Genua um die Vorherrschaft[1]).

Daneben erlangte die Ostsee eine hohe Bedeutung, die ja gleichfalls ein Mittelmeer ist; seit dem 12. Jahrhundert bis zur Gegenwart bildete der Kampf um das dominium balticum, d. h. um die Vorherrschaft auf der Ostsee, einen wichtigen Teil der Geschichte. Um ihren Besitz rangen Dänemark, die Hanse, Schweden, Polen, Preußen, Rußland.

Deutschland war durch den Ausgang des unseligen 30jährigen Kriegs, durch den Westfälischen Frieden (1648) vom Meere abgeschnitten; die Mündungen seiner Ströme, der Schelde, des Rheins, der Ems, Weser, Elbe, Oder, Weichsel, Memel, waren in fremdem Besitz. Es gehört zu den größten Verdiensten der Hohenzollern, daß sie durch ihre rastlosen Bemühungen uns Deutschen wieder den freien Zugang zum Meere, besonders zur Ostsee geöffnet haben; sie gewannen:

1660 die Häfen Ostpreußens,
1720 die Odermündung mit Stettin,
1744 Emden,
1772 die Weichselmündung mit Danzig,
1854 erwarb Preußen den J debusen,
1864 und 1866 wurde um Schleswig-Holstein, besonders um den Besitz von Kiel gerungen.

Seitdem wurde die Macht Preußen-Deutschlands auf der Ostsee immer größer.

Die Meeres-, Meerengen- und Meerstraßenpolitik der Engländer in der Neuzeit.

1. Lange Zeit haben die Engländer mit Spanien, Holland, Frankreich um die Beherrschung des „Kanals“ gerungen, d. h. der Meerstraße zwischen der britischen und belgisch-französischen Küste. Dorthin war bei den Kämpfen gegen Napoleon I. bis 1815

[1]) Vgl. S. 161 f.

ihr Hauptaugenmerk gerichtet; eigenmächtig schuf der englische Feldherr und Staatsmann Wellington 1814 den „Pufferstaat“ der Vereinigten Niederlande.

Vor einigen Jahren nannte der italienische Geschichtsschreiber Ferrero Belgien mit Antwerpen, Ostende, Seebrügge „den Schlüssel Europas“.

2. Ferner gelang es den Engländern, die Herrschaft über das ganze Mittelmeer an sich zu reißen. Im Jahre 1704 brachten sie Gibraltar und das westliche Eingangstor in ihren Besitz; am Ende des 19. Jahrhunderts erwarben sie den von den Franzosen erbauten und 1869 eröffneten Suezkanal, den östlichen Ausgang aus dem Mittelmeer. Um die Herrschaft zu sichern, besetzten sie im Jahre 1882 mit brutaler Rücksichtslosigkeit Ägypten; Malta und Cypern bilden wichtige Stationen ihrer Seemacht[1]).

3. Seit einigen Jahrzehnten ging das Streben der Engländer dahin, den ganzen Indischen Ozean zu beherrschen: Am Eingang haben sie ihren Flottenstützpunkt in Aden, und am Ausgang sind sie in Singapor die Herren der Straße von Malakka. Im Osten des Indischen Ozeans ist der ganze Erdteil Australien in ihrem Besitz; im Norden befestigten und vermehrten sie ständig ihre Macht in Vorder- und Hinterindien; zugleich wurden sie Herren des Persischen Meerbusens. Und im Westen? Als wir Deutschen unsere Kolonien in Ostafrika erwarben, legten die Engländer flugs die Hand auf die wichtige Insel Sansibar.

4. Wenn man bedenkt, wie eng, trotz aller Spannungen, die Beziehungen zwischen England und U. S. Amerika sind, so kann man auch den Atlantischen Ozean als ein angelsächsisches Meer bezeichnen. Die Herrschaft auf dem Großen Ozean ist eine wichtige Frage der Zukunft: wird das Bündnis zwischen England und Japan von Dauer sein? werden England und U. S. Amerika gegen Japan oder England und Japan gegen U. S. Amerika auftreten? Die Union hat die Herrschaft über den Panama-Kanal, über die Hawaii-Insel, Guam und die Philippinen.

Eisenbahnen.

Daneben erlangten die großen Eisenbahnlinien eine steigende Bedeutung; wir staunen über das riesige Wachstum seit 100 Jahren. In U.S.Amerika wurde 1863 der Bau der ersten transkontinentalen Bahn begonnen; heute gibt es viele Linien vom Atlantischen zum Großen Ozean. Rußland baute die transsibirische Bahn, die 1916 vollendet wurde und in Wladiwostok endet; dazu kam die transkaspische Bahn. So wurden weite fruchtbare Gebiete Südsibiriens und Turans erschlossen.

Anfangs handelte es sich um Unternehmungen von Privatgesellschaften. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg (1870/1) begann Preußen mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen; diese Bewegung ging auf zahlreiche andere Staaten über. Seit dem Ende

[1]) Wie die alten Phönizier, brachten die Engländer unaufhörlich eine Insel nach der anderen in ihren Besitz und legten so eine Kette von stark befestigten Stützpunkten um die ganze Erde. Die Phönizier hatten um 1000 vor Chr. ihre Stationen vom Osten bis zum Westen des Mittelmeers und darüber hinaus: Cypern, Kreta, Kythera, Sizilien, Balearen, Gades.

Freilich hat England seit dem Beginn des Weltkriegs dem Freiheitsdrang der Völker Schritt um Schritt nachgeben müssen; verkündete es ja selbst feierlich „das Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Nachdem es 32 Jahre lang (1882—1914) Ägypten militärisch besetzt gehalten hatte, beschränkte es sich 1914 auf das „Protektorat“. In einem englisch-ägyptischen Vertrag vom Juli 1929 wurde das Erlöschen der „Kapitulationen“ vorgesehen. Seitdem ringt Ägypten zäh um seine volle Unabhängigkeit und ist heute ein „souveränes“ Königreich.

Vgl. meine Ausführungen über „halbkoloniale Staaten“ und über „Englands Achillesferse“.

des vorigen Jahrhunderts waren manche Eisenbahn-Unternehmungen Gegenstand eines zähen diplomatischen Ringens. Wir erlebten ein Wettrennen um Bau-Konzessionen in den „souveränen" mohammedanischen Staaten, in Ostasien, in Mittel- und Südamerika. Dabei war der Unterschied, daß die deutsche Regierung es ängstlich vermied, fremde Rechte zu verletzen, während es für die Engländer überhaupt keine fremden Rechte gab.

Die deutsch-türkische Bagdadbahn (die Landverbindung von der Nordsee bis zum Persischen Golf) wäre lange vor dem Weltkrieg hergestellt gewesen, wenn es nicht England, Frankreich, Rußland durch diplomatische Erpressung vereitelt hätten[1]). Schon 1888 begann der Bau der ersten Strecke, der sogenannten Anatolischen Bahn; 1899 wurde die Fortsetzung durch Vertrag mit der Türkei festgesetzt, und Anfang 1908 sollte der Bau vollendet sein. Aber durch ein unerhörtes Ränkespiel des Dreiverbands wurde er immer wieder gehemmt und blieb unvollendet. 1935 ist der Bau der Strecke Mossul—Bagdad zwischen England und der Regierung von Irak vereinbart worden.

Dem deutsch-türkischen Unternehmen stand ein englisches gegenüber: der Plan der Kap—Kairo-Bahn, d. h. einer Linie, die von Ägypten bis zur Südspitze Afrikas führt.

3.

Die Wirkungen des neuen Merkantilismus (bis 1914).

Seine Erfolge:

In Rußland entwickelte sich eine bedeutende Industrie.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind während der letzten Jahrzehnte Riesenfabrikstädte aus der Erde gewachsen, und die Union hat sich nicht nur für die meisten Waren unabhängig vom Ausland gemacht, sondern begann schon Europa und die anderen Erdteile mit den Erzeugnissen ihrer Industrie zu überschwemmen.

Vor allem denken wir an die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs seit 1879, wo Bismarck eine nationale Wirtschaftspolitik einschlug. Die vorhergegangene Periode fast unbedingten Freihandels hatte unser Vaterland zur Abladestelle der Überproduktion des ganzen Auslandes gemacht; die wirtschaftliche Lage wurde immer ungünstiger. Da entschloß sich Bismarck, 1879 zum System eines gemäßigten Schutzzolles zurückzukehren.

Es folgte ein fabelhafter Aufschwung:

1.

Von 1871 bis 1914 stieg die Einwohnerzahl des Deutschen Reichs von 42 auf beinahe 70 Millionen. Die Auswanderung ging von stark 200000 Menschen jährlich (um 1880) auf den zehnten Teil zurück; ja, die Einwanderung überstieg allmählich erheblich die Auswanderung.

[1]) Mit dem Kampf um die Bagdadbahn stand während der letzten Jahrzehnte das Ringen um die Dardanellen und die Straße von Konstantinopel in engstem Zusammenhang. England und Rußland trachteten weniger danach, jene Meerengen zu öffnen, als zu schließen, um uns Deutschen die wichtige Landverbindung Berlin-Bagdad zu sperren.

Das Volksvermögen wuchs in den letzten 3 Jahrzehnten vor dem Weltkrieg von 150 auf 400 Milliarden; die Arbeitslöhne gingen bedeutend in die Höhe; die Sparkasseneinlagen verzehnfachten sich. Von einer Verelendung der Volksmassen konnte keine Rede sein.

2.

Industrie und Handel entwickelten sich in erfreulichster Weise. Nicht nur der innere Markt wurde zurückerobert, sondern auch die Ausfuhr nahm von Jahr zu Jahr zu. Im Jahre 1872 betrug der Gesamtaußenhandel des Deutschen Reichs in Ein- und Ausfuhr 5,95 Milliarden Mark, 1913 über $22^1/_2$ Milliarden. Der Tonnengehalt der deutschen Schiffe stieg in dem Zeitraum 1900 bis 1913 von 2,65 auf $5^1/_2$ Millionen Brutto-Reg.-Tonnen. Zwar war Englands Handelsflotte noch weit überlegen; aber das Deutsche Reich stand an zweiter Stelle. Während die Einfuhr hauptsächlich aus Rohstoffen, Nahrungs- und Genußmitteln bestand (für 5 Milliarden Mark Rohstoffe, für $2^3/_4$ Milliarden Mark Nahrungs- und Genußmittel), bildeten die Erzeugnisse deutscher Industrie und deutschen Gewerbefleißes den größten Teil der Ausfuhr.

Folgende Zahlen mögen die gewaltige Steigerung in Industrie und Bergbau zeigen:

Die Roheisenerzeugung betrug (in Millionen Tonnen):

	1867	1911
in England	7,6	10
im Deutschen Reich	4	15,5

Die Stahlerzeugung betrug (in Millionen Tonnen):

	1900	1910	1913
in England	4,98	6,57	7,7
im Deutschen Reich	6,64	13,69	18,93

Die Maschinenausfuhr betrug (für Millionen Mark):

	1900	1910	1913
in England	401	535	674
im Deutschen Reich	183	460	678

Unsere chemische Industrie war die größte der Welt; ihre jährliche Erzeugung hatte den Wert von $1^3/_4$ Milliarden Mark.

Im Kalibergbau besaß das Deutsche Reich eine Art von Weltmonopol; denn es versorgte vor 1914 die ganze Welt mit seinen Rohsalzen und hochwertigen Kalifabrikaten. Die Förderung betrug 11 Millionen Tonnen, im Werte von 200 Millionen Mark.

Folgende Zahlen veranschaulichen das ungeheure Wachstum des gesamten deutschen Bergbaus. In vier Jahrzehnten (1871—1900) stieg
die Kohlenförderung um das 7 fache,
die Eisenerzförderung um das $3^1/_2$ fache,
die Kaliförderung um das 22 fache.

Ähnlich war die Entwicklung des Verkehrswesens:

Im Jahre 1870 hatten wir 7000 km weniger, 1913 aber 26000 km Eisenbahnen mehr als England.

Für Post, Telegraphie, Telephon zeigt das Jahr 1912 folgendes Bild:

	Deutsches Reich	Frankreich	England
Zahl der Postanstalten	51151	14634	24497
„ auf je 10000 Einwohner	77,4	35,7	53,9
Briefsendungen	7496 Mill.	3988 Mill.	5784 Mill.
Pakete	310 „	61 „	129 „
Geldsendungen (in Millionen Frank)	11696	3418	2802
Telegraphenanstalten	45100	20300	14000
Leitungsdrähte (Millionen km)	2,05	0,69	0,93
„ pro Kopf (m)	31,4	17,6	20,7

Funkentelegraphenstationen für den öffentlichen Verkehr hatten:
das Deutsche Reich 17,
Frankreich 11,
England 13.

3.

Erfreulicherweise blieb die Landwirtschaft nicht zurück[1]). Was in den letzten Jahrzehnten durch innere Kolonisation und intensive Arbeit geleistet wurde, ist ganz erstaunlich; Gebiete, so groß wie Provinzen, wurden für den Anbau gewonnen.

Die Anbaufläche wuchs in dem Zeitraum von 1893—1913
für Roggen um 400000 ha,
„ Kartoffeln „ 400000 „
„ Zuckerrüben „ 200000 „

Die Steigerung der Ernteerträge zeigen folgende Zahlen. Es wurden im Durchschnitt jährlich geerntet auf 1 Hektar:

	1885—1889	1908—1912
Weizen	15,1	20,7 Doppelzentner
Roggen	11,8	17,8 „
Gerste	15,0	20,1 „
Hafer	14,1	19,0 „
Kartoffeln	101,8	133,4 „

Für die Steigerung der Viehbestände im Deutschen Reich ist folgende Zusammenstellung lehrreich:

	1883	1913
Rindvieh	17,8	20,2 Millionen Stück
Schweine	9,2	25,3 „ „

Die Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen stieg in dem Zeitraum 1882 bis 1907 von 391746 auf 1497975 Stück.

In allen anderen Ländern blieb die Entwicklung weit hinter dem Deutschen Reich zurück[2]).

4.

Die bedeutenden Zolleinnahmen wurden zum großen Teil für die Verbesserung der sozialen Lage des Arbeiterstandes verwendet. Dabei waren die Lebensmittel keineswegs teurer geworden. In Preußen kostete:

die Tonne Weizen		die Tonne Roggen	
1860—1880:	325 Mark	1870—1879:	164 Mark
1880—1890:	174 „	1880—1889:	154 „
1910:	199 „	1910:	149 „

Die Gefahren und bösen Folgen des neuen Merkantilismus.

Der industrielle Aufschwung Rußlands kam nicht der Gesamtheit zugute, sondern nur einer sehr kleinen Minderheit; er erfolgte auf Kosten der Landwirtschaft. Während einige wenige Leute großen Gewinn und Vorteil hatten, lastete ein gewaltiger Steuerdruck auf der Masse des Volkes und eine riesige Schuldenlast auf dem Staate.

Höchst lehrreich ist die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten Nordamerikas während der letzten Jahrzehnte; sie führte zu einer ungesunden Plutokratie. Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr gerieten allmählich in die Hände von sehr wenigen kapitalkräftigen Leuten oder von Riesenorganisationen (Syndikaten, Trusts), die planmäßig den Wettbewerb der mittleren und kleinen Leute vernichteten und ein Monopol anstrebten; das Geld wurde auf den Thron gesetzt.

Kein Geringerer als der frühere Präsident Roosevelt machte es sich zur Aufgabe, dieser unheilvollen Entwicklung mit allen Mitteln entgegenzutreten. Am 13. Mai 1908 eröffnete er eine „Konferenz für die Erhaltung nationaler Hilfsquellen“ mit einer bedeutungsvollen Rede, worin er darüber klagte, daß die Spekulation die Landpreise künstlich in die Höhe schraube, daß Raubbau die Seele des amerikanischen Geschäftslebens sei:

die Hälfte der riesigen Wälder mit dem ungeheuren Holzreichtum sei verschwunden;

man habe Raubbau getrieben mit den Kohlenfeldern und Eisenlagern; die enormen Vorräte an Petroleum seien großenteils dahin; die natürlichen Wasserwege habe man vernachlässigt.

Roosevelt teilt die Naturschätze in zwei Klassen ein: in solche, die sich vermehren lassen, und solche, die sich nicht vermehren lassen. Mit den letzteren (Kohlen, Petroleum, Eisen) müsse man aus Rücksicht auf die späteren Geschlechter sparsam sein. Der Ertrag der ersteren (des Ackerbodens, der Wälder, der Wasserwege) könne noch außerordentlich gesteigert werden. Statt dessen hätte ein übertriebener Individualismus die nationalen Interessen überwuchert.

Auf Roosevelts Anregung wurde ein Ausschuß gebildet, der über die Erhaltung der nationalen Reichtümer beraten und berichten sollte: die National Conservation Commission. Im Jahre 1909 erschien ihr erster Bericht. Hier hören wir von dem zunehmenden großkapitalistischen Betrieb der gesamten Landwirtschaft:

Von Süden her dringt die großkapitalistische Plantagenkultur immer weiter vor.

Im Norden ist der Boden durch Raubbau vielfach ermüdet. Die Hochfinanz monopolisierte durch Syndikate, wie den Fleisch- und Mehltrust, die Erzeugnisse der Landwirtschaft, unterwarf sich durch die großen Transport- und Expreßdienstgesellschaften den ländlichen Kleinhandel und nahm selbst

[1]) Das war ein Verdienst Bismarcks.

[2]) Wie sehr die Erträge der deutschen Landwirtschaft noch gesteigert werden können, das beweisen die großen Erfolge der „Erzeugungsschlacht“ in den ersten vier Jahren seit Hitlers Machtübernahme. Vgl. die statistischen Angaben in dem Buche von A. F. Berndt „Gebt mir vier Jahre Zeit“ S. 138ff.

den Betrieb der Farmwirtschaft in der Form von Aktienunternehmungen und unter Zusammenlegung bäuerlicher Stellen zu Latifundien auf.

Durch die Verwandlung des Bodens in Weideland wurde schon vielfach das platte Land entvölkert, der Bauernstand vernichtet, manche germanische Bauern sind schon nach Kanada ausgewandert; an ihre Stelle traten Menschen niederer Rassen.

Durch die Waldverwüstungen werden die alljährlichen Überschwemmungen immer verheerender, spülen den guten Boden weg. Es entstehen große Sumpfgebiete, die durch Entwässerung in fruchtbares Land verwandelt werden könnten; an anderen Stellen zeigt sich bereits das Gespenst zunehmender Versandung.

Man sieht, wohin der Amerikanismus, die vielgerühmte amerikanische Freiheit führt: Abnahme des ländlichen Bauerntums, Zunahme des städtischen Arbeiterproletariats; es wanderten nicht mehr Bauern, sondern Arbeiter ein.

Roosevelts Anklage gilt allen modernen Kulturvölkern. Die Gegenwart hat unheimlich viel Ähnlichkeit mit der Zeit des Aufschwungs, der bei den alten Griechen auf die Perserkriege, bei den alten Römern auf den II. Punischen Krieg folgte[1]). Abermals sind Plutokratie und Demokratie unter sich durch unsichtbare Fäden eng verbunden; es ist dem Kapital gelungen, die Demokratie ganz in seinen Dienst zu stellen. Das Geld erscheint als der einzige Wertmesser; es wird mit allen Gütern Raubbau getrieben, um Kapital anzusammeln.

Auch für das **Deutsche Reich** hatte der glänzende wirtschaftliche Aufschwung seine höchst bedenkliche Kehrseite:

1.
Landmangel.

Zwar wurden die Hektarerträge an Getreide, Kartoffeln, Viehfutter außerordentlich gesteigert und Hunderttausende Hektar Ödland für den Anbau gewonnen. Trotzdem genügte die Fläche des Deutschen Reichs nicht mehr für die große Bevölkerung von beinahe 70 Millionen Menschen. Es fehlten 5 Millionen Hektar. Wir bedauerten es, daß Hunderttausende kräftiger Bauernsöhne und Bauerntöchter, ebenso Hunderttausende von Landarbeitern kein wirtschaftliches Fortkommen auf dem Lande finden konnten und der Landflucht verfielen.

Die Folge war die wachsende Industrialisierung des Deutschen Reichs. Wie sehr verschob sich das Verhältnis zwischen Stadt und Land!

[1]) Vgl. meine „Geschichte des antiken Sozialismus und Individualismus" S. 166 ff. Auch Schmoller weist in seinem „Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre" S. 628 darauf hin.

Heute (1937) steht wiederum ein Roosevelt als Präsident an der Spitze von U.S. Amerika, und wir hören fortwährend von beabsichtigten „Reformen". Aber nur wenn er sich von den jüdischen Fesseln befreit, kann die unheilvolle Entwicklung gehemmt werden.

	Ländliche Bevölkerung	Städtische Bevölkerung
im Jahre 1816	18 Millionen	6 Millionen
„ „ 1914	26 „	42 „

Also waren im Jahre 1816 nur 25%, 1914 aber gegen 62 vom Hundert der Bevölkerung nicht bodenständig. In Städten mit mehr als 100000 Einwohnern lebten:

1871 der 20. Teil der Bevölkerung des Deutschen Reichs,
1914 der 4. bez. 5. Teil.

2.
Das Großstadtelend.

Die Großstädte wurden Massengräber für unser deutsches Volk[1]). Bei dem schnellen Wachstum der Bevölkerung entstand, trotz aller sozialer Fürsorge, die entsetzlichste Wohnungsnot. Zwei Beispiele mögen angegeben werden:

In der Stadt Posen hatte 1910 der dritte Teil der Bevölkerung, 52501 Menschen, überhaupt nur 1—2 Wohnräume, wobei die Küche als Wohnraum mitgezählt ist; der sechste Teil der Bevölkerung, 25302 Personen, schlief zu sechs oder mehr als sechs in einem Raume.

In Berlin hatten am 1. 12. 1900 71 Prozent sämtlicher Wohnungen nur 1—2 Zimmer, und zwar waren

43 Prozent Einzimmerwohnungen,
28 „ Zweizimmerwohnungen.

In 25000 derartigen Wohnungen hausten je 7—11 Personen.

Die Folge war der beklagenswerte Geburtenrückgang, der in demselben Maße wuchs, wie die Einwohnerzahl der Gemeinden stieg. In Berlin kamen 1860—1869 auf 1000 Ehefrauen unter 45 Jahren 218 Geburten jährlich, im Jahre 1914 nur 73 Geburten. — Die schlimmsten Wirkungen des großstädtischen Wesens zeigten sich in der Zunahme

der Geschlechtskrankheiten,
der Trunk- und Genußsucht,
der Frauen-Fabrikarbeit,
der Säuglingssterblichkeit,
der Skrofulose und Tuberkulose,
der Irrenanstalten.

[1]) Massengräber auch für die geistigen Kräfte unseres Volkes! Zwar rühmten sich die Großstädte, Träger der Kultur zu sein; aber wie wenig sie selbst für die Entwicklung und den Fortbestand unseres Geisteslebens bedeuten, zeigt folgende Zusammenstellung. Es stammen aus

	Großstädten	Kleinstädten	vom Land
Ärzte	14,3 Proz.	40,6 Proz.	45,1 Proz.
Ingenieure	18,9 „	39 „	42,1 „
Juristen	9,9 „	45,4 „	44,7 „
Theologen	5,5 „	16,3 „	58,2 „
Pädagogen	5,3 „	23,2 „	72,5 „
Verwaltungsbeamte	6,9 „	44,6 „	48,5 „
Maler	21,6 „	43,6 „	34,8 „
Musiker	22,1 „	44,6 „	33,3 „

3.

Der Mammonismus.

Wie im Altertum, so wurde in der neuesten Zeit die πλεονεξία, d. h. die Sucht, immer mehr zu besitzen, die Wurzel aller Übel. „Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles": das wurde der Inbegriff höchster Weisheit. Auch in unseren Schulen waren die wirtschaftlichen Fragen Hauptgegenstand der „staatsbürgerlichen Erziehung". Die Regierenden ließen sich von einer mammonistischen Staatsauffassung vergiften; die steigenden Ein- und Ausfuhrzahlen, der wachsende Wohlstand waren ihnen ein Beweis zunehmender Glückseligkeit. Sie sahen nicht, daß in demselben Maße unsere Unfreiheit und Knechtschaft größer wurde:

1. Ein bedeutender Teil unserer glänzenden Industrie war auf die Zufuhr von Rohstoffen aus dem Ausland angewiesen und geriet in eine unwürdige Abhängigkeit von der Gnade Englands, Rußlands und U. S. Amerikas:

Für die Rohstoffe der Textilindustrie (Baumwolle, Jute, Hanf, Wolle) zahlten wir jährlich dem Auslande, besonders den Angelsachsen, über 1 Milliarde Mark;

für Kupfer, Öle und Fette, Kautschuk, Petroleum 1,2 Milliarde Mark.

Außerdem für Nahrungsmittel beinahe 1 Milliarde Mark; unsere bedeutende Viehhaltung war nur bei regelmäßiger Einfuhr ausländischer Futtermittel möglich.

Diese Abhängigkeit wuchs unter den Nachfolgern Bismarcks ins Unerträgliche. Sie glaubten, wirtschaftliche Erfolge ohne Machtpolitik erreichen zu können; sie trieben eine Politik der Schwäche und Nachgiebigkeit, erklärten immer von neuem, daß sie bei der Verteilung der Welt nichts weiter begehrten, als „die offene Tür" für deutsche Hausierertätigkeit in der Welt. Wie oft wiederholten sie, daß wir „saturiert" seien! und ihr höchstes politisches Ziel war der „status quo". Und wenn ihnen die „offene Tür" vor der Nase zugeschlagen und irgendwelche papierene Aussichten eröffnet wurden, so erklärten sie sich hochbefriedigt.

2. Ebenso schlimm wurde die Unfreiheit im eigenen Lande. Zu den ungesundesten Erscheinungen der letzten Jahrzehnte gehörte der Bodenwucher. Die größten Vermögen sind nicht durch fleißige, Werte schaffende Arbeit entstanden, sondern durch die wucherische Ausbeutung der Wohnungsnot. Der Bodenwert stieg:

während 10 Jahren (1897—1907) in Bayreuth um das 6fache,
" 20 " (1887—1907) " Augsburg um das 30fache,
" 30 " (1877—1902) " Ludwigshafen um das 80fache.

Das ist der ungesunde Kapitalismus, den wir mit Recht alle bekämpfen müssen ein internationaler Kapitalismus, der wie ein Schmarotzer seine Kräfte zieht aus den Leistungen unserer nationalen Volkswirtschaft.

Auch ist die Tatsache viel zu wenig bekannt, daß keineswegs die Großagrarier das Bauernlegen besorgen, sondern ganz andere Leute. In den österreichischen Alpenländern wurden vor dem Weltkrieg nach amtlichen Erhebungen jährlich über 200000 Hektar Bauernland von städtischen Großkapitalisten und Jagdherren aufgekauft; sie machten Luxusbesitze daraus.

Ungesund war auch die Entwicklung, daß das gesamte Wirtschaftsleben in immer größere Abhängigkeit von den Großbanken geriet, die allmählich international wurden. Einsichtige Leute nannten den Kurszettel unser Unglück.

Der Mammonismus war der Vater des Internationalismus. Wie den 42 Millionen nichtbodenständigen „Proletariern" Deutschlands eine herrliche Zukunft verheißen wurde, wenn sie sich den Proletariern der anderen Länder näher verwandt fühlten, als den deutschen Volksgenossen, ebenso schlang sich ein gemeinsames Band um die Großkapitalisten aller Kulturländer, das man mit dem schönen Namen „internationale Kulturgemeinschaft" bezeichnete. Aus Berlin und Frankfurt a. M. verbreitete sich das Gift der modernen „Aufklärung", der Tochter des Mammonismus, über das ganze Volk.

4.

Wie urteilten wir vor dem Weltkrieg über die Aufgaben einer gesunden Wirtschaftspolitik?

1. Vor allem gilt es, alle Sonderinteressen dem Gesamtinteresse des Volkes, der Nation unterzuordnen, einen Ausgleich zu finden zwischen

einem berechtigten Individualismus und dem Wohl des Ganzen,
der Landwirtschaft und der Industrie,
dem Interesse der Produzenten und der Konsumenten,
dem Vorteil der Gegenwart und der Rücksicht auf die Zukunft

2. Bei der Frage „Schutzzoll oder Freihandel" ist folgendes zu berücksichtigen:

a) Keine Theorie, kein Doktrinarismus, sondern nur gesunder Egoismus muß maßgebend sein, der die augenblicklichen Notwendigkeiten ins Auge faßt und diejenigen produktiven Kräfte entwickelt und fördert, welche dem Volke dauernde Stärke verleihen. Es handelt sich darum, die wertvollen Produktivkräfte vor empfindlichen Schädigungen durch die ausländische Konkurrenz zu schützen. Aber die Schutzzölle dürfen niemals Krücken werden, die zur Bequemlichkeit führen; sie müssen mäßig bleiben.

b) Die Lasten, welche unsere sozialpolitische Gesetzgebung der Industrie auferlegt und welche die Produktionskosten erhöhen, rechtfertigen einen mäßigen Schutzzoll gegen andere Staaten, in denen die staatlich geregelte Arbeiterfürsorge ganz fehlt oder doch hinter der unsrigen zurückbleibt.

c) Bei der Landwirtschaft darf nicht das Konsumenteninteresse allein entscheidend sein; sonst müßte sie den Wettbewerb mit fruchtbareren überseeischen Gebieten ganz aufgeben. Vielmehr ist es eine Lebensfrage für Staat und Volk, daß ein gesunder Bauernstand erhalten bleibt. Die Stadtbevölkerung stirbt in der Regel nach 3 oder 4 Generationen aus; der Bauernstand ist der Jungbrunnen unserer Volkskraft.

d) Aus demselben Grunde wünschen wir eine langsame Aufteilung der Latifundien in unseren östlichen Provinzen; dort wirtschaften alljährlich über 300000 ausländische Wanderarbeiter. Im Interesse unserer Volkskraft müssen wir dahin streben, daß ein starker deutscher Kleinbauernstand die Ausländer überflüssig macht.

e) Wir müssen uns hüten, zu den Härten, Einseitigkeiten und Ungerechtigkeiten des Merkantilismus zurückzukehren, die sich besonders im 18. Jahrhundert entwickelten. —

3. Es darf nicht heißen: „Industrie- oder Agrarstaat", sondern „Industrie- und Agrarstaat". Von der Bevölkerung des Deutschen Reiches gehören heute 56 Prozent den Gewerbetreibenden, 33 Prozent der Landwirtschaft, die übrigen den freien Berufen an. Die Industrie ist ein überaus wichtiger Faktor in unserem Volksleben geworden; aber daneben muß unsere Landwirtschaft gesund bleiben. Eine gesunde Landwirtschaft ist auch heute noch das Rückgrat der gesamten Volkswirtschaft. Die reichen Ernten der Jahre 1907 und 1908 haben die Vereinigten Staaten Nordamerikas vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch gerettet, und auch wir sind durch die Kaufkraft der Bauern über die schlechten Geschäftsjahre glimpflich hinweggekommen.

4. Der innere Markt muß immer die Hauptsache bleiben.

5. Mit Recht wurde vor dem Weltkrieg gefordert, daß unsere Kolonien in höherem Grade wirtschaftlich mit uns verbunden werden und dazu dienen, uns von anderen Staaten unabhängiger zu machen. Wir sind für zahlreiche unentbehrliche Handelsartikel (Baumwolle, Kupfer, Petroleum, Reis, Kaffee, Ölfrüchte, Hanf) zu sehr auf das Wohlwollen anderer Staaten angewiesen. Die politische Unabhängigkeit ist auf die Dauer nicht von der wirtschaftlichen zu trennen.

E.

Der Weltkrieg.

1.

Ein Wirtschaftskrieg[1]).

Der Weltkrieg 1914—1918 muß von den verschiedensten Seiten aus betrachtet werden. Wirtschaftliche Interessen spielten eine Hauptrolle; man kann ihn einen Drohnenkrieg nennen, d. h. einen Kampf der Schmarotzer gegen die arbeitenden, schaffenden Kräfte.

England ist ein Drohnenstaat, ein Riesenschmarotzer, der mit uns Deutschen so lange zufrieden war, als wir ihm selbstlos die Früchte unseres Bienenfleißes überließen. Seit 3 Jahrhunderten sind die Engländer gewohnt, zu ernten, was andere gesät haben. Der Reihe nach mußten die Spanier, Holländer, Franzosen ihnen überlassen, was sie in fremden Erdteilen geschaffen hatten. So sollte es jetzt auch mit den Deutschen gehen.

In Frankreich wurde das Revanchefeuer von den kapitalistischen „Hintermännern" eifrig geschürt, um einen großen Beutezug zu unternehmen. Deutscher Fleiß hatte in Elsaß-Lothringen reiche Kali- und Eisenerzlager erschlossen; durch deutschen Fleiß blühte

[1]) Ausdrücklich erkläre ich es als verkehrt, ihn nur als Wirtschaftskrieg aufzufassen.

der Kohlenbergbau im Saarbecken; deutscher Unternehmergeist hatte festgestellt, welche Reichtümer Marokko barg. Darauf richteten sie ihre begehrlichen Blicke.

In Rußland war, seitdem die Deutschen ihre führende Stellung verloren hatten, das ungebrochene Tatarentum wieder mächtig geworden. Die halbasiatischen Großrussen bildeten ein Drohnenvolk, das nicht die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachte. Mit dem Gelde der Finnen, Deutschbalten, Polen und Ukrainer trieben sie eine wahnsinnige Eroberungspolitik und wollten, wie Nomaden, die ganze Welt abgrasen.

Und Italien? Wir wissen, daß die Mehrzahl des italienischen Volkes die Beteiligung an dem Weltkrieg gar nicht wünschte; durch die Drohnen der Hauptstadt wurde es hineingezogen.

Die Führung rissen allenthalben die Juden an sich; auch in U. S. Amerika, in Portugal, Rumänien und Griechenland.

Im Herbst 1914 glaubten wir den Krieg auffassen zu dürfen als einen Kampf, den das deutsche Arbeitsvolk gegen den Mammonismus, gegen das Drohnentum, gegen die Allmacht des internationalen Kapitals ausfechte. Die Feinde hofften, uns mit ihrem Gelde niederzuringen. Viele Milliarden waren nach Rußland gewandert, damit die „Dampfwalze" uns zermalme. Mit Geld wurde Italien zu Verrat und Treulosigkeit verführt, mit Geld die Balkanstaaten umworben; die Geldgier diktierte die Maßnahmen der amerikanischen Regierung; mit Geld wurden Minister bestochen, Mörder gedungen, Parteiführer geworben, Zeitungen erkauft, Lügen verbreitet, die „öffentliche Meinung" gemacht. Wir Deutschen waren in ihren Augen „Barbaren", weil man bei uns noch nicht mit Geld alles machen konnte, besonders aber weil wir ihnen überall bei der Ausbeutung der „kranken" Staaten im Wege standen.

Wir jubelten und frohlockten, daß das deutsche Heldentum über die Drohnen der ganzen Welt triumphierte.

2.

Unsere Hoffnungen.

Kein Deutschgesinnter hat, als seit dem August 1914 Sieg auf Sieg folgte, als wir weit in Feindesland standen und im Osten Gebiete besetzten, größer als das Deutsche Reich, als wir eine Verbindung hatten von der Nordsee bis nahe an den Indischen Ozean, als unsere U-Boote im Atlantischen Ozean und im Mittelmeer ihre siegreiche Arbeit verrichteten, als Rußland und Rumänien zusammenbrachen: kein Deutschgesinnter hat einen Augenblick an „Imperialismus", an Unterjochung fremden Volkstums und an Beherrschung der Meere gedacht; das muß gegenüber zahlreichen Lügen festgestellt werden. Unsere Hoffnungen gingen auf eine nationale Wirtschaftspolitik; sie gingen dahin, daß dem eingeschnürten, wachsenden deutschen Volk

Raum gegeben werde für *schaffende, fruchtbare Arbeit.* Vor allem hatten wir in bezug auf unsere wirtschaftliche Entwicklung drei Wünsche:

1. In erster Linie dachten wir an eine Stärkung unseres *Bauerntums.* Im Osten sollten uns das Baltenland, Litauen und weite Gebiete Polens, vielleicht auch der Ukraine, Siedelungsland geben. *Arbeiten* wollten wir Deutschen, große Waldstrecken für den Ackerbau gewinnen, Moor- und Bruchland durch Entwässerung in fruchtbare Fluren verwandeln. In Kurland, Estland, Livland, anfangs auch in Litauen, drängte die einheimische Bevölkerung uns zur Angliederung ihrer Länder an das Deutsche Reich.

2. Wir hofften, den Engländern gegenüber eine *wahre Freiheit* der Meere durchzusetzen, die nicht eine Beherrschung bedeutete, sondern gleiche, freie Seegeltung für alle Völker. Um dieses zu erreichen, mußten wir „aus dem nassen Dreieck heraus", d. h. es verhindern, daß England in Zukunft durch Beherrschung der flandrisch-belgischen Küste die Nordsee schließen könne.

3. Für unsere *Industrie* sollte die Abhängigkeit vom Auslande aufhören. Das würde teils durch Erweiterung unseres Kolonialbesitzes geschehen, teils durch den neuen „Drei- bez. Vierbund" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei); teils durch Gewinnung wichtiger Eisen- und Kohlenbecken an unsern Grenzen. Dabei gingen unsere Absichten niemals darauf aus, fremde Privatinteressen und fremdes Volkstum anzutasten.

Das Ziel war die Möglichkeit, uns selbst mit den wichtigsten Dingen zu versorgen, die für unsere Ernährung und unsere Verteidigung unbedingt nötig sind[1]).

3.

Der Zusammenbruch.

Im Wirtschaftsleben unterscheiden wir:

die *schaffenden* und die *verteilenden* Kräfte,
das *arbeitende* und das *Leihkapital*,
Arbeitsmenschen und *Drohnenmenschen*; zu den ersteren gehören vor allem das Bauerntum und der Mittelstand.

Alles Schaffende ist national; dagegen neigen die verteilenden Kräfte, das Leihkapital und die Drohnenmenschen, zum Internationalismus. Die politischen Verhältnisse können nur dann gesund sein, wenn die schaffenden Kräfte, das arbeitende Kapital und der Mittelstand, entscheidenden Einfluß haben.

[1]) Wenn dafür das Wort „Autarkie" gebraucht wurde, so dachten wir keineswegs an völlige Aufhebung des internationalen Warenaustausches.

Der Zusammenbruch am 9. Nov. 1918 war ein *Sieg des internationalen Drohnentums* draußen und drinnen.

1. Zwar konnte im Anfang des Krieges auch der Blinde erkennen, wieviel wir der nationalen Wirtschaftspolitik Bismarcks verdankten; ohne sie hätten wir nicht über 4 Jahre „durchhalten" können.

Trotzdem gelang es dem internationalen Drohnentum, die schaffenden, arbeitenden Kräfte unseres Volkes, besonders die Landwirtschaft und Großindustrie, bei allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen auszuschalten. Das internationale Leihkapital und die verteilenden Kräfte schoben sich in den Vordergrund und rissen die Macht an sich; ja sie verstanden es sogar, eine unglaubliche Hetze zu veranstalten gegen die „Beutelinteressen" der Agrarier und Schwerindustriellen. Wie entsetzlich waren die Folgen der Schwäche, welche die Regierung seit 1890 dem Demagogentum gegenüber gezeigt hatte! Jahrzehntelang war der sogenannte „Kampf gegen den Kapitalismus" gepredigt; aber die schlauen Zungendrescher hatten es verstanden, die Aufmerksamkeit der Massen von dem Fluch des internationalen Großkapitals *abzulenken* und sie aufzuhetzen gegen das segensreiche, schaffende, nationale Kapital, das in unserer Industrie und Landwirtschaft arbeitete.

Kaiser, Kanzler und Reichstagsmehrheit ließen sich bestimmen, die während des Krieges notwendigen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen in die Hände der internationalen Drohnen zu legen, ohne auf die Bedenken der Landwirtschaft und Industrie zu hören. Bald übten die großen Kriegsgewinne ihre ansteckende Kraft; schließlich verseuchte das Gift den größten Teil unseres Volkes, und das Streben nach mühelosem, unehrlichem Erwerb drang in das entlegenste Dorf, in die kleinste Hütte. Die moralische Verwilderung wurde um so größer, weil auch der Beste und Zuverlässigste verhungert wäre, wenn er sich nicht unter Übertretung der Gesetze auf dem Wege des Schleichhandels Lebensmittel verschafft hätte.

Welch ein Unheil! Das internationale Drohnentum brachte es fertig, die wachsende Unzufriedenheit immer wieder *abzulenken*; man schmähte auf die angeblichen „Imperialisten", „Annexionisten", „Kriegsverlängerer" und stellte ein irdisches Paradies in Aussicht, wenn die wirtschaftlichen Betriebe „sozialisiert" würden.

Die Abkehr von dem Bismarckschen nationalen Wirtschaftssystem trägt eine Hauptschuld an unserem Zusammenbruch.

2. *Und die äußeren Feinde?* Ihre völkerrechtswidrige Hungerblockade und wirtschaftliche Absperrung hätten keinen Erfolg

gehabt, wenn man bei uns auf die schaffenden nationalen Kräfte gehört hätte. Aber die Feinde fanden ja Bundesgenossen in unserem eigenen Land; natürlich beteiligten sie sich an dem Kampf gegen die „Kriegsverlängerer“, predigten „ewigen Frieden“ und paradiesische Zustände, wenn wir selbst die Hemmnisse hinweggräumten. Am 9. November 1918 warfen sie die Maske ab; da trat das schmarotzende Drohnentum deutlich zutage. Die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen liefen daraus hinaus, uns Deutsche zu einem Arbeits- und Helotenvolk herabzudrücken; was deutscher Fleiß in den Ost- und Westmarken, in den Kolonien geschaffen hatte, fiel den Feinden zu; unsere Kriegs- und Handelsschiffe, unsere Lokomotiven und Eisenbahnwagen, unser gesamtes, durch lange Arbeit erspartes Volksvermögen rissen die feindlichen Drohnenvölker an sich. Wir sollten in einer Zinsknechtschaft bleiben, Tag und Nacht schwere Frondienste leisten, um unsere Schulden abzutragen.

Zwar hat sich die frohe Botschaft, die Jahrzehnte hindurch von den Sozialdemokraten für den Fall ihres Sieges verkündet war, in ihrem ganzen Umfang als Schwindel erwiesen. Trotzdem ließen sich die Massen weiter gegen ihre wahren Freunde aufhetzen und sahen die schuldigen „Hintermänner“ nicht. Der Holländer Dr. Deernberg schrieb 1919 den deutschen Marxisten:

> „Sie sind schlimm daran, das muß zugestanden werden. Denn Sie können die Versprechungen, mit denen Sie viele Leute zu sich gezogen und zur Revolution veranlaßt haben, niemals halten! Sie wissen das heute schon selbst am besten. Sie haben den Leuten Wohlleben, geringste Arbeitszeit, höchste Löhne und ‚Freiheit‘ versprochen! Was das letzte gegen den früheren Zustand sein soll, weiß ich nicht und Sie wohl auch nicht! In Wirklichkeit, vor dem Auge des klarsehenden Kaufmanns und Volkswirtschaftlers ergaben ihre Versprechungen aber: Stillstand der gesamten Wirtschaft, Aufhören jeder Konkurrenz mit dem Auslande, Verelendung und Sklaverei, Not und Hunger für das arbeitende Volk ... Sie haben Soldaten zu eidbrüchigen Verrätern, Deutschland zu einem hilflosen Wrack, Recht, Gesetz, Ordnung zum Gespött zuchtloser Horden gemacht, und für die Zukunft vernichten Sie den Wohlstand und Wiederaufstieg des deutschen Volkes durch die irrsinnigen Phrasen und Ideen der ‚sozialistischen‘ Republik.“

3. Sieg des internationalen Drohnentums. Man hat gefragt, welcher von den „siegreichen“ Staaten der Haupt-, Kriegs- und Revolutionsgewinnler sei: Frankreich? oder England? oder hat Hennig recht: „Der Besiegte des Weltkriegs ist ganz Europa gewesen und der Gewinner U.S. Amerika?“ Ich gehe weiter: Für sämtliche Staaten und Völker (hüben wie drüben) war der Weltkrieg eine Selbstzerfleischung ohnegleichen, die sie schwerkrank machte. Gewinner waren die staatenlosen, internationalen Mächte, die kein Vaterland kennen und sich als Weltbürger untereinander verbunden fühlen; auf wirtschaftlichem Gebiet das Judentum.

Durch die Geschichte zieht sich ein Ringen zwischen zwei grundverschiedenen Wirtschaftsauffassungen: der germanischdeutschen und der nomadischjüdischen. In dem nichtkapitalistischen Zeitalter des Mittelalters, dessen Blüte noch heute in den herrlichen Bauten des 11. bis 15. Jahrhunderts vor unseren Augen steht, bildeten Landwirtschaft und Handwerk die Grundlage des Wirtschaftslebens; auch der Handel wurde handwerksmäßig betrieben. Keine Produktion auf Vorrat! keine Reklame! keine Spekulation! kein unlauterer Wettbewerb! Charakteristisch war die große Zahl der selbständigen, freien Existenzen. — Ganz anders die Wirtschaftsauffassung der Juden! Für sie ist die Geldleihe ein Gebot Gottes: „Dein Gott wird dich reich machen; du wirst vielen Völkern Geld leihen, aber von keinem borgen“ (5. Mos. 15, 6). Es handelt sich um einen Raub der Erstgeburt. Den Juden steht nicht das Schaffen an erster Stelle, sondern der Handel mit dem, was andere geschaffen haben. Langsam wurde das Geld aus einem Diener der Herr; verhängnisvoll die Entpersönlichung und Verbörsianierung des Wirtschaftslebens[1]), der Übergang zum Großbetrieb, zur Großindustrie, zum Großhandel; die Verstädterung der Völker, die Abnahme der freien, selbständigen Existenzen.

Der tägliche Kurszettel, die Reklame und die Riesen-Warenhäuser sind Kinder der jüdischen Wirtschaftsauffassung. Die größten Vermögen wurden nicht durch ehrliche Arbeit, sondern durch das frevelhafte Börsenspiel gewonnen. Das Reklamewesen und der Kundenfang, dem sich selbst die vornehmsten Geschäftshäuser nicht entziehen konnten, waren Fortsetzung der jüdischen „Armelausreißgeschäfte“, über die man in früheren Jahrhunderten klagte. Und der jüdische Trödelladen, den Wilhelm Raabe in seinem „Hungerpastor“ so unübertrefflich geschildert hat, wurde der Stammvater des modernen Riesen-Warenhauses, in dem alles und noch viel mehr zu kaufen war.

Wie hat sich nun seit 1918 der Sieg des jüdischen Nomadengeistes für uns ausgewirkt? Nicht nur wurde, wie der Sozialdemokrat Noske klagte, „für Hunderte und Tausende die Revolution eine Gelegenheit zum Beutemachen“; sondern überall saßen mit einem Schlage Juden auf den Minister- und Regierungssesseln; wie Heuschrecken ergossen sich große Judenschwärme aus dem Osten über unser Land. Der seit Jahrzehnten angekündigte „Kampf gegen den Kapitalismus“ und „die Sozialisierung aller Betriebe“ richtete sich nur gegen den bodenständigen Besitz, nicht gegen den Banken- und Nomadenkapitalismus; sie brachte sogar eine Schiebung der großen sozialisierten Reichsbahn in die Hände der internationalen Finanzmächte. Die „Inflation“ und die folgende

1) Vgl. meine „Angewandte Rassenkunde“ S. 224 ff.

„Stabilisierung der Mark“ waren Schläge gegen die bodenständige Wirtschaft und gegen das Sparkapitel.

Nach der Inflation hätten wir zu dem altpreußischen System zurückkehren und ohne Anleihen fertig werden können. Aber nein! Nie hat das Geldleihgeschäft so geblüht wie in den Jahren 1924—1929. Reich und Länder, Provinzen, Kreise und Städte erstickten geradezu in der Fülle des geliehenen Geldes, das ihnen die internationalen Kapitalisten aufdrängten. Es begann eine Zeit der wahnsinnigsten Verschwendung, verbunden mit nie erlebter Korruption: Ausstellungen, Planetarien, Museen, Stadien, Sportplätze, Verwaltungs- und Schulpaläste, kostspielige Ortskrankenhäuser und Erholungsheime, Wolkenkratzer für Wirtschaftskonzerne. Das Dawesabkommen 1924 und der Youngplan 1929 waren weniger Erzeugnisse der „siegreichen“ Staaten als des internationalen Drohnenkapitals, wobei die Internationaldemokraten in unserem eigenen Land alle Möglichkeiten einer Lastenerleichterung sabotierten. Die Folge ist unsere Zinsknechtschaft.

Solange wir jüdische „Sachverständige“ um Rat fragten, wie die Wirtschaft wieder „angekurbelt“ werden könnte, war an keine Gesundung zu denken. Es galt, den Weg zurückzufinden zu den einfachen Wahrheiten, daß der Landwirtschaft der Primat im Wirtschaftsleben gebührt, und daß das Geld nicht Herr, sondern Diener sein muß. Vor allem war die Erkenntnis notwendig, daß es keine gesunde Volkswirtschaft gibt ohne politische Macht.

F.

Los von den Halbheiten!

Wohl gab es Männer, welche die krankhaften Verfallserscheinungen unseres Volkes sahen und Heilungsvorschläge machten; von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken hörten wir den Ruf: „So kann es nicht weiter gehen!“ Aber es fehlte die Gesamtschau und die Erkenntnis der Zusammenhänge; es schien sich die Entwicklung des römischen Weltreichs zu wiederholen, wo die Gracchen zwar die Rettung des Bauernstandes für ihre Hauptaufgabe hielten, aber zugleich die Kapitalmacht der „Ritter“ stärkten. Solange die Heilung unseres Volkes von den einen „Erneuerern“ an dieser, von den andern an jener Stelle begonnen werden sollte, wobei sie sich untereinander heftig bekämpften; solange die Wörtlein „Juda und Rom“ nicht ausgesprochen werden durften; solange die Bekämpfer der jüdischen Gefahr in Rom einen Bundesgenossen sahen oder unter dem Aufruf des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ die Namen der prominentesten Zentrums- und Judendemokraten standen; solange unsere größte Parteiorganisation zwar laut die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Kapitalismus verkündete, aber darunter nur das gesunde, produktive Kapital verstand, nicht das jüdische Drohnenkapital: so lange war an keine Rettung zu denken.

Und wenn ich selbst und gleichgesinnte Freunde auf die Zusammenhänge und auf die Notwendigkeit eines „Entweder-Oder“ hinwiesen, so fanden unsere Worte nur in kleinen Kreisen Widerhall, am wenigsten bei den sog. „Nationalen“[1]). Ähnlich war es in der Zeit vor Luther und vor Bismarck; da gab es viele „Vorreformatoren“, und unter ihnen haben sich manche sehr verdient gemacht, freilich mehr nach der negativen, als nach der positiven Seite hin; die Erkenntnis, „was wir nicht wollen“, führt nach einem Ausspruch Richard Wagners auf den rechten Weg. Aber letzten Endes kommt es doch auf den einen Wundermann an, der den entscheidenden Schritt und Schnitt tut. Adolf Hitler wurde der Retter unseres Volkes, der Entweder-Oder-Held, der mit mutiger Entschlossenheit und radikalen Mitteln das Gift bekämpfte, das seit langer Zeit sauerteigartig alle Glieder unseres Volkes verseucht hatte. Zum ersten Male wurde mit dem Kampf gegen den Kapitalismus Ernst gemacht, der bisher ein verlogenes Feldgeschrei gewesen war.

Rückschauend erklärte Adolf Hitler auf dem Nürnberger Parteitag am 9. September 1936: „Die nationalsozialistische Führung mußte einen Grundsatz an die Spitze ihrer Erwägungen und damit ihres Handelns stellen:

Weder die Wirtschaft noch das Kapital sind selbstherrliche Erscheinungen und damit einer eigenen Gesetzmäßigkeit unterworfen, sondern an der Spitze, und damit allein und ausschließlich die Lebensgesetze aufstellend, steht das Volk. Nicht das Volk ist für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft ist eine Dienerin am Volk. Und Volk und Wirtschaft sind nicht Sklaven des Kapitals, sondern das Kapital ist nur ein wirtschaftliches Behelfsmittel und damit ebenfalls den großen Notwendigkeiten der Erhaltung eines Volkes untergeordnet“[2]).

---

[1]) Die deutschnationale Volkspartei war die Partei der Halbheiten und fiel bei wichtigen Abstimmungen in 2 Hälften auseinander. Nach dem Weltkrieg wurde ich zu regelmäßigen Leitartikeln für ihre Presse aufgefordert; ein Aufsatz, der die Überschrift „Entweder—Oder“ trug, führte zur Entfremdung und zum Bruch.

[2]) Über Hitlers Vierjahrespläne, über seine wirtschaftlichen Maßnahmen und die damit zusammenhängende Bevölkerungspolitik und Bekämpfung des Großstadtelends sowie über die Kolonialansprüche berichtet der letzte Abschnitt.

IV.

Die Verteilung der Welt unter die Rassen, Nationen und Religionen.

Die Überdemokratie, die Sozialdemokratie, behauptet eine Gleichheit aller Menschen; ihre Verschiedenheit sei nur eine äußerliche, in den materiellen und klimatischen Verhältnissen begründete.

Gegenüber dieser wahnwitzigen Vorstellung erklären wir, daß die geschichtlichen Tatsachen das Gegenteil beweisen. Die Verschiedenheit ist etwas Gesundes, und alle Kultur beruht darauf. Nicht nur die Rassen und Nationen sind untereinander ungleich, sondern auch innerhalb derselben ist der Unterschied groß; es kann heute nicht mehr zweifelhaft sein, daß sich sowohl körperliche wie geistige Anlagen vererben[1]).

A.

Rasse und Nation (bzw. Volkstum)[2]).

„Staat", „Nation", „Rasse" sind drei Begriffe, die sich zwar vielfach berühren, aber doch weit auseinandergehen.

Wie verschieden Staat und Nation sein können, sehen wir
an den früheren Staaten Österreich-Ungarn und Rußland;
an der Verteilung der deutschen Nation über mehrere Staaten;
an der langen Fortdauer einer festgeschlossenen polnischen, ruthenischen, jüdischen Nation ohne staatliche Organisation.

Aber auch Rasse und Volkstum sind verschieden. Bei dem Wort „Rasse" denken wir nur an die Gemeinsamkeit des Blutes; bei „Nation" mehr an die gemeinsame Sprache, gemeinsame Geschichte und an das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Wir staunen über die volkstumbildende Kraft gewaltiger Sprachdenkmäler, vor allem:
des Alten Testaments für die Juden,
Homers für die alten Griechen,
Luthers Bibelübersetzung für die Deutschen.

Rassestolz und Nationalstolz sind keineswegs dasselbe. Wie gering ist bei den romanischen Völkern, besonders bei den Franzosen, Italienern und Spaniern, trotz hochgespanntem Nationalstolz, der Rassestolz! Umgekehrt haben die Germanen einen stark ausgeprägten Rassestolz, womit sich leider nicht immer ein starkes Nationalbewußtsein verbindet, wie die deutsche Geschichte zeigt.

[1]) In unserer zu sentimentalen Torheiten neigenden Zeit sollte man sich öfter erinnern, wie wenig die Neger, trotz Christentum und europäischer Kultur, in ihren freien Republiken Haiti und Liberia geleistet haben.

[2]) Die Worte „Nation" und „Volkstum" (oder „Volk") sind in diesem Buche gleichbedeutend gebraucht.

1.

Rassen[1]).

Für den Historiker kommen, wie Treitschke mit Recht sagt, nur vier große Menschenrassen in Betracht: die weiße, gelbe, schwarze, rote:

die weiße, die sogenannte kaukasische Rasse, ist gegen 800 Millionen stark; dazu gehört die Mehrzahl der Bewohner Europas, Nordafrikas, Vorderasiens und Vorderindiens;
die gelbe Rasse, die Mongolen, 500 Millionen;
die schwarze Rasse, die Neger, 120 Millionen;
die rote Rasse, in Amerika, 35 Millionen.

Diese vier großen Menschenrassen zerfallen wieder in sehr verschiedene Teile, für die wir auch das Wort „Rasse" gebrauchen. Die Europäer bilden einen Teil der weißen Rasse und zerfallen in zwei Hauptgruppen:

1. die Nordeuropäer, die nordische oder germanische Rasse, wozu ursprünglich auch die echten Kelten und echten Slawen als Bruderstämme gehörten; sie sind langköpfig, großköpfig, groß an Gestalt, blauäugig, blond, hellhäutig;

2. die Südeuropäer: langköpfig, kleinköpfig, von geringer Körpergröße, braunäugig, dunkelhaarig, mit gelblicher und bräunlicher Hautfarbe. Sie wird die westische, mittelländische oder Mittelmeer-Rasse genannt.

Ich folge dem Rate Schemanns, „so wenig feste Rassen wie möglich anzusetzen"; als solche bezeichnet er die nordische und mittelländische. Er behauptet: „Alles andere ist entweder anonymer Ballast oder bleibt uns doch ein Geheimnis."

Das deutsche Volk war zu allen Zeiten vorwiegend nordisch, bis zur Völkerwanderungszeit auch in Süddeutschland. Von alters her hatte die nordische Rasse einen Einschlag fälischer Rasse (Bismarck- und Hindenburg-Typus). Erst nach der Völkerwanderung, besonders aber in den letzten Jahrhunderten wuchs der Anteil der übrigen europäischen Rassen. Da infolge zunehmender Blutmischung nur noch 7 Prozent des deutschen Volkes rein nordischen Typus haben: so dürfte ungefähr jeder Deutsche Anteil am nordischen Blute haben.

Hans Günther schätzt den Blutanteil der Rassen im deutschen Volk auf folgende Prozentsätze:

Nordische	Rasse	etwa	50	Prozent
Fälische	„	„	5	„
Ostische	„	„	10	„
Ostbaltische	„	„	8	„
Dinarische	„	„	15	„
Mittelländische	„	„	2	„

Im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen („Arierparagraph") gilt jeder Deutsche als „Arier", der weder Volljude ist noch jüdische oder farbige Vorfahren und Verwandte hat.

[1]) Als das wichtigste Ergebnis der jungen Rassenforschung erscheint mir die nordeuropäische Herkunft der Indogermanen. Vgl. meine „Angewandte Rassenkunde".

Neben diesen Unterscheidungen, über die uns die Naturforscher belehren, müssen wir Historiker darauf hinweisen, daß für uns vornehmlich die sogenannte Alte Welt in Betracht kommt, d. h. Europa, Nordafrika und Asien. Auf diesem Raum sehen wir seit Jahrtausenden drei Menschenrassen miteinander ringen: die nordisch-arische, die semitische und die mongolische.

Je näher ihrem Ursprungsgebiet, um so reiner haben sich diese drei Rassen erhalten: die germanisch-deutschen Arier in Norddeutschland zwischen Unterweser und Unteroder und dann weiter in Jütland, Dänemark und Südskandinavien; die Mongolen in Hochasien; die Semiten in Arabien[1]).

2.

Die Entstehung der heutigen europäischen Nationen.

Als das römische Weltreich unterging (5. Jahrh. nach Chr.), gab es in Europa keine „Nationen" mehr, auch bei den Germanen nur Sippen und Stämme. Erst nach jahrhundertelangen Völkerbewegungen und Kämpfen entstanden allmählich neue Nationen, mit eigener Sprache, eigener Geschichte und dem Gefühl enger Zusammengehörigkeit. Bei dieser Entwicklung war die wachsende Macht des gewaltigen Karolingerreichs von großer Bedeutung; es fiel im 9. Jahrh. in Deutschland, Frankreich und Italien auseinander.

1. Zuerst trat die deutsche Nation hervor; vor 1000 Jahren, im Jahr 919, ist sie geboren. Die hervorragenden Helden aus dem Sachsenland, Heinrich I. und Otto I. der Große, vereinigten die fünf Stämme der Sachsen, Franken, Bayern, Schwaben, Lothringer zu einem Volkstum. Die Einheit war so stark, daß mehrere Jahrhunderte lang das Deutsche Reich die führende Stellung in der Welt einnahm.

2. Daneben entwickelte sich die französische und die italienische Nation. Der gewaltige Aufstieg des Papsttums seit 1046, außerdem die wachsende Erinnerung an die große römische Vergangenheit, vor allem aber die seit dem Beginn des 14. Jahrhunderts beginnende italienische Literatur von Dante an und die sogenannte „Renaissance" schufen das italienische Volkstum.

Die spanische und die portugiesische Nation erwuchsen aus den langen Kämpfen mit den Arabern und dem Islam.

Eine englische Schriftsprache bildete sich erst im 14. Jahrhundert

[1]) Wir sprachen S. 97 von den drei „Menschheitswiegen".

aus, und damals, als unter Eduard III. die glorreichen Kriege mit Frankreich geführt wurden, entstand auch die englische Nation.

3. Die russische Geschichte knüpft an die Normannenwanderung unter Rurik im 9. Jahrhundert. Die Entstehung der westslawischen „Nationen" hängt aufs engste zusammen mit der Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter, mit der deutschen Siedelungstätigkeit im Osten.

Holle spricht in seiner „Allgemeinen Biologie" (Lehmann, München, 1919) von der inneren Stimme des „Gattungstriebes" und von der „Volksseele", die eine Geschlossenheit des Denkens, Empfindens und Handelns herbeiführen. Erst wenn eine Volksseele von ausreichender Lebenskraft sich ausgebildet hat und am Gegensatz anderer sich ihrer selbst bewußt geworden ist, entsteht der Volksstaat. Die „Volksindividualitäten" setzen eine auf verhältnismäßiger Verwandtschaft der in den einzelnen Volksgliedern zusammengemischten Rasseanlagen beruhende Gleichartigkeit der seelischen Eigenschaften voraus. „Auch bei der Wesenseinheit des Volkes baut die Seele den Körper."

3.

Die Bedeutung der germanisch-deutschen Beimischung in den europäischen Nationen.

Wir nannten auf S. 96 für Mittelalter und Neuzeit das Ringen zwischen Germanismus und Romanismus den Hauptinhalt der Geschichte und „Romanismus" die Fortsetzung des jüdischrömischen Völkerchaos, an dem die alte Kulturwelt zugrunde ging. Germanentum und Christentum waren die Kräfte, die eine neue Kulturwelt schaffen sollten. Um 500 nach Chr. waren Germanen die Herren von Mittel- und Westeuropa; sie brachten neues Leben. Aber schon früh wurden sowohl das Christentum als das Germanentum vom Romanismus verseucht; es begann die Entnordung und Entgermanisierung.

1. Wie irreführend ist die Einteilung in „germanische" und „romanische" Völker! Mit dem Worte „romanisch" bezeichnen wir keine einheitliche „Rasse", welche die Franzosen, Italiener, Spanier, Portugiesen, Rumänen umfaßt, sondern die Nationen, deren Sprachen aus dem Römisch-Lateinischen entstanden sind. Die Geschichte gibt uns Aufschluß. Als eine der wichtigsten Ursachen für den Untergang der alten Kulturwelt haben wir die jahrhundertelang fortgesetzte Abschlachtung der hervorragenden Menschen und die Mischung mit asiatischen und afrikanischen Völkern erkannt. Schließlich war die Bevölkerung des weiten römischen Reiches nicht nur völlig entartet, sondern drohte auch auszusterben. Rettung kam durch die Germanen, die seit dem 2. Jahrhundert nach Chr. massenhaft aufgenommen wur-

den und dann während der Völkerwanderung in immer neuen Scharen eindrangen. Ja, auch während des ganzen Mittelalters hat der Strom der Einwanderung nicht aufgehört. Die Bedeutung der sogenannten romanischen Völker war bedingt durch die Stärke der germanischen Beimischung[1]).

a) Wieviel jene Länder den Germanen zu verdanken haben, zeigt besonders Italien, das durch die Ansiedlungen der römischen Kaiser, durch die Völkerwanderung, durch die jahrhundertelange Herrschaft der Langobarden und die noch länger dauernde enge Verbindung mit dem Deutschen Reich und später mit Österreich immer neue germanische Elemente aufgenommen hat. In einem Buch „Die Germanen und die Renaissance in Italien" 1905, hat Woltmann nachgewiesen, daß die sogenannte „Renaissance" nicht eine Wiedergeburt des Altertums sei, sondern eine eigenartige Leistung der eingewanderten germanischen Rasse; daß die Germanen in Italien die meisten und größten Genies hervorgebracht haben; ja daß mindestens 85—90 Prozent der italienischen Genies ganz oder vorwiegend der germanischen Rasse zugeschrieben werden müssen. Die Neuzeit brachte die „Rückromanisierung"[2]).

b) Für Spanien gilt dasselbe. Jahrhundertelang erhielt sich der germanische Rasseadel rein; seiner Schöpferkraft entstammte alles Große, was Spanien geleistet hat. Erst die allgemeine Blutmischung hat den Verfall herbeigeführt.

c) Vor allem ist Frankreichs Geschichte lehrreich; es war eine Gründung der germanischen Franken und konnte, wie Schemann behauptet, im Hochmittelalter als germanische Vormacht mit Deutschland wetteifern. Im Norden, Osten und Süden saßen Germanen in geschlossenen Massen. Dazu kam der wichtige normannische Einschlag; das germanische Element erfuhr noch eine Verstärkung durch die Eroberungen des 16., 17., 18. Jahrhunderts (Elsaß, Lothringen, Flandern).

[1]) Bis in unsere Zeit waren fast alle europäischen Königsfamilien germanisch-deutscher Abstammung; im 19. Jahrhundert wurden deutsche Fürsten auf die Throne Rumäniens und Bulgariens gerufen, um staatliche Ordnung zu schaffen.

[2]) Gerade Italien zeigt, wie wenig sich die Begriffe Nation und Rasse decken. Das Nationalbewußtsein, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, ist bei den Italienern ganz besonders stark ausgeprägt. Dennoch kann man sich kaum einen größeren Rasseunterschied denken, als zwischen den Nord- und Süditalienern. Die Norditaliener haben meistens ebensoviel germanisches Blut, wie die Tiroler, Steiermärker und Bayern. Aber im Süden ist aus dem allerverschiedensten Blut ein Gemisch entstanden, das dem großen Einiger Italiens, Cavour, solches Entsetzen einflößte, daß er im Hinblick auf dessen Aufnahme in das ihm vorschwebende neue Reich sein berühmtes Wort ausrief: „sie müssen sich erst waschen".

Aber schon früh begann die Verwelschung, und aus den germanischen Franken wurden „romanische Franzosen": teils durch Mischungen mit der mittelländischen und alpinen Rasse, teils durch Ausrottung des germanischen Blutes; „Entgermanisierung" und „Rekatholisierung" hingen zusammen[1]):

In den grausamen Ketzerkreuzzügen und Waldenserverfolgungen des 13., 14., 15. Jahrhunderts wurde bestes germanisches Blut vernichtet.

Dasselbe gilt für die Hugenottenverfolgungen des 16. und 17. Jahrhunderts. Es waren vorwiegend Germanen, die durch die 8 Religionskriege des 16. Jahrhunderts, durch die Verordnungen Ludwigs XIV. und die Aufhebung des Ediktes von Nantes (1685) zu vielen Hunderttausenden getötet oder zur Auswanderung getrieben wurden.

Auch in der französischen Revolutionszeit hat, als man gegen den Adel wütete, Meuchelmord und Guillotine viel germanisches Blut verspritzt.

Im Pyrenäengebiet hat sich der „rätselhafte, verschlossene, tatkräftige und phantastische Baskenstamm am meisten erhalten. Sowohl in den Adern der Spanier als auch der Südfranzosen rollt viel baskisches Blut. Einer der größten Germanenhasser, der Stifter des Jesuitenordens, Ignaz von Loyola, war Baske. In dem heutigen Frankreich haben die Südfranzosen einen vorherrschenden Einfluß auf die innere und äußere Politik gewonnen. Der große Ränkeschmied und einer der Hauptschuldigen am Weltkrieg, Delcassé, stammt aus dem klassischen Lande der Urbevölkerung seines Vaterlandes, aus der Gascogne; er ist entschieden baskischer Abstammung" (Chamberlain).

d) Als „romanisch" werden auch die Länder Mittel- und Südamerikas bezeichnet. Aber hier ist durch die Verbindung der Spanier und Portugiesen mit der schwarzen und der roten Rasse ein Bastardvolk entstanden, das zu keinen geordneten staatlichen Zuständen gelangen kann. Nachdem sie im Anfang des 19. Jahrhunderts die spanische und portugiesische Herrschaft abgeschüttelt haben, folgt ein Bürgerkrieg dem anderen, eine Revolution der anderen. Auch hier haben eingewanderte Germanen, besonders Deutsche, an einzelnen Stellen neues Leben geweckt[2]).

[1]) Über das Heldentum der germanischen „Ketzer" in Frankreich spricht Alfred Rosenberg in seinem „Mythus".

[2]) In der „Politisch-Anthropol. Revue" vom Oktober 1909 heißt es: „Wenn wir uns niedrige staatliche Gebilde mit geringster Kultur und europäischem Firnis vorstellen wollen, dann blicken wir auf die mittel- und südamerikanischen Staaten. Man weiß, daß dort krasseste Unkultur, wüstester Aberglaube, größte Korruption der Verwaltung und der Politik, unglaubliches Elend und unglaublicher Schmutz der Massen Hand in Hand gehen mit gewissen Errungenschaften modernster, vor allen Dingen Pariser Außenkultur. Und fragen wir weiter, wie diese Kultur entstanden ist, dann erhalten wir die

2. Die Engländer:

Jedesmal wenn die Engländer uns als ihre „Festlandssoldaten" gebrauchen wollten, drangen lockende Sirenenklänge von dort an unser Ohr. Dann hörten wir von den „englischen Vettern", von den „stammverwandten englischen und deutschen Nationen". Aber auch in England vollzog sich eine Entgermanisierung, und die nichtnordischen Elemente sind im Vorrücken: Im ausgehenden Mittelalter schmolzen die adeligen Oberschichten durch die zahlreichen Kriege, besonders durch das gegenseitige Abschlachten während des 30jährigen Thronstreits zwischen „den beiden Rosen" (1455—1485), dahin; im 17. und 18. Jahrhundert strömte ein großer Teil des germanischen Blutes nach Amerika, und wenn in dem letzten Jahrhundert durch die Industrialisierung des Landes der englische Bauernstand vernichtet wurde, so traf auch das hauptsächlich die germanischen Bestandteile des Volkes. Zwar hat Großbritannien in der neuesten Zeit seine verbrauchten Kräfte vielfach aus Deutschland und Skandinavien ergänzt; aber es kann kaum noch als „germanisch" bezeichnet werden. Vor allem ist die germanische Gesinnung verlorengegangen. Wie in den alten griechischen Republiken und im alten römischen Reich folgte auf eine entartete Aristokratie eine degenerierte Plutokratie. Die führenden Männer der Neuzeit gehören entweder dem Judentum[1]) an oder dem kelto-romanischen Mischvolk; wir erinnern einerseits an die Juden Lord Beaconsfield, Lord Rothschild, Lord Reading, anderseits an die „Kelten" Grey, Asquith, Lloyd George, Churchill[2]).

Antwort: durch die unterschiedlose Blutmischung der Weißen, Roten und Schwarzen untereinander ... Die Bastardrasse zeigt keinen der Vorzüge der Rassen mehr, von denen sie abstammt. Dagegen hat sie die Fehler und Laster der Elternrassen lückenlos aufzuweisen ... Überall, in Südafrika, in Indien, auf den Sundainseln sind die Bastarde das schlimmste und das gefährlichste Gesindel der betreffenden Kolonie. Hierzu kommt noch, daß wenigstens bei hochstehenden Rassen die besseren Elemente die Blutmischung mit den Weißen durchaus verschmähen. Es ist also Ausschuß auf beiden Seiten, das zur Bildung der Bastardrasse benutzt wird. Kein Wunder, daß dabei nur Schlimmes herauskommt."

[1]) „Im englischen Adel, und nicht in ihm allein, wuchert das Judentum" (Schemann II S. 384).

[2]) Für das Emporkommen der nichtarischen Elemente sind folgende zwei Tatsachen sehr bezeichnend:

In den englischen Städten verhielt sich vor 100 Jahren die Zahl der Blonden zu der der Braunen wie 2:5. Heute ist in Glasgow das Verhältnis 1:4, in Manchester 1:5, in London 1:7.

Vor 1850 gingen die großen technischen Erfindungen vorzugsweise von England aus. Seit 1871 sind zwei Drittel aller wichtigen Erfindungen allein von Deutschen gemacht; sie kapitalistisch auszunutzen, verstanden freilich die Engländer besser. Wir sind eben später dazu gekommen, unsere Anlagen zu entwickeln, und müssen uns hüten, sie zu verbrauchen oder dem Auslande abzutreten. (Holle S. 174.)

Infolge der zunehmenden Entnordung ging in England und Frankreich das Verständnis für die eigenen Kulturschätze verloren:

Zweifellos weht in Shakespeares Dichtungen germanischer Geist. Aber sie waren im 17. und 18. Jahrh. den Engländern selbst, auch den Hochstehenden, völlig fremd geworden; unsere deutschen Dichter Wieland, Lessing, Goethe und Schiller haben die hohe Bedeutung des „unsterblichen" Dichters neu entdeckt. Es geht mit Shakespeare wie mit den Meisterwerken der alten Griechen. Deutsche wurden für die ganze Welt die Bewahrer und Hüter der Geistesschätze nordischer Art.

Die Sagen vom heiligen Gral und vom Artushof sind unzweifelhaft keltogermanischen Ursprungs. Aber Chrétien de Troyes hat sie zuerst in französischer Sprache behandelt, und aus dieser Quelle schöpften die deutschen Dichter des Mittelalters. Die weitere Entwicklung war wie bei Shakespeare. Die Franzosen verschütteten ihr Erbteil; erst der Deutsche Richard Wagner erweckte den alten Sagenschatz zu neuem Leben, und nun beschuldigen uns die Franzosen, wir hätten französisches Geistesgut gestohlen.

3. Die „slawischen" Völker: Die echten Slawen waren, wie die echten Kelten, den Germanen nahe verwandt; aber der gesamte Osten Europas ist viele Jahrhunderte hindurch von asiatischen Völkermassen überschwemmt worden, den Hunnen, Avaren, Magyaren, Finnen, Mongolen, Türken; große Landstriche haben lange Zeit unter asiatischer Herrschaft gestanden. Je weiter wir im Nordosten und Südosten über die Grenzen Deutschlands hinausgehen, um so mehr stoßen wir auf halb- und ganzmongolische Völker. Was man heute „slawische Rasse" nennt, ist halbmongolisch.

Kulturträger waren für alle östlichen Länder Europas die Deutschen. Wiederum zeigt uns die Geschichte, daß die Staaten in demselben Maße zurückgingen, wie sie die deutschen Elemente vernachlässigten und unterdrückten. Das sahen wir an Rußland, mehr noch an Österreich-Ungarn:

> Die Gegenreformation, der jahrhundertelange erbitterte Kampf der Habsburger gegen den Protestantismus hat Österreich-Ungarn immer mehr dem deutschen Leben entfremdet, hat die besten germanischen Kräfte vernichtet oder vertrieben, hat die Schleusen geöffnet, durch welche der slawische Geist sich ausbreitete.
>
> Seitdem Österreich 1866 aus dem Deutschen Reich ausgeschieden ist, hat die Regierung fortgesetzt die slawischen Völker auf Kosten der Deutschen gestärkt.

Taschenspielerkünste. Absichtlich sind oft die Namen für Staat und Volkstum (Nation) durcheinander geworfen:

1. Von einer österreichischen, ungarischen, böhmischen, belgischen, schweizerischen „Nation" kann keine Rede sein; „Österreich", „Ungarn", „Böhmen", „Belgien", „Schweiz" sind Namen für Staaten bez. Länder, in denen mehrere Völkertrümmer nebeneinander wohnen.

2. Ebensowenig durften die 2 Millionen Deutschen, die zum russischen Kaiserreich gehörten, schlechthin „Russen" genannt werden; sie blieben Deutsche, auch wenn sie russische Staatsbürger waren.

4.

Umschichtungen und Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Nationen (bis 1914).

Wie töricht ist doch das Geschwätz von dem status quo! Es gibt wachsende und abnehmende, starke und schwache, gesunde und kranke Nationen; man kann nicht erwarten, daß der Raum für die Nationen ewig derselbe bleibe, wenn ihr Kräfteverhältnis sich ändert.

1. Das Wachstum war in den letzten Jahrhunderten sehr verschieden; besonders blieben die Franzosen seit 100 Jahren auffallend zurück. Das zeigen folgende Tabellen:

Die drei Sprachen.

Die zunehmende Bedeutung der englischen Sprache springt in die Augen:

1. Nach Otto Jespersen über „Wachstum und Bau der englischen Sprache" wurde als Muttersprache gesprochen

im Jahre	Englisch	Französisch	Deutsch
1500	von 4—5 Millionen	11 Millionen	10 Millionen
1700	$8^1/_2$ „	20 „	10 „
1800	20 „	27 „	30 „
1900	116 „	50 „	80—90 „

2. Amtliche Landessprache war nach Hübbe-Schleiden („Deutsche Kolonisation", Hamburg 1881)

	im Jahre 1800	im Jahre 1880
das Englische	für 40—50 Millionen	für 291 Millionen
das Deutsche	„ 38 „	„ 70 „
das Französische	„ 34 „	„ 43 „

3. Einige Sprachen haben sich für längere Zeit die Bedeutung als Weltsprache errungen:

Weit über ein Jahrtausend ist die griechische Sprache das Band für die ganze alte Kulturwelt gewesen; auch das Christentum wurde in ihr verbreitet.

Im 1. Jahrhundert vor Chr. begann die zunehmende Bedeutung der lateinischen Sprache. Sie wurde die Sprache der römisch-katholischen Kirche und kann heute noch geradezu als lebende Sprache bezeichnet werden. Bis tief in die Neuzeit hinein war sie die Sprache im Verkehr der Völker und Staaten, die Sprache der höheren Schulen und Universitäten. In Ungarn haben sich noch im 19. Jahrhundert die verschiedenen Volksstämme durch das Lateinische untereinander verständigt.

Seit den Tagen Ludwigs XIV. wurde die lateinische Sprache von der französischen verdrängt. Aber die Verhältnisse haben sich schon geändert; heute verdankt das Französische seine Stellung als Weltsprache zum größten Teil dem Umstand, daß sie auf allen höheren Knaben- und Mädchenschulen Deutschlands gelehrt wird.

Die englische Sprache ist heute am meisten verbreitet und daneben die deutsche.

Die Bevölkerungszahl.

Wie sehr ist Frankreich zurückgeblieben!

1. Levasseur hat ausgerechnet, daß von der Gesamtbevölkerung der jeweils in Betracht kommenden Großmächte auf die französische Nation entfielen

im Jahre 1700 . . . . 38 Prozent
„ 1800 . . . . 27 „
„ 1815 . . . . 20 „
„ 1880 . . . . 13 „

2. Die Verschiebung wird noch deutlicher, wenn wir sehen, wieviel Prozent der europäischen Bevölkerung auf Frankreich kamen:

um das Jahr	Mill. Einw. in Europa	Mill. Einw. in Frankreich	Prozent
1800	175	27,3	15,6
1830	216	32,6	15,1
1860	289	37,4	13,0
1900	400	39,0	9,7

Im 18. Jahrhundert stand Frankreich unter den Staaten Europas in bezug auf Bevölkerungszahl an erster Stelle; noch 1789 hatte Frankreich 26, das riesige russische Reich nur 25 Millionen. Heute steht Frankreich an vierter und wird bald an sechster Stelle stehen.

3. Die Ursache war nicht in dem Verlust von Elsaß-Lothringen zu sehen, noch weniger in dem großen Aderlaß der blutigen Kriege. Während der Revolutionszeit (1789—1815) hat Frankreich nicht weniger als $2^1/_2$ Millionen Menschen durch die Kriege verloren; trotzdem ist in dieser Zeit die Bevölkerung um 4 Millionen gewachsen. Nein, der Grund liegt in der geringen Nachkommenschaft. Der Geburtenüberschuß betrug

im Jahre	im Deutschen Reich	in Frankreich
1901	857 824	72 398
1902	902 243	83 944
1903	812 173	73 106
1904	862 664	57 026

Franzosen haben die Befürchtung ausgesprochen, daß, wenn das so weiter gehe, ihre Nation nicht nur zurückbleibe, sondern aussterbe.

Wie verschieden die Bevölkerung während eines halben Jahrhunderts (1855 bis 1905) in den europäischen Staaten gewachsen ist, geht aus folgenden Zahlen hervor:

in Frankreich um	14 Prozent	in Großbritannien und Irland um	52 Prozent
in Spanien um	21 „	in Portugal um	54 „
in Italien um	36 „	in Belgien um	56 „
in der Schweiz um	37 „	im Deutschen Reich um . . .	59 „
in Ungarn um	45 „	in den Niederlanden um . .	68 „
in Schweden um	46 „	in Dänemark um	79 „
in Norwegen um	47 „	im europ. Rußland um . . .	81 „
in Österreich um	49 „		

Dabei hat das Deutsche Reich von 1820—1900 ungefähr 5,2 Millionen Menschen durch Auswanderung verloren. Rechnet man die Nachkommen dazu, so macht das heute einen Verlust von ungefähr 20 Millionen aus.

Für die Verschiedenheit des Wachstums ist auch folgende Bevölkerungstabelle lehrreich:

	1870/1	1900/1	1910/11
Frankreich	36,1	38,9	39,6 Mill. Einwohner
England	38,1	42,0	45,0 „ „
Deutsches Reich . .	41,1	56,4	64,9 „ „
Österreich-Ungarn . .	35,7	46,9	51,4 „ „
Italien[1])	26,8	32,5	34,6 „ „
Rußland	73,5	112,0	135,0 „ „

Malthusianismus und Geburtenrückgang.

Im Anfang des vorigen Jahrhunderts warnte der englische Nationalökonom Malthus vor der uneingeschränkten Volksvermehrung, die für die kommenden Geschlechter Hunger, Not und Elend brächte. Vielleicht hätte er seine vielgelesenen Bücher nicht geschrieben, wenn er etwas von den künftigen Fortschritten der chemischen Wissenschaft, von künstlicher Düngung und rationeller Landwirtschaft gewußt hätte. „Die Bevölkerungskapazität der Erde wird mit jedem Tage größer." Leider sind dem „Malthusianismus", d. h. dem Ein- und Zweikindersystem, seit 100 Jahren gerade die weißen Rassen immer mehr verfallen; das bedeutet Selbstmord und führt genau so zum Untergang, wie vor 2000 Jahren das griechisch-römische Weltreich an Entvölkerung und Entartung zugrunde ging. Während die nordische Rasse abnimmt, wachsen die anderen:

Die Zahl der Chinesen wird auf 500 Mill. geschätzt.

Japaner gab es 1853 26 Mill., heute fast 100 Mill.

In Indien ist seit 100 Jahren die Bevölkerung von 40 auf 285 Millionen gestiegen.

Rußlands halbmongolische Bevölkerung ist trotz der großen Blutverluste durch den Weltkrieg und den Bolschewismus auf 170 Millionen gewachsen.

Lehrreich ist die verschiedene Bevölkerungszunahme der Erdteile in der allerjüngsten Zeit, von 1913—1925:

in Europa	um 1,2	Prozent
in Nordamerika	„ 19,4	„
in Mittelamerika	„ 6,5	„
in Südamerika	„ 22,0	„
in Afrika	„ 6,8	„
in Ozeanien	„ 15,6	„

Die Entthronung Europas scheint unaufhaltsam fortzuschreiten.

Die Folge des Geburtenrückgangs ist eine verhängnisvolle Überfremdung. Sie tritt besonders auffallend bei Frankreich hervor. Im ersten Vierteljahr 1927 verringerte sich die Gesamtbevölkerung um 32000 Köpfe. Anderseits hatte schon lange eine „völkische Invasion" von außen begonnen. Wir denken an

die 800000 eingewanderten Italiener in Südfrankreich;
die 470000 eingewanderten Polen in Nordfrankreich;
die 200000 Farbigen in Paris, 100000 in Marseille.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß auch im Deutschen Reich während der letzten Jahrzehnte mit Recht über einen beängstigenden Geburtenrückgang geklagt wurde. Von 1880—1912 nahm im gesamten Reich die Zahl der Geburten um 30 Prozent ab. Besonders groß war der Rückgang in den Industriebezirken und Großstädten[1]). Sie wuchsen nicht aus sich selbst heraus, sondern durch die Zuwanderung vom Land. Die Verstädterung unseres Volks war sehr ungesund.

[1]) Heute hat Italien Frankreich bereits überholt; seine Einwohnerzahl wurde 1937 mit 43 Millionen angegeben, während Frankreich trotz des elsaßlothringischen Zuwachses knapp 42 Millionen hat.

2. Zu den Krankheitserscheinungen, die sich seit mehr als 100 Jahren bei den meisten europäischen Nationen bemerkbar machten, gehört die zunehmende Entwurzelung. Zwar nahm die Auswanderung in den letzten Jahrzehnten ab; aber die Binnenwanderung war um so stärker, und wir drohten zu einem modernen Nomadenvolk zu werden. Zweierlei trat besonders hervor: einerseits der Zug von dem Osten nach dem Westen, anderseits vom Land in die Stadt[2]).

Man denkt an die Zeit der Völkerwanderung, wo die Ostgermanen nach dem Westen und Süden wanderten und die Slawen an ihre Stelle traten. So zogen in den letzten 100 Jahren die Ostdeutschen, um wirtschaftlich vorwärts zu kommen, nach dem Westen; an ihre Stelle traten die Slawen, vor allem die Polen. Bekanntlich ist Bismarck mit seinem Ansiedlungsgesetz dieser Bewegung entgegengetreten; auch waren die Erfolge vielversprechend. Trotzdem blieb die Zahl der abwandernden Deutschen größer als der einwandernden[3]); die Polen drangen vor und schoben sich allmählich immer mehr nach Westen.

Große Teile Rheinlands und Westfalens drohten polonisiert zu werden. Das zeigen folgende Zahlen:

1890 wohnten in Rheinland und Westfalen 29842 Polen,
1910 „ „ „ „ „ 254202 „

Im Stadtkreis Recklinghausen waren vor dem Krieg über 23 Prozent der Bevölkerung Polen, in Hamm $21^1/_2$ Prozent, in Hamborn über 13 Prozent.

[1]) Für Berlin haben wir folgende amtliche Berechnung; es kamen jährlich auf 1000 Ehefrauen unter 45 Jahren

1860—1869	218 Geburten,
1900	127 „
1905	111 „
1910	$90^1/_2$ „
1914	73 „

[2]) Über die Landflucht vgl. S. 186f.

[3]) Vgl. S. 141. Trotz der Arbeit der Ansiedlungskommission erwarben die Polen seit 1886 81000 Hektar mehr aus deutscher Hand als umgekehrt.

5.

Die Tragik der deutschen Geschichte.

Unter den „Nationen“ Europas war die deutsche die älteste und, was die Rasse angeht, reinste; trotzdem wurde das Gefühl der Zusammengehörigkeit bei allen anderen ringsum viel stärker als bei uns. Schuld daran waren unsere Vertrauensseligkeit und Langmut, unsere Duldsamkeit und Mangel an nationalem Egoismus.

1. Wiederholt ist auf die überraschende Ähnlichkeit zwischen Altertum und Gegenwart hingewiesen. Man hat die Deutschen die Griechen, die Engländer die Römer der Neuzeit genannt; die Juden sind dieselben geblieben. Wie damals Griechen, Römer, Juden, so sind heute Deutsche, Engländer, Juden über den ganzen Erdkreis zerstreut: die Deutschen als Arbeitsbienen, die Engländer und Juden als Drohnen. Wo die Engländer sich niederlassen, da setzen sie sich, wie die alten Römer, politisch fest, und mit ihnen verbreitet sich englisches Wesen und englische Sprache. Deutsche gibt es der Abstammung nach viel mehr in der Welt als Engländer; aber sie werfen im Ausland ihre Eigenart und Sprache von sich und nehmen fremdes, meist englisches Volkstum an. Nur die Juden halten, wie im alten römischen Weltreich, zäh an ihrem Volkstum fest.

2. Der Mangel an nationalpolitischem Egoismus ist uns besonders im weiten Osten verhängnisvoll geworden. Wir Deutschen waren so selbstlos, daß wir zwar als Bauern und Handwerker, Städtegründer und Krieger den slawischen Völkern eine höhere Kultur brachten, aber keine Machtpolitik trieben; deutsches Blut hat fremdes Volkstum gestärkt. Otto III. gab um das Jahr 1000 den Polen einen nationalen Mittelpunkt, ebenso den Magyaren. In der Neuzeit erhielten die Letten, Esten, Litauer, die Tschechen und Slowenen mit deutscher Hilfe und deutscher Wissenschaftlichkeit ihre Schriftsprache; mit deutschem Geld wurden ihre Schulen gebaut und unterhalten. So schufen wir ihnen ihr Volkstum und gaben ihrem Streben nach politischer Macht den Anstoß. — Von Rußland sagt der bekannte Nationalökonom Wilh. Roscher, daß in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts dort ein deutsches Herrscherhaus mit etwa 80000 deutschen Beamten über 80 Mill. Menschen herrschte. Deutsch war die Kultur; deutsch war die Sprache, die allein bei den 100 verschiedenen Völkersplittern verstanden wurde; deutsche Bauern hoben im 19. Jahrh. durch ihr vorbildliches Wirken die völlig darniederliegende Landwirtschaft Rußlands. Wie würden die Engländer an unserer Stelle dies politisch ausgenutzt haben! Hätten wir ihren nationalpolitischen Egoismus besessen, so würde ganz von selbst der weite Osten, mindestens bis zu einer Linie vom Finnischen Meerbusen bis nach Siebenbürgen, deutsch geworden sein. — Ebenso ist es unsere Schuld, daß Belgien französisch, die Vereinigten Staaten von Nordamerika englisch wurden. Der Abstammung nach wohnen in der Union ebensoviel Deutsche wie Engländer.

3. Und wie draußen, so war es auch im Deutschen Reiche selbst, und damit kommen wir auf das Verhältnis von Staat und Nation. Wir sahen, daß die heutigen europäischen Nationen sich erst seit 1000 Jahren entwickelt haben. Anfangs war die deutsche Nation allen anderen voran; im 10. Jahrh. fielen unser Staat und unser Volkstum zusammen; alle Deutschen gehörten zum Deutschen Reich, das auch in fremdes Volkstum hineinwuchs. Aber im 15. Jahrh. begann die traurige Entwicklung, daß die Grenzen des deutschen Staates hinter die Grenzen der deutschen Nation zurückwichen, und daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit bei den angriffslustigen Nachbarvölkern stärker wurde als bei uns. Ringsum entwickelte sich ein leidenschaftlicher nationalpolitischer Egoismus; bei uns schwand er dahin.

Zwar wurde wiederholt das deutsche Nationalbewußtsein aufgerüttelt, und es erwachte das Gefühl völkischer Eigenart und Zusammengehörigkeit. Wir denken an die beiden Glanzzeiten unserer Kulturgeschichte: an die Reformation, die uns frei machte vom Welschtum, eine gemeinsame Schriftsprache und vor allem ein deutsches Christentum schenkte. Wir denken an die klassische Zeit unserer deutschen Literatur, an die großen Geisteshelden des 18. Jahrhunderts, an das unter dem Druck der französischen Fremdherrschaft erwachende Nationalgefühl, an den Willen zur deutschen Einheit: „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Aber unsere Langmut und Duldung, unsere Vertrauensseligkeit und Harmlosigkeit, unsere Übergerechtigkeit und Weltenliebe, unsere Eigenbrötelei und Freiheitsdrang schufen uns einen immer neuen Dualismus[1]). Sogar unsere mit Recht gepriesene Wissenschaftlichkeit schadete dem Volkstum; wir hegten und pflegten jede Sonderart, auch das Fremde innerhalb des Reiches bez. des Deutschen Bundes. Partikularismus und Internationalismus vereinigten sich zum Schaden des Deutschtums.

4. Damit kommen wir auf einen Hauptunterschied, worin die Schwäche des deutschen und die Stärke des fremden Volkstums liegt. Wohl waren die Deutschen allenthalben die besten Staatengründer und zuverlässigsten Stützen des Staates. Aber sie stellten immer den Staat höher als ihr Volkstum (auch die Konfession höher als ihr Volkstum). Dem Staat fühlten sie sich verpflichtet, auch wenn er sich gegen ihr deutsches Wesen, ihre deutsche Sprache, ihre deutschen

[1]) Vgl. S. 153.

Einrichtungen wandte. So wurde die Treue gegen den Staat zur Untreue gegen das Volkstum. Um des Staates, um der Konfession willen ließen sie sich langmütig in Österreich-Ungarn, Rußland, sogar in der Schweiz die größten Bedrückungen gefallen. Alle anderen Nationen machten es umgekehrt, nicht nur die Engländer, Franzosen, Russen, sondern auch die Polen, Tschechen, Rumänen. Die Wallonen erklärten: „wir sind keine Belgier, sondern Franzosen"; auch die Westschweizer betonten ihre Zugehörigkeit zur „großen" französischen Nation, während die Deutsch-Schweizer einen dicken Strich zwischen sich und den Reichsdeutschen zogen.

6.
Preußentum und Deutschtum.

Das Preußentum schien berufen zu sein, die notwendige Ergänzung zum Deutschtum zu werden und eine politische Einigung aller Deutschen Mitteleuropas herbeizuführen. Von Natur neigen wir Deutschen zu einer einseitigen Entwicklung:

zu einer starken Betonung unserer Freiheiten und Rechte;
zur Vielheit, Mannigfaltigkeit und Zersplitterung;
zu einer Überschätzung der Kultur und der kirchlichen Fragen;
zu einer weitgehenden Toleranz gegen das Fremde.

Nach dem Zusammenbruch durch den 30jährigen Krieg (1648) konnte eine Rettung nur erfolgen, indem wir mit Gewalt in die entgegengesetzte Richtung hineingezwungen wurden, und das haben mit den Mitteln ihres absoluten Regiments die Hohenzollernhelden des 17. und 18. Jahrh. getan, vor allem

der Große Kurfürst 1640—1688,
Friedrich Wilhelm I. 1713—1740,
Friedrich II. der Große 1740—1786.

Rücksichtslos bändigten sie den Über-Individualismus, die entartete Freiheit, schufen einen starken Einheitsstaat und beugten alle Sonderinteressen unter das Gesamtinteresse. Sie handelten nach dem Grundsatz Staat ist Macht, und das Heerwesen, das Beamtentum, die Finanzen wurden die drei starken Säulen, auf denen der Staat ruhte; bis ins kleinste ging die Bevormundung des wirtschaftlichen Lebens.

Die Hohenzollern selbst waren ein leuchtendes Vorbild der Pflichterfüllung, der Unterordnung unter das Wohl des Ganzen. Welche Selbstbeschränkung übten diese „unbeschränkten" Herrscher! Zwar wollten sie keinem Menschen gegenüber verantwortlich sein; aber vor Gott und dem eigenen Gewissen fühlten sie die ganze Schwere der Verantwortung. Zwar waren sie strenge Herrscher; aber ihr Herrschen war ein Dienen. Zwar legten sie ihren Untertanen schwere Pflichten auf; aber sie waren zugleich durchdrungen von dem Gefühl der Pflichten, die sie ihrem Volke gegenüber hatten. —

Unter den Nachfolgern Friedrichs des Großen wurde der preußische Staat sich selber untreu, geriet auf einen falschen Strang, und die Folge war der Zusammenbruch 1806/7. Was aber dann geschah, in den Jahren 1807—1815, gehört zu dem Herrlichsten und Erhabensten, was die Weltgeschichte uns zu erzählen vermag. Es war zunächst eine Rückkehr zum echten Preußentum, darauf ein bemerkenswerter Fortschritt. Nach dem 30jährigen Krieg hatte sich der Staat der Hohenzollern einseitig entwickelt; Preußen war das Land der Gebundenheit, der Einheit, der Pflichten. Der Fortschritt, der 1807 begann, bestand darin, daß ein Ausgleich gefunden wurde zwischen Rechten und Pflichten, Vielheit und Einheit, Freiheit und Gebundenheit; vor allem aber zwischen Preußentum und Deutschtum, zwischen Potsdam und Weimar, zwischen Macht- und Kulturpolitik. Das kleine ostelbische Preußen wurde der letzte Hort für das Deutschtum; das kleine ostelbische Preußen wurde der Besieger Napoleons. —

Abermals wurde Preußen sich selber untreu, nach den Freiheitskriegen, nach 1815. Eine Änderung trat erst ein, als Wilhelm I. zur Regierung kam und im September 1862 Bismarck zum Ministerpräsidenten ernannte. Man hat Bismarck einen „Reaktionär" gescholten; wir sehen darin einen Ehrentitel; denn ohne Reaktion gibt es keinen gesunden Fortschritt. Seine Riesenverdienste bestanden zunächst darin, daß er uns wieder auf den rechten Strang brachte; daß er uns aus Romantik und Sentimentalität, aus ästhetischer Überschwänglichkeit, aus der Passivität, aus den welschliberalen Menschheitsbestrebungen zurückführte zum Preußentum, zur aktiven Machtpolitik, zu gesundem politischen Egoismus; daß er den preußischen Staat wieder auf die starken Grundlagen stellte, auf denen er groß geworden war; daß Preußen „Hammer, nicht länger Ambos" sein sollte. Aber nachdem er die militärischen und monarchischen Machtgrundlagen gefestigt hatte, konnte er weiterbauen; größere Fortschritte hat das deutsche Volk bis dahin nie gesehen. Preußentum und Deutschtum vermählten sich im deutschen Kaiserreich. —

Wie nach dem Tode Friedrichs II. des Großen (1786), so wurde nach der Entlassung Bismarcks (1890) wiederum das Preußentum vernachlässigt und die starken Grundlagen unserer Macht untergraben; deshalb erfolgte 1918 ein Zusammenbruch, der schmählicher war als alle früheren.

Nach dem Tode des Kaisers Wilhelm I. (1888) schrieb der Engländer Withman: „Den Deutschen wäre nie ihr Heil gekommen, wenn die Preußen es ihnen nicht gebracht hätten, und ohne deren Führung werden sie es morgen wieder verlieren."

7.

Die jüdische Nation [1]).

Im Völkischen Beobachter stand am 4. August 1935: „Nach Veröffentlichung des Professors für jüdische Soziologie, Dr. Ruppil, beträgt die Gesamtzahl der Juden auf der ganzen Erde rund 16 Millionen. In Europa leben davon 9,7 Millionen Juden, davon allein ein Drittel (3 Millionen) in Polen. In Deutschland gab es 550000 Juden, die sich inzwischen um 50000 verringert haben [2])."

Seit 2½ Jahrtausenden spielen die Wanderungen der Juden in der Geschichte der Kulturvölker eine wichtige Rolle. Große Judenausweisungen kennt erst das ausgehende Mittelalter. Zu Beginn der Neuzeit wandten sich zahlreiche Juden der Neuen Welt zu. Auf europäischem Boden fanden 1597 portugiesische Juden in Holland Aufnahme, und bald nannten sie Amsterdam ihr Neu-Jerusalem. Von dort kamen 1689 reiche Juden mit Wilhelm von Oranien nach England, wo sie großen Einfluß gewannen. Während der letzten Jahrzehnte ist die Zahl der Juden in U. S. Amerika überraschend gewachsen, von 50000 auf 4½ Millionen, allein in Neuyork 1½ Millionen. — Es wohnen heute

in U.S.Amerika	4½ Mill. Juden,
in Deutschland	500000 „
in Polen	3000000 „
in Tschechoslowakei	180000 „
in Rumänien	800000 „
in Großbritannien	575000 „
in Frankreich	150000 „

Auf Grund gewissenhafter Geschichtsforschung muß folgendes festgestellt werden:

Die Juden leben nicht erst seit der Zerstörung Jerusalems (70 nach Chr.) zerstreut über die Welt, sondern schon lange vorher. Sie unterscheiden sich nicht nur durch ihre Religion (oder, wie man oft fälschlich sagt, Konfession) von den anderen Bürgern des Staates, sondern sie bilden eine besondere Nation, die mehr als die anderen Nationen all die Jahrhunderte hindurch sich durch ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit ausgezeichnet hat.

Dadurch ist die eigentümliche Doppelstellung der Juden entstanden:

Einerseits fühlen sich die Juden der ganzen Welt solidarisch, wenn irgendwo, z. B. in Rußland oder in Rumänien oder im französischen Algier, ihren Stammesgenossen ein wirkliches oder auch nur vermeintliches Unrecht geschieht.

[1]) Von dem Philosophen Schopenhauer stammt der bekannte Ausspruch: „Das Vaterland der Juden sind die übrigen Juden; es ist ein Netz, das alle Nationen überdeckt." Hellmuth v. Moltke schrieb: „Die Juden sind trotz ihrer Zersplitterung eng verbunden; sie bilden einen Staat im Staate."

Vgl. meine „Angewandte Rassenkunde" und Fritsch' „Handbuch".

[2]) Ministerialrat Dr. Conti betonte, daß es sich hierbei nur um Volljuden mosaischen Glaubens handle; dazu kämen 300000 getaufte Volljuden und 750000 jüdische Mischlinge. Deshalb betrage die Zahl der Nichtarier in Deutschland 1½ Millionen.

Anderseits sind dieselben Leute, die ein so ausgeprägtes Nationalbewußtsein haben, die lautesten Vertreter des Internationalismus und bekämpfen bei uns aufs entschiedenste alle deutschnationalen Bestrebungen.

2. Der gesamten neuen Kulturwelt droht dasselbe Schicksal, wie der alten Kulturwelt bez. dem römischen Kaiserreich: die Orientalisierung, Semitisierung, Verjudung. Allenthalben verbanden sich in der neuesten Zeit die Juden mit der klein- und kurzköpfigen Unterschicht gegen die nordisch-germanischen Herren; sie verstanden es, die Führung an sich zu reißen. Dabei hat ihnen der demokratische Gedanke, das Geschrei nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die ersehnte Bewegungsfreiheit verschafft. Mit ihrem ausgeprägten Handelssinn rissen sie die Reichtümer der ganzen Welt an sich; die eine jüdische Familie Rothschild besitzt 60 Milliarden Mark Vermögen. Mit ihrem starken Rassewillen schoben sie sich in den Parlamenten und in den akademischen Berufen in die vorderste Reihe. Mit ihrem Geld beherrschten sie die Presse und machten „die öffentliche Meinung". Die großen Freimaurerlogen [1]) waren für die Juden ein Mittel zur Macht. Jüdische Weltanschauung, jüdischer Materialismus und Mammonismus drangen immer tiefer in die Volksseele ein; immer größer wurde ihr Einfluß auf das Schulwesen und die gesamte Kultur.

Während der letzten Jahrhunderte rangen in den welschen, angelsächsischen und slawischen Völkern Germanentum und Judentum miteinander: Das germanische Blut konnte, so lange ein starkes Königtum zusammen mit einem Heldenadel an der Spitze stand, seinen Einfluß bewahren. Als aber Könige und Adel entarteten und dem Fluch des Geldes erlagen, da siegte der demokratische Gedanke und brachte die Juden an die Spitze.

In **England** war es der langjährige Kanzler der Königin Viktoria, Benjamin Disraeli, Lord of Beaconsfield, der am meisten zur Verjudung der englischen Hochfinanz und des englischen Hochadels beigetragen hat. Seitdem gewannen Juden wie Lord Rothschild, Lord Reading, Lord Burnham und Sir Cassel steigenden Einfluß. Der Jude Reuter hatte das Weltnachrichtenwesen in seiner Hand.

Unter den führenden Männern in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, den „Präsidentenmachern", sind zahlreiche Juden.

In **Frankreich** war der große Patriot, der redegewandte Aufpeitscher französischer Volksmassen, Leon Gambetta, ein Jude, und heute sind die wahren Herrscher, die Inhaber des Geldes und der Presse, zum großen Teil Juden.

Wie gewaltig die Macht der Juden in **Italien** war, zeigt folgende Namenliste: der frühere Oberbürgermeister Roms, Ernesto Nathan, der „große"

[1]) Überraschende Aufschlüsse hat das Buch von Dr. Wichtl gebracht: „Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik". Er zeigt, wie die Juden die Politik in die Logen getragen haben und die Brüder in ihrem Sinne beeinflussen. Alle Menschen sollen im Interesse der Einheit ihr Volkstum aufgeben; nur der Jude bleibt Jude.

Dichter Gabriele d'Annunzio, die Minister Sonnino, Salandra, Barzilai sind Juden.

Schon im Jahre 1844 erklärte Disraeli, der spätere englische Premierminister, in seinen Schriften „Endymion":

„Niemand darf das Rassenprinzip, die Rassenfrage ganz gleichgültig behandeln. Sie ist der Schlüssel zur Weltgeschichte, und nur deshalb ist die Geschichte häufig so konfus, weil sie von Leuten geschrieben worden ist, die die Rassenfrage nicht kannten.

In Europa finde ich drei große Rassen mit ausgesprochenen Eigenschaften: die Germanen, die Slawen, die Kelten, und ihr Verhalten wird durch eben diese unterscheidenden Eigenschaften bedingt. Da ist dann aber noch eine andere große Rasse, die die Welt beeinflußt, die Semiten. Die Semiten üben augenblicklich durch ihre kleinste, aber eigentümlichste Familie, die Juden, einen außerordentlich großen Einfluß in allen Geschäften aus. Es gibt keine Rasse, die mit einem solchen Grade von Hartnäckigkeit ausgestattet ist. Wer im Leben weiter fortschreitet und mehr Geschäftskenntnis erwirbt, wird merken, daß die Juden überall die Pläne der anderen durchkreuzen. Sie haben sich längst in die geheime Diplomatie hineingestohlen und sich derselben fast gänzlich bemächtigt. In weiteren 25 Jahren werden sie ihren Anteil an der Regierung des Landes offen beanspruchen. Hingegen — was verstehen Sie unter lateinischer Rasse? Sprachen und Religion machen keine Rasse, sondern das Blut macht sie."

Derselbe Disraeli schrieb 1847 in seinem Roman Coningby:

„Sie werden in Europa keine große geistige Bewegung finden, in der die Juden nicht ihren großen Anteil hätten. Die ersten Jesuiten waren Juden; die geheimnisvolle russische Diplomatie, die den ganzen Westen Europas beständig in Aufregung hält, ist von Juden organisiert und wird von ihnen geleitet. Die mächtige Revolution, die sich in diesem Augenblick vorbereitet, entwickelt sich völlig unter den Auspizien der Juden, die die Professorenstühle von Deutschland monopolisieren."

Die letzten Worte führen uns nach Deutschland. Zwar hatten die Juden bis 1914 in unserem Vaterland noch nicht die überragende Stellung errungen, wie in den welschen und angelsächsischen Musterländern. Aber wir können die deutsche Geschichte seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts nicht verstehen, wenn wir die Augen verschließen vor dem ständigen, zähen Ringen zwischen dem germanisch-deutschen und dem jüdischen Geist.

Es gelang den Juden, die „Aufklärung" und „den liberalen Gedanken" in ihren Dienst zu stellen: das Jahr 1812 brachte ihnen in Preußen die Emanzipation; sie drangen in das deutsche Geistesleben ein und lenkten es auf ihre Bahnen; seit 1848 wuchs ihr politischer Einfluß in der Presse und in den Parteien. — Aber 1858 begann sich ein anderer Geist zu regen, besonders seit der Berufung Bismarcks[1]) im

[1]) Mit großem Freimut hatte sich Bismarck schon 1847 zum christlichen Staat bekannt: „Wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, daß mich die Freudigkeit und das aufrechte Ehrgefühl verlassen würden, mit welchen ich jetzt meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin. Ich teile diese Empfindung mit der Masse der niederen Schichten des Volkes und schäme mich dieser Gesellschaft nicht. Warum es den Juden nicht gelungen ist, in vielen Jahrhunderten sich die Sympathien der Bevölkerung in höherem Maße zu verschaffen, das will ich nicht genau untersuchen. Ich will ein Beispiel geben, in welchem eine ganze Geschichte der Verhältnisse zwischen Juden und Christen liegt. Ich kenne eine Gegend, wo die jüdische Bevölkerung auf dem Lande zahlreich ist, wo es Bauern gibt, die nichts ihr Eigentum nennen auf ihrem ganzen Grundstück; von dem Bette bis zur Ofengabel gehört alles Mobiliar dem Juden, das Vieh im Stall gehört dem Juden, und der Bauer bezahlt für jedes einzelne seine tägliche Miete; das Korn auf dem Felde und in der Scheune gehört dem Juden, und der Jude verkauft den Bauern das Brot-, Saat- und Futterkorn metzenweis. Von einem ähnlichen christlichen Wucher habe ich wenigstens in meiner Praxis noch nicht gehört."

Jahre 1862. Wenn auch Bismarck die ganze Größe der Judengefahr nicht erkannt zu haben scheint, so war doch instinktiv alles, was er unternahm, antijüdisch; umgekehrt sahen die Juden instinktiv in Bismarck ihren schlimmsten Feind. Denn was sie am meisten haßten, wurde von ihm gestärkt: das „Preußentum", das starke, von den Parlamenten unabhängige Königtum, der „Militarismus", das konservative Ostelbiertum, der Mittelstand, die schaffenden Stände der Bauern und Industriellen. Bismarcks größte Widersacher waren beinahe 50 Jahre hindurch und noch über seine Entlassung, ja über seinen Tod hinaus die Internationalliberalen, die sogenannten „Freisinnigen", bei denen das Judentum so stark vertreten war, daß man sie die Judenpartei nannte.

Leider stieg nach Bismarcks Entlassung die Macht der Juden; sie schlugen einen doppelten Weg ein, um zur Herrschaft zu gelangen. Einerseits gewannen sie den Kaiser und andere deutsche Fürsten für den „modernen Zeitgeist"; sie verstanden es in ihrer geschmeidigen Art, die Schwächen Wilhelms II. für sich nutzbar zu machen; sie priesen die englischen Mustereinrichtungen, und ein neuer Geldadel verdrängte die alteingesessenen „Junker" aus der nächsten Umgebung des Monarchen. Anderseits verbanden sich die jüdischen Wüstensöhne mit den heimatlosen, nomadenhaft lebenden Unterschichten der Bevölkerung und wußten ihnen die „Gemeinsamkeit ihrer gedrückten Lage" klarzumachen. Unausgesetzt entwarfen sie in feiner und in grober Weise Zerrbilder von allen Einrichtungen, die dem Siege des Judentums im Wege standen: von dem „Gottesgnadentum" unserer starken Monarchie, von dem Preußentum und seinem „Militarismus", von dem „Obrigkeitsstaat", den „Agrariern", „Ostelbiern", „Schwerindustriellen", von der Verteuerung durch unser nationales Wirtschaftssystem. In alle Welt hinaus schrien sie, wie „rückständig" wir seien.

„Und dieses schlaue Volk sieht einen Weg nur offen:
So lang die Ordnung steht, so lang hat's nichts zu hoffen."
(Goethe.)

B.

Religionen, Konfessionen[1].

Es handelt sich hier um den beachtenswerten Zusammenhang zwischen Religion und Rasse, bez. zwischen Konfession und Volkstum.

Nach ihrer Religion zerfallen die Menschen in:

1. etwa 560 Millionen Christen, und zwar:
   260 Millionen Römisch-Katholische,
   125 „ Griechisch-Katholische,
   175 „ Evangelische und Sekten;
2. etwa 230 Millionen Mohammedaner;
3. etwa 210 Millionen Anhänger des Brahmanismus oder Hinduismus in Vorderindien;
4. 170 Millionen Buddhisten;
5. 250 Millionen Anhänger des Taoismus und der Lehre des Konfutse in China;
6. gegen 16 Millionen Juden.

1.

Christentum, Judentum, Islam.

1. Wir müssen die merkwürdige Tatsache feststellen, daß das Christentum, trotz seines Ausgangspunktes in Palästina, auf semitischem Boden gar keine Wurzel gefaßt hat. Während die christliche Religion allen Menschen gepredigt wurde, sperrte sich das nationale Judentum immer schroffer gegen sämtliche Nichtjuden ab. Mommsen spricht in seiner Römischen Geschichte V S. 551 von „dem starren Rabbinismus, der außer Abrahams Schoß und dem Mosaischen Gesetz von der Welt nichts weiß noch wissen will“, von der steigenden „Entfremdung“; „die Buchstabengläubigkeit stieg bis in die schwindelnde Höhe der Absurdität“.

In den ersten Jahrhunderten nach Chr. entstand der Talmud, die auf mündliche Überlieferung beruhende Ergänzung und Erweiterung des Mosaischen Gesetzes[2]). Hier finden wir Zeugnisse für die maßlose Überhebung der Juden gegen alle Nichtjuden und für ihren unglaublichen Haß gegen die Christen.

2. Christentum und Islam:

Die christliche Kirche breitete sich in den ersten Jahrhunderten über den orbis terrarum („den Erdkreis“) aus, d. h. über das Gebiet des römischen Weltreichs, und hier wurde sie im Anfang des 4. Jahrhunderts vom Kaiser Constantin anerkannt. Noch um 600 beschränkte sie sich der Hauptsache nach auf dieses Gebiet: auf die Länder rings um das Mittelländische Meer, auf Gallien bis an den Rhein und auf die britischen Inseln.

[1]) Vgl. den späteren Abschnitt „Staat, Volk und Kirche“.

[2]) Sogar „die unbedingte Superiorität des Talmud über das ganze Gesetz Mosis“ ist ausgesprochen.

Dann aber begannen gewaltige Verschiebungen, die viel zu wenig bekannt sind. Im Jahre 622 trat Mohammed als Religionsstifter auf, und nach seinem Tode begannen die Eroberungszüge der Araber. 100 Jahre später, um 730, war die christliche Kirche auf ein Drittel ihres früheren Bestandes gesunken: Vorderasien, ganz Nordafrika, ja sogar Spanien gingen verloren. Ist es nicht der sicherste Beweis für die ungeheure Entartung der christlichen Kirche, wenn sie gerade in Vorderasien und Nordafrika, wo sie jahrhundertelang am meisten geblüht hatte, fast ohne Widerstand dahinsank? Und hatte es nicht den Anschein, daß in ganz Südeuropa Mohammed über Christus siegen würde?

Retter wurden die Germanen; sie setzten dem Vordringen des Islam ein Ziel; die Ausbreitung des Frankenreichs über Italien und Nordspanien rettete auch dort das Christentum. Und nun wuchs die christliche Kirche in die germanisch-deutsche Welt und in das verwandte echte Slawentum hinein. „Das Christentum ist eine indogermanische Religion geworden“ (Th. Lindner)[1]).

2.

Die Verteilung der christlichen Konfessionen auf die Nationen.

Das Christentum ist, der Hauptsache nach, die Religion der europäischen Völker. Und wenn es heute auch über die anderen Erdteile weit ausgebreitet ist, so sind es doch wesentlich die von europäischen Ansiedlern und deren Nachkommen bewohnten Länder: Amerika, Australien, Südafrika, Sibirien.

Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung hat die christliche Kirche sich in drei Konfessionen gespaltet: die römisch-katholische, griechisch-katholische und evangelische:

a) Die Scheidung in die römische und griechische Kirche hing damit zusammen, daß seit dem 4. Jahrhundert nach Chr. das römische Weltreich sich in eine westliche und östliche Hälfte auflöste. Im Osten schrumpfte die Kirche zugleich mit dem griechisch-byzantinischen Kaiserreich immer mehr zusammen und würde ganz verschwunden sein, wenn nicht die Russen die griechisch-katholische Konfession angenommen hätten.

b) Im Westen und Nordwesten wurde die Kirche von den Germanen gerettet und ausgebreitet; sie entwickelte sich zu gewaltiger Macht, bis die Reformation die größte Scheidung brachte. Im 16. Jahrhundert fiel die ganze germanische Welt von Rom ab; die Gegenreformation gewann in blutigen Kämpfen manche Gebiete zurück.

[1]) Auch der katholische Theologieprofessor Kraus bekannte 1901: „Daß die Rassenfrage tief in das religiös-kirchliche Gebiet hineinspielt, ist nicht zu leugnen.“

Die Geschichte hat dahin geführt, daß
die griechisch-katholische Kirche wesentlich die Slawen umfaßt,
die römisch-katholische Kirche die Romanen und die Bastardvölker Mittel- und Südamerikas,
die evangelische Kirche die Germanen.

Von den slawischen Völkern gehören die westlichen (besonders die Polen und Tschechen), von den germanischen Völkern die südlichen und südwestlichen der römisch-katholischen Konfession an.

Oft ist das Gefühl der Glaubensgemeinschaft stärker gewesen als das der nationalen Zusammengehörigkeit. Aber die Geschichte lehrt uns, daß die romanischen und slawischen Völker einen Gegensatz zwischen nationalen und kirchlichen Interessen nicht ertragen[1]). Dasselbe gilt auch für die Nordgermanen, für die Engländer und für die Nordamerikaner. Nur in Deutschland sind während der letzten 4 Jahrhunderte um kirchlicher Interessen willen immer wieder die wichtigsten nationalen Güter preisgegeben.

Während des 19. Jahrhunderts hat sich die Zahl der Protestanten fast verfünffacht, die der römischen Katholiken nicht verdoppelt. Der Hauptgrund liegt in der schnelleren Vermehrung der protestantischen Völker[2]). Anderseits begünstigt die Entgermanisierung der Kulturvölker die Propaganda der römischen Kirche.

C.

Der Weltkrieg 1914—1918.

1.

Ein Rassekrieg[3])?

Die Frage klingt seltsam, und man glaubt zunächst, sie entschieden verneinen zu müssen. Denn hüben und drüben war ein buntes Völkergemisch; auch kann man nicht sagen, daß auf unserer Seite die Germanen, auf der anderen die Nichtgermanen standen. Es traf nicht einmal zu, daß es ein Kampf zwischen Deutschen und Nichtdeutschen mit ihrem beiderseitigen Anhang wäre; denn die Holländer und Schweizer beteiligten sich nicht am Krieg, und die niederdeutschen Flamen und die Deutschbalten standen in den feindlichen Heeren.

Dennoch war es ein Kampf gegen das Deutschtum, und zwar gegen das durch Bismarck zur politischen Macht gelangte, preußisch bestimmte Armindeutschtum. An einer früheren Stelle nannten wir den Weltkrieg den Höhepunkt des jahrhundertelangen Ringens zwischen Europa und Asien. Ringsum hatte der asiatische Nomadengeist gesiegt und sich mit den nichtarischen Volksschichten verbündet. Das Judentum übernahm die Führung in der Verhetzung gegen den deutschen Heldengeist, gegen den preußisch-deutschen Militarismus, die deutsche Ordnung und die starke Monarchie. Der Kampf galt dem nordischen Preußentum im deutschen Volk und dem deutschen Einfluß in Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei. Unsere Feinde wußten ganz genau, daß der deutsche Geist es war, der dem „kranken" Habsburgerstaat und dem „kranken Mann" in Konstantinopel die Lebens- und Widerstandskraft verlieh; daß die Bulgaren sich diesen deutschen Geist aneigneten und von ihm eine große Zukunft erwarteten.

Wie sehr sich der Haß nicht nur gegen das Deutsche Reich, sondern überhaupt gegen das deutsche Volkstum richtete, das trat wiederholt deutlich zutage. Der russische Ministerpräsident Goremykin gab den baltischen Abgeordneten, die um Schutzmaßregeln gegen die Angriffe des fanatischen Pöbels nachsuchten, zur Antwort: „Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, unsere Regierung werde sich beeilen, besondere Vorkehrungen zu Ihrem Schutze zu treffen. Rußland kämpft nicht nur gegen Deutschland, es kämpft auch gegen das Deutschtum." Im Jahre 1915 wurden 2 Millionen deutsche Bauern in Süd- und Südost-Rußland, trotz ihrer Staatsangehörigkeit, des Eigentums beraubt. Welche Ausschreitungen kamen in Paris, London, Moskau, Mailand, sogar in der englischen Kapkolonie, in Australien und Kanada gegen wehrlose Deutschen vor! Selbst in der Union wurden die deutsch-amerikanischen Staatsbürger mit häßlichen Worten verdächtigt. Dabei muß auch der auffallenden Schnelligkeit gedacht werden, womit gewisse „englische Staatsbürger deutscher Abstammung" ihr Volkstum abschwuren. Was das für englische „Deutsche" waren, die mit Ergebenheitskundgebungen hervortraten und ihrem Abscheu gegen das Deutschtum Ausdruck gaben, zeigen die Namen Cohn, Eppstein, Simon, Meyer, Pineros, Wollheim.

2.

Unsere nationalpolitischen Hoffnungen.

In Deutschland rangen seit 1815 zwei entgegengesetzte Strömungen miteinander: die nationale und die internationale[1]); die letzte wurde von den Juden und den Jesuiten geleitet. Bismarck

[1]) Man darf behaupten, daß die Polen ihre Konfession nur als Mittel zur Erreichung nationaler Forderungen betrachteten. Selbst die Kölnische Volkszeitung, die immer für die polnischen Interessen eintrat, sagte Ende April 1910: „Mit dem Christentum mancher jung-polnischer Kreise ist es so eine eigene Sache. Sie machen das nationale Ideal zu einem Idol, neben dem alle anderen Ideale verblassen."

[2]) Vgl. Chamberlain, Grundlagen des 19. Jahrhunderts, S. 677.

[3]) Inwiefern der Weltkrieg ein Religionskrieg war, wird am Schluß des Buches ausgeführt.

[1]) Es war ein Kampf zwischen zweierlei Deutschen, den Armin- und Flavusdeutschen.

gelang es, den nationalen Gedanken auf allen Gebieten zum Siege zu führen; aber nach seiner Entlassung (1890) wurde der Internationalismus Trumpf.

Mit wachsender Besorgnis verfolgten fromme, deutschgesinnte Männer die Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Wenn wir auf all die Notstände sahen, auf das Vordringen fremden Volkstums im Osten und Westen, Norden und Süden, auf die Lage der deutschen Volksgenossen in Österreich-Ungarn, in Holland, Belgien, Luxemburg, Schweiz, auf unsere innere Zerrissenheit, auf Geburtenrückgang, Landflucht und Großstadtkultur, auf unsere undeutsche Reichstagsmehrheit, auf unsere undeutschen Zeitungen, auf die undeutsche Kunst, auf die Hemmungen seitens des Dreiverbandes: dann hatten wir oft das Gefühl, als würde uns mit Gewalt der Atem genommen, als müßten wir ersticken.

Da kam der Krieg, als ein Erretter und Erzieher! Die zurückgedrängten nationalen Kräfte wurden wieder frei; die konfessionellen, politischen, sozialen Gegensätze verschwanden; die Kirchen füllten sich; das ganze Volk erhob sich wie ein Mann. Wir glaubten, noch Größeres zu erleben, als unsere Großväter 100 Jahre vorher; ja, nicht nur Größeres, sondern das Größte, das Menschen überhaupt auf Erden erleben können: Wie ein Volk ein einziger Gedanke und ein einziger Wille wird; wie es die Selbstbehauptung im Kampf gegen die ganze Welt als eine sittliche Pflicht begreift und als ein Gebot Gottes. Damals riefen wir frohlockend aus: „Von Zeit zu Zeit stellt der Lenker der Weltgeschichte uns Menschen in eine Notprüfung, in ein großes Examen hinein. Weh dem Volk, das nicht besteht! bei dem die guten inneren Kräfte abgestorben sind! Gott sei Dank, Gott sei Lob und Preis, unser deutsches Volk hat das Examen bestanden!" Wir schämen uns nicht der Tränen der Freude und des Stolzes, die wir im August 1914 oftmals vergossen, ganz überwältigt von der Größe, Erhabenheit und Heiligkeit der Zeit. Als dann unsere heldenmütigen Truppen siegreich auf allen Seiten weit in Feindesland eindrangen, da sprachen wir von einer „Ironie der Geschichte", von den Rechenfehlern der Feinde, die keine Ahnung hätten von den „Imponderabilien" des Volkslebens, d. h. von den starken sittlichen Kräften, die sich nicht in Zahlen ausdrücken lassen. Es war unsere feste Hoffnung und Zuversicht, daß nach Gottes Ratschluß die Feinde uns die Mittel geben müßten, um aus allen unseren Sorgen und Nöten herauszukommen.

Vor unseren Augen stand eine herrliche Zukunft der eigenen deutschen Nation. Der Weltkrieg erschien uns als eine Krönung des Werkes, das die Hohenzollern nach dem entsetzlichen 30jährigen Krieg begonnen hatten, besonders als eine Fortsetzung der Freiheitskriege 1813—5, der Einheitsbestrebungen von 1848, der Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich 1866, der Errichtung des deutschen Kaiserreichs 1870/1. Im Jahre 1813 war das Programm für ein neues Mitteleuropa aufgestellt: „ein deutsches Volk, ein deutsches Reich!" „Das ganze Deutschland soll es sein!" „so weit die deutsche Zunge klingt[1])!" Aber der Wiener Kongreß (1814/5) zertrümmerte die Hoffnungen der Patrioten, und die Jahre 1848, 1866, 1870/1 brachten ein Kleindeutschland, mit Ausschluß Österreichs. Im Weltkrieg 1914ff. sahen wir Großdeutschland vereint. Freudig riefen wir aus: „Kleindeutsch, Großdeutsch, Alldeutsch! das ist die Linie, auf der wir uns seit 100 Jahren bewegen. Die Einigung der Deutschen konnte zunächst nur im kleindeutschen Sinne verwirklicht werden. Wenn heute das Deutsche Reich und Österreich zusammen gegen England, Frankreich und Rußland kämpfen, so ist Großdeutschland vereint. Unser Ziel ist, daß das gesamte Deutschtum Mitteleuropas sich zusammenschließe, daß in irgendeiner Form deutsches Staatstum und deutsches Volkstum eins werden."

3.

Der Zusammenbruch.

Ein ganz anderes Mitteleuropa war die Hoffnung unserer Feinde; ein verkleinertes Deutsches Reich, in dem das Preußentum, und ein zerstückeltes Österreich-Ungarn, in dem das Deutschtum niedergeworfen sei. Sie wollten die ruhmreiche Geschichte der Hohenzollern auslöschen und uns wieder um 250 Jahre zurückführen. Mitteleuropa sollte, wie in früheren Jahrhunderten, Tummelplatz und Beuteobjekt für die machthungrigen Nachbarn werden.

Weshalb sind wir unterlegen? Das Feuer nationaler Begeisterung, das im August 1914 aufloderte, erwies sich als ein Strohfeuer; das Examen, in das uns der allmächtige Gott hineinstellte, haben wir nicht bestanden. Der Zusammenbruch des Jahres 1918 war das Ende des Weges, den unser Kaiser Wilhelm II. 1890 betreten hatte. Wohl fehlte es nicht an ernsten Mahnern und Warnern, die den zum Abgrund rollenden Wagen aufzuhalten suchten. Aber Kaiser, Reichsregierung und Reichstag ließen sich von der internationalen Strömung tragen, statt gegen den Strom zu schwimmen.

Weil bei unseren Feinden der nationale Gedanke gepflegt und das nationale Feuer geschürt wurde, deshalb siegten sie; weil es bei

[1]) Wie wenig wir Deutschen an Imperialismus denken, zeigen die Worte, die damals E. M. Arndt ausrief: „Sprecht den großen Gedanken aus und lehrt ihn eure Kinder und Kindeskinder, daß ihr nie fremde Völker erobern wollt, daß ihr aber auch nimmer leiden wollt, daß man auch nur ein Dorf von euern Grenzen abreiße."

uns unterdrückt wurde, deshalb unterlagen wir. Diese Entwicklung wurde dadurch beschleunigt, daß in Österreich-Ungarn die deutschfeindlichen Nationen frech ihr Haupt erheben durften und der alte Völkerhader von neuem entbrannte. Die Kraft des nationalen Gedankens war das Geheimnis der Erfolge der Feinde und das Geheimnis unserer Niederlage.

Ausblick.

Nach dem Weltkrieg schrieb ich für die 1920 erschienene 10. Auflage dieses Buches: „Gibt es eine Rettung? Wie die Schuld am Zusammenbruch darin zu suchen ist, daß seit 1890 der völkische und bodenständige Grundstock allmählich jeden Einfluß verlor und das Deutsche Reich nach den Wünschen der Juden und Jesuiten, Marxisten und Freimaurer regiert wurde: so erscheint eine Gesundung nur möglich, wenn wir uns zunächst von der inneren Fremdherrschaft frei machen. Wir müssen das Wesen und die Aufgaben des Staates erkennen; wir müssen das deutsche Haus, das deutsche Ehe- und Familienleben, deutsche Kultur und deutsches Christentum wiedererobern. Der wahre „Volksstaat" ist nur da, wo der nationale, bodenständige Grundstock den Ausschlag gibt in Regierung und Volksvertretung, im politischen und sozialen, kirchlichen und wirtschaftlichen Leben, in Schule und Haus. Reichtum besteht nicht in Geld, sondern in arbeitsfrohen, werteschaffenden Menschen und im Boden."

Über alles Erwarten sind meine damals ausgesprochenen Hoffnungen seit Hitlers Machtübernahme erfüllt.

V.

Folgerungen und Ergänzungen.

(Der Unterschied, die abgrundtiefe Kluft.)

A.

Allgemeiner Teil.

1.

Politik und Recht.

Zwei sprichwörtliche Wendungen mögen vorausgeschickt werden:

1. „Macht geht vor Recht!" Das erscheint den meisten Menschen als ein schreckliches, entsetzliches Wort; mit Entrüstung und Mißbilligung sprechen sie es aus. Und doch enthält es eine tiefe Wahrheit; nur gilt dafür dasselbe, wie für das Feuer:

„Wohltätig ist des Feuers Macht,
Wenn es der Mensch bezähmt, bewacht ..."

„Macht geht vor Recht", d. h. die Macht schafft das Recht; es muß eine Macht da sein, um das Recht durchzuführen und um dem Rechtsspruch Geltung zu verschaffen. Aber ob es sittliche Macht und sittliches Recht ist, das hängt von dem Geist und von der Gesinnung ab, worin die Macht geübt wird; erst die Geschichte gibt Antwort auf die Frage, ob die Macht eine sittliche war: „an ihren Früchten werdet ihr sie erkennen."

2. „Summum ius summa iniuria", d. h. „das höchste Recht wird das höchste Unrecht". Das Recht darf nicht erstarren und zu toten Buchstaben werden; es muß lebendig sein und sich den wechselnden Lebensnotwendigkeiten anpassen. Auch Jesus Christus hat einen unermüdlichen Kampf gegen das Buchstabenrecht und gegen die tote Gesetzesreligion geführt.

In der Geschichte der neuesten Zeit ist es oft verhängnisvoll geworden, daß in den Regierungen und Volksvertretungen zu viele Juristen saßen, die ihre Aufgabe mehr darin sahen, die Ausführung des geschriebenen Rechts zu überwachen als selbst neues Recht zu schaffen. Dazu kam die Gefahr der Rabulistik, d. h. der Wortklauberei.

Es ist nicht die Aufgabe des Historikers, über alle Vorgänge der Geschichte wie ein Staatsanwalt oder Advokat zu Gericht zu sitzen; er soll die Tatsachen feststellen und die Ursachen und Wirkungen zu ergründen suchen[1]). Dennoch ist es verständlich, wenn bei besonders wichtigen Ereignissen, deren Folgen sich noch in der Gegenwart fühlbar machen, immer wieder die Frage gestellt wird: „War das recht?" Die einen suchen die Handlung zu verteidigen, die anderen wollen sie als ein großes Unrecht hinstellen, das wieder gutgemacht werden müsse.

Feinde der Hohenzollern behaupten, daß ihre ganze Geschichte, vom Großen Kurfürsten bis Wilhelm II. (1640—1918), nichts anderes sei, als eine Kette von Ungerechtigkeiten und Rechtsbrüchen. Sie fragen:

[1]) Leider lassen sich viele deutsche Michel immer wieder durch schlaue Advokatenkunststücke betören. Sie sind imstande, um des vermeintlichen Rechtes willen das Vaterland zugrunde gehen zu lassen: fiat iustitia, pereat patria.

War es recht, daß 1525 der Ordensstaat Preußen in ein weltliches Herzogtum verwandelt wurde?

Durften der Große Kurfürst und Friedrich Wilhelm I. die verbrieften Rechte der Stände einschränken bez. zerbrechen?

Durfte Friedrich Wilhelm I. das schwedische Vorpommern besetzen?

War nicht Friedrich II. beim Beginn der drei schlesischen Kriege (1740, 1744, 1756) ein frecher Rechtsbrecher?

Waren nicht die drei Teilungen Polens ein himmelschreiendes Unrecht?

Hat nicht Bismarck Unrecht über Unrecht gehäuft? durch den Konflikt mit dem Abgeordnetenhaus, durch den Krieg 1866, durch die Annexion von Hannover, Kurhessen und Nassau, durch die Ausschließung des Augustenburgers, durch die Emser Depesche, durch die Ausschließung der Cumberländer vom braunschweigischen Thron, durch den Kulturkampf, durch seine Polenpolitik?

Die Feinde der evangelischen Kirche wollen in der Reformation weiter nichts als eine ruchlose Revolution und einen Rechtsbruch sehen. Sie bestreiten Luther das Recht, von der Kirche abzufallen, sein Klostergelübde zu brechen; die Säkularisationen erscheinen ihnen als Kirchenraub, die Mißachtung der päpstlichen Autorität als Religionsfrevel. Rom hat gegen die wichtigsten Friedensschlüsse der Neuzeit, gegen den Augsburger Religionsfrieden (1555), gegen den Westfälischen Frieden (1648), gegen die Bestimmungen des Wiener Kongresses (1814/5) Protest erhoben.

Die Feinde der katholischen Kirche gehen weiter zurück und suchen die Entstehung des päpstlichen Primats, des Kirchenstaats, des Unterschiedes zwischen Klerus und Laien als ein Unrecht darzustellen, als Lug und Trug. Besonders die Geschichte des 8. und 9. Jahrhunderts erscheint ihnen als eine zusammenhängende Kette von Ungerechtigkeiten:

Die widerrechtliche Beraubung des oströmischen Kaisers;

die Absetzung des Merowingerkönigs und Krönung Pippins des Jüngeren (751); die Legitimierung des Thronraubes durch den Papst;

die Fälschungen von der Konstantinischen Schenkung (um 750) und den pseudoisidorischen Dekretalen (um 850);

die Absetzung des Langobardenkönigs Desiderius;

die Kaiserkrönung Karls des Großen.

Die ausländische Presse bemühte sich, unsere Kolonial- und Handelspolitik, unseren berechtigten Drang nach Ausdehnung auf Schritt und Tritt als Unrecht darzustellen, mochte es sich um unsere eigenen Kolonien oder um Marokko, Persien, Abessinien, Venezuela handeln.

Steht die Politik unter dem Sittengesetz oder nicht? Braucht sich die Politik nicht um Moral zu kümmern? Als im Anfang des 16. Jahrhunderts der große italienische Patriot Macchiavelli sein berühmtes Buch il principe „Der Fürst“ schrieb, erklärte er: Der Fürst, der Italien frei und mächtig machen wolle, dürfe sich nicht von moralischen, sondern nur von politischen Rücksichten leiten lassen; er dürfe die Mittel der Verstellung, der Treulosigkeit, der Grausamkeit nicht scheuen, um seinen Zweck zu erreichen. — Das Buch übte eine ungeheure Wirkung aus; die Staatsmänner des 17. und 18. Jahrhunderts, die sich auf Macchiavelli beriefen, glaubten sich über alle Sittengesetze hinwegsetzen und aus Gründen der „Staatsräson“ gewissenlos handeln zu

dürfen. — Einer solchen Auffassung stellte sich Friedrich der Große als jugendlicher Kronprinz in seiner Schrift „Antimacchiavelli“ leidenschaftlich entgegen. Er betonte die Pflichten des königlichen Amtes, wie der König als Schiedsrichter, als Schutzherr seiner Untertanen, als Souverän handeln, wie er sich als den ersten Diener des Staates betrachten solle.

Ja, auch der Staat und seine Lenker stehen unter dem Sittengesetz, und fürwahr, der Große Kurfürst, der sein Land aus tiefster Erniedrigung und größtem Elend emporhob, Friedrich Wilhelm I., der mit eiserner Energie seine Untertanen zur Arbeit erzog, Friedrich der Große, der mit zäher Ausdauer ganz Europa Widerstand leistete und seinen Staat zu einem Rechtsstaat machte, Stein, der Preußen wieder verjüngte, Wilhelm I. und Bismarck, welche die deutsche Nation auf eigene Füße stellten: sie alle haben sittliche Taten erster Größe vollbracht. Aber wir müssen unterscheiden

zwischen der Moral des Einzelmenschen und des Staatslenkers,
zwischen der Moral und dem positiven Recht.

1. Für das Staatsoberhaupt kann nicht die Moral des Privatmanns gelten. Bei dem Einzelmenschen ist der Egoismus die Quelle alles Bösen. Aber der Staat ist Macht; die höchste und sittlichste Aufgabe des Staates ist, sich selbst zu behaupten, seine eigenartigen Kräfte zu entfalten, überall egoistisch sein eigenes Interesse zu verfolgen. Je höher die Regierenden, die Staatslenker, die Fürsten ihre Pflichten auffassen, um so mehr werden sie bemüht sein, alle Hindernisse zu beseitigen, die dem Wohl der Staatsbürger im Wege stehen. Um ihr Ziel zu erreichen, werden sie ihre Machtmittel in die Wagschale werfen. Freilich, wenn der Egoismus des Staatslenkers nur an die eigene Person denkt, ist er verwerflich; hat er aber die Gesamtheit der Volksgenossen, den Staat, im Auge, dann ist er gerecht und sittlich[1]).

2. Die sogenannten Konflikte zwischen Politik und Moral sind meistens Konflikte zwischen Politik und positivem Recht, bez. zwischen Gegenwart und Vergangenheit.

Wie die Kirchengeschichte zum großen Teil ein Kampf der Religion gegen die Kirche ist: so besteht die politische Geschichte der Hauptsache nach in einem Kampf der Nationen und ihrer Führer gegen das positive, geschriebene Recht. Religion steht höher als Kirche, und ebenso das Volk höher als Gesetze, Verfassungen und Verträge. Das Ringen der Nationen nach Befreiung, nach Geltendmachung der eigenen Kräfte ist etwas in hohem Grade Sittliches.

Die Weltgeschichte ist in ewigem Fluß; wir beobachten ein fort-

[1]) Vgl. Hintze, „Die Hohenzollern und ihr Volk“, S. 339.

währendes Werden und Vergehen, einen ständigen Wandel und Wechsel; die einen Staaten und Völker steigen, andere fallen. Die staatlichen Formen, die für ein Volk geschaffen werden, das Verhältnis zu den anderen Staaten und Völkern können nicht von ewiger Dauer sein. Selbst wenn sie in einem Zeitalter vortrefflich sind, werden sie vielleicht schon im nächsten mit Recht als unerträgliche Fesseln empfunden. Dann wird das Recht zum Unrecht; nicht immer gelingt es, mit friedlichen Mitteln die Änderungen durchzusetzen, welche die Zeit erfordert. Oft muß die Macht entscheiden, und der Erfolg zeigt, ob sie recht hatte.

a) Wie oft gilt für die innere Geschichte der Staaten und Völker der Satz: summum ius summa iniuria, d. h. „das höchste Recht ist zugleich das höchste Unrecht"! wie oft ist das „positive Recht" eine ungerechte Fessel!

Die deutsche Reichsverfassung wurde seit dem Ausgang der Hohenstaufen bis 1806, ja bis 1866 immer mehr eine ungeheure Lüge[1]): die Stellung all der größeren und kleineren geistlichen und weltlichen Fürsten, der Reichsstädte und der anderen Stände; die Wahlkapitulationen, die Reichstagsbeschlüsse, die Ohnmacht des Kaisers, des Reichstags, des Reichsgerichts, des Reichsheeres; die Friedensbestimmungen zu Augsburg (1555), zu Münster und Osnabrück (1648), auf dem Wiener Kongreß (1814/5). Und doch waren das alles rechtskräftig gewordene Abmachungen, „positives Recht".

In Frankreich waren während des 18. Jahrhunderts gerade die besten, edelsten und tüchtigsten Männer sich darüber einig, daß alle „rechtlichen" Verhältnisse unnatürlich und unvernünftig geworden seien: auf politischem, kirchlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

In England wurde im 17. Jahrhundert die Regierung der Stuarts als unerträglich empfunden.

Wie selten gelingt es, daß auf friedlichem Wege der Fortschritt herbeigeführt wird, daß ein Ausgleich zustande kommt zwischen dem positiven Recht und den neuen Forderungen der Gegenwart! Da ist es denn das beste, wenn ein Staatslenker entschlossen seine Macht benutzt, den gordischen Knoten durchhaut und den Untertanen das Bessere aufzwingt. Das haben die Hohenzollern getan, vom Großen Kurfürsten an bis zu Wilhelm I., und darin liegt ihre moralische Größe.

Wo das nicht geschieht, kommt es zum Verfall oder zu Aufständen und blutigen Revolutionen. Mit Stolz blicken die Niederländer auf die Freiheitskämpfe, die sie gegen ihren angestammten König Philipp II. führten; mit Stolz die Engländer auf ihre große Revolution des Jahres 1688, da sie den rechtmäßigen König absetzten; mit Stolz feiern die Franzosen noch heute den 14. Juli als nationalen Festtag, wo sie 1789 die Bastille erstürmten. Gewiß haben manche Revolutionen, wie ein böses Gewitter, reinigend und befreiend gewirkt. Aber wir

[1]) Nach Goethes Ausspruch bestand die deutsche Reichsverfassung aus lauter „gesetzlichen Mißbräuchen".

dürfen nimmermehr von einem „Recht" des Widerstandes sprechen[1]). Höchstens könnte man fragen, wessen „Unrecht" größer war, Mirabeaus, der das freche Wort sprach „Wir weichen nur der Macht der Bajonette", oder Ludwigs XVI., dessen kraftlose Schwäche die Lage immer verwickelter machte? Philipps II., der seine königliche Macht mißbrauchte, oder der Niederländer, die sich nicht wie ein Wurm niedertreten lassen wollten?

Wir Deutschen kranken geradezu an einem ungesunden Gerechtigkeitsgefühl, das man nirgendwo sonst in der Welt findet; schon Klopstock mahnt das deutsche Volk: „Sei nicht zu gerecht!" Vor lauter Gerechtigkeit sind wir oft ungerecht gegen das eigene Volkstum[2]):

Wir würden vielleicht noch heute in dem politischen Elend des 18. Jahrhunderts weiterleben, wenn nicht Napoleon I. mit rücksichtsloser Energie das alte Deutsche Reich über den Haufen geworfen hätte. Welch lächerliche Schwierigkeiten bereiteten die Thronfolgefragen in Lippe, in Braunschweig!

Wie wenig sind wir in der Germanisierung der Grenzgebiete vorwärts gekommen! im Osten, im Norden, im Westen! aus lauter ungesundem Gerechtigkeitsgefühl! Wie werden denn in den Nachbarländern die Völkersplitter behandelt:

die Flamen und Italiener in Frankreich!
die Iren im britischen Reich!
die Deutschen in Ungarn!
die Ruthenen in Galizien!

b) Noch mehr entscheidet die Macht in dem Verhältnis der Völker untereinander. Wie oft werden rechtskräftig gewordene Verträge und Friedensschlüsse zu einem unerträglichen Druck!

Ein Staat, ein Volk hat nur dann Anspruch auf Selbständigkeit und Freiheit, wenn es die Kraft und die Macht besitzt, diese Güter allen Feinden gegenüber zu verteidigen. Als Ludwig XIV. und Napoleon I. das Deutsche Reich mit Füßen traten, da verdiente es keine andere Behandlung, und ebenso müssen wir über die Teilungen Polens, über die Demütigung Spaniens im letzten amerikanischen Krieg urteilen.

Aber sobald eine Nation erstarkt und zu selbstbewußter Tatkraft gelangt, dann ist es ein hohes sittliches Verdienst, wenn sich Männer finden, die sich an ihre Spitze stellen, alle Fesseln zu beseitigen und ihr Volk zur Freiheit zu führen suchen. Kann man die Forderungen nicht auf friedlichem Wege durchsetzen, so bleibt als letztes Mittel der **Krieg.**

Sind Kriege berechtigt oder nicht?

Wie töricht, den Krieg schlechthin als ein „Unrecht" hinzustellen! An

[1]) Im 17. und 18. Jahrh. sprach man von dem „Urvertrag" zwischen König und Volk; diesen hätten die Stuarts und Bourbonen gebrochen und dadurch von selbst das Recht auf die Krone verloren. Man sprach von einem Gegensatz zwischen positivem und „natürlichem" Recht, von den „allgemeinen Menschenrechten", von dem „unveräußerlichen Rechte", das in den Sternen geschrieben sei und hoch über allen irdischen Satzungen stehe. Vgl. meine „Weltgeschichte der Revolutionen".

[2]) Der Engländer sagt: „Recht oder Unrecht, mein Vorteil!"

sich ist er weder etwas Gutes noch etwas Schlechtes; er wird erst gut oder schlecht je nach den Zielen, für welche die Waffen in die Wagschale geworfen werden. Freilich gibt es viele Kriege, die wir mit Abscheu nennen:

die Beute- und Eroberungskriege der Römer im 2. und 1. Jahrh. vor Chr.;
die Religionskriege des 16. und 17. Jahrh.;
die Kabinettskriege des 17. und 18. Jahrh., wo die Staaten und Völker, wie ein Familiengut, geteilt wurden;
die Handelskriege mit ihrer kurzsichtigen Politik;
die Kriege, welche von geldgierigen Spekulanten hervorgerufen sind.

Aber wenn ein Volk durch sittliche Willenskraft und Selbstzucht erstarkt und um seine Unabhängigkeit ringt, so sind das Kriege, für die wir uns begeistern können: Die Perserkriege der Griechen, der II. Punische Krieg der Römer, die Schlacht im Teutoburger Wald, die Schlacht bei Fehrbellin. Und sind etwa die Freiheitskriege (1813—15) ein Unrecht, weil Preußen den Friedensvertrag von Tilsit zerriß? oder die Erhebung der Italiener 1859, weil sie die österreichische Herrschaft nicht länger ertragen wollten? oder der Krieg von 1866, weil Bismarck sich nicht länger von einem toten „Recht" fesseln lassen wollte?

Die meisten Staatsgründungen sind durch das Schwert erfolgt. Und weil, wie Treitschke sagt, „die Einheit des Staates auf nationaler Grundlage immer das Normale bleibt", so treten mit einer gewissen Naturnotwendigkeit die Versuche auf, eine Übereinstimmung zwischen den Grenzen des Volkstums und den Grenzen des Staates herbeizuführen. Solche Kriege gehören zu den berechtigtsten: z. B. die Kriege, die zu der Bildung des deutschen Kaiserreiches und des Königreichs Italien geführt haben.

Auch dürfen wir sagen, daß mit Recht alle aufstrebenden, selbstbewußten Völker und Staaten das Meer zu gewinnen suchen und es für einen unerträglichen Zustand halten, wenn andere Mächte ihnen den Weg versperren:

Philipp von Mazedonien begann seine ruhmvolle Laufbahn mit Kriegen gegen die vorgelagerten Küstenstädte;
Rußland wurde eine Großmacht, seitdem Peter der Große den Schweden die Ostseeprovinzen entrissen hatte;
die Hohenzollern haben von 1648—1866 um den Zugang zum Meer gerungen.

Aussprüche über die Bedeutung und Berechtigung der Kriege:

Luther: „Denn weil das Schwert von Gott eingesetzt ist, um die Bösen zu strafen, die Frommen zu schützen und den Frieden zu handhaben (Röm. 13, 2, 1; Petr. 2, 3), so ist damit auch gewaltig genug bewiesen, daß Kriegen und Würgen und was Kriegsgeläuft und -recht mit sich bringen, von Gott eingesetzt ist."

Clausewitz: „Der Krieg ist die Verwendung aller im Volke wirkenden Kräfte, der sittlichen wie der intellektuellen, zu dem Zwecke, das Vaterland gegen äußere Gewalt sicherzustellen."

W. von Humboldt: „In der Wirkung des Krieges auf den Volkscharakter erkenne ich eine der heilsamsten Erscheinungen zur Bildung des Menschengeschlechts. Er ist das freilich furchtbare Extrem, durch das jeder tätige Mensch gegen Gefahr, Arbeit und Mühseligkeit geprüft und gestählt wird, und er allein gibt der ganzen Gestalt die Stärke und Mannigfaltigkeit, ohne welche Leichtigkeit Schwäche und Einheit Leere ist."

Zschokke vergleicht den Krieg mit einem reinigenden Gewitterregen.

Moltke: „Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ist ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt in Materialismus versumpfen ... Ich halte den Krieg für ein letztes, aber vollkommen gerechtfertigtes Mittel, das Bestehen, die Unabhängigkeit und die Ehre eines Staates zu behaupten."

Treitschke: „Bis an das Ende der Geschichte werden die Waffen ihr Recht behalten, und darin liegt die Heiligkeit des Krieges."

Frhr. von Stengel: „Wohin Friedensduselei und kosmopolitischer Schwindel einen Staat führen kann, hat Preußen in den Jahren 1806/7 erfahren müssen."

Feldmarschalleutnant Ratzenhofer: „Je länger notwendige Kriege hinausgeschoben werden, desto furchtbarer ist ihre Wirkung und desto länger ihre Dauer."

General von Bernhardi bekämpfte die Leute, welche „den Krieg ausschließlich als ein Unheil betrachten und seine schöpferische und kulturfördernde Bedeutung nicht merken oder doch sehr wesentlich unterschätzen." „Es ist eine irrige und verderbliche Vorstellung, als ob die Erhaltung des Friedens jemals unmittelbarer und letzter Zweck der Politik oder gar ihre Hauptaufgabe sein könne." „Der Staatsmann wird vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen können, der die Verantwortung für einen mannhaften Entschluß nicht auf sich zu nehmen vermag und die Hoffnungen der Zukunft dem Friedensbedürfnis der Gegenwart opfert."

Wir Deutschen sind an sich das friedliebendste und friedfertigste Volk der Welt, trotz unserer kriegerischen Tugenden und unserer heldenhaften Eigenschaften; die großen Kriege der letzten 250 Jahre sind aus heiliger Not geboren. Der Vorwurf des „Militarismus" ist geradezu lächerlich. In Frankreich entstand im 15. Jahrh. das erste stehende Heer; Frankreichs König Ludwig XIV. scheute im 17. Jahrh. keine Geldmittel, um in Heer und Flotte alle anderen Staaten zu übertreffen; Frankreichs Kaiser Napoleon I. setzte so große Heeresmassen in Bewegung, wie sie die Welt nicht gesehen hatte; Frankreichs republikanische Regierung war uns in den letzten Jahrzehnten immer voraus. Wir müssen den Hohenzollern dankbar sein, daß sie eine Heeresmacht gründeten; denn sonst wäre Deutschland längst eine Beute der Franzosen geworden.

2.

Politik und Heldentum.

(Elastische Mittel und diplomatische Künste.)

„Helden, aber politische Kinder!" so muß die Überschrift für unsere germanisch-deutsche Geschichte lauten[1]).

„Politische Virtuosen, aber keine Helden!" die Überschrift für die Geschichte der englischen, welschen und slawischen Nachbarvölker.

1. Unsere Feinde zeigten sich als politische Virtuosen. Wenn die Diplomatie als die Kunst höchster Verschlagenheit und Heu-

[1]) Vgl. S. 210f. (Tragik der deutschen Geschichte). Die Siegfried- und Dietrichnatur des echten Deutschen ist die Quelle zahlreichen Unheils. Er ist so vertrauensselig,

chelei gilt, so geht das auf die alten Römer und ihre Erben zurück; erstaunlich sind die diplomatischen Künste und elastischen Mittel, mit denen die Welschen, Angelsachsen und Slawen ihre politischen Ziele verfolgen.

Wir denken an Bluff und Kant, an Lüge, Verleumdung und Bestechung, an die Kunst, Völker gegeneinander zu hetzen, um als „lachender Dritter" den Gewinn einzustecken, an die Schürung des Chauvinismus und Irredentismus ringsum in Mitteleuropa[1]), an die pénétration pacifique, an den Vertrag, den die Engländer und Russen 1910 „zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Persiens" schlossen. Wie geschickt verstanden es die „klugen" Engländer in den letzten Jahrzehnten, der deutschen Reichsregierung Aussichten auf die portugiesischen Kolonien, auf Belgisch-Kongo, auf Teile der Türkei zu machen, gleichzeitig uns aber in Portugal, Belgien, Türkei, natürlich auch in Frankreich, Italien, Rußland wegen unserer „räuberischen Absichten" zu verdächtigen! Auch das „belgische Hilfswerk" während des Weltkriegs war weiter nichts als ein Mittel zur politischen Brandstiftung.

Wie geschickt verstehen es die Angelsachsen, Welschen und Slawen, hinter schönen Masken ihre Raubtiernatur zu verstecken! Wir hörten von ihrer selbstlosen Fürsorge für die „kranken Völker", von dem „Schutz der kleinen Staaten", dem „Selbstbestimmungsrecht der Nationen", von dem „Weltfrieden" und der „Völkerverbrüderung". Ihre ganze Geschichtsbetrachtung ist nicht auf Feststellung der Wahrheit eingestellt, sondern sich selbst zu verherrlichen und die Feinde herabzusetzen; sich selbst nennen sie „Kulturträger" und „freie Menschen", während wir Deutschen „Barbaren" seien und in „Knechtschaft" lebten.

Seit Jahren wurde der Weltkrieg von den Welschen, Angelsachsen und Slawen durch die diplomatischen Künste ihrer Lügenpolitik systematisch vorbereitet, besonders durch die Bearbeitung der öffentlichen Meinung. Die ganze Welt erfuhr von den „imperialistischen Eroberungsplänen" unseres Kaisers Wilhelm II.; der deutsche „Militarismus" und „Kaiserismus" sei ein Hemmnis der Kultur, des Friedens, der Völkerverbrüderung und des paradiesischen Glücks. Es gelang, Deutschland nicht nur politisch einzukreisen, sondern auch ringsum bei den Massen eine feindselige Stimmung gegen uns zu erwecken.

daß er nicht imstande ist, den Nichtdeutschen all die Schändlichkeiten zuzutrauen, deren sie fähig sind, und er ist so langmütig, daß er sich viel Unrecht gefallen läßt, bevor er vom Leder zieht.

[1]) Seit beinahe 400 Jahren hat Frankreich nach dem Rate Marillacs gehandelt, „die Angelegenheiten Deutschlands in möglichster Verwirrung zu halten".

Und im Weltkrieg? Trotz ihrer gewaltigen Übermacht haben die Feinde es nicht vermocht, uns mit ihren kriegerischen Waffen zu besiegen, sondern nur durch ihre diplomatischen Künste und elastischen Mittel; dabei haben sie ein Maß von Verlogenheit, Gemeinheit und Schurkerei gezeigt, das wir Deutschen nicht für möglich gehalten hätten.

Barbaren? Im Anfang des Weltkriegs schrieb der Schweizer Prof. Joel: „Dieses Volk, dessen Revolution kaum soviel Hunderte Menschenleben kostete, als die französische Hunderttausende, das keine blutigen Tyrannen und blutigen Verschwörungen kannte, das nicht die Inquisition und nicht die Guillotine erfand, nicht die spanische Folter oder die neunschwänzige Katze, das keinen Alba und keinen Torquemada hatte, keinen Cesare Borgia, keinen Richard III. und keinen Iwan den Schrecklichen, keine Dragonaden, keine sizilianische Vesper, keine Templerverbrennung, keine Bartholomäusnacht, keine Pulververschwörung, keine Strelitzen und Janitscharen, das auch in der Gegenwart keine Maffia und Kamorra kennt, keine Briganten und Apachen, keine Fürstenmorde, keine Kongogreuel, keine Progrome, keine Nihilisten, keine „Anarchisten der Tat" und keine Suffragetten, keine Vogelsteller oder Stierkämpfer — dieses Volk soll barbarisch sein und sich gerade heute der schlimmsten Grausamkeit schuldig machen?"

Freiheit: Der Vorwurf der Feinde, daß bei ihnen Freiheit, bei uns Knechtschaft herrsche, beruhte auf ihrem rückständigen Freiheitsbegriff. Ihrer ganzen Denkart war die deutsche „Freiheit in der Gebundenheit" etwas Unbegreifliches. Unsere deutsche Freiheit ist gebunden an Gott, an die Wahrheit, an das Sittengesetz, an die Pflichten, die wir der Gesamtheit, dem Staate und Volke gegenüber haben. Diese Gebundenheit ist eine freiwillige, ist Selbstüberwindung, Selbstbestimmung, Selbstbeschränkung, Selbstzucht. Als Ideal erscheint uns, daß nicht andere uns zum Rechten zwingen, sondern wir uns selbst. Wir waren und sind stolz darauf, daß unsere Geschichte zahlreiche Beispiele solcher wahren Freiheit kennt, besonders in der Familie der Hohenzollern.

2. Wir Deutschen zeigten uns als Helden, aber politische Kinder! Victor vincitur, d. h. „der siegreiche Held unterliegt"; er unterliegt den elastischen Künsten der feindlichen Politik. Wie oft hat sich das in der 2000jährigen germanisch-deutschen Geschichte wiederholt! Immer wieder hat sich der deutsche Siegfried betören lassen und ist heimtückisch erschlagen. Nur selten traten deutsche Heldengestalten auf, welche die feindliche Tücke und Hinterlist durchschauten.

Vor 100 Jahren wurden wir auf dem Wiener Kongreß (1814/5) um den Lohn unserer Siege betrogen; Blücher sprach das geflügelte Wort, daß „die Feder verdorben, was das Schwert erworben". Bismarcks Größe bestand nicht zum kleinsten Teil darin, daß er alle Schliche der englischen, welschen und slawischen Diplomaten durchschaute und danach handelte. Aber nach Bismarcks Entlassung (1890)? Da ließen wir uns durch schönklingende Wahnideen betören, blenden und fesseln. Freudig hörten wir von der „internationalen Kulturgemeinschaft" und den „Menschheitszielen"; wir beteiligten uns an den „Friedens-

kongressen“, dem „Haager Schiedsgericht“, der Herbeiführung des „ewigen Friedens“; wir begeisterten uns für „Völkerverbrüderung“ und „Völkerrecht“; immer lauter wurde in unserer eigenen Mitte der Ruf nach „Abrüstung“, „Versöhnung“ und „Verständigung“.

Dabei handelten wir nicht nur wie Siegfried, sondern auch wie Dietrich von Bern. Unsere Langmut gegenüber den Flegeleien des Auslands, besonders aber gegenüber der Lüge im eigenen Land, kannte keine Grenzen. Die Regierung ließ es geschehen, daß von einer Lügenpresse und von frechen Demagogen alles in den Staub gerissen wurde, was uns stark und groß gemacht hatte und was uns heilig war.

Und im Weltkrieg? Im August 1914 glaubten wir, das Zeitalter Bismarcks kehre wieder. Wie ein böser Spuk verschwand alles, was uns in den letzten Jahrzehnten beengt hatte; die Fesseln wurden gesprengt; siegreich rang preußisch-deutsches Heldentum mit den schlau rechnenden und kalkulierenden Feinden. Wie würde nun Bismarck gehandelt haben? Vor allem hätte er den Feinden immer wieder die Maske vom Gesicht gerissen, damit jedermann ihre wahre Raubtiernatur erkenne. Gleich am ersten Tage wäre er als Befreier aufgetreten: als Befreier des Deutschtums in Belgien, in Rußland, auch in dem verbündeten Österreich-Ungarn, als ein Befreier der Türkei. Wie 1866, hätte er nach allen Seiten ein befristetes Ultimatum geschickt, um Klarheit zu schaffen, vor allem um zu wissen, was von Italien, Rumänien, U. S. Amerika zu erwarten war. Als Ankläger hätte Bismarck sofort zahlreiche Dokumente veröffentlicht, welche der ganzen Welt unzweifelhaft die Schuld der Feinde, auch Belgiens, klar machten; er hätte die Feinde entlarvt und gezeigt, daß all ihre Reden vom Schutz der Schwachen, besonders vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, eitel Lug und Trug seien. Bei den ersten Völkerrechtsverletzungen der Feinde wäre alsbald Bismarcks Erklärung erfolgt: „alle völkerrechtlichen Abmachungen sind durch die Schuld der Feinde zerrissen; deshalb fühlen wir Deutsche uns an nichts gebunden, außer an Gott und unser Gewissen.“ Bismarck hätte es nicht unterlassen, für die unmenschlichen Verbrechertaten der Feinde (Baralong-Skandal, U-Boot 19, Bombenanschlag auf Frauen und Kinder in Karlsruhe) sofort und rücksichtslos Vergeltung zu üben. Auch ist anzunehmen, daß dem Fürsten Bismarck der unbeschränkte Seekrieg sehr erwünscht gewesen wäre, um gleich im Anfang den Transport von englischen Truppen, Munition und Lebensmitteln nach Frankreich möglichst zu unterbinden; vielleicht hätte er sogar mit größerem Erfolg, als Napoleon I. 1806, die Blockade über England verhängt. — Im eigenen Lande würde er das heilige nationale Feuer, das im August 1914 aufloderte, sorgsam gepflegt, erhalten und geschürt, dem Volke hohe Ziele gezeigt

haben und nachdrücklich all den Kräften entgegengetreten sein, die versuchten, den deutschen Siegeswillen zu untergraben. Bismarck wußte, daß alles andere, wertvolle Bündnisse und Kolonialbesitz, letzten Endes davon abhänge, daß das Deutsche Reich selber mächtig dastehe; er hätte dafür gesorgt, daß das Deutsche Reich aus der Enge herausgeführt werde und in Zukunft, wenn es nötig sein sollte, aus eigener Kraft gegen alle Welt sich behaupten könne.

Nichts von alledem ist geschehen, und deshalb sind wir, trotz aller Heldentaten, zusammengebrochen. Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg sprach von dem „Unrecht“, das wir mit dem Einmarsch in Belgien begangen hätten; die Reichsregierung unterließ es, den äußern Feinden die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen, damit alle Welt ihre wahre Natur erkannte. Unser Kaiser zögerte, vollen Gebrauch von den Kriegsmitteln zu machen, die uns zu Gebote standen, namentlich von den U-Booten und den Zeppelinen; er gab den Feinden Zeit, kaltherzig alle Vorbereitungen zu unserer Erdrosselung zu treffen. Wir brachten es nicht einmal fertig, ihre Schandtaten mit gleicher Münze zu vergelten; wir schädigten uns durch törichte Rücksichtnahme auf die sogenannten Neutralen. Das Schlimmste aber war, daß die Reichsregierung mit dem Erwachen des Armindeutschtums nichts anzufangen wußte, auch nicht mit dem 100. Geburtstag Bismarcks; vielmehr hielt sie es für ihre wichtigste Aufgabe, durch schwächliches Entgegenkommen und durch falsche Nachgiebigkeit die Freisinnigen und Sozialdemokraten, die Ultramontanen und Österreicher bei der Stange zu halten.

B.

Besonderer Teil[1]).

Wir unterscheiden Nationalstaaten und Nationalitäten- bez. Völkerstaaten[1]):

1. Nationalstaaten:

Treitschke sagt: „Das Normale bleibt immer die Einheit des Staates auf nationaler Grundlage.“ Und Hasse I, 1 S. 15: „Der idealste Zustand eines staatlichen Gebildes entsteht da, wo Raum, Besitz und Volkstum zusammenfallen.“ Zwar wird dieses Ideal niemals und nirgends ganz erreicht; das hängt mit der Unvollkommenheit alles Irdischen zusammen. Aber das steht fest:

je weiter sich ein Staat von jenem Ideal entfernt, um so mehr geht es mit ihm abwärts;
je mehr er sich jenem Ideal nähert, um so stärker, blühender, gesunder wird er.

---

[1]) Zwar gelten die aus der 1. Auflage beibehaltenen Angaben dieses Abschnitts in der Hauptsache für die Vorkriegszeit; aber es erscheint mir notwendig, daß das heranwachsende Geschlecht weiß, wie die Welt damals aussah.

Das Wichtigste ist, daß alle Glieder eines Nationalstaates im öffentlichen und privaten Leben durch eine gemeinsame Sprache verbunden sind.

Nationalstaaten sind:

Holland mit einer gleichartigen niederdeutschen Bevölkerung;

die drei nordischen Königreiche Schweden, Norwegen, Dänemark, deren Bevölkerung rein germanisch ist;

Italien, wo 99 Prozent der Bevölkerung Italiener sind;

Großbritannien; doch gibt es dort $1\frac{1}{2}$ Millionen Kelten.

Auch Frankreich zählt zu den typischen Nationalstaaten; aber es sind nur 90 Prozent der Bevölkerung Franzosen.

Das Deutsche Reich war nach der Verfassung vom 16. 4. 1871 ein Nationalstaat, $92\frac{1}{2}$ Prozent der Bevölkerung Deutsche.

2. Völkerstaaten:

So müssen wir die Staaten nennen, in denen nicht eine einzelne Nation die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ausmacht. Rußland, die Türkei, Schweiz, Belgien, Österreich-Ungarn, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, auch das englische Weltreich sind bez. waren Völkerstaaten.

In den letzten Jahrzehnten sprach man auch von der Entstehung dreier „Rassestaaten“: dem slawisch-russischen, dem angelsächsischen und dem japanisch-mongolischen Rassestaat.

1.

England[1]).

1. Englands Politik:

Es ist das gesunde Merkmal englischer Politik, daß sie ausschließlich englische Interessen vertritt. Nur versteht sie es vortrefflich, diesem berechtigten Egoismus den Mantel der Selbstlosigkeit umzuhängen.

a) Allein durch die Uneinigkeit der europäischen Festlandsmächte ist England groß geworden; besonders die immer wiederkehrenden Kriege zwischen Frankreich und dem Hause Habsburg haben den Engländern die größten Vorteile gebracht, so daß sie die erste See-, Handels- und Kolonialmacht der Welt wurden.

b) Maßlos ist das starke National- und Selbstgefühl der Engländer; alle anderen Nationen erscheinen ihnen minderwertig. Auf das fremde Volkstum in ihrem eigenen Reich nehmen sie nicht die geringste Rücksicht; selbst hochstehende Staatsmänner halten es nicht für nötig, eine

[1]) Vgl. S. 114 f., 168 f. In seinem „Kajütenbuch“ hat Sealsfield um 1850 von der Umwandlung des englischen Volkstums gesprochen. Die herrschende Rasse seien die Normannen gewesen, die er als unruhige Köpfe, desperate Burschen, rücksichtslose See- und Landräuber schildert. Im 16. Jahrh. habe sich die Wandlung in das englische Händlervolk vollzogen, das zwar den alten Seeräubercharakter festhält, aber seine Ziele nicht mehr durch Kampf, sondern durch die Politik erreicht, d. h. andere für sich kämpfen läßt. Diese Entwicklung sei sicherlich durch den Zustrom spanischer und holländischer Juden im 17. Jahrh. gefördert.

andere als die englische Sprache zu verstehen. Nach außen treiben sie die Politik der alten Römer:

Wie die alten Römer, haben sie mit großem Geschick, bis zur jüngsten Gegenwart, den Grundsatz verfolgt divide et impera: „Trenne deine Gegner! entzünde die Kriegsfackel zwischen ihnen, damit sie sich gegenseitig zerfleischen und du ernten kannst!“

Eigentümlich ist auch ihre fortwährende Interventionspolitik[1]): Unter dem Vorwand, daß englische Interessen gefährdet seien, mischen sie sich überall in die Angelegenheiten fremder Völker und Staaten; sie treten als Beschützer der Schwachen gegen die Starken auf, um schließlich über beide zu herrschen.

Als selbstverständlich beanspruchen sie eine Vormachtstellung in der Welt. Es war ihnen zum Dogma geworden, daß die englische Flotte stärker sein müsse, als die Kriegsflotten zweier anderen Staaten zusammen; sie betrachteten es als ein „Unrecht“, wenn jemand dieses Dogma antastet.

Ihr nationales Selbstgefühl nimmt alles in der Welt für sich in Anspruch, sieht in jedem Gewinn anderer einen eigenen Verlust, hält es für ein Verbrechen, wenn jemand die Segnungen ihrer Kultur nicht annehmen will.

Wie die alten Römer, stellen sie die Religion in den Dienst der Politik. Ohne an die zahlreichen rücksichtslosen Grausamkeiten zu denken, die sie selbst verübt haben, entrüsteten sie sich über Christenverfolgungen in der Türkei, über Negermißhandlungen in Afrika, ja über die „Verfolgung“ der Fremdstämmigen in Preußen. Angeblich haben sie selbst immer „die besten Belange der Menschheit“ im Auge[2]).

2. England und wir:

a) Englands Bundesfreundschaft ist immer für seine Bundesgenossen selbst verderblich gewesen; das haben wir Deutsche seit mehr

[1]) Freilich reden sie immerfort von der Pflicht der Nichteinmischung; aber das geschieht nur, um die anderen zu binden.

[2]) Die religiöse Frömmigkeit hat die Engländer nicht abgehalten, ununterbrochen in fremden Ländern Kriege hervorzurufen und Revolutionen anzuzetteln. In einer 1805 erschienenen englischen Flugschrift hieß es: „Der ewige Krieg ist das beste Mittel zur Sicherheit und Wohlfahrt Großbritanniens.“ Bismarck schrieb im Jahre 1857: „Fremde Staaten mit Hilfe der Revolution zu bedrohen, ist seit einer ziemlichen Reihe von Jahren das Gewerbe Englands.“

Dalhousie, der Generalgouverneur Vorderindiens 1848—1856, war ein frommer Christ. Niemand berief sich so oft und so nachdrücklich auf den Willen des Allmächtigen, und niemand kannte diesen Willen so gut wie er. Das Wohl der Untertanen stand ihm an erster Stelle. Er war davon überzeugt, daß sich die Eingeborenen unter der „heidnischen Mißwirtschaft“ nicht so glücklich fühlen könnten, wie unter der christlichen Herrschaft Englands. Deshalb hielt er es für seine Gewissenspflicht, reiche Fürstentümer Indiens dem britischen Besitz einzuverleiben (Helmolt I S. 480).

Im Jahre 1909 veröffentlichten die Erzbischöfe von Canterbury und York, sowie andere kirchlichen Würdenträger einen Aufruf, in welchem dringend verlangt wurde, daß alle Kirchen des Landes ihren Stimmen Gehör verschaffen möchten wider die unvermindert fortdauernde grausame Tyrannei, welche im Kongogebiet herrsche. Die Unterzeichner gaben der Überzeugung Ausdruck, daß die Staatsmänner aller zivilisierten Länder auf den Aufruf antworten werden, erklärten aber, daß England, falls es sich als nötig erweise, für sich allein vorgehen müsse.

als 200 Jahren erfahren[1]). Das Erstarken Preußens und des neuen deutschen Kaiserreichs hat England stets mit eifersüchtigen Blicken verfolgt und zu verhindern gesucht. Welche Hemmungen sind von dort ausgegangen!

Als Friedrich der Große am Ende des siebenjährigen Krieges in der allergrößten Bedrängnis war, hat England plötzlich seine Hilfe zurückgezogen; das war Verrat.

1789/90 bot sich für Preußen die Gelegenheit, die österreichischen Niederlande (Belgien) zu gewinnen; England hat dies vereitelt.

Am schmählichsten war das Verhalten der Engländer auf dem Wiener Kongreß 1814/5. Durch England wurden Preußen und Deutschland um die Früchte ihrer Siege gebracht: Elsaß-Lothringen blieb bei Frankreich; Englands Politik verdanken wir die unabhängigen „Pufferstaaten" an der Westgrenze, Holland, Belgien, Schweiz; durch Englands Schuld ist auch Preußens Ostgrenze so ungünstig geworden.

1851/2 ist Preußen nicht vor Dänemark, sondern vor England zurückgewichen.

1870/1 hat England, wo es konnte, Bismarcks Politik zu hemmen gesucht. Es hat der kolonialen Ausbreitung des Deutschen Reiches überall Schwierigkeiten bereitet.

Welche Mittel hierbei die einflußreiche Presse anwandte, zeigt ein Briefwechsel zwischen der englischen Königin Viktoria und Lord Palmerston aus dem Jahre 1861. Da heißt es: „Die Königin hat lange mit tiefem Bedauern die fortwährenden Bemühungen der Times gesehen, alles Deutsche anzugreifen, in den Schmutz zu ziehen und zu beleidigen, besonders alles Preußische. Diese Zeitung hat seit Jahren dieselbe schiefe Richtung verfolgt; aber seit dem letzten Jahre hat sie einen giftigen Ton angenommen, der nicht verfehlen kann, die größte Entrüstung beim deutschen Volke hervorzurufen und schrittweise die Gefühle unseres Volkes Deutschland zu entfremden."

Von 1688—1815 waren wir Englands „Festlandssoldaten".

b) England als unser Feind.

Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts trat immer unverhohlener Englands Feindschaft gegen uns hervor. Wir müssen feststellen, daß in Deutschland niemals von irgendeiner Seite gegen England gehetzt ist, daß aber das Umgekehrte alle Tage, selbst von hochgestellten englischen Leuten, geschah. Seitdem das Deutsche Reich den gewaltigen Aufschwung genommen hatte, wurde überall in der Welt das Märchen von der „deutschen Gefahr" verbreitet:

Geflissentlich wurde in Holland, Belgien, Schweiz, ja in Österreich-Ungarn und Rußland die törichte Vorstellung genährt, als trage die deutsche Regierung sich mit Annexionsplänen.

[1]) Auch andere Völker, z. B. die Holländer im Anfang des 18. Jahrh. Und im Weltkrieg (1914—1918) haben sich nicht nur die Serben und Rumänen, sondern auch die Italiener, Franzosen und Russen für Englands Interessen verblutet.

Obgleich wir in der Weltpolitik eine fast übertriebene, ängstliche Zurückhaltung zeigten, wurden uns die hinterlistigsten Anschläge auf Brasilien, Marokko, Persien, Türkei, Abessinien, China untergeschoben.

Ja, als der deutsche Generalkonsul in Ägypten den Rang eines Gesandten erhielt, witterte man gräßliche Absichten.

Daß uns der Bau einiger großen Kriegsschiffe gelang, rief in England 1909 eine geradezu lächerliche Panik hervor, die natürlich zum großen Teil geheuchelt war[1]); dazu kamen dann unsere Fortschritte im Luftschiffbau. Im Theater wurde dem künstlich erregten Volke der erwartete Überfall der Deutschen schon als Wirklichkeit vorgeführt.

Unser fortgesetztes Werben um die Liebe der Engländer war zwecklos: man witterte doch geheime Absichten dahinter. Bismarck sagte mit Recht: „Die Kerle wollen sich nicht von uns lieben lassen."

Dann kam der Weltkrieg. Es war eine Fortsetzung der schlau berechneten, alten englischen Politik, gegen die jeweilig stärkste Festlandsmacht eine Koalition zusammenzubringen, wenn sie unter Eduard VII. unablässig bemüht war, ganz Europa, ja die ganze Welt gegen das Deutsche Reich in Bewegung zu setzen. Erst Englands Anschluß, die Bildung des „Dreiverbands", hat Frankreich und Rußland bewogen, loszuschlagen. Wiederholt standen wir, durch Englands Bemühungen, seit 1904 unmittelbar vor dem Weltkrieg:

1905/6 bei der ersten Marokkokrisis,
1909 bei der bosnischen Frage,
1911 bei der zweiten Marokkokrisis,
1912/3 bei den Balkankriegen.

Im Sommer 1914 hatte England sein Ziel erreicht.

Und seit unserem Zusammenbruch im November 1918 setzten die Engländer mitleidslos ihre Politik fort, das deutsche Volk zu schwächen. Teuflisch war ihr Verfahren, wie sie Hunderttausende reichsdeutscher Krieger und Deutschbalten systematisch in den Tod trieben. Absichtlich blieb ihr Verhältnis zu der russischen Bolschewistenregierung rätselhaft.

3. Englands Achillesferse:

Die englische Macht ist nicht so fest gegründet, wie das Selbstgefühl der Engländer es wünscht. Viele Schwierigkeiten drohen; das Riesenweltreich ist krank, und man hat bisweilen den Eindruck, als müsse es auseinanderfallen.

Irland ist ein Pfahl im Fleische des Reichs.
Indien strebt nach Selbständigkeit.

[1]) Von ähnlichen Wahnvorstellungen ergriffen und mit demselben Albdruck belastet war England 1847/48, 1851—1853 und 1859—1861. Im Jahre 1862 erschien in 150 000 Exemplaren das Buch von Richard Cobden: „The three Panics, an historical episode." Es wies nach, wie „ohne den Schatten eines Beweises gegen die Nachbarvölker falsche Anschuldigungen erhoben seien".

Das Nationalgefühl, das sich schon vor dem Weltkrieg in den halbkolonialen Ländern gegen die englische Bevormundung aufbäumte, ist seitdem gewaltig gewachsen. Nicht nur in Ostasien, sondern auch in der ganzen mohammedanischen Welt streifen die Völker die europäischen Fesseln ab. Wie die neue Türkei, so scheinen sich auch Arabien, Irak, Iran gleich Ägypten zu souveränen Staaten zu entwickeln.

England hat seit dem italienisch-abessinischen Krieg (1936) die Alleinherrschaft im Mittelmeer verloren. Die zunehmende Orientalisierung bzw. Verjudung der regierenden Kreise Englands erinnert an die Erkrankung des alten römischen Weltreichs. Die Macht der Juden ist sowohl im Ober- wie Unterhaus sehr groß. In der Palästinafrage steht die ganze mohammedanische Welt auf seiten der Araber. Graf Reventlow schreibt: „Großbritannien hat im Weltkrieg die Sache der Juden zu seiner eigenen machen müssen. Der jüdische Aufpasser sitzt, das hat man oft nach dem Weltkrieg beobachtet, jeder großbritannischen Regierung und jedem Parlament kontrollierend und treibend im Genick. Die Judenheit der ganzen Welt erhob jedesmal ein wildes Geschrei, wenn Großbritannien einmal versuchte, sich den berechtigten Forderungen der Araber nicht schroff ablehnend gegenüber zu stellen.“ — Dasselbe gilt für das Verhalten gegenüber dem jüdisch-russischen Bolschewismus; der Einfluß der Juden hat bewirkt, daß England viele Monate lang die Bolschewisten in Spanien als die rechtmäßige Regierung behandelte, obgleich Moskau in Asien und Afrika gegen England hetzt.

Trotzdem wäre es töricht, an einen baldigen Zusammenbruch des englischen Weltreichs zu denken. Auch das alte römische Weltreich hat sich viele Jahrhunderte behauptet, als es schon die schleichende Krankheit in sich trug. Wie aus den grausamen englischen Sklavenhaltern plötzlich fromme Sklavenbefreier wurden, so verstehen es die britischen Politiker, zu rechter Zeit mit der größten Unbefangenheit ihre Methoden zu ändern und den bisher unterdrückten Völkern Freiheiten zu gewähren. Als die Neuenglandstaaten (U.S.Amerika) sich Ende des 18. Jahrhunderts die Unabhängigkeit erkämpft hatten, da fehlte nicht viel, daß einige Jahrzehnte später Kanada denselben Weg gegangen wäre. Es war ein Meisterstück großzügiger Staatskunst, daß England, um seine Stellung zu behaupten, den mündig gewordenen Tochterstaaten die Großjährigkeit nicht vorenthielt; es gewährte ihnen weitgehende Autonomie (Selbstverwaltung) und gab ihnen den Namen „Dominions“. Solche Dominions sind heute Kanada, Neufundland, Südafrika, Australien und Neuseeland. Zu ihnen gesellt sich der mit Selbstverwaltung ausgestattete Staat Irland. Seit dem 19. November 1926 sind die sechs Dominions und Irland nur durch Personalunion mit Großbritannien verbunden; der englische König ist sechsfacher König und Kaiser von Indien[1]).

2.

Frankreich.

Sie kommen sich alle als „auserwählte Völker“ vor, die gegen das germanisch-deutsche Ariertum kämpfen: nicht nur das jüdische, sondern auch die welschen, angelsächsischen und slawischen Völker. Sie finden es ganz in der Ordnung, wenn mit den

[1]) Vgl. Hennig „Geopolitik“ 2. Auflage, S. 233 ff.

blutigsten, grausamsten Mitteln das verhaßte germanisch-deutsche Volkstum vernichtet wird; setzen sich aber die Deutschen zur Wehr, so heißen sie „Bluthunde“ und „ruchlose Unterdrücker“. So war es

bei dem Ringen zwischen dem welschen und germanischen Christentum im 5. und 6. Jahrh.;

seit dem 16. Jahrh. in dem Kampf zwischen den Konfessionen;

bei fast allen Revolutionen, die ja meist nichts anderes waren als Kämpfe der Nichtarier gegen das Ariertum[1]).

1. An stolzem Nationalgefühl stehen die Franzosen den Engländern nicht nach. Da sie sich für die erste Kulturnation halten, so erscheint es ihnen als heiligste Pflicht, ihre Kultur auszubreiten; es kommt ihnen wie Wahnsinn vor, für fremdes Volkstum Rechte zu fordern. Zweierlei mußte ihrer Eroberungspolitik behilflich sein: die Kirche und die Sprache. Sie durften immer von neuem als „die geliebteste Tochter“ der römischen Kirche auftreten, obgleich diese von keinem anderen Staate so mißhandelt ist wie von Frankreich. Seit Jahren wurden kirchliche Interessen vorgeschützt, um in Syrien politische Vorteile zu erlangen. Besonders aber trieben die Franzosen eine systematische Sprachenpolitik. Ungeheuere Summen wurden für die zahlreichen Schulen im Orient bereitgestellt; aber mehr noch war man an der deutschen Ostgrenze tätig. Die Franzosen redeten von einer annexion des cerveaux, einer pénétration pacifique; sie haben eine alliance française pour la propagation de la langue française á l'étranger, ferner eine association pour la vulgarisation de la langue française.

Lehrreich ist ein Vergleich, wie Savoyen-Nizza von der französischen und Elsaß-Lothringen von der deutschen Regierung behandelt wurde:

Savoyen, das sich Napoleon III. 1859 abtreten ließ, war ganz italienisch. Trotzdem ist es den Franzosen gelungen, die Erinnerung an Italien völlig auszumerzen. Eine zielbewußte, rücksichtslose Regierungsmethode sorgte dafür, daß keine Zeitung, keine politische Zeitschrift in italienischer Sprache erscheinen durfte; alle amtlichen Stellen bis hinab zu den Postboten, Schutzleuten und Feldhütern wurden durch Franzosen der alten Provinzen besetzt; in allen Gemeindeschulen unterrichteten Lehrer aus Altfrankreich die Jugend in französischer Sprache; auch die Kirche wurde mit Priestern aus Altfrankreich versorgt.

Und Elsaß-Lothringen, das 1871 an Deutschland zurückfiel? Mit gerechter Empörung denken wir an die letzten Jahrzehnte vor dem Weltkrieg zurück. Obwohl das Land zu 90 Prozent deutsch ist, stützte sich die deutsche Regierung auf die Notabeln, d. h. die dünne Oberschicht, die nach Erziehung und Gesinnung französisch, keineswegs deutschfreundlich war. Sogar im Hause des deutschen Statthalters wurde mit Vorliebe französisch gesprochen. Es

[1]) War es nach der „glorreichen“ Revolution vom 9. November 1918 anders? Die von den Juden geführten „Unabhängigen“ hielten es für ihr gutes Recht, Bahnhöfe, Postämter, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Regierenden hinauszuwerfen und zu mißhandeln, blutige Gewalttaten auszuführen. Setzten sich aber die anderen zur Wehr, dann war das die scheußlichste Gemeinheit und das furchtbarste Verbrechen (Düsseldorfer Zeitung 27. 11. 19).

begann eine planmäßige Knebelung der Schule und Zurücksetzung des Lehrerstandes, des besten Pflegers des Deutschtums. Die Zahl der Schulschwestern, die nach ihrer ganzen Vorbildung französisch gesinnt waren, wuchs immer mehr. Die katholische Geistlichkeit war französisch erzogen und trug französische Priesterkleidung. Im Jahre 1911 wurde der Wunsch der elsaß-lothringischen Heißsporne erfüllt, daß das Reichsland eine bundesstaatliche Verfassung erhielt. Im Spätherbst 1913 durfte in Zabern die Presse ungestraft hetzen, durften die deutschen Offiziere belästigt werden und die tobende Menge „vive la France", „Saupreuß", „Sauschwob", „Dreckschwob" rufen.

2. **Der Haß gegen das Deutschtum** ist schuld, daß Frankreich seit Jahrhunderten eine **selbstmörderische auswärtige Politik** getrieben hat. Den Franzosen ist ihr starrer Blick auf „das Loch in den Vogesen", ihre Wahnvorstellung von der „natürlichen Grenze", zum Verhängnis geworden, d. h. ihr zum Dogma erhobener Glaube, daß von Rechts wegen der Rhein ihre Ostgrenze bilden müsse.

Frankreich hat die denkbar günstigste Lage, um die erste Handels-, See- und Kolonialmacht der Welt zu sein, und wiederholt ist es seit der Mitte des 17. Jahrh. auf dem besten Wege gewesen, dies zu werden. Aber während es immer wieder seine Streitkräfte nach Osten richtete und, ungereizt, die Kriegsfackel gegen Deutschland entzündete, gelang es England mehrmals, die französische See- und Kolonialmacht ganz oder teilweise zu vernichten:

zur Zeit Ludwigs XIV.,
zur Zeit Ludwigs XV.,
zur Zeit Napoleons I.

Wie oft haben sie ganz von vorne angefangen! Wie oft haben sie auch in neuester Zeit vor England zurückweichen müssen, z. B. bei Faschoda 1898!

Und doch ist ihre ganze auswärtige Politik bis zur Gegenwart einzig gegen Deutschland gerichtet; jedem warfen sie sich in die Arme, der die Aussicht eröffnete, einen neuen Waffengang gegen Deutschland unternehmen zu können. Von diesem Gedanken war das unnatürliche Bündnis mit Rußland und die noch unnatürlichere Freundschaft mit England eingegeben.

Mit Recht schrieben die englischen „Times" 1870:

„Seit 400 Jahren hat keine Nation so böswillige Nachbarn gehabt, wie die Deutschen an den Franzosen, die unverschämt, raubgierig, unersättlich, unversöhnlich auftraten und stets bereit waren, die Offensive zu ergreifen."

3. **Und wir Deutschen?** Haben wir Haß mit Haß erwidert? Im Gegenteil! Wohl bäumte sich wiederholt das deutsche Volk gegen die frechen Anmaßungen auf, zur Zeit Ludwigs XIV., Napoleons I., 1870 und 1914. Aber nach kurzer Zeit liefen wir wieder den Franzosen

nach. Selbst Bismarck hat, um nach der Demütigung von 1870/1 den Franzosen entgegenzukommen und ihre Gedanken auf andere Ziele zu lenken, ihre Kolonialpolitik eifrig unterstützt; daneben schickte er freilich wiederholt seine berühmten „kalten Wasserstrahlen" nach Westen. Aber seit dem Abgang Bismarcks erkannten wir mit wachsender Besorgnis, daß in dem Streben, unsere Beziehungen zu Frankreich um jeden Preis zu bessern, wichtige deutsche Interessen preisgegeben wurden; daß bei jedem Zurückweichen unsrerseits die Begehrlichkeit und Rücksichtslosigkeit der Franzosen zunahm. Wir sind zu sehr die Gebenden gewesen, ohne irgendeine Gegenleistung zu erhalten; allein unserer Nachgiebigkeit verdankte Frankreich sein gewaltiges Kolonialreich in Nordwestafrika.

Zu dem Kapitel verlorener Liebesmühe schrieb die „Magdeburger Zeitung" im März 1910:

„Es wäre vielleicht sehr gut, wenn man sich in Deutschland das Liebeswerben um die Franzosen ein klein wenig abgewöhnte. So oft eine internationale Kunstausstellung in irgendeiner deutschen Stadt ist, kommen deutsche Delegierte nach Paris, bitten die französischen Künstler um gnädige Überlassung einiger Werke, bezahlen Verpackung und Fracht und sorgen außerdem dafür, daß die Gäste mehr verkaufen, als die Einheimischen. Niemals kommt den Franzosen so etwas in den Sinn; sie laden keinen Menschen ein, zahlen keine Kiste, keine Fracht und sind bei der Prüfung ausländischer Werke weit strenger als mit den einheimischen. Ebenso eifrig laufen die deutschen Verleger und Theaterdirektoren hinter den französischen Schriftstellern her. Alles das erhöht aber durchaus nicht die freundschaftlichen Gesinnungen der Franzosen gegen Deutschland. Sie entnehmen daraus nur, daß man sie in Deutschland nötig hat. Man sollte es in Deutschland einmal mit dem Goetheschen Rezept versuchen, der die Gleichgültigkeit und Kälte als das beste Mittel empfiehlt, das schöne Geschlecht zu verführen. Vielleicht käme man auf diesem Wege weiter als mit der bisher beliebten Methode des allzu ungestümen Entgegenkommens. Die Franzosen sind ja nach dem bekannten Ausspruche Bismarcks eine weibliche Nation[1])."

Und nach dem Zusammenbruch? Wie töricht war unser Vertrauen auf die „Stimme der Vernunft und der Ritterlichkeit"! Für die Franzosen brachten der Waffenstillstand 1918 und der Versailler Friede 1919 keineswegs den Beginn eines friedlichen Verhältnisses, sondern die **Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln**. Wir denken an die Erpresserpolitik im besetzten Gebiet, an den Ruhreinbruch, an die sofortige Aufnahme der alten Politik, sich im Osten starke Bundesgenossen zu schaffen und uns langsam zu erdrosseln.

4. **Achillesferse**: Wir erwähnten den Geburtenrückgang und die Entgermanisierung. Dem entspricht eine zunehmende Überfremdung; Frankreich wird eine minderwertige Mischlingsnation. 1925 gab es in Südfrankreich 732000 Italiener, in Nordfrankreich 476000 Polen, die

[1]) Leider begünstigt der deutsche Bildungsschwindel viel zu sehr die französische Sprache; ohne ihn würde sie längst die Bedeutung als Weltsprache verloren haben.

sich nicht mehr französieren lassen wollen. In Paris lebten 200000, in Marseille 100000 Neger. Am schlimmsten ist die Verniggerung des Heeres, das zu 3/8 aus Fremdrassigen besteht. Frankreich hat seine Kolonien nicht, um den Überschuß der Bevölkerung dorthin zu führen, sondern als Rekrutierungsgebiete, um sich ein übermäßig großes und billiges Heer halten zu können. Früher galt Frankreich als ein geschlossener Nationalstaat; heute beläuft sich die Zahl der nationalen Minderheiten auf 5¼ Millionen, 13 Prozent der Gesamtbevölkerung, und 1927 fand schon ein französischer Minderheitenkongreß statt.

3.

Italien.

Man hat oft von einer Gleichartigkeit der deutschen und italienischen Entwicklung seit 1815 gesprochen. Doch ist diese nur äußerlich: 1848/49 war diesseits und jenseits der Alpen eine große nationale Einheitsbewegung, und später haben die Jahre 1859, 1866, 1870 sowohl das deutsche Kaiserreich wie das Königreich Italien gebracht. Aber dabei trat ein Riesenunterschied hervor: Wir Deutschen verdankten das neue Reich eigener, die Italiener fremder Kraft:

Napoleon III. hat im Jahre 1859 die Siege bei Magenta und Solferino erfochten.

1866 wurden die Italiener selbst bei Custozza besiegt, erhielten aber infolge der preußischen Siege in Böhmen das Land Venetien.

1870 hat der deutsche Sieg bei Sedan den Italienern die Besetzung des Kirchenstaats und Roms ermöglicht.

Seitdem glaubte Italien, Erfolge erreichen zu können, ohne ernsthafte Opfer zu bringen, wenn es nur in den europäischen Kriegen den rechtzeitigen Anschluß an den Sieger fände. 1883 hat es das Bündnis mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn geschlossen, später immer wieder erneuert und den größten Gewinn daraus gezogen. Das hinderte die italienische Regierung aber nicht, fortwährend nach der anderen Seite zu schielen und ihre berüchtigten „Extratouren" zu machen. In der Marokkofrage ließ sie uns im Stich. Befremdend war das wüste Treiben der „Irredenta", das sich einseitig gegen den habsburgischen Bundesgenossen, nicht gegen Frankreich und England richtete; befremdend, daß Italien seit 30 Jahren seine gesamte artilleristische Rüstung für Heer und Flotte aus englischen und französischen Fabriken bezog und sowohl der französischen als englischen Regierung einen vollständigen Einblick in seine Rüstungsarbeiten gewährte. Anläßlich der Annexion von Bosnien war es 1909 nahe daran, gegen Österreich-Ungarn loszuziehen, und durch seinen Tripolis-Feldzug raubte es uns im Orient wertvolle Sympathien. Heute wissen wir noch mehr: Italien war schon seit Jahren entschlossen, seinen Verbündeten in den Rücken zu fallen, wenn der große Weltkrieg ausgebrochen sei, und im Frühjahr 1915 erfolgte der Abfall.

Trotz der bitteren Erfahrungen, die wir mit unserem „Bundesgenossen" gemacht haben, fühlen wir uns immer wieder zu den Italienern hingezogen; denn die Ähnlichkeit der Entwicklung besteht fort. Die Italiener scheinen unter allen romanischen Völkern die beste Zukunft zu haben. Es ist doch ein Beweis von Gesundheit, wenn in der kurzen Zeit von 1914—1931 die Bevölkerung von 34½ auf 41 Millionen gestiegen ist, während sie in Frankreich stehen bleibt. Auch zeugt es von sittlicher Energie, daß der „Duce" Mussolini die innere Kolonisation in die Hand genommen hat, um durch Entwässerung der Campagna und der Pontinischen Sümpfe neues Ackerland zu gewinnen. Wir bewundern die tatkräftige Entschlossenheit, womit er bei dem Abessinischen Feldzug (1936) sich über alle Widerstände des Völkerbundes, besonders Englands, hinwegsetzte. Seitdem arbeitet er restlos an dem Ausbau des italienischen Kolonialreichs, um seinem Volk „ohne Raum" bessere Lebensmöglichkeiten zu verschaffen.

4.

Rußland[1]).

Vorbemerkung: Wenn wir uns nunmehr den Völkerstaaten Rußland, U. S. Amerika, Österreich-Ungarn und Türkei zuwenden, so müssen wir leider wiederum einen Unterschied feststellen, der uns die großen Verluste unseres Volkstums erklärt:

Wo die Deutschen in einem Völkerstaat die Mehrheit bilden, da lassen sie sich in ihrer Duldsamkeit ein Recht nach dem anderen abtrotzen; wo sie aber in der Minderheit sind, geben sie um der gemeinsamen staatlichen Interessen willen ihr Volkstum preis. In Wahrheit sind auch Völkerstaaten nur dann lebensfähig, wenn ein völkischer Grundstock herrschend ist.

1. Das europäische Rußland war ein Völkerstaat, in welchem die Russen nur die Hälfte der Bewohner ausmachten; die andere Hälfte bestand aus Weißrussen, Ruthenen (Ukrainern), Polen, Deutschen, Esten, Letten, Litauern, Finnen, Juden, Rumänen.

Wie war dieser Völkerstaat entstanden? Um 1500 machte sich das Großfürstentum Moskau von der Herrschaft der Goldenen Horde frei und wuchs durch fortgesetzte Eroberungen zu dem russischen Riesenreich. Tatsächlich vollzog sich damals nur ein Rollentausch; denn die Herrschaft der Russen war nichts anderes als eine Fortsetzung des tatarisch-mongolischen Despotismus. Sie blieben Asiaten bez. Halbasiaten; leider ließen wir uns häufig durch ihre äußerliche Europäisierung und ihre Kulturphrasen täuschen. Sie behielten die Natur

[1]) Die folgenden Abschnitte sind zugleich eine „Geschichte des Deutschtums im Ausland" und behandeln der Hauptsache nach die Verhältnisse vor dem Weltkrieg.

von Nomaden und trieben eine wahnsinnige Eroberungspolitik; die ganze Welt wollten sie abgrasen. Ihr Ausdehnungsdrang kannte keine Grenzen, und es kam ihnen dabei der Zerfall Persiens, Polens, der Türkei, der zentral- und hochasiatischen Länder sehr zustatten. Wir verstanden ihren Wunsch, das Meer zu gewinnen; ein Mißerfolg im Osten brachte eine gesteigerte Tätigkeit im Westen und Südosten; bald stießen sie zur Ostsee, bald zum Schwarzen Meer, bald zum Großen, bald zum Indischen Ozean vor.

Schein und Lüge[1]) waren die charakteristischen Merkmale des Russentums. Obgleich die fremdstämmigen Völker des Reichs in einem breiten Halbkreisgürtel vom Weißen bis zum Schwarzen Meer um bez. vor den Großrussen wohnen, legte die Regierung doch großen Wert auf den Schein einer geschlossenen Einheitlichkeit; man täuschte der Welt einen Nationalstaat vor mit einer Sprache, einem Volkstum, einer Konfession. Trug, List und Gewalt wirkten bei der „Russifizierung" zusammen:

1654 gelang es den Russen, das große Reich Ukraine (Hauptstadt Kiew) zum Anschluß zu bewegen. Es sollte eine Personalunion sein und das Reich seine Selbstverwaltung, seine volle Selbständigkeit behalten. Aber schon wenige Jahrzehnte später begann die gewaltsame Entrechtung.

Finnland, das 1811 angegliedert wurde, war bis 1917 dem Namen nach ein selbständiges Großfürstentum, durch Personalunion mit Rußland verbunden. Aber ein Recht nach dem andern wurde ihm gewaltsam genommen.

Polen wurde 1830 eine russische Provinz und verlor seine Autonomie.

Auch der Panslawismus (das Allslawentum) war nur eine Maske für die Eroberungs- und Abgrasungspolitik des großrussischen Tatarentums. Er sollte einerseits im Innern das Mittel sein, um eine Einheit zu erlangen; indem man alle Slawen des russischen Reichs, die 83 Prozent der Bevölkerung ausmachten, als ein Volkstum hinstellte, wollte man als Nationalstaat erscheinen[2]). Anderseits suchte man unter diesem Aushängeschild die Slawen außerhalb Rußlands zu gewinnen, vor allem die Tschechen in Österreich, die Serben und Bulgaren auf der Balkanhalbinsel. Rußland spielte sich als Schirmherr, als Befreier und Retter slawisch-nationaler Selbständigkeit auf. Freilich war diese „Befreiungspolitik" nur eine Vorstufe für Verrussung und Knechtung.

Man sprach auch von dem russischen Gespenst. Die russische Regierung hat es stets meisterhaft verstanden, in der ganzen Welt den

[1]) Alfred Rosenberg erinnert (S. 207) an die Bemerkung Dostojewskis, daß es in Rußland keinen Menschen gäbe, der nicht lüge; selbst die allerehrbarsten Leute könnten lügen.

[2]) In Wahrheit sind die Großrussen, Weißrussen, Polen, Ukrainer ebenso verschiedene Glieder des Slawentums, wie die Deutschen, Schweden, Dänen, Norweger, Engländer des Germanentums.

Glauben an die ungeheure und unüberwindliche Macht des Riesenreichs zu erwecken und wachzuhalten und hat damit große diplomatische Erfolge erzielt. Hand in Hand damit ging eine gewaltige Überschätzung der eigenen und Geringschätzung der fremden Kraft, namentlich der Türken und Japaner. Wenn es aber zum Krieg kam, trat jedesmal eine unglaubliche Schwäche und Unordnung an den Tag. Das bewies die Geschichte seit den Tagen Peters des Großen, besonders aber die neueste Zeit:

der Krimkrieg 1853—1856,
der russisch-türkische Krieg 1877/8,
der russisch-japanische Krieg 1904/5.

Und obgleich Rußland sich noch lange nicht von den Verlusten des japanischen Krieges und den Folgen der inneren Revolution erholt hatte, ließ wiederum ganz Europa sich über die Kraft der russischen Wehrmacht täuschen.

2. Uns interessiert vor allem die Geschichte des Deutschtums im russischen Riesenreich; sie ist typisch und außerordentlich lehrreich. Ohne die Deutschen hätte Rußland niemals seine große politische und militärische Macht erlangt; das haben auch seine bedeutendsten Herrscher eingesehen; namentlich die baltischen Deutschen erwiesen sich als die tüchtigsten und treuesten Stützen und Träger des Staates.

Die Glanzzeit des russischen Deutschtums fällt in die zweite Hälfte des 18. und erste Hälfte des 19. Jahrh. In den Ostseeprovinzen entwickelte sich ein blühendes deutsches Kulturleben; vorbildlich war die Tätigkeit für die Letten und Esten; ausgezeichnete deutsche Bildungsanstalten waren in den Städten, in Dorpat eine weltberühmte deutsche Universität. Dazu entstanden die großen deutschen Siedelungen in Südwest- und Süd-Rußland und an der Wolga. Katharina II. und Alexander I. luden in ihrem eigenen Interesse zahlreiche Deutsche nach Rußland, um weite, wüste Gebiete urbar zu machen, Steppenland in fruchtbares Ackerland zu verwandeln, Entwässerungs- und Bewässerungsbauten anzulegen und als Kulturträger vorbildlich zu wirken. Es wurden ihnen große Vorrechte versprochen; sie durften ihre deutsche Sprache behalten, deutsche Schulen und deutsche Kirchen bauen. Allein von 1816—1826 wanderten 250000 Deutsche ein. 1914 betrug die Zahl der russischen Staatsbürger deutscher Abstammung 2—2½ Millionen. — Die baltischen Deutschen haben im 18. und 19. Jahrh. stets die besten, zuverlässigsten Beamten und Offiziere gestellt; sie waren die stärksten Stützen des Riesenstaates. Bei den häufigen inneren Wirren und Umwälzungen waren die deutschen Ostseeprovinzen der sicherste Hort für die Kaiser. Deutsch war die ganze Kultur[1]).

[1]) Es muß festgestellt werden, daß die russische Regierung in dieser Zeit den Fremdstämmigen gegenüber sehr duldsam war; besonders die 5 Millionen Juden erlangten immer größere Rechte. Zum Dank dafür importierten sie die welschdemokratischen Aufklärungsideen und unterwühlten den Staat. Bismarck sagte 1892: „In Rußland wollen nur drei den Krieg: die bestochene Presse, die russischen Juden und die Polen."

Das ist später anders geworden. Schon der Zar Alexander II. ließ sich durch die Einflüsterungen der Panslawisten betören; vor allem aber zeigte sich der Zar Alexander III. als rücksichtsloser Feind alles Deutschen. Unter ihm drangen seit 1881 die Panslawisten mit ihren Bestrebungen durch; unter brutaler Anwendung von Gewalt suchten sie aus dem Reich, in welchem die Großrussen nur die Hälfte der Bevölkerung bilden und die orthodoxe Kirche etwas mehr als zwei Drittel der Einwohner umfaßt, einen politisch, sprachlich und kirchlich einheitlichen Nationalstaat zu machen. Alexander III. verweigerte 1881 den baltischen Deutschen die Bestätigung ihrer alten verbrieften Rechte, und nun begann die Verrussung der Schulen, der Verwaltung, der Rechtspflege; die deutsche Universität zu Dorpat wurde in eine russische verwandelt. Die bisher zufriedenen Letten und Esten in den Ostseeprovinzen stachelte man gegen ihre deutschen Herren auf, und so brach dann 1905 die entsetzliche lettisch-estnische Revolution aus, mit Meuchelmord, Raub und Brandstiftung. Zahlreiche alte Kulturstätten wurden vernichtet. In dem Weltkrieg wurde alles aufgeboten, um das russische Deutschtum zu vernichten, obwohl es sich um die treuesten Staatsbürger handelte.

3. Zusammenbruch und weitere Entwicklung:

Daß Rußland das Deutschtum von sich stieß, sich dem Welschtum, Angelsachsentum und zuletzt dem Judentum in die Arme warf, wurde die Ursache seines Zusammenbruchs. Wiederum zeigte sich, daß die Großrussen keine politischen Anlagen haben und sich nicht selbst regieren können; während die Deutschen alles aufboten, das russische Reich mächtig zu machen, war der Zusammenbruch für seine eigenen Bundesgenossen ein Triumph.

Dabei hat der westdemokratische Gedanke an der Natur der tatarischen Großrussen nichts geändert; die Abgrasungspolitik blieb dieselbe, mochten sie unter einem absoluten Zaren, unter der Dumaregierung, unter der Führung der Menschewisten oder Bolschewisten stehen.

Wir können vier Stufen der Entwicklung unterscheiden:

Nach der Revolution des Jahres 1905 erschien am 30. Oktober 1905 das Kaiserliche Manifest, das eine Volksvertretung („Duma") mit beschließender Stimme brachte. In Wahrheit blieb alles beim Alten. Zweimal wurde die Duma nach Hause geschickt, bis man durch geschickte Wahlrechtsänderungen eine Volksvertretung bekam, die fast nur aus Großrussen bestand und das alte Abgrasungssystem fortsetzte.

Nach den großen Niederlagen Rußlands im Sommer und Herbst 1915 bildeten wir vertrauensseligen Deutschen uns ein, daß dort im Osten die Friedensströmung zunehme. Im Gegenteil! Man drängte den Zaren, er sollte eine Parlamentsherrschaft nach englischem Muster einführen, und als er sich weigerte, setzte man ihn im März 1917 ab, nicht um Frieden zu schließen, sondern um erst recht den Krieg nach den Wünschen des englischen Botschafters fortzusetzen.

Auf die Duma folgte bald die Herrschaft der Heeresdemokratie; aber die Kriegsstimmung und der Siegeswille blieben.

Die innere Entwicklung wurde immer radikaler und führte zur Herrschaft der Bolschewisten. Zwar mußten sie sich zu den Friedensschlüssen zu Brest-Litowsk bequemen; aber der Siegeswille blieb. Welche Propagandareden hat Trotzki zu Brest-Litowsk gehalten!

Als ihr Ziel verkündeten die Bolschewisten: Aufhebung des Privateigentums, allgemeine Landverteilung, Streikrecht der Soldaten, Wahl der Offiziere. Im Grunde genommen, haben sie gar kein Programm, außer dem Abgrasen. Zwar mußten sie nach den demokratischen Grundsätzen, die sie im Munde führten, auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts eine Volksvertretung wählen lassen, welche im Januar 1918 zu Petersburg zusammentrat. Aber als die Bolschewisten nicht die Mehrheit hatten, lösten sie mit Gewalt die Versammlung auf und schlugen jeden Widerstand nieder. Zwar redeten sie hohe Töne vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker", und den Fremdstämmigen, den Finnen, Ukrainern, Polen, Litauern, Deutschen wurde die „Autonomie" zugesagt; wir lasen, daß sich überall neue, selbständige Republiken bildeten. Aber das war keineswegs das Ziel der Bolschewisten; in ihnen lebt dasselbe asiatische, tatarisch-mongolische Wesen, der großrussische Ausbeutungswille. Sobald sie die Macht erlangt hatten, vergaßen sie alle Versprechungen und kämpften mit brutaler Rücksichtslosigkeit gegen die Selbständigkeitsbestrebungen der Finnen, Esten, Ukrainer. Neue blutige Bürgerkriege wurden entfesselt, eine Schreckens- und Willkürherrschaft ausgeübt.

In der Zerstörungswut der Bolschewisten trat eins vor allem hervor: der blutdürstige Haß gegen das Deutschtum. Unschuldige Deutsche waren es, die in Dorpat und anderswo in gräßlichster Weise abgeschlachtet wurden. Und an der Spitze der Bolschewisten und der sogenannten Sowjetregierung stehen fast lauter Juden.

Bolschewismus ist die letzte Konsequenz des jüdischdemokratischen Marxismus mit dem Ziel der jüdischen Weltherrschaft; daraus erklären sich die Sympathien, die er bei den Marxisten der ganzen Welt findet, besonders in den verjudeten demokratischen Musterstaaten Frankreich, England, U.S.Amerika. Mit der Revolution von 1917 schied Rußland aus Europa aus und wurde ein Teil Asiens. Damals stieg der panasiatische Gedanke aus der Tiefe der russischen Seele hervor. Die Sowjetunion will das Erbe der Goldenen Horde des Dschingiskhan antreten; man spricht von der „russischen Sendung", den Bolschewismus über die ganze Erde auszubreiten.

Das Neue ist die Verbindung des Judentums mit dem russisch-mongolischen Tatarentum, das zum Werkzeug für die jüdische Weltherrschaft wird. Die Bolschewistenhäuptlinge Lenin und Stalin sind selbst keine Juden, arbeiten aber im Interesse des Judentums. Charakteristisch ist der Totalitätsanspruch, das „kollektive" Denken und

handeln, die gewaltsame Einebnung aller Menschen unter Führung des „auserwählten" Judentums. Die russischen Bauern und Arbeiter sind Lohnsklaven des rücksichtslosesten Kapitalismus geworden; denn nichts anderes ist die Sowjetunion. Und zugleich vollzieht sich vor unseren Augen der grandiose Versuch, das Reich der Gottlosen zum Reich des Menschheitsglücks zu machen[1]).

Dabei wollen wir festhalten, was 1919 der „deutsche" Jude Cohen schrieb: „Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß die große russische Umwälzung in der Tat durch die Hände der Juden vollbracht worden ist."

5.
Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

1. Rücksichtsloser nationalpolitischer Egoismus:

Wir denken an die Worte, die Schmoller vor einigen Jahrzehnten über die U. S. Amerikaner schrieb (vgl. S. 62). Gesiegt hat dort die Profitgier und der Wuchergeist der Geldmacher.

Zwar nennen sie sich selbst „die friedfertige Demokratie der Welt"; aber in Wahrheit haben sie seit 1775 eine rücksichtslose Macht- und Eroberungspolitik getrieben. Zwar rühmen sie sich als das Land „der Menschenrechte und der Freiheit"; aber nirgends werden Menschenrechte und Freiheit so brutal mit Füßen getreten wie dort. Zwar sind sie ein Völkerstaat, in dem alle Nationen, auch die 15 Millionen Neger, „gleiche Rechte" haben; aber zielbewußt streben sie dahin, einen angelsächsischen Nationalstaat zu schaffen. Sie erzwingen eine Einheit, indem sie nur eine Staatssprache gelten lassen, die englische; sie hoffen, alle Weißen, die 88 Prozent der Bevölkerung ausmachen, zu verengländern.

2. Das Deutschtum:

Es ist schmerzlich, feststellen zu müssen, daß U. S. Amerika ein Massengrab für unser Volkstum geworden ist. Wären alle Auswanderer unseres Vaterlandes ihrem Deutschtum treu geblieben, so würde ihre Zahl mehr als 30 Millionen betragen; ganz große „Staaten" würden einen völlig deutschen Charakter tragen. Aber meist fühlt die dritte Generation sich schon ganz englisch, häufig geradezu deutschfeindlich. Hier vor allem ist der Fluch unseres Wesens hervorgetreten, daß wir das Volkstum dem Staat unterordnen, dem wir angehören[2]).

[1]) Vgl. Wulle, „Das neue Jahrhundert" und meine „Weltgeschichte der Revolutionen."
[2]) Nach dem Weltkrieg waren unter allen Bewohnern der Union:

von deutscher	Abkunft	27 Proz.	von slawischer	Abkunft	10	Proz.
„ angelsächsischer	„	20 „	„ italienischer	„	7	„
„ irischer	„	18 „	„ skandinavischer	„	6	„
„ negroider	„	10 „	„ französischer	„	2	„

(Vgl. Hennig, S. 183).

Germanisierung oder Orientalisierung? In meiner „Angewandten Rassenkunde" S. 311ff. habe ich ausführlich über den Wandel in der Bevölkerung U. S. Amerikas gesprochen. Sie war, solange das Bauerntum die Grundlage bildete (abgesehen von den Südstaaten), germanisch. Aber als nach dem Bürgerkrieg (1861 bis 1865) das riesige Wachstum der Industrie und der Städte begann, wurde das Land von einer Masseneinwanderung überschwemmt, „die den niedersten Schichten des Mittelmeerbeckens und des Balkans entstammte, samt den Horden der elenden, unterdrückten Bevölkerung des polnischen Ghettos". Ernste Amerikaner, wie Madison Grant und Lothrop Stoddard, klagen über den „Untergang der großen Rasse", den „Kulturumsturz", über die Zunahme der Minderwertigen und Abnahme der Höherwertigen. Schlimmer noch als die schwarze und gelbe Gefahr erscheint die wachsende Zahl und die steigende Macht des Judentums (4½ Millionen). Henry Ford spricht nicht nur von dem jüdischen Einfluß auf Presse, Theater und das ganze Geistesleben, sondern zeigt auch, „daß die leitenden Staatsmänner von den Fürsten der semitischen Rasse dicht umringt und beständig beraten sind." — Schemann schreibt (II S. 391): „Neuerdings hat in der Union das jüdische Element in einem Maße zugenommen, daß sie zu den judenreichsten Ländern der Erde zählt, und ganz besonders Neuyork zu einem wahren Zentrum der Judenschaft sich entwickelt hat. Dies wäre natürlich nicht denkbar gewesen, wenn nicht das allgemeine Gesetz, nach welchem das Judentum vornehmlich auf Fäulnisboden gedeiht, auch auf die Vereinigten Staaten gründlich seine Anwendung gefunden hätte[1])."

6.
Österreich-Ungarn[2]).

Mit viel größerem Recht und viel besseren Aussichten, als Rußland und U. S. Amerika, hätte Österreich-Ungarn oder wenigstens Österreich sich das Ziel stecken können, ein Nationalstaat zu werden. Die Regierung brauchte keinerlei Gewalt anzuwenden, sondern nur der natürlichen Entwicklung nichts in den Weg zu legen, so wäre Österreich, vielleicht ganz Österreich-Ungarn, ein deutscher Staat geworden.

Durch eigene Schuld wurde Österreich-Ungarn seit 1815 ein Völkerstaat und das klassische Land des Völkerstreits. Alle nichtdeutschen Nationen strebten auseinander und fühlten sich nur durch den gemeinsamen Haß gegen das Deutschtum verbunden. Es wohnten um 1900:

in Cisleithanien			in Transleithanien		
9,2	Millionen	Deutsche,	8,7	Millionen	Magyaren,
6	„	Tschechen, Slowaken,	2,8	„	Rumänen,
4,2	„	Polen,	2,7	„	Kroaten
3,4	„	Ruthenen,	2,1	„	Deutsche,
1	„	Slowenen,	2	„	Tschechen, Slowaken,
0,7	„	Italiener,	0,8	„	Sonstige.
1	„	Sonstige.			

1. Noch mehr, als beim russischen Kaiserreich, lagen die tiefsten Ursachen für den Zusammenbruch Österreich-Ungarns in der Vernachlässigung des Deutschtums:

[1]) An der Verjudung wird das Angelsachsentum, hüben und drüben, langsam sterben, wie einst die wesensverwandten alten Römer.
[2]) Nach Einhart, „Deutsche Geschichte" S. 317ff.

a) Der habsburgische Staat stand und fiel mit dem Deutschtum:

> Die Deutschen waren nicht als Eindringlinge nach Ungarn und Siebenbürgen gekommen, sondern gerufen, eingeladen von den Herrschern, als Kulturträger.
>
> Deutsche hatten den habsburgischen Staat gegründet und Jahrhunderte hindurch gegen die vordringenden Türken gekämpft.
>
> Dann wurden abermals Deutsche als Bauern in die von den Türken verwüsteten Gegenden gezogen.
>
> Deutsch waren alle Städtegründungen in dem weiten Reich. Die Deutschen bildeten den stärksten Volksstamm; sie waren allein in allen Kronländern vertreten und das Band, das alle zusammenhielt. Die deutsche Sprache war die einzige, in der sich die verschiedenen Nationen des Reiches untereinander verständigen konnten.
>
> Die slawischen Stämme hatten bis weit ins 19. Jahrhundert gar keine Verbindung untereinander, und ihre Eindeutschung machte große Fortschritte.

Aber seit 1867 verlor das Deutschtum mehr und mehr seine führende Stellung. Dennoch beruhte der Bestand des habsburgischen Staates auch fernerhin nur auf dem deutschen Volk: nicht allein weil die Deutschen die besten Truppen und die meisten Steuern aufbrachten, sondern auch weil sie am meisten die Gesamtinteressen des Staates im Auge hatten, während die anderen Völker Österreichs-Ungarns nur ihre nationalen Sonderinteressen verfolgten:

> die Magyaren und Tschechen strebten nach völliger Selbständigkeit;
> die Polen arbeiteten auf die Herstellung des großpolnischen Königreichs hin;
> die Italiener trachteten nach Anschluß an das Königreich Italien.
> Die Verbrüderung mit den Volks- und Rassegenossen jenseits der Grenze war oft geradezu Verrat am Kaiserhaus[1]).

b) Wie ist es denn gekommen, daß das Deutschtum so sehr zurückging?

Schon das Revolutionsjahr 1848 war sehr bezeichnend. Während die Deutschen (besonders in Wien) für liberale Ideen und für die Verbrüderung aller Menschen schwärmten, regte sich bei den Tschechen

[1]) Im Jahre 1909 meuterten slawische Regimenter, die nach Bosnien geschickt werden sollten, und die Regierung sah sich gezwungen, für einen Krieg gegen Serbien in der Hauptsache deutsche Regimenter nach dem Süden zu schicken. Im Jahre 1912 fanden beim Ausbruch des Balkankriegs ununterbrochen in Dalmatien, Bosnien, Kroatien, in Böhmen und Mähren staatsfeindliche Kundgebungen für die Balkanslawen statt. Mit Recht schrieb 1912 die Rheinisch-Westfälische Zeitung: „Man kann dessen gewiß sein, wenn es heute zum Kriege käme, daß diejenigen, die für die Erhaltung der habsburgischen Hausmacht ihre Haut und ihr Blut zu Markte tragen müssen, kein anderer Volksstamm wäre, als die Deutsch-Österreicher, der einzige Volksstamm, auf dessen Treue sich die österreichisch-ungarische Regierung in kritischen Zeiten verlassen kann, der einzige Volksstamm aber auch, der von der österreichisch-ungarischen Regierung dauernd auf das niederträchtigste behandelt wird."

in Böhmen, bei den Magyaren in Ungarn, bei den Italienern in Oberitalien der nationale Widerstand.

Aber den Hauptumschwung brachte das Jahr 1867. Das Haus Habsburg hatte 1859 und 1866 die Lombardei und Venetien verloren, war 1866 aus dem Deutschen Bund geschieden, stand unter dem Eindruck gewaltiger Niederlagen. Da haben 1867 die Ungarn den Ausgleich durchgesetzt. Seitdem zerfiel der Staat in zwei selbständige Reichshälften, die nur für die auswärtigen Angelegenheiten, für Krieg und Reichsfinanzen gemeinschaftliche Ministerien und eine gemeinsame Staatsbank hatten. Der Grundgedanke des Ausgleichs war ganz verständig, daß im Osten die Magyaren, im Westen die Deutschen eine Vormachtstellung einnehmen sollten. Aber die weitere Entwicklung ging ganz entgegengesetzte Wege:

Die Deutschen verloren in der westlichen Reichshälfte ihre geschichtlich und sittlich begründete Stellung; weshalb?

> Verhängnisvoll war die unnatürliche, der geographischen Lage hohnsprechende Verbindung des reinslawischen Landes Galizien mit Cisleithanien. In Österreich ohne Galizien würden die Deutschen 51% der Bevölkerung ausgemacht haben; in Cisleithanien hatten sie nur 36%.
>
> Trotzdem hatten die Deutschen bei dem Wahlsystem im Reichsrat die Mehrheit; aber sie waren untereinander zersplittert: die meisten deutschen Volksvertreter stellten ihre liberalen Forderungen über die nationalen; dazu kam, daß der deutsche Klerus, der deutsche Adel, zum Teil auch die deutsche Großindustrie Verrat am eigenen Volkstum übten.
>
> In keinem anderen Land standen Herrscherhaus und Regierung so sehr dauernd unter dem Einfluß der römischen Kurie, wie in Österreich.
>
> Im Jahre 1878 begann die berühmte „Versöhnungspolitik"; mit Bewußtsein stärkte und unterstützte die Regierung die Slawen, deren Begehrlichkeit seit der böhmischen Sprachenverordnung Taaffes ins Ungemessene wuchs. Groß war der Abfall der bereits eingedeutschten Slawen, massenhaft der Abfall der zahlreichen Juden, welche, solange das Deutschtum mächtig war, zu den Deutschen gehalten hatten[1]).
>
> 1906 wurde das allgemeine gleiche Wahlrecht für den Reichsrat der westlichen Reichshälfte (Cisleithanien) eingeführt. Seitdem waren die Deutschen auch hier in die Minderheit gedrängt. Während sie fast 75% aller Steuern aufbrachten, beschlossen Tschechen und Polen über deren Verwendung.

Umgekehrt rissen die Magyaren in der östlichen Reichshälfte, wo sie nur 45,4% der Bevölkerung ausmachten, alle Gewalt an sich, ohne einen geschichtlich oder sittlich begründeten

[1]) Wie sehr sich die Verhältnisse änderten, zeigt die böhmische Hauptstadt Prag; dort zählte man im Jahre 1855 73000 Deutsche und 50000 Tschechen, im Jahre 1900 20000 Deutsche und 180000 Tschechen, im Jahre 1910 18000 Deutsche und 200000 Tschechen. In Galizien bekannten sich noch 1900 211732 Einwohner zur deutschen Umgangssprache, im Jahre 1910 nur 90114.

Anspruch darauf zu haben. Mit allen Mitteln der Gewalt, der Bestechung und der List arbeiteten sie dahin, den Völkerstaat Ungarn in einen magyarischen Nationalstaat zu verwandeln; alle anderen Nationalitäten wurden in brutalster Weise vergewaltigt. Dabei verstanden sie es, sich durch eine großartige Reklame vor ganz Europa als den liberalsten Staat aufzuspielen; doch widersetzten sie sich aufs äußerste der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. —

Und das Ergebnis der Entwicklung? Während der letzten Jahrzehnte erlebten wir immer von neuem einen völligen Stillstand in der gesamten habsburgischen Monarchie, einen sogenannten „Exlexzustand". Das brutale Vorgehen der nichtdeutschen Völker hatte endlich das Nationalbewußtsein der Deutschen geweckt, und es wuchs der Widerstand des deutschen Volkstums. Im Winter 1909/10 bot sich folgendes Bild:

in Wien der Reichsrat lahmgelegt;
in Prag Obstruktion;
im mährischen Landtag Zusammenstoß der Deutschen mit dem Landmarschall;
im niederösterreichischen Landtag Kampf um die Behauptung der deutschen Sprache;
im Landtag von Steiermark Kampf um die slowenische Sprache;
in Ungarn Vertagung des Reichstags.

Zwar konnte man sich nicht entschließen, mit den Deutschen zu regieren; aber es zeigte sich, daß gegen die Deutschen erst recht nicht regiert werden konnte. Wir hofften, daß diese Erkenntnis Früchte tragen würde.

2. Durch eigene Schuld wurde Österreich-Ungarn im 19. Jahrhundert einer der „kränksten" Staaten, der auseinanderzufallen drohte; die Nachbarstaaten dachten schon an eine Aufteilung: Galizien sollte an Rußland, Siebenbürgen an Rumänien, Südtirol an Italien fallen, außerdem ein tschechisches und großserbisches Reich entstehen.

Eine Rettung schien nur möglich zu sein:

wenn die Deutschen und Magyaren Frieden miteinander schlossen, so daß in Ungarn den Magyaren, in Österreich den Deutschen die Herrschaft überlassen wurde unter Sicherstellung der Rechte der nationalen Minderheiten;

wenn Galizien von Cisleithanien getrennt wurde und irgendeine Sonderstellung einnahm;

wenn das Haus Habsburg sich auf seinen deutschen Ursprung besann und aufhörte, ein Vollzugsorgan der römischen Kurie zu sein;

wenn mit dem falschen Gleichheitsgrundsatz und dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gebrochen wurde;

vor allem aber, wenn bei sämtlichen Deutschen das Gefühl der

nationalen Zusammengehörigkeit ebenso stark wurde, wie bei den anderen Völkern.

Namentlich Österreich (d. h. die zum alten Deutschen Reich gehörenden Kronländer) mußte seinen deutschen Charakter bewahren; denn allein die Deutschen waren die sichersten Stützen des Reiches und der Dynastie. Aber nichts davon geschah.

3. Wir hofften, daß der Weltkrieg, wie für das Deutsche Reich, so auch für Österreich-Ungarn die Rettung und Erlösung brächte; die Regierungen brauchten nur festzuhalten, was ein gütiges Geschick ihnen darreichte. Aber in verbrecherischer Verblendung haben beide, das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, den deutschen Grundstock vernachlässigt. Bei uns konnten die drei internationalen Parteien die Führung an sich reißen, in Österreich-Ungarn die Nichtdeutschen und die Klerikalen. Zugleich hemmte, wie früher in den Kriegen gegen Ludwig XIV. und Napoleon I., die Eifersucht der Habsburger den Siegeslauf der Hohenzollern.

7.

Die Türkei.

In dem türkischen Völkerstaat fehlte jede Einheit. Als Eroberer und Kulturzerstörer waren die türkischen Heereshaufen wiederholt bis vor Wien geflutet. Weder Flüsse noch Gebirge noch Meere zwangen die weitzerstreuten Länder, einen einheitlichen Staat zu bilden; ebensowenig gehörten die Völker zusammen, welche die Länder bewohnten. In dem weiten Gebiet lebten eine Reihe rassisch und geschichtlich, wirtschaftlich und verkehrspolitisch selbständiger Völkerschaften.

Kein Wunder, daß seit 100 Jahren in der europäischen Türkei die Griechen, Rumänen, Serben, Bulgaren nach Unabhängigkeit strebten, und die Diplomatie der „Kulturstaaten" verstand es, nach Bedarf das Feuer zu schüren oder zu ersticken. Jedenfalls war diese Südostecke unseres Erdteils eine Quelle ständiger Gefahr für den europäischen Frieden.

8.

Die Pufferstaaten im Westen Deutschlands.

Die „Pufferstaaten" Holland, Belgien, Luxemburg, Schweiz waren ehemals Bestandteile des alten Deutschen Reichs, mit einer überwiegend deutschen Bevölkerung. Trotzdem drang seit 100 Jahren das Welschtum siegreich vor.

1. Holland ist ein niederdeutscher Nationalstaat. General Friedrich[1]) erzählt, wie unkriegerisch sich das Volk im Jahre 1814 bei der

[1]) Friedrich in den „Befreiungskriegen" III S. 50.

Befreiung von der Napoleonischen Knechtschaft benommen hat: „Von seiten der Holländer geschah zur Bekämpfung der Franzosen so gut wie nichts. Sie waren wohl bereit, Geld für die Anwerbung von Soldaten zu geben; aber selbst für ihre Freiheit zu kämpfen, lag ihnen fern .. Dem preußischen General von Bülow gelang es nicht, die Gleichgültigkeit des unkriegerischen Handelsvolkes zu überwinden und den trotzigen Nationalstolz, der einst dessen Vorfahren zu dem Kampf mit den Spaniern begeistert hatte, wieder zu erwecken."

2. In Belgien bestand 1914 noch die Mehrzahl der Bevölkerung aus niederdeutschen Vlamen (3,7 Mill. Vlamen neben 2,7 Millionen Wallonen, die französisch sprechen, aber keineswegs alle französischer Abstammung sind). Belgien gehört zu den Völkerstaaten, und theoretisch ist die volle Gleichberechtigung der Nationen anerkannt. Aber die Praxis kümmerte sich weder um die Theorie noch um die Gesetze. Wie aggressiv waren seit 1830 die Wallonen, wie passiv die Niederdeutschen! Während die Wallonen sich aufs engste an das benachbarte Frankreich anschlossen, sogar offen erklärten „wir sind keine Belgier[1]), sondern Franzosen" und eine Vereinigung mit der „glorreichen" französischen Republik wünschten, verloren die Vlamen durch die Pflege ihrer niederdeutschen Mundart allmählich jeden Zusammenhang mit Deutschland. Der Verfassung zum Trotz wurde die französische Sprache zur alleinigen Umgangssprache der belgischen Behörden und zur Unterrichtssprache auf den Universitäten Gent und Löwen, mitten im vlämischen Gebiet[2]).

3. In dem kleinen Luxemburg herrscht der merkwürdige Zustand, daß fast die ganze Bevölkerung deutsch, aber Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtssprache französisch ist.

4. Die Schweiz ist ein kleiner Völkerstaat; um 1900 wohnten dort 2,3 Millionen Deutsche, 0,7 Millionen Franzosen, 0,2 Millionen Italiener. Jahrzehntelang galt sie als das Musterland völkischer Eintracht, wo dank einer weisen Staatsverfassung und gegenseitigen Duldung drei voneinander sehr verschiedene Kulturvölker im besten Einvernehmen miteinander lebten und wo „die Rassegegensätze überwunden" würden: „ein klassisches Vorbild für die Völkerverbrüderung". Im Jahre 1915 ließ sich der Bundespräsident Motta vernehmen: „Wir Schweizer wollen zeigen, wie sich Brücken schlagen lassen von einer Rasse zur anderen."

In Wahrheit beruhte dieses friedliche Einvernehmen darauf, daß die Deutschen, welche die Mehrheit bilden und 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sich durch einen bis zur Selbstaufopferung gehenden Mangel an Sprach- und Nationalbewußtsein hervortaten. Welche Schwäche und Toleranz zeigten sie gegenüber einer anmaßenden Intoleranz! Wie so oft, wiederholte sich hier in der Schweiz die Stufenfolge: Überordnung, Gleichordnung, Unterordnung. Die Schweiz war bis weit ins 19. Jahrh. hinein ein deutsches Land und die welschen Teile „Untertanenländer". Die demokratische Bewegung gab den Welschschweizern politische und sprachliche Gleichberechtigung. Seitdem ruhten die Welschschweizer nicht, um die Überordnung zu erreichen. Die Deutschen waren passiv, die Welschen aktiv und aggressiv. Allmählich ist es dahin gekommen, daß die kleine Welschschweiz ein einsprachiges, die viel größere Deutschschweiz ein zweisprachiges Gebiet wurde. Während des Weltkrieges hielten sich die Deutschen zurück; die Welschschweizer aber taten es in ihrem Deutschenhaß den Parisern zuvor[1]).

Und wir **Reichsdeutschen?** Obgleich das offizielle Frankreich zielbewußt seine annexion des cerveaux betrieb und die Verwelschung der Pufferstaaten mit allen Mitteln förderte, hielt die reichsdeutsche Regierung ängstlich an ihrer „Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten" fest. Ja, noch mehr! Unsere deutschen Diplomaten legten keinen Wert darauf, in diesen deutschen Ländern ihr Deutschtum hochzuhalten; unsere Kaufleute und zahlreichen Vergnügungsreisenden gewöhnten sich daran, Belgien als einen französischen Staat anzusehen und ließen auch in Holland, Luxemburg, Schweiz gern ihre französischen Sprachkenntnisse leuchten. So waren wir Reichsdeutschen mit schuld, daß die Pufferstaaten verwelschten.

Und wie wird die **Zukunft jener Pufferstaaten** sein? Nur solange sie ein starkes Deutschland zum Nachbar hatten, von dem keinerlei Annexionspläne zu befürchten waren, konnten sie wahrhaft frei und unabhängig sein; wir schützten sie. Aber nach unserem Zusammenbruch wuchs die Abhängigkeit von Frankreich und England. Freiherr von Liebig schrieb: „Bis jetzt konnten jene Staaten eine angesehene Stellung im Rate der Völker einnehmen, weil sie zwischen zwei starken Mächtegruppen standen, die sich das Gleichgewicht hielten. Mit dem Verschwinden eines starken Deutschland sinken sie zu Helotenstaaten herab."

[1]) **Wie töricht war doch Scheidemanns Wort „Belgien den Belgiern"!**

[2]) Während des Weltkrieges trat in dem besetzten Belgien der deutsche Generalgouverneur Freiherr von Bissing für die berechtigten Forderungen der Vlamen ein; in Gent wurde eine vlamische Universität eröffnet, und es folgte eine Verwaltungstrennung nach den Sprachgrenzen. Das Volk atmete auf und war dem General dankbar. Um so grausamer war nach dem „Sieg" die Rache der wallonischen „Franskiljous". Wir denken vor allem an den Führer der Vlamschen Bewegung, Dr. Borms; er hat zehn Jahre lang (1919—1929) unbeugsam als Märtyrer für sein Volk in enger Zuchthauszelle geschmachtet, und war nur einer unter zahlreichen Märtyrern. — Aber seit einigen Jahren ist die Bewegung, trotz des harten Druckes, wieder angewachsen und wird ihr Ziel erreichen.

[1]) **Genaueres über die geradezu skandalösen Vorgänge stand in den während des Krieges in der Schweiz erschienenen Schriften „Stimmen im Sturm".**

9.

Die Randvölker in unserem Osten.

Wie im Westen zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich die Pufferstaaten, so lagen im Osten zwischen dem deutschen und großrussischen Volk eine Anzahl von meist slawischen Puffervölkern, die keine staatliche Selbständigkeit hatten, sondern teils zu Rußland, teils zu Österreich-Ungarn, mit dem kleinsten Teil zum Deutschen Reich gehörten. Aber sie hatten ein starkes Gefühl völkischer Zusammengehörigkeit, besonders die Polen und Tschechen; auch bei den Ruthenen, Slowenen, Weißrussen und den nichtslawischen Litauern wuchs das Nationalbewußtsein.

Deutsche Nachgiebigkeit, Duldsamkeit und Schwäche haben im Westen die Pufferstaaten den Franzosen und Engländern, im Osten die slawischen Randvölker den Russen in die Arme getrieben[1]). Alles Liebeswerben hatte keinen Erfolg. Vergebens war die Versöhnungspolitik Wilhelms II. gegenüber den Polen, vergebens die Verhätschelung der Tschechen und galizischen Polen durch die österreichische Regierung. Mit deutschem Geld wurde deutschfeindliche Art großgezogen; mit deutschem Geld die zahlreichen tschechischen, polnischen, slowenischen Schulen, auch Gymnasien und Universitäten, unterhalten; mit deutscher Hilfe wurde die tschechische und slowenische Sprache vor dem Untergang bewahrt. Aber all das konnte die Slawen nicht für uns gewinnen. Im Gegenteil! in demselben Maße, wie wir ihnen entgegenkamen, wuchs ihr Deutschenhaß; er wurde so groß, daß er die Slawen, trotz der zahlreichen inneren Gegensätze, vereinte.

Im Jahre 1907 entstand die neuslawische Bewegung, deren Haupt der Tschechenführer Dr. Kramarsch war. Unermüdlich predigte er den kommenden Zusammenstoß der germanischen und slawischen Welt, den Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Es gelang ihm, alle Slawen auf das eine große Ziel, die Befreiung vom „deutschen Joch“, hinzuführen. Er erreichte, was nicht möglich zu sein schien, eine Annäherung der Polen an die Russen. Ferner unterstützte er als eifrigster Agitator die Einkreisungspläne des englischen Königs Eduard VII.;

[1]) Im Jahre 1909 erschien ein englisches Geschichtswerk „Der letzte König von Polen“. In einer Besprechung desselben sagte die Morning Post, daß die Polen wieder in die Zahl der Kräfte eingetreten seien, mit denen Europa zu rechnen habe als einem Faktor, der die Berechnungen jedes auswärtigen Amtes und hoffentlich auch des englischen beeinflussen werde. Die Engländer, die Deutschland für den Hauptrivalen Englands hielten, müßten wissen, was die Wiederherstellung Polens für diesen Rivalen bedeute. Dies war doch eine Aufforderung an die englische Diplomatie, die Polen zu unterstützen.

er schürte den Revanchegedanken Frankreichs; er genoß die Gunst des russischen Zaren. Bald war er in London, bald in Paris, Petersburg, Sofia, Prag, um für seine slawischen, besonders tschechischen Ziele zu werben. In Frankreich, England und Rußland wußte er die Überzeugung von der Ohnmacht Österreich-Ungarns zu verbreiten; es sollten ein großes tschecho-slowakisches und ein großserbisches Reich gegründet werden.

Während des Krieges setzte Dr. Kramarsch seine hochverräterische Tätigkeit fort. Seiner Agitation war es in erster Linie zuzuschreiben, daß die slawischen Regimenter Österreich-Ungarns so unzuverlässig waren, ja oft zum Feinde überliefen und Verrat übten.

Um 1900 wohnten von den 18 Millionen Polen

in Rußland	7,8	Millionen,
in Österreich-Ungarn	4,2	„
im Deutschen Reich	3,4	„
in Amerika	2,5	„

Die Ukrainer (Ruthenen) bilden eine besondere Nation, die von den Russen so verschieden sind, wie die Schweden von den Deutschen. Um 1900 wohnten in Rußland gegen 23, in Österreich-Ungarn (Galizien) gegen 4 Millionen.

Von den 8 Millionen Tschechen und Slowaken gehörten ¾ zu Österreich und ¼ zu Ungarn.

Außerdem lebten in Österreich-Ungarn 1 Million Slowenen und 2,7 Millionen Kroaten.

10.

Dreibund und Dreiverband.

Bismarcks Bündnispolitik.

Bismarck schreibt in seinen Gedanken und Erinnerungen: „Der Zweibund (Deutsches Reich und Österreich-Ungarn) hat die Bedeutung einer strategischen Stellungnahme in der europäischen Politik nach Maßgabe ihrer Lage zur Zeit des Abschlusses. Aber ein für jeden Wechsel haltbares ewiges Fundament bildet er für alle Zukunft ebensowenig, wie viele früheren Tripel- und Quadrupel-Allianzen der letzten Jahrhunderte und insbesondere die Heilige Alliance und der Deutsche Bund. Er dispensiert nicht von dem toujours en vedette.“

Also Bismarck warnte uns, Bündnisse zu überschätzen und an ihnen krampfhaft festzuhalten, wenn die Verhältnisse ganz anders geworden seien, als zur Zeit des Abschlusses. Grundlage aller Politik muß die Stärkung der eigenen Macht bleiben.

1. Im Jahre 1876 sah sich Bismarck genötigt, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu „optieren“. Und als bald darauf, nach dem Berliner Kongreß (1878), die Spannung zwischen Rußland und dem Deutschen Reich immer größer wurde, da schlossen 1879 Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich einen „Bund des Friedens und der gegenseitigen Verbindung“, den Zweibund, dem 1883 Italien bei-

trat. Dieser „Dreibund" wurde regelmäßig in bestimmten Zeiträumen erneuert, zuletzt 1913.

Niemand kann leugnen, daß dem Bestehen des Dreibundes die lange Dauer des europäischen Friedens wesentlich zu verdanken war. Dadurch wurde eine ruhige Entwicklung der inneren Verhältnisse und Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte möglich. Aber Bismarck gab sich keinen Täuschungen über den Wert dieses Bündnisses hin; offen hat er die Bedenken ausgesprochen, die er beim Abschluß des Zweibundes hatte:

die Wandelbarkeit ungarischer Stimmungen,
die Unklarheit der Haltung der Deutschen in Österreich,
die Gefahr des katholischen Übergewichts über den Protestantismus,
sogar polnische Herrschaftsgelüste auf österreichischer Grundlage.

Bismarck dachte deshalb nicht daran, unsere ganze Zukunft auf den Zwei- bez. Dreibund zu gründen. Es gelang ihm, mit Rußland wieder in bessere Beziehungen zu kommen, durch den sogenannten „Rückversicherungsvertrag", der übrigens keinerlei Verrat gegen Österreich-Ungarn in sich schloß. Er warnte unsere Diplomaten, uns jemals in die Lage zu bringen, für Österreich gegen Rußland kämpfen zu müssen. Auch war es ihm im Interesse des Deutschtums erwünscht, daß zwischen Frankreich und England, zwischen England und Rußland Interessengegensätze und Spannungen beständen; denn er erkannte, daß nichts für uns gefährlicher werden könnte, als eine Koalition zwischen diesen drei Mächten. Daß das Deutsche Reich aus eigener Kraft stark genug sei, um gegebenenfalls der ganzen Welt zu widerstehen, erschien ihm wichtiger als alle Bündnisse.

Der neue Kurs.

Nach der Entlassung Bismarcks (1890) wurde von seinem Nachfolger, Caprivi, „der Draht nach Petersburg zerschnitten", d. h. der Vertrag mit Rußland nicht erneuert. Das hat sich als der verhängnisvollste Fehler der ganzen preußisch-deutschen Geschichte erwiesen. Dadurch wurde Rußland in die Arme Frankreichs getrieben, und ihnen schloß sich später England an. Trotz alles Liebeswerbens wurde Kaiser Wilhelm II. der unfreiwillige Schöpfer des „Dreiverbands"[1]), d. h. des Bündnisses zwischen Frankreich, Rußland, England.

Noch schlimmer war unsere zunehmende Abhängigkeit von der nimmersatten habsburgischen Politik.

[1]) Dem Fürsten Bismarck erschien das Dreikaiserbündnis wertvoller als der Dreibund.

Mit wachsender Sorge verfolgte der entlassene Fürst Bismarck diese Entwicklung und erhob wiederholt seine warnende Stimme: 1892 erklärte er, unter Umständen müsse man Österreich an Rußland preisgeben. 1895 erinnerte er in den Hamburger Nachrichten daran, daß es nicht Bündnispflicht des Deutschen Reiches sei, „die ehrgeizigen Pläne Österreichs auf dem Balkan zu fördern". Und noch kurz vor seinem Tode klagte er, daß wir „seit 1890 mehr als früher genötigt seien, Wiener Empfindlichkeiten zu schonen".

Je feindlicher Frankreich, England, Rußland unseren wirtschaftlichen Unternehmungen entgegentraten, um so mehr glaubte unser Kaiser, sich an den habsburgischen Bundesgenossen anklammern zu müssen. Seit 1904 erkannten ernste Politiker, daß der Weltkrieg unvermeidlich sei.

Nur durch einen Schritt hätten wir ihm entgehen können: durch Lösung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn. Und dazu wären wir voll berechtigt gewesen. Denn einerseits erwies sich der Wiener Bundesgenosse 1906 bei den Verhandlungen zu Algeciras, wo uns Marokko aus der Hand gewunden wurde, als lauer Freund, vielleicht als heimlicher Feind. Anderseits trat, besonders seit 1908, der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand immerfort als Friedensstörer und Kriegsschürer hervor, und zwar im Vertrauen auf unser starkes Heer. In seiner Umgebung wurde von einem „Großösterreich" gesprochen; sein Größenwahn und sein Ausdehnungsstreben beunruhigten fortwährend die europäische Diplomatie. Als 1908 die Annexion von Bosnien und Herzegowina erfolgt war, standen wir unmittelbar vor dem Krieg; die „Nibelungentreue", derentwegen Wilhelm II. sehr gefeiert wurde, dürfen wir heute wohl als einen großen Fehler bezeichnen. Lange nach dem Weltkrieg ist ein in freundschaftlichstem Ton gehaltener Brief des Zaren Nikolaus II. bekannt geworden, worin er aufs eindringlichste den Kaiser Franz Josef warnt, eine Politik fortzusetzen, die „Europa in einen allgemeinen Krieg verwickeln werde". Trotzdem blieb die habsburgische Regierung kriegslüstern, im Vertrauen auf unsere Hilfe. 1912 wich Kaiser Wilhelm II. noch einmal aus; aber 1914 wurden wir durch Habsburgs Schuld in den Krieg hineingerissen.

1908, 1912, 1914 wären wir durchaus berechtigt gewesen, Österreich-Ungarn seinem selbstverschuldeten Schicksal zu überlassen. Wir hätten Rußland für uns gewinnen können; noch im Frühjahr 1914 erklärte der russische Minister Sassanow: „Laßt ihr Österreich fahren, so lassen wir Frankreich fahren." Wir waren nach dem Bündnisvertrag durchaus nicht genötigt, das großmachtsüchtige Haus Habsburg bei seiner Balkanpolitik zu decken; um so weniger, weil der Bundesgenosse entscheidende Schritte unternahm, ohne uns zu benachrichtigen. Durch die Schuld der Habsburger wurden uns nicht nur Rußland, son-

dern auch Italien und Rumänien entfremdet. Um habsburgischer Großmachtinteressen willen sind wir in den Krieg „hineingestolpert“.

Der „neue Kurs“, der 1890 begann, brachte unsere Regierung auch in eine wachsende Abhängigkeit von der schwarzrotgoldenen Reichstagsmehrheit. In diesen Kreisen wurde eine Politik gefördert, die dahin führen mußte, daß wir für Österreich gegen Rußland kämpften, wovor Bismarck eindringlich gewarnt hatte. Schon 1908, besonders aber im Juli 1914 drängte die römisch-jüdische Internationaldemokratie zu einem Krieg gegen Rußland: die Juden- und Sozialdemokraten aus Haß gegen das Zarentum, die Zentrumsleute aus Liebe zu dem katholischen Hause Habsburg, zu dem „katholischen Kaiser Europas“[1]). Wir bedauern es, daß sich auch nationale Parteien und Verbände Jahre hindurch von Wien aus die Wahnvorstellung suggerieren ließen: Das Deutsche Reich hätte ein Interesse an der Großmachtstellung Österreich-Ungarns.

Der Dank des Hauses Habsburg? An unserem habsburgischen Bundesgenossen sind wir verblutet. Aus eigener Kraft konnte er sich nirgends der Feinde erwehren; überall mußten reichsdeutsche Truppen eingesetzt werden: in Galizien und Südtirol, in Serbien und Rumänien. Am 21. 11. 1916 starb der greise Kaiser Franz Josef, und es folgte ihm sein Großneffe Kaiser Karl. Es wiederholte sich nun dasselbe, wie 100 Jahre vorher in den Befreiungskriegen[2]). Als 1917 Österreich-Ungarn durch unsere Siege über Russen, Serben, Rumänen, Italiener und durch den Zusammenbruch Rußlands aus allen Gefahren gerettet zu sein schien: da hatte die habsburgische Regierung kein höheres Interesse, als das verbündete Hohenzollernhaus, dem sie ihre Rettung verdankte, nicht mächtig werden zu lassen. Wir denken an die unheimliche Tätigkeit des Außenministers Graf Czernin, dessen Geheimschrift „aus Versehen“ in die Hände Erzbergers gelangte, der seinerseits dafür sorgte, daß unsere äußeren Feinde „aus Versehen“ den Inhalt erfuhren. Wir denken an die berüchteten Sixtusbriefe. Wir denken an die Kaiserin Zita, die nicht nur mit dem Herzen auf italienischer Seite stand. Nach dem Weltkrieg hat uns fast jedes Jahr neue Enthüllungen gebracht über das verräterische Treiben, über den „Dank vom Hause Habsburg“[3]).

Freilich hat das habsburgische Kaiserpaar sich gründlich verrechnet.

[1]) Auch der Papst hat im Juli 1914 zu dem schroffen Vorgehen gegen Serbien ermutigt, das den Kriegsausbruch herbeiführte.

[2]) Auch während des Krimkriegs (1853—1856) wurde von der Wiener Diplomatie alles versucht, um Preußen in die Balkanwirren hineinzuziehen. Damals schrieb Bismarck an seinen Freund Gerlach: „Ich fürchte, daß wir wiederum Österreich unsern vollen ehrlichen Beistand leisten werden, ohne uns den mindesten Dank auszubedingen.“ Er warnt davor, „daß wir unsere Kraft wie ein gutmütiger Narr dem Egoismus Österreichs hingeben, um uns schließlich von ihm bemogeln zu lassen.“

[3]) Alfred Miller, der tapfere Schriftleiter der „Flammenzeichen“, hat über alle Enthüllungen ausführlich berichtet.

Indem es den Sieg des Verbündeten sabotierte, beschleunigte es den eigenen Zusammenbruch. Österreich-Ungarn ist in und an 7 Staaten auseinandergesprengt.

11.

Trügerische Menschheitsapostel.

Die „Heilige Allianz“.

Die Feinde des preußischen Deutschtums (der Armindeutschen) haben es immer vortrefflich verstanden, unsere Vertrauensseligkeit und Neigung zum Idealismus zu mißbrauchen. Wie oft hat „die Feder verdorben, was das Schwert erworben“! In den Befreiungskriegen (1813—1815) gewannen die Preußen die Siege; aber der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich riß die diplomatische Führung an sich. Auf dem Wiener Kongreß 1814 vereinigten sich England, Rußland, Frankreich und Österreich, um Preußen niederzuhalten. Die nach den Freiheitskriegen mit frommem Phrasenschwall gegründete „Heilige Alliance“ entwickelte sich zu einem Völkerbund zur Niederhaltung Preußens und des deutschen Volkes. Und dasselbe galt vom „Deutschen Bund“.

Die „Quertreiber“ während des Weltkriegs.

Es gehört mit zu den Ursachen unseres Zusammenbruchs, daß im Weltkrieg den deutschen Männern und Frauen, welche im Geiste Bismarcks das heilige Feuer der Augusttage 1914 lebendig erhalten wollten, von der eigenen Regierung „um des Burgfriedens willen“ der Mund gestopft wurde, während die internationaldemokratischen Versöhnungs- und Verständigungsmichel, die phrasenreichen Menschheitsapostel, ungehindert ihre verderblichen Wahnideen verbreiten durften. Wir hörten von „moralischen Eroberungen“, „Großmut“, „westeuropäischer Kulturgemeinschaft“, „Mitleid“, das wir mit den irregeleiteten Franzosen, Belgiern, Serben haben müßten; man sagte uns, daß wir unser Volkstum „höheren Zielen unterordnen“, keinen nationalpolitischen Egoismus haben, sondern „Menschheitszielen“ nachjagen sollten. Damit verband sich eine unglaubliche Verherrlichung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation.

Menschheitsziele! Darauf lief auch das weitverbreitete Buch Naumanns „Mitteleuropa“ hinaus, dessen Wirkungen unheilvoll waren. Naumann mutete uns die Preisgabe des deutschen Volkstums zu; er redete von dem neuen „Typ des Mitteleuropäers“: „Es wächst der Typ des Menschen, der zwischen Franzosen, Italienern, Türken, Russen, Skandinaviern, Engländern die Mitte hält. Diesen Mitteleuropäer laßt uns suchen.“ Dabei sollten wir, um dieses hohe Ziel zu er-

reichen, gegen die Anmaßungen der Tschechen, Magyaren, Polen sehr nachsichtig sein; eine Völkermischung! Und dieses Mitteleuropa, das eine von den großen Wirtschaftsstaaten sein würde, erschien dem Propheten Naumann als eine Vorstufe für die „Menschheitsorganisation", für die „Vereinigten Staaten der Weltkugel": „Die Weltparole ist ausgegeben!"

Völkerbund.

Mit Entsetzen sahen die Anhänger Bismarcks, daß die Verbreitung des Naumannschen Buches nicht nur von den großen internationalen Parteien, sondern auch von den deutschen Regierungen auf alle Weise unterstützt wurde, während die Zensur alle anderen Kriegszielerörterungen unterdrückte. Und im feindlichen Ausland schmunzelte man vergnügt dazu; denn nun konnte man hoffen, daß der dumme deutsche Michel auf den Köder anbeißen würde, den man ihm hinwarf. Dieser Köder hieß „Völkerbund". Der größte aller Heuchler, Wilson, der Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas, trat als sein begeisterter Apostel auf. Er sah die Morgenröte eines neuen Frühlings heraufziehen, da nicht mehr die Macht, sondern das Recht der maßgebende Faktor sei, da kein Gewalts-, sondern ein Rechtsfriede geschlossen werde; er sprach von „Gerechtigkeit, Menschenliebe, ewigem Frieden"; die Kriege würden aufhören und Schiedsgerichte die Streitigkeiten unter den Völkern beilegen[1]).

[1]) Es ist bezeichnend, wie eifrig noch während des Weltkriegs unser vielgewandter Zentrumsmann Erzberger den Völkerbundsgedanken aufgriff und ein Buch darüber schrieb, worin er als obersten Schiedsrichter den Papst empfiehlt.

VI.

Die neue Verteilung der Welt
und
der Wahnsinn der Friedensdiktate.

Daß Volk, Staat, Raum zusammenfallen, ist ein Ideal, welches selten und nur annähernd erreicht wird. Die Geschichte kennt keinen Stillstand; vielmehr erzählt sie von wachsenden und sterbenden Völkern, von Wanderungen und Zusammenstößen, Kriegen und Eroberungen. Die politische Karte der Erdoberfläche wechselt fortwährend; sie hat auch in den letzten 100 Jahren sich wiederholt geändert.

Es gibt keine für alle Zeiten, Länder, Völker geltende Lösung des Problems Volk, Staat, Raum.

Wohl hörten wir 1918/19 von einem „Frieden der Gerechtigkeit", „Selbstbestimmungsrecht der Völker", einer „gerechten Regelung aller kolonialen Ansprüche"; man sagte, die politische Karte der Erdoberfläche solle so gestaltet werden, daß sie einen „ewigen Frieden" verbürge. Aber in Wahrheit sind die Reibungsflächen weder beseitigt noch vermindert, sondern bedeutend vermehrt[1]).

1.

Mitteleuropa.

Das Schicksal des deutschen Mitteleuropa bildet seit 1000 Jahren den Hauptinhalt der ganzen Weltgeschichte. Das bestätigt auch Stegemann in seinem Buch „Der Kampf um den Rhein".

Im Hinblick auf die jahrhundertelange Zerrissenheit ersehnten während des Freiheitskriegs (1813—1815) die besten Deutschen als höchsten Siegespreis die Einheit von Volk, Staat, Raum. Der Wiener Kongreß zerstörte ihre Hoffnungen, und Bismarck hat sie 50 Jahre später nur teilweise erfüllt. Wiederum erwarteten wir als Frucht unserer Siege im Weltkrieg eine gesunde Lösung. Aber, wie der russische Ministerpräsident Goremykin sagte, der Krieg galt nicht nur dem deutschen Staat, sondern dem gesamten Deutschtum; ja, wir können sagen: es war eine Verschwörung der Welschen, Slawen und verjudeten Angelsachsen gegen die nordische Rasse, die am stärksten im deutschen Volkstum vertreten war. Und in diesem Kampf wurden sie von den Flavusdeutschen der 3 internationaldemokratischen Parteien unterstützt.

[1]) Schon der 1922 gestorbene schwedische Gelehrte Kjellén sah „den Schatten des Babylonischen Turmes" auftauchen.

Folgte ein „Friede der Gerechtigkeit“? Im Gegenteil! Es war ein teuflisches Meisterstück, den abermaligen Raub des früher Geraubten als „Réunion“ (Wiedervereinigung) zu bezeichnen und Elsaß-Lothringen den Franzosen, Westpreußen den Polen zu überlassen. Hier sei, so erklärte man, eine Abstimmung ebenso überflüssig, wie bei der Lostrennung von Danzig und Memel, bei der Überlassung Südtirols an Italien, der 3½ Mill. Sudetendeutschen an die Tschechen, bei dem Verbot des Anschlusses der 6½ Millionen Deutsch-Österreicher an das Deutsche Reich. So sind wir das Land mit der größten Irredenta der Welt geworden. Von den 77½ Millionen, die in geschlossener Siedlung in Mitteleuropa wohnen, leben im Deutschen Reich 64; die anderen 13½ Millionen sind auf 18 Staaten verteilt: wobei die Niederdeutschen Hollands und Belgiens gar nicht einmal mitgerechnet sind.

2.

Zwischeneuropa.

Unter „Zwischeneuropa“ verstehen wir das Gebiet einerseits zwischen den Ostgrenzen des Deutschen Reichs und den Westgrenzen der Sowjetunion, anderseits zwischen der Ostsee und dem Mittelmeer.

Man muß sich darüber klar sein, daß auf diesem Gebiet überhaupt keine Einheit von Volk, Staat, Raum möglich ist, weil zahlreiche Völker buntgemischt durcheinander wohnen.

1. Wie sah dieses „Zwischeneuropa“ vor dem Weltkrieg aus? Das Deutsche Reich ragte nur unbedeutend hinein; die Hauptmasse war, wenn wir zunächst von der Balkanhalbinsel absehen, im Besitz der beiden Kaiserreiche Österreich-Ungarn und Rußland. Raumpolitisch bildeten beide, sowohl die Donaumonarchie als auch Rußland, gesunde Einheiten. Und solange das Deutschtum in diesen Staaten einen maßgebenden Einfluß hatte, bestand ein erträgliches Zusammenleben der verschiedenen Völker. Besonders in Österreich konnten sich die Tschechen, Polen, Slowenen nicht über Zurücksetzung beklagen. Im Gegenteil!

In dieses Zwischeneuropa wurden nun von den modernen Männern der „Aufklärung“ im 19. Jahrhundert teils der demokratische, teils der Nationalstaatsgedanke getragen. Sie wirkten wie Sprengpulver, und es begannen die unheilvollsten inneren Kämpfe. Zuerst wurde die Balkanhalbinsel ein Brandherd; es folgten Österreich-Ungarn und Rußland. Die Westmächte und das Judentum schürten eifrig das Feuer, und die Freimaurerei half. Endlich entstand aus den wachsenden Verwicklungen der Weltkrieg.

2. Sind nun nach dem Weltkrieg die Verhältnisse in Zwischeneuropa besser geworden? Ist ein gesunder Ausgleich zwischen Volk, Staat, Raum gefunden? Im Gegenteil! Zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrußland liegen heute (außer den kleinen Staaten Estland, Lettland, Litauen) Polen, Tschechoslowakei, Deutschösterreich, Ungarn; daran schließen sich Südslawien, Rumänien, Bulgarien. Sie alle wollen Nationalstaaten sein; aber den 65 Millionen Angehörigen der Staatsvölker stehen 28½ Millionen Angehörige der Minderheitsvölker gegenüber. Über den Wahnsinn der neuen Grenzsetzungen mögen einige Urteile aus geopolitischen Werken angeführt werden:

In Haushofers „Jenseits der Großmächte“ schreibt Kurt Trampler: In Zwischeneuropa „ist ein staatliches Trümmerfeld entstanden, das nur von der materiellen Überlegenheit eines Machtwillens geschaffen wurde und erhalten wird, der weder geopolitischen (Raum) noch ethnopolitischen (Volk) Gegebenheiten folgt“. „Die Gliederung Zwischeneuropas, wie sie die Pariser Vorortsverträge geschaffen haben, bedeutet eine wesentliche Verschlechterung seiner Gliederung vor dem Weltkrieg, deren Verbesserung diese Verträge angeblich beabsichtigten.“ Trampler spricht weiter von „verstärkten Gefahren“, „seelischen Spannungen“ und „wirtschaftlichen Krisen“, von einer „außerordentlichen Vermehrung der Reibungsflächen“. „Die vollständige staatliche Zerreißung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes des Donauraumes ist zweifellos der größte geopolitische Widersinn der Pariser Vorortsverträge.“

In Hennigs „Geopolitik“ heißt es S. 84: „Die geopolitischen Brandherde auf dem Balkan sind nur umgelagert, nicht gelöscht worden.“ S. 132: „Der tschechoslowakische Staat ist ein groteskes, raumgeographisch völlig unhaltbares Gebilde.“ Dasselbe gilt für Großrumänien und Polen. Hennig spricht von der „Flickschusterarbeit“ und den „unbegreiflich groben Verstößen der Pseudo-Staatsmänner von Versailles gegen die ethnographische Wahrheit“; von der „Ausrottung, Vertreibung und Vergewaltigung der Minderheitsvölker“. „Polen hat seit 1919 rund 1 Million Deutscher von Haus und Hof und über die Grenzen gejagt, ebenso Frankreich Hunderttausende Elsässer.“

3. Wir müssen feststellen, daß in diesem „Zwischeneuropa“ weder der demokratische noch der Völkerstaatsgedanke friedliche Zustände schaffen kann. Hier muß ein anderer Ausgleich zwischen Volk, Staat, Raum gefunden werden. Darüber habe ich am 2. Februar 1916 in einer Vertrauensversammlung des Alldeutschen Verbandes gesprochen; es ist bezeichnend, daß, als der Vortrag gedruckt wurde, die Zensur die betreffenden Abschnitte strich. Um so mehr freue ich mich, dieselben Gedanken in Haushofers Buch zu finden, wo Kurt Trampler schreibt: „Zwischeneuropa kann nicht auf nationalstaatlicher, sondern nur auf raumstaatlicher Grundlage geordnet werden. Es muß eine Rechtsform gefunden werden, die eine Synthese zwischen Raum und Volk findet, die also der Eigenart der Völker jede Entwicklungsfreiheit gibt und zugleich die Zusammenfassung großer Wirtschaftsräume ermöglicht.“ „Die Lösung ist theoretisch in dem Gedanken der national-kulturellen Autonomie und der überstaatlichen kulturellen Volks-

gemeinschaft bereits gefunden." Trampler fordert „Nationalstände, die vom Staat mit der Wahrnehmung aller kulturellen Interessen ihres Volkstums beauftragt werden"[1]).

3.

Kolonien.

Die verheißene „gerechte Regelung aller kolonialen Ansprüche" bestand darin, daß uns Deutschen wegen „kolonialer Unfähigkeit" unsere Besitzungen in Afrika und Polynesien geraubt wurden. Natürlich versicherten die „Sieger", daß sie an keine Annexionen dächten; vielmehr ließen sie sich dieselben vom Völkerbund zur Verwaltung übertragen, mit der salbungsvollen Bestimmung, „daß der Mandatar keinerlei Vorteil aus dem anvertrauten Gute ziehen dürfe". Bei der Verteilung der Mandate wurde, wie Hennig schreibt, nach dem biblischen Worte verfahren: „Wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe." Denn von den nahezu 3 Millionen qkm deutschen Kolonialbesitzes erhielten England und seine Dominions 2,4 Mill., Frankreich ½ Mill. qkm. Auch die „Mandate" in Palästina, Syrien, Irak, Arabien wurden unter Frankreich und England verteilt[2]). Die Mandatare haben ihre „koloniale Fähigkeit" dadurch bewiesen, daß Klagen über entsetzliche mittelalterliche Grausamkeiten und über namenlose Mißwirtschaft laut wurden; daß man sich überall nach der deutschen Herrschaft zurücksehnte. Als die Engländer 1921, um „das Gesicht zu wahren", die Eingeborenen Ostafrikas abstimmen ließen, unter welcher Herrschaft sie zu stehen wünschten, da ergaben die ersten Abstimmungen, daß bis zu 95% für die Wiederkehr der deutschen Herrschaft waren; sofort wurde die Abstimmung abgebrochen.

Volk ohne Raum! Ist es nicht ein Widersinn, daß es anderseits weite Räume ohne Volk gibt? „Frankreich unterhält riesige Mengen von Kolonien nicht wegen seiner zunehmenden, sondern abnehmenden Bevölkerung; es sieht seine Kolonien mehr und mehr als reine Rekrutierungsgebiete an" (Hennig). Lächerlich erscheinen die Mandatsübertragungen an Australien, das kein Land, sondern umgekehrt Menschen gebraucht.

[1]) Ähnliche Vorschläge hatte schon 1904 für den russischen Völkerstaat der französische Minister Guyot gemacht. Vgl. Hasse „Deutsche Politik" S. 100/01.

[2]) Über diese Mandatsschiebungen erklärte der englische Kolonialpolitiker Dawson: „Ich werde nie aufhören, diese Gebietsmehrungen als in schäbiger und unehrlicher Weise zustande gekommen zu bezeichnen und ihre Besitzergreifung als die niedrigste Tat, die je im Namen der Regierung, der Krone und des Volkes in England geschehen ist."

4.

Fortsetzung des Krieges mit friedlichen Mitteln.

Der Völkerbund.

Die „Sieger", besonders die Franzosen, dachten nicht daran, sich mit der durch den Versailler Frieden legalisierten Beute zu begnügen. Die alten Ansprüche auf das ganze linke Rheinufer und auf weitere „Sicherungen" waren keineswegs begraben. Vielmehr hatten die Franzosen die feste Zuversicht, daß sie die besetzten Gebiete dauernd behalten würden. Und darüber hinaus ließen die deutschen Separatisten (am Rhein, in Bayern und Hannover) sie immer von neuem hoffen, daß Deutschland zerstückelt würde. Die einen dachten an die Rückkehr zu der politischen Gliederung Deutschlands vor 1866, die anderen an den „Rheinbund" von Napoleons Gnaden 1806—1813, wieder andere an die Wiederherstellung Deutschlands nach dem „herrlichen Muster von 1648". Bis in das Jahr 1933 haben diese Versuche gedauert, wobei sich besonders die bayrischen Separatisten hervortaten. Die Erwartungen der Franzosen wurden mehrmals aufs höchste gesteigert; so schritten sie am 6. April 1920 zu der überraschenden Besetzung von Frankfurt, Hanau und Darmstadt, 1921 von Duisburg und Düsseldorf, 1923 zum Einmarsch in das Ruhrgebiet.

Und der Völkerbund? Wie lauteten die Erklärungen der „Sieger"! Sie hatten verkündet: Nach Niederwerfung Deutschlands, des „Weltfriedensstörers", sei der Weltkrieg der letzte aller Kriege, und die Versailler Friedensverträge, die diesem Zwecke dienten, sollten durch die Friedensorganisation des Völkerbundes gekrönt werden. Hat der Völkerbund die Verheißungen, die bei seiner Gründung in die Welt hinausposaunt wurden, die Aufgabe, den Weltfrieden zu sichern, erfüllt?

Einige Urteile hervorragender Männer mögen angeführt werden:

Kjellén nennt den Völkerbund eine „Gegenseitigkeitsversicherung der Sieger"; er schreibt: „Es gelang der geschickten französischen Diplomatie, den Völkerbund zum Garanten eingebrachter Kriegsbeute zu machen, das besiegte Deutschland und Österreich-Ungarn durch Frankreichs Trabantenstaaten zu umstellen."

In Haushofers Buch „Jenseits der Großmächte" heißt es S. 461: „Da die Mächte England und Frankreich den Völkerbund kommandieren, so ist es ohne weiteres klar, daß er einen Bund der Großen gegen die Kleinen bedeutet."

Hennig schreibt in seiner „Geopolitik" S. 269: „Der Völkerbund habe seine Aufgabe vorwiegend darin erblickt, das Recht zu beugen im Interesse derjenigen Staaten, die die Macht besitzen."

Und welcher Art waren seitdem die wichtigsten Entscheidungen des Völkerbundes? Wir denken an die Übertragung der Kolonialmandate. Damit drückte der Völkerbund das Siegel seines Einver-

ständnisses darauf, daß die Welt unter England und Frankreich verteilt werde; daß dem Deutschen Reich wegen „kolonialer Unfähigkeit" seine Kolonien geraubt wurden; daß aber auch Italien und Japan fast leer ausgingen. Hennig nennt es einen „Schildbürgerstreich" und „Sünde wider den heiligen Geist", daß der belgische Kongostaat und die englischen Dominions Australien und Neuseeland Kolonialmandate erhielten.

Und die Abrüstung, die von den Siegern feierlich versprochen war? Mehr als ein Jahrzehnt ist im Völkerbund, unter großem Phrasenschwall, darüber verhandelt worden. Aber „der Völkerbund hat aus einem Kreuzzug für die allgemeine Abrüstung eine Dauerkonferenz zur Verhinderung der Abrüstung gemacht" (Hennig).

Und das feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker? Und die dem Völkerbund übertragene heilige Aufgabe, die nationalen Minderheiten zu schützen? Was hat er zum Schutz der Deutschen in Polen, Tschechoslowakei, Südtirol getan? Nichts. Er hat auch geschwiegen zu der ungeheuerlichen „Korrektur" der Volksabstimmungen in Oberschlesien, an der Weichsel, in Nordschleswig, Eupen-Malmedy; er hat versagt gegenüber den Vergewaltigungen im Saargebiet, in Danzig und Memel. Und als Litauen 1923 Memel besetzte, da hat der Völkerbund sich beeilt, diesem widerrechtlichen Raub zuzustimmen. Die entsetzliche Grausamkeit, womit die Franzosen in ihren Mandatsgebieten hausen, hat den Völkerbund nicht in seiner Ruhe gestört. Und wie kläglich war seine Friedensrolle in dem Konflikt zwischen Japan und China! Noch mehr bewies er während des italienisch-abessinischen Krieges (1936) seine völlige Ohnmacht.

5.

Ironie der Geschichte.

Es ist ein historisches Gesetz, daß Menschen, Völker und Staaten, die nicht Maß zu halten verstehen, sich selbst den Untergang bereiten. Das zeigt die Geschichte der mittelalterlichen Päpste, der Herrscher Karl V. und Philipp II., Ludwig XIV. und Napoleon I.[1]). Werden auch die „Sieger" des Weltkrieges letzten Endes die Besiegten sein?

1. Die „Sieger":

Wir sprachen auf S. 97—124 von der Verteilung der Welt im Laufe der Jahrhunderte, besonders von dem Ringen zwischen Europa und Asien. Nach dem Untergang der alten Kulturwelt brachen während des ganzen Mittelalters und darüber hinaus immer neue Völkermassen aus Asien in Europa ein. Umgekehrt drangen in der Neuzeit die europäischen Völker nach allen Seiten vor, und Asien wurde direkt oder indirekt von Europa abhängig.

[1]) Vgl. meine „Ang. Kirchengeschichte", 3. Auflage, S. 166ff.

„Die Welt gehört dem weißen Mann"; so konnte man bis 1914 behaupten. Und der Weltkrieg schien die Herrschaft des weißen Mannes noch zu erweitern und zu befestigen. Da begann der Wandel bei dem schwächsten und verachtetsten unter den „Besiegten", bei den Türken.[1]) England glaubte nach dem Weltkrieg, ein Riesengeschäft machen zu können, und betrachtete sich schon als Erben des ganzen Osmanischen Reiches; durch den Vertrag von Sèvres (1920) bekam es eine, wie es schien, unangreifbare Machtstellung in ganz Vorderasien und die Herrschaft über die Dardanellen. Aber gerade dieser Vertrag hatte überraschende Wirkungen, die langsam zu einer Befreiung Vorderasiens von der europäischen Bevormundung führen; hierbei half die Empörung Frankreichs und Italiens über die englische „Extratour". Mit Staunen sahen wir die Entstehung eines türkischen Nationalstaates unter Kemal Pascha, der 1923 seine volle Unabhängigkeit durchsetzte. Die völkische Freiheitsbewegung, welche seitdem durch die ganze mohammedanische Welt geht, ist noch nicht abgeschlossen, und als unerreichte Meister der Diplomatie verstehen es die Engländer, wenn sie mit der einen Hand Freiheiten gewähren, mit der anderen neue Fesseln anzulegen, auch Fesseln der „Freundschaft". Aber der Gründung der neuen Türkei folgten das Erwachen Irans (Persiens) unter Reza Khan, die wachsende Macht Ibn Sauds bei den Arabern und die zunehmende Selbständigkeit Iraks (Mesopotamiens). Vielleicht werden auch die großen Spannungen überwunden, die zwischen den mohammedanischen Völkern bestehen, so daß ein großer Drei- oder Vierverband zustande kommt.

Die Geschichte kennt keinen Stillstand. Reinhold Wulle schreibt in seinem Buch „Das neue Jahrhundert" S. 25f.:

„Die Erde steht vor einem neuen Gestaltungsprozeß.... Diese Neuformung aber wird ein Vorgang innerhalb des Machtbereichs der weißen Rasse sein. Darin liegt das Weltrevolutionäre dieses Geschehens. Denn politisch ist heute die Erde das Land des weißen Mannes. Europa, Amerika, Australien sind die Wohnräume der Weißen; Afrika untersteht ihnen nach Abessiniens Untergang ganz, und Asien war 1918 mit Ausnahme des kleinen japanischen Inselreichs in mittelbarer oder unmittelbarer Abhängigkeit von den Weißen. Der Weltkrieg, der das planetarische Zeitalter einleitete, brachte das Ende der weißen Herrschaft über Asien. Das ist das bisher einzig bestehende Ergebnis des europäischen Totentanzes von 1914—1918.

Drei Faktoren arbeiten am Umsturz der Erde, und alle drei sind asiatisch: die mongolische Welt, Sowjetrußland und der Islam.... Die weiße Weltherrschaft zerbrach 1917, als die bolschewistische Weltrevolution Rußland Asien zurückgab, als Japan seine Herrschaft über Ostasien antrat und als Kemal Pascha die Synthese zwischen Islam und Nationalismus fand."

[1]) Vgl. zu den folgenden Ausführungen Reinhold Wulle „Das neue Jahrtausend".

Damit kommen wir zu dem russischen Problem und zu den überraschenden Wirkungen der russischen Revolution des Jahres 1917. Die russische Sowjetunion ist keine europäische, sondern asiatische Großmacht unter jüdischer Führung. Wulle nennt den Bolschewismus „die letzte Konsequenz der demokratischen Zersetzung“. Bolschewismus bedeutet jüdischtatarische Weltherrschaft; er gedeiht auf Fäulnisboden, und die Entartung der Neuen Kulturwelt fördert seine Ausbreitung. Überall haben die Bolschewisten ihre Hand im Spiel; sie unterstützen das Erwachen der mohammedanischen Völker und wühlen in China; sie suchen aus Spanien eine sowjetrussische Provinz zu machen. — Die zunehmende Verjudung der demokratischen Musterstaaten Frankreich, England, U. S. Amerika ist schuld, daß ihre Regierungen mit dem Bolschewismus flirten und ihm die Tore öffnen; sie sprechen von der „Solidarität der demokratischen Staaten“, wozu sie auch die russische Sowjetunion und die „legale“ Regierung in dem spanischen Valencia rechnen. Es ist ein groteskes Schauspiel, daß der russische Bolschewismus allüberall in den Kolonien die Auflehnung gegen die angelsächsischen und französischen Herren unterstützt und doch in England und Frankreich als Bundesgenosse angesehen wird. Als Bundesgenosse gegen wen? in erster Linie gegen den deutschen Nationalsozialismus, und es ist kein Zweifel, daß auch der römischen Papstkirche unser Nationalsozialismus gefährlicher erscheint als der Bolschewismus.

Ironie der Geschichte! Die „Sieger“ werden die Besiegten. Die innere Fäulnis wächst in den demokratischen Musterstaaten: Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrisen, Geld- und Währungsschwierigkeiten, Partei- und Klassenkämpfe, ewige Streikunruhen, Zunahme des verbrecherischen Untermenschentums.

2. Die Betrogenen und die „Besiegten“:

Italien und Japan fühlten sich durch die Versailler Verteilung der Welt betrogen. Sie empfanden es als ein bitteres Unrecht, daß Staaten, die unendlich viel „Raum ohne Volk“ besaßen, neue Riesengebiete dazu erhielten, während sie selbst, „Völker ohne Raum“, fast leer ausgingen. Hennig schreibt: „Kein anderes Volk leidet so schwer wie das japanische unter dem grundsätzlichen Widerstand gegen seine Ausdehnung auf allen Seiten“; es hat einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 1 Million. Kein Wunder, daß die Feindschaft gegen die Angelsachsen zunimmt. — In Italien wuchs kurz nach dem Weltkrieg die Erbitterung gegen seine „Bundesgenossen“, besonders infolge der englischen Politik im östlichen Mittelmeer. Die Bevölkerungszunahme ist so groß, daß ein Viertel aller Italiener im Ausland lebt; und draußen geben sie nicht mehr, wie das noch nach 1859 in Savoyen geschah, ihr Volkstum preis, sondern halten in vorbildlicher Treue daran fest.

Mussolini erkannte, daß sein Land von der Parlamentsherrschaft befreit werden müsse; er machte sich 1922 zum Diktator und bezeichnete seine Regierung mit dem Namen „Faschismus“. Es ist staunenswert, wie er seinen Staat in wenigen Jahren so stärkte, daß er den „Siegern“ Trotz bieten konnte. Im Jahre 1927 verkündete er den politischen Grundsatz, daß ein Land gewisse Rechte über seine ausgewanderten Volksgenossen unter fremder Staatshoheit behalten müsse. Denselben Gedanken hätten die Engländer den Burenrepubliken gegenüber verfochten, als sie 1899—1902 den Burenkrieg führten. Zugleich sprach Mussolini das stolze Wort aus: „Ausdehnung oder Explosion“! Allen Widerständen zum Trotz, die von England, Frankreich und dem glorreichen Völkerbund ausgingen, eroberte er 1936 Abessinien; der König von Italien wurde Kaiser von Abessinien.

Wir Deutschen gehörten schon vor dem Weltkrieg zu den Völkern ohne Raum. Durch das Versailler Diktat wurden uns nicht nur wichtige Grenzgebiete entrissen und der Lebensraum noch mehr eingeschränkt, sondern die „Sieger“ drückten auch das Reich, das übrigblieb, durch ein raffiniertes System von Bindungen zu dem Rang eines halbkolonialen Staates herab; dabei wurden sie von den „deutschen“ internationaldemokratischen Novemberverbrechern schwarzer, roter, goldener Färbung unterstützt. Geradezu wie ein Wunder erscheint uns die deutsche Revolution und Aufrichtung des Dritten Reiches. Aus dem zersplitterten, bettelarmen, gefesselten, entwaffneten Staat, der jeden Augenblick auseinanderzufallen drohte, schuf Adolf Hitler ein neues Reich, zwar wichtiger Grenzländer beraubt, aber so geschlossen und einig, wie unser Volk nie gewesen ist. Und seine Stellung zu der Versailler Verteilung der Welt? Er ließ keinen Zweifel darüber, daß er jede irredentistische Propaganda ablehnte; er wolle nicht Millionen wertvollster Deutschen durch Entfesselung eines neuen Weltkrieges opfern, um einige Hunderttausend wieder zu gewinnen. Dagegen hat er den uns gebliebenen deutschen Volksboden frei gemacht: frei nicht nur von den Fesseln der äußeren „Sieger“, sondern auch von den internationalen Mächten, deren Herrschaft er innerhalb unserer Grenzen brach[1]).

[1]) Über die einzelnen Maßnahmen Hitlers berichtet der letzte Abschnitt.

Der Staat[1].

I.

Ursprung, Wesen und Aufgaben des Staates.

A.

Ursprung und Wesen des Staates.

Geradezu verwirrend ist die Fülle von Antworten, die man besonders in den letzten Jahrhunderten und in unserer Gegenwart auf die Frage nach dem Ursprung, dem Wesen und Begriff des Staates gegeben hat. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, sie alle anzuführen; vielmehr wollen wir auch hier versuchen, der Geschichte zu folgen.

Oft ist es ein Streit um Formeln und Worte, ein Ringen nach dem passenden Ausdruck, mit dem man das Wesen des Staates bezeichnen möchte. Aber seitdem man überhaupt über diese Frage nachgedacht hat, ragen aus der Masse der Begriffsbestimmungen und Erklärungen **zwei einander entgegengesetzte Ansichten** hervor, die immer wiederkehren, vom Altertum bis in die neueste Zeit. Die einen sagen, der Staat sei φύσει, d. h. eine von der Natur gebotene Notwendigkeit; die anderen, er sei θέσει, d. h. eine menschliche, willkürliche Einrichtung.

Ungefähr auf dasselbe zielt die Frage, ob bei der Entstehung und Entwicklung des Staates höhere, über dem Menschen stehende Kräfte wirksam sind oder nicht. Die an solche Kräfte glauben, gelangen zum Sozialprinzip; die sie leugnen, zum Individualprinzip. Die ersteren halten die Individuen für dienende Organe des Ganzen; die letzteren behaupten, daß Familie, Stand, Genossenschaft, Staat nur um der Individuen da sei. Die ersteren betonen die Pflichten, die letzteren die Rechte der Menschen.

[1]) Das Wort „Staat" (stato) kam in Italien auf und wurde zuerst von dem bekannten Machiavelli literarisch gebraucht. Es bedeutet „Zustand", d. h. die Einrichtungen, die zur Verwaltung eines geschlossenen Hoheitsbereichs getroffen sind.

1.

Das Altertum[1]).

1. Die Entfesselung der individuellen Kräfte führte die Griechen, besonders die Athener auf die Höhe der Kultur und machte sie zu Lehrmeistern des Menschengeschlechts.

Aber man hielt nicht Maß; die sogenannten Sophisten[2]) predigten Befreiung von allen Fesseln des Staates, der Religion, des Herkommens, der Sitten und der Gesetze. Sie sagten, der Mensch sei das Maß aller Dinge. Damals erklang zum erstenmal die spöttische Frage: „Was ist Wahrheit?!" Für die Sophisten gab es überhaupt keine objektive Wahrheit; alles, was man bisher mit frommer Ehrfurcht angeschaut hatte, war ihnen Erzeugnis des Subjekts. **Den bestehenden Staat** mit seinen Einrichtungen und Gesetzen erklärten sie für eine **schlaue Erfindung und künstliche Schöpfung der Schwachen** (θέσει), um die Starken im Zaune zu halten. Sie forderten dazu auf, die Fesseln zu zerreißen; es sei „natürlich", daß der Starke über die Schwachen herrsche, ohne Gesetze, ohne irgendwelche Hemmungen. Der „Sklavenmoral", die nach ihrer Ansicht im bestehenden Staat herrsche, müsse man die „Herrenmoral" entgegensetzen. Eine objektive Gerechtigkeit gebe es nicht; Macht sei Recht.

An diesem extremen Individualismus ist die ganze herrliche alte Kulturwelt in einem jahrhundertelangen Kampfe, in einer Selbstzerfleischung sondergleichen zugrunde gegangen. Seit dem 5. Jahrh. vor Chr. bis zur römischen Kaiserzeit, wo alles erschöpft war, rangen unablässig die „Wenigen" und die „Vielen" miteinander um die Macht, um den Besitz und vergaßen alle gemeinsamen Interessen. Es bildeten sich zwei verschiedene Arten von Individualismus, welche wir heute „Machttheorie" und „Rechtstheorie" nennen würden. Die „Wenigen" sagten, die Menschen seien ungleich, und die Schwächeren müßten den Stärkeren dienen. Die „Vielen" behaupteten, alle Individuen seien gleich und hätten gleichen Anspruch auf den Vollgenuß des Lebens. An die gemeinsamen Interessen dachten weder die einen noch die andern; beiden, den „Wenigen" (Oligarchen) und den „Vielen" (Demokraten), ging das Recht nur so weit, wie die Macht reicht.

2. Vergebens haben die großen Sozialphilosophen Sokrates, Plato, Aristoteles und die Stoiker in Wort und Schrift gegen jenen extremen Individualismus angekämpft und zu beweisen gesucht, daß der Staat,

[1]) In diesem kurzen Abschnitt mußte einiges wiederholt werden, was schon früher ausgeführt ist.

[2]) Die Sophisten in der 2. Hälfte des 5. Jahrhunderts vor Chr. waren die Vorläufer der berühmten „Aufklärungsapostel" des 18. Jahrhunderts nach Chr.; die Ähnlichkeit ist überraschend.

daß die herkömmlichen sittlichen Begriffe von gut und böse, gerecht und ungerecht, daß das Recht keine willkürlichen, menschlichen Einrichtungen seien, sondern **objektive Wahrheiten, von Natur dem menschlichen Geschlecht eingepflanzt.** Plato („Staat" II, 11 ff.) begründet die Entstehung des Staates mit der Natur des Menschen; er sei ein von Anfang an in den Menschen von Natur Hineingelegtes, in seinem Wesen Beruhendes. Der einzelne Mensch könne nicht auf sich allein stehen; er **bedürfe des Staates.** Und Aristoteles sagt II, 1: **„Der Staat ist ein Naturprodukt"** und der Mensch von Natur ein *ζῶον πολιτικόν* („ein auf staatliches Leben angewiesenes Geschöpf"); VIII, 1: „es liegt ein großer Irrtum in der Annahme, daß jeder Bürger nur sich selbst angehöre".

Plato ist der erste große Sozialphilosoph; ihm ist der Staat ein **Organismus**, ein Mensch im Großen; in seinem umfangreichen Werke „vom Staat" führt er diesen Vergleich zwischen Staat und Mensch durch[1]). Er betont die **Ungleichheit** der Menschen und teilt deshalb die Bürger des Staates in drei Teile ein: die Herrschenden, die Krieger, die Bauern und Handwerker. Diese drei Teile entsprächen den drei Teilen der menschlichen Seele: der Denkkraft, der Willenskraft und dem Begehrungsvermögen. Notwendig wären alle drei und ergänzten sich gegenseitig; aber das richtige Verhältnis sei doch, wenn die zwei ersten Klassen regierten, die dritte gehorchte. Aufs stärkste aber betont er, daß alle durch **Brüderlichkeit** verbunden sein müßten, daß zwischen ihnen nicht das Verhältnis wie zwischen Herren und Sklaven bestehen dürfe. Ob einer oder mehrere an der Spitze stehen sollten, sei ihm gleichgültig. Er kann sich ein soziales Königtum[2]) und eine soziale Aristokratie als vollkommenen Staat denken, aber nicht die soziale Demokratie.

Aristoteles ist so sehr Sozialphilosoph, daß er die Staatsverfassungen darnach einteilt, ob in ihnen das allgemeine Wohl oder der Vorteil eines Einzelnen und eines Teils gefördert werden; nur die ersteren erklärt er für berechtigt, die anderen für Entartungen.

In den späteren Jahrhunderten stehen sich als die zwei wichtigsten Geistesrichtungen der **Epikuräismus** und der **Stoizismus** gegen-

[1]) Dieser Vergleich begegnet uns auch in den Erzählungen von den römischen Ständekämpfen. Appius Claudius sagt: „Der Mensch besteht aus Leib und Seele. Ebenso der Staat: Die Patrizier sind die Seele, die Plebejer der Leib." Menenius Agrippa erklärt in seiner berühmten Fabel vom Magen und den Gliedern: Der Magen seien die Patrizier, die arbeitenden Glieder die Plebejer.

[2]) Mit Stolz können wir die Herrschaft der Hohenzollern als ein solches „soziales Königtum" bezeichnen; ich denke an Friedrich Wilhelms I. Sorge für die kleinen Leute, an Friedrichs des Großen Rechtsstaat, an Wilhelms I. soziale Gesetzgebung.

über. Während bei den Epikuräern der Individualismus der Sophisten fortlebt und das souveräne Recht des Subjekts gepredigt wird, verlangen die Stoiker, daß der einzelne Mensch sich als Glied des Ganzen fühlen und sich in den Dienst der objektiven Ideen stellen soll. Ihr Ideal ist der alle umfassende Weltstaat, in welchem nur Brüderlichkeit herrscht.

Leider ist durch die Stoiker über das „Naturrecht", d. h. über das, was „natürlich" und „vernünftig" sei, viel Verwirrung in die Welt gekommen. Die Dinge wurden geradezu auf den Kopf gestellt, in der Weise, daß der organisch und historisch gewachsene Staat als Werk der Willkür erscheint, während nur das „natürlich" sei, was die „aufgeklärten" Philosophen alter und neuer Zeit in ihrem eigenen Kopf als das Vernunftgemäße konstruieren.

2.

Mittelalter[1]).

Es ist ein Naturgesetz, daß die Extreme sich berühren; der **extreme Individualismus führte zum extremen Sozialismus.**

Die Geschichte des Altertums endigte mit einer Nivellierung der Menschen und Völker, mit einer Vereinigung der ganzen Kulturwelt. Vorderasien und all die zahlreichen Länder um das Mittelmeer herum bildeten zuletzt einen **einzigen** Staat, den Weltstaat, das römische Kaiserreich.

Dieser Staat ging zugrunde, und an seine Stelle trat die **römische Kirche**, der universale „Gottesstaat", die hierarchische Heils- und Kultusanstalt, die von den Bischöfen verwaltet wird und an deren Spitze der Papst steht. Jahrhundertelang war das gesamte Abendland von dieser Idee des Gottesstaates beherrscht; man sagte:

> Der Kirche gebührt die Weltherrschaft; der irdische Staat ist der Kirche untergeordnet und hat sich ganz in ihren Dienst zu stellen.
>
> Der **Gottesstaat** (d. h. die Kirche) ist der wahre Staat und göttlichen Ursprungs; die **irdischen** Staaten sind an sich ein Werk des Teufels und nur dann berechtigt, wenn sie gehorsam den Willen des Papstes ausführen.

In die Sprache des Altertums übersetzt, heißt das: der **Gottesstaat** ist *φύσει*, eine von der **Natur** gebotene Notwendigkeit; die **weltlichen Staaten** sind *θέσει*, d. h. menschliche, willkürliche Einrichtungen.

Um 1300 war das Ziel erreicht, der **theokratische Universalstaat** vollendet. Hatte das Altertum einen extremen Individualismus hervorgebracht, so war man jetzt zum **extremsten Sozialismus** gelangt. Mit Feuer und Schwert wurde die größte Gleichförmigkeit erzwungen; alle Staaten, Völker und Menschen sollten sich nur als dienende Glieder der Kirche fühlen, sollten dasselbe denken und glauben. Jede **individuelle** Regung wurde mit Gewalt unterdrückt.

[1]) Vgl. den späteren Abschnitt „Staat, Volk, Kirche".

3.

Neuzeit.

1. Aber gleichzeitig (schon im 13. und 14. Jahrh.) begann die Reaktion; immer lauter wurde die Forderung: „Los von Rom, los von der Papstherrschaft“:

> Allenthalben entstanden nationale Staaten, die von einer Oberherrschaft, einer Bevormundung des Papstes nichts wissen wollten: in Frankreich, in England, in den Stadtstaaten und Fürstentümern Deutschlands und Italiens, in Ungarn und Polen, im 15. Jahrh. in Spanien und Portugal, in Schweden, Dänemark und Norwegen;
>
> zugleich brach die gewaltige Geistesströmung der Renaissance und des Humanismus mit der mittelalterlichen Weltanschauung; Weltbejahung trat an die Stelle der Weltverneinung;
>
> die Reformation brachte den großen Abfall von der römischen Kirche.

Damals wurde mit allem Nachdruck die volle **Selbständigkeit des Staates** betont. Als Kaiser Ludwig von Bayern gegen den Papst Johann XXII. kämpfte, schrieb Marsilius von Padua 1324 seine kühne und gedankenreiche Schrift defensor pacis („Verteidiger des Friedens“), worin er für die Souveränität[1]) des Volkes und die Rechte des von ihm gekrönten Königs gegen die Ansprüche des Papstums eintrat.

Luther erklärte den Staat für eine göttliche Ordnung, während er den göttlichen Ursprung des Papsttums leugnete.

Durch die von Karl V., Philipp II., Ludwig XIV., Ferdinand II. und III., Leopold I. geförderte Gegenreformation wurden zwar viele Länder der katholischen Kirche zurückgewonnen. Aber die weltliche Stellung des Papstums ward nicht hergestellt; vielmehr sank diese bis 1800 mehr und mehr. —

Wie langsam machte der Individualismus Fortschritte! Innerhalb der Staaten blieb zunächst der extreme Sozialismus bestehen; nur die Rollen schienen vertauscht zu sein: Wie im Mittelalter sich die Kirche an die Stelle des Staates gesetzt hatte, so trat jetzt der Staat an die Stelle der Kirche. Man sagte: der Staat habe Selbstzweck, sei göttlichen Ursprungs; die Untertanen seien nur dienende Organe. Man betonte die Allmacht (Omnipotenz) des Staates, d. h. des Königs und seiner Regierung[2]). So entwickelte sich das absolute Königtum, der fürstliche Absolutismus: der König verfügte nicht nur über Heer, Beamten und Finanzen, sondern er regelte auch die gesamte Industrie, den gesamten Handel und Landwirtschaft; ja, er wußte auch am besten, was die Untertanen denken und glauben sollten.

[1]) Das Wort „Souveränität“ ist aus superanitas entstanden; es handelt sich darum, „wer höher steht“.

[2]) Salus publica suprema lex; quod principi placuit, legis habet vigorem; omnia sunt principis.

Unserer Gegenwart kommt die wichtigste Bestimmung des Augsburger Religionsfriedens recht wunderbar vor: cuius regio, eius religio „der Untertan hat sich in seiner Religion (bez. Konfession) nach dem Landesherrn zu richten“; sie ist besonders charakteristisch für die Zeit.

Am ausgeprägtesten ist diese Entwicklung in dem Königtum Ludwigs XIV. (1643—1715). Sein stolzes Wort l'Etat c'est moi („der Staat bin ich“) entspricht ganz der Zeitrichtung. Derselbe König kämpfte jahrzehntelang gegen das Papsttum, weil er selbst oberster Herr der französischen Kirche sein und keine fremde Einmischung dulden wollte, und hob das Edikt von Nantes, die Religionsfreiheit der Hugenotten, auf, weil er es mit der Allmacht des Staates für unvereinbar hielt, daß ein Teil der Untertanen einen anderen Glauben hätte als er selbst. —

So war denn sowohl die Kirche des Mittelalters als auch der Staat des 14.—18. Jahrh. auf das Sozialprinzip aufgebaut; der Unterschied lag nur darin, daß in der Neuzeit an die Stelle der Weltverneinung die Weltbejahung trat und daß man auf die weltlichen Interessen den Hauptnachdruck legte.

2. Erst seit dem Ende des 17. Jahrh. wurde das Sozialprinzip allmählich zurückgedrängt; 100 Jahre später hatte der Individualismus gesiegt.

Bezeichnenderweise waren es zuerst die protestantischen Länder, in denen dem Individuum ein größerer, freierer Spielraum gewährt wurde: Die Niederlande, England, Brandenburg-Preußen. Besonders die Hohenzollern haben in weiser Selbstbeschränkung ihren Absolutismus weder auf die Rechtsprechung noch auf den Glauben ihrer Untertanen ausgedehnt.

Seit dem Ende des 17. Jahrh., besonders aber in der 2. Hälfte des 18. Jahrh. erfuhren die Ansichten über Ursprung und Wesen des Staates eine völlige Umwandlung; dabei ist es auffallend, wie sehr sich die Entwicklung des 5. und 4. Jahrh. vor Chr. wiederholte. Man löste sich von den mittelalterlich-kirchlichen Vorstellungen; der Mensch wurde wiederum das Maß aller Dinge; die rein weltliche, voraussetzungslose Wissenschaft begann ihren Siegeslauf durch die Welt und führte das neue Zeitalter der Aufklärung herauf. —

In bezug auf die Auffassung vom Staat ist die 2. Hälfte des 17. und das ganze 18. Jahrh. beherrscht von der sogenannten Vertragstheorie und der Naturrechtslehre[1]). Verschiedene An-

[1]) Allgemein war man der Ansicht, der Staat sei θέσει, d. h. eine rein menschliche Einrichtung; ursprünglich habe ein staatloser Naturzustand geherrscht, und der

schauungen, Strömungen und Bestrebungen flossen hier zusammen; bemerkenswert erscheint mir folgendes:

a) Manche betonten, wie die Sophisten, das natürliche Recht des Stärkeren: Macht sei Recht, und jeder habe soviel Recht, wie er Macht habe. Im Anfang habe ein allgemeiner Kampf aller gegen alle bestanden, ein bellum omnium contra omnes.

Der Staat erschien diesen Leuten als ein Notbehelf, um das unumschränkte Recht der Stärkeren zu zügeln. Er sei durch einen Vertrag zustande gekommen; aber dieser Vertrag gelte nur solange für Herrscher und Beherrschte, wie er für sie vorteilhaft sei.

Tatsächlich ist nach dieser Theorie der Staat weiter nichts, als ein Herrschaftsobjekt, ein Gewaltverhältnis. Der Starke steht an der Spitze, und sein Recht reicht so weit, wie er Macht hat. Diese Lehre hat ihre bedeutendsten wissenschaftlichen Vertreter zu der Zeit gefunden, wo Ludwig XIV. seine absolute Fürstengewalt ausbildete (l'État c'est moi) und in England die Stuarts Karl II. und Jakob II. sich dasselbe Ziel setzten (Hobbes, Bossuet, Spinoza).

b) Wichtiger wurde folgende Lehre, welche auch im 17. Jahrh. entstand, dann aber den größten Einfluß auf die Männer der Aufklärungsperiode und bis auf unsere Gegenwart gehabt hat. Man war unzufrieden mit dem bestehenden Staat und sprach von einem glücklichen „Naturzustand", zu dem man zurückkehren müsse. Man redete von einem „Urvertrag" zwischen König und Volk; wenn der König diesen Vertrag breche, so gehe er von selbst des Thrones verlustig. Hatte man früher nur von den Pflichten der Untertanen gesprochen, so redete man jetzt nur von den Rechten, den ewigen Rechten, die droben hangen unveräußerlich und unzerstörbar, wie die Sterne selbst. Die Feststellung der „allgemeinen Menschenrechte" spielte eine große Rolle; man lehrte das „Recht des Widerstandes"[1]).

c) Je mehr das Individuum, d. h. das Ich, zum Maß aller Dinge gemacht wurde, setzten sich die Menschen über das historisch Gewordene hinweg, konstruierten in ihrem Kopf den „besten Staat" und erklärten diesen für allein „natürlich" und „vernünftig".

d) Ja, man scheute sich nicht, das Individuum als Zweck, den Staat als Mittel zum Zweck zu bezeichnen. Viele erklärten den Staat für ein „notwendiges Übel"; je weniger regiert werde, um so besser sei es. Es wurde verlangt, daß das Individuum sich völlig frei bewegen könne

---

Staat sei das Produkt späterer Vorgänge. So bildete sich allmählich die Lehre von einer vertragsmäßigen Begründung der Staatsgewalt, vom „Gesellschaftsvertrag".

[1]) Vgl. meine „Weltgeschichte der Revolutionen".

in Religion, Kunst und Wissenschaft,
im wirtschaftlichen Leben.

Welch gewaltige **Wirkungen** haben diese Naturrechtslehren und Vertragstheorien gehabt!

In England führte man 1688 aus, daß die Stuarts den zwischen König und Volk geschlossenen „Urvertrag" gebrochen und dadurch ihren Anspruch auf die Krone verwirkt hätten. Jakob II. wurde vertrieben; Wilhelm III. von Oranien bestieg 1689 den Thron, und 1714 kam das Haus Hannover. Der Vertragstheorie verdankt der jetzige König Georg V. die Krone.

Als 1776 die englischen Kolonien in Amerika abfielen, veröffentlichten sie eine Erklärung der allgemeinen Menschenrechte und begründeten ihren Abfall mit dem „Naturrecht".

Die großartige französische Aufklärungsliteratur des 18. Jahrh. war getragen von diesen Gedanken. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens suchte man das „Natürliche" und „Vernünftige" festzustellen; dabei spielten die „Rechte" der Individuen, „Freiheit und Gleichheit" eine zunehmende Rolle. Rousseau schrieb ein Buch über den „Vertrag" und schilderte in glühenden Farben einen paradiesischen Naturzustand, zu dem man zurückkehren müsse.

Auch der absolute preußische König Friedrich II. der Große bekannte sich zu der Vertragstheorie; nur daß er daraus die Pflicht ableitete, die unveräußerlichen Rechte des Volkes zu wahren.

Und dann die französische Revolution! Als ihre erste und wichtigste Aufgabe betrachtete es die Nationalversammlung, die „Menschenrechte" festzustellen. 1792/3 begründete man die Absetzung und Hinrichtung Ludwigs XVI. damit, daß er den „Vertrag" gebrochen hätte.

Diese zeitgemäßen Gedanken von dem „Urvertrag" und dem „Recht des Widerstandes" finden wir auch in der berühmten Rede Stauffachers in der Rütli-Szene von Schillers Wilhelm Tell (II, 2):

„Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht.
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst —
Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht —
Zum letzten Mittel, wenn kein anderes mehr
Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben —
Der Güter höchstes dürfen wir verteidigen
Gegen Gewalt — Wir stehn für unser Land,
Wir stehn für unsre Weiber, unsre Kinder!"

Jene Ideen haben im 19. Jahrh. mächtig fortgewirkt, ja sind heute noch lebendig. Die Sozialdemokraten begründeten mit den „allgemeinen Menschenrechten" ihr Recht, den Staat zu zertrümmern; sie erklärten den Staat für eine willkürliche, ungerechte Macht- und Klassenherrschaft, die man beseitigen müsse, um den „natürlichen und vernünftigen" Zustand zu schaffen, um „Freiheit und Gleichheit" durchzuführen. Die Anarchisten halten den staatlosen Zustand für das höchste Ziel.

Und was hat man nicht alles für „unveräußerliche Menschenrechte erklärt!" welche Orgien hat der extreme Individualismus, das Streben nach „Freiheit und Gleichheit"

gefeiert! Haß gegen alle Obrigkeit, gegen alle starke Staatsgewalt, gegen die Besitzenden, gegen die Reichen! Förderung einer Gleichheit zwischen Männern und Frauen, zwischen Jungen und Alten, zwischen Völkern und Rassen; Forderung einer Gleichheit des Besitzes oder der Abschaffung alles Privatbesitzes (Kommunismus).

Verhängnisvoll ist auch der heute noch mächtige „Doktrinarismus", der sich um die historische Entwicklung nicht kümmert, sondern den eigenen Verstand zur einzigen Norm nimmt und ein „natürliches, vernünftiges" Staatsgebäude konstruiert.

3. Es soll nicht geleugnet werden, daß die individualistische Strömung des 17., 18., 19. Jahrh. uns von vielen unerträglichen Fesseln befreit und den Menschen zahlreiche wichtige Rechte gebracht hat. Aber sie entartete in einen extremen Individualismus, bzw. falschen Liberalismus, und dagegen trat im 19. Jahrh. glücklicherweise ein Rückschlag ein. Zwei verschiedene Wege wurden eingeschlagen, um ihn zu bekämpfen:

entweder Rückkehr zum Mittelalter;

oder Rückkehr zu den Ansichten des Altertums und daran anschließend der Versuch, einen Ausgleich zu finden zwischen den berechtigten Ansprüchen des Sozialismus und Individualismus:

a) Es ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen des 19. Jahrh., daß die mittelalterliche Staatsidee, welche um 1800 für alle Zeiten abgetan zu sein schien, wieder auflebte und zu außerordentlicher Macht erstarkte. Der Druck der Napoleonischen Zeit und die Freiheitskriege hatten die Menschen zur Religion zurückgeführt. Die römische Kirche, das Papsttum, dessen weltliche Ansprüche im 16., 17., 18. Jahrh. von den katholischen Staaten immer energischer zurückgewiesen waren, stieg zu ungeahnter Bedeutung. Die Kirche bot sich als die Retterin an; sie erschien als der Fels, an dem die zügellosen Freiheitsbestrebungen, Revolution, Sozialdemokratie und Anarchismus zerschellten.

Der Jesuitenorden ward 1814 wiederhergestellt und entfaltete eine rastlose Tätigkeit. Mit bewundernswertem Geschick wußte er sich die herrschende Naturrechtslehre und Vertragstheorie zu eigen zu machen, sprach fortwährend von den „heiligen, unveräußerlichen Rechten", erklärte den weltlichen Staat für ein Reich der Sünde, des Fleisches, für sittlich unberechtigt und nur dadurch vor Gott zu rechtfertigen, daß er seinen dienenden Arm der Kirche leihe. Der wahre, allein von Gott unmittelbar gesetzte Staat sei die Kirche, die civitas Dei, der Gottesstaat. — Diese Staatsauffassung ist die Ansicht unserer Ultramontanen; sie sehen im weltlichen Staat ein Gebilde menschlicher Willkür.

b) In schroffem Gegensatz dazu steht die historische Staatsrechtslehre des 19. Jahrh. und der Gegenwart. Sie räumte

mit der Naturrechtslehre und der Vertragstheorie gründlich auf. Die alte Anschauung eines Plato und Aristoteles von der Uranfänglichkeit des Staates kam im 19. Jahrh. wieder zu Ehren und wurde in den Vordergrund gestellt. In der Tat war es die höchste Zeit zu betonen, daß der Staat nicht willkürlich, durch den Willen einzelner (θέσει), sondern daß er in einem objektiven, vom individuellen Willen freien Werdegang natürlich (φύσει) entsteht und sich entwickelt; daß er nicht durch irgendeinen Willensakt oder Vertrag der Menschen geschaffen, sondern eine historische Notwendigkeit sei; daß der Mensch nur im Staate gedeihen kann, als ζῶον πολιτικόν.

An Plato anknüpfend, hat man in neuerer Zeit den Staat für einen Organismus erklärt, für einen Menschen im Großen. Andere sprechen von einem „Kollektivorganismus", einem „sozialen Organismus" oder nennen den Staat ein Naturprodukt, ein organisches Wesen, das nicht durch den Willen einzelner, sondern durch den Volksgeist gebildet werde und in seinem Ursprung von Gott gegeben sei. — Solche Erklärungen sind bedenklich, sind einseitige Übertreibungen und schließen die Gefahr in sich, daß man abermals aus dem extremen Individualismus zum extremen Sozialismus zurückkehrt. Richtig ist, daß der Staat eine Einheit und historische Notwendigkeit ist; aber den bewußten Willen des einzelnen darf man nicht ausschalten. Bismarck war gewiß vom Volksgeist getragen; aber ohne seinen machtvollen und zielbewußten Willen hätten wir nicht das Deutsche Reich.

Mir erscheint es notwendig, einen **Ausgleich** zu suchen zwischen

Freiheit und Gebundenheit,
Individualismus und Sozialismus,
Rechten und Pflichten der Menschen.

Weder ist der Staat bloß um der Individuen, noch sind die Individuen bloß um des Staates willen da. Es gibt Zeiten, wo es angebracht ist, auf die Freiheit und die Rechte der Einzelmenschen hinzuweisen. Heute erscheint es nötiger, die Menschen an ihre Pflichten zu erinnern; wir müssen Gneisenau zustimmen:

„Erinnere du das menschliche Geschlecht
An seine Pflicht zuerst, dann an sein Recht."

Wenn wir also den Begriff und das Wesen des Staates bestimmen wollen, so werden wir zugeben, daß in allen Individual- und Sozialtheorien eine Teilwahrheit enthalten, daß er φύσει und θέσει ist:

einerseits ist der Staat etwas innerlich Notwendiges, eine historische Notwendigkeit; er ist eine Einheit, eine Verbandseinheit, die subjektiviert werden kann, eine Rechtspersönlichkeit, eine Körperschaft

seßhafter Menschen. Alle Individuen sollen sich als Glieder dieses Ganzen fühlen;

anderseits ist der Staat keineswegs eine blind wirkende Notwendigkeit. Der bewußte Wille des einzelnen, die Macht des Genius und der Einzelpersönlichkeit darf nicht übersehen werden; die Freiheit der Individuen, der Glieder soll nicht gehemmt, sondern gefördert werden. Große Männer, Übermenschen machen die Geschichte: ein Luther, ein Friedrich der Große, ein Bismarck, ein Hitler sind wohl an ihre Zeit gebunden; die Zeit hat sie zwar gebildet, aber nicht geschaffen.

Und das Wesen dieses Staates, in dem Freiheit und Notwendigkeit harmonisch verbunden sind, besteht hauptsächlich in der Macht. Der Staat muß unabhängig, selbständig sein; er kann keine höhere Gewalt über sich dulden, muß imstande sein, durch eigene Kraft sich zu behaupten. Er hat das Recht der Waffen und das Recht, selbst den Umfang seiner Hoheitsrechte zu bestimmen; ihm kommt es auch zu, den Umfang und die Grenzen der Aufgaben der Kirche festzusetzen.

Treitschke sagt: „Der Staat ist das als unabhängige Macht rechtlich geeinte Volk. Unter Volk verstehen wir eine Mehrheit auf die Dauer zusammenlebender Familien. Mit dieser Erkenntnis ist gegeben, daß der Staat uranfänglich und notwendig ist, daß er besteht, solange es eine Geschichte gibt, und der Menschheit so wesentlich ist als die Sprache."

Im „Staatslexikon" heißt es: „Der Staat ist weder ein rein tatsächliches Verhältnis, noch ist er ein Organismus wie der Mensch, noch ist er eine vom Recht geschaffene Person, die ihr Dasein nur in der Vorstellung hätte, sondern er ist ein reales Rechtsverhältnis zwischen dem Herrscher und dem Beherrschten ... Wir können den Staat in Kürze als die rechtliche Organisation des Volkes auf einem räumlich abgegrenzten Gebiet unter einer Herrschergewalt bezeichnen."

Albrecht Penck verlangte 1916 „eine Staatenkunde, welche den Staat nicht bloß als rechtliche Institution, sondern als lebenden Organismus mit sehr verschiedenen Funktionen betrachtet"[1]).

Mit Recht weist Treitschke (I S. 29) darauf hin, daß zum Wesen des Staates auch seine **Vielheit** gehöre. Wie innerhalb des Staates der Individualismus der Einzelmenschen berechtigt ist und zur Geltung kommen muß, so innerhalb der Welt der Individualismus der Staaten. Wenn wir etwas aus der Geschichte lernen dürfen, so ist es dies, daß alle Gleichförmigkeit zu verdammen ist, daß die Menschen und Völker nicht gleich, sondern ungleich sind und auf verschiedenen Wegen ihre Eigenart entfalten müssen. Wohl kann ein Mensch von dem anderen, ein Volk von dem anderen viel, sehr viel lernen und annehmen; aber es ist doch einer der verhängnisvollsten

[1]) An dieser Stelle sei auch an die Worte v. Belows über die „Bedeutung des Unbewußten für die historische Objektivität" erinnert.

Irrtümer zu glauben, alles was bei dem einen gut und schön ist, auch auf die anderen übertragen zu können.

Gerade auf der Mannigfaltigkeit des Menschen- und Völkerlebens beruht die Schönheit der Geschichte. Die „Weltstaaten" sind immer verhängnisvolle Entartungen gewesen.

Zum Wesen des Staates gehört auch seine Unteilbarkeit. Im Mittelalter flossen Privatrecht und Staatsrecht unklar durcheinander. Erst der hohenzollernsche Kurfürst Albrecht Achilles hat 1473 den Grundsatz der Unteilbarkeit in der dispositio Achillea ausgesprochen.

In die neuen Verfassungen ist der Satz von der Unteilbarkeit des Staatsgebiets aufgenommen.

An dieser Stelle muß auch gesagt werden, was der Staat nicht ist:
weder ein Zweckverband zufällig zusammen wohnender Menschen,
noch eine Erwerbsanstalt oder ein Warenhaus.

B.
Aufgaben des Staates.

1.
Mittelalter.

Wenn man Karl den Großen (768—814) gefragt hätte, was er für seine wichtigste Aufgabe halte, so würde er ohne Zweifel geantwortet haben: Die Errichtung des Reiches Gottes, des Gottesstaates, der civitas Dei. Die Kirche war im Mittelalter die allumfassende und allbeherrschende Form des geschichtlichen Lebens. Der Staat betrachtete es als seine Hauptaufgabe, die Interessen der Kirche zu fördern. Auch ist es wahr, daß die Kirche dem Staat wichtige Aufgaben abgenommen hat, die er in seiner Jugendschwäche nicht erfüllen konnte: Erziehung, Armenpflege, Förderung von Kunst und Wissenschaft.

Aber daraus darf sich die römische Kirche und das Papsttum kein Verdienst machen wollen. Als die Kirche in den langen Stürmen der Völkerwanderung zugrunde zu gehen drohte, da sind es germanische Glaubenshelden, germanische Fürsten gewesen, die sie aus der tiefsten Erniedrigung, aus dem Verderben gerettet haben; sie waren es auch, die eine Wiedergeburt der Bildung herbeiführten: die Karolinger, besonders Karl der Große, später die deutschen Kaiser aus sächsischem, salischem, staufischem Geschlecht. Und obwohl die Förderung der Kirche als die Hauptaufgabe angesehen wurde, so war doch bei diesen Herrschern instinktiv die Überzeugung lebendig, daß der Staat souverän (superanus, d. h. der „Höherstehende") sein müsse.

Erst im 13. Jahrh. gelang es der Kirche, sich über den Staat zu erheben und ihn zum ausführenden Organ ihrer Befehle zu erniedrigen. Aber in derselben Zeit erwachte die Opposition an allen Orten; überall regte sich der nationale Widerstand.

2.

Neuzeit.

Die Neuzeit, deren Anfänge bis 1200 nach Chr. zurückgehen, ist eine Periode des ständig wachsenden Individualismus. Aber der Weg war sehr lang, und die einzelnen Fortschritte vollzogen sich außerordentlich langsam.

Zunächst trat an die Stelle des einen Universalstaates, der Kirche, eine Vielheit von Staaten, von denen jeder einzelne als seine höchste Aufgabe die Behauptung der Unabhängigkeit, der Souveränität, betrachtete, d. h. das Recht für sich beanspruchte, seine eigenen Angelegenheiten selbständig zu ordnen, das allmächtige Selbstbestimmungsrecht. Auch wurden die Ziele, die man verfolgte, wesentlich andere; sie waren durchaus auf das Irdische, auf das Profane gerichtet. Die eigene Macht über alles zu erheben, möglichst viel Reichtum zu gewinnen, dahin ging das Hauptstreben. Es entstand das absolutistisch-merkantilistische System, welches bis zur Mitte des 18. Jahrh. Fürsten und Völker beherrschte.

Für die Masse der Menschen ergaben sich noch keine individuellen Rechte; sie kamen aus einer Zwangsanstalt in die andere, aus der straffen Zucht der Kirche in die noch straffere Zucht des Staates; für sie gab es nur Pflichten. Selbst auf das geistige und religiöse Gebiet wurde die Allgewalt des Staates übertragen.

Aber allmählich vollzog sich doch eine große Scheidung; die Entwicklung ging in den katholischen und evangelischen Staaten immer weiter auseinander:

1. In den habsburgischen Ländern und in Frankreich wuchs die Unfreiheit, die Knechtschaft, die Nivellierungssucht; das Individuum war weiter nichts als ein Werkzeug des Ruhmes und der Herrlichkeit des Königs.

2. In den evangelischen Ländern wuchs die Freiheit: hier konnte die Entwicklung des Individualismus wohl zeitweise gehemmt werden; aber schließlich mußte er doch durchdringen. Die Fürsten und weltlichen Behörden dachten nicht nur an ihre Rechte, sondern auch an ihre Pflichten gegen die Untertanen. Die Aufgaben der Erziehung gingen an sie über, sie wetteiferten in ihrer Fürsorge für das

Schulwesen; gerade Luther und Melanchthon sind es gewesen, die sie immer wieder auf diese Pflicht hinwiesen.

Vor allem müssen wir des aufgeklärten Despotismus der **Hohenzollern** und ihrer rastlosen Tätigkeit gedenken. Zwar hielten sie energisch an ihrer absoluten Regierungsgewalt fest und trieben eine weitgehende Bevormundung; aber es war eine Erziehung zur Selbständigkeit und Freiheit. Sie stellten alle ihre Kräfte in den Dienst ihres Staates, ihrer Untertanen[1]).

Wie umfangreich die Aufgaben waren, welche die Hohenzollern sich stellten, möge folgende Zusammenstellung zeigen:

a) Als oberster Staatszweck erschien ihnen die Macht und Unabhängigkeit nach außen und innen; in ihnen lebte ein gesunder Wille zur Macht. Deshalb betrachteten sie als ihre Hauptaufgabe die Sorge für das Heerwesen[2]) und die Kriegführung:

> Die erste wichtige Maßnahme des Großen Kurfürsten betraf das Heer; er entließ die meisten Truppen und schuf sich dann ein zuverlässiges stehendes Heer, das er von kleinen Anfängen auf 30000 Mann brachte (seine bekanntesten Generale waren von Derfflinger und von Sparr).
>
> Friedrich Wilhelm I. ist Preußens „Soldatenkönig"; sein musterhaft gedrilltes Heer war zuletzt über 80000 Mann stark. In seinem Kantonsystem hat er schon eine Art von allgemeiner Wehrpflicht eingeführt; er erklärte seine Landeskinder für „schuldig und verpflichtet, ihm mit Gut und Blut zu dienen".
>
> Auch für den aufgeklärten König, Friedrich II. den Großen, blieb das Heer während seiner langen Regierung der wichtigste Gegenstand seiner

[1]) Der Große Kurfürst schrieb: Sic gesturus sum principatum, ut sciam rem populi esse, non meam privatam, d. h. „So will ich mein fürstliches Amt führen, daß ich mir bewußt bleibe, es handle sich um die Sache des Volkes, nicht um meine private".

Friedrich Wilhelm I. verzichtete zugunsten des Staates auf seinen königlichen Besitz.

Friedrich II. der Große hat schon als Kronprinz in seinem Antimacchiavell über die Pflichten des Herrschers geschrieben. Er betrachtete sich als den premier domestique de l'État, „den ersten Diener des Staates". Während des 7jährigen Krieges schrieb er, als er von der Übermacht der Feinde erdrückt zu werden drohte, an den englischen Minister Pitt (1761): „Zwei Triebfedern sind es, die mein Handeln bestimmen: die eine ist mein Ehrgefühl und die andere das Wohl des Staates, den der Himmel mir zum Regieren gegeben hat. Diese schreiben mir zwei Gebote vor, einmal, nie etwas zu tun, worüber ich zu erröten hätte, wenn ich meinem Volke Rede stehen müßte; und sodann für meines Vaterlandes Heil und Ruhm den letzten Tropfen meines Blutes hinzugeben."

[2]) Friedrich II. der Große schrieb: „Der preußische Staat vermag sich nur durch ein ziemlich zahlreiches Heer zu behaupten, da er von mächtigeren Feinden umgeben ist und jeden Tag mit ihnen in Streit geraten kann. Dem Machtzweck ist auch die ganze innere Politik untergeordnet; sie hat nicht die Glückseligkeit des einzelnen zum Ziel, sondern sie soll die wirtschaftlichen Bedingungen für die Machtentfaltung des Staates schaffen. Läßt Preußen seine Machtmittel verfallen, so ist es verloren; andere Staaten nehmen dann den machtleer gewordenen Raum ein und setzen sich an seine Stelle; denn die Weltgeschichte duldet zwischen den Staaten keinen machtleeren Raum."

Fürsorge; die Unterhaltung des Heeres verschlang zwei Drittel aller Staatseinkünfte.

Nach der Niederwerfung Preußens 1806 erfuhr unter Friedrich Wilhelm III. das gesamte Heerwesen durch den genialen Kriegsminister von Scharnhorst eine zeitgemäße Umgestaltung: vor allem wurde in der Zeit der Not die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt.

b) Als zweite Aufgabe kam hinzu die Machtstellung im Innern: Die Begründung des Absolutismus gegen den Widerstand der Stände; die geordnete Verwaltung und die Sorge für die Finanzen. Die Haupteinnahmen flossen aus den Domänen, die vom Großen Kurfürsten und Friedrich Wilhelm I. durch Ankäufe ständig vermehrt wurden; aus der „Kontribution" einer direkten Steuer, die von dem Vermögen, besonders vom Grund und Boden und den Gebäuden erhoben wurde, und aus der „Akzise", einer indirekten Verbrauchssteuer in den Städten.

c) Charakteristisch für das Zeitalter der absoluten Fürstengewalt ist die weitgehende Bevormundung des gesamten wirtschaftlichen Lebens. Hierbei müssen wir zum Ruhme des Hohenzollernhauses betonen, daß sie nicht, wie die französischen Könige, über der Sorge für Industrie und Handel die Landwirtschaft vernachlässigten.

Der Große Kurfürst siedelte zahlreiche fremde Bauern in dem entvölkerten Lande an, förderte Vieh- und Obstzucht, gründete Fabriken und unterstützte private industrielle Unternehmungen. Er legte Straßen an, baute den Friedrich-Wilhelms-Kanal, richtete die Post ein.

Friedrich Wilhelm I. machte die Domänen zu Musterwirtschaften. Er förderte Pferde-, Schaf- und Baumzucht. Durch die Entwässerung der Havelbrüche gewann er 100000 Hektar Ackerland.

Am umfangreichsten ist die Tätigkeit Friedrichs II. des Großen; kein Herrscher hat je seinen Staat genauer gekannt als er. Man muß staunen, wenn man sieht, wie er in alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens eindringt: bald den Anbau der Kartoffeln erzwingt oder die Rindvieh- und Schafrasse zu veredeln, die Buttererzeugung, Hühner- und Bienenzucht zu heben sucht; bald sich für die Seidenindustrie interessiert und die Berliner Porzellanfabrik erwirbt; bald den Bergbau fördert und für einen besseren Geldumlauf sorgt. Dazu hat er durch die Austrocknung des Oder- und Warthebruches große Gebiete für die Landwirtschaft erobert und im ganzen 300000 Kolonisten ins Land gezogen.

d) Dabei dürfen die sozialen Wohlfahrts- und Kulturbestrebungen nicht unerwähnt bleiben, einerseits die Fürsorge der Hohenzollern gerade für die „kleinen Leute", anderseits für das Schulwesen und die geistigen Interessen:

Der Große Kurfürst gründete die Universität zu Duisburg.

Friedrich III. (I.) hat besonders Kunst und Wissenschaft gefördert. Er gründete die Universität zu Halle und die Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Zugleich hat er aber den Versuch gemacht, dem Staat die Aufgabe einer gesetzlichen Organisation der Armenpflege zuzuweisen.

Friedrich Wilhelm I. hat die allgemeine Schulpflicht eingeführt, die Schule verstaatlicht und nicht weniger als 1800 Schulen gegründet.

Friedrich II. der Große hat die Rechtspflege neu geordnet und von der Verwaltung getrennt.

Unablässig waren Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. bemüht, das Los der Bauern zu verbessern; sie erstrebten bereits die Aufhebung der Leibeigenschaft und straften aufs strengste jede Mißhandlung der Bauern.

Besonders ruhmvoll für die Hohenzollern ist die weise Selbstbeschränkung ihrer absoluten Gewalt. Friedrich II. der Große machte es sich zum Grundsatz, nicht in die Rechtspflege einzugreifen: les lois doivent parler, et le souverain doit se taire. Vor allem aber müssen wir die große Geistes- und Glaubensfreiheit erwähnen, deren sich die Untertanen erfreuten. Der Große Kurfürst gewährte Lutheranern, Calvinisten, Katholiken die gleiche Duldung; Aufgabe des Staates sei es nur, dafür zu sorgen, daß die Konfessionen sich nicht gegenseitig bekämpften. Und darin sind ihm seine Nachkommen gefolgt; „die Religionen müssen alle toleriert werden", sagte Friedrich II. der Große.

In dem Preußen Friedrichs des Großen gab es zwar keine politische Freiheit, keine Wahlen, kein Parlament, keine mächtige Presse, aber eine Glaubens-, Denk- und Geistesfreiheit, dazu einen Rechtsschutz für Leben, Ehre und Eigentum der Bürger, wie nirgends in der Welt. Und diese Freiheit ist für neun Zehntel eines Volkes weit wertvoller, als das Recht zu wählen und gewählt zu werden.

Unmittelbar nach dem Tode Friedrichs des Großen ruft ein Franzose, der bekannte Graf Mirabeau, den Deutschen zu: „Betrachtet das Banner Brandenburgs als das Palladium eurer Freiheit![1])"

3.

Neueste Zeit.

a) Seit dem Anfang des 18. Jahrh. gewann die individualistische Bewegung immer mehr an Boden, zuerst in England, dann in Frankreich und Deutschland. Man forderte Befreiung des Individuums von allen Fesseln, auch von der Bevormundung des Staates. Sprach man früher von den Pflichten der Untertanen, so jetzt vorwiegend von den „Rechten", von den „Freiheiten". Man sagte, das Individuum sei Selbstzweck, der Staat nur Mittel zum Zweck. Dieser „Liberalismus" suchte die Aufgaben des Staates möglichst einzuschränken: „laissez faire, laissez aller (oder passer)". Er verlangte, daß der Staat sich auf den Schutz nach außen, die notwendigste Aufrechterhaltung der Sicherheit im Innern und die dazu erforderlichen Finanzen beschränken, im übrigen sich nicht in die Angelegenheiten der Menschen mischen solle[2]). In allen wirtschaftlichen, religiösen, sozialen und Erziehungsfragen müsse man die Menschen sich selber überlassen; das sei das sicherste Mittel, um jedem Individuum zu seinem natürlichen Rechte zu verhelfen.

Es soll nicht geleugnet werden, daß diese Bewegung, die besonders in der 2. Hälfte des 18. Jahrh. als „Aufklärung" immer größere

[1]) Vgl. Oncken, Zeitalter Friedrichs des Großen I, S. 475, II, S. 854.
[2]) „Der Nachtwächterstaat".

Kreise erfaßte, die dann nach der Napoleonischen Zeit im 19. Jahrh. weiter wirkte, von ungeheurer Bedeutung und von gewaltigem Segen gewesen ist. Auch müssen wir betonen, daß die Forderung des laissez faire zunächst im Interesse der unteren Millionen gestellt wurde. Zahlreiche unerträgliche Hemmungen wurden beseitigt, viele edle, hervorragende Kräfte entfesselt, die auf den verschiedensten Gebieten Großartiges geleistet haben.

Aber es wurden auch die tierischen Triebe und Begierden entfesselt, und es stellte sich in der 2. Hälfte des 19. Jahrh. die zwingende Notwendigkeit ein, Schutzdämme gegen den entarteten Individualismus aufzurichten und zu einer weitgehenden Staatsfürsorge zurückzukehren.

b) Heute muß es als das ideale Ziel erscheinen, die richtige Grenze zwischen den Forderungen des Gemeinwohls und der Freiheit des Individuums, d. h. einen Ausgleich zwischen Sozialismus und Individualismus zu finden.

Daraus ergeben sich die **Aufgaben des modernen Staates,** die bei den gewaltigen Fortschritten der Technik, dem großen Umschwung im gesamten Wirtschaftsleben ständig wachsen und sich immerfort ändern[1]).

Man kann sie in zwei Gruppen einteilen, insofern sie

Macht- und Rechtszwecke oder

Kultur- und Wohlfahrtszwecke verfolgen.

1. Macht- und Rechtszwecke:

Die allererste und wichtigste Aufgabe des Staates, die Grundaufgabe, auf der die gesamte übrige staatliche Tätigkeit beruht, ohne die auch keine individuelle Freiheit bestehen kann, ist und bleibt die Selbsterhaltung. Er muß nach innen und nach außen selbständig sein; er muß die Mittel haben, um alles, was diese Selbsterhaltung erfordert, erzwingen zu können:

durch Kriege nach außen,

durch Forderung strengsten Gehorsams im Innern.

Es gibt keine größere politische Sünde, als die hieraus erwachsenden Pflichten zu vernachlässigen.

α) Schutz und Trutz nach **außen:**

Obenan steht die Fürsorge für unsere Wehrkraft:

In der Zeit des mittelalterlichen Lehnswesens entwickelten sich die ritterlichen Berufsheere. Mit der Geldwirtschaft ging man, besonders seit dem 15. Jahrh., zu den geworbenen Söldnerheeren und den stehenden Heeren über.

[1]) Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf das Deutsche Reich. Mit tiefer Wehmut denken wir daran, was wir bis zu dem verbrecherischen Umsturz des 9. November 1918 hatten und wie ausgezeichnete Einrichtungen vorhanden waren, um die höchsten Aufgaben des Staates zu erfüllen.

Die neueste Zeit hat uns zu dem ältesten und natürlichsten Zustand zurückgeführt, daß alle freien Männer das Recht und die Pflicht des Waffentragens haben: zum nationalen Heer, zur **allgemeinen Wehrpflicht.** Sie wurde nach Beendigung der Freiheitskriege 1815 preußisches Staatsgesetz und ist später in die Verfassung des Deutschen Reiches aufgenommen. Artikel 57 lautete: „Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in der Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen."

Leider wurde, trotz der eindringlichen Lehren, welche die Geschichte der Vergangenheit gibt, die Erkenntnis nicht Gemeingut unseres Volkes, daß die Schlagfertigkeit der Armee unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf. Aus falschen Sparsamkeitsrücksichten hat die allgemeine Wehrpflicht wiederholt nur auf dem Papier gestanden, und anstatt daß die Volksvertretung eine der Bevölkerungszunahme entsprechende Vermehrung des Heeres forderte, mußte mit ihr jedesmal um die Bewilligung der Mittel geradezu gerungen werden:

Von 1814—1860 wurden im Königreich Preußen jährlich nur 40000 Mann ausgehoben, obgleich die Bevölkerung von 11 auf 18 Millionen stieg.

Wilhelm I. erkannte, daß, wenn Preußen seine Selbständigkeit nicht preisgeben wollte, es auf den Krieg gerüstet sein müsse. Er setzte, unter lautem Widerspruch des Abgeordnetenhauses, seine Heeresreorganisation durch (die „Konfliktszeit" von 1861—1866).

Auch nach 1871 konnte nur unter fortwährenden schweren Kämpfen die Friedensstärke des Heeres erhöht werden. 1887 wurde der Reichstag aufgelöst, weil er die Forderungen der Regierung nicht annehmen wollte. 1896 wurde die Heeresvermehrung nur durch Herabsetzung der Dienstzeit auf 2 Jahre herbeigeführt.

1908 betrug die Friedensstärke des Heeres 619000 Mann, einschließlich 24500 Offizieren, 85000 Unteroffizieren. 1912 655914 Mann. Erst 1913 folgte, nach langem Zaudern, eine bedeutende Vermehrung der Friedensstärke; sie sollte auf 821000 Mann gesteigert werden. Aber auch damals konnte man sich nicht zu einem Gesetz entschließen, daß die Vermehrung des Heeres mit der Bevölkerungszunahme gleichen Schritt halten sollte, und es fehlten uns beim Beginn des Weltkriegs 3 wichtige Armeekorps, welche sachverständige Fachmänner gefordert hatten.

Die Entwicklung der **deutschen Flotte** hat eine eigenartige Geschichte:

In dem Revolutionsjahr 1848 wurde eine deutsche Flotte gegründet; sie ist 1851 öffentlich versteigert worden.

Unmittelbar darauf entstanden, auf Drängen des wackeren Prinzen Adalbert, die bescheidenen Anfänge der preußischen Flotte; sie wurde 1867 vom Norddeutschen Bund und 1871 vom Deutschen Reich übernommen und bis 1880 so vermehrt, daß das Deutsche Reich sich zur dritten Stelle unter den Flottenmächten erhob. Dann aber stockte das Wachstum.

Erst mit dem Regierungsantritt Wilhelms II. (1888) kam ein neuer, frischer Zug in die Entwicklung. Aber 1892 erlahmte man wieder; wir sanken von der 3. auf die 6. Stelle.

Es bedurfte einer großen Aufklärungsarbeit, um das deutsche Volk aufzurütteln. 1898 und 1900 kamen zwei wichtige Flottengesetze zustande; es wurde bestimmt, daß 1917 die Kriegsflotte umfassen sollte:

1. die Schlachtflotte: 2 Flottenflaggschiffe und 4 Geschwader zu je 8 Linienschiffen; dazu 8 große und 24 kleine Kreuzer;

2. die Auslandsflotte: 3 große und 10 kleine Kreuzer;
3. die Materialreserve: 4 Linienschiffe, 3 große und 4 kleine Kreuzer[1]).

Auch das moderne Heerwesen mit seiner allgemeinen Wehrpflicht setzt Nationalstaaten voraus. Als im Jahre 1909 der „Völkerstaat" Österreich-Ungarn sich wegen der Annexion von Bosnien auf einen großen Krieg gefaßt machen mußte, waren die Deutschen unbedingt treu, dagegen die Slawen unzuverlässig, zum Teil sogar in offener Auflehnung.

Um seine Ehre und seine Interessen nach außen zu schützen, hat der moderne Staat nicht nur ein starkes Heer, sondern auch ein auswärtiges Amt, ein Ministerium des Äußeren, mit einem ständig wachsenden Beamtenheer. In den Hauptstädten der fremden Staaten hatten wir Botschafter, Gesandte, Ministerresidenten und außerdem Konsuln an Orten, die für die wirtschaftlichen Beziehungen wichtig waren.

Das deutsche Volk hat nie eine so lange Friedenszeit erlebt, wie von 1815—1914, unter dem Schutz des preußisch-deutschen Militarismus; die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 dauerten nur wenige Monate. Auch in der übrigen Welt schienen die Kriege seltener zu werden, und bei dem gewaltigen Umschwung, der sich in Industrie, Handel und Verkehr während der letzten 100 Jahre vollzog, wurden die Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern außerordentlich vielgestaltig. Wir denken an die zahlreichen internationalen Vereinbarungen über Post und Telegraphie, Schiffahrt und Fremdenrecht, Patentwesen und Schutz des geistigen Eigentums, über Auslieferung von Verbrechern, über sanitäre Maßregeln; ferner an die Handelsverträge. Von Jahr zu Jahr wuchsen die Aufgaben für das Auswärtige Amt; immer häufiger wurden die Konferenzen, auf denen die Kulturstaaten gemeinsame Interessen besprachen.

Zwischen den durch Abstammung, Religion, Kultur und Geschichte verwandten europäischen Völkern und Staaten entwickelten sich einige gemeinsame Anschauungen, die man Völkerrecht nennt: z. B. die Heiligkeit der Gesandten. 1864 kam die Genfer Konvention zu-

[1]) Über den lächerlichen Vorwurf des „Militarismus" vgl. S. 231. Wir waren nach dem Tode Friedrichs II. des Großen (1786), nach den Freiheitskriegen (1815), nach dem deutsch-französischen Krieg (1870/1) nicht zu militaristisch, sondern zu wenig militaristisch.

Selbst nach der letzten Heeresvermehrung (1913) standen in Deutschland nur 1,2 Prozent der Bevölkerung unter Waffen, in Frankreich aber 1,7 Prozent. Bei uns war zweijährige, in Frankreich dreijährige Dienstzeit; bei uns wurden von den gesamten Staatseinnahmen 18 Prozent, in Frankreich 30 Prozent für Kriegsaufwendungen ausgegeben, aber umgekehrt bei uns „Barbaren" dreimal soviel Geld für Schulwesen wie in Frankreich.

stande, deren Zweck es ist, die vom Kriege unzertrennlichen Übel zu mildern, nutzlose Härten zu meiden und das Los der Verwundeten zu lindern. Allmählich traten alle Kulturstaaten bei; aber zu einer völkerrechtlichen Verständigung über den Seekrieg ist es nur zum Teil gekommen. In der neuesten Zeit wurde wiederholt der Versuch gemacht, durch Schiedsgerichte Streitigkeiten zwischen den Staaten beizulegen (Haager Schiedsgericht). Völkerrechtsfanatiker träumten bereits vom „ewigen Frieden"; aber der Weltkrieg hat den Männern recht gegeben, die behaupteten, der Staat könne niemals auf seine Souveränität, sein Selbstbestimmungsrecht, verzichten und müsse stets zum Krieg gerüstet sein.

Die **äußere Politik** ist das Gebiet, auf dem wir Deutschen (abgesehen vom Zeitalter des Großen Kurfürsten, Friedrichs des Großen und Bismarcks) immer am schwächsten gewesen sind. Zweierlei scheint daran schuld zu sein:

1. Immer wieder führten uns Mangel an nationalem Egoismus und falscher Idealismus, welcher internationalen Menschheitszielen nachjagte, dazu, daß wir aus lauter Gerechtigkeit und Langmut ungerecht gegen das eigene Volkstum wurden. Bismarcks Größe bestand zur Hauptsache darin, daß er mit einer genialen Selbstverständlichkeit überall den deutschen Standpunkt vertrat.

2. Wichtiger ist folgendes: Ringsum in der Welt gilt die Diplomatie als die Kunst größter Verschlagenheit, und da sind wir „dummen", vertrauensseligen, wahrheitsliebenden Deutschen fast immer im Nachteil. Denn wir bringen es nicht fertig, wie die Franzosen, Italiener, Russen, besonders aber die Engländer, mit Biedermännermiene Waffen der Hinterlist und Tücke, der Heuchelei und Verlogenheit zu gebrauchen; wir sind nicht geschickt, unter Augenaufschlag nach oben, die Völker mit Lug und Trug aufeinander zu hetzen, um dann als „lachender Dritter" sie zu übervorteilen; wir setzen die Grundehrlichkeit, die uns selber, Gott sei Dank, angeboren ist, auch bei den anderen voraus.

Können wir uns wundern, daß sowohl in der vor- wie nachbismarckschen Zeit die Nachbarstaaten durch ihr diplomatisches Ränkespiel viel höhere Ansprüche durchsetzten, als ihnen nach ihrer körperlichen und sittlich-geistigen Lebenskraft zukam? Seit 1890 wurden Romantik und Sentimentalität die Grundlagen unserer äußeren Politik. Durch den unseligen Versöhnungsdrang Wilhelms II. und seiner Kanzler wurden die Nachbarn immer begehrlicher. Besonders aber haben unsere Volksvertreter, der Reichstag, sich auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten schlecht bewährt. Teils betrachteten sie die Auslandspolitik als ein unbesteigbares, geheimnisvolles Gebiet, das sie gern kampflos der Regierung überließen; teils gewann ihre innerpolitische Stellung einen unheilvollen Einfluß auf unsere Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den Wünschen der Juden, des Zentrums und der Sozialdemokratie führten dahin, daß wir mit Rußland immer mehr verfeindet wurden, dagegen uns von den begehrlichen Habsburgern ins Schlepptau nehmen und auf eine schiefe Bahn drängen ließen. Im Vertrauen auf unser starkes Heer und auf unsere „Nibelungentreue" wagten die Habsburger mit völlig unzulänglichen Mitteln eine Eroberungspolitik, an der wir kein Interesse hatten.

β) Im **Innern** waren die Maßregeln zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Wohlfahrt in keinem Staate der Welt trefflicher als bei uns. Wir konnten stolz darauf sein:

Nach den mannigfachen Aufgaben, die unser Polizeiwesen hat, unterscheidet man Kriminal-, Gesundheits-, Verkehrs-, Markt-, Straßen-, Bergwerks-, Sittlichkeitspolizei. Die Ortspolizei war den Gemeinden zur Selbstverwaltung übertragen, daneben gab es die Landespolizei.

Unser Gerichtswesen ist ständig verbessert worden. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch werden alle Streitigkeiten entschieden, die zwischen einzelnen Personen entstanden sind; nach dem Strafrecht wird die Sühne für Handlungen festgesetzt, die nach dem Gesetz strafbar sind.

Die Gerichte zerfallen in Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte, und über allen steht das für das ganze Deutsche Reich gemeinsame Reichsgericht in Leipzig.

2. Das Gebiet der Kultur- und Wohlfahrtszwecke:

Wenn auch die Aufgaben, welche sich auf den Schutz und Trutz nach außen und innen beziehen, für alle Zeit die ersten und wichtigsten bleiben müssen, so tritt doch im modernen Staate das Gebiet der Kultur- und Wohlfahrtszwecke immer großartiger und ausgedehnter daneben:

α) Von Jahr zu Jahr wachsen die Aufgaben, die sich auf die Pflege der physischen, wirtschaftlichen und sittlichen Interessen der Bürger erstrecken:

Verhütung oder Bekämpfung von Krankheiten;
die soziale Gesetzgebung (vgl. den späteren Abschnitt);
das Verkehrswesen (Straßen, Eisenbahnen, Post, Telegraphie);
Beleuchtung;
Maß, Gewicht, Münzen, Kredit-, Bank-, Versicherungswesen;
Bergbau, Jagd, Fischerei, Domänen, Forsten;
Maßnahmen zur Hebung von Landwirtschaft, Handel, Gewerbe.

Freilich ist in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Staatsbetriebe immer größer geworden. Aber es ist ein Irrtum des Marxismus, wenn er meint, allmählich werde und müsse die gesamte Volkswirtschaft verstaatlicht werden. Das wäre der Tod der individuellen Freiheit; der Staat darf nicht die individuelle Tätigkeit aufsaugen, soll sie vielmehr nach Kräften fördern. Nur die Betriebe sind ausgenommen, die in den Händen des Staates für das Gesamtwohl zweckmäßiger und besser eingerichtet werden können, als es von Privatunternehmern zu erwarten ist: vor allem die Verkehrseinrichtungen, Beleuchtung, Geldumlauf.

β) Von hervorragender Bedeutung ist die Pflege der geistigen und religiösen Interessen, die Fürsorge für Kunst, Wissenschaft

und Religion. Hier hat der Staat mehr, als auf irgendeinem anderen Gebiet, die doppelte Aufgabe:

einerseits nach Möglichkeit die Hemmnisse zu beseitigen, die sich der individuellen Entwicklung und Freiheit des einzelnen in den Weg stellen;

anderseits Einrichtungen und Anstalten zu schaffen, die jedem zu seiner individuellen Ausbildung zugänglich sind.

Die **Schule** gehört seit den Freiheitskriegen (seit 1815) zu den Gebieten, wo Preußen dauernd Großes leistete; unser preußisch-deutsches Schulwesen wurde für alle Kulturvölker vorbildlich.

Mehr und mehr gelangten wir zu einer vollständigen Durchführung der staatlichen Schulaufsicht; die Reste des alten kirchlichen Schulregiments verschwanden. Vor allem erforderte die Kreisschulinspektion die ganze Kraft berufsmäßiger und sachverständiger Beamten.

3. Die Finanzen:

In demselben Maße, wie die Aufgaben, sind natürlich auch die Ausgaben während der letzten 100 Jahre ins Ungeheure gewachsen. Im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten ging das Streben dahin, die Lasten möglichst gerecht zu verteilen; während man sonst immer nur von der Gleichheit der Menschen sprach, wurde hier, wo es sich um die Pflichten handelte, so stark die Ungleichheit betont, daß schon Klagen über eine Vermögensberaubung laut wurden.

Die wichtigsten Stufen der **geschichtlichen Entwicklung** sind folgende:

1. Nach 1815 wurde in Preußen eine direkte Steuer eingeführt, die Klassensteuer, die das Einkommen in 12 aufsteigenden Stufen mit einer Abgabe von $^1/_2$—24 Taler belegte. Bei dem zunehmenden Wohlstand war diese Steuer bald ungerecht, und es wurden höhere Steuersätze notwendig.

2. Bei der Gründung des Deutschen Reichs 1871 wurden der Hauptsache nach
die direkten Steuern den Einzelstaaten,
die indirekten Steuern (Zölle, Verbrauchssteuern, Post) dem Reiche überlassen.

3. Bismarcks Bestreben war es, das Deutsche Reich finanziell auf eigene Füße zu stellen. 1879 hat er sowohl für Preußen als auch für das Deutsche Reich große neue Einnahmen erschlossen:
in Preußen wurden die Eisenbahnen verstaatlicht;
im Deutschen Reich wurden Finanz- und Schutzzölle eingeführt, die große Erträge brachten.

4. Im Jahre 1891 wurden in Preußen durch den Finanzminister Miquel die direkten Steuern reformiert:
Die Einkommensteuer war seitdem progressiv gestaltet (von $^2/_3$ Prozent für ein Einkommen von 900—1050 Mark, bis zu 4 Prozent für ein Einkommen von 100000 Mark und mehr).
Pflicht der Steuereinschätzung.
Die kleinsten Einkommen blieben steuerfrei.
Dazu kam eine Vermögenssteuer ($^1/_2$ pro mille des Vermögens).

5. 1909 wurde für das Deutsche Reich, nachdem die Schulden auf $4\,^1/_2$ Milliarden Mark gewachsen waren, eine Reichsfinanzreform durchgeführt, eine Erhöhung der indirekten Steuern.

Folgendes waren vor der Revolution (1918) die wichtigsten Einnahmequellen:

1. Für das Deutsche Reich:
   a) Indirekte Steuern:
      Finanz- und Schutzzölle an der Grenze;
      Verbrauchssteuern, die von Tabak, Salz, Branntwein, Bier, Schaumwein usw. erhoben werden;
      Reichsstempelabgaben.
   b) Einnahmen aus den Staatsbetrieben der Reichspost und der elsässisch-lothringischen Reichseisenbahnen.
   c) Beiträge der Einzelstaaten (Matrikularbeiträge).
2. Für Preußen:
   a) aus den Staatsbetrieben:
      Domänen, Forsten;
      Staatseisenbahnen (1905 betrug der Reinertrag 620 Millionen);
      Bergwerken, Salinen.
   b) direkte Steuern (Einkommensteuer und Vermögensteuer);
   c) wenige indirekte Steuern (Stempelabgaben);
   d) Staatslotterie.
3. Für die Städte waren in Preußen die Einnahmen sehr verschieden:
   a) Gemeindeeinkommensteuer (meist 100—200 Prozent von der Staatseinkommensteuer).
   b) Grund- und Gebäudesteuer;
   c) Gewerbesteuer;
   d) Einnahmen aus eigenen Betrieben (besonders Straßenbahn, Gas, Elektrizität).

Als Kirchensteuer wurden meist 30 und mehr Prozent der Staatseinkommensteuer erhoben.

Das Steuerwesen war Gegenstand der heftigsten innerpolitischen Kämpfe:

Die Frage darf nicht lauten: „direkte oder indirekte Steuern?" Vielmehr sind in dem modernen Staat direkte und indirekte Steuern nötig, und es handelt sich nur um eine gerechte Verteilung. Die direkten Steuern trafen nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung, der vor dem Weltkrieg etwa 10—15 Prozent seines Einkommens an Staat, Stadt und Kirche zahlen mußte.

Die indirekten Steuern konnten der Hauptsache nach nur auf Massenartikel gelegt werden und trafen da allerdings alle gleich, arm und reich. Aber

einerseits verdankten wir den Schutzzöllen eine Steigerung der Löhne, die viel bedeutender war, als die Verteuerung der Lebensmittel;

anderseits erhielten die arbeitenden Klassen durch die sozialen Einrichtungen der Kranken-, Unfall- und Altersversicherungsgesetze mehr zurück, als sie zahlten; auch waren sie zum großen Teil von jeder direkten Steuer frei.

C.

Versäumte Aufgaben[1].

Das Hochziel unserer Väter und Großväter war die Gründung des neuen Deutschen Reichs. Leider bildeten sich seit 1871,

[1] Ich lege Wert auf die Feststellung, daß dieser Abschnitt, der vom Primat des Volkstums handelt, genau so bereits in der 10. Auflage dieses Buches stand (1920), und zwar als eine Erweiterung dessen, was ich bereits für die 1. Auflage 1910 geschrieben hatte.

besonders aber seit Bismarcks Entlassung, die meisten Deutschen ein, „fertig" zu sein und keine nationalen Aufgaben mehr zu haben.

1.

Was hätte geschehen müssen?

(Ein nationalpolitisches Programm.)

Nach 1890 hätte es unsere Aufgabe sein müssen, auf dem Wege, den die Hohenzollern 1640 betreten hatten, weiter zu gehen und vor allem das herrliche Werk Bismarcks auszubauen. Es galt, Fehler wiedergutzumachen, Versäumtes nachzuholen und einem klaren nationalen Hochziel zuzusteuern. Es fehlte nicht an wackeren, einsichtigen Politikern, welche die Aufgaben der Zukunft deutlich erkannten und aussprachen.

Die wichtigsten Lebensbedingungen des Staates erscheinen so selbstverständlich, daß sie zu wenig beachtet werden. Haben wir uns immer vor Augen gehalten, daß der Staat sich aus Volk und Boden zusammensetzt? daß seine Gesundheit auf Volk und Boden beruht? daß sein Reichtum nicht in Geld besteht, sondern in Volk und Boden, bez. in der Arbeit des Volkes, die sich aus dem Boden den Wert der diesem zufließenden Sonnenenergie herausholt?[1])

Das Volk.

a) Es war eine der größten Unterlassungssünden, daß man in der neuesten Zeit, wo seit der französischen Revolution immer stürmischer „der Volksstaat" gefordert wurde, den Begriff „Volk" nicht genau feststellte. Gehören alle Menschen, die zufällig auf dem Staatsboden zusammenwohnen, unterschiedslos und mit gleichen politischen Rechten zu diesem „Volk"? Nein! „Volksstaat" darf und kann nichts anderes bedeuten als Nationalstaat. Wenn es in der Einleitung unserer Verfassung vom 16. April 1871 hieß, daß das Reich „zur Pflege und Wohlfahrt des deutschen Volkes" gegründet werde, so verstanden wir das so, daß wir Deutschgeborenen das Hausrecht hätten und die bestimmenden Herren seien, nicht die Polen und Juden, die Dänen und Welschen.

Der Staat ist gesund, wenn das „Volk", das ihn geschaffen hat, sich durch Abstammung, Geschichte und Arbeit eng verbunden fühlt; nationale und soziale Gesinnung gehören zusammen. Mit Recht spricht man von einer „Volksseele", aus der die Einzelseelen der selbständig denkenden Persönlichkeiten geboren werden. Träger dieser Volksseele ist der völkische Grundstock; so lange bei ihm die Entscheidung über alle äußeren und inneren Fragen bleibt, geht es aufwärts.

[1]) „Synthese von Volk und Raum", von deren Notwendigkeit heute viel gesprochen wird, bedeutet dasselbe.

b) Wir verlangten Reichsgesetze, welche alle Fremden von der Thronfolge in deutschen Bundesstaaten ausschlössen und den nichtdeutschen Ausländern den Grunderwerb im Deutschen Reich untersagten.

Das deutsche Fürstenrecht, das auf dem Boden des mehr oder weniger internationalen Charakters unseres hohen und höchsten Adels erwachsen war, entsprach nicht mehr den Bedürfnissen der Zeit. Wohl konnten wir stolz darauf sein, daß fast auf allen europäischen Thronen deutsche Fürsten saßen, und wir sahen darin einen Beweis deutscher Kraft und Tüchtigkeit. Aber hatte das deutsche Volkstum Gewinn davon? Im Gegenteil! Draußen gaben die deutschen Fürsten schnell ihr Volkstum preis, und umgekehrt konnten englische und russische Prinzen vermöge des Erbrechts auf deutsche Throne kommen[1]).

c) Seit dem Jahre 1886 trieben wir in unseren Ostmarken eine planmäßige Siedelungspolitik[2]), welche den Zweck verfolgte, das Deutschtum in unseren östlichen Provinzen zu stärken, deutsche Bauern dort seßhaft zu machen. Als Hochziel schwebte uns (und das wollen wir offen aussprechen) die allmähliche Eindeutschung der Polen in den Ostmarken, der Dänen in der Nordmark, der Franzosen in der Westmark vor. Die Befürchtung, unsere Rasse würde dadurch verschlechtert, war nicht gerechtfertigt; denn die meisten Polen des Deutschen Reichs waren nur sprachlich Slawen; die französisch sprechenden Elsässer und ein Teil der Lothringer sind bis vor kurzem Vollblutdeutsche gewesen; dasselbe gilt von den Nordschleswigern.

Wir forderten keineswegs eine zwangsweise Germanisierung, sondern nur, daß die Hemmungen einer friedlichen Eindeutschung beseitigt würden. Wir sagten:

„Die nationalen Schwierigkeiten in unseren Grenzgebieten sind die Folge eines künstlich erzeugten und genährten Fanatismus; der Staat hat das Recht und die Pflicht, dem tatkräftig entgegenzutreten.

Wir bedürfen dringend einer staatlichen Regelung der Einwanderung und Auswanderung, mit der Tendenz:

einerseits die Einwanderung im wesentlichen auf die Rückwanderung deutscher Volksgenossen zu beschränken;

anderseits aber die Auswanderung aller derer zu fördern, die keine Deutschen sein wollen oder können, und dafür unser deutsches Blut im Lande zu behalten.

Die Geschichte beweist, daß jede „Versöhnungspolitik“ gegenüber den Polen, Dänen, Franzosen in unseren Grenzgebieten das Unheil nur noch größer machte.“

d) Vor allem erschien uns eine zielbewußte Pflege der

[1]) Auch in unseren höchsten Staatsämtern war der internationale Geist stark vertreten. Bismarck sah sich genötigt, ihn zu bekämpfen; er sagte: „Ich bin gegen das Heiraten mit Ausländern, besonders bei den Diplomaten.“

[2]) Vgl. S. 141.

nationalen Kultur notwendig; dabei waren wir überzeugt, daß Macht und Kultur („Potsdam und Weimar“) aufs engste zusammengehören.

Für eine unserer wichtigsten Aufgaben hielten wir die eifrige Fürsorge für die deutsche Sprache; denn sie ist der höchste geistige Besitz unseres Volkes, das stärkste Band, das uns zusammenhält. Hier war viel Versäumtes nachzuholen. Professor Dr. Trautmann-Bonn machte auf dem Alldeutschen Verbandstag zu Schandau 1909 folgende Vorschläge:

Die Schule muß überall, auch in unseren Ostmarken, in Elsaß-Lothringen, in Nordschleswig, wesentlich zur Erlernung der deutschen Sprache da sein.

Die deutsche Sprache muß geschützt werden durch ein Sprachgesetz. Wir haben nur Splitter eines solchen, z. B. den sogenannten Sprachenparagraphen, der lautet: „Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.“ Wir brauchen aber ein vollständiges Sprachgesetz, das unter anderem die Bestimmungen enthält: „Beurkundungen können nur in deutscher Sprache geschehen“ und „Öffentliche Anzeigen und Benennungen jeder Art müssen deutschen Wortlaut haben“. Ein solches Gesetz befreit uns mit einem Schlage von vielen unserer fremdsprachlichen Nöte.

Der Staat muß eine besondere Pflegestätte für die deutsche Sprache schaffen, eine Sprachwarte. Die Aufgaben dieser Anstalt sind zunächst die, welche schon Leibniz seiner Akademie zuteilte: Regelung und Reinigung der Sprache. Es müßte dahin gestrebt werden, daß auch Österreich und die Schweiz vertreten wären.

Auch in dem amtlichen Schreibwerk, besonders unserer Botschafter, Gesandten und Konsuln, muß die deutsche Sprache viel mehr zur Geltung kommen[1]).

Wir wünschten eine Nationalisierung des Schulwesens von oben bis unten. Je höher die Kultur steigt, um so mehr tritt die Ungleichheit der Menschen hervor; deshalb glaubten wir an der Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit unserer höheren und Hochschulen festhalten zu müssen; sie sollten für die geistige „Auslese“ des Volkes bestimmt sein. Dabei setzten wir voraus, daß mehr Rücksicht auf die Gesunden, Begabten, Tatkräftigen genommen, nicht immer nur „Durchschnittsware“ gezüchtet würde. Aber bei aller Verschiedenheit der Schulen schwebte uns eine hohe Einheit vor. Sie alle sollten deutsche Kultur und deutsche Gesinnung pflegen; überall sollte die Jugend begeistert werden zu treuer Pflichterfüllung gegen Staat, Volk und Kirche. „Mancherlei Gaben, aber Ein Geist“: deutscher Glaube, deutsche Innigkeit, deutsche Treue, deutscher Heldenmut,

[1]) Den Welschen, Angelsachsen und Slawen erscheint die einheitliche Staatssprache als etwas Selbstverständliches; sogar in ihren Völkerstaaten, im englischen Weltreich, in U. S. Amerika und in Rußland sollte die eine Staatssprache das Mittel sein, um die verschiedenen Nationen und Stämme zusammenzuhalten.

deutsche Schaffenslust, deutsche Opferfreudigkeit, deutsche Selbstbehauptung.

Es erschien uns selbstverständlich, daß **Lehrstoff und Schulziele** solchen berechtigten Forderungen entsprächen, vor allem aber, daß die **Lehrkörper nationalisiert**, d. h. nur deutsche und deutschgesinnte Lehrer angestellt würden.

Wenn wir von „nationaler Kultur“ sprachen, so dachten wir auch an unsere Kunst, Theater, Zeitungswesen und unser gesamtes Schrifttum. Da galt es, einen Augiasstall zu reinigen.

e) Was die **nicht im Deutschen Reich vorhandenen Volksgenossen** anging, so wiesen wir unserem Staate folgende Aufgaben zu:

Einerseits müsse er alle die Bestrebungen fördern und unterstützen, welche dahin zielen, den kulturellen und nationalen Zusammenhang zwischen allen Deutschen der Welt zu pflegen. Denn je größer das Gefühl der Zusammengehörigkeit sei, um so mehr wachse unsere Kraft.

Anderseits müsse er dafür sorgen, daß nicht immer neue Tausende unserem Volkstum verloren gehen. Allein während des 19. Jahrh. sind viele Millionen Deutscher in fremden Völkern untergegangen (Völkerdünger!). An die Stelle des veralteten Gesetzes aus der Zeit des Norddeutschen Bundes: „Norddeutsche, welche das Bundesgebiet verlassen und sich zehn Jahre lang (für die Vereinigten Staaten Nordamerikas war die Frist sogar auf fünf Jahre herabgesetzt) ununterbrochen im Auslande aufhalten, **verlieren** dadurch ihre Staatsangehörigkeit“, müßte ein Gesetz des Inhaltes treten: „Ohne Landesverrat und ehrlose Handlungen verliert kein Reichsdeutscher gegen seinen eigenen Willen die Staatsangehörigkeit“. Im Jahre 1894 wurde eine solche Änderung des Gesetzes über „Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit“ beantragt. 1905 und 1908 stellte die Regierung ein neues Gesetz in „nahe Aussicht“. 1911 brachte sie einen Gesetzentwurf ein; aber wir waren noch nicht am Ziel.

Eine ganz besondere Fürsorge erforderte unser Verhältnis zu den **Deutschen Österreichs**. Sie hatten bis 1866 zum Reich bez. Deutschen Bund gehört; es konnte und durfte uns nicht gleichgültig sein, ob sie deutsch blieben oder nicht.

Von ängstlichen Politikern wurde uns vorgehalten, daß „wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten Österreichs-Ungarns mischen dürften“. Demgegenüber erinnerten wir daran, daß Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1871 die österreichische Regierung wissen ließ: „Wir hegen keine Absichten auf die deutschen Gebietsteile Österreichs, müssen aber erwarten, daß den Deutschen in Österreich eine Behandlung zuteil wird, die sie nicht veranlaßt, sehnsüchtig über die Grenzen zu schielen und uns damit Unannehmlichkeiten zu machen.“

Waren die anderen Völker auch so zurückhaltend mit der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates“, wenn es sich um ihre Volksgenossen handelte? Nein!

Mit Billigung der **österreichischen Regierung** wagten es die galizischen Polen, im Reichsrat die Interessen des Gesamtpolentums zu vertreten.

Rußland berief sich auf seine „slawische Mission“ und spielte sich als Beschützer aller Slawen auf, besonders der Balkanvölker.

Griechenland nahm sich der unter türkischer Herrschaft stehenden Griechen an und betrieb ganz offen eine politische Einigung aller Griechen zu einem Nationalstaat.

Die Stellung des **Königreichs Rumänien** zu Österreich-Ungarn wurde beeinflußt von der Behandlung, welche die 3 Millionen rumänischer Stammesbrüder in Ungarn erfuhren.

Das Königreich **Italien** setzte sich in der kritischen Zeit 1908/9 mit Erfolg für die Universitätswünsche der italienischen Staatsbürger Österreichs ein.

Und wir? Hatten wir keine „deutsche Mission“? Nichts lag uns ferner als ein kriegshetzerischer Irredentismus. Aber wir glaubten von unserer Regierung fordern zu müssen, jede Unterstützung der äußeren Politik Österreich-Ungarns davon abhängig zu machen, daß die dortigen 12 Millionen Deutschen nicht vergewaltigt und entrechtet würden. Wir erklärten, daß zwischen den beiden Nachbarstaaten nur **ein** Anlaß zum Bruch der bestehenden Freundschaft gedacht werden könne: die durch die Bedrängnis der Ostmarkdeutschen geförderte Slawisierung Österreichs als Quelle politischer Bedrohung des Deutschen Reichs.

Unsere Hoffnung war: daß das Deutschtum Österreichs erstarkte und das bestehende Bündnis zu einem dauernden bundesrechtlichen Verhältnis ausgebaut würde.

Der Boden.

Der Staat besteht nicht nur aus Volk, sondern auch aus **Boden**; er ist auf einem bestimmten Raum entstanden, mit dem er durch lange geschichtliche Entwicklung verwächst. **Der gesunde Staat ist ein bodenständiger Volksstaat.**

a) Bodenbeschaffenheit, Lage und die Möglichkeit einer natürlichen Ausdehnung sind für sein Gedeihen sehr wichtig. Ein souveräner Staat muß volles Bestimmungsrecht über seinen Boden, seine Küste, Bodenschätze, Häfen, Verkehrswege und zugleich die Machtmittel haben, um sie gegen jedermann zu verteidigen.

b) Als Ideal schwebte uns vor, daß, wie das Ganze, so auch jedes Glied des Volksstaates **bodenständig** sei, d. h. eine eigene Heimstätte habe. Als im letzten Jahrhundert durch Dampf und Elektrizität unser

ganzes Wirtschaftsleben auf andere Grundlagen gestellt wurde und große Massen von besitzlosen Arbeitern in den wachsenden Industrie-, Bergwerks- und Handelsbezirken sich sammelten, da erwarb sich der Verein für Bodenreform und sein hervorragender Führer Damaschke das hohe Verdienst, daß sie unerschrocken dem Bodenwucher und dem Mißbrauch entgegentraten, der mit unserer Heimaterde getrieben wurde.

c) Bevölkerungs-, Wander- und Kolonialpolitik gehören eng zusammen. Wir hielten es für eine hohe Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß der bodenständige nationale Grundstock nicht nur erhalten bleibe, sondern auch wachsen könne: drinnen und draußen.

2.

Hemmungen.

Das Deutsche Reich.

Wenn das Wort „Selbstbestimmungsrecht" überhaupt einen Sinn haben soll, so kann es nur bedeuten, daß der völkische, bodenständige Grundstock den Ausschlag gibt in allen politischen, rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Aber das Gegenteil trat nach 1890 ein. Schuld daran war, daß die maßgebenden Kreise vergaßen, daß der Reichtum des Staates auf Volk und Boden beruht. Das Geld wurde das Maß aller Dinge; eine mammonistische Staatsauffassung drang hinauf bis in die höchsten regierenden Kreise, bis zum Throne, die den Staat für eine Erwerbsanstalt und ein Warenhaus hielt; die werteschaffenden, bodenständigen Kreise verloren ihren Einfluß. Die Wirkungen waren entsetzlich; denn wir standen schon vor dem Weltkrieg unter einer Fremdherrschaft, draußen und drinnen.

a) Es entwickelten sich drei **nichtbodenständige** Staaten, Schmarotzerstaaten, die aus eigener Kraft sich nicht aufrecht halten konnten, sondern sich an Stämme, Äste und Zweige des gesunden Volksstaates anschmiegten, um ihm die besten Kräfte auszusaugen. Im stolzen Machtbewußtsein vergaßen sie, daß sie selbst zugrunde gehen müssen, wenn der morsch gewordene Volksstaat zusammenbricht. Es sind:

die römische Papstkirche,
das Judentum bez. das internationale Großkapital[1]),
der internationale Marxismus.

Drei wohlorganisierte Staaten im Staate, die unser Reich zersetzten und jede Stärkung hemmten! Es gelang ihnen, im Reichstag die Mehrheit zu erlangen, entscheidenden Einfluß auf unsere Regierung, auf unser Wirtschaftsleben und unsere gesamte Kultur zu gewinnen. Sie raubten unserem Volke die Seele; sie förderten die Verstädterung und Entwurzelung unseres Volkes.

b) Mit diesen drei nichtbodenständigen Schmarotzerstaaten verbanden sich in unserem Reich alle anderen Undeutschen und Halbdeutschen: die Polen und Dänen, die elsässischen Protestler und Welfen, die Pazifisten und Völkerrechtsfanatiker. Gemeinsam erreichten sie, daß alle Versuche, in den Ost-, Nord- und Westmarken das Deutschtum zu stärken, fehlschlugen.

c) „Internationale Kulturgemeinschaft" erschien als das höchste Ziel; ihretwegen war man bereit, das eigene Volkstum wegzuwerfen, und rühmte sich seiner „Anpassungsfähigkeit". Es fehlte der nationalpolitische Egoismus und der Wille zur Macht; ja, man behauptete, Machtpolitik hemme die aufsteigende Kultur, und sprach von einem Gegensatz zwischen Potsdam und Weimar. Wir klagten über den Bildungs- und Aufklärungsschwindel, über das Theaterelend, vor allem über die Entartung unseres Schulwesens.

Demokratisierung und Internationalisierung des gesamten Schulwesens waren die hervorstechendsten Merkmale in den letzten Jahrzehnten:

1. Das Nivellieren nahm einen immer größeren Umfang an; man vergaß, daß die Menschen ungleich sind:

Töchterschulen wurden den Gymnasien gleichgestellt, die Universitäten den Frauen geöffnet, Zulassung der Volksschullehrer zu den Universitäten gefordert.

Auf allen Schulen sollte alles gelehrt werden; auf den Gymnasien drangen Mathematik, Physik, Chemie, Biologie in die vorderste Reihe; auf Oberrealschulen gab's Lateinunterricht.

Die „Einheitsschule" wurde zu einem politischen Schlagwort. Das Ergebnis war, daß nicht das Untere nach oben, sondern das Obere nach unten gezogen wurde.

2. Noch verhängnisvoller war, daß sämtliche Schulen zu Erziehungsanstalten für Ausländerei und Mammonismus wurden. „Höhere Bildung" schien wesentlich in der Aneignung von 300 französischen oder englischen Vokabeln und in der „richtigen" Aussprache der Fremdwörter zu bestehen. Und als man in den letzten Jahrzehnten eine „bessere staatsbürgerliche Bildung" forderte, da artete die Bewegung bald dahin aus, daß besonders die Unterweisung in wirtschaftlichen Dingen betont wurde. Damit hing eine maßlose Überschätzung des mechanischen, logischen, rechnerischen Denkens zusammen. Überall stand obenan die Frage: „Welchen materiellen Gewinn bringen mir die Kenntnisse ein?" Das Wort Richard Wagners geriet in Vergessenheit, daß der Deutsche sich dadurch von den anderen unterscheide, daß er „eine Sache um ihrer selbst willen treibe".

Auch beklagten wir eine Überspannung des Bildungszwanges, namentlich auf den höheren und Hochschulen. Wie töricht, für immer mehr Berufe das Abiturientenexamen oder gar Universitätsstudium vorzuschreiben!

[1]) „Fast durch alle Länder verbreitet sich ein mächtiger feindseliger Staat, der mit allen anderen in beständigem Kriege lebt und fürchterlich schwer auf die Bürger drückt: das Judentum." (Fichte.)

Mit tiefstem Schmerz erfüllte uns die Wahrnehmung, daß seit 1890 unsere deutschen Fürsten (von Kaiser Wilhelm II. an), der hohe Adel und zahlreiche Staatsmänner durch ihre Familienbeziehungen dem deutschen Volkstum entfremdet wurden und sich von dem internationalen Geist verseuchen ließen. Ihrem Beispiel folgten die meisten „Maßgebenden" in den höheren Schichten der Gesellschaft. Hätten sie es doch gerade so gemacht, wie ihre Standesgenossen im Ausland, daß sie dem gesamten Volk ein leuchtendes Vorbild gewesen wären in nationaler Gesinnung!

Österreich-Ungarn.

Vor 100 Jahren gab es noch in dem habsburgischen Staate, besonders in den zum Deutschen Bund gehörigen Ländern, einen deutschen, bodenständigen Grundstock und eine deutsche Staatssprache. Nach den Freiheitskriegen wäre es leicht gewesen, darauf weiterzubauen. Aber in unbegreiflicher Verblendung gaben die Habsburger und ihre Regierung, unter dem Einfluß Roms, ihre zuverlässigste Stütze preis; sie bildeten sich ein, die römische Kirche sei ein stärkeres Band, um die verschiedenartigen Teile des Donaustaates zusammenzuhalten.

Die Folgen? Einerseits erstarkten die drei nichtbodenständigen Schmarotzerstaaten, die römische Papstkirche, das Judentum, die Marxisten; sie entzogen dem Reiche die besten Kräfte. Anderseits entwickelten sich die nichtdeutschen Nationen der Magyaren, Tschechen, Slowenen, Polen zu gefährlichen Staaten im Staate, die sich auf Kosten des Deutschtums ausbreiteten.

„Zukunftsstaaten."

„Hart im Raume stoßen sich die Sachen."

1.

Nach den überraschenden Siegen der Jahre 1864, 1866 und 1870/71 erwarteten alle Nachbarvölker, daß Bismarck tun würde, was für sie selbstverständlich gewesen wäre: nämlich das gesamte Deutschtum Mitteleuropas in irgendeiner Form politisch zusammenfassen. Um sie zu beruhigen, erklärte der erste Reichskanzler: „Wir sind saturiert." Natürlich gilt für dieses Wort dasselbe, was er über die Dauer der Bündnisse sagte: „daß sie nur Bedeutung hätten nach Maßgabe der Lage zur Zeit des Abschlusses."

Es war keineswegs im Sinne und Geiste Bismarcks, daß sein Wort „Wir sind saturiert" für die nachbismarckschen, allen Konflikten ausweichenden Diplomaten („Nur keine Konflikte!") ein Ruhekissen wurde, um sich alle Aufregungen vom Leibe zu halten. Für sie gab es keine „unerlösten Volksgenossen", keine „Irredenta", wie für die Italiener, Polen, Rumänen; sie betrachteten (und das war für ihre olympische Ruhe viel bequemer) unsere deutschen Brüder in Rußland und Österreich-Ungarn als Ausländer und überließen sie ihrem Schicksal. Es wird erzählt, daß sogar hochstehende Diplomaten keine

Ahnung davon gehabt hätten, daß im Deutschen Reich nur stark zwei Drittel des mitteleuropäischen Deutschtums wohnten, und zwar (um das Jahr 1910):

im Deutschen Reich	62	Millionen	Deutsche,
in Österreich-Ungarn	12	„	„
in Rußland	2	„	„
in der Schweiz	2,3	„	„
in Belgien	4,7	„	Niederdeutsche,
in Holland	8	„	„

Dazu kamen noch 15 Millionen Deutsche in den fremden Erdteilen, besonders in Amerika.

Mit wachsender Besorgnis sahen ernste deutsche Männer, wie nach der Entlassung Bismarcks (1890) die Interessen des deutschen Volks draußen und drinnen vernachlässigt wurden und wie der heldische Staatsgedanke sich in einen Händlergedanken wandelte; sie gründeten den Alldeutschen Verband. Dem deutschen Michel wurde durch seine Zeitungslektüre „alldeutsch" allmählich der Sammelname für alle nationalpolitischen Ketzer, die sich der Pflege des Deutschtums widmeten, besonders für den Wehrverein des wackeren Generals Keim und für den Deutschbund. Diese sogenannten „Nationalisten" waren mit ihren berechtigten Mahnungen den Regierenden höchst unbequem und wurden in einer Weise bekämpft, wie nach den Befreiungskriegen Männer wie E. M. Arndt.

Der Zukunftsstaat und das Hochziel dieser „Nationalisten" war, daß das gesamte Deutschtum Mitteleuropas sich zusammenschließe, d. h. daß einmal in irgendeiner Form deutsches Staatstum und deutsches Volkstum eins werde. Sie dachten dabei niemals an gewaltsame Eroberung, sondern hofften, daß die Frucht von selbst reifen werde und daß sich dann deutsche Staatsmänner fänden, die das Rauschen Gottes in der Weltgeschichte wahrnähmen und den Saum seines Gewandes ergriffen. Auch verlangten sie Maßnahmen, die es verhinderten, daß es in Zukunft draußen und drinnen Massengräber unsers Volkstums gäbe. — Nicht nur nach außen, sondern auch nach innen richteten sie ihren Blick. Sie ersehnten eine nationale Kultur, eine nationale Wirtschaft ohne Abhängigkeit vom Ausland, vor allem aber eine Verankerung des gesamten Volkes in dem nationalen Boden, daß möglichst jeder einzelne Volksgenosse bodenständig würde und eine eigene Heimstätte hätte, daß der Industriebevölkerung ein kleinbäuerliches Leben ermöglicht werde. — Gegenüber dem wunderlichen Naumannschen Zukunftsideal eines mitteleuropäischen Völkergemischs erinnerten sie an ein Wort, das Bismarck um 1855 in Schweden gesprochen hat: „Ich habe zwei große politische Ideen, die erste besteht darin, unser Deutschland zu einem großen Reiche zu sammeln, und während jener Zeit schafft ihr euch ein einiges Skandinavien. Damit käme dann meine andere Idee zur Geltung: Eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen Deutschland und dem stammverwandten Norden mit einer doppelten Front nach Osten und Westen." Wie sehr fühlte sich Bismarck als Germane!

2.

Ganz anders sah der Zukunftsstaat unserer Internationaldemokraten aus. Diese drei nichtbodenständigen Staaten im Staate hatten weltumspannende Menschheitsziele:

Die Marxisten redeten von einem kommunistischen Zukunftsstaat und einer Menschheitsorganisation;

die römische Papstkirche erstrebte eine Universaltheokratie, an deren Spitze Gott bez. der Papst stehe;

das Judentum trachtete gleichfalls nach der Weltherrschaft und sah darin die Erfüllung alter Weissagungen.

Einige Abweichungen zeigten die Zukunftsbilder, welche sich die Völkerrechtsfanatiker, die Pazifisten oder Phantasten wie Naumann von der Menschheitsorganisation machten.

3.

Und die Nachbarvölker? Auch sie hatten Zukunftsträume und Hochziele, die über die Grenzen ihres Staates hinausgingen. Aber sie kannten weder eine Beschränkung auf das eigene Volkstum noch dachten sie daran, dasselbe „höheren Menschheitszielen" unterzuordnen. Vielmehr griff ihr Imperialismus überall in fremdes Volkstum über.

Für die Engländer war es ausgemacht, daß die ganze Welt englisch werden müsse. Bei allen Völkern ringsum erhielt das Ausdehnungsstreben den Mantel einer „Mission" (Aufgabe); sie bestand für die Russen in dem „Testament Peters des Großen", für die Franzosen in dem Anspruch auf „die natürliche Rheingrenze", für die U. S. Amerikaner in der „Monroe-Doktrin", für die Italiener in der „Irredenta". Dazu kamen die gefährlichen Zukunftsträume und aufgestachelten Leidenschaften der Polen, Tschechen, Serben.

Überall ein gesteigerter Wille zur Macht! Nur wir Reichsdeutschen ließen uns den „Machtkitzel" austreiben.

II.

Umfang und Größe des Staates.

Die alte Geschichte endete mit Weltreichen: dem persischen, griechisch-mazedonischen und schließlich dem universaltheokratischen römischen Weltreich. Der Ausgang war: Entnationalisierung, Nivellierung, Völkermischung.

In die entartete alte Kulturwelt traten die Germanen ein, und von den Tagen der Völkerwanderung bis heute ist die Geschichte der Hauptsache nach ein Ringen zwischen Universalismus und Nationalismus. Darum handelt es sich in dem Kampf zwischen Romanismus und Germanismus, d. h. zwischen römischjüdischem und germanischdeutschem Geist, zwischen römischjüdischem und germanischdeutschem Recht, zwischen römischjüdischem Weltstaatsgedanken und germanischdeutschem Nationalstaatsgedanken.

Unsere Tragik besteht darin, daß seit 2000 Jahren der Romanismus wie ein Pfahl in unserem eigenen Fleisch steckt und unser Volk in Armindeutsche und Flavusdeutsche spaltet und zerreißt.

A.

Bis zum Ende des 15. Jahrhunderts.

1.

Neuer Universalismus, neue Weltreiche.

Als das römische Reich zusammenbrach, war zunächst für lange Jahrhunderte ein Chaos. Die germanischen „Staaten", welche im 5. und 6. Jahrh. auf dem Boden des weströmischen Kaiserreichs entstanden, verdienen den Namen „Staat" nur in sehr beschränktem Maße. Es waren Eroberungen; ihre Größe hing von der Tüchtigkeit der Führer ab. Erst was die vier willensstarken Pippiniden geschaffen haben (Pippin von Heristal, Karl Martell, Pippin der Jüngere, Karl der Große), war ein starkes Staatswesen, ein Staat, in dem die meisten Germanen und Romanen geeint waren. Aber das Ergebnis der langen, langen Gärungsperiode war ein neues Weltreich, ein Universalstaat, der ausdrücklich den Anspruch erhob, die Fortsetzung des alten weströmischen Reiches zu sein.

Doch aus diesem Weltreich sollten drei Nationalstaaten, der deutsche, italienische und französische hervorgehen; genau 1000 Jahre mußten verfließen, bis diese Entwicklung zu einem gewissen Abschluß gelangte, 870—1870:

870 wurde das Reich Karls des Großen durch den Vertrag von Mersen in Frankreich, Deutschland und Italien geteilt;

1870 entstand das neue deutsche Kaiserreich und das Königreich Italien.

Aus der entsetzlichen Zerrüttung, die nach 870 eintrat, wo alle staatliche Ordnung schwand, wo jede feste Begrenzung zwischen den „Staaten“ verloren ging, erhob sich zuerst Deutschland durch die hervorragende Tüchtigkeit Heinrichs I. (919—936) und Ottos I. des Großen (936—973). Deutschland schien berufen, ein mächtiger Nationalstaat zu werden; Deutschland hatte den Vorzug, drei Jahrhunderte lang in dem glänzenden sächsisch-salisch-staufischen Herrschergeschlecht überragende Persönlichkeiten zu besitzen, welche geeignet waren, das deutsche Volk zu einer hohen Blüte der Kultur zu führen. Aber wieder wurde das Ziel, war der Erfolg ein Weltreich. Die Idee des römischen Kaisertums war und blieb lebendig; die besten Kräfte wurden dafür eingesetzt. Heinrich VI. (1190—1197), der Sohn Friedrich Barbarossas, schien die Universalherrschaft erreichen zu sollen:

in Deutschland hatte er allen Widerstand niedergeworfen;
er war König des Normannenreichs (Neapel und Sizilien);
Italien und Sardinien hielt er im Zaum;
England war sein Vasallenstaat, auch Cypern, Jerusalem;
auf Frankreich, Spanien, ja auf das griechische Kaiserreich richteten sich seine Pläne.

Da starb er 1197, und das stolze Gebäude der Weltherrschaft brach zusammen. Überall erhob sich die Opposition der niedergehaltenen nationalen Elemente: in Ober-, Mittel- und Süditalien, in Frankreich, England, Polen und Ungarn.

Und doch siegte abermals der Universalismus: das Papsttum wurde Erbe des römischen Weltreichs. Der Papst beanspruchte, das weltliche Oberhaupt der ganzen Christenheit zu sein; Kaiser, Könige, Herzöge und Fürsten sollten ganz von seinem Willen abhängen: alle Staaten nur Glieder des einen Gesamtstaates. Der Papst verfügte über die römisch-deutsche Kaiserkrone; die italischen Länder waren direkt oder indirekt von ihm abhängig; die Könige von England, Arragonien, Portugal, Ungarn, Neapel-Sizilien huldigten ihm als ihrem Lehnsherrn; auch der französische König mußte sich seiner Autorität beugen; in Preußen und Livland bildeten sich neue Kirchenprovinzen; in Konstantinopel wurde 1204 das lateinische Kaisertum errichtet.

Wiederum ein theokratisch-universales Weltreich! Rom, der Vertreter der Nivellierung und Entnationalisierung, hatte gesiegt.

2.

Nationale Opposition.

Aber in derselben Zeit, wo der Universalismus auf die höchste Spitze getrieben war, wurde der moderne Nationalstaat geboren; freilich sollte sein Wachstum noch oft genug gehemmt und verkümmert werden. Überall regte sich der nationale Individualismus, die nationale Eigenart; besonders die Germanen waren mündig geworden. Es war eine Zeit außerordentlich vielgestalteten Lebens.

a) Ringsum bildeten sich unter starken Herrscherhäusern Nationalstaaten, teils unter heftigen Kämpfen gegen das Papsttum; am Ende des 15. Jahrh. sehen wir

das erstarkte und geeinte Frankreich unter Ludwig XI.;
England begann 1485 unter Heinrich VII. seine große Geschichte;
Spanien wurde durch Ferdinand und Isabella geeint;
Polen war ein mächtiges Königreich unter den Jagellonen;
die nordischen Reiche Dänemark, Schweden und Norwegen standen unter einer Herrschaft.
Portugal entwickelte sich zu einer starken Macht.

b) In Deutschland und Italien war das universale Papsttum am mächtigsten. Als Ganzes waren diese Länder zur Ohnmacht verurteilt; aber die nationalen Kräfte flüchteten in die Teile. So sehr wir den Partikularismus in Deutschland und Italien beklagen müssen, so war er doch eine notwendige Durchgangsstation; wir staunen über die Fülle von Kraft, die auch in der Zersplitterung sich geltend machte.

Es schien, als sollte in Mitteleuropa sich die Entwicklung des griechischen Altertums wiederholen. Erst in Oberitalien, dann in ganz Deutschland entstanden zahlreiche Stadtstaaten, welche, unbekümmert um Kaiser und Papst, um Herzöge, Bischöfe und Fürsten, ihre Angelegenheiten selbständig ordneten. Viele haben jahrhundertelang eine hohe Bedeutung gehabt, wie Lübeck, Köln, Augsburg, Nürnberg; ja, Venedig und Genua konnten die Geltung von Großmächten für sich beanspruchen.

Im heftigen Kampf mit diesen Stadtstaaten entwickelte sich in Mitteleuropa das Fürstentum; während das Kaisertum der Luxemburger und Habsburger immer neuen internationalen Weltherrschaftsplänen nachjagte und sich aufs engste dem Papsttum anschloß, verfolgte man in den kleinen Fürstentümern, oft unbewußt, rein nationale Interessen. 1338 trat man im Kurverein zu Rense energisch den Forderungen des Papsttums entgegen; auf den Reichstagen brachten die Fürsten ihre Beschwerden gegen die Übergriffe Roms vor. Weil sie größtenteils mit dem Volkstum eng verwachsen waren, wurden sie Anhänger der Reformation. Je mehr Kaisertum und Papsttum taub waren gegen alle nationalen Wünsche, um so mehr wurden die Fürsten Träger derselben.

Das territoriale Fürstentum drängte die Stadtstaaten zurück; aus ihm sollte das national-italienische Königreich, das national-deutsche Kaiserreich hervorgehen.

B.

1500—1800.

1.

Die Dynastiestaaten.

Der Gang der weltgeschichtlichen Entwicklung ist selten gradlinig. Am Ende des 15. Jahrh. schien der Universalismus überwunden zu sein. Zahlreiche Nationalstaaten hatten sich gebildet: Spanien, England, Frankreich, Portugal, Polen, die nordischen Reiche; in Mitteleuropa gelangten nationale Kleinstaaten zu hoher Bedeutung. Und doch entfernte man sich in den nächsten Jahrhunderten weiter als je vom Nationalstaat. Weshalb? weil das Volk gar keine Rechte hatte.

Niemals hat man sich weniger um die Einheit des Raumes, um die nationale Zusammengehörigkeit der Bürger gekümmert; die Staaten wurden wie ein Privatbesitz der herrschenden Häuser behandelt, ganz willkürlich zerteilt und weit zerstreute Länder zusammengewürfelt. Am auffallendsten war dies bei der habsburgischen Dynastie. Im 16. und 17. Jahrh. gehörten Mailand, Sardinien, Neapel, Sizilien, Niederlande, Franche-Comté zu Spanien; später die südlichen Niederlande und Mailand zu Österreich, welches auch Ungarn beherrschte. Diese Länder hatten nur in der herrschenden Dynastie ihre Einheit. — Ebenso wurden mit Schweden die Ostseeländer Karelien, Ingermanland, Estland, Livland, Vorpommern, die Stifter Bremen und Verden vereinigt. Auch mit Polen wurden unter den Jagellonen deutsche, russische und ruthenische Gebiete verbunden. Dem französischen König Ludwig XIV. war es gleichgültig, zu welchem Volkstum seine Untertanen gehörten; er griff nach Deutschland und Italien hinüber.

Charakteristisch für diese Periode sind die Erbfolgekriege, bei denen man sich um den nationalen Zusammenhang nicht im mindesten kümmerte:
die polnisch-schwedischen Kriege;
der pfälzische Erbfolgekrieg (1688—1697);
der spanische „ (1701—1713/4);
der polnische „ (1733);
der österreichische „ (1741—1748).

Gerade für Italien und für Deutschland trieb diese Entwicklung die wunderbarsten Blüten; immer schlimmer wurde die Fremdherrschaft. Teile von Italien gehörten bald zu Spanien, bald zu Österreich, bald zu Frankreich. In Deutschland waren
Holstein mit Dänemark,
Vorpommern mit Schweden,
Hannover mit England,

Sachsen mit Polen,
Österreich mit Ungarn verbunden.
Einzelne Teile lösten sich als selbständige Staaten aus: Holland und die Schweiz. Im brandenburgisch-preußischen Staat war seit 1660 der Herrscher in Preußen souverän, in den übrigen Gebieten ein Glied des deutschen Gesamtstaates. Ebenso lag der österreichisch-ungarische Staat teils in, teils außerhalb des Deutschen Reiches.

2.

Neue Weltreiche.

Unter allen Dynastiestaaten hat keiner sich mit bewußter Absicht auf ein einziges Volkstum beschränkt; immer von neuem ging das Streben ins Universale. So entstanden neue Weltreiche:
zunächst der Habsburger;
dann Ludwigs XIV.;
zuletzt Napoleons I.

C.

Die neueste Zeit.

1.

Der unersättliche Universalismus Napoleons I., seine rücksichtslosen Weltherrschaftsbestrebungen, die vielen blutigen Kriege weckten in Mitteleuropa ein Nationalgefühl, so stark und mächtig, wie es noch nie gewesen war. Den Hauptinhalt der neuesten Geschichte bildete die Neugestaltung Mitteleuropas, die Entstehung des Königreichs Italien und des deutschen Kaiserreichs.

Zwar schien es nach 1815 jahrzehntelang, als sollten abermals die dynastischen Interessen über die nationalen Bestrebungen siegen; es gelang der österreichischen Regierung unter den Fürsten Metternich und Schwarzenberg, in Deutschland und Italien alles völkische Leben und Streben zu ersticken. Aber schließlich brach es doch durch, und in den Jahren 1859—1870 entstanden zwei Nationalstaaten:
das Königreich Italien und
das deutsche Kaiserreich.

Wir glaubten, der Universalismus sei überwunden, und erklärten, der moderne Staat sei der Nationalstaat, wo Volk, Staat und Raum zusammenfallen. Wir sprachen von dem „umgekehrten Weg": die Geschichte des Altertums habe vom Nationalismus zum Universalismus geführt; umgekehrt sei die Geschichte vom Ende des Altertums bis zur Gegenwart die allmähliche (nicht gradlinige) Entwicklung

aus dem Universalismus zum bewußten Nationalismus, d. h. zu der Erkenntnis, daß in bezug auf den äußeren Umfang derjenige Staat der beste sei, in welchem eine ganze Nation, ungemischt mit fremden Volkssplittern, eine politische Einheit bilde.

Freilich machten wir zwei Einschränkungen:

Einerseits können nur lebenskräftige Völker, die sich nach außen und nach innen selbst zu behaupten vermögen, einen eigenen Staat bilden. In Osteuropa leben zahlreiche „staatsunfähige Nationen", denen es teils an innerer Kraft und Kultur fehlt, teils an der erforderlichen äußeren Größe, teils an beidem. Wir denken besonders an die „Staaten" Litauen, Lettland und Estland.

Anderseits lassen sich die Grenzen zwischen zwei großen Nationen nicht immer scharf ziehen. Strategische und wirtschaftliche Gründe spielen mit; auch ist in den „Marken" die Bevölkerung vielfach gemischt.

2.

Der Weltkrieg.

Wohl durften wir auf S. 223f. sagen: „Weil bei unseren Feinden der nationale Gedanke gepflegt und das nationale Feuer geschürt wurde, deshalb siegten sie; weil es bei uns unterdrückt wurde, deshalb unterlagen wir." Aber für die „Hintermänner und Drahtzieher" unserer Feinde war im Kampfe gegen uns Deutsche der nationale Gedanke nur Waffe und Maske. Während es ihnen nicht einfiel, innerhalb des eigenen Machtbereichs das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" gelten zu lassen, der Iren, Inder, Ägypter, Marokkaner, peitschten sie die nationalen Leidenschaften der Polen, Tschechen, Serben, Rumänen, später der Litauer, Esten, Letten bis zur Siedehitze auf. Entsprechen die Ergebnisse dem Ideal des Nationalstaates?

1. Frankreich und Italien haben kerndeutsche Länder annektiert. Und wie sehen die Papierstaatengründungen im Osten aus? Nirgends ein einheitliches Volkstum; überall eine Ausdehnung auf Kosten des Deutschtums! Schon bei ihrer Geburt sind die neuen Reiche Polen, Litauen, Tschechien, Großserbien „Völkerstaaten".

2. In Wahrheit hat uns der Weltkrieg vom Nationalstaat entfernt. Unsere Entwicklung ist da angelangt, wo in der alten Kulturwelt das römische Weltreich den ganzen „Erdkreis" umspannte; die Nachfolger der alten Römer sind die Engländer geworden. Es liegt im Wesen dieses Universalismus, daß er keinen neben sich duldet. Um 1900 sahen wir drei Riesenrassestaaten: England, Rußland, Japan. Es war ein Meisterstück englischer Staatskunst, daß sie den

russisch-japanischen Krieg (1904/5) entfesselte, aus dem beide Konkurrenten, die Russen und die siegreichen Japaner, geschwächt hervorgingen. Dann gelang das zweite große Meisterstück, die Russen und die Japaner in den großen Weltkrieg gegen Deutschland hineinzuziehen, ja Rußland als den Hauptsturmbock in erster Linie zu benutzen, wobei es zusammenbrach.

Vom römischen zum englischen Universalismus! Soll das das letzte Ziel der ganzen Weltgeschichte sein?[1]

[1] Auch dieser Abschnitt stand genau so 1920 in der 10. Auflage.

III.

Staatsformen und Staatsverfassungen.

„Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig."

Wiederum bezeichnet die Zeit Karls des Großen einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte. Seiner überragenden Persönlichkeit war es gelungen, eine starke Zentralgewalt zu schaffen und unumschränkt zu regieren: Eine wohlorganisierte Beamtenschaft sorgte für die Ausführung seiner Befehle; das ganze große Reich war in Grafschaften eingeteilt; an den Grenzen standen Markgrafen mit größeren Befugnissen. Auch die Bischöfe wurden vom Könige ernannt. Eine regelmäßige Aufsicht über die Tätigkeit aller Beamten übten die Königsboten aus.

Nach dem Tode Karls des Großen löste sich das gewaltige Reich auf, und es begann der jahrhundertelange Kampf zwischen dem Königtum und den Ständen.

Die Hauptschuld trug der unselige Dualismus[1]:

Als die charakteristische germanisch-deutsche Staatsform erscheint das aristokratische Schwertkönigtum, d. h. die mit dem starken Geburts- und Kriegsadel eng verknüpfte Monarchie. Germanisch-deutschen Ursprungs waren all die Königreiche, die wir später nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, England, Spanien, Dänemark, Schweden, Norwegen finden.

Aber darüber legte sich als eine „höhere", „göttliche" Staatsverfassung die welsche Theokratie der römischen Papstkirche, und die ganze Tragik unserer Geschichte entstand dadurch, daß unsere germanisch-deutschen Helden ihre Kraft für diesen „Gottesstaat" einsetzten. Neben das Königtum trat gleichberechtigt und bald vor- und überberechtigt das Papsttum; das Priestertum drängte sich in die gleiche Stellung wie der Schwertadel, die Folge war die Schwächung des Königtums und sein Kampf mit den Ständen.

A.

Die ständisch beschränkte Monarchie des späteren Mittelalters.

1. Das Deutsche Reich:

Aus dem allgemeinen Chaos erhob sich schließlich durch die Tüchtigkeit Heinrichs I. (919—936) und Ottos I. (936—973) das mächtige Deutsche Reich. Unter den sächsischen (919—1024), salischen (1024—1125) und staufischen (1138—1254) Kaisern bildete es die Vormacht Europas. Aber es ist den bedeutendsten unter ihnen, Otto I. dem Großen, Konrad II., Heinrich III., Friedrich I. Barbarossa, Heinrich VI., nicht mehr gelungen,

[1] Vgl. S. 153 Anm.

wiederum eine starke Zentralgewalt zu schaffen. Sie konnten es nicht hindern, daß neben dem König-Kaiser die Stände zu immer größerer Macht und Selbständigkeit gelangten:

die weltlichen Fürsten,
die geistlichen Fürsten,
später die Reichsstädte.

Das Ergebnis? Deutschland wurde ein Wahlreich. Ich sage „wurde"; denn es war nicht mehr und nicht weniger ein Wahlreich, als die Nachbarländer. Aber der Gegensatz zum Papsttum, zusammen mit dem Kampf gegen die aufstrebenden Stände, haben es zu einem Wahlreich gemacht. Jahrhundertelang (919—1254) ist die Krone in der sächsisch-salisch-staufischen Familie geblieben. Der erste Angriff auf das Erbrecht wurde 1077 gemacht, dann mit wachsendem Erfolg 1125, 1138, 1197, 1245, 1273, und im Jahre 1356 wurde das ganze Wahlverfahren urkundlich in der Goldenen Bulle festgelegt.

Die Beschränkung der Monarchie lag fortan besonders:

in den Wahlkapitulationen, durch welche man den zu wählenden König zu binden suchte;
in der Macht des Kurfürstenkollegiums;
in den Reichstagen.

2. In **England** waren die Verhältnisse ähnlich. 1215 ist das vielgefeierte Jahr der berühmten Magna charta; damals vereinigten sich der hohe weltliche und geistliche Adel gegen den gewissenlosen König Johann ohne Land und setzten folgende Bestimmungen durch:

a) Der Geistlichkeit wurde gänzliche Befreiung von der weltlichen Gerichtsbarkeit und den Lehnsmannen Ermäßigung der Lehnsgebühren zugesichert.

b) Ohne Bewilligung des Adels und der Geistlichkeit auf den Reichsverhandlungen sollten keine Steuern erhoben, keine Auflagen gemacht und den Städten keine Zölle auferlegt werden.

c) Ein freier Mann sollte nicht verfolgt und verurteilt werden, es sei denn durch ein Gericht von seinesgleichen.

Das englische Parlament entsprach durchaus dem alten deutschen Reichstag. Um 1300 wurde unter Eduard I. das Steuerbewilligungsrecht des Parlaments gesetzlich festgelegt. Und wie in Deutschland im 14. und 15. Jahrh. allmählich die Städte hinzugezogen wurden, so auch in England. Unter Eduard III. erfolgte die Scheidung in ein Oberhaus und ein Unterhaus: im Oberhaus waren der hohe Adel und die hohe Geistlichkeit, im Unterhaus Vertreter der Grafschaften und der

Städte. Auch dies entspricht der Einteilung des deutschen Reichstags in Kurien[1]). —

3. Für **Frankreich** war es ein hohes Glück, daß das Herrscherhaus nicht so oft ausstarb, wie in Deutschland. So hat das Königtum, trotz der inneren Zerrüttung und trotz der jahrhundertelangen Kämpfe mit England, seine Erblichkeit behauptet. Aber auch hier gelangten der hohe Adel und die aufblühenden Städte zu hoher Macht; dagegen haben die Bischöfe nie eine große politische Bedeutung besessen.

Was in Deutschland der Reichstag, in England das Parlament, das wurden in Frankreich die Generalstände (états généraux). Um 1300 berief Philipp IV. der Schöne zu diesen Versammlungen außer dem hohen Adel und der hohen Geistlichkeit auch Vertreter der Städte.

B.

Neuzeit bis 1789.

So gab es denn überall eine ständisch beschränkte Monarchie. Aber die weitere Entwicklung ging seit dem Ende des 15. Jahrh. ganz verschiedene Wege.

Die ständisch-beschränkte Monarchie		
Schattenkönigtum in Deutschland u. Polen, ohne Zentralgewalt.	Absolutes Königtum in Spanien, Frankreich, Preußen.	Parlamentarisches Königtum in England.

1.

In **Deutschland** und **Polen** siegten in dem Kampf zwischen Königtum und Ständen die **Stände**. Die Zentralgewalt ging verloren.

2.

In anderen Ländern siegte das Königtum; indem es allen Einfluß der Stände beseitigte, entstand die **unbeschränkte, absolute Monarchie.**

a) **Spanien.** Das heutige spanische Königreich ist eine Gründung Ferdinands des Katholischen und seiner Gemahlin Isabella; sie vereinigten unter ihrem Szepter alle Länder der pyrenäischen Halbinsel außer Portugal; bedeutungsvoll war die Eroberung von Granada im Jahre 1492. Ihr Streben ging dahin, eine unbeschränkte Herrschergewalt zu gewinnen:

[1]) Bis ins 17. Jahrh. war die Entwicklung in England nicht wesentlich anders, als in den Festlandsstaaten. Wir pflegen der früheren englischen Geschichte eine zu große Bedeutung beizulegen; es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß die Engländer viele Jahrhunderte früher als die anderen Staaten eine echte „Volksvertretung" gehabt hätten.

Um den Adel, der hier, wie anderwärts, eine hohe Macht besaß, niederzuhalten, stützte sich der König einerseits auf den Bund der Städte, die Hermandad; anderseits verband er sich aufs engste mit der Kirche, wurde Großmeister der einflußreichen geistlichen Ritterorden und erneuerte die Inquisition, welche nicht nur die Ketzerei, sondern auch die politische Opposition unterdrückte.

b) Besonders ausgeprägt wurde der Absolutismus in **Frankreich.** Um die Mitte des 15. Jahrh., als die langen Kriege mit England aufhörten, begann der gewaltige Aufschwung des französischen Königreichs. Karl VII. war der erste, der sich ein stehendes Heer schuf; Ludwig XI. besiegte um 1470 die stolzen Vasallen; Karl VIII. gewann durch Heirat das letzte selbständige Lehen, die Bretagne, und seitdem griffen die französischen Könige über die Landesgrenzen hinaus in die europäischen Händel ein und suchten ihr Gebiet zu erweitern.

Einen Rückschlag brachten die unseligen Religionskriege des 16. Jahrhunderts; abermals erwarb sich der hohe Adel eine fast unabhängige Stellung; es drohte eine politische Zersplitterung zu entstehen, ähnlich wie in Deutschland. Aber als 1589 das Haus der Bourbonen auf den Thron kam, wurde das Königtum von Stufe zu Stufe mächtiger und selbständiger. Heinrich IV., Richelieu, Mazarin, Ludwig XIV. haben es absolut gemacht:

Es galt, alle Versuche zu vereiteln, einen Staat im Staate zu bilden.

Von 1614—1789 wurden keine Generalstände berufen. **Richelieu** hat
1. die politische Selbständigkeit der Hugenotten vernichtet;
2. mehrere Adelsaufstände niedergeworfen;
3. die Macht der obersten Gerichtshöfe („Parlamente") gebrochen, die eine politische Rolle spielten.

Heer, Flotte, Steuerwesen wurden immer einheitlicher gestaltet.

Mazarin hat während der Minderjährigkeit Ludwigs XIV. jahrelang gegen die „Fronde" kämpfen müssen; eine Zeitlang schien es, als sollte er unterliegen. Aber schließlich siegte das Königtum.

Ludwig XIV. (1643—1715) hat die Staatseinheit und den Absolutismus vollendet; er führte die Allgewalt des Staates durch und vereinigte alle Fäden der Regierung in seiner Hand. Uneingeschränkt verfügte er über die Finanzen, das Heer und die Beamten des ganzen Landes; neben ihm gab es keine Selbständigkeit des hohen Adels, der hohen Geistlichkeit, der Städte. L'État c'est moi: Der ganze Staat erschien als sein persönliches Eigentum; Staatskasse und Privatkasse waren nicht getrennt; alle wirtschaftlichen Kräfte des Landes mußten ihm dienstbar werden.

Durch diese kraftvolle Zentralisation wurde Frankreich schnell an die Spitze aller Staaten gehoben; es entfaltete eine ungeheure Macht. Aber Ludwig XIV. überspannte den Absolutismus; er machte seine Untertanen zu Sklaven, wollte auch Herr sein über den Menschengeist, über das Denken, Fühlen und Glauben der Menschen.

c) Brandenburg-Preußen:

Das Streben nach absoluter Fürstengewalt war im 16. und besonders 17. Jahrh. allgemein. Auch die deutschen Kaiser-Könige haben mehrmals den Versuch gemacht, die Selbständigkeit der Fürsten und Städte zu brechen:

Karl V. 1547/8,
Ferdinand II. 1629/30.

Die Versuche scheiterten an der „teutschen Libertät".

Aber, was für das Gesamtreich nicht gelang, wurde in den seit 1648 souveränen deutschen Fürstentümern durchgeführt; nicht im Ganzen, sondern in den Teilen regte sich das moderne Leben. Freilich ist es in zahlreichen deutschen Klein- und Mittelstaaten ein widerliches Zerrbild fürstlicher Allgewalt, das sich unseren Augen bietet. Aber Brandenburg-Preußen ist allein durch die kraftvolle, durch nichts gehemmte Tätigkeit seiner absoluten Herrscher groß geworden.

Welche Zustände fand der **Große Kurfürst** 1640 vor! was hat sein energischer Wille in 48jähriger Regententätigkeit aus den Ländern gemacht!

Rücksichtslos brach er den Widerstand der Landstände (Hieronymus Roth, Oberst von Kalkstein);

er suchte in seinen weit zerstreuten und zersplitterten Staaten eine Zentralisation der Verwaltung durchzusetzen und die Staatseinheit zu begründen;

im Jahre 1660 erwarb er die Souveränität über Ostpreußen.

Großartiges hat er für Industrie, Handel und Landwirtschaft getan, hat ein stehendes Heer geschaffen, das Finanzwesen neu geregelt, daneben auch das wissenschaftliche Leben gefördert.

Friedrich Wilhelm I. (1713—1740) wandelte ganz in den Bahnen seines Großvaters:

er war der Vollender des königlichen Absolutismus;

er hat das stehende Heer, die einheitliche Verwaltung, das Finanzwesen unermüdlich verbessert und vervollkommnet;

er war ein hervorragender Volkswirt.

Sein Sohn **Friedrich II.**, der Große (1740—1786) ist das Muster eines „aufgeklärten Despoten". Rastlos war er bemüht, die Fülle seiner Herrschergewalt und seiner hohen Geistesgaben in den Dienst seiner Untertanen zu stellen.

Zwischen dem **Absolutismus der Bourbonen und der Hohenzollern** ist ein gewaltiger Unterschied:

1. Die französischen Könige stellten ihr persönliches Interesse über das Staatsinteresse. Ludwig XIV. und XV. haben die Kräfte des Staates mißbraucht

einerseits für nichtsnutzige Verschwendung und schamlose Mätressenwirtschaft;

anderseits für Kriege, welche dem Staate keinen Vorteil brachten, sondern ihn ruinierten.

Auch begnügten sie sich nicht mit ihrer politischen Macht, sondern unterdrückten die geistige, speziell die religiöse Selbständigkeit der Untertanen. Viele treffliche Bürger wanderten aus.

2. Die Hohenzollern dagegen ordneten ihre persönlichen Interessen und Wünsche dem Staatsinteresse unter. Sie stellten ihre reichen Kräfte in den Dienst der Untertanen; sie gebrauchten die absolute Macht, um dem Lande ihre Wohltaten aufzuzwingen; sie gewährten den Untertanen das höchste Maß persönlicher, geistiger Freiheit, zeigten Duldung in religiösen Fragen, schützten die Schwachen gegen die Starken, übten streng die Gerechtigkeit.

3.

Auch in **England** wurde während des 17. Jahrh. der Versuch gemacht, die ständisch beschränkte Monarchie zu einer unbeschränkten zu machen und den Absolutismus zu begründen. Aber das jahrzehntelange Ringen zwischen Königtum und Parlament endete mit einem Sieg des Parlaments.

Im Jahre 1628 überreichte das Parlament dem König Karl I. die petition of rights, eine Beschwerdeschrift, welche das Steuerbewilligungsrecht und die Sicherheit der Person und des Eigentums forderte.

1629—1640 regierte Karl I. ohne Parlament[1]).

1640—1649 Revolution; das lange Parlament. Mit aller Schärfe wurde der Lehre vom göttlichen Recht des Königtums die Lehre von der Volkssouveränität gegenübergestellt.

1649 Hinrichtung des Königs.

1649—1660 Republik:

1653—1658 Protektorat (Militärdiktatur) Cromwells.

1660—1688 Die beiden letzten Stuarts:

1673 erzwang das Parlament die Testakte, welche nur Angehörige der anglikanischen Kirche zu den Ämtern zuließ.

1679 wurde die Habeas-Corpus-Akte erneuert mit erweiterten Bürgschaften zum Schutz der persönlichen Freiheit.

1688/9 Absetzung des Königs Jakob II. Im Anfang des Jahres 1689 erklärte die Nationalkonvention, daß König Jakob den „Urvertrag" zwischen König und Volk gebrochen und dadurch auf den Thron verzichtet habe; auf den erledigten Thron berief man Wilhelm von Oranien.

Die declaration of rights faßte alle Rechte und Freiheiten des englischen Volkes zusammen.

Seit **1688/9** regiert in England das Parlament; aber dieses Parlament war noch lange Zeit, sowohl im Oberhaus als im Unterhaus, eine durchaus aristokratische Körperschaft. Treitschke (I, S. 151) nennt das England des 18. Jahrh. eine „aristokratische Republik größten Stils".

C.

Neueste Zeit (seit 1789).

Jahrhunderte hindurch war die innere Geschichte der Staaten ausgefüllt von einem Ringen zwischen Königtum und Ständen. Das „Volk" spielte dabei keine Rolle; es handelte sich nur um die höheren

[1]) Karl I. wäre vielleicht Sieger geblieben, wenn er nicht auch in der Kirche hätte absolut regieren wollen.

Schichten der Gesellschaft; höchstens wo, wie in Deutschland und Italien, einzelne Städte so gut wie unabhängig wurden, galt die Volksstimme etwas.

Das änderte sich seit 1789; allmählich drang die Idee des allgemeinen Staatsbürgertums durch; das Volk, d. h. diejenigen, die nicht zum hohen Adel und zur hohen Geistlichkeit gehörten, trat in den Vordergrund. Deshalb sagt man, die neueste Geschichte sei eine Zeit des Ringens zwischen Fürstenmacht und Volksrecht; das ist aber nur halb richtig; zugleich ist sie eine Zeit des Ringens zwischen dem germanisch-monarchischen und dem welsch-demokratischen Gedanken.

1.

Die Geschichte der sogenannten „Aufklärung"[1]).

1. Die „klugen" Angelsachsen (Engländer und U. S. Amerikaner):

In England entstand während des 17. Jahrh. die hochgefeierte Parlamentsherrschaft. Damals wurde der „demokratische" Grundsatz ausgesprochen, daß alle Souveränität im Volke ruhe; dem „göttlichen Rechte des Königtums" stellte man die „Volkssouveränität" gegenüber; man entwickelte die Theorie vom „Urvertrag", den die Stuarts gebrochen hätten. In Wahrheit war es keine „Volksherrschaft", sondern die Herrschaft der zwei streitenden Adelsparteien.

Auf etwas Eigentümliches muß hier hingewiesen werden, worin eine große Stärke der Engländer liegt. England war im 17. Jahrh. der Sitz einer bedeutenden wissenschaftlichen Geistesströmung, für die man den Ausdruck „Aufklärung" gebraucht; Newton und Locke nennen wir die großen Bahnbrecher der Naturwissenschaften und der Erfahrungsphilosophie. Sie lehnten die Metaphysik und den Offenbarungsglauben ab; unfehlbar war ihnen allein die menschliche Vernunft. Nur die Erfahrung, die Forschung, das Experiment führe uns Menschen zu sicheren Erkenntnissen; es gebe kein Denken ohne Erfahrung.

Diese Anschauung beeinflußte nun auch das politische Leben. Es tritt uns hier das Hauptmerkmal des englischen Wesens entgegen: Die Engländer leiten ihre Theorie von der Praxis ab, nicht umgekehrt. Darin liegt etwas Gesundes[2]). Schon im 17. Jahrh. war öffentliche Kritik in England an der Tagesordnung; aber sie ging von Leuten aus, die politische Erfahrung und Sachkunde hatten, die mitten im politischen Leben standen. Der Philosoph Locke schnitt seine Reformgedanken auf die englischen Verhältnisse zu. Die weitere Entwicklung des Staates war, trotz der zwei Revolutionen, eine organische; Königtum, Parlament und die blühende Lokalverwaltung wurden in die neue Zeit hinübergerettet, und bei aller Freiheit war man doch sehr konservativ.

Auf die Theorie vom „Urvertrag" beriefen sich die englischen Kolonien in Nordamerika, als sie sich am 4. Juli 1775 von ihrem Mutterland lösten; 1775—1783 war der gepriesene Unabhängigkeitskrieg, wo die Amerikaner sich als Helden wenig, um so mehr als schlaue Händler erwiesen. Sie verstanden es, durch die „Erklärung der Menschenrechte" einen gewaltigen Jubel in Europa zu entfesseln; das hinderte sie aber nicht, die Institution der Sklaverei beizubehalten und die Vernichtung der Rothäute planmäßig zu betreiben. Zu den „Menschenrechten" zählen die Amerikaner, außer Freiheit und Gleichheit, das gefährliche „Recht", eine unzuverlässige Regierung abzuändern.

2. Wohl hat die französische Aufklärung ihre Ideen den Angelsachsen entlehnt; aber sie wurde etwas ganz anderes[1]) und führte zum Umsturz alles Bestehenden. Frankreich wurde das Musterland des Doktrinarismus und Dogmatismus, der sich einbildete, auf Grund selbstgeschaffener Theorien und Prinzipien Staat, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaftsleben umgestalten zu können. Man glaubte, der genauen Beobachtung, der gewissenhaften Forschung, der langjährigen Erfahrung und Sachkenntnis, der organischen Entwicklung nicht zu bedürfen. Vernunft und Natur wurden die Losungsworte, und bei der Neigung zur Rhetorik berauschte man sich an schönen Worten und Phrasen. Alles Bestehende erschien „unvernünftig" und „unnatürlich"; die Männer der Aufklärung vermaßen sich, losgelöst von allem geschichtlich Gewordenen, mit ihrer menschlichen Vernunft auf sämtlichen Gebieten des Lebens die „natürlichen" Einrichtungen schaffen und den „besten" Staat konstruieren zu können, der für alle Länder, Völker und Zeiten gültig sei.

Drei Theorien waren für die Folgezeit von großer Wirkung. Auf die großen Fragen: Wie gelangen wir zur individuellen Freiheit? wie werden wir den Despotismus der Krone los? wurden folgende Antworten gegeben:

D'Argenson sagte: Wenn wir die übertriebene Zentralisation beseitigen und den französischen Staat in einen Bund freier Gemeinden mit monarchischer Spitze umwandeln.

Montesquieu forderte die Dreiteilung der Gewalten, d. h. die Trennung der Staatsgewalt in die gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt[2]).

---

[1]) Vgl. S. 279ff. und meine „Weltgeschichte der Revolutionen" S. 235—277.

[2]) Freilich ist es zugleich die Quelle großer Heuchelei. Wie oft sind die Engländer skrupellos zur Tat geschritten und haben nachträglich ihren Handlungen ein theoretisches Mäntelchen umgehängt!

[1]) Das erkannte schon 1790 der Engländer E. Burke.

[2]) Montesquieu sieht gerade in der Trennung der Gewalten das Wesen der Freiheit. Dies ist ein großer Irrtum. Der Staat muß eine Einheit sein, und immer wird die letzte Entscheidung an einer Stelle liegen: bei dem „Einen" oder bei den „Wenigen" oder bei den „Vielen".

Rousseau stellte das Volk als die Quelle der öffentlichen Gewalt hin; es ist souverän. Der Gesamtwille des Volkes könne niemals irren. Er bekämpfte die Monarchie in jeder Gestalt und forderte eine rein demokratische Regierung.

2.

Frankreichs Verfassungsgeschichte von 1789 bis heute.

1. Die französische Revolution und die Napoleonische Zeit (1789—1815).

Die Schwäche Ludwigs XVI. (1774—1792) führte zur Berufung der Generalstände, die seit 1614 nicht mehr getagt hatten. Diese Generalstände sollten sich nicht wesentlich von den Versammlungen unterscheiden, die vom 14. bis 17. Jahrh. üblich gewesen waren. Aber bald trat das Neue ein: der dritte Stand riß die Entscheidung an sich; er erklärte sich am 17. Juni 1789 für die Nationalversammlung. Nun fing man an, die Theorien der Aufklärung in die Wirklichkeit zu übertragen. Es begann der wunderbare Kreislauf, der zur Abschaffung des Königtums, zur Schreckensherrschaft bis zum Sturze Robespierres, dann aber zur Umkehr, zum Direktorium, Konsularregierung und Kaisertum, schließlich zur Wiederherstellung des Bourbonischen Königtums führte. Dem entsprach die Verfassung und das Wahlrecht: zunächst immer demokratischer, dann Umschwung.

Die konstituierende Versammlung beendete im September 1791 ihre Verfassung. Alle Gewalt wurde dem Volke übertragen: Das Volk erhielt in den 83 Departements, in den Kreisen und Gemeinden volle Selbstverwaltung; außerdem wählte es die Abgeordneten für die Nationalversammlung, welche die Angelegenheiten des Gesamtstaates ordneten, sogar über Krieg und Frieden bestimmten. Der König verlor alle Gewalt und behielt nur noch ein aufschiebendes Veto.

Das Wahlrecht war an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Alter von 25 Jahren;
2. Wohnung in Kanton oder Stadt seit einem Jahre;
3. Zahlung einer direkten Steuer im Werte von 3 Tagen Arbeit;
4. kein Dienstbote.

Die Wahl war eine indirekte.

Der Nationalkonvent beseitigte gleich am 1. Tage seines Zusammentritts (21. Sept. 1792) das Königtum und erklärte Frankreich für eine Republik. Bei dem Wahlrecht hob er alle Beschränkungen außer der vierten auf und setzte das Alter auf 21 Jahre herab. Aber die Wahl blieb eine indirekte.

Die Direktorialregierung (1795—1799) bestand aus einem Direktorium von 5 Mitgliedern für die ausübende Gewalt und zwei Kammern (einer Art Oberhaus und Unterhaus).

Die Konsularregierung (1799—1804) verstand es, den republikanisch-demokratischen Schein zu wahren; tatsächlich wurde alle Gewalt in die Hände des ersten Konsuls (Napoleon Bonaparte) gelegt. Von den beiden Kammern wurde die zweite

noch in eine beratende und in eine beschließende geteilt: 1. Senat, 2. Tribunat und corps législatif.

Durch hohe Diäten fesselte Napoleon I. alle Volksvertreter an seine Person; er führte wieder eine straffe Zentralisation der gesamten Verwaltung ein.

Die Annahme des Kaisertitels änderte wenig an der Verfassung.

2. Frankreich nach 1814/5:

Auf den Sturz Napoleons I. folgte eine Reaktion. Das Bourbonenkönigtum kehrte zurück, und Ludwig XVIII. bestieg den Thron. Wohl gab er eine Verfassung (die charte); aber wie sah die „Volksvertretung“ aus? Es erhielten

das aktive Wahlrecht die Bürger über 30 Jahren, die eine direkte Steuer von 300 Franks zahlten;

das passive Wahlrecht die Bürger über 40 Jahren, die 1000 Franks direkte Steuern zahlten.

So gab es im Jahre 1816 nur 70000 Wähler, von denen etwa 53000 ihr Wahlrecht ausübten, also kaum $^1/_5$ Prozent der Bevölkerung. —

Trotzdem war diese Volksvertretung dem folgenden, erzreaktionären, klerikalen König Karl X. (1824—1830) noch zu freiheitlich gesinnt. Daß er 1830 durch die berüchtigten 5 Ordonnanzen die Preßfreiheit aufhob, die neugewählte Kammer, bevor sie zusammengetreten war, auflöste und das Wahlrecht noch mehr beschränkte, war die Ursache für die **Juli-Revolution 1830,** durch welche er selbst gestürzt und nach mancherlei Intrigen der Bürgerkönig Louis Philipp von Orleans auf den Thron gehoben wurde (1830—1848). Aber auch unter ihm wurde das Wahlrecht nur unwesentlich erweitert; bei einer Bevölkerung von 35 Millionen gab es nur 240000 Wahlberechtigte. In den letzten Jahren seiner Regierung wurde die Forderung einer Wahlreform immer lauter und führte schließlich zur **Februar-Revolution,** zum Sturz des Königtums, zur Republik (1848—1852).

Die Verfassung der Republik (1848—1852) und des zweiten Kaiserreichs (1852—1870) brachte das allgemeine gleiche Wahlrecht. Daneben hat Napoleon III. mehrmals (1851, 1852, 1870) direkte Volksabstimmungen über eine einzelne Frage herbeigeführt („Plebiszite“).

1870 wurde nach der Schlacht bei Sedan das zweite Kaiserreich gestürzt, und seitdem ist Frankreich Republik. Nach den Verfassungsgesetzen von 1875 und 1884 steht an der Spitze ein auf 7 Jahre von den vereinigten beiden Kammern gewählter Präsident. Die beiden Kammern sind:

der Senat (Oberhaus), dessen 300 Mitglieder von Abgeordneten, Generalräten, Arrondissementsräten und Delegierten der Gemeinden, der Departements, der Kolonien auf 9 Jahre gewählt werden;

die aus 577 Mitgliedern[1]) bestehende Deputiertenkammer, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrechts, ausgeübt von jedem Franzosen, der 21 Jahre alt ist und sich im Vollbesitz der bürgerlichen Rechte befindet. Die Deputierten erhalten hohe Diäten.

Es muß festgestellt werden, daß seit 1871 in dem Bismarckschen deutschen Kaiserreich demokratischere Verhältnisse bestanden, als in dem „demokratischen Musterland Frankreich". Wir denken nicht nur an die Einschränkungen des Wahlrechts und an die Geschäftsordnung, sondern besonders an die hohe Bedeutung der Ersten Kammer, des französischen Senates. Auch kennt Frankreich keine Selbstverwaltung im deutschen Sinne.

3.

England.

Auch England wird als demokratischer Musterstaat gepriesen; es unterscheide sich, so sagt man, von Frankreich nur dadurch, daß es einen erblichen Präsidenten habe, den König.

Was lehrt die Geschichte? Von 1689—1815 entwickelte sich England zur ersten Handels-, See- und Industriemacht der Welt. Die Folge war eine gewaltige Verschiebung und Umschichtung in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Neben die Großgrundbesitzer traten die mächtigen Handels- und Industriefamilien; die Massen drängten sich in den großen Industrie-, Handels- und Hafenstädten zusammen. Trotzdem wurde bis weit ins 19. Jahrh. hinein an der Zusammensetzung des Parlaments, des eigentlichen Herrschers, nichts geändert:

das Oberhaus bestand aus dem weltlichen und geistlichen Adel;

das Unterhaus aus den Vertretern der Grafschaften und Städte.

Dadurch bildeten sich geradezu unhaltbare Zustände heraus: Im Jahre 1793 wurden 70 Mitglieder des Unterhauses durch 35 Orte mit weniger als 50 Wählern, 90 Abgeordnete durch Orte mit 50 Wählern, 77 durch solche mit 100 Wählern entsendet, während neue reichbevölkerte Städte wie Manchester, Sheffield, Birmingham, Leeds kein Wahlrecht besaßen. Von 658 Mitgliedern waren nur 171 von unabhängigen Wählerschaften gewählt.

Es ist bezeichnend für den konservativen Sinn der Engländer, wie langsam sie im 19. Jahrh. diese Zustände geändert haben, ohne sich dabei durch Theorien und Doktrinen leiten zu lassen. Nur die praktischen Staatsnotwendigkeiten ließen sie Schritt für Schritt, tastend vorwärtsgehen. Dennoch hat man sich auch hier der zunehmenden Demokratisierung nicht entziehen können; aber wie vorsichtig ging man vor!

Die **Parlamentsreform** ist in drei Abschnitten erfolgt:

1832 wurden durch die I. Reformakte nur die schlimmsten Ungleichheiten beseitigt: 56 Städte mit weniger als 2000 Einwohnern verloren ihre eigene Vertretung; 13 Städte unter 4000 Einwohnern behielten nur 1 Abgeordneten; andere Wahlkreise

[1]) Die Zahl ist nicht feststehend. Vor jeder Wahl werden die Wahlbezirke den Bevölkerungsverhältnissen neu angepaßt.

wurden neu eingeteilt. Dadurch fielen 143 Abgeordnete weg; von diesen wurden 130 auf neugebildete oder zu schwach vertretene Wahlbezirke übertragen.

Zwar wurde hierdurch der Mittelstand mehr herangezogen; aber die arbeitenden Klassen blieben vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Zahl der Wähler betrug nur 4 Prozent der Bevölkerung. Daß der großgrundbesitzende Adel noch immer einen schwerwiegenden Einfluß ausübte, zeigte sich darin, daß die eine Hälfte der Abgeordneten 3, die andere 24 Millionen Einwohner vertrat.

Durch die II. Reformbill vom Jahre 1867 erfolgte eine wesentliche Änderung der Wahlbezirke. Wahlberechtigt wurden in den Städten die Inhaber von Wohnhäusern mit beliebigem Ertrag oder von Wohnungen im Werte von 200 Mark; in den Grafschaften die Grundbesitzer mit 5 Pfund Ertrag und die Pächter mit 12 Pfund Ertrag.

Jetzt waren 10 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt; aber es gab noch keine eigentlichen Arbeitervertreter.

Durch die III. Reformakte von 1884/5 kam eine weitere Demokratisierung des Wahlrechts. Die Wahlkreise wurden möglichst einheitlich hergestellt. Das Unterhaus erhielt 670 Abgeordnete. Stimmberechtigt wurden Grundbesitzer mit einem Ertrag von 200 Mark, Besitzer von Wohnhäusern oder Wohnungen mit Beitrag zur Armensteuer, Wohnungsmieter mit einer Miete von 200 Mark.

Altersgrenze 21 Jahre.

Auch jetzt blieben noch ausgeschlossen: nicht nur die Allerärmsten, sondern auch diejenigen, die keinen eigenen Hausstand besitzen; ferner alle Dienstboten und kleinen Angestellten, die in der Familie des Dienstherrn wohnen.

Wahlberechtigt waren 1906 in Großbritannien 16,64 Prozent,
1907 im Deutschen Reich 22,02 Prozent.

Man denke sich das Geschrei, wenn der Versuch gemacht wäre, dieses englische Wahlrecht im Deutschen Reiche einzuführen!

4.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Es war wichtig, daß gleich nach der Loslösung von England die Kolonien sich nicht zu einem Staatenbund, sondern zu einem Bundesstaat vereinigten, zu einem eng zusammenhängenden Staatskörper. Dieser erhielt im Jahre 1784 seine Verfassung.

Die gesetzgebende Gewalt hat der Kongreß, der aus Senat und Repräsentantenhaus besteht:

1. Zum Senat entsendet jeder der Staaten (jetzt 45) 2 Mitglieder auf 6 Jahre.

2. Im Repräsentantenhaus sind 386 Abgeordnete. Das Wahlrecht ist in den einzelnen Staaten verschieden; allmählich wurden die Beschränkungen immer mehr beseitigt und das Verfahren demokratischer. Die Zahl der Repräsentanten richtet sich nach der Bevölkerungsstärke der Staaten.

Der Präsident und Vizepräsident werden durch besondere Wahlen erkoren, in einem indirekten Verfahren. Die Machtbefugnisse des Präsidenten sind groß.

Zusätze.

1.

Der Siegeslauf des demokratischen Gedankens.

In langen Kämpfen rissen sich 1810—1825 die Kolonien Süd- und Mittelamerikas sowie Mexiko von den Königreichen Spanien und Portugal los. Allmählich sind daraus 16 demokratische Republiken geworden.

Um 1820 waren in Spanien, Portugal, Italien Revolutionen. Die Juli-Revolution 1830 und Februar-Revolution 1848 in Frankreich waren für die weitere Entwicklung der Demokratie von gewaltigen Wirkungen.

Als seit 1830 auf der Balkanhalbinsel neue Staaten gegründet wurden, gab man ihnen überdemokratische Verfassungen.

Die englischen „Dominions" Australien, Neu-Seeland, Südafrika, Kanada erhielten Selbstverwaltung in demokratischen Formen.

Selbst Japan, Rußland, Türkei, Persien konnten sich dem demokratischen Zuge der Zeit nicht verschließen.

„Rückständig" nannte man, außer Rußland, besonders Preußen und das Deutsche Reich. Man scheute sich nicht, die Bastardrepubliken in Mittel- und Südamerika, die Negerrepublik zu Haiti höher zu stellen als unsere Verfassung.

2.

Der demokratische Gedanke ist eine Lüge, eine Maske für die Plutokratie.

Wer hat in den demokratischen Musterländern Frankreich, England, U. S. Amerika die Herrschaft? das Volk? Der Theorie und dem Buchstaben nach: ja! Aber in Wirklichkeit zwingen wenige einflußreiche Finanzleute dem „reifen" Volk ihren Willen auf. Alles Lüge! Demokratie ist weder Freiheit noch Gleichheit, weder Brüderlichkeit noch Menschlichkeit, weder Gerechtigkeit noch Friede; am allerwenigsten Herrschaft des Volkes.

1. Ein „demokratisch-republikanisches Frankreich" besteht überhaupt nicht; vielmehr wird der Staat von wenigen Kapitalisten unumschränkt und unverantwortlich regiert. Erst während des Weltkriegs ist eine 1911 zu Paris erschienene, dann aber totgeschwiegene Schrift „Der kommende Krieg" bekannt geworden. Darin heißt es:

> „Die französische Demokratie ist nur ein Aushängeschild. In Wirklichkeit wird das Volk beherrscht durch eine kleine Zahl von Finanzleuten und Großindustrie-Aufsichtsräten, in deren Händen sich die Politiker und die Presse[1]) befinden."

Auch der größte Teil der französischen Sozialdemokratie, die angeblich gegen den Kapitalismus kämpft, stand und steht in Abhängigkeit, ja im Solde der internationalen Hochfinanz.

---

[1]) Der Verfasser dieser Schrift, der Sozialist Delaisi, hatte kurz vorher ein Buch geschrieben „la Démocratie et les Financiers". Darin stehen über die Macht der mit dem Großkapital engverbundenen Presse folgende Worte:

> „Es sind ungefähr 20 Männer, die allabendlich zusammentreten und darüber Beschluß fassen, was das französische Volk am nächsten Morgen wissen und nicht wissen soll ... Und das souveräne Volk, das alles zu wissen und alles zu kontrollieren glaubt, weiß in Wirklichkeit rein gar nichts und kontrolliert gar nichts."

Und in England vollzog sich im 18. und 19. Jahrh. dieselbe Entwicklung, wie im alten römischen Reich. An die Stelle des früheren Geburts- und Blutadels trat ein Geld-, Geschäfts- und Handelsadel; bezeichnend ist, daß seit mehr als zwei Jahrhunderten alle englischen Kriege nichts anderes als Geschäfts- und Handelskriege gewesen sind. In England regieren weder Volk noch Volksvertretung, sondern diese kleine mit eiserner Stirn versehene Kapitalistenclique. Nicht der König, nicht das Parlament, nicht einmal das Ministerium lenken die Geschicke des Staates, sondern ein Dutzend besonders geschäftiger Männer, an deren Spitze jüdische und verjudete Lords stehen. Und sie entscheiden ohne wirkliche Verantwortlichkeit.

> „Es gibt kein Land, das der Demokratie so fern stünde, wie England", so urteilte Fontane nach einem längeren Aufenthalt.
>
> Zutreffend schrieb während des Weltkriegs ein deutscher Sozialdemokrat über das vielgepriesene, uns immer als Muster vorgehaltene parlamentarische System in der „Glocke": „Das englische Parlament hat zwar die Macht des Königtums beseitigt, aber auch gleichzeitig sich selbst kastriert. Die englischen Minister sind Sklaven der Mehrheit; die Mehrheit ist der Ausschuß der autokratischen Plutokratie. Die Minister können nur durch die Mehrheit gestürzt werden, die Mehrheit stürzt sich aber dadurch selbst. Also: Verantwortung nur vor der Mehrheit, Selbstherrlichkeit über Mehrheit und König hinaus, das ist der englische demokratische Parlamentarismus."

Am widerwärtigsten ist die Mammons- und Lügenherrschaft in U. S. Amerika. Über die Verlogenheit der amerikanischen Demokratie schrieb 1915 Prof. Dr. E. Meyer: „Der Theorie nach regiert in U. S. Amerika das Volk in seiner Gesamtheit; die staatlichen Organe sind nur die Vollstrecker seines Willens, die sich seinen Geboten unweigerlich und ohne jede Eigenmächtigkeit zu fügen haben; die ‚öffentliche Meinung' ist der Souverän der Union ... Aber trotzdem zwingen gewandte, mit allen Schlichen des politischen Intrigenspiels vertraute Persönlichkeiten dem widerstrebenden und ahnungslosen Volk ihren Willen auf, gestützt und geleitet von einer kleinen Gruppe zielbewußter materieller Interessenten, deren Bestrebungen sie vertreten und durchsetzen."

Es ist lehrreich, wenn man hier und da den Beweggründen für die Einrichtung demokratischer Verfassungen nachspüren kann. Als Brasilien 1889 durch die Revolution des Spaniolen Conseca aus einem Kaiserreich in eine demokratische Republik umgewandelt wurde, geschah es nur, weil der gute Kaiser Dom Pedro die Sklaverei abgeschafft und sich deshalb der kleinen Clique der plutokratisch-internationalen Ausbeuter verhaßt gemacht hatte.

2. Während in Frankreich, England und U. S. Amerika die Demokratie nur Schein und Lüge, Maske und Aushängeschild ist, wohinter sich die Raubtiernatur der beutehungrigen Schmarotzerkapitalisten verbirgt, so wurde sie für dieselbe Clique eine Waffe, um in fremden Ländern den demokratischen Gedanken auszubreiten; dabei zeigten sie eine Unduldsamkeit, die an die Zeit der Inquisition und Ketzergerichte erinnert. Die „Segnungen der Demokratie" bestanden darin, daß die französischen und angelsächsischen Geldmagnaten mit Hilfe ihres Mammons in Belgien, Italien, Serbien, Griechenland, Rumänien eine Wühlarbeit einrichten konnten, um Regierung und Volksvertretung in die Richtung zu zwingen, die ihnen erwünscht war.

Wenn Rußland im eigenen Staate die 1906 eingeführte Volksvertretung (Duma) zur Bedeutungslosigkeit verurteilte, dagegen in den Balkanländern die extreme Demokratie unterstützte, so handelte es schließlich genau so, wie Frankreich, England und U. S. Amerika.

5.

Deutschland.

Die Napoleonische Zeit.

Als in den Jahren 1803—1807 nicht nur das alte Deutsche Reich, sondern auch die beiden deutschen Großmächte, Österreich und Preußen, zusammengebrochen waren, da drang die Erkenntnis durch, daß die Staaten auf ganz neuer Grundlage aufgebaut werden müßten. „Es erwachte eine neue lebendige Anschauung vom Staate, die in der freien Entfaltung der persönlichen Kräfte den sittlichen Halt der Nationen sah"[1]).

Der Freiherr vom und zum Stein hat 1807/8 mit einer völligen Umgestaltung des preußischen Staates den Anfang gemacht:

1. Durch die Aufhebung der Erbuntertänigkeit erhielten zwei Drittel der Bevölkerung die uneingeschränkte persönliche Freiheit; mit einem Schlage wurde die ständische Ordnung des Staates vernichtet, alle rechtlichen Schranken zwischen den alten Ständen niedergerissen.
2. Durch die Einrichtung der Fachministerien vollendete er die Staatseinheit.
3. Er machte den Anfang mit der Einführung der Selbstverwaltung. Am 19. November 1808 wurde die Städteordnung eingeführt, und seine Absicht war, auch
 neben den Landrat einen Kreistag zu stellen,
 neben den Oberpräsidenten den Provinzialtag,
 neben das Ministerium die Reichsstände.

Und Deutschland? Während der Freiheitskriege waren große Schichten des deutschen Volkes zur Mündigkeit gelangt; man erwartete politische Freiheiten und eine nationale Einigung, d. h. ein starkes, neues Deutsches Reich. Aber der Wiener Kongreß (1814/5) und die folgenden Jahre brachten große Enttäuschungen:

Dem wunderlichen Gebilde des Deutschen Bundes fehlte die Hauptsache, die Einheit. Er umfaßte neben den 2 Großmächten, Österreich und Preußen, 37 deutsche Mittel- und Kleinstaaten, die nichts von ihrer Souveränität opfern wollten. Die Verfassung war derart, daß sie zu völliger Unfruchtbarkeit führen mußte. — Dazu kamen folgende Ungeheuerlichkeiten: die beiden Großmächte waren nur zum Teil im Bunde: Preußen ohne Ostpreußen, Westpreußen, Posen; Österreich ohne die polnischen, ungarischen, italischen Besitzungen. Anderseits waren 3 auswärtige Staatsoberhäupter im Bunde vertreten: der englische König als Kurfürst von Hannover, der dänische König als Herzog von Holstein und Lauenburg, der niederländische König als Großherzog von Luxemburg.

Hundert Jahre deutscher Verfassungskämpfe.

In der Entwicklung Deutschlands beobachten wir seit 1815 zwei entgegengesetzte Strömungen, die miteinander rangen: auf

[1]) Treitschke, „Deutsche Geschichte" I, S. 269.

der einen Seite den national-monarchischen, auf der anderen Seite den international-demokratischen Gedanken. Natürlich steht im Mittelpunkt die herrliche Periode Wilhelms I. und Bismarcks. Daraus ergab sich eine Dreiteilung:

 die vorbismarcksche,
 die bismarcksche und
 die nachbismarcksche Zeit.

a) **1815—1858/62:**

Wenn man diese Jahrzehnte ein Zeitalter der Reaktion nennt, so ist zwar der Ausdruck selbst richtig, aber nicht die Begründung. Denn nicht darin bestand ein schädlicher „Rückschritt", daß man dem Volke die liberal-demokratischen Wünsche vorenthielt, sondern daß man die völkischen Hoffnungen der Freiheitshelden unerfüllt ließ und den hohen Gedankenflug bekämpfte, der wesentlich zum Siege über Napoleon I. beigetragen hatte.

Es ist wahr, daß außer wenigen Kleinstaaten nur die 3 süddeutschen Mittelstaaten das 1814/5 gegebene Versprechen, es sollte „in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung stattfinden", erfüllten. Der habsburgische Kaiser Franz I. kehrte zum Absolutismus zurück, und der preußische König Friedrich Wilhelm III. entschloß sich nur zur Schaffung von Provinzialständen (1823), die bloß eine beratende Stimme besaßen und in denen der Adel das Übergewicht hatte. Auch die Pariser Juli-Revolution (1830) änderte daran nichts. Aber die maßlosen Vorwürfe gegen den Hohenzollern Friedrich Wilhelm III. waren nicht gerechtfertigt. Wir dürfen nicht vergessen, daß damals über die Verfassungsfragen eine große Unklarheit herrschte; vor allem müssen wir bedenken, daß eine gute Verwaltung viel mehr wert ist als die beste Verfassung, und sie war unter Friedrich Wilhelm III. ausgezeichnet[1]).

Die Februar-Revolution des Jahres 1848 rief in ganz Mitteleuropa heftige Volksbewegungen hervor. Man forderte Preßfreiheit, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Volksbewaffnung, allgemeines Wahlrecht, volkstümliche Verfassungen, Schwurgerichte. Die Zeit der Dynastiestaaten schien endgültig vorbei zu sein; das Volksrecht erwies sich stärker als das Fürstenrecht.

1. Österreich-Ungarn machte 1848/9 eine seiner schwersten Krisen durch. Das künstliche habsburgische Staatsgebäude wurde

[1]) Was wir an der preußischen Politik während der Periode 1815—1858 zu tadeln haben, liegt auf einem anderen Gebiet. Vgl. den Abschnitt „Staat, Volk und Kirche."

aufs heftigste erschüttert; dabei war außerordentlich bezeichnend, daß
für die „dummen" Deutschen die liberal-demokratischen Bestrebungen,
für die Tschechen, Magyaren, Italiener die nationalen Forderungen im Vordergrunde standen.

In Wien wurde (März 1848) der Fürst Metternich gestürzt und eine demokratische Verfassung gegeben; infolge der Ereignisse in Ungarn erneuerte sich Oktober 1848 die Wiener Revolution. In Böhmen, in Norditalien, in Ungarn erhob man sich gegen die verhaßte deutsch-österreichische Fremdherrschaft. 1848 wurde in Prag der erste allslawische Kongreß abgehalten.

Der Ausgang? Der Marschall Radetzky siegte in Italien; der Fürst Windischgrätz warf in Prag und Wien den Aufstand nieder, und im Oktober 1848 übernahm der 18jährige Kaiser Franz Josef, an Stelle des schwachsinnigen Ferdinand I., die Regierung. Am größten war die Not in Ungarn; die Magyaren dachten schon an eine Losreißung von Österreich; aber sie wurden im Sommer 1849 mit Hilfe eines russischen Heeres niedergeworfen. Nach diesem Sieg trat der rücksichtslose Staatskanzler Fürst Schwarzenberg die liberalen und nationalen Hoffnungen mit Füßen; er erklärte die österreichischen Kronländer, Ungarn und Oberitalien für einen Gesamtstaat, für eine unteilbare Monarchie, die von Wien aus absolut-zentralistisch regiert wurde.

2. Preußen:

Auch Berlin war 1848 einige Monate in den Händen des Pöbels. Aber gegen Ende des Jahres raffte man sich auf: das Ministerium der Tat wurde berufen, unter dem Grafen Brandenburg; die Bürgerwehr ward von General Wrangel aufgelöst, die Nationalversammlung nach der Stadt Brandenburg verlegt und dort gleichfalls aufgelöst.

Nachdem die Revolution unterdrückt war, legte die Regierung am 5. Dezember 1848 den Entwurf einer liberalen Verfassung vor; von den nächstgewählten Kammern wurden mannigfache Änderungen daran vorgenommen, und hieraus entstand das bis 1918 geltende preußische Staatsgrundgesetz, welches im Januar 1850 verkündigt wurde.

Das **preußische Staatsgrundgesetz** bestimmte folgendes:

1. Die letzte und höchste Entscheidung liegt in Preußen nach wie vor beim König. Er allein besitzt alle ausübende Gewalt; er ernennt, unabhängig vom Landtag, die Minister, alle Beamten und alle Offiziere; die ganze Gesetzgebung geht von ihm aus.

2. Der Landtag besteht aus zwei Kammern, dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus:

a) Das Herrenhaus wird durch königliche Verordnung gebildet und setzt sich aus erblichen und lebenslänglichen Mitgliedern zusammen.

b) Die zweite Kammer besteht aus 443 Abgeordneten, die durch die allgemeine, öffentliche, indirekte Klassenwahl gewählt werden. Die Urwähler werden nach Maßgabe ihrer Steuern in drei Klassen geteilt, die je ein Drittel der Wahlmänner durch öffentlichen Namensaufruf wählen; die Wahlmänner wählen die Abgeordneten. Das aktive Wahlrecht hat jeder über 24 Jahre alte Preuße; das passive beginnt erst mit dem vollendeten 30. Lebensjahr[1]).

Jedes Gesetz bedarf für seine Gültigkeit der Zustimmung sowohl des Königs wie des Landtags.

3. Ferner sind die Grundrechte der Staatsangehörigen angegeben, Verordnungen über die Gerichte, die Staatsbeamten, die Finanzen, über Selbstverwaltung.

3. Die deutsche Einheitsbewegung:

Die Frankfurter Nationalversammlung.

Das Erfreulichste aus dem Jahre 1848 ist die von den edelsten Männern der Nation geführte deutsche Einheitsbewegung. Was 1814/5 nicht in Erfüllung gegangen war, der Aufbau eines neuen einigen deutschen Kaiserreichs, das schien jetzt auf völlig gesetzlichem Wege, ohne Revolution, ohne Kämpfe verwirklicht werden zu sollen.

Der Bundestag gab dem Drängen des Volkes nach und ordnete schon im März 1848 die Wahl eines verfassunggebenden deutschen Parlaments an. Am 18. Mai 1848 trat das Frankfurter Parlament zusammen, eine Versammlung der besten und begabtesten deutschen Männer.

Die Nationalversammlung versäumte es, sich mit den Regierungen der Einzelstaaten in Verbindung zu setzen, vor allem mit Österreich und Preußen. Erst im März 1849 wurde sie mit der Beratung über die **Verfassung des Reiches** fertig:

1. Deutschland sollte ein Bundesstaat sein, mit einheitlicher Spitze, und zwar einem erblichen Kaisertum;

2. der Reichstag sollte aus einem Staaten- und einem Volkshaus bestehen, und der Kaiser gegen die Beschlüsse desselben ein aufschiebendes Veto haben.

Wegen des Umfangs des Reichs standen sich zwei Parteien gegenüber: die Großdeutschen und die Kleindeutschen; die ersten erstrebten einen Nationalstaat mit, die anderen ohne Österreich. Weil aber Fürst Schwarzenberg darauf bestand, daß der habsburgische Gesamtstaat mit seinen 30 Mill. Nichtdeutschen in das Reich eintreten sollte, siegten die Kleindeutschen. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. wurde mit 267 gegen 263 zum Kaiser gewählt; aber er erklärte am 3. April 1849, daß er die Kaiserkrone ohne die Zustimmung der Fürsten nicht annehmen könne[2]).

Nach Abberufung der preußischen und österreichischen Abgeordneten verlor das Frankfurter Parlament jede Bedeutung. Ein Teil führte als Rumpfparlament noch eine Zeitlang in Stuttgart ein trauriges Dasein und wurde dort im Juni 1849 aufgelöst. Neue Aufstände, die in Sachsen, Baden, Pfalz 1849 ausbrachen, wurden von preußischen Truppen niedergeworfen.

---

[1]) Im Laufe der Zeit entstanden große Ungleichheiten, so daß die Notwendigkeit einer Wahlreform allseitig anerkannt wurde. Aber die Vorlage, welche die Regierung 1909/10 machte, scheiterte an der beispiellosen Zerfahrenheit der Parteien.

[2]) Wie Bismarck sich ausdrückt, wurde Friedrich Wilhelm IV. zur Ablehnung der Kaiserkrone „durch den parlamentarischen Ursprung des Anerbietens bewogen und durch den Mangel eines staatsrechtlichen Mandats des Frankfurter Parlaments bei mangelnder Zustimmung der Dynastien".

Preußens Unionsversuch.

Die Bewegung, die von unten, vom Volk, ausgegangen war, um eine deutsche Einheit zu schaffen, war kläglich gescheitert. Nicht besser ging es damals dem Versuch, der von oben ausging, von Preußens König.

Als im Sommer 1849 die österreichische Regierung gelähmt und die Magyaren in Ungarn siegreich waren; als in Sachsen, Baden, Pfalz neue Volksaufstände ausbrachen: da waren fast alle deutschen Fürsten bereit, unter Preußens Oberhoheit eine Einigung Deutschlands herbeizuführen; da kam das „Dreikönigsbündnis" zwischen Preußen, Sachsen, Hannover zustande, dem sich die meisten Mittel- und Kleinstaaten anschlossen.

Aber als Österreich die inneren Wirren überwunden hatte, da brach Bayern die Verhandlungen mit Preußen ab; da traten Hannover und Sachsen aus dem Dreikönigsbündnis aus; da schlossen die 4 Königreiche Württemberg, Bayern, Sachsen, Hannover sich eng an Österreich an.

Zwar trat doch noch ein Unionsparlament zu Erfurt zusammen, aber Preußens Unionsbestrebungen gerieten ins Stocken.

Olmütz 1850.

Nachdem die innere Krisis überwunden war, trat Österreich immer herausfordernder auf; ohne Preußens Zustimmung eröffnete es am 1. September 1850 den alten Bundestag zu Frankfurt. Unter dem fortwährenden Druck russischer Kriegsdrohung demütigte sich Preußen am 28. November 1850 zu Olmütz vor Österreich; es gab in allen Stücken nach:

1. Schleswig-Holstein wurde an Dänemark preisgegeben.
2. In Kurhessen wurde der Verfassungsbruch des despotischen Kurfürsten anerkannt.
3. Preußen verzichtete auf seine Unionsbestrebungen, vor allem auf die mit einigen Kleinstaaten abgeschlossenen Militärkonventionen. Der Deutsche Bund vom Jahre 1815 wurde in unveränderter Form erneuert, und Preußen trat wieder in diesen Bund ein.

Das traurige Gesamtergebnis der unruhigen Jahre 1848 bis 1850 für Deutschland.

Mit wie gemischten Gefühlen denken wir an jene Jahre zurück! Wir sehen das Ringen zwischen den entgegengesetzten Strömungen: national-monarchisch und international-demokratisch:

1. Wie ein Frühlingssturm, der das Eis bricht, so brauste die nationale Begeisterung durch die deutschen Lande. Aber die deutschen Einheitsbestrebungen scheiterten; sie scheiterten
   an den klerikalen Bestrebungen, die in Habsburg ihre Stütze hatten;
   an den demokratisch-republikanischen Zielen, die in Süd- und Westdeutschland verbreitet wurden;
   an dem dynastischen Partikularismus.
2. Während die heilige Flamme der völkischen Bewegung gewaltsam erstickt wurde, machte der demokratische Internationalismus, trotz vieler Niederlagen, große Fortschritte. Als Banner für Deutschlands Einheit mußten die Farben „schwarz-rot-gold" schwinden; aber die „schwarze", „rote", „goldene" Internationaldemokratie durfte um so mehr erstarken. Besonders die Vereins- und Preßfreiheit gab ihnen reiche Gelegenheit zur Kräfteentfaltung.

Aus dem Bunde des politischen Katholizismus mit der Demokratie ging die Zentrumspartei hervor;

aus dem Bunde des marxistischen Sozialismus mit der Demokratie erwuchs die Sozialdemokratie;

aus dem Bunde des Mammonismus mit der Demokratie die Geldsackdemokratie der Frankfurter Zeitung und des Berliner Tageblatts.

Welche Verluste brachte die welschdemokratische[1]) Welle dem deutschen Volkstum!

Zunächst muß an dieser Stelle nachgeholt werden, daß die schmerzlichste Wirkung der Juli-Revolution (1830) für Deutschland die Entstehung des belgischen Königreichs war. Sie bedeutete nicht nur einen starken Verlust für das deutsche Volkstum, nämlich die Preisgabe der niederdeutschen Flamen an die Welschen, sondern wurde auch eine wachsende Gefahr für das spätere Deutsche Reich.

In der Schweiz erstarkte das Welschtum.

Als die deutschen Herzogtümer Schleswig-Holstein an Dänemark ausgeliefert waren, begann sofort eine eifrige Wühlarbeit, um die Bewohner zu entdeutschen.

Unter dem Einfluß der liberal-demokratischen Ideen machte das preußische Staatsgrundgesetz von 1850 keinen Unterschied zwischen deutschen und nichtdeutschen Staatsbürgern. So zogen denn auch Juden und Polen in das Abgeordnetenhaus; sie haben sich stets nur als Beauftragte ihres Volkstums, nicht des Staates betrachtet.

Alle anderen Völker stellen ihr Volkstum über Konfession, Staatsverband und über den demokratischen Gedanken; nur die Deutschen machten's umgekehrt und erlitten dadurch immer neue Verluste.

b) 1858/62—1890:

Das Deutsche Kaiserreich.

Am 1. Oktober 1858 wurde dem Prinzen Wilhelm von Preußen die Regentschaft übertragen, und seit 1859 machte sich immer deutlicher ein völliger Umschwung bemerkbar. In demselben Jahr trat das deutsche Nationalbewußtsein besonders stark hervor (Schillerfeier, Gründung des Nationalvereins).

Große Männer machen die Geschichte, große willensstarke Männer, nicht „das souveräne Volk". Was wäre aus Deutschland ge-

[1]) Bismarck betonte immer, daß die Demokratie etwas Fremdes, Undeutsches sei; er nannte sie „importierte Phrasen-Schablone".

worden ohne Wilhelm den Ehrwürdigen und ohne seinen genialen Staatsmann Bismarck? Wilhelm I. legte den größten Wert auf die Heeresreform, d. h. auf die militärische Stärkung Preußens. Darüber kam es zum Konflikt mit dem im Abgeordnetenhaus herrschenden demokratischen Gedanken. Im September 1862 wurde **Bismarck** zum Ministerpräsidenten ernannt; er hatte den Mut und die Kraft, gegen den Strom zu schwimmen. Dadurch rettete er zugleich das Deutschtum und den monarchischen Gedanken.

Bismarck mußte ein „Reaktionär"[1]) sein, um die größten Fortschritte zu bringen. Er war von der Überzeugung durchdrungen, daß er zunächst die militärischen und monarchischen Machtgrundlagen des preußischen Staates wiederherstellen und stärken müsse, daß ohne Macht keine nationalen Ziele zu erreichen seien. Er erklärte freimütig: „Nicht durch Reden und Parlamentsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Blut und Eisen." Preußen sollte „Hammer, nicht länger Ambos sein". Mit vollem Recht bezeichnete er den Konflikt mit dem Abgeordnetenhause als „einen Kampf zwischen königlichem Regiment und Parlamentsherrschaft"; es gelte, „dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung entgegenzutreten".

Ein Deutsches Reich nach den Wünschen der International-Demokraten, der schwarzen, roten und goldenen Preußenfeinde, lehnte er entschieden ab, und deshalb hat er über 50 Jahre lang in schwerstem Kampf gestanden mit der Sozialdemokratie, dem Zentrum, dem Freisinn.

Zwei Worte Bismarcks, die er am Ende seiner politischen Tätigkeit gesprochen hat, klingen wie ein Programm für alle Zukunft:

Als im Jahre 1885 der Kronprinz den Fürsten Bismarck fragte, ob er im Falle eines Thronwechsels im Dienste bleiben würde, erklärte er sich unter der Bedingung bereit: „Keine Parlamentsregierung und keine auswärtigen Einflüsse in der Politik!" Und an das deutsche Volk richtete er die Mahnung: „Seid einig und laßt den nationalen Gedanken vor Europa leuchten! er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen."

Die Verhandlungen über eine Bundesreform scheiterten an dem Widerstand Österreichs; die Waffen mußten entscheiden. Im Jahre 1866 wurde Österreich besiegt, und das Ergebnis des Krieges war:

1. Österreich trat aus dem Deutschen Bund aus.
2. Unter Preußens Oberhoheit wurde der Norddeutsche Bund gegründet.
3. Die süddeutschen Staaten schlossen mit Preußen ein Schutz- und Trutzbündnis.
4. Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt am Main wurden dem preußischen Staate einverleibt.

Der Norddeutsche Bund erweiterte sich durch den deutsch-französischen Krieg zum deutschen Kaiserreich, das am 18. Januar 1871

[1]) Leider wird oft vergessen, daß „Reaktion" an sich weder etwas Gutes noch etwas Schlechtes bedeutet. Es gibt nur zwei Wege der Entwicklung, und es kommt darauf an, auf welchen Weg man „zurückkehrt".

zu Versailles proklamiert wurde; die Verfassung wurde ohne wesentliche Änderung zur Reichsverfassung.

Die wichtigsten Bestimmungen der von Bismarck geschaffenen **Reichsverfassung** waren folgende:

1. „Das Deutsche Reich ist ein ewiger Bund zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechts sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes." Es beruht auf Verträgen und es hat den Charakter eines Bundesstaats.

Genau begrenzt wurde die Zuständigkeit des Reichs, d. h. welche Angelegenheiten Reichssache sein sollen:

Militärwesen und Kriegsmarine,
das bürgerliche Recht und Strafrecht,
Handel, Gewerbe und soziale Gesetzgebung,
Maß, Gewicht, Münze, Patentwesen, Schutz des geistigen Eigentums, Post- und Telegraphenwesen,
Zölle.

Bayern und Württemberg behielten im Heer, im Post- und Telegraphenwesen einige Reservatrechte.

2. Der deutsche Kaiser erhielt das Bundespräsidium: er war Bundesfeldherr; er erklärte Krieg und Frieden und leitete die auswärtigen Angelegenheiten. Er ernannte den **Reichskanzler**, der der einzige verantwortliche Reichsminister war und dem 8 Staatssekretäre untergeordnet wurden.

3. Die Gesetzgebung geschah durch Bundesrat und Reichstag:

a) Der Bundesrat war eine Vertretung der verbündeten Staaten. Er verfügte über 58 Stimmen, von denen Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2, die übrigen je 1 Stimme führten. Die Bundesbevollmächtigten stimmten nach Weisungen ihrer Regierung; an der Verfassung durfte keine Änderung vorgenommen werden, wenn sich 14 Stimmen dagegen aussprachen.

b) Der Reichstag ging aus allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlen hervor; er bestand aus 397 Abgeordneten[1]). Das aktive und passive Wahlrecht hat jeder Bürger über 25 Jahren.

Ein Gesetz bedurfte der Zustimmung von Reichstag und Bundesrat, jedoch nicht der Genehmigung des Kaisers, dem nur die Verkündigung der Reichsgesetze zustand.

Fürwahr! Das von Wilhelm I. und Bismarck gegründete Deutsche Reich wurde der wahre Hort für „Freiheit und Gleichheit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden", während diese Worte in den demokratischen Ländern nur Phrasen, Masken und Lügen waren.

Österreich-Ungarn[2]).

Österreich-Ungarn hat seit 1849 viele Wandlungen durchgemacht. Äußerlich stand es zunächst unter der Leitung des Fürsten

[1]) Diese Zahl ging auf die Volkszählung des Jahres 1867 zurück; auf etwa 100000 Einwohner sollte ein Abgeordneter fallen. Natürlich wurde seitdem die Größe der Wahlkreise sehr verschieden.

[2]) Die obige Zusammenstellung der österreichisch-ungarischen Verfassungskämpfe ist bis ins 20. Jahrh. fortgeführt.

Schwarzenberg mächtig da, zumal da der preußische König Friedrich Wilhelm IV. in Ehrfurcht und Unterwürfigkeit gegen das alte Erzhaus Habsburg erstarb.

Aber im Inneren wurden die nationalen Gegensätze immer schärfer. Der Versuch einer Gesamtstaatsverfassung und zentralistischen Regierung scheiterte. In den Jahren 1859—1866 verlor Österreich seine Besitzungen in Italien und seinen beherrschenden Einfluß im deutschen Staatenbund. Dazu gärte es in Ungarn. Im Jahre 1867 sah sich die Regierung zu dem Ausgleich mit Ungarn genötigt:

a) Seitdem zerfiel die habsburgische Monarchie in **zwei Reichshälften** (Cisleithanien und Transleithanien), die durch eine Art von Personalunion verbunden waren. Jede Reichshälfte bildete einen selbständigen Staat mit eigener Regierung und Volksvertretung. Doch blieb die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten, des Heeres und eines Teils der Finanzen gemeinsam.

b) In beiden Reichshälften wurde das Zweikammersystem eingeführt:

Cisleithanien:

1. Das Herrenhaus bestand aus erblichen und lebenslänglichen Mitgliedern.
2. Der Reichsrat bestand bis 1906 aus 425 Abgeordneten, die in besonderen Kurien gewählt wurden: 85 durch die Kurie der Großgrundbesitzer, 139 durch die Städte, Handels- und Gewerbekammern, 129 durch die Landgemeinden, 72 durch die allgemeine Wählerklasse.

1906 wurde das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt, das an ein Alter von 24 Jahren und den einjährigen Wohnsitz in der Gemeinde gebunden war. Die Einrichtung der Wahlbezirke erfolgte nach dem Grundsatz der nationalen Einheitlichkeit: 233 deutsche Wahlbezirke, 107 tschechische, 82 polnische, 33 ruthenische, 24 slowenische, 13 serbo-kroatische, 19 italienische, 15 rumänische.

Außerdem hatten die 17 österreichischen Kronländer noch eigene Landtage. —

Transleithanien:

1. Magnatenhaus.
2. Für das Unterhaus waren nur 5,7 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt. Zwar war nur das Alter von 20 Jahren erforderlich; aber das Wahlrecht war gebunden an ein Mindesteinkommen oder eine abgeschlossene höhere Bildung. Lehrlinge, Dienstboten, Polizeibeamte waren nicht wahlberechtigt. Alle Bestimmungen liefen auf eine Begünstigung der Magyaren hinaus.

c) Die beiden Reichshälften gemeinsamen Angelegenheiten wurden von den Delegationen beraten, zu denen jährlich zweimal abwechselnd in Wien und Pest je 60 Abgeordnete aus Cis- und Transleithanien zusammentraten.

c) 1890—1914:

Das Deutsche Reich.

Wohl hat Bismarck sein ganzes Leben lang unermüdlich gegen die internationale Demokratie gekämpft; aber zugleich hat er sie selbst am allermeisten gestärkt durch die Verleihung des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Reichtstagswahlrechts. Die Folgen waren um so schlimmer, als er unter dem Einfluß der „liberalen“ Ideen auch den Fremdstämmigen das volle Wahlrecht gab, den Polen und Juden,

den Dänen und elsässischen Protestlern. Aufgewachsen in einer Zeit, wo die Widerstände gegen die deutsche Einheit von den Fürsten und ihren Regierungen ausgingen, glaubte er, sich auf das „Volk“ stützen zu müssen. Und weil er bei den wiederholten Reichstagsauflösungen den gewünschten Widerhall aus dem Volke erhielt, lag es nahe, daß er teils die Kraft der Reichsleitung, teils die des Volkes überschätzte[1]). Auch dürfen wir nicht vergessen, daß Deutschland zur Zeit der Verleihung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts noch wesentlich agrarisch war.

Der deutsche Reichstag ist unser Verhängnis geworden. Nach Bismarcks Entlassung (1890) wurde allmählich der Kampf gegen die drei demokratisch-internationalen Parteien und ihren polnisch-dänisch-elsässisch-welfischen Anhang aufgegeben. Zwar blieben dem Buchstaben nach die Verfassungen des Deutschen Reiches und des preußischen Staates in der Hauptsache bestehen. Aber, wie im Anfang der Regierung Wilhelms I., hörte das verfassungswidrige Streben nach einer parlamentarischen Machterweiterung nicht auf:

Immer dreister mischte sich der Reichstag in die Angelegenheiten der Einzelstaaten, z. B. in die preußische Kirchen- und Polenpolitik.

Immer lauter und ungestümer wurde die Forderung erhoben, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht auf alle 26 Einzelstaaten ausgedehnt würde, was auch in den süddeutschen Staaten gelang. Besonders verhängnisvoll war es, daß der fünfte Reichskanzler, von Bethmann-Hollweg, trotz seines fünfmal ausgesprochenen „Unannehmbar“, sich 1911 dazu drängen ließ, Elsaß-Lothringen eine überdemokratische Verfassung zu gewähren.

Die drei international-demokratischen Parteien wurden unter Bethmann-Hollweg die Stützen der Regierung bei allen inneren und äußern Fragen. Immer näher kamen wir dem parlamentarischen System, vor dem Bismarck so nachdrücklich gewarnt hatte. Die demokratische Reichstagsmehrheit und ihr fremdstämmiger Anhang wagte es, im Winter 1913/4 gegen die militärischen und monarchischen Machtgrundlagen Sturm zu laufen; als lebten wir in Frankreich oder Italien, so sprachen sie gegen den Reichskanzler ein „Mißtrauensvotum“ aus.

[1]) Nach seiner Entlassung hat Bismarck in „Gedanken und Erinnerungen“ ausdrücklich erklärt: „Ich habe mich in meiner Rechnung geirrt und die nationale Gesinnung der Dynastien unterschätzt, die der deutschen Wähler oder doch des Reichstags überschätzt.“

Statt mutig und entschlossen gegen diese verderbliche Strömung zu schwimmen, gaben Kaiser und Kanzler immer mehr den Kampf auf und ließen sich in den Abgrund treiben.

Geschichte der politischen Parteien[1]).

I.

Die vorbismarcksche Zeit.

1. Deutsch- und Welschliberalismus[2]):

Im Jahre 1806 brachen sowohl das alte Deutsche Reich als auch der preußische Staat zusammen. Unmittelbar darauf (1807) begann mit der Erneuerung Preußens die Geschichte unseres Liberalismus. Man wird Stein, Scharnhorst, Humboldt „liberale" Männer nennen dürfen; denn Freiheit und Selbsttätigkeit brachten

Stein in die Verwaltung,
Scharnhorst in das Heer,
Humboldt in die Schule.

Aber welch ein Unterschied gegenüber dem Welschliberalismus! In Frankreich herrschte „das voraussetzungslose Denken", d. h. eine rationalistische Weltanschauung, die alles logisch und mechanisch konstruieren wollte; dieser Liberalismus brach seit 1789 mit der Vergangenheit und führte zum Umsturz. Von Frankreich aus drang er in die Rheinbundstaaten ein. Dagegen Preußen? Preußen war bereits von 1640—1786 ein Land des Fortschritts und der wachsenden Freiheit gewesen; 1807 brauchten, nach einem 20jährigen Stillstand, Stein, Scharnhorst, Humboldt nur an 1786 anzuknüpfen und konnten dann organisch weiterbauen; bei ihnen sehen wir ein „historisches Denken". Dieses erneuerte Preußen hat das Meiste in den Freiheitskriegen geleistet und ist der Besieger Napoleons I. gewesen.

Deutschliberalismus! Welch herrliche Aussichten eröffneten sich! Nachdem die klassischen Dichter und Denker des 18. Jahrh. uns von der geistigen Fremdherrschaft gelöst hatten, dachten die Helden der Freiheitskriege (1813—5) in erster Linie an die Abschüttelung der politischen Fremdherrschaft Napoleons und an die Befreiung deutscher Länder. Und dann verband sich der Gedanke der bürgerlichen Freiheit mit der Hoffnung auf eine starke deutsche Einheit. Freiheit und Einheit gehörten eng zusammen; Elsaß-Lothringen, die Niederlande und die Schweiz sollten in diese Einheit eingeschlossen werden.

---

1) Sie ist das hoffentlich letzte Kapitel aus dem 2000jährigen Kampf zwischen den zweierlei Deutschen, den Armin- und den Flavusdeutschen.

2) Liberalismus („Freiheitsstreben") und Individualismus („Betonung der persönlichen Eigenart und Kräfte") sind an sich ebenso wenig etwas Verwerfliches, wie Philosophie und Aufklärung. Es gilt, den Unterschied zu erkennen, um einer Verwirrung vorzubeugen. Was wir ablehnen, ist die welschjüdische Aufklärungsphilosophie, die seit dem 18. Jahrhundert mit ihren falschen Freiheits- und Gleichheitsphrasen, mit ihrem extremen Individualismus und Liberalismus wie eine Geistesepidemie die Völker heimsuchte. Himmelweit verschieden davon ist, was Schiller und Kant, Stein und Bismarck unter „Freiheit" verstanden.

So ist es auch mit dem Wort „Demokratie". Wenn Hitlers drittes Reich „der demokratischste Staat der Welt" genannt wird, so steht er im schärfsten Gegensatz zu der liberalen Welsch- und Judendemokratie.

Aber zwei verhängnisvolle Maßnahmen hemmten eine gesunde weitere Entwicklung:

die Judenemanzipation 1812,
die Wiederaufrichtung des Papsttums 1814,

dessen erste Handlung die Wiederherstellung des Jesuitenordens war. Juden und Jesuiten gewannen in unserem politischen Leben eine wachsende Bedeutung; sie fanden eine Stütze an den dynastischen und partikularen Interessen, die sich einer starken deutschen Einheit entgegenstellten. Die Vereinigung von Internationalismus und Partikularismus war und ist unser Fluch.

Der preußische Staat, der 1807—1815 ein Träger des Deutschliberalismus, ein Hort der Freiheit und des Fortschritts gewesen war, wurde sich selber untreu. Sein König und seine Regierung folgten den Einflüsterungen Metternichs; sie sahen in dem heiligen, völkischen Feuer eine Gefahr und unterdrückten Deutschlands beste, zuverlässigste Kräfte. Dagegen konnte, anfangs kaum bemerkt, die entgegengesetzte, internationale Bewegung erstarken: Einerseits wurden durch die törichte preußische Kirchenpolitik die jesuitischen Bestrebungen gefördert; anderseits entwickelte sich in Süd- und Westdeutschland ein Welschliberalismus, der in Frankreich sein Vorbild sah, Frankreich verherrlichte und vergötterte, sich von französischen Einrichtungen und Phrasen blenden ließ; er war antipreußisch, und die Kluft zwischen Süd-Westdeutschland und Norddeutschland wurde immer größer. Zugleich bekämpfte dieser Welschliberalismus unsere christlich-germanischen Ideale; eine halb belletristische, halb politische Literatur schoß ins Kraut, deren Wortführer die in Paris lebenden Juden Heine und Börne waren. In ihnen vereinigte sich jüdischer Geist und französischer Radikalismus.

Und was war das Ergebnis der unruhigen Jahre 1848/9? eine Stärkung des welschliberalen, demokratischen Gedankens. Erst damals entstanden Parteiorganisationen; denn bisher hatte der Absolutismus jede politische Vereinigung als staatsgefährlich verboten. In der Frankfurter Nationalversammlung wollten alle Volksvertreter „liberal" sein; aber immer deutlicher trat eine Spaltung in zwei Gruppen ein, die man deutsch- und welschliberal nennen kann:

die eine betonte mehr die Einheit, die andere die Freiheit;
die eine wollte die Verfassung mit den Regierungen vereinbaren, die andere wollte selbständig vorgehen;
die eine stand auf dem Boden der starken Monarchie, die andere war republikanisch bez. für ein parlamentarisches Königtum.

Damit deckte sich die Spaltung in Kleindeutsche und Großdeutsche. Die großdeutsche Partei vereinigte alle Feinde des Preußentums, denen ihre konfessionellen, dynastischen, partikularen, demokratischen Interessen höher standen als ihr Volkstum.

Nach dem kläglichen Ausgang der nationalen Bewegung gewann für längere Zeit der preußenfeindliche, nach Frankreich schielende **Linksliberalismus** die größte Bedeutung. Vor allem wuchs der Einfluß seiner von den Geldleuten völlig abhängigen, hauptsächlich von Juden geschriebenen Presse[1]).

---

1) Wie sehr schon in der vorbismarckschen Zeit dieser nach Frankreich schielende Linksliberalismus in allen nationalen und äußeren Fragen versagte, zeigen folgende Tatsachen:

Im Jahre 1830 sah er nicht, daß die belgische Revolution ein Werk des deutschfeindlichen Welschtums war, besonders des neu erstarkten Ultramontanismus. Vielmehr wirkten in ihrer Verblendung unsere Liberalen jauchzend mit, dem Deutschtum zu schaden und den Welschen zum Siege zu verhelfen.

2. In Preußen führten die Märzstürme des Jahres 1848 zur Gründung einer **konservativen Partei;** Ehrfurcht vor dem Erbe der Väter bildete den Grundpfeiler des Konservatismus. Er betonte die Staatsautorität gegenüber dem Freiheitsstreben der Liberalen; er hielt es für seine Aufgabe, Königtum und Christentum, Besitz und Standesunterschiede zu verteidigen. Gegenüber der rationalen Weltbetrachtung der Liberalen würdigten die Konservativen die irrationalen Kräfte, „die Macht der Tradition, der Sitte, des Instinkts, der triebartigen Empfindungen“. Die Partei bestand größtenteils aus bodenständigen Leuten, aus adeligen Gutsbesitzern; ihre Liebe zum geschichtlich Gewordenen verabscheute das geschichtslose Experimentieren der französischen Revolution. Sie wollten von einer parlamentarischen Regierung nichts wissen, betonten die Ungleichheit der Menschen, die Eigenart der Völker und Stämme, bekämpften eine nivellierende Zentralisation[1]).

2.

Das Zeitalter Bismarcks.

1. Die Konfliktszeit, welche von 1860—1866 dauerte, und die in dieselben Jahre fallende Auseinandersetzung mit Österreich, die zur Gründung des neuen Deutschen Reiches führte, war für die Parteigruppierung sehr wichtig. Denn es trat eine Spaltung der Liberalen ein, die immer größer wurde. Im Jahre 1860 bildete sich „eine Partei der schärferen Tonart“, die Fortschrittspartei, welche die Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhause hatte; sie wollte Preußen „aus den Fesseln des Militarismus befreien“ und bekämpfte aufs leidenschaftlichste den Ministerpräsidenten von Bismarck. Anderseits entstand, als Bismarck siegte, im Jahre 1866 die Nationalliberale Partei, die lange Zeit eine große Rolle spielen sollte.

Deutsch- und Welschliberalismus! National- und Internationalliberalismus! Zwischen den beiden Parteien vollzog sich seit 1866 eine wachsende Scheidung, so daß sie schließlich nur noch scheinbar durch die 7 Buchstaben „liberal“ verbunden waren. Mochten die Linksliberalen sich „Fortschrittspartei“, „süddeutsche Volkspartei“, „deutschfreisinnige Partei“, „freisinnige Volkspartei“, „freisinnige Vereinigung“, „fortschrittliche Partei“ nennen: das wesentliche Merkmal blieb immer dasselbe, daß sie das Preußentum bekämpften, den „Militarismus“ und die starke Monarchie der Hohenzollern. Sie schlossen einen Bund mit der Demokratie, sahen die Freiheit wesentlich in der Gleichheit, gingen meist mit Zentrum, Sozialdemokratie und Fremdstämmigen; ihr Internationalismus war eine Verleugnung des Deutschtums. Die Linksliberalen rühmten sich ihrer Toleranz; aber sie waren nur nach links tolerant, nicht nach rechts; gegen alle diejenigen, die ihr Deutschtum betonten, und denen die christliche Religion und die Bibel etwas bedeuteten, waren sie höchst unduldsam. Kategorischer Imperativ? Pflichten höher stellen als Rechte? Die Sicherheit des Ganzen höher als die eigenen politischen Freiheiten? Das konnten sie nicht. Historisches Denken? nein, politisches

---

1848 forderten sie preußische Hilfeleistung für die madjarischen und italienischen Rebellen, gegen Österreich.

Im Krimkrieg (1853—1856) verlangten sie Preußens Anschluß an die Westmächte, gegen Rußland.

[1]) Fürst Bülow sagte im Reichstage am 16. Juni 1909: „Die preußische Macht ist unter Führung der Monarchie zum guten Teil durch die vielgeschmähten, mit Unrecht geschmähten Junker aufgerichtet worden und durch die preußische Macht das Reich. Die konservative Partei hat mehr als alle anderen Parteien Anteil gehabt an der Regierung.“

Dogma! Mag der Staat zugrunde gehen, wenn nur die liberal-demokratischen Grundsätze gerettet werden[1]).

Die **Nationalliberalen** haben sich später „Mittelpartei“ genannt, und Bismarck wurde ihr Vorbild. Bismarck lehnte in Fragen der Verfassung und Verwaltung, in der Abgrenzung zwischen Einheit und Vielheit, Freiheit und Gebundenheit, in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten jeden Dogmatismus, Doktrinarismus, das Kleben an einem festen Programm ab. Aber dieser angeblich „grundsatzlose“ Mann behielt immer ein festes Ziel im Auge: Die Größe und die Macht des preußischen Staates, später des Deutschen Reiches, „die Einigkeit der Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können“.

Wohin gehörten die Nationalliberalen? nach rechts oder nach links? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein: Deutscher Konservatismus und deutscher Liberalismus schließen sich nicht aus, sondern sind polare Gegensätze, zwischen denen immer wieder eine „mittlere Linie“ gesucht werden muß. Sie ergänzen sich; eins kann ohne das andere nicht sein; gemeinsam treten sie für die Größe, Macht und Gesundheit unseres Volkstums ein. Dagegen war mit dem international-demokratischen Linksliberalismus jede Verbindung ausgeschlossen. Wohl verlor die nationalliberale Partei seit 1881 an Mitgliederzahl; aber ihr Anschluß nach rechts wurde immer enger. Das Jahr 1887 brachte ein Wahlkartell; der Erfolg war eine Reichstagsmehrheit der Konservativen und Nationalliberalen. Welche Aussichten! im preußischen Abgeordnetenhaus und im deutschen Reichstag bestand eine Mehrheit, die entschlossen war, unsere geistige, wirtschaftliche, nationalpolitische Einheit zu erhalten und auszubauen.

2. Aber leider war gleichzeitig die entgegengesetzte, die international-demokratische Strömung erstarkt. Durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht gelangten seit 1867 und 1871, neben dem Linksliberalismus, das Zentrum und die Sozialdemokratie zu großer Macht; zugleich erhielten die Polen, Dänen, Elsaß-Lothringer eine Waffe, um ihre staats- und volksfeindlichen Ziele zu verfolgen.

Das **Zentrum** war anfangs eine Oppositionspartei, seit 1878 nicht mehr. Denn die Ultramontanen erkannten, wie sehr das Reich mit seinen demokratischen Einrichtungen für ihre Bestrebungen nutzbar gemacht werden könnte. Zwar blieb das Zentrum „die Leibgarde des Papstes“; aber es betätigte sich soweit im nationalen Sinne, daß es regierungsfähig werden und bleiben konnte.

Auch das Zentrum war eine „Mittelpartei“; aber welch ein Unterschied! Wohl waren die Ultramontanen in zahlreichen Fragen bereit, nach der einen oder anderen Seite mitzuarbeiten; wie Bismarck, verschmähten sie den politischen Doktrinarismus. Aber das Ziel, das sie fest im Auge behielten, war ein ganz anderes; nicht die Größe

---

[1]) Alles Große, das im Zeitalter Wilhelms I. und Bismarcks geschehen ist, wurde von diesem demokratischen Linksliberalismus leidenschaftlich bekämpft:

die Heeresreform 1861 ff.,
der Übergang zum Schutzzoll 1879,
die Polenpolitik,
die soziale Gesetzgebung.

Die Frankfurter Zeitung schrieb am 4. Dezember 1917: „Angenommen eine ganze Nation fasse vermittels des demokratischen Systems Entschlüsse, die ihr Unglück herbeiführen, so ist doch immer das Prinzip gerettet.“ Operation gelungen, Patient tot: das ist die Wirkung dieses liberal-demokratischen Doktrinarismus.

und Macht des Deutschen Reiches, sondern des universalen Gottesstaates, an dessen Spitze der Papst steht. Und weil sie völlig befangen waren in den mittelalterlich-theokratischen Ideen, konnten sie kein volles Verständnis für unser lebhaftes Nationalgefühl haben; vielmehr nahmen sie die Polen, Dänen, Elsässer in Schutz gegen das Deutschtum.

Das Zentrum war eine Partei der Widersprüche:

es forderte Toleranz für die Intoleranz der Kirche;

es kämpfte angeblich für die Freiheit, suchte aber allen Katholiken die Freiheit zu nehmen[1]);

es betonte die Gleichheit aller Menschen, aber zugleich die abgrundtiefe Kluft zwischen Klerus und Laien;

es behauptete, eine nationale Partei zu sein, ordnete aber alle nationalen Fragen den Interessen der internationalen Kirche unter;

es erklärte, keine konfessionelle Partei zu sein, ächtete aber jeden Katholiken, der nicht mit ihm ging[2]);

es vereinigte durch das Band der kirchlichen Interessen die widersprechendsten Elemente: von den Hochkonservativen bis zu den Überdemokraten.

Daraus erwuchs ein unwürdiges Doppel- und Falschspiel: Bald wetteiferten sie mit den Sozialdemokraten in ihren Schmähungen gegen die Besitzenden, gingen dann aber im Reichstag mit diesen „Ausbeutern" Arm in Arm; bald rühmten sie sich als das stärkste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, um sich unmittelbar darauf aufs engste mit ihr zu verbinden.

Das Zentrum war die Partei der charakterlosesten Taktiker, verbunden mit dem stärksten Willen zur Macht. Niemals hat es gleich in der ersten Lesung einen Gesetzentwurf endgültig abgelehnt; es wartete ab, ob vielleicht für die Macht der Kirche, d. h. des universalen Gottesstaates etwas gewonnen werden könnte. Schon zu Bismarcks Zeit strebte das Zentrum zielbewußt nach der Schlüsselstellung im Reichstag, um bei wichtigen Abstimmungen „das Zünglein an der Waage" zu sein und sich seine Stimme gut bezahlen zu lassen. Das Wort „Kuhhandel" war keineswegs unberechtigt.

Das ultramontane System erniedrigt die Religion, den Glauben zum politischen Werkzeug, und es hat vom 14. Jahrh. bis heute immer edeldenkende Katholiken gegeben, die das aufs lebhafteste bedauern.

Die **sozialdemokratische Partei**[3]) war eine Gründung von Juden, und bis zu ihrer Auflösung (1933) hatten die Juden so sehr die Führung, daß sie eine „Judenschutztruppe"

[1]) Ein katholischer Geistlicher sagte Januar 1907 in den Münchener Neuesten Nachrichten: „Das Wahlrecht ist das einzige Volksrecht. Dafür aber auch ein Recht, wie es kein heiligeres im politischen Leben geben kann. Wer wählt, regiert mit; der Wähler ist ein freier Mann, der mit Millionen seiner Volksgenossen über das Schicksal seines Vaterlandes entscheidet. Und jetzt kommt der Priester und nimmt ihm dieses freie Recht; er befiehlt ihm einfach: Du mußt meinen Kandidaten wählen, ohne zu fragen, warum."

[2]) Wieviel Mühe hat man sich gegeben, um zu beweisen, daß das Zentrum unabhängig von den Bischöfen und vom Papst sei, keine konfessionelle Partei! Aber 1910 verlangte man in Rom und an den Bischofssitzen unbedingten Gehorsam gegen die kirchliche Obrigkeit in weltlichen Dingen. Erzberger legte damals feierlich Bekenntnis ab für das Oberaufsichtsrecht der Bischöfe über das Zentrum.

[3]) Vgl. den Abschnitt „Staat und Gesellschaft".

genannt wurde[1]). Eine Zeitlang konnte es scheinen, als ob sich eine nationale Arbeiterpartei bilden würde, und die wäre auch ganz berechtigt gewesen. Aber es siegte die internationale Richtung; seitdem entwickelte sich die Partei zu einer Überdemokratie, die den Begriff der Gleichheit überspannte, keine Unterschiede zwischen den Menschen und Völkern anerkennen wollte. Sie verstieg sich zu dem Wahnsinn, auch die Ursache für die Verschiedenheit der Anlagen in den materiellen Zuständen zu suchen, Bildung und geistige Vorzüge als das Produkt abzuändernder Verhältnisse zu bezeichnen. Vor allem bekämpfte die Sozialdemokratie den bestehenden Staat, riß die Achtung vor der Obrigkeit und die Liebe zum Vaterland aus den Herzen der Massen, predigte den Haß gegen den sogenannten Klassenstaat.

Als im Jahre 1878 zwei Attentate auf den greisen Kaiser Wilhelm I. verübt wurden, entschloß sich Bismarck, der Agitation der Sozialdemokratie entgegenzutreten und ihre Organisation zu vernichten. Diesen Zweck verfolgte das Sozialistengesetz.

3.

Die Parteien nach Bismarcks Entlassung (1890).

Bei der wachsenden Zahl der Parteien und der zunehmenden Verwirrung der Geister wurde die Wahl für die meisten Deutschen immer schwieriger. Ich selbst habe stets auf den Gegensatz zwischen Armin- und Flavusdeutschtum hingewiesen; ich sah zwei Gruppen von Parteien, von denen die eine ihre schwarzen, roten, goldenen Menschheitsziele höher stellte als unser Volktum, die andere umgekehrt. Die Reichstagswahl des Jahres 1887 konnte als ein Sieg des Armindeutschtums gelten; aber die Entwicklung der nachbismarckschen Zeit führte zu einem Sieg des verrömelten und verjudeten Flavusdeutschtums. Zweierlei war dabei verhängnisvoll:

Die Hinneigung vieler Konservativen zum Zentrum, die nicht erkannten, daß römischer Katholizismus (Universalismus) und deutscher Nationalismus unvereinbar sind;

der Umfall der Nationalliberalen, bei denen der Mammonismus, die Ausländerei und der Einfluß des Judentums wuchsen.

In der nationalliberalen Partei war schließlich das Wort „national" nur noch Dekoration; man jagte dem Phantom der großen liberalen Partei nach, suchte den Anschluß mehr links als rechts. Von 1907—1909 vereinigte der „Bülow-Block" die Konservativen, Nationalliberalen und linksliberalen Demokraten; als dieser unnatürliche Bund 1909 zerfiel, wurde bei den Nationalliberalen die beklagenswerte Losung ausgegeben: „Der Feind steht rechts!"

Seit 1909 regierten Zentrum, Sozialdemokratie und bürgerliche Demokratie, welche Bismarck „die Vorfrucht der Sozialdemokratie" genannt hatte, fast unumschränkt. Leider fanden wir die Nationalliberalen oft in dieser Gesellschaft:

1912 bei der „Scheidemannwahl",

1913/4 bei dem Ansturm gegen den „Militarismus" (Zabern).

Im Jahre 1913 schrieb Hessen in seinem Buch „Philosophie der Kraft": „Das Zentrum zeigt gerade soviel Verständnis für Deutschlands Bedürfnisse, um regierungsfähig zu bleiben, und lauert auf den Augenblick, dem Reiche irgendeine furchtbare Wunde zu schlagen."

Wie bedauerlich, daß so viele Deutschblütige sich von der Politik abwandten! Bei den letzten Wahlen vor dem Krieg (1912) gab es über 2 Millionen Nichtwähler, mehr als alle Zentrumswähler im ganzen Reich.

[1]) 1899 stand in dem Wiener jüdischen Volksblatt: „Fördern wir die Sozialdemokratie, wie es nur angeht; aber seien wir vorsichtig, damit die breiten Massen es nicht merken, daß die Sozialdemokratie nur eine Judenschutztruppe ist."

Österreich-Ungarn.

In Österreich-Ungarn lagen die Dinge ähnlich; nur daß im Deutschen Reich die Polen, Dänen, Elsässer den Anhang der drei demokratisch-internationalen Parteien (schwarz, rot, gold) bildeten, während dort umgekehrt die letzteren den Anhang der Fremdstämmigen. So trug denn zweierlei zur wachsenden Zersetzung des Donaustaates bei:

1. Die demokratische Einrichtung der Volksvertretungen stärkte die Nichtdeutschen, die Tschechen und Slowaken, Polen und Madjaren, Slowenen und Italiener, Serben und Kroaten. Denn sie alle stellten ihr Volkstum über den Staat, über die Konfession, über die Sozialdemokratie.

2. Umgekehrt handelten die Deutschen. Zwar hatten sie im Gesamtstaat die relative, in der cisleithanischen Westhälfte (ohne Galizien) die absolute Mehrheit. Aber die meisten Deutschen standen unter dem Banne Judas[1]) oder Roms oder der roten Internationalen; nur von einem geringen Teil wurde unser Volkstum gepflegt.

Durften wir Reichsdeutschen mit überlegener Miene auf die Zustände in Österreich-Ungarn hinabsehen? Wenn es uns besser ging, so war das nicht unser Verdienst, sondern lag daran, daß wir noch von dem reichen Erbe zehrten, das uns die absoluten Hohenzollern des 17. und 18. Jahrh., besonders aber Wilhelm I. und Bismarck, hinterlassen hatten. Um so größere Scham sollten wir empfinden, daß wir dieses Erbe so schlecht verwaltet haben.

D.

Der Weltkrieg.

Deutsches Reich.

„Der Krieg ist Anfang 1912 verloren worden", so heißt es auf der ersten Seite von Wilh. Meisters „Judas Schuldbuch", als 110 Sozialdemokraten, 93 Zentrumsleute, 42 Demokraten, 41 Polen, Dänen, Elsässer, Welfen in den Reichstag einzogen und eine erdrückende Mehrheit bildeten (286 gegen 111). Aber wir dürfen noch weiter zurückgehen und sagen: „Der Krieg ist 1890 verloren, als Bismarck entlassen, das Sozialistengesetz beseitigt und der demokratische Internationalismus immer mächtiger wurde."

Beim Beginn des Weltkrieges hätten im August 1914 die ersten Handlungen des Kaisers Wilhelm II. sein müssen: Entlassung des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg und Auflösung des

[1]) Die Verjudung Österreichs, besonders der Hochschulen und der Presse, der Wirtschaft und der Banken, der Theater und Kinos, des Ärzte- und Juristenstandes hat in den letzten Jahrzehnten unheimlich zugenommen.

Reichstags; dann würden wir den Krieg gewonnen haben. Zwar ließ sich anfangs der bisherige Reichstag von der allgemeinen vaterländischen Begeisterung mit fortreißen; aber für den furor teutonicus fehlte sowohl der Reichstagsmehrheit als auch der Reichsregierung jedes Verständnis. Langsam fanden sie sich zu ihren demokratisch-internationalen Ansichten und Bestrebungen zurück:

am schnellsten die Judendemokratie des Berliner Tageblatts und der Frankfurter Zeitung;
ihr folgten die Sozialdemokraten;
im dritten Kriegsjahr die Zentrumsdemokraten[1]).

Als im Jahre 1917 Rußland zusammengebrochen und Österreich-Ungarn gerettet war, begann der Verrat am Deutschen Reich. Wie vor dem Krieg, schlossen sich die drei Totengräber (Zentrum, Sozialdemokratie, Fortschritt) zu einem engen Bund zusammen: gegen das Preußentum, gegen das protestantische Kaiserhaus, gegen den Militarismus. Sie behaupteten genau dasselbe, wie die verlogenen äußeren Feinde: der Weltkrieg könne nur durch den Sieg des demokratischen Gedankens entschieden werden, durch die Annahme des parlamentarischen Systems und die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen.

Damals schrieb der holländische Gelehrte Kips:

„Preußen-Deutschland ist fast noch der einzige Staat, der von der englischen Krankheit frei geblieben ist; es herrschen dort noch Ordnung und Freiheit, Gemeinsinn und Volkskraft. Beabsichtigt ist nun, Preußen soll nach englischem Muster demokratisiert werden, damit der Rocher von Bronze untergraben wird, auf dem die deutsche Kraft und das deutsche Schaffen beruhen. Eine gellende Lache würde über die ganze Welt schallen, wenn, nach siegreichem Kriege, die Deutschen selbst mit der Demokratisierung Preußens den Anfang machen sollten. Da würde das Wort vom deutschen Michel bewahrheitet werden, der nur kraftvolle Hiebe austeilen kann, aber sich immer wieder von jeder gleisnerischen List übertölpeln läßt."

Von entscheidender Bedeutung wurde der Umfall der nationalliberalen Reichstagspartei, die sich in den Strudel der demokratischen Bestrebungen hineinreißen ließ. So kamen Revolution, Beseitigung der Monarchie und Zusammenbruch.

Österreich-Ungarn.

In Österreich-Ungarn wurden dieselben Fehler gemacht. Zwar zeigte es sich im Krieg handgreiflich, daß das Deutschtum die einzig zuverlässige Stütze des Doppelstaates und des Kaiserhauses war; dennoch zog die Regierung nicht die Folgerungen daraus. Zwar enthüllte der Kramarsch-Prozeß den ungeheuren Hochverrat der Tschechen und anderen Slawen; aber Kaiser Karl begnadigte sie.

[1]) Vgl. den Abschnitt „Staat, Volk und Kirche".

So lenkte man wieder auf die alte verhängnisvolle Bahn ein. Es erstarkten alle zersetzenden Feinde des Deutschtums: einerseits die Fremdstämmigen, anderseits die Klerikalen. Das Ende war Verrat am Deutschen Reich und Zusammenbruch.

Folgerungen und Zusätze.

Staat ist Macht.

Immer wieder verfallen die Menschen in den Fehler, daß sie die Staatsform überschätzen. Gesundheit des Volkes, Reichtum an geistig hervorragenden und an willensstarken Menschen, besonders aber ein lebhaftes Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen ist wichtiger als alle äußeren Formen.

1.

Die Staatsformen.

Die Frage „welches ist der beste Staat?" hat immer die edelsten Männer beschäftigt.

Der Philosoph Plato kannte nur einen absolut guten Staat, den er sich selber konstruierte. Die bestehenden Staatsformen waren ihm Entartungen, und zwar in folgender Stufenfolge: der lakonische Kriegerstaat, die Oligarchie, die Demokratie, die Tyrannis.

Aristoteles unterschied drei gute und drei schlechte Staatsformen, je nachdem „Einer" oder „die Wenigen" oder „die Vielen" regieren:

Gute Staatsformen	Schlechte Staatsformen
1. Königtum,	1. Tyrannis,
2. Aristokratie,	2. Oligarchie,
3. Politie.	3. Demokratie bzw. Ochlokratie.

Der Unterschied liege darin, daß in den guten Staaten der Eine oder die Wenigen oder die Vielen das Wohl des Ganzen im Auge haben, in schlechten dagegen nur ihr eigenes Interesse verfolgen.

Der alte römische Staat hatte, wie Cicero sagt, eine aus jenen drei guten Staatsformen gemischte Verfassung. Darauf ging Montesquieus Lehre von der „Dreiteilung der Gewalten" zurück; er wollte die ausübende, richterliche und gesetzgebende Gewalt scharf trennen.

In der Tat hatten wir vor dem Weltkrieg in allen Kulturstaaten eine Art von gemischter Verfassung:

1. an der Spitze stand der Monarch oder der Präsident;
2. das aristokratische Element war in der ersten Kammer vertreten;
3. das demokratische Element in der zweiten Kammer.

Aber Montesquieu hatte unrecht, wenn er die drei Gewalten getrennt nebeneinander stellen wollte, und seine Lehre hat bis zum heutigen Tage viel Unheil angerichtet. Das Wesen des Staates liegt in seiner Einheit; die letzte und oberste Entscheidung muß immer an einer Stelle liegen, sei es bei dem „Einen" oder „den Wenigen" oder „den Vielen". In Preußen lag sie beim König, im alten Rom beim Senat, im alten Athen beim Demos, im heutigen England beim Parlament.

Ob die oberste, letzte Entscheidung bei „dem Einen" oder „bei den Vielen" liegen sollte, darum handelte es sich im Weltkrieg; es war zugleich ein Ringen zwischen germanisch-deutscher und welsch-angelsächsischer Staatsauffassung.

Wir hatten in den Kulturstaaten zwei gemischte Staatsformen:

1. In Preußen lag die letzte und höchste Entscheidung beim König; seine Regierung war keine Parteiregierung, aber seine Macht durch die beiden Kammern (Herrenhaus und Abgeordnetenhaus) beschränkt. Ähnlich war es in den deutschen Einzelstaaten[1]).

2. Sowohl in den parlamentarischen Königreichen (England, Italien, Belgien usw.) als auch in den heutigen Republiken ist die zweite Kammer, die demokratische Volksvertretung, der entscheidende Faktor, wenigstens dem Buchstaben nach. König und Präsident sind gezwungen, nach dem Willen der Parlamentsmehrheit eine Parteiregierung zu bilden.

Mit Recht durften wir behaupten, daß in unserer „konstitutionellen Monarchie" am besten sowohl die persönliche Freiheit als auch die gemeinsamen Interessen des Ganzen gewahrt wurden.

Wie wenige Menschen wissen, welch ein schwankender Begriff die hochgepriesene „Republik" ist!

> Als es im alten Griechenland und Rom aufwärts ging, bestand dort eine aristokratische Republik. Ebenso war es im späteren Mittelalter in den blühenden Städterepubliken Venedig, Lübeck usw.
>
> Die demokratische Republik brachte den Niedergang.
>
> Auch Cäsar, Augustus und nach ihrem Vorbild Napoleon I. gebrauchten das Wort „Republik"; aber es war eine monarchische Republik mit demokratischer Maske.

2.

Der demokratische Gedanke als Waffe gegen das germanisch-deutsche Ariertum.

1. In den Nachbarländern:

Germanisch-deutsches Heldentum hat die meisten europäischen Staaten geschaffen. Noch bis ins 16. Jahrh. bestand in Frankreich, sogar in Italien und Spanien die führende Herrenschicht aus den Nachkommen jener Germanen, die im Mittelalter eingewandert waren. Germanischer Abstammung waren auch die großen Denker und Künstler der Renaissancezeit. — Die blutigen Religionskriege des 16. und 17. Jahrh. bedeuteten in Frankreich, Spanien, Italien, Österreich-Ungarn einen „Aderlaß" für das Germanentum. Und was das kirchliche Dogma noch übrigließ, das beseitigte am Ende des 18. Jahrh. das politische Dogma des demokratischen Gedankens; die französische Revolution war ein zweiter „Aderlaß" für das Germanentum.

In England ist während der letzten 100 Jahre, mit zunehmender Demokratisierung, die Macht immer mehr in die Hände der Keltoromanen und Juden gelangt[2]). Ernste Männer wollen die heutigen regierenden Schichten Englands nicht mehr zu den Germanen rechnen; ebenso in U. S. Amerika.

Und Rußland? Welch hohe Bedeutung hatte dort um 1850 das Deutschtum! Aber

---

[1]) Auch das Deutsche Reich, Österreich, Rußland hatten keine Parteiregierung.

[2]) Prof. Zimmer schrieb in der „Zeitschrift für keltische Philologie" IX. Band 1913: „Die Demokratisierung ist eine Rassenfrage; sie ist eine Zurückdrängung der Edelrassen, ein Hervortreten der nichtarischen Urbevölkerung, die dabei von dem Judentum, auch von der römischen Kirche unterstützt wird. Ebenso ist in Frankreich durch die Religions- und Revolutionskriege das arische Blut ausgeschieden."

in demselben Maße, wie Rußland sich an Frankreich anschloß, wurden die Deutschen zurückgedrängt. Und das heutige demokratische Rußland, der Bolschewismus, richtet sich, unter jüdischer Führung, in erster Linie gegen die Deutschen.

2. Im Deutschen Reich und Österreich-Ungarn:

Wohl erscheint es dringend wünschenswert, daß jeder Staatsbürger am öffentlichen Leben des Staates und der Gemeinde beteiligt ist; aber daraus darf keine Tyrannei von unten erwachsen:

a) Bei voller Demokratisierung wird die gebildete, steuerkräftige, politisch und wirtschaftlich bedeutungsvollere Minderheit durch die bloße Zahlenmehrheit erdrückt.

b) Welche Wirkungen hat das allgemeine, gleiche Wahlrecht gehabt! Natürlich traten sie nicht sofort ein; in dem Norddeutschen Reichstag von 1867 waren nur 18 Ultramontane und 1 Sozialdemokrat. 1871 waren im deutschen Reichstag 58 Ultramontane und 1 Sozialdemokrat; 1890 106 + 35; 1903 100 + 81; 1907 105 + 43; 1912 93 + 110. Immer mehr trat das Demagogentum hervor. Dabei wurde die zunehmende Verstädterung unseres Volkes besonders verhängnisvoll; denn alle großen Städte des Deutschen Reichs sandten sozialdemokratische oder ultramontane Vertreter in den Reichstag. Jahrelang hatten Zentrum und Sozialdemokratie die Mehrheit; infolge seiner Schlüsselstellung war das Zentrum tatsächlich die ausschlaggebende Partei. Welch eine Ungeheuerlichkeit! Die Entscheidung bei einer Partei, deren Ideal der theokratische Universalismus ist!

Noch schlimmer waren die Wirkungen in dem Völkerstaat Österreich-Ungarn. Erst durch den Parlamentarismus sind die Tschechen, Polen, Slowenen, Magyaren, Kroaten, Italiener zu Macht und Bedeutung gelangt; sie bildeten geschlossene Gruppen, während die Deutschen in nationale, klerikale und kosmopolitisch-liberale Parteien zersplittert waren. Das Deutschtum wurde seit 1867 immer mehr zurückgedrängt.

c) Was war aus den hohen Idealen unserer Väter geworden? Welch ein Demagogentum machte sich, besonders in der Zeit vor den Wahlen, breit! Welch ein Wettlaufen um die Gunst der Massen, des Königs Demos! Wie warf man mit Schlagwörtern um sich: „Reaktion, Polizeiwillkür, Bürokratismus, Feudalstaat, agrarisches Junkerregiment, Entrechtung der Volksmassen, uferlose Flottenpläne, Geldsackparlament, diokletianische Verfolgung der Kirche"! Wir atmeten jedesmal auf, wenn die Wahlen mit ihren unglaublichen Lügen und Verhetzungen vorbei waren. In den Zeitungen wurde mehr und mehr die Sensation zum Kernpunkt des politischen Lebens. Und in den Parlamenten selbst, den Versammlungen der erleuchteten Volksvertreter! Zweimal wurde der deutsche Reichstag aufgelöst, weil er bei wichtigen nationalen Fragen völlig versagte, 1887 und Dezember 1906. Am 26. März 1895 weigerte er sich, dem Altreichskanzler Bismarck zu seinem 80. Geburtstage Glückwünsche darzubringen. Am 10. Februar 1910 wurde der Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg im preußischen Abgeordnetenhaus mit Lärm und Pfuirufen von den Sozialdemokraten begrüßt. Am 8. Mai 1912 mußte ein sozialdemokratischer Abgeordneter mit Gewalt durch vier Schutzleute aus dem Saale entfernt werden. In Wien wurde der Reichsrat am 20. Oktober 1909, 11 Uhr vormittags, nach langer, unfreiwilliger Pause wieder eröffnet, und um 12 Uhr hatten die Tschechen die erste Sitzung niedergebrüllt.

Und nach der „glorreichen" Revolution des 9. November 1918? wir hatten teils die Herrschaft der Straße, teils der Schaumschläger und redegewandten Rabulisten: Hekistokratie und Sophistokratie.

3. Der Streit um das beste Wahlrechtssystem:

Wie es keinen „besten" Staat, „beste" Kirche, „beste" Wirtschaftsform oder „beste" soziale Einrichtung gibt, so auch kein absolut gutes Wahlrecht. Jeder Staat, jedes Volk muß sich das Wahlrecht schaffen, durch welches am besten seine Machtstellung nach innen und außen, die individuelle Freiheit des einzelnen und die gemeinsamen Interessen des Ganzen geschützt und gefördert werden.

Wir litten an einer Überschätzung der Wahlrechtsfrage; es ist nicht wahr, daß die Wahlrechtsfrage im Mittelpunkt, im Zenit unseres gesamten öffentlichen Lebens stehe. Was hat Preußen, England, Frankreich groß gemacht? Nicht Volksvertretungen, sondern große Männer.

Es war zu einer Art von Dogma geworden, daß das gleiche, allgemeine, direkte, geheime Wahlrecht das beste sei. Mit Recht sagte Bülow im Reichstag 18. März 1908: „Warum soll denn gerade das Reichstagswahlrecht sakrosankt sein, wo alles übrige, Gott und Vaterland, Monarchie und Familie, Gesetz und Verfassung, Ordnung und Privateigentum angegriffen, verhöhnt und untergraben wird!"

Wer hat denn im zweiten deutschen Reich besser gearbeitet, das mit dem „elendesten aller Systeme" gewählte preußische Abgeordnetenhaus oder der mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählte deutsche Reichstag?

Man unterschied folgende Formen des Wahlrechts

das allgemeine und gleiche Wahlrecht (im deutschen Kaiserreich);

das Dreiklassenwahlrecht Preußens, das die Wähler nach Maßgabe der Steuern in 3 Klassen einteilte;

bei dem Pluralsystem sollten, je nach genau bestimmtem Einkommen, Grundbesitz, Amt, wissenschaftlicher Bildung den Wählern 1, 2, 3 oder mehr Stimmen gewährt werden;

bei dem Verhältnis- oder Proportionalsystem werden die Mandate nach der Gesamtzahl der für jede Partei abgegebenen Stimmen verteilt[1]);

in England ist das Wahlrecht wesentlich an den Besitz eines eigenen Hausstandes gebunden.

Wie töricht, ein Wahlrecht für absolut gut zu erklären! Wie verschieden waren die Verhältnisse in den Nationalstaaten Frankreich, England, Italien und in den Völkerstaaten Österreich-Ungarn und Rußland! Wie verschieden im Deutschen Reich und in den deutschen Bundesstaaten! Wie verschieden in einem Agrar- und in einem Industriestaat!

3.

Die Ähnlichkeit zwischen den Revolutionen von 1789ff., 1848, 1918[2]).

„Der Meister kann die Form zerbrechen,
Mit weiser Hand, zur rechten Zeit;
Doch wehe, wenn in Flammenbächen
Das glühnde Erz sich selbst befreit!"

Die teils gutmütige, teils schwächliche Nachgiebigkeit gegen den demokratischen Gedanken und gegen die nichtarischen Elemente haben die Revolutionen gebracht.

---

[1]) Wie sehr in der Tat die Minderheit vergewaltigt werden kann, zeigten die belgischen Wahlen des Jahres 1884. Es waren 36080 klerikale und 22117 liberale Stimmen abgegeben; aber die Liberalen erhielten nur 2, die Klerikalen 67 Abgeordnete.

[2]) Vgl. mein Buch „Weltgeschichte der Revolutionen".

1. Die französische Revolution 1789 ff.[1]):

Unter dem Einfluß der liberalen und demokratischen Zeitströmung geben die landläufigen Geschichtsbücher Zerrbilder von den Zuständen vor der französischen Revolution:

von den Besteuerungsverhältnissen und der „ungeheuren Schuldenlast“,
von dem sogenannten Adelsregiment,
von den Feudallasten,
von der angeblichen Entrechtung des Bürgerstandes.

In Wahrheit hob sich seit dem Regierungsantritt Ludwigs XVI. (1774) der wirtschaftliche Zustand des Landes; der Bürgerstand der Städte, der am lautesten über „Entrechtung“ klagte, hatte die größte Macht und wurde vor dem Adel bevorzugt; die „Aufklärungs“-Ideen durften sich verbreiten; Adel und Geistlichkeit waren 1789 bereit, die „ungeheure Schuldenlast“ auf sich zu nehmen.

Nicht durch seinen Despotismus, sondern durch seine schwächliche Nachgiebigkeit hat Ludwig XVI. das Unheil herbeigeführt. An charakterloser Schwäche, an Mangel an Entschlußkraft ist das Königtum zugrunde gegangen und mit ihm der Adel.

Die „aufgeklärten“ Ratgeber der Krone sagten dem König: „Das Vertrauen zum Volk, die Erfüllung aller seiner politischen Wünsche wird die dankbare Liebe des Volkes wecken und den Thron fest in diesem Grunde verankern.“ In Wahrheit steigerte jede „Konzession“ den Haß, die Verachtung und die sinnlose Wut des Volkes:

Als der dritte Stand sich 1789 eigenmächtig für die Nationalversammlung erklärte, gab der König nach. Worin zeigte sich „die Dankbarkeit des Volkes“? Es brachen Unruhen in Paris aus, die sich bis zur Erstürmung der Bastille (14. Juli 1789) steigerten. Obwohl sich dort keine „Opfer der königlichen Willkür“ fanden, wovon man so viel gelogen hatte, so begann dennoch die blutige Willkür des „souveränen Volkes“, das sich an keine Versprechungen, keine göttlichen und menschlichen Rechte gebunden fühlte.

Die Feudalrechte wurden aufgehoben. Worin bestand der „Dank des Volkes“? Der Aufruhr dehnte sich über ganz Frankreich aus.

Mit einer kleinen Dosis Tatkraft und Entschlossenheit hätte der König noch bis zum Sommer 1792 das Unheil abwenden können. Aber immer wieder drängten ihn seine „aufgeklärten“ Ratgeber zur Nachgiebigkeit und belehrten ihn, dadurch würde er die Monarchie stärken. Als dann am 10. August 1792 der wohlvorbereitete Aufstand ausbrach und das „dankbare Volk“ die Tuilerien stürmte, da gab der König seinen treuen Schweizern den Befehl, nicht zu schießen. Das „liebe“ Volk massakrierte die braven Truppen; der König aber suchte Schutz in der Nationalversammlung, bei seinen Todfeinden.

Und wie sah es mit den großen „Segnungen“ der Revolution aus? und mit der vielgepriesenen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, den Menschenrechten, der Volkssouveränität“? Die Menschheit hat niemals eine solche Vergewaltigung der Freiheit gesehen, wie sie damals geübt wurde. Dazu flossen in den Jahren 1792—1815 Ströme Blutes. Und während vor 1789 alle Aussicht bestand, daß in organischer Entwicklung die notwendigen Reformen durchgeführt würden, zeigt uns die Geschichte Frankreichs seit 1789 nur krankhafte Zuckungen und sprunghafte Umwälzungen aus dem einen Extrem in das andere.

2. Die preußische Revolution von 1848.

Obwohl die Monarchen aus den Ereignissen von 1789—1815 hätten lernen können, wohin schwächliche Nachgiebigkeit und das sogenannte „Vertrauen zum Volk“ führt, so haben sich doch genau dieselben Vorgänge später wiederholt.

[1]) Friedrich der Große schrieb 1776 an Voltaire: „Ich stelle mir Ludwig XVI. vor wie ein von alten Wölfen umzingeltes Schaf.“

Auch über die preußischen Zustände vor 1848 werden bis zum heutigen Tage Zerrbilder verbreitet. In Wahrheit hat es kaum eine Revolution gegeben, die ungerechtfertigter und unnötiger vom Zaun gebrochen wäre. „Die Staatsmaschine war in guter Ordnung, die Finanzen mit Redlichkeit geleitet, die Verwaltung mit Genauigkeit geführt, die Justizpflege unabhängig.“ Mit Recht hat Friedrich Wilhelm IV. später geschrieben, daß „die Revolution nur von ausländischen Emissären, Polen, Franzosen und Juden nach Preußen importiert worden sei“.

Der König besaß alle Mittel, um die Revolution im Keime zu ersticken. Aber ihm fehlte die Entschlußkraft; seine schmachvolle Schwäche hat alles Unheil verschuldet. Dabei belehrten ihn seine „aufgeklärten“ Ratgeber: er müsse dem Volk mit „Vertrauen“ begegnen; „der Friede werde kommen, wenn man auf die Rebellen einen versöhnlichen Eindruck mache“; dann werde „eine neue glorreiche Geschichte“ beginnen. Den Truppen wurde äußerste Schonung und Milde befohlen; später entfernte sie der König und stellte sich unter den Schutz der Bürgerwehr: alles wie in den Jahren 1789—1792!

Seit dem 14. März 1848 wurde durch Massendemonstrationen und Deputationen auf den König eingewirkt; er gab in allen Stücken nach und verkündete am 18. März die Einberufung des preußischen Landtags. Alles freute sich über „die ohne jedes Blutvergießen gewonnene Wiedergeburt des Staates“; nur die Macher der Revolution freuten sich nicht. Sie entfachten eine „instinktartige Erbitterung des Volkes gegen das Militär“, wozu gar keine Veranlassung vorlag. Das „dankbare“ Volk, das dem König zugejubelt hatte, begann an demselben 18. März mit dem Barrikadenbau. Geradezu würdelos war das weitere Benehmen des Königs. Eine Deputation nach der anderen erschien; Stück um Stück gab Friedrich Wilhelm IV. nach; er befahl die Entfernung der Truppen und gestattete die Volksbewaffnung; für die Verbrecher wurde eine Generalamnestie gewährt. Schmachvoll war der Umritt des Königs am 21. März; schmachvoll die Haltung der Regierung am 22. März, als die gefallenen Rebellen bestattet wurden.

Und die Segnungen der Revolution? Im Jahre 1848 begann der Siegeslauf der Undeutschen und der Halbdeutschen, der drei demokratisch-internationalen Kräfte „schwarz“, „rot“, „gold“, der Flavusdeutschen.

3. Die flavusdeutsche Revolution von 1918:

Wilhelm II. hätte wissen müssen, daß der Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zusammenbruch von 1648 unmöglich gewesen wäre, wenn nicht seine großen Vorfahren und neben ihnen Männer, wie Stein und Bismarck, es verstanden hätten, zu regieren, zu leiten, zu zwingen. Seit 1890 entbehrten wir der zielbewußten Leitung; die regieren sollten, ließen sich regieren.

Wiederum wurde das Volk durch Zerrbilder getäuscht und durch Schlagwörter, wie „Obrigkeits- und Polizeistaat“, „herrschender Einfluß der Agrarier und Ostelbier, der Junker und Generäle“. Hätten nur nach Bismarcks Entlassung, nach 1890, die „Junker“ und „Ostelbier“ größeren Einfluß gehabt!, dann hätte es keine Revolution gegeben. In Wahrheit bestand die „herrschende Klasse“, die Reichsregierung und die Umgebung des Kaisers mehr und mehr aus ganz anderen Leuten, aus einem neuen Adel, für den nicht das Blut, sondern das Geld ausschlaggebend war. Dagegen hielt Wilhelm II. sich die Konservativen und die „Agrarier“ möglichst weit vom Leib.

Seit 1890 hat uns die wachsende Nachgiebigkeit gegen alle zersetzenden, staats- und monarchiefeindlichen Elemente ins Verderben gestürzt:

Durch die innere Politik der Jahre 1890—1914 zog sich eine lange Kette von „Konzessionen“; immer wieder wurde der Kaiser veranlaßt, die Hand zur „Versöhnung“ zu reichen, um die Rebellen zu gewinnen; er müsse „Vertrauen zum Volk“ haben. Jede Enttäuschung spornte zu neuen schmachvollen Zugeständnissen an. Im Jahre 1890

wurde das Sozialistengesetz nicht erneuert. Zwar waren alle Versuche, die Sozialdemokraten zur „positiven Mitarbeit" zu gewinnen, vergeblich, und ihre Sprache wurde immer aufhetzender; aber, was in Bismarcks Augen Verbrechen waren, das nannte man, um sich zu beruhigen, „Kinderkrankheiten"; 25 Jahre lang redete man von der kommenden „Mauserung". — Ebenso suchten der Kaiser und seine Ratgeber die Zentrumsdemokraten zu „versöhnen"; ich erinnere an die Auszahlung der „Sperrgelder" und des „Welfenfonds", an die Nachgiebigkeit den Orden gegenüber. Elsaß-Lothringen erhielt eine demokratische Verfassung. Die Juden und die Hochfinanz wurden bevorzugt; sie drangen in die nächste Umgebung des Kaisers ein. Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung wurden eine Art von Regierungsblättern.

Und das Ergebnis dieser langen Versöhnungspolitik? Der Dank des Volkes? Im Winter 1913/14 beleuchtete „der Fall Zabern" mit erschreckender Deutlichkeit das Trümmerfeld. Es wurde im ganzen Reich ein Sturm entfesselt gegen unsere starke Monarchie.

Der Krieg 1914 ff. hätte eine Gesundung bringen können, und wer die Augusttage mit offenen Sinnen durchlebt hatte, hoffte zuversichtlich auf eine Wiedergeburt. Aber es fehlte der tatkräftige Mann. Das Berliner Tageblatt erklärte gleich zu Anfang, „der Hauptgewinn des Krieges müsse auf innerpolitischem Gebiet liegen". Wie sehr hat sich der Kaiser täuschen lassen, daß er durch Nachgiebigkeit die Einheit, den Siegeswillen stärke und den Staat gegen die äußeren Feinde rette! Die „Versöhnungspolitik" gegenüber den offenen und versteckten Gegnern unserer preußisch-deutschen Monarchie nahm kein Ende: die sogenannten „Ausnahmegesetze" wurden aufgehoben; die Sozialdemokraten machte man regierungsfähig; der Zentrumsdemokrat Erzberger durfte eine große Rolle spielen; die Juden wurden in leitende Stellungen gebracht. Nur die königstreuen Männer drückte man an die Wand, damit die anderen befriedigt und versöhnt würden. Mit 100 Soldaten hätte man noch im Jahre 1918 die Revolution ersticken können; aber es fehlte die Entschlußkraft.

Verbrecher wurden begnadigt; man ließ die Agitatoren ungestört bei ihrer landesverräterischen Tätigkeit, das Heer zu demoralisieren; die Minister, welche den Versuch machten, dem unheilvollen Treiben entgegenzutreten, wurden entlassen. Der Streit um das preußische Wahlrecht diente dazu, künstlich die Gemüter zu erhitzen. So verblendet, so irregeleitet war der Kaiser, daß er noch im Oktober 1918 die „freiheitliche Zukunft" pries, die für Deutschland mit der Durchführung des parlamentarischen Systems beginne. Währenddessen hatten die Sozialdemokraten schon alles für die Revolution vorbereitet.

Welche hohen Töne vernahmen wir im November 1918 über die großen „Errungenschaften" dieser Revolution? Scheidemann rief am 9. November der Menge zu: „Wir haben auf der ganzen Linie gesiegt". Welchen Trugbildern gab man sich hin, auch in bezug auf die Haltung der äußeren Feinde! „Friede! Freiheit! Brot!" pries man als das nächste Ergebnis. In Wahrheit wurde der Friedensschluß hinausgeschoben; die Revolution machte uns zu Sklaven der äußeren Feinde, und im Inneren bedeutete „Freiheit" die Tyrannei der Schlechtesten; statt Brot kam das Gespenst der Hungersnot.

4.

Hinter den Kulissen.

Je demokratischer die Verfassungen werden, um so mehr gestaltet sich das gesamte öffentliche Leben zu einem Puppentheater, wo die Drahtzieher unsichtbar bleiben und die Personen auf der Bühne nach ihrem Willen tanzen lassen. Gerade in den deutschfeindlichen Ländern waren Staatsmänner und Generale, Volksvertreter und Journalisten[1]) Werkzeuge der hinter den Kulissen arbeitenden Kräfte.

1. Die Weltfreimaurerei[2]):

Der „dumme" deutsche Michel! Er ließ sich betören durch das Trugbild einer Kulturgemeinschaft, durch liberale Schlagworte und Menschheitsziele; er ließ sich vorreden, daß die Freimaurerei nur „humanitäre" Ziele verfolge und sich nicht mit Politik befasse. Er fragte nicht, was denn die Geheimniskrämerei für einen Sinn habe, wenn die Freimaurerei nur Wohltätigkeitszwecke kenne.

Folgende Tatsachen muß jeder Deutsche wissen:

> Wo immer in den letzten Jahrhunderten Revolutionen ausgebrochen sind, da hatten Freimaurer ihre Hand im Spiel[3]). Wichtl sagt: „Die Freimaurerei erscheint als eine über die ganze Welt verzweigte Verschwörungsgesellschaft."
>
> Die englische Freimaurerei unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkte von der in den anderen Ländern; sie wirkt nicht revolutionär gegenüber dem eigenen Staate, sondern hat sich im Gegenteil zu einer Einrichtung entwickelt, die sich dem Staate überall dort zur Verfügung stellt, wo er ihrer bedarf, um in fremden Staaten revolutionäre Umtriebe zu begünstigen.
>
> Freimaurer haben Italien, Portugal, Brasilien, Griechenland, Argentinien, Uruguay, Rumänien, die Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Weltkrieg getrieben. Die ausländischen Großlogen waren Brutstätten des Hasses gegen Deutschland.
>
> Für den „süßen Pöbel" blieben „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" das lockende Aushängeschild; in Wahrheit kennt die Freimaurerei weder Freiheit noch Gleichheit noch Brüderlichkeit. Der Bund der Freimaurerei mit der Sozialdemokratie wurde besonders enge.

---

1) Auf einem Bankett des Pressevereins zu Neuyork sagte kurz vor dem Weltkrieg einer der angesehensten amerikanischen Journalisten:

> „Eine unabhängige Presse existiert in Amerika nicht ... Wir sind Werkzeuge und Vasallen der hinter den Kulissen waltenden Kapitalisten. Wir sind Hampelmännchen; jene ziehen am Faden, und wir tanzen. Unsere Muße, unsere Begabung, unser Leben, alles wofür Gott uns geschaffen hatte, ist das Eigentum anderer Männer; wir sind geistige Prostituierte."

2) Nach Dr. Wichtl, „Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik".

3) Als Beispiel wählen wir die große Revolutionszeit von 1789—1815: Schon die Hauptvertreter der französischen Aufklärung waren Freimaurer, z. B. Montesquieu, Diderot, d'Alembert, vor allem Voltaire.

Der nächste Zweck der französischen Revolution war der, die Dynastie Bourbon zu beseitigen und den Herzog Louis Philipp von Orleans, den Großmeister der französischen Freimaurerei, zum König von Frankreich auszurufen. Freilich kam es statt dessen zunächst zur Pöbelherrschaft. Aber auch die Führer der Schreckenstyrannei waren Freimaurer: Robespierre und Danton. Die Hinrichtung Ludwigs XVI. ging von den Freimaurern aus. Napoleon I. war Freimaurer.

Bis auf den heutigen Tag nehmen alle französischen Freimaurer die Revolution von 1789 als ihr Werk in Anspruch. Schon in einer Rede vom 23. Juli 1789 hieß es: „Von unseren Tempeln gingen die ersten Funken des heiligen Feuers aus, das, mit Windeseile von Osten nach Westen, von Norden nach Süden übergreifend, die Herzen aller Bürger entflammte." Die Revolution war ein Versuch, die freimaurerische Lehre zu verwirklichen. Vgl. mein Buch „Weltgeschichte der Revolutionen".

Die Weltrepublik, die sie als ihr Ziel hinstellen, ist nichts anderes als die Weltplutokratie, die Herrschaft des Mammons. In dem Deutschtum sah sie das letzte Hindernis, und deshalb verband sich die ganze Welt, um das germanisch-deutsche Ariertum zu vernichten. Die Juden rissen die Führerschaft an sich, die sie zugunsten ihrer Rasse ausnutzten; sie sind in der Weltfreimaurerei in einer Stärke vertreten, die ihrer Kopfzahl bei weitem nicht entspricht.

2. Das Judentum[1]):

Über die Juden als „Drahtzieher" mögen Bekenntnisse hervorragender Juden angeführt werden[2]):

Montefiore sagte im Jahre 1840: „Solange wir nicht die Presse in der Hand haben, um die Völker zu täuschen und zu betäuben, richten wir nichts aus, und unsere Herrschaft bleibt Hirngespinst."

Auf dem Judenkongreß zu Lemberg sprach 1912 ein Rabbiner die Worte: „Wir werden das Proletariat zu Revolutionen und Umstürzen drängen, und eine ähnliche Katastrophe wird uns dem einzigen Ziele näher bringen, dem Ziel, auf Erden zu herrschen, wie unserem Vater Abraham verheißen ward."

Die Neue Deutsche Rundschau verkündete 1910 voll Stolz: „Darum ist der Jude als Großbänker, Großreeder, Großhändler, als Finanzier aller Kollektivbedürfnisse zwar nicht der offizielle Politikus, wenigstens nicht in dem noch vom Beamtentyp geleiteten Staat, aber hinter den Kulissen ist er ohne Unterlaß tätig und unentbehrlich; er ist der eigentliche Drahtzieher und Akteur, klug genug, die dekorative Geste anderen zu überlassen."

Leider wuchs dieser Einfluß hinter den Kulissen unter Wilhelm II., der das Opfer des jüdischen Byzantinismus wurde. Der jüdische Journalist W. Steinthal rühmte 1912 „die Regenteninstinkte Wilhelms des Instinktiven, der immer wieder, wenn er in heiklen Situationen guten Rates bedarf, die Ballin, Rathenau, Friedländer ins Schloß bittet". Und der englische Jude Mr. Castle schrieb kurz vor dem Weltkrieg: „Die Ansicht wird in der Tat vertreten, daß die neueste Phase der Entwicklung des Deutschen Reichs eine spezifisch semitische, keineswegs aber eine deutsche Erscheinung sei."

Seit dem 9. November 1918 arbeiteten die Juden nicht mehr „hinter den Kulissen"; sie besetzten 80 Prozent der höheren Regierungsstellen. Den Zusammenbruch des Deutschen Reichs begrüßten sie als einen Sieg des Judentums; der „deutsche" Jude A. F. Fried schrieb: „Freudigen Herzens müssen wir den Demokratien des Westens dafür danken, daß sie gesiegt haben. Sie haben auch uns befreit."

3. Die Jesuiten und der politische Katholizismus[3]):

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts war das Hauptziel des wiedererstarkten Jesuitenordens die Vernichtung Preußens. Unermüdlich sind sie hinter den Kulissen tätig gewesen.

4. Kramarsch, der Tschechenführer[4]):

Im Guten und im Schlechten wird die Geschichte von willensstarken Männern gemacht, nicht vom „souveränen Volk". Einer der unermüdlichsten und tatkräftigsten

---

[1]) Vgl. Wilh. Meister, „Judas Schuldbuch".

[2]) Vgl. auch, was bereits auf S. 214ff. steht.

[3]) Hierüber ist eingehender in dem Abschnitt „Staat, Volk und Kirche" gesprochen.

[4]) Vgl. Dr. Wichtl: „Kramarsch, der Anstifter des Weltkriegs". Vgl. auch in diesem Buch S. 258.

Drahtzieher war der Tscheche Dr. Karl Kramarsch, der „die Maske der Loyalität so täuschend trug, daß kein einziger der vielen österreichischen Staatsmänner ihn zu durchschauen vermochte".

Der Kramarsch-Prozeß (vom 21. 5. 1915 bis 20. 11. 1916) enthüllte das geheimnisvolle Treiben des gefährlichen Mannes. Aber er wurde von dem verblendeten Kaiser Karl begnadigt; seitdem warf er ohne Scheu die Maske ab, trat immer offener für sein hochverräterisches Ziel ein, die Gründung eines selbständigen tschechischen Reiches. Im August 1918 durfte ein Slawenkongreß in Laibach stattfinden, wo zusammenhängende Slawenreiche von Danzig bis Triest gefordert wurden.

5.

Die Republik der Flavusdeutschen (1918—1933)[1]).

Das 2000jährige Ringen unseres Volkstums mit dem römischjüdischen Gemenge war stets mit einem Kampf zwischen den zweierlei Deutschen verbunden, den Armin- und den Flavusdeutschen. Durch den Dolchstoß von hinten haben die Flavusdeutschen 1918 den äußeren Feinden den Sieg verschafft.

Nichts verdient mehr für alle Zukunft festgehalten zu werden, als die Tatsache, daß die Flavusdeutschen, d. h. die drei internationaldemokratischen Parteien, unseren Zusammenbruch als einen Sieg empfanden; ihre Führer waren so unvorsichtig, dies in ihrem Siegesrausch frohlockend in die Welt hinauszurufen. Besonders bezeichnend war wiederum das Verhalten des Zentrums, in welchem der wandelbare Erzberger die Führung an sich gerissen hatte; Erzberger, der durch seine Taschenspielerkünste in den Jahren 1917, 1918, 1919 „ein gerüttelt Maß von Mitschuld" an unserem Elend trug. Zwar schien es nach dem blutigen Bürgerkrieg im Dezember und Januar 1918/19, als ob das Zentrum zusammen mit den Nationalen eine starke gegenrevolutionäre Opposition bilden würde; es empfahl sich seinen Wählern als „der stärkste Damm gegen die rote Flut". Aber sofort nach den Wahlen stand wieder der alte Mehrheitsblock der schwarzen, roten, goldenen Internationaldemokraten da, und das Zentrum hat sich oft gerühmt, daß es von 1919—1932 den entscheidenden Einfluß gehabt habe.

Die Weimarer Verfassung (1919) wurde ganz nach den Wünschen dieser Flavusdeutschen gestaltet. Es folgte gerade das, wovor Bismarck so eindringlich gewarnt hatte:

einerseits die Parlaments- und Parteiherrschaft,
anderseits wachsende auswärtige Einflüsse in der Politik.

Die Weimarer Verfassung beruhte auf der großen Lüge, daß „das Volk sich selbst regiert"; sie gab allen Staatsbürgern männlichen und weiblichen Geschlechts vom vollendeten 20. Lebensjahr an das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht, und zwar nicht nur für das Reich, sondern auch für die Länder, Provinzen, Kreise, Städte. In Wahrheit führte sie zu einer Diktatur weniger Zentrums-, Kapital- und Sozialdemokraten.

Was diese „freieste Republik" mit ihrem Absolutismus der Majorität, unter Mitwirkung oder wenigstens Billigung des Zentrums, seit 1919 an Vermögensraub, Korruption, Bestechung, Verschwendung, Aufblähung des Beamtentums, an Vernichtung des bodenständigen Deutschtums, Zerstörung des deutschen Ehe- und Familienlebens, Vergewaltigung der Armindeutschen, Besetzung einträglicher Stellen mit unfähigen und unwürdigen Menschen, an Sabotage jeder Möglichkeit einer Gesundung, an politischer, finanzieller, wirtschaftlicher, kultureller Versklavung gesündigt hat: das schreit

---

[1]) Dieser Abschnitt ist zugleich eine Fortsetzung der „Geschichte der politischen Parteien".

zum Himmel. Die steigende Abhängigkeit vom Ausland kam nicht nur in dem Hineinregieren der äußeren „Sieger" zum Ausdruck, sondern auch darin,

daß unsere Kapital- und Sozialdemokraten sich von Juden führen ließen;
daß unsere Zentrumsdemokraten sich ihre Weisungen aus Rom und unsere Kommunisten aus Moskau holten.

Das Ziel dieser „regierenden" Parteien war nicht das Wohl des deutschen Volkes, sondern die Verwirklichung ihrer römischen oder jüdischen oder marxistischen Menschheitsziele.

Leider muß festgestellt werden, daß diese Entwicklung nur durch das **Versagen der nationalen Parteien, Vereine, Verbände** möglich gewesen ist. In den Kreisen der „Nationalen" hatte seit 1890 das aufdringliche Evangelium der **Politik der mittleren Linie** eine unglaubliche Unsicherheit, Ziellosigkeit und Willensschwäche hervorgerufen. Da war nichts von dem Entweder-Oder-Geist Luthers und Bismarcks zu spüren; da fiel man uns in den Arm, wenn wir von dem „politischen Katholizismus", von der „katholischen Staatsidee" oder von der Verjudung unseres politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Lebens sprachen; da duldete man in den eigenen Reihen jüdische und römische „Abkommandierte", die jeden Versuch einer entscheidenden Tat ab- und umzubiegen verstanden. Unheilvoll wurde die Parole: „Hinein in den Staat, um Schlimmeres zu verhüten!" So konnte dem Linksblock der Flavusdeutschen kein geschlossener Rechtsblock entgegentreten; vielmehr spaltete man sich 1919 zuerst in 2, später in mehr als 20 Parteien, die sich gegenseitig aufs erbittertste bekämpften.

6.

Aufgaben der Zukunft[1]).

„Sie sind auf einen falschen Strang geraten, m. H.! Ich rate Ihnen, bremsen Sie, so schnell als möglich."
Bismarck 1887.

1. **Reaktion:**

Ohne Reaktion gibt es keinen gesunden Fortschritt. Thomas Carlyle sagt, daß die **Demokratie den Niagarafall hinabführe.** Nur wenn wir uns **völlig losreißen** vom welschdemokratischen Gedanken, kann Rettung kommen; keine Halbheiten, keine „Politik der mittleren Linie", keine taktischen Erwägungen können uns helfen. Wir müssen jede Verbindung mit den Geldsack-, Zentrums- und Sozialdemokraten ablehnen.

Richard Wagner sagt: „Wir brauchen nur zu wissen, **was wir nicht wollen**, so erreichen wir aus unwillkürlicher Notwendigkeit ganz sicher das, was wir wollen, das uns aber erst ganz deutlich und bewußt wird, wenn wir es erreicht haben." **Was wir nicht wollen**, wissen wir heute ganz genau: kein parlamentarisches System; kein gleiches Wahlrecht; kein Wahlrecht vom 20. Lebensjahr an; kein Wahlrecht für Nichtdeutsche und solche, die nicht deutsch sein wollen; kein Wahlrecht für Schwerbestrafte; kein Einkammersystem, keine extreme Zentralisation; keine Vergewaltigung der Bodenständigen, Gebildeten, Besitzenden; keine feindlichen Staaten im Staate.

Wir müssen den Mut haben, **gegen den Strom** zu schwimmen, uns zum echten Deutschtum und echten Christentum zu bekennen; wir müssen den **Kampf gegen die Lüge** entschlossen aufnehmen und die Demokratie als das bezeichnen, was sie ist, die verlogenste und schlechteste aller Staatsformen; wir müssen die Jugend zum Heldentum, zur Kampfesfreudigkeit, zu Glaube, Liebe, Hoffnung erziehen; wir müssen uns von der hohlen rationalen (vernunftstolzen) Weltbetrachtung zurückfinden zu der bescheidenen Auffassung unserer größten Denker und Dichter, Staatsmänner und Kriegshelden, daß das Beste im Menschen sich **nicht** mit dem Verstand begreifen und **nicht** mit Zahlen ausdrücken läßt; daß wir um so freier sind, je mehr wir uns an Gott gebunden fühlen; daß wir nur kleine, schwache Glieder bilden in der zusammenhängenden Kette von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Es gilt, aus dem Sumpf auf festen Boden zu gelangen und die starken Grundlagen wiederzugewinnen, die Luther und Kant, Stein und Bismarck, die großen Hohenzollern gelegt haben. Dann können wir weiterbauen.

2 **Nationale Selbstsucht und Selbstzucht:**

Wir beklagen den Mangel an nationalpolitischem Egoismus und fordern, daß **Deutschland den Deutschen gehört**, nicht den Jesuiten und Juden. Dieser Egoismus ist etwas Hochsittliches; denn dabei tritt der einzelne nicht für seine persönlichen Interessen ein, vielmehr bringt er entsagungsvoll große Opfer, um sein Volkstum zu fördern. **Selbstbehauptung ist eine Pflicht**; Jesus Christus, der alles für seine Mitmenschen dahingab, sogar das eigene Leben, wich nicht um Haaresbreite zurück, wo es sich um seine Seele handelte. So sollen auch wir, wo die Volksseele in Gefahr ist, fest bleiben und nicht wanken.

Aber neben dieser Selbstsucht muß die **Selbstzucht** treten; es gilt, das Übermaß von Individualismus und Freiheitsdrang zu bekämpfen[1]). Wohl freuen wir uns heute, daß es sich an allen Ecken und Enden regt, um unser Volkstum zu retten; aber wie viele glauben, einen neuen „Verein", „Bund" oder „Verband" gründen zu müssen! Wie sehr schaden Eigenbrötelei und Disziplinlosigkeit! Nur eine **Arbeitsgemeinschaft aller Deutschen** kann uns retten; nur wenn ein Zusammenschluß aller Nationalgesinnten zustande kommt, werden auch gesündere Zustände wiederkehren.

---

[1]) Dieser Abschnitt stand genau so bereits 1920 in der 10. Auflage dieses Buches. Ich selbst habe niemals an einen endgültigen Sieg der Lüge geglaubt, vielmehr, wie Chamberlain, unsere Niederlage für einen „aufgeschobenen Sieg" gehalten. Und wenn ich von der Notwendigkeit einer **Reaktion** sprach, so dachte ich natürlich nur an die radikale Umstellung von dem falschen auf den rechten „Strang"; deshalb war und bin ich keineswegs „der Vertreter einer vergangenen Geschichtsepoche".

[1]) Wohl schätzen wir den Individualismus als ein hochkostbares Gut. Aber er ist im **politischen Leben** sowohl den alten Griechen wie den Germanen bez. Deutschen zum Fluch geworden. Der Individualismus hat die alten Griechen völlig zugrunde gerichtet, hat unsere Vorfahren zu Sklaven Roms gemacht, hat den 30jährigen Krieg gebracht, hat Napoleon I. seine Siege und Eroberungen ermöglicht. Wir Deutschen wurden mächtig und stark durch das, wozu große Männer uns **gezwungen** haben, besonders die Hohenzollern und ihre Paladine.

IV.
Der Staat und seine Teile.

A.
Zentralisation und Dezentralisation.

(Selbstverwaltung.)

Ein wesentlicher Fortschritt des 19. Jahrh. lag darin, daß es gelang, einen Ausgleich zu finden zwischen den Interessen der Gesamtheit und der Teile, zwischen den notwendigen Erfordernissen einer gesunden Staatseinheit und dem Drang nach individueller Freiheit.

1.

Wiederholt hatte es den Anschein, als sollte die Geschichte des deutschen Volkes ebenso äuslaufen, wie die der alten Griechen, die an ihrem extremen Individualismus zugrunde gingen[1]). Vergebens bemühten sich die Kaiser aus dem sächsischen, salischen, staufischen Haus, eine starke Zentralgewalt zu schaffen; das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Einheit, schwand immer mehr. Seit dem 13. Jahrh. hatten die Kaiser keine Gewalt; Reichsheer, Reichstag, Reichsfinanzen, Reichskammergericht waren ohne Bedeutung. Eine völlige Auflösung trat ein; nach dem Westfälischen Frieden (1648) bestand Deutschland aus ungefähr 2000 Reichsteilen, von denen gegen 300 ganz selbständig waren; große Gebiete waren mit dem Ausland durch Personalunion verbunden.

2.

Nur **straffe Zentralisation** konnte Rettung bringen. Als die habsburgischen Kaiser den deutschen Interessen immer mehr entfremdet waren und im Westfälischen Frieden endgültig darauf verzichtet hatten, dem Auseinanderfallen des Deutschen Reiches entgegenzutreten: da haben die Hohenzollern in zäher Arbeit einen deutschen Einheitsstaat geschaffen, der die Grundlage für das neue Deutsche Reich wurde[2]).

Der **Große Kurfürst** (1640—1688) brach rücksichtslos den Widerstand der Stände; ihm diente die absolute Fürstengewalt dazu, die Staatseinheit herzustellen, ein einheitliches Staatsganze zu schaffen. Die hohenzollernschen Landesteile bestanden am Schluß des dreißigjährigen Kriegs aus 8 verschiedenen Territorien, von denen jedes einen selbständigen Staat bildete: Kurmark, Kleve-Mark-Ravensberg, Ostpreußen,

[1]) Vgl. S. 25 ff.

[2]) Über das Preußentum und die hohen Verdienste der Hohenzollern vgl. S. 155 ff., 210 ff., 287 ff.

Hinterpommern, Magdeburg, Minden, Halberstadt. Diese Gebiete waren nur durch Personalunion geeint; der Große Kurfürst setzte die Realunion an die Stelle.

Das Heerwesen, das Steuerwesen, die gesamte Verwaltung wurde in die Gewalt des Kurfürsten gebracht; alle Fäden der Regierung liefen in seiner Hand zusammen. Es war ein durchaus persönliches Regiment, das er führte; seine hohen Geistesgaben, seine unermüdliche Tatkraft, seine tiefe Frömmigkeit befähigten ihn zu der hohen Aufgabe.

Friedrich Wilhelm I. (1713—1740) führte das Werk seines Großvaters fort; er war ein bedeutendes Verwaltungsgenie. In dem Generaldirektorium schuf er eine Zentralbehörde für den ganzen Staat, deren Präsident er selbst war. Die Abteilungen dieser obersten Behörde umfaßten je eine Provinz; die Abteilungsminister hatten die Durchführung aller Anordnungen für je eine Provinz zu überwachen (deshalb nennt man sie auch „Provinzialminister"). Als oberste Kontrollbehörde wurde die Oberrechnungskammer eingerichtet.

Friedrich Wilhelm I. hat mit unnachsichtiger Strenge ein tüchtiges Beamtentum geschaffen, dem die rastlose Tätigkeit im Dienste des Staates „verdammte Pflicht und Schuldigkeit" war. Der König selbst ging allen mit bestem Beispiel voran[1]).

Diese straffe Zentralisation war für unseren Staat durchaus notwendig; auch hielten sich die preußischen Könige von den Übertreibungen Ludwigs XIV. fern. — Aber als Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. der Große dieser Staatsmaschine nicht mehr ihren lebendigen Geist einhauchten, wurde die Zentralisation zu einer verknöcherten, geistlosen Bürokratie; sie hatte sich am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts überlebt:

> Durch die fortwährende Bevormundung blieben die Untertanen unselbständig; ein Knechtessinn wurde in ihnen großgezogen.
>
> Besonders waren die Städte durch die Verfassung und die veralteten Zunftgesetze allenthalben gehemmt; an der Spitze standen königliche Direktoren, meist invalide pensionierte Offiziere, welche pflichttreu nach ihren Vorschriften handelten, aber sich um die Entwicklung der Städte nicht kümmerten.

3.
Einheit und Vielheit[2]).

> „Wenn es dem Einzelnen gut geht, dem Ganzen aber schlecht, so wird der Einzelne mit ins Verderben hineingerissen; geht es aber dem Ganzen gut, so wird der Einzelne, dem es schlecht geht, mit gerettet."
> Perikles bei Thukydides II, 60.

1. Der Freiherr vom und zum Stein hat das unsterbliche Verdienst, einen Ausgleich gefunden zu haben zwischen den Erforder-

[1]) Durch ein Hausgesetz vom 13. August 1713 erklärte er die sämtlichen Domänen und Schatullgüter, die bis dahin im Besitz der brandenburgisch-preußischen Krone waren, für Staatseigentum. Kein anderes Herrscherhaus Europas hat in dieser Weise sein Schicksal mit dem des von ihm beherrschten Staates so vollkommen verschmolzen.

[2]) Dieser Abschnitt wurde vor dem Weltkrieg in ein bayrisches Lesebuch für staatsbürgerliche Erziehung aufgenommen.

nissen des Staatsganzen und dem Streben nach individueller Freiheit. Er hat einerseits die preußische Staatseinheit vollendet, anderseits den Weg der Selbstverwaltung betreten:

a) Um im Sinne der Staatseinheit die gesamte Verwaltung noch mehr zusammenzufassen, setzte Stein 1807/8 an die Stelle der Provinzialminister Fachminister: für das Innere, das Äußere, den Krieg, die Justiz und die Finanzen. Als nach den Freiheitskriegen (nach 1815) der preußische Staat völlig umgeändert, alte Gebietsteile verloren gegangen, andere wiedergewonnen, zahlreiche neue hinzuerworben waren: da mußte die Arbeit des Großen Kurfürsten und Friedrich Wilhelms I. von neuem aufgenommen werden, um die verschiedenen Länder zu einem Ganzen zusammenzuschweißen[1]). Damals wurden die Verwaltungsbezirke der Provinzen, der Regierungen und der Kreise größtenteils neu eingerichtet.

b) Viel wichtiger ist es, daß Stein der Selbsttätigkeit der Bürger Spielraum geben wollte und den Anfang mit der Einführung der **Selbstverwaltung** machte. Am 19. November 1808 wurde die Städteordnung eingeführt und damit einer der erfolgreichsten Schritte getan. Die staatliche Bevormundung hörte auf; die Entscheidung über viele wichtige Gegenstände wurde in die Hände der Bürgerschaft gelegt, die sich selbst ihre Stadtvertretung und durch diese ihre Beamten wählt. Der Staat behielt sich nur ein Aufsichtsrecht vor. Innerhalb der Städte fielen die Vorrechte der Zünfte und die Abstufungen des Bürgerrechts weg.

Seitdem sind die Aufgaben der städtischen Verwaltung immer mehr gewachsen; außerordentlich umfangreich ist das Gebiet, über welches die Bürgerschaft selbst entscheidet: Schulwesen, Straßenbau, Reinigung und Beleuchtung der Straßen, Kanalisation, Wasserleitung, Schlacht- und Viehhöfe, Armenpflege, Polizeiverwaltung, Krankenhäuser. Die meisten Städte besitzen auch gewinnbringende Anlagen: Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen. Die Städte erheben besondere Steuern.

Steins Absicht war, die Selbstverwaltung auch auf das Land zu übertragen:

> Er verlangte freie Landgemeinden mit Schulzen und Dorfgerichten. In den Kreisen sollte neben den Landrat der Kreistag treten; in den Provinzen neben den Oberpräsidenten die Provinzialstände, und aus den Provinzialständen sollten die preußischen Reichsstände gewählt werden zur Stütze der Krone.

Stein legte großen Wert darauf, daß er seinen ganzen Verfassungsplan auf freies Eigentum gründete; in Stadt und Land wollte er das Wahlrecht allen freien Eigentümern geben.

[1]) Diese großartige Tätigkeit wird in der Regel nicht genug gewürdigt.

Die Pläne konnten damals noch nicht verwirklicht werden und sind zum Teil erst am Ende des 19. Jahrh. durchgeführt.

2. Das Deutsche Kaiserreich und die deutschen Bundesstaaten:

1806 hatte Franz II. die Krone des Deutschen Reiches niedergelegt. In den folgenden Jahren erwachte unter dem Druck der französischen Fremdherrschaft und während der glorreichen Freiheitskriege das deutsche Nationalbewußtsein so stark, wie es noch nie gewesen war. Aber es folgte eine große Enttäuschung: der deutsche Bund, der 1815 zustande kam, krankte von vornherein an dem Übel, daß die Einzelstaaten zuviel Selbständigkeit behielten.

Erst nach dem siegreichen Kriege von 1866 und während der glorreichen Kämpfe auf Frankreichs Boden 1870/1 ist es der genialen Größe Bismarcks gelungen, beides zu vereinen, Einheit und Vielheit: einerseits ein starkes Deutsches Reich zu schaffen, anderseits den einzelnen Bundesstaaten ein so hohes Maß von Selbständigkeit zu lassen, daß die Fürsten sich mit einem gewissen Recht auch weiterhin „souverän" nennen durften. Damit wurde die schwierige Aufgabe gelöst, daß sowohl das deutsche Kaiserreich eine geschlossene Einheit bildete, als auch die Einzelstaaten Einheiten blieben:

Das Deutsche Reich wurde eine Wehreinheit,
eine Rechtseinheit,
eine Wirtschaftseinheit;
ihm wurde auch die soziale Gesetzgebung übertragen. —
Die Bundesstaaten behielten
die gesamte innere Verwaltung und Ordnung,
das Kirchen- und Schulwesen,
die direkten Steuern, Domänen, Forsten,
Eisenbahnen, Kanäle.

Natürlich sollte keine Erstarrung eintreten; man wußte, daß sich immer neue Aufgaben einstellen würden. Doch genügten 14 von den 61 Stimmen, welche der Bundesrat hatte, um eine Verfassungsänderung zu hindern; anderseits war die Bestimmung getroffen, daß Reichsgesetz über die Gesetze der Bundesstaaten geht.

So war es denn endlich möglich geworden, dem Individualismus, der Eigenart der einzelnen Stämme und Landschaften gerecht zu werden und dabei doch eine starke Einheit zu bilden.

3. Die Durchführung der Selbstverwaltung im Königreich Preußen:

Erst als das neue deutsche Kaiserreich 1870/1 gegründet und ausgebaut war, wurden die Pläne des Freiherrn vom Stein wieder auf-

genommen. Dies geschah durch die Kreisordnung (1872—1889), durch die Provinzialordnung (1875) und durch die Landgemeindeordnung (1891—1900). Dadurch erhielt die kleinste Gemeinde eine gewisse Selbstverwaltung[1]), und die Kreise und Provinzen waren nicht nur Verwaltungsbezirke, sondern mehr noch Organe der Selbstverwaltung. Bis zur Revolution (November 1918) galten folgende Bestimmungen:

Jede **Landgemeinde** wählt sich selbst ihren' Vorsteher (Dorfschulzen) und ihre Gemeindevertreter. Gemeindeangelegenheiten sind das Schulwesen, der Wegebau, die Polizei, das Armenwesen. Die Gemeinde hat das Recht der Selbstbesteuerung; sie verwaltet den gemeinsamen Besitz und beschließt über die Verwendung der Einnahmen; im Interesse des Ackerbaues, der Vieh- und Obstzucht trifft sie gemeinnützige Anordnungen.

In der Regel bilden mehrere Landgemeinden zusammen einen Amtsbezirk, an dessen Spitze ein Amtsvorsteher steht.

Über den Gemeinden steht der **Kreis**. Der Landrat ist heute nicht nur Beamter der Staatsverwaltung, sondern mehr noch Leiter der Kreis-Selbstverwaltung. Zur Beratung der Kreisangelegenheiten tritt der Kreistag zusammen, der aus Vertretern der Städte, der Großgrundbesitzer und der Landgemeinden besteht. Für die laufenden Geschäfte wird ein Kreisausschuß von 6 Mitgliedern gewählt, der dem Landrat zur Seite steht.

Der Kreistag ist befugt, bindende Beschlüsse zu fassen und Verordnungen zu erlassen über gemeinsame Angelegenheiten des Kreises.

Der **Provinziallandtag** besteht aus Abgeordneten der Kreistage und der Stadtkreise, wird vom Oberpräsidenten berufen und berät über die gemeinsamen Angelegenheiten der Provinzen: Landarmenwesen, Landesbrandwehr, Wegebau, Landesmeliorations- und landwirtschaftliches Unterrichtswesen, Unterbringung verwahrloster Kinder, Irren-, Taubstummen- und Blindenwesen, Erhaltung der Altertümer und Denkmäler.

An der Spitze der Selbstverwaltung steht der Landeshauptmann mit den Landesräten.

Über die gesamte Selbstverwaltung hatte der Staat ein Aufsichtsrecht, und es bestanden besondere Organe, um dieses auszuüben und um Verwaltungsstreitigkeiten zu entscheiden.

Diese kommunale Selbstverwaltung, einerseits in den Städten, anderseits in den Landgemeinden, Kreisen, Provinzen war eine der wichtigsten Errungenschaften der neuesten Zeit.

Der Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg erklärte im Abgeordnetenhause am 10. Februar 1910:

„Ohne Übertreibung kann man sagen, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes in der Tätigkeit der Kommunalverbände liegt, der engeren und weiteren, der Gemeinden, der Kreise und der Provinzen, unserer Genossenschaften jeglicher Art, kurz all der unteren Verbände, die einen Teil des Staatsorganismus bilden. Die für das Wohl und Wehe des einzelnen Staatsbürgers einschneidendsten Maßregeln werden dort getroffen. Tendenz unserer Gesetzgebung während der letzten 40 Jahre ist es gewesen, einen immer größeren Kreis von Aufgaben, die früher zentralistisch vom Staate erfüllt wurden, auf diese Verbände zu übertragen. Das ist nicht geschehen, um den Staat zu entlasten, sondern weil es nur auf diesem Wege möglich ist, die Entwicklung des Landes intensiv zu steigern und gleichzeitig die Bevölkerung selbst zu einer Mitarbeit an seinen Geschicken heranzuziehen, wie sie in ähnlicher Weise durch kein Parlament und durch kein Wahlrecht zum Parlament mehr gewährleistet werden kann."

[1]) Die gutsherrliche Gerichtsbarkeit wurde aufgehoben; nach 1891 sind die letzten Reste einer Feudalherrschaft gefallen.

4.

Einheit und Vielheit in der Republik der Flavusdeutschen (1918—1933).

1. Die Geschichte kennt keinen Stillstand; auch der Ausgleich, den Steins und Bismarcks geniale Staatskunst geschaffen hatte, konnte nichts Endgültiges sein, sondern bedurfte mancher Verbesserungen.

Aber was haben die Revolutionsverbrecher seit dem 9. November 1918 getan? Sie suchten die Entwicklung, die zur Gründung des deutschen Kaiserreichs geführt hatte, dessen Rückgrat Preußen war, rückgängig zu machen. Ihr Haß gegen das Preußentum gab leichtfertig große deutsche Grenzgebiete im Osten, Norden, Westen preis, und frohlockend stellte der „deutsche" Jude Valentin fest, daß nur Preußen Verluste erlitten habe. Ja, man dachte an eine Aufteilung Preußens, und der jüdische Minister Preuß erklärte im Januar 1919: „ein einheitliches Preußen sei in Deutschland unnötig geworden; das Interesse der deutschen Volksrepublik verlange eine Aufteilung Preußens in kleinere Staaten." Aber auch Bayern verlor seine Sonderrechte; die Reichsregierung beschlagnahmte Bayerns Wasserkräfte und Wälder im Werte von vielen Milliarden, und die letzten Reste seiner bisherigen Verkehrs-, Finanz-, Bier-, Militär- und Gesandtenhoheiten verschwanden. Das wahre Ziel war, die deutsche Volksrepublik von dem verjudeten Berlin aus zentralistisch zu regieren.

Rückschauend empfinden wir es als ein Glück, daß unter den Flavusdeutschen selbst scharfe Gegensätze entstanden, besonders zwischen Berlin und München. Dabei konnte den verräterischen Lostrennungsbestrebungen der Spartakisten in Bayern und in den Rheinlanden ein nationales Mäntelchen umgehängt werden, indem man rief: „Los von der Berliner Judenregierung!" Ja, eine Zeitlang erschien München, nach Beseitigung der jüdisch-bolschewistischen Räteregierung, als „Ordnungszelle".

Liebig schrieb 1919 im „Betrug am deutschen Volk" S. 121: „Wenn das Deutsche Reich zerfällt, so trifft die Schuld zu neun Zehnteln die schwarz-rot-goldene Mehrheit, welche die Regierung führt und die Zustände verursacht

hat, die manchen den Abfall als letzten Rettungsanker erscheinen läßt, und nur zu einem Zehntel die Abtrünnigen. Das deutsche Bürgertum sucht Schutz vor der jüdisch-sozialdemokratischen Hochflut, und in seiner Verzweiflung wirft es sich den Feinden in die Arme oder reißt sich von Berlin los."

2. Auch an unsere segensreiche Selbstverwaltung, die noch im Jahre 1914 der beste Kenner, der Engländer W. Harbutt Dawson, freiheitlicher nannte als das gefeierte englische Selfgovernement, wurde die Axt gelegt. Zwar nahmen die Demokraten den Mund voll und sprachen von einer notwendigen „Veredelung" der angeblich verkümmerten Selbstverwaltung; aber sie handelten als ihre Totengräber, indem sie die Selbständigkeit und vor allem das finanzielle Rückgrat der kommunalen Verwaltung brachen.

Oberbürgermeister Dr. Most schrieb im November 1919: „Wenn der vorgelegte Entwurf der Reichseinkommensteuer Gesetz wird, muß mit der Freiheit der Finanzgebarung die Freiheit der Selbstverwaltung zugrunde gehen, weil sie dazu verdammt ist, Form ohne Inhalt zu werden."

B.

Staat und Gesellschaft[1]).

(Der soziale Gedanke, die soziale Gefahr und die soziale Gesetzgebung.)

Vorbemerkung.

„Freiheit und Gleichheit! hört man's schallen;
Der wackre Bürger greift zur Wehr.
Die Straßen füllen sich, die Hallen,
Und Würgerbanden ziehn umher." Schiller.

Nochmals sei an die große Ähnlichkeit der neuesten Zeit (seit 1789) mit der griechischen Geschichte des 5. und 4. Jahrh. v. Chr. erinnert. Damals wie heute strebten die Menschen nach individueller Freiheit, und die Losung war Freiheit und Gleichheit.

Zunächst handelte es sich hauptsächlich um persönliche Freiheiten und Rechte. Es galt, den fürstlichen Absolutismus zu beseitigen, die Leibeigenschaft aufzuheben; der Ständestaat verschwand, und ein allgemeines Staatsbürgertum umfaßte alle Angehörigen des Staates. Die Freiheit sah man wesentlich in der Gleichheit: in dem gleichen Bürgertum, dem gleichen Rechtsschutz, der gleichen Berechtigung, sich individuell auszubilden, emporzustreben und, nach dem Maße der Fähigkeiten, zu den höchsten Staatsämtern zu gelangen. Zuerst war es der sogenannte dritte Stand, der nach Gleichberechtigung mit den oberen Ständen strebte; bald folgte ein vierter Stand.

Später führte, wie im Altertum, so in der neuesten Zeit, die weitere Entwicklung des Individualismus dahin, daß man im Namen der Freiheit auch wirtschaftliche Gleichheit forderte. Es kann aber nicht scharf genug betont werden, daß Freiheit und Gleichheit nur innerhalb enger Grenzen sich decken, daß sie im wirtschaftlichen Leben die schroffsten Gegensätze sind und sich geradezu ausschließen:

je mehr Freiheit, um so größer die Ungleichheit;
je mehr Gleichheit, um so größer die Unfreiheit.

---

[1]) Das Wort „Gesellschaft" hat im 19. und 20. Jahrh. eine unheimliche und verhängnisvolle Rolle gespielt.

1. Je mehr Freiheit, desto geringer die Gleichheit (Machttheorie): Durch das Streben nach individueller Freiheit, welches von der Aufklärungszeit ausging und im 19. Jahrh. immer weiter zunahm, wurden auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet viele hemmende Fesseln beseitigt und eine große Befreiung herbeigeführt:

freie Wahl des Berufes, Gewerbefreiheit,
Freizügigkeit,
Beseitigung der Binnenzölle,
Aufhebung des Zunftwesens,
Übergang zum Freihandel.

Dies hat die herrlichsten, großartigsten Wirkungen gehabt, dann aber auch viel Unheil angerichtet:

Einerseits wurden überall hervorragende Kräfte frei, die vorher gebunden waren; es trat eine gesunde Verjüngung des Volkstums von unten her ein. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens erfolgte im 19. Jahrh. ein Aufschwung, wie die ganze Weltgeschichte nicht gesehen hat. Eine technische Erfindung jagte die andere; die Maschinen wurden immer mehr vervollkommnet. Die Dampfkraft und Elektrizität traten in den Dienst der Menschen und riefen in Gewerbe, Handel und Verkehr die größten Umwälzungen hervor, so daß die fernsten Gegenden einander nähergerückt wurden. — Dazu haben, wie bei den alten Griechen die Perserkriege, so bei uns Deutschen die siegreichen Kriege 1864, 1866 und vor allen 1870/1 Tatkraft und Unternehmungslust angespornt[1]).

Anderseits dürfen wir aber nicht verschweigen, daß aus diesem Individualismus auch überaus traurige und häßliche Wirkungen erwachsen sind; daß nicht nur die tüchtigsten Kräfte entfesselt wurden, sondern auch die niederen, eigennützigen Triebe der Menschen. Die Unternehmer forderten immer größere Freiheiten; es wurde zu einer Art von Dogma, daß der Staat sich um nichts zu kümmern hätte, als um den Schutz von Leben und Eigentum gegen äußere und innere Gefahren. Der oberste Zweck sei das Individuum, der Staat nur ein Mittel; vor allem dürfe sich der Staat nicht in die wirtschaftlichen Dinge einmischen. Es ist dies die sogenannte Manchestertheorie. Da sind dann allerorten beim scharfen Wettbewerb diejenigen Unternehmer am weitesten gekommen, die am skrupellosesten das „Recht des Stärkeren" ausübten; die wirtschaftlich Schwächeren, die Armen, die Ehrlichen wurden unterdrückt; das Kapital, das Geld, erlangte eine geradezu unerträgliche Macht. — Eine gewaltige Umwälzung vollzog sich: vom platten Lande drängte sich die Bevölkerung in die Städte; die Fabriken und die Fabrikstädte wuchsen ins Riesenhafte; der Unterschied zwischen arm und reich wurde immer größer.

Wie im 5. und 4. Jahrh. vor Chr., so entstand im 19. Jahrh. der **vierte Stand**, der Stand der Proletarier. Und das Los dieses heimat- und besitzlosen Standes wurde immer schlimmer.

Als Beispiel möge nur folgendes kurz angedeutet werden:

geringer Lohn;
entsetzliches Wohnungselend;
Kinder- und Frauenarbeit;

---

[1]) Wie sehr im 19. Jahrh. den Tüchtigen die freie Bahn geöffnet war, zeigt das Buch von Schöler „Helden der Arbeit": Abbe, August und Albert Borsig, v. Brunck, Hansemann, Harkort, Krause, Alfred Krupp, Schichau, Schultz-Lupitz, Siemens, Duisberg haben sich durch ihre Tüchtigkeit und Tatkraft aus kleinen Verhältnissen emporgearbeitet.

Arbeitslosigkeit bei den Krisen, die oft infolge der Überproduktion eintraten;
Mangel an Wohlfahrtseinrichtungen;
das Trucksystem, wobei der Lohn nicht in Geld, sondern in Waren ausgezahlt und der Arbeiter noch übervorteilt wurde.

2. Je mehr Gleichheit, desto geringer die Freiheit:

Genau wie im 5. und 4. Jahrh. vor Chr., so entwickelte sich im 18. und 19. Jahrh. nach Chr. auch die andere Form des Individualismus[1]), die „Rechtstheorie", d. h. die Ansicht, daß alle Menschen gleichen Anspruch auf den Vollgenuß des Lebens hätten.

Man begnügte sich nicht mit der zunehmenden Gleichheit der persönlichen und politischen Rechte; die brachten der Masse wenig Gewinn! Vielmehr verlangte man wirtschaftliche Gleichheit, Gleichheit des Besitzes, des Genusses, der Erziehung und Bildung. Das Streben nach Gleichheit führte schon in der französischen Revolution zu einer Vergewaltigung der persönlichen Freiheit. Im 19. Jahrh. haben wir geradezu Orgien des Gleichheitsfanatismus im Namen der Freiheit erlebt; man forderte:

Aufhebung des Privateigentums;
Aufhebung der Ehe und der Familie;
Beseitigung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen, Alten und Jungen, Gebildeten und Ungebildeten, Kopf- und Handarbeitern; weiter auch Beseitigung der Unterschiede zwischen den Stämmen, Nationen und Rassen der Menschen.

I.

Kampf gegen das Privateigentum und gegen den bestehenden Staat, den „Klassenstaat"[2]).

Anarchismus, Nihilismus.

Der Anarchismus will Freiheit und Gleichheit durchführen. In der Theorie ist er der extremste Individualismus und Subjektivismus, der den Staat überhaupt zu beseitigen strebt und den staatlosen Zustand für das Beste erklärt; erst wenn jeder Zwang, alle Gesetze, sämtliche staatlichen Einrichtungen aufgehoben wären, dann würde das allgemeine Glück eintreten. Der Staat, das Privateigentum, die Herrschaft des Geldes, die Kirche seien die Ursachen alles Übels; deshalb gelte es, sie zu vernichten.

Der Franzose Proudhon hat im Jahre 1840 das geflügelte Wort geprägt: „Eigentum ist Diebstahl".

[1]) Wir müssen das, obgleich man das Wort „Sozialismus" im Munde führte, „Individualismus" nennen, weil dabei der einzelne nur an sich, nicht an das Ganze dachte.

[2]) Für diesen Abschnitt habe ich manche Einzelheiten dem vortrefflichen Buch von Dr. Ludwig: „Kommunismus, Anarchismus, Sozialismus", Berlin 1908, entnommen

Über den deutschen Anarchisten Max Stirner schrieb Adler[1]):

„Stirner will, daß das Einzelwesen sich völlig auslebe, daß es in seinem Denken und Handeln durch keinerlei Schranken von Staat, Recht, Gesetz, Religion und Sitte eingeengt werde, daß es keine Pflicht anerkenne und sich mit niemand solidarisch fühle, daß es weder einen „Beruf" zu haben, noch eine „Aufgabe" zu erfüllen, noch überhaupt zu „arbeiten" sich verpflichtet glaube, daß es sich aus nichts ein Gewissen mache und vor keiner Sünde zurückbebe, daß es — wenn's ihm gut dünke — kalten Blutes zu Diebstahl, Mord, Meineid, Blutschande schreite! Die einzige Schranke für das Einzelwesen soll die absolute Ohnmacht sein. Den Proletariern wird ausdrücklich empfohlen: Generalstreik, Diebstahl, Raub, Totschlag und alle Mittel des Terrors (Schreckens) gegen die herrschende Klasse sowohl wie gegen die Arbeitswilligen und gegen die den Befehlen des bestehenden Regiments unterwürfigen Elemente der dienenden Klasse." —

Besonders unheilvoll wurde der Anarchismus in Rußland, der sogenannte Nihilismus. Bei der großen Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen gelang es, viele Anhänger unter den Gymnasiasten, unter der studierenden Jugend und unter den jungen Offizieren[2]) zu gewinnen:

Bakunin organisierte in allen Ländern anarchistische Geheimbünde.

Netschajeff forderte zur „Propaganda der Tat" auf. Die beste Agitation seien Attentate, und diese solle man nicht nur gegen die Großen und Mächtigen, die sich an der Freiheit des Volkes versündigt hätten, ausüben, sondern auch gegen völlig unschuldige Personen im Theater, in Cafés, an belebten Plätzen, überall wo große Menschenansammlungen erfolgen. Man werde dann immer vom Anarchismus sprechen:

„Tag und Nacht darf der Anarchist nur einen Gedanken, einen Zweck haben — die unerbittliche Zerstörung. Alle Mittel, durch welche diese gefördert wird, sind recht. Die Form kann eine höchst mannigfaltige sein: Gift, Dolch, Strick, Bombe, Höllenmaschine. Die Revolution heiligt alles ohne Unterschied. Vor allem sind diejenigen, welche der revolutionären Organisation und ihrer Tätigkeit am meisten im Wege stehen, schnellstens aus der Welt zu schaffen. Die einzige Revolution, welche dem Volke zum Heil gereichen kann, ist die, welche jeden Staatsbegriff durch und durch vernichtet. Die spätere Organisation ist Sache künftiger Generationen. Unsere Arbeit ist die schreckliche, totale, unerbittliche und allgemeine Zerstörung."

Der Russe Krapotkin hat mehr in friedlich-wissenschaftlicher Weise den Anarchismus zu begründen versucht. —

Der blutdürstige deutsche Anarchist Johann Most († 1906) predigte von England und Amerika aus jahrelang in seinem Blatt „Freiheit" die „Ausrottung der Besitzenden mit Stumpf und Stiel".

[1]) Stirners anarchistische Sozialtheorie S. 43.

[2]) Die sogenannten „Intellektuellen" wurden ein Fluch für Rußland.

Die Folge von diesen fortgesetzten Aufreizungen waren zahlreiche entsetzliche **Attentate** in den letzten Jahrzehnten; aus der großen Zahl mögen hier die bekanntesten genannt werden:

1878 fanden in Berlin die verruchten Attentate von Hödel und Nobiling auf unseren alten Kaiser Wilhelm I. statt.
1879/80 versuchten die russischen Nihilisten, den kaiserlichen Eisenbahnzug zu Moskau und den Winterpalast in Petersburg in die Luft zu sprengen.
1881 wurde der russische Kaiser Alexander II. durch eine Sprengbombe getötet.
1883 versuchte der Anarchist Reinsdorff, den deutschen Kaiser und die deutschen Fürsten bei der Einweihung des Niederwalddenkmals durch Dynamit zu töten.
1883/4 erfolgten verschiedene Raubmorde, um Geld für die anarchistische Agitation zu gewinnen.
1885 wurde der Polizeirat Rumpf in Frankfurt ermordet.
1886 kamen bei einem Dynamitattentat in Chikago 7 Polizeibeamte um.
1888 wurde ein Attentat auf den Eisenbahnzug versucht, in dem der russische Kaiser Alexander III. saß.
1892 wurden durch eine Sprengbombe in der Pariser Deputiertenkammer 25 Abgeordnete und 82 Galeriebesucher verletzt.
1894 erlag in Lyon der Präsident Frankreichs, Carnot, dem Dolchstich des italienischen Anarchisten Caserio.
1897 fiel in Spanien der Ministerpräsident Canovas del Castillo.
1898 wurde die österreichische Kaiserin Elisabeth durch den italienischen Anarchisten Lucheni getötet.
1900 erlag der italienische König Umberto dem Schuß des Anarchisten Bresci.
1901 wurde der Präsident der Vereinigten Staaten Mac Kinley ermordet.
1908 starb der König Karlos von Portugal infolge eines anarchistischen Attentats.
1911 wurde der russische Ministerpräsident ermordet.

Die internationale Sozialdemokratie.

1. Der soziale Gedanke ist etwas Hohes und Notwendiges; wenn er von allen Menschen gepflegt würde, dann gäbe es in der Welt keinen Haß und Streit mehr; aber er darf nicht überspannt werden.

Solange der Kommunismus und Sozialismus (im Sinne einer Aufhebung des Privateigentums) nur in den Köpfen edler Idealisten eine Rolle spielte, war er nicht gefährlich; im Gegenteil! wir verdanken jenen Männern die wichtigsten Anregungen für gesunde Reformen auf dem sozialen Gebiet, und wir können dem edlen Idealismus einzelner opferfreudiger Menschenfreunde unsere Bewunderung nicht versagen. Als Beispiele nenne ich einen Franzosen, einen Engländer und einen Deutschen:

Der französische Graf Saint-Simon (1760—1825) suchte die christliche Forderung der Bruderliebe durchzuführen. Er verlangte eine völlige Reform des Eigentumsrechts. Auf seinem Grabstein steht die Inschrift: „Jedem nach seiner Fähigkeit und jeder Fähigkeit nach ihren Werken." Aber seine Vorschläge litten an einer Überschätzung der Hand- und Lohnarbeit[1]).

Nachdem der Engländer Owen sich jahrelang als fürsorgender Vater seiner zahlreichen Arbeiter gezeigt hatte, ließ er sich dazu verleiten, als Weltverbesserer aufzutreten; er gründete 1826 in Amerika einen Kommunistenstaat, der schon im nächsten Jahr zusammenbrach, wobei er $^4/_5$ seines großen Vermögens einbüßte[2]).

Der deutsche Philosoph Rodbertus (1805—1875) ist ein warmherziger Sozialist gewesen in der schönsten Bedeutung des Wortes. Ihm war der Staat ein lebendiger Organismus, als dessen Glieder sich die einzelnen Individuen fühlen müßten. Dem Staate wollte er die Aufgabe zuweisen, die ungerechten Vermögens- und Eigentumsverhältnisse zu beseitigen. Aber er betonte dabei ausdrücklich, daß die Arbeiterbewegung nur dann segensreich wirken könne, wenn sie sich monarchisch, national und sozial betätige.

2. Gefährlich wurde erst unter jüdischer Führung die international-sozialdemokratische Bewegung, die seit dem Jahre 1848 immer mehr an Bedeutung gewann:

a) Im Vordergrund stand das **Streben nach politischer Macht**, um den „Klassenstaat", die Monarchie, das Privateigentum beseitigen zu können. Das hat zuerst der Franzose Louis Blanc betont, der in dem Revolutionsjahr 1848 eine große Rolle spielte.

Der Jude Karl Marx forderte in seinem kommunistischen Manifest 1847/8 die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse.

Der Jude Lassalle erklärte 1863, die Herrschaft, welche jahrhundertelang Adel und Geistlichkeit besessen, seit der großen Revolution 1789 ff. aber der dritte Stand an sich gerissen hätte, müsse jetzt an den vierten Stand, den Arbeiterstand, übergehen. Für die Arbeiter gebe es keine andere Hilfe, als durch das allgemeine gleiche Wahlrecht die politische Macht zu gewinnen.

Und seitdem wir zuerst im Norddeutschen Bund (1867), dann im Deutschen Reich (seit 1871) das allgemeine gleiche direkte geheime Wahlrecht hatten und die Sozialdemokraten dadurch wirklich zu politischer Macht gelangten, ging ihr Streben dahin, diese Macht durch die Demokratisierung aller öffentlichen Verhältnisse zu erweitern:

durch Einführung desselben Wahlrechts in sämtlichen Bundesstaaten, in Provinz- und Stadtvertretungen;

---

[1]) Karl Marx hat seine philosophischen Gedanken zum großen Teil den Schriften St. Simons entlehnt.

[2]) Ähnlich ist es bisher mit allen kommunistischen Versuchen gegangen, z. B. dem Unternehmen des hochgesinnten australischen Journalisten Lane, der in Paraguay den gepriesenen kommunistischen Zukunftsstaat verwirklichen wollte.

durch Neueinteilung der Wahlkreise;
durch Übertragung des Wahlrechts auf die Frauen und auf alle Staatsangehörigen vom 20. Jahre an.

Wenn alle diese „gerechten“ Forderungen erfüllt seien, würde man ohne Gewaltmittel die sozialistischen Ziele durchführen können.

Dabei war besonders folgendes sehr bedauerlich: Zwischen Lassalle und Marx bestand ein schroffer Gegensatz; Lassalle blieb auf nationalem Boden, während Marx erklärte, die Arbeiter hätten kein Vaterland. Lassalle fiel 1864 im Duell, und seitdem ist die Marxsche Richtung immer mehr vorgedrungen und 1875 auf dem Kongreß zu Gotha zum Siege gelangt. Daher kam es, daß die sozialdemokratische Partei sich durch eine überaus gehässige Vaterlandslosigkeit hervortat und ihren Anhängern mit Bewußtsein alle Vaterlandsliebe aus dem Herzen riß.

Seit 1871 wuchs die Zahl der bei der Reichstagswahl für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen in erschreckender Weise:

1871	119836	Stimmen,
1907	3259020	„
1912	4500000	„ .

1903 zogen 81, 1912 110 sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag.

b) Die wirtschaftlichen Theorien und Reformvorschläge der Sozialdemokraten:

Louis Blanc proklamierte das „Recht auf Arbeit“ und forderte die Gründung von Produktionsgenossenschaften durch den Staat; dann würde allmählich alles Privateigentum verschwinden.

Von Lassalle stammt die Theorie vom „ehernen Lohngesetz“, durch welches der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigsten Lebensunterhalt beschränkt bleibe und ein Aufsteigen verhindert werde. Auch er forderte die Gründung von Arbeitergenossenschaften, den sogenannten Produktionsgenossenschaften mit Staatskredit.

Von Marx sind folgende Ansichten zu Glaubenssätzen der Sozialdemokratie geworden:

α) Die Mehrwerttheorie, welche nur die Tätigkeit des Lohnarbeiters anerkennt; der „faulenzende“ Kapitalist und Unternehmer stecke den „Mehrwert“ ein, der aus erzwungener, unbezahlter Arbeit gewonnen würde.

β) Die Verelendungstheorie: bei der heutigen Kapitalwirtschaft würde die Lage des Proletariats sich fortgesetzt verschlechtern.

γ) Er prophezeite, daß das herrschende Wirtschaftssystem bald in sich selbst zusammenbrechen müsse. —

c) Kampf gegen die Bildung:

Nicht nur Gleichheit des Besitzes, sondern auch Gleichheit der Bildung war das Ziel. Man forderte die Abschaffung von Gymnasien und Realschulen. Interessant waren innerhalb der sozialdemokratischen Partei die immer wiederkehrenden Reibereien zwischen den „Akademikern“ und den Männern der „schwieligen Faust“.

Was bekämpfen wir an der Sozialdemokratie?

1. Ihre Theorie:

Freiheit und Gleichheit lassen sich nicht miteinander verbinden. Je freier die Menschen sind, um so mehr macht sich die natürliche Ungleichheit geltend, und auf dieser Ungleichheit beruht die Schönheit des Menschenlebens und der Menschheitsgeschichte, beruht alle Kultur. Die Menschen sind

ungleich in Geschlecht und Alter,
ungleich in Stamm, Nation und Rasse,
ungleich in der geistigen Begabung und Bildung,
ungleich in ihren sittlichen Eigenschaften,
ungleich in ihrer Willens- und Schaffensfreude.

Die Sozialdemokraten stellen die wirklichen Verhältnisse geradezu auf den Kopf; sie bezeichnen als Entartung, was das Ergebnis gesteigerter Kultur ist: Ehe, Familie, Privateigentum, Volkstum, Staat und Kirche; alles Überragende, alle großen Persönlichkeiten ziehen sie in den Staub. Sie stellen das Werkzeug über den Schöpfer, indem sie allein die Lohnarbeiter schätzen und die Unternehmer als müßige, faulenzende Schmarotzer erscheinen lassen.

Die Theorien von Karl Marx, an denen ringsum die Sozialdemokratie heute noch festhält, haben sich als falsch erwiesen: die Lebenshaltung des Arbeiterstandes war nicht schlechter, sondern wesentlich besser geworden; die Handelskrisen nahmen an Heftigkeit ab.

Die Sozialdemokraten waren sich selbst keineswegs klar darüber, was an die Stelle des bestehenden Staates treten solle. Alles, was über ihren „Zukunftsstaat“ verlautete, waren entweder unerfüllbare, phantastische Träume oder stellte einen unerträglichen Zwangsstaat in Aussicht.

2. Ihre Praxis: alles, was der Sozialdemokratie (natürlich ihren Führern) vorzuwerfen ist, kann man mit dem einen Wort Unwahrhaftigkeit bezeichnen.

Die „internationale Sozialdemokratie“ ist ein doppelter Widerspruch in sich selber. Einerseits ist die Demokratie antisozial, weil

sie immer zum extremen Individualismus führt; anderseits lehren Geschichte und Biologie, daß der soziale Gedanke nur dann gesund ist und Früchte trägt, wenn er national ist. Die Sozialdemokraten müßten, wenn sie ehrlich wären, das Wort „sozial“ aus ihrem Namen streichen; denn es fehlt ihnen die Hauptsache, die soziale Gesinnung.

Wohl redeten sie von Rechten, aber nicht von Pflichten; sie sorgten nicht für das Gesamtwohl, sondern nur für die Interessen ihres Standes.

Wohl predigten sie den „Kampf gegen die Klassenherrschaft“ und wußten nicht genug über die Selbstsucht des Adels, der Geistlichkeit und der „Bourgeois“ zu schmähen. Aber was sie selbst erstrebten, war die schlimmste Klassenherrschaft, die Tyrannei der Masse, woran die herrliche alte Kulturwelt zugrunde gegangen ist.

Wohl priesen sie die Freiheit; aber sie übten den unerhörtesten Terrorismus gegen alle Arbeiter aus, die sich ihnen nicht beugen wollten.

Wohl schrieben sie den „Kampf gegen den Kapitalismus“ auf ihre Fahnen. Aber diese angeblichen Feinde des Kapitalismus haben alle Versuche bekämpft, dem internationalen Drohnenmammonismus, dem Boden- und Wohnungswucher, der Terrainspekulation entgegenzutreten und den Arbeitern eine eigene Heimstätte zu bereiten; ja, die Entwurzelung des deutschen Volkes wurde von ihnen gefördert. Dagegen hetzten sie die Massen gegen das arbeitende, werteschaffende Kapital auf, gegen Großgrundbesitzer und Großindustrielle, gegen Fabrikbesitzer und Fabrikleiter; wiederholt ließen sich Anhänger der Sozialdemokratie dazu hinreißen, die eigenen Erwerbsquellen zu zerstören.

Ein Hauptfehler bestand darin, daß die Führer der Sozialdemokratie die Massen nur zur Verteilung, nicht zur Herstellung der Güter aufforderten.

Während rings um uns die Sozialdemokraten ihrem Volkstum treu blieben, trat die Vaterlandslosigkeit, die undeutsche Gesinnung der deutschen Sozialdemokraten immer von neuem in häßlichster Weise hervor. Mehring schrieb: „Der innerste Kern der Sozialdemokratie ist der Haß gegen das Vaterland.“ Sie war eine jüdische Gründung und stand unter jüdischer Führung. Mit unglaublicher Verlogenheit wurden den verhetzten Volksmassen Zerrbilder vom Volkstum, Staat und Kirche vorgehalten, von „Militarismus“, „Junkertum“, „Ostelbiern“, von den „Schlot- und Kohlenbaronen“, von dem „Obrigkeitsstaat“ und dem „Druck der indirekten Steuern“, vor allem vom preußischen Königreich und den Hohenzollern.

Wenn sie auch theoretisch in schroffstem Gegensatz zum Anarchismus zu stehen behaupteten, so haben sie doch bisher jede Propaganda der Tat, alle Attentate verherrlicht und die hingerichteten Verbrecher als Märthyrer gepriesen.

Bismarck charakterisierte nach dem Attentat auf den greisen Kaiser Wilhelm I. die sozialdemokratischen Führer mit folgenden Worten:

> „Wenn sie diesen ihren Leuten nun glänzende Versprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen, ihnen den Glauben an Gott, an unser Königtum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Familienverhältnisse, den Besitz, an die Vererbung dessen, was sie erwerben für ihre Kinder, — wenn sie ihnen alles das nehmen, so ist es doch nicht allzu schwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrad dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht: ‚Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben und Fluch vor allem der Geduld!‘ Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch — was bleibt denn dem übrig, als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn noch mit diesem Leben versöhnen können? Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist — ja, ich lebe in einer reichen Tätigkeit, in einer wohlhabenden Stellung, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das, was der Dichter nennt ‚An Gott und bessere Zukunft glauben‘ nicht hätte. Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruß vor, der sich in Taten äußert, wie die, die wir erlebt haben.“

2.

Der nationale Sozialismus der Hohenzollern.

Die Sozialdemokratie ist eine Lüge, ein Widerspruch in sich selber. Mit freudigem Stolz stellen wir ihrer negativen Tätigkeit die großen positiven Leistungen unserer sozialen Monarchie gegenüber. Wo hat es in der ganzen Weltgeschichte ein Herrscherhaus gegeben, das sich so sehr seiner sozialen Pflichten bewußt gewesen wäre und so große Aufgaben erfüllt hätte, wie unsere Hohenzollern! Ein geschichtlicher Überblick zeigt, daß sie alle eine soziale Gesinnung gehabt haben; daß sich freilich einige von ihnen auf falsche Bahnen drängen ließen:

1. Es ist das Verdienst der absoluten Hohenzollern des 17. und 18. Jahrh., ihre Untertanen zu den sozialen Pflichten erzogen zu haben. Aus dem widerspenstigen ostelbischen Adel wurde der opferfreudigste Stand, und der preußische Staat gehörte nicht nur dem König und dem Adel, sondern allen. Die Hohenzollern übernahmen mit Stolz den Namen, den Frankreichs Hohn für sie ersann: „Könige

der Bettler“. Denn sie schützten mit besonderem Eifer die Armen und Schwachen, die sich nicht aus eigener Kraft gegen das Unrecht und gegen die Ausbeutung wehren konnten:

Unermüdlich war ihre Fürsorge für den Bauernstand, der durch den 30jährigen Krieg in das entsetzlichste Elend geraten war; mit rücksichtsloser Strenge schritten sie gegen das „Bauernlegen“, „Bauernschinden“ und „Bauernplacken“ ein.

Bei dem schnellen Wachstum der Städte traten sie dem Bodenwucher entgegen. Der Große Kurfürst und seine Nachkommen behielten sich das Enteignungsrecht des Bodens zum Ackerwert vor; dadurch blieben die Häuser und die Mieten billig. Auch wurde bei der Verschuldung ausdrücklich das Vorrecht der Bauhandwerker festgestellt.

Mit Stolz weisen wir auf den großen Unterschied hin zwischen jenen absoluten Hohenzollern und den meisten ihrer Zeitgenossen auf den europäischen Thronen. Die Hohenzollern lebten nicht von und auf den anderen, sondern mit und für die anderen. Bei uns gab es eine segensreiche Sozialmonarchie, bei den meisten anderen eine Karikatur der Monarchie.

2. Auch unter Friedrich Wilhelm III. (1797—1840) wurden anfangs wichtige Fortschritte auf dem sozialen Gebiete gemacht: Auf den staatlichen Domänen ließ die Fürsorge des Königs während der Jahre 1799—1806 nach und nach in den alten Provinzen 50000 spannfähige Bauern und viele Kleinbauern zu freien Eigentümern werden. Es folgten nach dem Frieden zu Tilsit (1807) die einschneidenden Maßregeln Steins: die Aufhebung der Erbuntertänigkeit, wodurch Preußen aufhörte, ein Ständestaat zu sein, und die Städteordnung.

Aber Friedrich Wilhelm III. und IV. verstanden nicht gegen den Strom zu schwimmen. Sie wagten es nicht, den Siegeslauf des Manchestertums zu hemmen; denn sie standen im Banne der „liberalen“ Anschauungen, welche jede Einmischung des Staates als einen Eingriff in die persönliche Freiheit ablehnten und Selbsthilfe verlangten.

Welches Unheil hat dieses Manchestertum gebracht! Wir denken an die wachsende Ausdehnung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken; wir denken vor allem an den Mißbrauch, der mit dem vaterländischen Boden und seinen Schätzen getrieben wurde. Der Grund und Boden wurde mobilisiert[1]), wurde genau so zu einer

[1]) Die „liberale“ Schule führte im 19. Jahrh. einen erbitterten Kampf gegen die Allmende, d. h. gegen das uralte Gemeindeland, und wurde leider von der Staatsgewalt unterstützt. Millionen Morgen Gemeindeland wurden in Privatbesitz umgewandelt. Welche Verblendung! (Vgl. Damaschke, „Bodenreform“ S. 200 ff.)

beweglichen Ware gemacht, wie Kleider und Schuhe, Möbel und Porzellan, Kartoffeln und Speck. Daß Staat und Gemeinden eigenen Besitz hatten und selbst bewirtschafteten, galt als „rückständig“. Das Manchestertum war schuld an dem profitgierigen Bodenwucher, der schändlichen Terrainspekulation, dem entsetzlichen Wohnungselend.

Der Staat durfte nur „Nachtwächterdienste“ leisten; deshalb beschränkten sich die Arbeiterschutzgesetze lange Zeit auf wenige Maßnahmen. Es wurden Bestimmungen getroffen über

die Beschäftigung Jugendlicher in den Fabriken,
die Lohnzahlung,
den Schutz für Leben und Eigentum,
die Förderung des Familienlebens.

3. „Gegen den Strom!“ so kann die Überschrift für das Zeitalter Wilhelms I. und Bismarcks lauten. Gegen den Strom schwimmend, stellten sie die militärischen und monarchischen Machtgrundlagen des preußischen Staates her und gründeten das starke deutsche Kaiserreich. Und später? Als Wilhelm I. und Bismarck erkannten[1]), daß wir mit der Politik des „Gehenlassens“ ins größte Unglück gerieten, da entschlossen sie sich zur Umkehr und wandten sich gegen die liberale Strömung. Sie gewannen die Überzeugung, daß der Staat mit starker Hand, wie in die wirtschaftlichen[2]), so auch in die sozialen Verhältnisse eingreifen müsse, um die Idee der sozialen Gerechtigkeit zu fördern und einer Entartung des Volkslebens vorzubeugen. Die Staatshilfe trat wirksam neben die Selbsthilfe. Zugleich bekämpfte Bismarck, wo er nur konnte, den Drohnenkapitalismus und unterstützte das werteschaffende Kapital.

a) Wir beschritten den Weg des Staatssozialismus. Staat, Städte, Gemeinden wetteiferten, alle Betriebe, die „reif“ waren, zu verstaatlichen bzw. zum Gemeinbesitz zu machen:

Post und Telegraphie waren bereits Staatsmonopole, und alle späteren Versuche, das Telephon auszubeuten, wurden abgewiesen.

Die größte staatswirtschaftliche Maßnahme war die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen seit 1879. Damals erklärte der alte Abgeordnete Windthorst: „Der einzige Unterschied zwischen dem Sozialismus der Sozialdemokratie und dem der preußischen Regierung sei der der Farbe; jene wollten den roten, diese den schwarz-weißen Sozialismus.“ — Auch die Binnenschiffahrt wurde gefördert: durch

[1]) Es soll nicht verschwiegen werden, daß hervorragende Männer und Vereine dazu beitrugen, dieser Erkenntnis Bahn zu brechen.

[2]) Der staatliche Eingriff in das privatwirtschaftliche Leben, durch Übergang zum Schutzzollsystem, und die soziale Gesetzgebung hängen aufs engste zusammen.

Regulierung der Fluß-Wasserstraßen, durch Kanalbauten. Man hoffte, daß allmählich ein staatliches Mittelland-Kanalsystem fertig werde, wodurch unsere wichtigen Flüsse vom Rhein bis zur Weichsel untereinander verbunden würden.

Der Staat wurde auch Besitzer zahlreicher Bergwerke. —

Dem Beispiel des Staates folgten die Städte und Gemeinden: Sie waren darauf bedacht, den Gemeinbesitz an Grund und Boden zu vermehren. Vor allem aber gelangten die Gas- und Elektrizitätswerke, die Wasserleitungen und Straßenbahnen, Werften und Hafenanlagen, Badeanstalten in städtischen Besitz und Eigenwirtschaft. Auch die Entwicklung der städtischen und der Kreis-Sparkassen wurde von größter Bedeutung und brachte der Allgemeinheit reichen Segen. Sozial waren ferner unsere Schuleinrichtungen.

b) Vorbildlich wurde die deutsche soziale Hilfsgesetzgebung, welche die berühmte kaiserliche Botschaft im Jahre 1881 verkündete, und welche in den nächsten Jahren durchgeführt wurde:

1883 Krankenversicherungsgesetz,
1884 Unfallversicherungsgesetz,
1889 Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz.

Das Neue und Eigenartige dieser deutschen sozialen Gesetzgebung bestand vor allem in dem gesetzlichen Zwang.

So wurde die äußere Freiheit im Interesse der Gesamtheit beschränkt. Der Staat hat neben die Rechte der Einzelnen die Pflichten gestellt und fordert gebieterisch, mit Zwangsmitteln, ihre Erfüllung. Zu der Wehrpflicht, Steuer- und Schulpflicht sind den Staatsbürgern Pflichten auferlegt, welche das Wohl und die Gesundheit des arbeitenden Standes betreffen.

Zusätze.[1]

1.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß im 19. Jahrh. ein edler Wetteifer zwischen den Besitzenden und zwischen den Kirchen entstand, um für die unteren Klassen zu sorgen:

Die evangelischen Diakonissen und die katholischen Barmherzigen Schwestern haben außerordentlich segensreich gewirkt: für Krankenpflege, Kleinkinder- und Waisenfürsorge, für Unterricht und Erziehung, für die Rettung seelisch und leiblich Notleidender.

Großartig sind die Anstalten des Pastors von Bodelschwingh bei Bielefeld, die Arbeiterkolonien, Herbergen zur Heimat, Verpflegungsstationen, Krippen und Warteschulen, Knaben- und Mädchenhorte, Ferienkolonien, Mägdeherbergen, Volksküchen, Lungenheilstätten, Trinkerasyle.

Dazu kam die Tätigkeit zahlreicher Vereine, z. B. vom Blauen Kreuz, Roten Kreuz, die vaterländischen Frauenvereine.

Bei unseren großen industriellen Unternehmungen vergeht kein Jubiläum, kein Familienfest der Fabrikherren, ohne daß gewaltige Summen aus freien Stücken für Wohlfahrtseinrichtungen gestiftet werden. Nach einer Zusammenstellung der Kölnischen Zeitung (Nr. 785 des Jahres 1909) haben die Unternehmer in den 8 Jahren 1898—1905 an freiwilligen Leistungen nicht weniger als rund 500 Millionen Mark zugunsten der Arbeiter aufgewendet. Geradezu vorbildlich war die Fürsorge Alfred Krupps in Essen für das Wohl der Arbeiter.

2.

Das vielgeschmähte Deutsche Reich hatte es unter Wilhelm I. und Bismarck unternommen, eine Aufgabe zu erfüllen, die völlig neu war in der Geschichte: einen Ausgleich zu finden zwischen dem Individualismus und dem sozialen Gedanken, die mittlere Linie zu suchen zwischen „freier Entfaltung der Kräfte" und sozialer Fürsorge.

Es gilt, die Grenzen genau zu erkennen:

Einerseits darf die „freie Entfaltung der Kräfte" nicht zum Recht des Stärkeren werden und zur Ausbeutung des Schwächeren führen.

Anderseits darf die soziale Fürsorge nicht die Selbstverantwortung aufheben, nicht zu einem Faul- und Lotterbette werden. Vor allem soll die Bevormundung des Staates nicht den Wettbewerb unmöglich machen und den Unternehmergeist ersticken. Die gesamte Volkswirtschaft zu verstaatlichen, den Staatssozialismus durchzuführen, würde ein großes Unglück für uns bedeuten. Nur die Betriebe mögen verstaatlicht oder verstädtert werden, die in den Händen des Staates oder der Stadt für das Gemeinwohl zweckmäßiger und besser eingerichtet werden können, als es von Privatunternehmern zu erwarten ist: vor allem die Verkehrseinrichtungen, Wasserleitungen, Beleuchtung. Vielleicht ist es wünschenswert, daß auch das gesamte Bank- und Versicherungswesen (Lebens- und Feuerversicherung usw.) verstaatlicht werde[1].

3.

Wilhelm II., Weltkrieg und Zusammenbruch.

1. Wohl hatte Wilhelm II. dieselbe soziale Gesinnung, wie seine Vorfahren; auch setzte er das Werk seines Großvaters fort. Aber er verstand es nicht, gegen den Strom zu schwimmen, ließ sich vielmehr in das Fahrwasser des Internationalismus treiben. Zweierlei war gleich für den Anfang seiner Regierung charakteristisch:

Er suchte eine internationale Lösung der sozialen Frage herbeizuführen, und 1890 war die internationale Arbeiterkonferenz in Berlin.

Nach der Entlassung Bismarcks (1890) wurde das Sozialistengesetz nicht erneuert, das der verlogenen Hetzarbeit undeutscher Demagogen entgegentrat.

Wir bedauern es, daß Kaiser Wilhelm II. immer mehr den werteschaffenden Kräften in Landwirtschaft und Industrie entfremdet wurde; in seiner nächsten Umgebung waren hauptsächlich Vertreter der internationalen Hochfinanz, die steigenden Einfluß gewannen. So kam es,

[1]) Auch diese Zusätze standen 1920 in der 10. Auflage.

daß trotz aller sozialen Gesetze die Kluft zwischen den Volksklassen nicht ab-, sondern bedenklich zunahm.

2. Damit hing einer der größten Fehler während des Weltkrieges zusammen. Es gelang dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, die Person des Kaisers wie mit einer chinesischen Mauer zu umgeben. Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie wurden nicht zugelassen, wohl aber Sozialdemokraten und Großkapitalisten. Bei der Kriegswirtschaft war es nicht die größte Sorge, möglichst viel zu produzieren und dabei die Landwirtschaft mit allen Mitteln zu unterstützen, sondern die vorhandenen Vorräte zu „erfassen" und „gerecht" zu verteilen. Das war die Ursache für den Mangel an Lebensmitteln und für das wucherische Schiebertum.

Die Macht der Sozialdemokraten und ihrer jüdischen Hintermänner wuchs. Sie verstanden es, einen Lügenfeldzug größten Stils zu eröffnen, den Siegeswillen des Volkes und der Heere zu unterwühlen, den Soldaten an der Front, besonders aber in der Etappe und in der Heimat die wahnwitzige Überzeugung beizubringen: der Krieg werde deutscherseits nur der Eroberungen und Geldinteressen wegen fortgeführt; sie brauchten bloß mit gutem Beispiel voranzugehen, dann würden die Truppen beiderseits nach Hause gehen und einen Verständigungsfrieden erwirken.

So kam es zur Meuterei, zur Revolution und zur Ausrufung der deutschen Republik.

4.
Und nach dem Weltkrieg?

Der „Sozialismus" der siegreichen Internationaldemokratie[1]).

Durch die Novemberrevolution 1918 kamen die Sozialdemokraten zur politischen Macht. Wurden die sozialen Verhältnisse besser? Pfannkuche gibt die Antwort:

> „Das war die furchtbare Wahnsinnstat der deutschen Novemberrevolution, daß die durch den jüdischen Marxismus, diese letzte Giftfrucht des liberalen Individualismus der westlerischen Demokratie, aufgehetzten und verblendeten Arbeitermassen den einzigen sozialen Staat, den es in der Welt gab, mutwillig zerschlagen haben."

Weder bei den Führern noch bei den Geführten war etwas von der gepriesenen sozialen Gesinnung, d. h. von der freiwilligen und opferfreudigen Eingliederung in das Ganze zu spüren; vielmehr wurden dem extremen Individualismus die Tore geöffnet. Zunächst brachte der Umsturz ein wüstes Chaos. Wie losgelassene Raubtiere stürzten sich

[1]) Dieser Abschnitt ist zugleich eine Ergänzung zu den Ausführungen auf S. 193ff.

die Untermenschen, unter der Führung von internationalen Schmarotzern, auf unser aus 1000 Wunden blutendes Vaterland; sie raubten Staatsgüter, die viele Milliarden Goldmark wert waren. Es folgte ein blutiger Bürgerkrieg der Sozialisten untereinander, wobei es sich um die Frage handelte, ob der „sozialisierende" Nomadismus sich nach tatarischjüdischen oder welschjüdischen Methoden auswirken sollte. Man nannte das den Kampf zwischen Ost- und Westorientierung; die Westorientierung unserer „Mehrheitssozialisten" siegte.

Die Wahlen des Frühjahrs 1919 brachten die Diktatur der engverbundenen schwarzen, roten und goldenen Internationaldemokraten[1]). Nunmehr konnte die vielgepriesene, seit Jahrzehnten angekündigte Sozialisierung, d. h. Überleitung des Privatbesitzes in Gemeinbesitz, vor sich gehen, wodurch angeblich paradiesische Zustände des allgemeinen Wohlstandes und Glücks eintreten würden. In Wahrheit folgte eine unerhörte Schiebung aller Werte in die Hände des Großkapitals, besonders der Juden. Das Schmählichste und Nichtswürdigste aber war die Verhändlerung des sozialen Gedankens. Die Sozialmonarchie hatte sich bemüht, die Verwaltungskosten bei den sozialen Einrichtungen möglichst niedrig zu halten; es gab viele ehrenamtliche Stellungen. Aber seitdem die Internationaldemokraten zur Macht gelangt waren, schienen die Kranken- und andere Versicherungen wesentlich dafür da zu sein, um gut besoldete Beamte zu unterhalten. Welche Riesensummen verschlang der Verwaltungsapparat! Wie verschwenderisch wurden die früher angesammelten und später eingehenden Beiträge für kostspielige Verwaltungspaläste, Erholungsheime und Direktorenwohnungen verschleudert! Und wieviel Korruption verband sich mit der Bautätigkeit! Die deutsche Republik der Flavusdeutschen wurde allmählich reif für den russischen Bolschewismus.

Von der einzigartigen Umwälzung und der überraschend schnellen Gesundung unseres Volkes, die wir Adolf Hitler verdanken, handelt der letzte Abschnitt.

[1]) Liebig schrieb 1919: „Statt des erwarteten, siegstrahlenden, lebensfreudigen Jünglings stieg der alte Jammerreichstag, noch etwas greisenhafter und müder geworden, aus der Wahlurne hervor."

Staat, Volk und Kirche[1].

Die Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit, vor allem die germanisch-deutsche, ist bis zur Gegenwart wesentlich Kirchengeschichte.

I.

Das Christentum und das römische Weltreich.

1. Als die Zeit erfüllet war.

Das Altertum kannte keinen Gegensatz zwischen Staat und Religion[2]. Das gesunde Leben der antiken Völker und Staaten entwickelte sich durchaus auf nationaler Grundlage; das sehen wir

an der uralten Geschichte Ägyptens und Babylons,
an der Geschichte der Griechen und Römer.

Die Entartung, der Verfall trat ein, sobald die nationale Grundlage verlassen wurde.

Auch die Religion war ursprünglich rein national. Solange sie national blieb, konnte sie wachsen und gedeihen; sie gelangte bei den orientalischen Völkern und ebenso bei den Griechen zu einer erstaunlichen Höhe und Tiefe der Gotteserkenntnis.

Aber die Geschichte des Altertums endete mit universalen, theokratischen Weltreichen, in denen die Völker gemischt und nivelliert wurden und ihre Nationalität verloren:

mit dem persischen Weltreich,
mit dem Reiche Alexanders des Großen und der Diadochen,
mit dem römischen Weltreich.

Es ist eine der törichtsten Gedankenlosigkeiten, wenn man diesen gewaltigen Vereinigungsprozeß der gesamten Alten Kulturwelt, diese Verschmelzung aller Völker um das Mittelländische Meer, diese Vermischung der verschiedenen Rassen in dem großen römischen Weltreich als etwas Herrliches hinstellt. Vielmehr ist sie die Hauptursache für den Untergang der Alten Kulturwelt geworden.

[1] Ausführlicher handelt über das Verhältnis von Staat, Volkstum, Kirche und über das 3000jährige Ringen zwischen Laien- und Priesterkultur meine „Angewandte Kirchengeschichte". 3. Aufl. 1934. Vgl. auch meine „Weltgeschichte der Lüge" und „Geschichte der katholischen Staatsidee".

[2] Die Ausnahmen sind so gering, daß sie die Regel bestätigen.

Mit der Völkermischung begann auch eine zunehmende Religionsmischung: zuerst im Orient, wo griechische, kleinasiatische, syrische, persische, ägyptische Gottesdienste, Kulte und Vorstellungen verschmolzen; diese Entwicklung setzte sich dann im römischen Reiche fort. Als die Verwirrung immer größer wurde, da erwachte in dem Weltreich die Sehnsucht nach einer alle umfassenden Weltreligion. Man erhob Zeus-Jupiter oder Aphrodite oder Fortuna oder Hekate zu einer Weltgottheit, oder man schuf sich einen neuen Gott Pantheos. Vor allem aber waren es orientalische Gottesdienste, die sich immer mehr über das ganze Reich verbreiteten und den Anspruch erhoben, die gesuchte Weltreligion zu sein; besonders sind zwei Gottheiten zu nennen:

die ägyptische Isis
und der persische Mithras.

Der Mithraskult erfuhr von den späteren römischen Kaisern (Commodus, Septimius Severus, Caracalla, Elagabal, Alexander Severus, Aurelian, Diokletian, Galerius, Julian) jede denkbare offizielle Förderung. Auch der Kaiserkult war orientalischen Ursprungs.

In diese Welt kamen das Christentum und das Germanentum.

Christus ist der größte Vereinfacher und Befreier: Aller äußere Gottesdienst, alle Riten und Zeremonien zerfließen in ein Nichts; keine vorgeschriebenen Opfer und Reinigungen, keine Beschwörungen und Zaubersprüche, kein Formalismus und kein Gebetsprechen, keine ekstatischen Erregungen und kein Geheimdienst; er befreit uns von Götzenbildern, von einer Priesterkaste, von heiligen Orten, heiligen Zeiten, heiligen Zahlen, heiligen Worten. Seine Religion ist nicht beschwert von einem ungeheuren Ballast, nicht eingeschnürt von einem Netz äußerer Vorschriften. Sie ist die denkbar einfachste und deshalb höchste Religion.

2. Christenverfolgungen.

Erst durch die christliche Kirche ist die Frage der Stellung des Staates zur Religion eine schwierige geworden und bis zum heutigen Tage geblieben.

Wir müssen folgendes unterscheiden:

1. Die vereinzelten Greueltaten, welche Nero (54—68) und Domitian (81—96) an Christen verübten, waren Ausfluß ihres Zäsarenwahnsinns.

2. Eigentliche Christenverfolgungen begannen erst unter Trajan (98—117). Auf die Anfrage des jüngeren Plinius, des Statthalters von Bithynien, was mit den Christen geschehen sollte, die sich weigerten, dem Bilde des Kaisers zu opfern, ordnete er die Bestrafung an: sie seien des Todes schuldig. Aber er fügte hinzu, man solle nur auf Anzeige hin einschreiten, sie nicht von Amts wegen aufsuchen, auch anonyme Anklagen nicht berücksichtigen.

Diese Auffassung ist fast zwei Jahrhunderte maßgebend gewesen. Unter Mark Aurel (161—180) und Septimius Severus (193—211) haben die Christen manches Böse erfahren. Aber es blieben die Verfolgungen doch immer nur vorübergehende, vereinzelte Erscheinungen.

3. Erst der leutselige, tätige, echt römisch gesinnte Kaiser Dezius (249—251) beschloß, die christliche Kirche systematisch zu vernichten; der Sturm ging schnell vorüber. — Aufgenommen wurde der Kampf von dem Kaiser Diokletian. Nachdem er fast 20 Jahre hindurch den Christen volle Freiheit gelassen hatte, gab er im Februar 303 den Befehl, die große Kathedrale zu Nikomedia einzureißen. Dann folgten vier immer schärfere Edikte; sie befahlen

Zerstörung aller christlichen Kirchen,
Vernichtung aller christlichen Schriften,
Verbot aller gottesdienstlichen Versammlungen,
Verlust aller Ehrenstellen, Würden, ja des Bürgerrechts für die Christen,
Gefangennahme der Vorsteher,
zuletzt Todesstrafe für alle, die sich weigerten, dem Kaiser zu opfern.

Diese schlimmste, entsetzlichste Verfolgung dauerte von 303—311. Als Diokletian 305 die Kaiserwürde niedergelegt hatte, erfand sein Nachfolger Galerius immer schrecklichere Grausamkeiten — bis er 311 erkannte, daß er die Kirche nicht besiegen könne, und das Toleranzedikt gab.

Erstaunt fragen wir: Wie kam es, daß gerade die Tüchtigsten unter den römischen Kaisern das Christentum bekämpften?

Es war ein Kampf zwischen zwei Mächten, der aufstrebenden Kirche[1]) und dem untergehenden Staat. Dem antiken „Heidentum" war der Staat die höchste sittliche Instanz, und ein Trajan, Mark Aurel, Septimius Severus waren noch ganz erfüllt von dem hohen Staatsgedanken des Altertums. Nicht wegen ihrer Religion verfolgten sie die Christen, sondern wegen politischen Ungehorsams, wegen Hochverrats; es galt für ein Majestätsverbrechen, daß die Christen sich weigerten, dem Kaiser zu opfern, ja daß sie den Untergang des Staates herbeisehnten und sein baldiges Ende prophezeiten.

Dezius und Diokletian hatten das römische Kaiserreich in der größten Zerrüttung gesehen. Sie wollten den Staat wiederherstellen und erkannten in der christlichen Kirche den Hauptgegner, weil sie alle die Kräfte leugnete und verdammte, welche den römischen Staat groß gemacht hatten, besonders aber, weil sie einen **Staat im Staate** bildete. Diokletian sah eine nach staatlichem Muster fest organisierte Macht vor sich. Nicht von der Leidenschaft hat er sich zu seinen Grausamkeiten hinreißen lassen, sondern als Staatsmann erwogen, was für das römische Kaiserreich notwendig sei.

Es gab zwei Möglichkeiten:

entweder mußte die christliche Kirche völlig vernichtet werden,
oder der Kaiser mußte sich selbst an ihre Spitze stellen und diese neue Macht seinen Zwecken dienstbar machen.

[1]) Schon früh entstand die wachsende Kluft zwischen Kirche und Religion. Die katholische Kirche jagte dem Ziel eines irdischen Welt-Gottesstaates nach, den Jesus als Versuchung des Satans schroff abgelehnt hatte.

Diokletian versuchte den ersten Weg; sein Versuch scheiterte.

Konstantin schlug den anderen Weg ein.

Bei beiden, Diokletian und Konstantin, war das Ziel dasselbe; sie ließen sich von rein politischen Erwägungen leiten.

3. Sieg der Kirche?

Konstantin der Große und seine Nachfolger.

311: Das Toleranzedikt des sterbenden Kaisers Galerius.
313: Konstantin, als Kaiser des Westens, und Lizinius, als Kaiser des Ostens, erließen gemeinsam das Religionsedikt zu Mailand.
323: Konstantin siegte über seinen Mitkaiser Lizinius, der sich wieder dem Heidentum zugewandt hatte.
324—337: Konstantin Alleinherrscher.
325: Das erste Reichskonzil zu Nizäa.
353: Das Christentum wurde Staatsreligion.
379—395: Theodosius der Große war der letzte Alleinherrscher; er berief 381 das zweite Reichskonzil nach Konstantinopel.

Wer siegte im vierten Jahrhundert, die Kirche oder der Staat?

1. Scheinbar siegte die Kirche:

Ihre Organisation war anfangs eine durchaus demokratische gewesen. Aber im Kampf mit dem irdischen Staat ging sie dazu über, die Formen dieses Staates anzunehmen. Dadurch erlangte sie eine ungeheure Kraft und wurde ein geschlossener Staat im Staate.

Konstantin gab den Christen Parität mit den Heiden; unter seinen Nachfolgern wurde das Christentum die alleinige Staatsreligion. In der nunmehr vollendeten Organisation der Kirche haben wir noch heute ein Vermächtnis des römischen Weltreichs; den weltlichen Beamten an der Spitze der Stadtbezirke, der Provinzen, der Diözesen entsprachen

die Bischöfe in den Städten,
die Metropoliten an der Spitze der Provinzen,
die 3 Patriarchen in Alexandria, Rom und Antiochia als die höchsten kirchlichen Würdenträger, denen weite Gebiete unterstellt waren.

Diese Verfassung wurde auf dem Konzil zu Nizäa 325 bestätigt. Nach der Gründung von Konstantinopel („Neu-Rom") wurden noch der Bischof dieser zweiten Hauptstadt und der Bischof von Jerusalem zu Patriarchen erhoben. Und auf den Konzilien zu Konstantinopel 381 und zu Chalzedon 451 räumte man dem Patriarchen von Konstantinopel ausdrücklich „die gleichen Vorzüge" ein, wie dem von Rom.

So war die Organisation der Kirche eine aristokratische ge-

worden. Es hatte sich zunächst die für die katholische Kirche so charakteristische scharfe Scheidung zwischen Klerus und Laien vollzogen, und die Gesamtheit der Bischöfe bildete im Reichskonzil die Einheit der Kirche.

2. Aber das tatsächliche, unbeschränkte Oberhaupt dieser Kirche war der Kaiser; seine politischen Berechnungen waren maßgebend für die Entwicklung der Kirche. Das zeigte sich bei der drohenden Kirchenspaltung, bei dem Kampf zwischen den Arianern und Athanasianern. Im Interesse des Staates, d. h. des Kaisers, wurde mit Gewalt die Einheit und Einförmigkeit der Kirche erzwungen.

Das Konzil zu Nizäa 325 hat der noch heidnische, durchaus unchristliche Kaiser Konstantin berufen; gegen die erdrückende Mehrzahl der Bischöfe, welche von einer geistigen Zwangsjacke nichts wissen wollten, setzte er die Verfluchung und Absetzung des Arius durch. Das hinderte ihn nicht, später die Partei des Arius zu ergreifen, als er dies im Interesse seiner politischen Macht für vorteilhafter hielt.

Unter seinen Nachfolgern ist für das wechselnde Übergewicht der Arianer oder Athanasianer die persönliche Stellung des Kaisers maßgebend gewesen.

Theodosius I. der Große (379—395) gab endlich den Arianern den Todesstoß. Er berief 381 das zweite allgemeine Konzil nach Konstantinopel, wo das nizänische Symbol erneuert wurde. Unter ihm begannen die Heiden- und Ketzerverfolgungen. Der christliche Glaube wurde bei Todesstrafe allen Untertanen befohlen, alle Sekten mit Ausnahme der zur Staatsreligion erhobenen athanasianischen, „orthodoxen" Lehre streng verboten. Es war ein Majestätsverbrechen, einen anderen Glauben zu haben als der Kaiser. Die herrlichen Monumente des Altertums wurden systematisch vernichtet.

Die Kirche war ein Organ des Staates, des Kaisers, geworden. Man kann von einem Cäsaropapismus sprechen, unter dem der Geist der Kirche Gefahr lief zu ersticken.

Im Osten blieb die Kirche Staatskirche. Im Westen wurde sie frei, frei durch die germanische Völkerwanderung.

II.

400—1300.

Allmählich wachsendes Übergewicht[1]) der Kirche über den Staat und ihre universale Weltherrschaft.

A.

Die Zeit der germanischen Völkerwanderungen.

400—600.

1.

Bedrängnis der römischen Kirche.

Im 5. Jahrh. ging das weströmische Reich unter den Stürmen der germanischen Völkerwanderungen zugrunde, und die erobernden Germanen galten als „Ketzer":

die Westgoten in Südfrankreich und Spanien,
die Vandalen in Nordafrika,
die Ostgoten und später die Langobarden in Italien,
die Burgunder in Südfrankreich.

2.

Da ist es von größter Bedeutung geworden, daß der heidnische Frankenkönig **Chlodwig** 496 die römische, „rechtgläubige" Form des Christentums annahm.
Das Frankenreich dehnte sich allmählich immer weiter aus.

3.

Unter Papst **Gregor I., dem Großen** (590—604), schwand der Arianismus: schon vorher waren die Vandalen und Ostgoten im Kampfe mit Ostrom, die Burgunder im Kampfe mit den Franken vernichtet;
586 trat der Westgotenkönig Rekkared zur römischen Kirche über;
auch die Bekehrung der arianischen Langobarden zur römischen Kirche begann unter Gregor I.;
596 schickte Gregor Missionare nach England und gewann die heidnischen Angelsachsen für das römische Christentum.

Die Germanen als Ketzer.

Das ganze 4. und 5. Jahrh. ist erfüllt von dem Streit zwischen den Athanasianern und Arianern über die Person Christi, ob sie Gott wesensgleich sei oder nicht. Als die Goten in der Mitte des 4. Jahrh. in mannigfache Berührung mit dem oströmischen Reich gerieten, war dort die arianische Richtung herrschend; sie lernten daher das Christentum in der arianischen Form kennen. Ihr Bischof Ulfilas

[1]) Es handelt sich von jetzt an fast nur um die römische Kirche.

(311—380) war ein eifriger Anhänger des Arius; er übersetzte die Bibel in die gotische Sprache, und wir hören, wie fleißig die „Barbaren“ in der Bibel forschten. Von den Goten erhielten Ende des 4. Jahrh. die Donaugermanen das Christentum; überall war ihre Kirche durchaus national-germanisch. — Diese germanischen Stämme eroberten jetzt die weströmischen Provinzen, Italien, Südgallien, Spanien, Nordafrika, in denen man immer eifrig die Sache des Athanasius verfochten hatte. Es ist eine merkwürdige Fügung des Schicksals, *daß die Germanen, als sie das Christentum angenommen hatten (die West- und Ostgoten, die Vandalen, Burgunder und Langobarden), sofort in einen scharfen konfessionellen Gegensatz zu den unterworfenen Romanen traten.*

Wir hören von großen *Katholikenverfolgungen* durch die ketzerischen Germanen, ja von neuen Märtyrern. Natürlich! die „rechtgläubige“ Kirche findet es ganz in der Ordnung, wenn die Ketzer mit allen Mitteln vernichtet werden; dagegen bauscht sie jede Bedrückung, die sie selbst erfährt, zu grausamen Verfolgungen auf. Die Germanen waren im höchsten Grade tolerant; nur die Angriffe der Gegner zwangen sie zur Abwehr:

1. Die *Vandalen* beschlossen, *Repressalien* für die grausame Behandlung der Arianer im oströmischen Kaiserreich zu üben. Die dort gegen die arianischen Ketzer erlassenen Edikte wandten sie in ihrem Reich gegen die Athanasianer an.

2. Wie duldsam war der Ostgotenkönig *Theoderich der Große!* Wie lehrreich ist ein Vergleich zwischen ihm und dem vielgepriesenen römischen Kaiser Theodosius dem Großen! Dieser ließ die herrlichen Denkmäler der alten Kunst zerstören; der germanische „Barbar“ traf umfassende Maßregeln zum Schutz und zur Ausbesserung der römischen Denkmäler. Theodosius unterdrückte mit roher Gewalt die Arianer; Theoderich suchte beide Konfessionen, die Germanen und Romanen, zu versöhnen; ja, der römische Papst fand in dem ketzerischen König einen starken Rückhalt gegen den oströmischen Kaiser und den Patriarchen von Konstantinopel. Und der Dank? Als im Jahre 518 Justin oströmischer Kaiser geworden war und alsbald mit scharfen Edikten gegen die Arianer vorging, näherten sich Papst und Kaiser wieder; Justin und sein Neffe Justinian gewannen in Rom viele Freunde. Die letzten Jahre Theoderichs des Großen sind dadurch getrübt worden. Er schickte den Papst Johannes nach Konstantinopel, um eine Milderung der strengen Edikte gegen die zahlreichen arianischen Glaubensgenossen im Osten zu erreichen. Als der Papst unverrichteter Sache zurückkehrte, wurde ihm die Schuld des Mißerfolges zugeschrieben; er ist im Kerker gestorben. Auch der Philosoph Boëtius wurde, eines *hochverräterischen Einverständnisses* mit Ostrom angeklagt, vom Senat verurteilt und hingerichtet. Die spätere Zeit hat ihn zum Märtyrer gestempelt: mit Unrecht.

Mit dem unüberbrückbaren konfessionellen Gegensatz zwischen Germanen und Romanen, zwischen den Herrschern und Beherrschten, hängt der schnelle Untergang des Vandalen- und Ostgotenreiches aufs engste zusammen.

3. Auch die arianischen *Westgoten* in Spanien waren tolerant und tasteten nirgends die Kultusfreiheit der Katholiken an. Von einer Katholikenverfolgung kann keine Rede sein; im Gegenteil! die katholische Kirche war nicht der leidende, sondern der angreifende Teil. Wenn König Eurich in der 2. Hälfte des 5. Jahrh. gegen die katholischen Bischöfe einschritt, so geschah dies, weil sie den Konfessionshaß schürten und in landesverräterischer Weise die inneren und auswärtigen Gegner des Königs unterstützten. — Als im Jahre 586 der König *Rekkared* zur katholischen Kirche übertrat, hegte er die Hoffnung, daß nun der mächtige Episkopat für die monarchische Gewalt eine kräftige Stütze sein würde gegen den Adel. *Aber die Bischöfe schwangen sich selbst zur herrschenden Macht im Lande auf.* Energische Könige, welche die Kräfte des Staates heben und den drohenden Verfall aufhalten wollten, wurden überall gehemmt oder gar gestürzt. So kam es, daß im Jahre 711, als der arabische Feldherr Tarek einen Plünderungszug nach Spanien unternahm, das Westgotenreich mit einem Schlage zusammenbrach.

Chlodwig.

Zu derselben Zeit, wo unter Führung Theoderichs des Großen (493—526) sich die germanischen Mittelmeerstaaten zusammenschlossen, bildete sich im Norden unter Chlodwig das Frankenreich. *Daß Chlodwig und die Franken 496 römisch-katholische Christen wurden, war ein welthistorisches Ereignis von den größten Folgen.*

Im Frankenreich gab es daher keine konfessionellen Gegensätze; hier vollzog sich ganz von selbst die Verschmelzung der Germanen und Romanen. Dagegen trat Chlodwig in einen scharfen Gegensatz zu den ketzerischen germanischen Mittelmeerstaaten; seine Kriege gegen die Burgunder (500) und gegen die Westgoten (507) wurden als *Kreuzzüge* angesehen, die er als Vorkämpfer des rechten Glaubens unternahm[1]).

[1]) Als Heide war Chlodwig tolerant gewesen; als Christ wurde er intolerant gegen Heiden und Arianer.

Damals begann die enge Verbindung zwischen Papst und Frankenkönig. Als Chlodwig 496 Christ wurde, war er der einzige „rechtgläubige“ Fürst auf Erden; selbst der oströmische Kaiser Anastasius ward vom Papst als Ketzer angesehen. Daraus entstand die folgenreiche Interessengemeinschaft der katholischen Kirche mit dem Frankenreich; und dieses fränkische Reich war berufen, das Erbe des römischen Reiches anzutreten.

Wie anders wäre die weitere Entwicklung geworden, wenn auch Chlodwig das arianische Christentum angenommen hätte!

Die römische Kirche und das Papsttum.

Mit dem Tode des Kaisers Theodosius (395) beginnt

> sowohl die dauernde Trennung des oströmischen Kaiserreichs, als auch die Scheidung in eine Kirche des Westens und des Ostens, in die römisch-katholische und griechisch-katholische Kirche.

Die römische Kirche ist durch die germanische Völkerwanderung frei und unabhängig geworden. Merkwürdig! mitten in den gewaltigen Kriegsstürmen entstand das kirchenpolitische Programm für die weitere Entwicklung:

Als Rom von dem Westgotenkönig Alarich erobert wurde (410), als dann die Scharen der Vandalen und Westgoten sich über Südfrankreich, Spanien und Nordafrika ergossen, als es zu Ende ging mit dem weströmischen Kaiserreich: da hat die römische Kirche das Erbe angetreten; da hat der Bischof Augustin sein berühmtes Werk geschrieben de civitate Dei, „Der Gottesstaat“. Hier stellt er die organisierte, sichtbare Kirche der Gegenwart, die hierarchische Heils- und Kultusanstalt, die von den Bischöfen verwaltet wird, als Gottesstaat dem irdischen Weltstaat gegenüber. Und dann entwickelt er die Theorien, welche das ganze Mittelalter hindurch eine so große Rolle gespielt haben[1]):

Der Staat sei der Kirche untergeordnet, habe nach ihren Anweisungen zu handeln und sich ganz in ihren Dienst zu stellen. „Es ist eine staatliche Pflicht, mit Gewalt die Irrenden zur Kirche zurückzuführen; erst durch solchen Dienst, welchen er der Kirche leistet, wird der Staat einen ihm sonst nicht zukommenden Wert empfangen.“ Der Kirche gebühre die Weltherrschaft.

[1]) Man kann von einer Tragödie des Christentums sprechen. Zwei Seelen rangen miteinander in Augustins Brust: der echtchristliche Erlösungsgedanke, die Lehre von der göttlichen Gnade, von der inneren Umkehr und die Gottesstaatsidee. Die letztere, das Außenwerk, wurde für die nächsten 1000 Jahre die Hauptsache, während das Echtchristliche zugeschüttet und erst von dem Augustinermönch Luther wieder aufgedeckt wurde.

In demselben 5. Jahrhundert beginnt die monarchische Stellung des römischen Bischofs sich zu entwickeln. Besonders ragt der Papst Leo I. hervor (440—461): Als eine Provinz des weströmischen Reiches nach der anderen verloren ging; als die Hunnen 451 nach Gallien, 452 nach Oberitalien vordrangen; als der feige Kaiser Valentinian III. mit eigener Hand seinen Retter, Aëtius, den Besieger Attilas, niederstieß; als 455 die Vandalen unter ihrem greisen König Genserich nach Rom kamen und die ewige Stadt plünderten; als im oströmischen Kaiserreich Streit, Zank und Hader herrschte; als alles wankte: da stand der Bischof von Rom allein aufrecht. Er war bei der Gesandtschaft, die zum Hunnenkönig Attila ging; an ihn wandten sich die streitenden Parteien des Ostens; seine Legaten präsidierten auf dem Konzil zu Chalzedon 451. Kein Wunder, daß die Autorität des römischen Bischofs mächtig stieg!

Freilich erfolgte bald ein gewaltiger Rückschlag: 476 ging das weströmische Kaiserreich zugrunde; 493—553 herrschten die ketzerischen Ostgoten in Italien. Dann wurde Italien Provinz des oströmischen Kaiserreichs, und Rom sank zu der Bedeutung einer Provinzialstadt herab. Von neuem war zu fürchten, daß der römische Bischof in eine zu große Abhängigkeit von dem oströmischen Kaiser geriete. Aber 568 erfolgte der Einfall der Langobarden in Italien; gleichzeitig wurden die Kaiser im Orient von den Neupersern und später von den Arabern bedrängt.

Bedeutend war die Stellung Gregors I., des Großen. Dieser Papst war der angesehenste Mann in Italien, auch für weltliche Fragen. 593 bestimmte er den Langobardenkönig Agilulf, von der Besetzung Roms Abstand zu nehmen, und vermittelte einen Frieden zwischen ihm und dem griechischen Exarchen. — Durch ihn siegte der Katholizismus bei den germanischen Völkern: schon 586 war der Westgotenkönig Rekkared übergetreten. 596 schickte Gregor I. Missionare nach England und gewann die heidnischen Angelsachsen für das römische Christentum: seitdem stand die dortige Kirche in einem engen Verhältnis zu Rom. Auch der Übertritt der arianischen Langobarden zur römischen Kirche begann unter Gregor I. Man gewöhnte sich daran, bei den Bischofswahlen in Italien die Zustimmung des Papstes einzuholen.

Doch war man von einem „Primat“ noch weit entfernt. Gerade die fränkische Kirche entwickelte sich durchaus als Landeskirche und stand in strenger Abhängigkeit vom König.

B.
700—900.

1.
Bedrängnis und Verfall der Kirche.

1. Die Arabergefahr: Syrien, ganz Nordafrika, Spanien gingen für die christliche Kirche verloren. Und dann bedrängten die Araber auch die nördlichen Mittelmeerländer: 717 standen sie vor Konstantinopel; 730 überschritten sie die Pyrenäen.

2. Unter den Christen herrschte große Uneinigkeit:

In Italien kämpften die Langobarden untereinander und mit den Griechen. Zwischen den drei miteinander ringenden Kräften stand der Papst; unbestritten war die Souveränität des oströmischen Kaisers über Rom, und die Päpste haben während des 7. Jahrh. in großer Abhängigkeit vom Kaiser gestanden. Im 8. Jahrh. wurde die Spaltung zwischen der römischen und griechischen Kirche durch den Bilderstreit erweitert.

Auch im Frankenreich gab es immer neue Gärungen.

Dazu kam im Innern der Kirche eine entsetzliche Verwilderung und ein schrecklicher Verfall der Bildung.

2.
Die Germanen als Retter.
Die Karolinger (Pippiniden) und Bonifatius.

1. Es war ein Ereignis von größter weltgeschichtlicher Bedeutung, daß Karl Martell 732 die Araber bei Tours und Poitiers besiegte und ihren Eroberungen ein Ziel setzte.

2. Immer enger wurde die Verbindung zwischen den fränkischen Herrschern und dem römischen Papsttum:

Schon 738 und 739 wandte sich der Papst Gregor III. an Karl Martell; er rief ihn zu Hilfe gegen die Langobarden und versprach ihm den Abfall von seinem rechtmäßigen Herrn, dem oströmischen Kaiser.

751 hat der Papst Zacharias dem fränkischen Hausmeier Pippin das Recht zugesprochen, den König Childebert III. abzusetzen und sich selbst die Krone aufzusetzen.

753/4 war der Papst Stephan II. im Frankenreich und bat Pippin um Hilfe gegen den Langobardenkönig Aistulf.

754 und 756: Nach Besiegung Aistulfs besetzte Pippin die oströmischen Besitzungen in Mittelitalien: Ravenna, die Pentapolis, Rom. Er übertrug die Regierung dem Papst; es waren dies die Anfänge des Kirchenstaats.

773/4 eroberte Karl der Große das Langobardenreich.

799 suchte Papst Leo III. in Paderborn Schutz bei Karl dem Großen.

800 wurde Karl vom Papste Leo III. zum römischen Kaiser gekrönt.

3. Parallel hiermit ging die Tätigkeit des angelsächsischen Mönches Wynfrid-Bonifatius (680—754) im Frankenreich. Dreimal reiste er nach Rom und holte sich vom Papst die Erlaubnis und Befehle für seine Wirksamkeit. Als päpstlicher Legat organisierte er die alemannische, bayrische und mitteldeutsche Kirche, gründete zahlreiche Bistümer. Als päpstlicher Legat bahnte er eine Kirchenverbesserung im ganzen Frankenreiche an, setzte Bischöfe ab und erreichte es, daß die fränkischen Bischöfe eine Ergebenheitsadresse an den Papst richteten. 748 wurde er Erzbischof von Mainz; 754 starb er den Märtyrertod in Friesland.

Vom Papste unaufhörlich angetrieben, hat Karl der Große durch eine jahrzehntelange Blutarbeit das Christentum im großen Sachsenlande ausgebreitet.

Die Metropolitanverfassung wurde im Frankenreich durchgeführt.

Unermüdlich war Karl der Große in seinen Bildungsbestrebungen: sein Hof wurde der Sammelplatz der hervorragendsten Gelehrten seiner Zeit, Alkuin, Paulus, Diakonus, Einhart. Auf Veranlassung des Königs stellte 789 die Synode zu Aachen die allgemeine Verpflichtung auf, in allen Klöstern und Domstiftern Schulen zu errichten.

3.
Auflösung des Karolingerreichs.
Wachsende Macht des Papsttums.

833 erschien der Papst Gregor IV. als Schiedsrichter im Frankenreich, um in den traurigen Streit zwischen dem Kaiser Ludwig und seinen Söhnen zu vermitteln.

Um 860 hat der Papst Nikolaus I., unter Verwertung der pseudoisidorischen Dekretalen, die Selbständigkeit der fränkischen Metropolitanbischöfe gebrochen.

875 bezeichnete Karl der Kahle die Kaiserwürde als ein Geschenk des Papstes.

Wiederum, wie so oft, werden wir zum Zeitalter Karls des Großen geführt; im 8. und 9. Jahrh. ist der Grund gelegt für die ganze weitere Entwicklung.

Was wäre aus der römischen Kirche ohne die Germanen geworden? Wie viele Länder waren an den Islam verloren gegangen! wie wenig Widerstandskraft hatte sich gezeigt! Man braucht nur auf der Karte die Ausbreitung des Christentums um 600 und um 730 zu vergleichen, um die Bedeutung des Sieges bei Tours und Poitiers zu ermessen: ja, Karl Martell hat die Kirche gerettet.

Und welche Stärkung hat das Papsttum erfahren! Erst durch Bonifatius, Pippin und Karl den Großen ist der Primat zur Wirklichkeit geworden. Vom römischen Bischof holte sich Bonifatius seine Befehle; als päptlicher Legat wirkte er im Frankenreich und in Deutschland. Von Pippin und Karl wurde der Papst stets als der erste Bischof behandelt, und Rom verdankte Karl dem Großen seine neue Weltstellung.

Und die Ausbreitung des Christentums? Die Romanen haben fast nichts geleistet; auch die späteren Kreuzzüge (1096—1292), wesentlich romanische Unternehmungen, haben der Kirche keinen dauernden Gewinn gebracht. Dagegen ist durch die germanisch-deutsche Missionstätigkeit Ersatz geschaffen für die großen Verluste, welche die Kirche durch das Vordringen des Islams erlitten hatte.

Das Wichtigste war die Aufrichtung eines neuen Universalreiches. Die Entwicklung, die 496 mit dem Übertritt des Frankenkönigs Chlodwig zur katholischen Kirche begann, kam im Jahre 800

zu ihrem Abschluß, als Karl der Große zum römischen Kaiser gekrönt wurde. Im Frankenreich hatten Germanen und Romanen sich einig gefühlt in ihrem Gegensatz

zunächst gegen die arianischen Ketzer,
später gegen die griechische Kirche,
gegen den Islam,
gegen die Heiden.

Durch ein hervorragendes Herrschergeschlecht, Pippin von Heristal, Karl Martell, Pippin, Karl den Großen (Großvater, Vater, Sohn, Enkel) war eine unvergleichliche Macht entstanden, und diese Machtfülle stellte Karl der Große in den Dienst einer kirchlichen Idee.

Karl wurde Kaiser des Gottesstaates, eines theokratischen Universalreiches, das keine Grenzen kennt. Er übernahm damit die Verpflichtung, den katholischen Glauben über die ganze Welt auszudehnen[1]). Überall wurden die Gedanken, welche Augustin 400 Jahre früher in seinem Werke de civitate Dei niedergelegt hatte, maßgebend: es sei die höchste Aufgabe des Staates, der Kirche zu dienen, Irrende mit Gewalt in den Schoß der Kirche zurückzuführen. Recht, Moral, Religion wurden vermengt. Das Dogma von der grundsätzlichen Unduldsamkeit, von der Bestrafung des Irrglaubens mit dem Tode war in die Kirche gedrungen; jetzt wurde es ein Staatsgesetz.

Wieviel Unheil hat dieser theokratische Staat bis zum heutigen Tage gebracht!

Den Gewinn von dieser ganzen Entwicklung hatte einzig das Papsttum. Zwar war Karl der Große unumschränktes Oberhaupt dieses Universalreiches:

Er war der Obersouverän des Kirchenstaates.

Auch in Rom kam dem Kaiser die oberste Gerichtsbarkeit, die Verwaltung und Finanzhoheit zu; wir sehen ihn im Jahre 799 über den Papst Leo III. selbst zu Gericht sitzen.

Der Kaiser nahm das Recht in Anspruch, die Papstwahlen zu prüfen, zu genehmigen oder zu verwerfen; die Bischöfe wurden von ihm ernannt.

Ja, er griff auch in die inneren Angelegenheiten der Kirche eifrig ein, schrieb dem Papst grobe Briefe, in denen er über mancherlei kirchliche Mißstände polemisierte; er scheute sich nicht, in Gegensatz zum Papst zu treten. Er verurteilte mit

[1]) Der Abt Alkuin mahnte den Kaiser in einem Brief, er solle das Imperium über die ganze Welt ausdehnen, nicht aus politischem Ehrgeiz, sondern weil er hierdurch die Grenzen des katholischen Glaubens immer weiter rücke.

aller Entschiedenheit die Lehre Gregors II., daß gewisse Bilder wunderwirkend seien.

Aber nach dem Tode Karls des Großen erntete der Papst, was der Kaiser gesät hatte. Die politische Einheit des Gottesstaates hatte nicht Bestand; allenthalben regten sich Sonderbestrebungen. Das Karolingerreich löste sich auf: nicht nur in die drei Länder, Deutschland, Frankreich, Italien; sondern die Zersplitterung ging viel weiter. Nur die kirchliche Einheit blieb. — Im 8. Jahrh. hatten mehrere Päpste sich flehentlich an die Frankenherrscher um Hilfe gewandt; 833 erschien der Papst Gregor IV. als Schiedsrichter. Welch eine Wandlung! — Nikolaus I. (858—867) konnte schon daran denken, die päpstliche Monarchie zu begründen; er suchte die Unabhängigkeit der Metropolitanbischöfe und Provinzialsynoden zu brechen[1]).

Roma capta ferum victorem cepit: so könnte man sagen. Denn der römische Geist fesselte die germanischen Sieger.

Mit welchen Mitteln verfolgte man im 8. und 9. Jahrh. sein Ziel?

Die drängende, treibende Kraft war immer der Papst: Gregor III. hat 738 und 739 Karl Martell, Stephan II. Pippin den Jüngeren, Hadrian I. Karl den Großen dringend um Hilfe angerufen gegen die Langobardenkönige. Sieg und Glück auf Erden und der Himmel nach dem Tode wurden lockend in Aussicht gestellt, wenn die Bitte gewährt werde; die Strafen der Hölle wurden gedroht, wenn man nicht den Willen des Papstes erfüllte. Die wichtigsten politi chen Entschlüsse wurden dem Frankenkönige Pippin von Stephan II. mit allen Mitteln geradezu abgerungen. —

Was in den Jahren 751—756 geschehen ist[2]), sind ohne Zweifel vom juristischen Standpunkte aus durchaus verwerfliche und rechtsungültige Handlungen:

es war Hochverrat, wenn Gregor III. dem Hau meier Karl Martell den Abfall vom Kaiser in Aussicht stellte;

es war ein Rechtsbruch, wenn 751 der rechtmäßige König Childerich III. abgesetzt und Pippin zum König erhoben wurde;

die Genehmigung des Papstes und die Schenkungen Pippins waren rechtlich ungültig. —

[1]) Damals begann der Kampf zwischen Episkopalismus und Kurialismus, der bis zum heutigen Tage fortdauert.

[2]) Auf die Ereignisse der Jahre 751—756 hat später Macchiavelli das ganze Unglück Italiens zurückgeführt; auch das ganze Unglück Deutschlands geht darauf zurück. Vgl. meine „Weltgeschichte der Revolutionen".

Ein diplomatisches Meisterstück hat 800 Papst Leo III. vollbracht: Offenbar wollte Karl in der Peterskirche die Kaiserkrone nach eigenem Recht ergreifen; aber der Papst kam ihm zuvor, und so empfing Karl die Krone als ein „Geschenk" des Papstes. —

Freilich ist bei solchen geschichtlichen Vorgängen eine rein juristische Betrachtungsweise nicht angebracht; aber verkehrt war es, wenn man später aus jenen Ereignissen des 8. Jahrh. Präzedenzfälle machte und darauf Rechtsansprüche aufbaute.

Dazu ist das 8. und 9. Jahrh. die klassische Zeit der großen Geschichtsfälschungen, der pia fraus; bedeutungsvoll sind hier wieder die Jahre 751—756:

Damit Pippin wußte, wie er 753 als weltlicher Herrscher den Papst Stephan II. zu empfangen habe, wurde ein ähnlicher Vorgang erfunden, der im 4. Jahrhundert zwischen Kaiser Konstantin und Papst Silvester stattgefunden haben soll. Pippin ritt nach diesem Vorbild dem Papste entgegen, sprang vom Pferde, kniete in tiefer Demut nieder und ging dann wie ein Stallmeister eine Strecke weit zu Fuß neben dem Maultier des Papstes her. — Um dieselbe Zeit entstand die Fälschung der „Konstantinischen Schenkung", um die Herrschaft des Papstes im Kirchenstaat als ein altes Recht erscheinen zu lassen.

Noch wichtiger war 100 Jahre später die Fälschung der Isidorischen Dekretalen, die sich gegen die Selbständigkeit der Metropolitanbischöfe und gegen den Einfluß des Staates in der Kirche wandte.

C.

900—1300.

1.

Bedrängnis und Verfall der Kirche.

1. Äußere Gefahren:

Bei dem gänzlichen Verfall des Karolingerreiches plünderten die Normannen alle Küstenplätze und drangen tief ins Land ein[1]).

Im Nordosten waren die Dänen und Sorben unruhige Nachbarn der Sachsen.

Im Südosten traten Ende des 9. Jahrh. die Ungarn, die Magyaren, auf und verheerten seitdem auf ihren Plünderungszügen ganz Süddeutschland, ja drangen bis Frankreich und Oberitalien vor.

In Unteritalien kämpften Griechen und Araber.

2. Alle Kulturaufgaben wurden vernachlässigt; es trat ein schrecklicher Rückgang der Bildung ein.

3. Das Papsttum sank von seiner Höhe; es schien in Sünde, Schande und Blut-

[1]) Vgl. S. 101.

vergießen ein Ende mit Schrecken nehmen zu sollen. Die schlimmsten Zeiten waren

896—961/3: Familie der Marozia;
983—996: Gewaltherrschaft des Creszentius;
1003—1046: Die Tuskulaner Grafen.

2.

Rettung durch die deutschen Könige.

1. Nachdem von Heinrich I. und Otto I. das Deutsche Reich aufgerichtet war, wurden, namentlich im Norden, Nordosten und Südosten, die äußeren Feinde besiegt und große Landstriche erobert:

955 Schlacht auf dem Lechfelde.

2. Wiederholt haben die deutschen Könige das Papsttum aus seiner Erniedrigung errettet; sie wurden dabei gedrängt und unterstützt von den Cluniazenser Mönchen:

963 ließ Otto I., der Große, in Rom den Papst Johann XII. absetzen und Leo VIII. wählen;

996 ernannte Otto III. Gregor V. zum Papst, ließ den Gegenpapst blenden und Creszentius enthaupten.

1046 stritten drei Päpste um die Tiara. Da erschien der deutsche König Heinrich III., und auf sein Betreiben wurden auf den Synoden zu Sutri und Rom alle drei Päpste abgesetzt und der Bischof Suidger von Bamberg zum Papst gewählt, Clemens II.

3. Wie unter Karl dem Großen, so begann jetzt unter Otto I. dem Großen eine neue Renaissance der Bildung.

Auch erfuhr durch die deutschen Könige die christliche Kirche eine gewaltige Ausdehnung im Norden und Osten:

967 Gründung des Erzbistums Magdeburg.
1000 Gründung des Erzbistums Gnesen.

3.

Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum.

1. 1046—1073 Aufschwung des Papsttums:
   1059 Nikolaus II.; Papstwahldekret.
2. 1075—1122 der Investiturstreit:
   1073—1085 Papst Gregor VII.
   1075 die berühmte Fastensynode in Rom (Verbot der Simonie und Laieninvestitur, Gebot des Zölibats).
   1076 Synode zu Worms: Absetzung des Papstes.
   1076 Fastensynode zu Rom: Bann gegen den König Heinrich IV.
   1077 Gang nach Canossa, Lösung vom Bann.
   1077 Fürstentag zu Forchheim: Rudolf von Schwaben wird zum Gegenkönig gewählt.
   1080 Erneuerung des Banns.
   1080—1085 Kriege in Italien. Gregor VII. stirbt 1085 in Salerno.
   1111 der Versuch einer Entweltlichung der Kirche, den Heinrich V. macht, scheitert. Er nimmt den Papst Paschal II. gefangen und erlangt das Investiturrecht.
   1122 Konkordat zu Worms.
3. Weltherrschaft der Staufen Friedrich I. (1152—1190) und Heinrich VI. (1190—1197):

α) **1152—1177:** Friedrich I. Barbarossa wollte wieder in die Bahnen Karls des Großen und Ottos des Großen einlenken.

5 Kriegszüge hat er nach Italien unternommen; er kämpfte gegen den Papst Alexander III. (1159—1181) und die mit ihm verbündeten Normannen und lombardischen Städte. Gegen den Papst ließ er Gegenpäpste wählen;

1162 wurde das rebellische Mailand erobert und zerstört.
1167 trieb eine entsetzliche Pest den Kaiser von Rom nach Deutschland zurück.
1176 Niederlage des Kaisers zu Legnano.

β) **1177—1197:**

Friedrich I. änderte die Mittel, um zum Ziel zu gelangen: Mit dem Papst schloß er 1177 den Frieden zu Venedig, mit den lombardischen Städten 1183 den Frieden zu Konstanz, und 1185 vermählte er seinen Sohn und Nachfolger mit der Erbin des Normannenreichs. 1186 war der Reichstag zu Gelnhausen.

Heinrich VI. erlangte eine weltbeherrschende Stellung, starb aber 1197 und hinterließ einen dreijährigen Sohn.

4. Sieg des Papsttums, päpstliche Weltherrschaft:
1197/8 ist der wichtigste Wendepunkt der mittelalterlichen Geschichte.

α) Papst Innozenz III. 1198—1216.

β) Untergang der Hohenstaufen:
Der lange Kampf des Kaisers Friedrich II. mit den Päpsten Gregor IX. und Innozenz IV.
1227 der Bann gegen den Kaiser.
1239 Erneuerung des Banns. Es folgte ein beispiellos erbitterter 30jähriger Vernichtungskampf gegen die Hohenstaufen.
1245 Konzil zu Lyon, das den Kaiser absetzte.
1266 Manfred fiel in der Schlacht von Benevent.
1268 Konradin wurde bei Scurcola besiegt und zu Neapel hingerichtet.

γ) Papst Gregor X. befahl 1272 den deutschen Kurfürsten, einen König zu wählen; auf dem Konzil zu Lyon (1274) bestätigte er Rudolf von Habsburg und entschied den Streit über die Kurwürde.
1302 die Bulle Bonifaz' VIII. Unam Sanctam.

Wiederherstellung des Universalreichs, des Gottesstaates. Der Kaiser als Oberhaupt.

1. Wunderbar, wie stark durch die Kämpfe gegen die Araber, besonders aber durch die lange, kraftvolle Regierung Karls des Großen das Gefühl der Einheit geworden war! wie mächtig der römische Imperiumsgedanke, noch mehr aber die Idee des irdischen, universalen Gottesstaates nachwirkte! Das Reich Karls des Großen hatte sich aufgelöst, war aufs äußerste zersplittert; dann war seit dem Ende des 9. Jahrh. das Papsttum von seiner Höhe gestürzt. Das Abendland schien in völlige Barbarei zurückzusinken. Im Anfang des 10. Jahrh. war es stumm geworden; es kam eine Zeit, die von sich selber keine Kunde mehr zu geben imstande war.

Aber, wie im 8. Jahrh. von den angelsächsischen Mönchen, so ging jetzt von dem burgundischen Kloster Clugny eine neue Bewegung aus; in den Cluniazensern wurde das christliche Ideal des Mittelalters wieder lebendig. Und als in Deutschland mächtige Könige auftraten und einen starken Staat gründeten, da wurden sie von jener Reformpartei unablässig bestürmt, in die römischen Wirren einzugreifen.

Mit Gewalt haben Otto I., Otto III. und Heinrich III. das Papsttum wieder in seine universale Stellung eingesetzt. Welch ein Gegensatz, wenn man die heldenhaften, von hohen Idealen erfüllten deutschen Könige und die unwürdigen Päpste jener Zeit miteinander vergleicht! Und als der Gottesstaat wieder aufgerichtet war, da galt es als ganz selbstverständlich, daß der Kaiser das Oberhaupt sei. Der kaiserliche Wille genügte, um Päpste ein- und abzusetzen.

Vorbildlich wurde die Tätigkeit Ottos I. des Großen. Seine Ideale knüpften an Karl den Großen an; er war erfüllt von der Göttlichkeit seines Berufs und wollte als absoluter Herr in dem universalen Gottesstaat herrschen. Am 2. Februar 962 wurde er Kaiser, und seitdem ist bis 1806 das römische Kaisertum fast ununterbrochen mit dem deutschen Königtum verbunden gewesen.

Man spricht von der „Ottonischen Verfassungskirche". Um das zu verstehen, müssen wir vor allem uns vor Augen halten, daß damals kirchliche und politische Dinge und Aufgaben völlig ineinander flossen; vielleicht trat bei Karl dem Großen mehr die kirchliche, bei Otto dem Großen mehr die staatliche Seite hervor. Otto stattete die Bischöfe mit ausgedehntem Landbesitz aus, erhob sie zu fürstlicher Stellung. Aber das Land blieb Reichsbesitz; die Bischöfe waren die Verwalter und Beamten. Otto förderte die Ehre und den Besitz der Kirche, um sich derselben für seine staatlichen Zwecke zu bedienen; er gründete seine Macht auf die Abhängigkeit der Kirche. Eine Folge war, daß auch der Papst kaiserlicher Beamter wurde, der dem Kaiser Treue schwören mußte.

Dies kam bei den Papstwahlen zum Ausdruck:

963 schwuren die Römer, keinen Papst zu wählen, ohne sich vorher der Zustimmung des Kaisers vergewissert zu haben;

der jugendliche Kaiser Otto III. hat zwei Päpste, Gregor V. und Silvester II., aus eigener Machtvollkommheit ernannt;

1046 wurde dem Kaiser Heinrich III. der Prinzipat bei der Papstwahl übertragen, d. h. ihm die erste und entscheidende Stimme eingeräumt.

2. Und nun die Kehrseite! Immer schwebte das römische Kaisertum und die Idee des universalen Gottesstaates vor Augen. Aber wie klaffend war der Widerspruch zwischen Idee und Wirklichkeit! Die Zeiten hatten sich geändert, und die Machtstellung Karls des Großen hat kein einziger wiedererlangt. Es mußte zu Konflikten zwischen den nationalen und universalen Tendenzen kommen; in England, Frankreich, Spanien, Dänemark, Ungarn, Polen war man nicht gewillt, im Kaiser das Oberhaupt anzuerkennen. Die Herrschaft über Italien führte zu endlosen Kämpfen.

Freilich waren Männer, wie Otto I. der Große und Friedrich I. Barbarossa trotz ihrer Weltherrschaftsbestrebungen durch und durch deutschnational gesinnt; unter ihnen ist das Deutschtum mächtig im Osten ausgebreitet, und mit dem Deutschtum das Christentum. Für die zahlreichen Bistümer, die Otto I. neu gründete, schuf er 967 das Erzbistum Magdeburg. — Aber die meisten Kaiser haben doch über den universalen Bestrebungen die nationalen Aufgaben vernachlässigt. Dies tritt besonders unter Otto III. (983—1002) und Heinrich II. (1002—1024) hervor:

α) Damals erneuerte sich der Kampf zwischen der Selbständigkeit der Metropolitanbischöfe und der absoluten Papstgewalt, zwischen Episkopalismus und Kurialismus[1]). Die Erzbischöfe Willigis und Aribo von Mainz lehnten sich gegen die Ansprüche des Papstes auf; sie beanspruchten für sich die letzte Entscheidung in kirchlichen Fragen; 1122 wurde auf der Provinzialsynode zu Seligenstadt die Berufung an den päpstlichen Stuhl verboten. — Aber die Kaiserkönige Otto III. und Heinrich II. waren so sehr von ihren universalen Ideen erfüllt, daß sie ihren deutschen Erzbischöfen entgegentraten und sich auf seiten des Papstes stellten[2]). Der Kampf ist damals nicht entschieden, weil Kaiser und Papst starben und andere Wirren eintraten.

β) Unter Otto I. dem Großen war die Ausbreitung des Christentums zugleich eine Ausbreitung des Deutschtums gewesen. Dafür hatten Otto III. und Heinrich II. gar kein Verständnis. Durch die Errichtung des Erzbistums Gnesen wurde der vielgeteilten Slawenwelt der geistige Mittelpunkt gegeben, der sie befähigte, sich zur Nation zu einigen. Dasselbe geschah in Ungarn.

Das Ringen zwischen Kaisertum und Papsttum.

Wiederum, wie im 9. Jahrh., hatte das Papsttum allein den Gewinn von der Entwicklung. Vom Kaiser Heinrich III. 1046 aus tiefster Erniedrigung emporgehoben, benutzte es die Minderjährigkeit seines Sohnes Heinrich IV. (1056—1106), um sich von dem kaiserlichen Einfluß freizumachen. Hildebrand, der spätere Gregor VII., war die Seele dieser Politik. Das Papstwahldekret des Jahres 1059 war der erste wichtige Schritt; damals wurde das Kardinalskollegium eingerichtet.

Um was handelte es sich nun bei den folgenden erbitterten Kämpfen des 11., 12. und 13. Jahrh.? Wir müssen uns darüber klar sein, daß es weniger ein Ringen zwischen Staat und Kirche, zwischen weltlicher und geistlicher Macht war, als um die Oberherrschaft im Gottesstaat, ob der Kaiser oder der Papst die höchste Gewalt in dem Universalreich, in der Kirche habe; bisher war der Kaiser das Oberhaupt gewesen, jetzt sollte es der Papst sein; es war ein Kampf um die superioritas, wer der höhere sei:

1. In dem Investiturstreit, dem Streit um die Bischofsernennung (1075—1122), wurden zwei völlig verschiedene Dinge miteinander vermengt, die Simonie und die Laieninvestitur. Gerade von dem Kaiser Heinrich III., dem Retter des Papsttums, war die Simonie, der Handel mit geistlichen Stellen, unaufhörlich bekämpft worden. Aber daß der Kaiser und König, als Laie, auf die Bischofsernennung verzichten sollte, widersprach der ganzen Vergangenheit; Otto I. hatte die Bischöfe ja zu Verwaltern des Reichsguts, zu seinen Beamten, gemacht; die ganze königliche Macht gründete sich darauf.

2. Es bedeutete schon ein Zurückweichen der kaiserlichen Stellung, wenn Versuche einer Scheidung zwischen den Befugnissen des Kaisers und des Papstes gemacht wurden:

1122 brachte das Konkordat zu Worms eine vorläufige Schlichtung des Investiturstreites. Heinrich V. verzichtete auf das Recht, die Bischöfe zu ernennen; sie sollten durch das Kapitel, in Gegenwart des Königs oder eines Stellvertreters, gewählt werden und dann von dem König das Szepter, vom Papst Ring und Stab erhalten. So wurde der geistlichen und weltlichen Stellung der Bischöfe Rechnung getragen.

3. Wie sehr wurde das frühere Verhältnis zwischen Kaiser und Papst umgekehrt!

Auf Betreiben der kirchlichen Partei setzten sich die deutschen Fürsten 1125 und 1137 über das Erbrecht hinweg; die Königswahl wurde beeinflußt durch päpstliche Legaten.

Lothar und Konrad III. baten den Papst um die Bestätigung der Wahl.

Lothar erhielt die Mathildischen Güter als päpstliches Lehen.

4. Noch einmal schien die kaiserliche Weltherrschaft Wirklichkeit werden zu sollen, 1152—1197. Zwar rief Kaiser Friedrich I.

[1]) Vgl. S. 393.

[2]) Gerade so wie im 19. Jahrh. die preußische Regierung die römische Kurie gegen den nationalen Episkopalismus unterstützt hat.

(1152—1190) dadurch, daß er Hoheitsrechte über die „Könige der Provinzen“, England, Frankreich, Spanien, Ungarn, geltend machte, ihren nationalen Widerspruch hervor; zwar mußte er im Kampf gegen die lombardischen Städte und gegen den Papst Alexander III., trotz 3 Gegenpäpsten, nachgeben. Aber nach 1177 gelang es ihm, mit den lombardischen Städten ein Bündnis zu schließen, für seinen Sohn die Anwartschaft auf das Königreich beider Sizilien zu erlangen, und bei einem neuen Streit mit dem Papst Urban III. stellte sich der deutsche Episkopat auf dem Reichstag zu Gelnhausen 1186 ganz entschieden auf die Seite des Kaisers.

Und seinem Sohn und Nachfolger Heinrich VI. gelang es nach mancherlei Kämpfen 1194, sich eine übermächtige Stellung zu schaffen; er konnte daran denken, eine tatsächliche politische Oberherrschaft über die Reiche der Christenheit auszuüben.

Da starb er 1197, und mit ihm stürzte das stolze Gebäude der kaiserlichen Weltherrschaft zusammen.

5. Es folgte ein Umschwung ohnegleichen: an die Stelle des Kaisertums trat das Papsttum, die päpstliche Weltherrschaft. Jetzt wurde das Kaisertum in der Tat päpstliches Lehen; Papst Innozenz III. (1198—1216) verfügte über die deutsche Krone. Durch die Speierer Urkunde (1209) wurden von Otto IV. und durch die Bulle zu Eger (1213) von Friedrich II. kaiserlich-königliche Rechte preisgegeben: das Spolienrecht und der Einfluß auf die Bischofswahl; es wurde die unbedingte Appellation an den Papst in allen Kirchensachen und die Souveränität des Papstes über den Kirchenstaat zugestanden. — Es handelte sich dabei wesentlich um eine durchaus weltliche Machtstellung des Papstes: Er war der Lehnsherr des Kaisers, hatte die Lehnshoheit über das Königreich beider Sizilien, über Arragonien, Portugal, Ungarn, über England und Frankreich. Ja, er durfte hoffen, auch das oströmische Reich und die griechische Kirche zur Anerkennung seiner Oberhoheit zu bringen.

Als später Kaiser Friedrich II. zu mächtig zu werden drohte, da haben die Päpste Gregor IX. und Innozenz IV. nicht geruht, bis sie das ganze herrliche Geschlecht der Hohenstaufen völlig vernichtet hatten.

Welches waren die Verbündeten und die Mittel, die zum Siege führten?

1. Jahrhundertelang traten aus dem mächtigen sächsisch-salisch-staufischen Geschlecht immer von neuem kraftvolle Herrschergestalten auf. Ganz von selbst verbündeten sich alle Widersacher ihrer absolutistischen und universalen Bestrebungen mit dem Papst:

das nach größerer Selbständigkeit trachtende deutsche Fürstentum;
die in ihrer nationalen Unabhängigkeit bedrohten Nachbarstaaten, Frankreich, England, Polen, Ungarn;
die oberitalischen Städte und das süditalische Normannenreich.

2. Bedenklicher war die Anwendung geistlicher Mittel zur Erlangung rein weltlicher Zwecke:
der Bann,
die Mobilmachung der Bettelorden,
die Betonung der gewaltigen Kluft zwischen Klerus und Laien, der hohen Bedeutung des Salböls und der Kaiserkrönung durch den Papst; auch durch den Zölibat wurde der Klerus noch entschiedener von allen Laien getrennt.

3. Die päpstliche Partei hat sich nicht gescheut,
wiederholt lange Bürgerkriege im Reiche zu entfachen, 1077 unter Heinrich IV., später zwischen Welfen und Staufen;
die Söhne Heinrichs IV. gegen den Vater aufzuwiegeln;
die Untertanen des Eides zu entbinden[1]).

Als Karl von Anjou das Königreich beider Sizilien erhielt, wurde das Land mit dem Interdikt bedroht, wenn der König ein halbes Jahr mit dem Lehnszins an den Papst rückständig bliebe.

Das Papsttum auf der Höhe seiner Macht.

Unbedingte, unbeschränkte Freiheit der Kirche forderte der Papst Bonifaz VIII. am Ende des 13. Jahrh. in seiner Bulle Ineffabilis; das Ziel schien erreicht zu sein.

1. Immer größer war die Kluft zwischen Klerus und Laien geworden. Nach schweren Kämpfen gelang es dem Klerus, jeden Einfluß der Laien, auch des Kaisers, zu beseitigen. Nicht nur für geistliche Dinge erlangte er eine eigene Gerichtsbarkeit, sondern setzte es auch vielfach durch, von aller weltlichen Gerichtsbarkeit „eximiert“ zu sein; dazu kam das Privilegium der Steuerfreiheit. Preisgegeben waren alle königlichen Rechte, besonders auf die Bischofswahlen; aus dem gewaltigen Reichsgut, welches den Bischöfen und dem Papst zur Nutznießung und Verwaltung übertragen war, hatten sich souveräne Kirchenstaaten entwickelt.

Die Verfassung der Kirche war eine monarchische geworden. Die ganze Geistlichkeit bildete eine genau abgestufte kirchliche Beamtenkaste, und an der Spitze dieser Hierarchie stand der Papst mit absoluter Gewalt. Die Selbständigkeit der Bischöfe, besonders der

[1]) Vgl. meine „Weltgeschichte der Revolutionen“.

Metropolitanbischöfe, war allmählich gebrochen; die Provinzialsynoden hatten keine Bedeutung mehr. Die Kirche war nicht mehr „die Gemeinde der Gläubigen", sondern

die Kirche war die Hierarchie,
die Kirche war der Papst.

Das stärkste Mittel für diese Zentralisation, für diesen Absolutismus waren die großen Mönchsorden, die in allen Ländern verbreitet und, von der bischöflichen Gewalt „eximiert", direkt vom Papste abhängig waren.

2. Aber die Hauptsache lag doch darin, daß diese Kirche sich für den einzig berechtigten Staat hielt, der seinen Ursprung auf Gott zurückführte: alle anderen Staaten hätten nur dann Geltung, wenn sie sich der Kirche unterordnen. Neben der Kirche gäbe es keine Selbständigkeit irgendeiner weltlichen Macht. Dieser Idee hat Papst Bonifaz VIII. 1302 in seiner Bulle Unam sanctam den klarsten Ausdruck gegeben:

„Die Kirche, die heilige, katholische, apostolische, welche der Glaube anzunehmen nötigt, ist ein Körper mit einem Haupt, nicht ein Mißgeschöpf (monstrum) mit zwei Häuptern. Dieses eine Haupt ist Christus und sein Stellvertreter, Petrus, und der Nachfolger des Petrus. Es gibt zwei Schwerter, das geistliche und das weltliche; beide Schwerter sind in der Gewalt der Kirche, das geistliche und das weltliche; dieses muß für die Kirche, jenes von der Kirche gehandhabt werden: das eine von der Priesterschaft, das andere von den Königen und Kriegern, aber nach dem Willen des Priesters und solange er es duldet. Es muß aber ein Schwert über dem anderen und die weltliche Autorität der geistlichen unterworfen sein ... Die göttliche Wahrheit bezeugt, daß die geistliche Gewalt die zeitliche einzusetzen und über sie zu urteilen hat, wenn sie nicht gut ist."

Um zu zeigen, daß er die höchste weltliche Gewalt habe, rief Bonifaz VIII. aus: „Ego sum Caesar, ego Imperator." Kaiser, Könige und Fürsten führten nur als seine mandatarii das Schwert. —

Der Kirche, dem Papst stand die Entscheidung zu über alle Dinge der Welt: Nach dem Tode Richards von Cornwallis (1272) befahl der Papst Gregor X. den deutschen Kurfürsten, die Königswahl vorzunehmen; widrigenfalls würde er selbst mit den Kardinälen dem Reiche einen Herrscher setzen. Nach der Wahl ward der Papst um die Bestätigung gebeten; auf dem Konzil zu Lyon (1274) bestätigte der Papst Rudolph von Habsburg, bewog Alfons von Kastilien zum Verzicht und erkannte die böhmische Kur an.

Als an die Stelle der Naturalwirtschaft mehr und mehr die Geldwirtschaft trat, da verbot die Kirche das Geldleihen. Als im 15. Jahrh. neue Länder, neue Erdteile entdeckt wurden, da beanspruchte die Kirche die alleinige Verfügung darüber, und Papst Alexander VI. verschenkte 1494 durch zwei Bullen „aus reiner Freigebigkeit" und

„kraft der Autorität des allmächtigen Gottes, ihm durch den heiligen Petrus übergeben", alle entdeckten oder noch zu entdeckenden Länder an Spanien und Portugal.

Ja, das theokratische Universalreich des Papstes kannte keine Grenzen.

Vor allem besaß die Kirche ein unbestrittenes Unterrichtsmonopol. Dies hatte sich ganz natürlich entwickelt, weil es sich zunächst nur um die Ausbildung künftiger Geistlichen handelte. Es entstanden Klosterschulen, Dom- und Stiftsschulen. Dazu kamen dann seit dem Anfang des 13. Jahrh. die zahlreichen Universitäten; sie waren ganz in den Händen der Geistlichkeit; die Kirche allein bestimmte, was wissenswert sei; sie war bestrebt, eine gleichförmige Bildung des Geistes und des Charakters zu erzwingen, jede individuelle Regung zu unterdrücken; auch kannte sie allenthalben nur die eine, die lateinische Sprache.

Die Kirche, die für sich Freiheit forderte, verlangte von der ganzen Welt unbedingten Gehorsam, Knechtschaft; ihre Freiheit schloß jede Selbstbestimmung sowohl der Einzelmenschen als auch der Staaten und Völker aus. Gerade unter dem mächtigsten Papst, Innozenz III., begannen die Ketzerkriege, und 1215 wurde die Inquisition, das Ketzergericht, eingerichtet. Der wahre Glaube wurde erzwungen; Irrglaube war ein Majestätsverbrechen.

Die Freiheit der Kirche war erreicht; nun hätte das goldene Zeitalter kommen müssen.

III.

Allmählich wachsendes Übergewicht des nationalen Staates über die universale Kirche.

A.

Der Umschwung.

Der Ausgang und die Wirkungen der Kreuzzüge (1096—1291) bedeuteten eine Niederlage des Papsttums. —

Es erhob sich gegen das Papsttum:

1. eine nationale Opposition in Italien und Sizilien, in Ungarn, England und Frankreich:
   - 1283 sizilianische Vesper.
   - 1269 die pragmatische Sanktion Ludwigs IX.
   - 1302/3 der Widerstand des französischen Königs Philipp IV. gegen den Papst Bonifaz VIII.
   - 1305—1377 das sogenannte babylonische Exil.
2. eine nationale Opposition der deutschen Fürsten:
   - 1338 Kurverein zu Rense.
   - 1356 die goldene Bulle.
3. eine Opposition innerhalb der Kirche gegen die zunehmende Verweltlichung:
   - Arnold von Brescia, 1154 als Ketzer verbrannt.
   - 1208—1229 Ketzerkreuzzug gegen die Waldenser.
   - 1323 der Armutsstreit der Franziskaner.
   - Auch die Universitäten empörten sich gegen die Kirche.
4. eine Opposition der Laienkultur gegen die Priesterkultur.

1.

Der Ausgang und die Wirkungen der Kreuzzüge.

Schon im 12. und 13. Jahrh. zeigten sich die Anfänge eines Umschwungs. Von besonderer Bedeutung waren die Kreuzzüge: sie waren die größte Tat, welche das Papsttum als weltbeherrschende Macht zustande gebracht hat, und doch haben sie am meisten dazu beigetragen, diese Weltherrschaft zu stürzen; sie trugen die Neuzeit im Schoße.

Das äußere Endergebnis der Kreuzzüge war eine Niederlage des Papstes, ein Sieg des Islam. Aber wichtiger waren doch die anderen Wirkungen: Bei diesen großen Unternehmungen hatte sich der geographische und geistige Horizont der Völker erweitert; zugleich wirkte das Meer stählend und befreiend. Die realen Interessen der Welt gelangten wieder zu ihrem Recht; es entwickelte sich ein lebhafter Handel und Verkehr; in Italien und Deutschland erhoben sich die Städte zu hoher Blüte.

Die Völker wurden sich ihrer nationalen Eigenart bewußt. Beides

zusammen, der auf das Weltliche gerichtete Sinn und das Nationalgefühl, ließ in Deutschland und Frankreich eine weltlich-nationale Literatur entstehen (Troubadours, Minnesänger, Walther von der Vogelweide). Dabei lernte man auch den Andersgläubigen achten; als etwas ganz Neues tritt uns eine bis dahin völlig unbekannte Toleranz entgegen. Damals entstand die schöne Geschichte von den drei Ringen, welche Lessing in seinem Nathan wiedergegeben hat.

Zugleich erwachte der Geist der Kritik, und gerade in der Zeit der Kreuzzüge erhob die Ketzerei immer kühner ihr Haupt:

Arnold von Brescia, der 1154 als Ketzer verbrannt wurde, und die Waldenser, gegen welche 1208—1229 der Ketzerkreuzzug geführt wurde, kämpften gegen die zunehmende Verweltlichung der Kirche.

Zwar gelang es der Kirche im 13. Jahrh., sowohl über die weltlich-nationale Bildung des Rittertums, wie über die Ketzer zu siegen; aber der Stein war ins Rollen gekommen und gelangte nicht mehr zur Ruhe.

2.

Die nationale Opposition.

Jahrhundertelang war das Ziel dasselbe geblieben: die Aufrichtung eines theokratischen Universalreiches. Aber als Oberhaupt war an die Stelle des Kaisers der Papst getreten; im Papste lebte jetzt die römische Imperiumsidee weiter; er war der Cäsar, der Imperator.

Und nun erhoben sich dieselben Mächte gegen das Papsttum, die bisher den kaiserlichen Universalismus bekämpft hatten:

1. In Sizilien, in Ungarn, in England lehnte sich das erstarkende Nationalgefühl gegen die päpstlichen Weltherrschaftsansprüche auf.

Besonders lehrreich ist das **Verhalten der französischen Könige:**

Schon der glaubenseifrige Ludwig IX. der Heilige stellte auf dem Wege der Gesetzgebung das Selbstbestimmungsrecht des Staates gegen kirchliche Eingriffe sicher. Durch die pragmatische Sanktion von 1269 legte er den Grund zu einer nationalen Kirche, die auf dem Boden des Katholizismus stand, aber nicht unbedingt vom Papste abhing. Von nationalen Gesichtspunkten ausgehend, regelte er die Besetzung der geistlichen Stellen und machte die Befriedigung der finanziellen Ansprüche Roms für jeden einzelnen Fall von der Erlaubnis des Königs abhängig. Er nötigte den Papst, diese Bestimmungen förmlich anzuerkennen.

Zu einem außerordentlich folgenschweren Konflikt zwischen dem nationalen Staat und der Kurie kam es unter dem französischen König Philipp IV. dem Schönen. Der Papst bestritt dem Könige das

Recht, ohne päpstliche Genehmigung die Geistlichkeit seines Reiches zu einer Steuer heranzuziehen; er berief 1302 ein allgemeines Konzil und forderte den König auf, persönlich zu erscheinen oder Anwälte zu schicken. Da tat Philipp IV. den entscheidenden Schritt, daß er den Streit an die Nation brachte und die Sache des Königtums zu einer Sache des ganzen französischen Volkes machte; er berief die Reichsstände, und die französische Geistlichkeit richtete ein Schreiben an den Papst. Als Bonifaz VIII. mit der Bulle Unam Sanctam antwortete und 1303 Bann und Absetzung gegen Philipp IV. aussprach, da ließ dieser ihn zu Anagni gefangennehmen. Der Papst wurde zwar bald befreit, starb aber noch in demselben Jahre.

Es folgte die Zeit der völligen Abhängigkeit des Papsttums von den französischen Königen, der sogenannten babylonischen Gefangenschaft (1305—1377). Die Päpste blieben in Frankreich, residierten seit 1309 zu Avignon; die Mehrzahl der Kardinäle bestand aus Franzosen. Den anderen Staaten gegenüber hielten die Päpste an ihren weitgehenden Ansprüchen fest; aber in Frankreich waren sie nur Hofbischöfe der Könige. Von Philipp IV. gedrängt, hat der Papst Clemens V. 1312 den Tempelorden aufgehoben.

2. In Deutschland übernahmen die Fürsten die nationalen Aufgaben. Abermals war zwischen Kaiser und Papst, zwischen Ludwig von Bayern (1314—1347) und Johann XXII., der alte Streit entbrannt. Da lehnten sich 1338 die deutschen Fürsten in dem Kurverein zu Rense gegen die päpstlichen Ansprüche auf; sie bestritten dem Papst das Recht irgendeiner Einwirkung auf die deutsche Königswahl und das Recht der Bestätigung. 1356 ist durch die goldene Bulle die Königswahl und die Stellung der Kurfürsten noch genauer bestimmt worden.

Seitdem verwandelte sich das Verhältnis Deutschlands zur Kurie ins gerade Gegenteil:

früher waren die Kaiser die Gegner, die Fürsten die Verbündeten der Päpste gewesen;

in der Folgezeit hielten es die Kaiser meist mit den Päpsten, während die deutschen Fürsten die nationalen Rechte gegen die Übergriffe der Kurie wahrten.

3. Es ist interessant, daß die freidenkende Geistlichkeit aller Länder Ludwig dem Bayer ihre Hilfe gegen den Papst anbot:

der große Pariser Universitätslehrer Wilhelm von Occam;

Marsilius von Padua, der in seiner Schrift defensor pacis die Selbständigkeit des Staates gegenüber der Kirche begründete;

am wunderbarsten aber erscheint uns die Auflehnung des mächtigen Franziskanerordens gegen den Papst. 1323 erklärte der

Papst Johann XXII. die Lehre der Franziskaner von der Armut Christi und der Apostel für ketzerisch. Eine ungeheure Aufregung folgte; der Ordensgeneral protestierte; es wurde sogar in Rom ein Franziskaner zum Gegenpapst gewählt. Anderseits wurden über 100 Franziskaner von der Inquisition verbrannt.

Dieser Streit hat noch lange Nachwirkungen gehabt.

B.

Reformbestrebungen des 14. und 15. Jahrhunderts, Renaissance und Humanismus.

1305—1377 das „babylonische Exil".
  1384 stirbt der englische Reformator Wicliff.
1378—1417 das Schisma.
  1409 das Konzil zu Pisa.
1414—1418 das Konzil zu Konstanz:
  1415 Hus wird verbrannt.
  1417 Beseitigung des Schismas.
1419—1434 Hussitenkriege.
1431—1449 Konzil zu Basel:
  1434 die Prager Kompaktaten,
  1448 das Wiener Konkordat.

Überall wurde Sturm gelaufen gegen den absoluten päpstlichen Universalismus; überall regte sich die Opposition des Nationalismus und Individualismus.

1.

Die Konzilien des 15. Jahrhunderts.

Durch das babylonische Exil, da das Papsttum im Dienste der französischen Könige stand, und durch das Schisma, da mehrere Päpste sich gegenseitig verfluchten und in den Bann taten, war eine unglaubliche Verwirrung der Gemüter eingetreten, bis in die untersten Schichten des Volkes. Damit verband sich der immer lauter werdende Ruf nach einer Reform an Haupt und Gliedern. Man dachte dabei an die Verweltlichung und Sittenlosigkeit des Klerus; die tiefgehendste Erbitterung war durch den finanziellen Druck des päpstlichen Kirchenregiments, durch die Gelderpressungen der Kurie hervorgerufen (Konfirmationsgelder, Kauf des Palliums, Annaten, fructus medii temporis, Spolienrecht, die Einnahmen aus den Reservationen, Kommenden, Exspektanzen, Unionen, Inkorporationen, Dispensen, die Taxen der päpstlichen Pönitentiaria).[1])

[1]) Rom wurde wieder, wie zur römischen Kaiserzeit, die Weltdrohnenstadt. Vgl. meine „Angewandte Rassenkunde".

Auf den großen Konzilien des 15. Jahrh., zu Pisa, Konstanz und Basel, erhoffte man die Beseitigung aller Mißstände von einer Einschränkung der päpstlichen Allgewalt, von einer Rückkehr zum Episkopalismus. Es wurden einschneidende Beschlüsse gefaßt:

> Das Konzil zu Konstanz erklärte 1415 seine Gewalt unmittelbar von Gott zu haben und in bezug auf die Besserung der Kirche an Haupt und Gliedern dem Papste übergeordnet zu sein;
>
> das Konzil zu Basel entzog der Kurie die Besetzung der Bistümer und Abteien; es ging gegen den Mißbrauch vor, der mit Bann und Interdikt getrieben war; es untersagte dem Papste die Erhebung von Annaten, Palliengeldern und anderen Abgaben.

Und das Ergebnis der Konzilien? Das Konzil zu Konstanz hat nur das Schisma 1417 beseitigt; wie wenig man an eine Reform der kirchlichen Lehre dachte, zeigte die Verbrennung des Hus. — Das Konzil zu Basel wurde zweimal vom Papste aufgelöst. Aber es ließ sich nicht auflösen. Der Papst berief ein Gegenkonzil; das Konzil wählte einen Gegenpapst. Jahrelang tobte der erbittertste Kampf. Aber das Ende war, daß das Konzil zu Basel sich 1449 unterwarf und daß die Reformbestrebungen begraben wurden. Schon wenige Jahre später konnte Papst Pius II. es wagen, den Grundsatz, daß die Konzilien über den Päpsten ständen, für ketzerisch zu erklären.

Und doch war der Sieg des Papsttums kein vollkommener. Gerade im 15. Jahrh. erstarkten die aufwärts strebenden Staaten Frankreich, England, Spanien[1]), und an ihrer Spitze standen kräftige nationale Könige, die nach absoluter Macht strebten. Ihnen gelang es, die päpstlichen Ansprüche zurückzuweisen.

In Spanien ging der König Ferdinand der Katholische die engste Verbindung ein mit der Kirche, machte sich zum Großmeister der geistlichen Ritterorden, erneuerte die Inquisition; aber er selber war allmächtiger Herr dieser Kirche (Konkordat von 1482). In Frankreich schloß ein Reichsgesetz alle Fremden von den Pfründen aus, sicherte die Bischofswahlen gegen Rom, erschwerte die finanzielle Ausbeutung durch die Kurie und machte der Beschränkung der bischöflichen Gerichtsbarkeit durch päpstliche Eingriffe ein Ende. Ähnlich war es zu Beginn des 16. Jahrh. in England. — Die böhmischen Hussiten hatten die freie Predigt in der Landessprache durchgesetzt; auch sollten die Geistlichen unter weltlicher Gerichtsbarkeit stehen.

Ja, in Italien selbst regte sich überall der nationale Selbständigkeitsdrang, und es ist sehr bezeichnend, daß die damaligen Päpste sich

[1]) Vgl. S. 309.

in erster Linie als italienische Fürsten fühlten. Es folgte die Zeit, wo wir vom Nepotismus der Päpste hören; wo die Sittenlosigkeit an der Kurie unter Alexander VI. den höchsten Grad erreichte; wo andere Päpste über den humanistischen Bestrebungen ihre kirchlichen Aufgaben vergaßen; wo wieder andere durch ihre Kriegslust sich auszeichneten.

Nur für das zerrissene Deutschland setzten diese italienischen Papstfürsten ihre universalen Ansprüche wieder durch; alle alten Mißbräuche, besonders die finanzielle Ausbeutung, kehrten zurück. Schuld daran war der Kaiser Friedrich III., der sich ganz von Enea Silvio, dem späteren Papst Pius II., leiten ließ; er schloß 1448 mit der Kurie das unglückselige Wiener Konkordat ab.

2.

Renaissance und Humanismus.

Die sogenannte Renaissance des 14.—16. Jahrh. ist eine germanische Tat, auch in Italien; sie ist nicht nur die Wiedergeburt, die Wiederentdeckung des griechischen und römischen Altertums, sondern viel mehr noch die Wiedergeburt des freien Menschen. Man verlangte Freiheit für die Staaten und Völker, Freiheit für die Einzelmenschen in ihrem Arbeiten und Schaffen, Forschen und Denken. Man kehrte zurück zu der antiken Lebens- und Weltanschauung, die in direktem Widerspruch zu der streng kirchlichen Weltanschauung des Mittelalters stand:

1. Die Renaissance wollte von dem theokratischen Universalstaat nichts wissen; vielmehr erneuerte sie den antiken Staatsbegriff, die Idee von der Allgewalt des rein weltlichen Staates. Und dies hat Jahrhunderte nachgewirkt; wir werden sehen, wie das Verhältnis zwischen Staat und Kirche fortan sich immer mehr zugunsten des Staates ändert.

2. Und wie der Staat gelöst wurde von den Fesseln der Kirche, so auch der einzelne Mensch: das Laientum machte sich frei von der Bevormundung des Klerus, wobei der dritte Stand, das Bürgertum der Städte, als der Träger des Fortschritts erscheint. An die Stelle der gleichförmigen Bildung durch die Kirche setzte man die Pflege der individuellen Anlagen; man verwarf den blinden Autoritätsglauben und verlangte Geistesfreiheit, Freiheit der wissenschaftlichen Forschung. Man setzte sich in strengsten Gegensatz zu der Scholastik, wo der Wissenschaft streng und unabänderlich vorgezeichnet war, was bei ihrer Arbeit herauskommen sollte; man übte Kritik.

3. Und das Ziel dieser geistigen Bewegung war nicht Weltflucht, sondern Freude an der Welt, Freude an der Natur und an den

Werken der Kunst, Freude an dem geselligen Leben, wobei die Frau ebenbürtig neben den Mann trat. —

Renaissance und Humanismus haben an dem völligen Umschwung aller Verhältnisse ganz wesentlich mitgewirkt: der ganze Bau der mittelalterlichen Kirche stürzte zusammen; dahin sanken die Ideen der Weltbeherrschung und der Weltflucht, die Schenkungsurkunde Konstantins, die Heiligkeit der Vulgata, die Heiligenverehrung, der Autoritätsglaube, die Vorzüge des Klerus und des Mönchtums. Und doch krankte diese gewaltige Geistesströmung an einer großen inneren Unwahrhaftigkeit: Die neue Bildung, welche bis in die höchsten Kreise des Klerus eindrang, stand zwar im schroffsten Gegensatz zu der offiziellen Kirche; aber man dachte keineswegs an eine Änderung der Kirche oder gar an einen Bruch mit derselben. Man nahm für sich selbst das größte Maß von Freiheit in Anspruch, ließ aber offiziell für die Masse des Volkes die Gebundenheit und Geisteskuechtschaft des Mittelalters bestehen. Im kleinen Kreise der gelehrten Freunde kritisierte, lachte und spottete man über die Gebräuche und Dogmen der Kirche; aber für das Volk sollte alles beim alten bleiben. Genau so, wie im ersten Jahrhundert vor Christus, wo Varro zwei Religionen unterschied: eine Religion der Gebildeten, das war die Philosophie; eine Religion der Ungebildeten, die in zahlreichen äußeren Zeremonien, abergläubischen Vorstellungen und Gebräuchen bestand. Eine solche Bewegung konnte nicht zur Befreiung vom Romanismus führen.

3.

Die Vorreformatoren.

Die dritte Bewegung erstrebte eine Reform der Lehre, versuchte an der Hand der Heiligen Schrift einen Aufbau der Kirche im Sinne des Urchristentums.

Mit dem Engländer Wiclif († 1384) beginnt erst die Geschichte des Protestantismus. „Bei ihm finden wir den systematischen Angriff auf den Bau der römischen Kirche, verbunden mit dem Entwurf einer kirchlichen Neugründung, deren Umrisse sich vor seinem prophetischen Blick bereits aus den Trümmern des unvermeidlichen Einsturzes emporheben. Die Kirche verwandelt sich ihm in die Gemeinschaft der Erwählten, der zur Seligkeit Prädestinierten, unter denen es keinen Unterschied zwischen Priestern und Laien mehr gibt."

Auf den Schultern Wiclifs steht Hus. Bei der Husitenbewegung mischten sich in eigentümlicher Weise religiöse, nationale und soziale Forderungen. Hus ist 1415 zu Konstanz verbrannt worden, als er sich auf die Heilige Schrift berief und von dem Konzil an Christus selbst appellierte. Es folgten die entsetzlichen Hussitenkriege 1419—1434,

die damit endigten, daß das Konzil zu Basel der milderen Richtung der Kalixtiner in den sogenannten Prager Kompaktaten das Abendmahl in beiderlei Gestalt und die Predigt in der Landessprache gestattete, worauf die Taboriten 1434 vernichtet wurden. —

Wir dürfen nicht vergessen, daß bei Wiclif und Hus die nationale Opposition wesentlich mitwirkte: Wiclif hat den Kampf gegen das Papsttum als englischer Patriot begonnen; Hus fühlte sich als Anwalt der Tschechen gegen römische und deutsche Bedrückung.

Zwar wurden die Lehren Wiclifs in England, die Lehren des Hus in Böhmen blutig unterdrückt; aber im stillen wirkten diese Anschauungen doch weiter.

Zusatz.

Jahrhundertelang war gegen Rom protestiert worden. Es protestierten Kaiser, Könige und Fürsten gegen die Weltherrschafts- und Oberhoheitsansprüche der Päpste; es protestierten Erzbischöfe und Bischöfe gegen den päpstlichen Absolutismus; es protestierten fromme Christen gegen die Veräußerlichung und Verwelschung der Kirche; es protestierten die Massen gegen die Ausbeutung durch den Klerus; es protestierte das Nationalbewußtsein gegen die Verwelschung des Volkes; es protestierte die Laienkultur gegen die Priesterkultur, gegen die Fesselung der wissenschaftlichen Forschung. Aber für all diese Bewegungen gilt, was Kraus von Dante sagt: „Dante hat nicht nach Art der Häresie eine Reform gegen die Kirche, sondern durch die Kirche ins Auge gefaßt und erhofft"; mit Recht fügt Chamberlain hinzu: „Eben deshalb hat er nichts erreicht."

Erst Luther tat den entscheidenden Schritt: Los von Rom!

Rückblick.

Zwei entgegengesetzte Werturteile über das Mittelalter.

Wir sprachen von zweierlei Deutschen, den Armindeutschen und den Flavusdeutschen. Seit 2000 Jahren lehnen die einen Rom ab, während die anderen umgekehrt alles Heil von einer engen Anlehnung an Rom erwarten. Der Gegensatz besteht heute in größter Schärfe und zeigt sich in der verschiedenen Beurteilung des Mittelalters. Es handelt sich dabei um die allerwichtigsten Gegenwartsfragen.

1. Zweierlei Deutsche! Den einen erscheint die Entwicklung des 8. Jahrhunderts, besonders die Kaiserkrönung Karls des Großen und die Aufrichtung des irdischen Weltgottesstaates, mit der Zweiteilung der obersten Gewalt in eine weltliche und geistliche (duplex potestas), als der Höhe- und Angelpunkt unserer ganzen Geschichte; sie behaupten, nur die Rückkehr „zu dem Gedanken des innigen Bundes der zwei Autoritäten, der geistlichen und weltlichen, und demgemäß (!) der Weihe der zweiten durch die erste" könne uns aus allem Elend erretten.

Die anderen nennen die Missionsarbeit des Bonifatius, die revolutionäre, friedenstörende Verbindung der fränkischen Herrscher mit den römischen Päpsten den großen Sündenfall unserer Geschichte. Sie sagen: damals wurde dem deutschen Volk nicht die Religion Jesu gebracht, sondern ein römisches Judenchristentum:

Nach einem Ausspruch des berühmten Propstes Döllinger „wurde der Stuhl Mosis zum Stuhl Petri und nach Rom gerückt", und der Kirchenhistoriker Hase fügt hinzu: „Was ist denn das katholische Priestertum anders geworden als, unter christlicher Maske, die Wiederherstellung des alttestamentlichen Priestertums?"

Pippin und Karl der Große handelten nicht in der Nachfolge Jesu, sondern des römischen Kaisers Augustus, als sie sich durch die Päpste verleiten ließen, Zielen nachzujagen, die Jesus entschieden als Lockungen des Satans zurückgewiesen hatte: „Weiche von mir, Satanas!“ Das „Christentum“, das damals dem deutschen Volke mit Gewalt aufgezwungen wurde, war etwas Fremdes und brachte die römische Kulturfremdherrschaft; es hat Jahrhunderte lang die Entfaltung der deutschen Eigenart gehemmt.

2. Zweierlei Deutsche! Bis heute ist der wissenschaftliche Streit noch nicht beendet, der 1860 zwischen den Geschichtsforschern Ficker und von Sybel begann. Es handelte sich um die Frage, ob die Verbindung des deutschen Königtums mit dem römischen Kaisertum, die von 962—1806 bestand, unserem Volkstum Segen oder Fluch gebracht habe. Gegenüber Ficker kam Sybel zu dem Ergebnis, daß dieses römischdeutsche Kaisertum, welches die Tendenz einer theokratischen Weltherrschaft verfolgte, die deutschen, nationalen Interessen stets geschädigt habe. Indem unsere Kaiserkönige sich immer wieder in die unsauberen italienisch-römisch-päpstlichen Angelegenheiten verwickeln ließen, vernachlässigten sie die Aufgaben, die sie dem eigenen Volke schuldig waren.

Von den Flavusdeutschen wurde uns seit 1918 mit tausend lockenden Zungen und mit tausend schreibgewandten Federn das heilige römische Reich deutscher Nation als das Ideal gepriesen, zu dem wir zurückkehren müßten. Wer hat recht? die Anhänger Fickers oder Sybels? Darauf kann nur die ungefälschte Geschichte die Antwort geben, und sie beweist, daß all unser Elend vom 13. bis 19. Jahrhundert aus der Verbindung des deutschen Königtums mit dem römischen Kaisertum erwachsen ist.

> Der Kirchenhistoriker v. Schubert schreibt: „Es ist die tiefe Tragik unseres deutschen Königtums gewesen, daß gerade die Ausübung seines christlichen Herrscherberufs es dahin führte, den Gegner (das Papsttum) zu wecken, mit Würden zu erfüllen, ihm überall zu helfen, bis — er so stark war, daß er dem großen Helfer ans Leben gehen konnte.“

C.

Das Zeitalter der Reformation.

(1517—1555.)

Luther 1483—1546.

1517 31. Oktober: Luther schlägt die 95 Thesen an die Schloßkirche zu Wittenberg.
1518 Reichstag zu Augsburg; Luther verweigert den Widerruf.
1519 Disputation zu Leipzig: weder Papst noch Konzilien seien unfehlbar, sondern allein die Heilige Schrift.
1520 Luther verbrennt die Bannbulle und das kirchliche Rechtsbuch.
1521 Reichstag zu Worms.

Ausbreitung der Reformation.

Ungünstige Zeiten.	Günstige Zeiten.
I. Periode.	
1521 das strenge Wormser Edikt.	**1521—1529** bleibt die kirchliche Bewegung fast ungestört: das Kurfürstentum Sachsen, Hessen, viele Reichsstädte führen die Reformation ein. 1525 wird das Ordensland Preußen säkularisiert. 1526 erster Reichstag zu Speier.
II. Periode.	
1529 zweiter Reichstag zu Speier. 1530 Reichstag zu Augsburg. 1531 Schmalkaldischer Bund.	1532 Nürnberger Religionsfriede. Die Reformation breitet sich über Württemberg (1534), Pommern (1536), Herzogtum Sachsen (1539), Kurfürstentum Brandenburg (1539), Kurpfalz aus.
III. Periode.	
1546/7 Schmalkaldischer Krieg. 1547 Schlacht bei Mühlberg. 1548 Augsburger Interim.	1552 Passauer Vertrag. 1555 Augsburger Religionsfriede.

Revolutionäre Bestrebungen jener Zeit.

1521/2 die Bilderstürmer und Schwarmgeister in Wittenberg.
1522/3 die Erhebung Sickingens.
1524/5 der große Bauernkrieg.
1534/5 die Wiedertäufer in Münster.

Karls V. zahlreiche Kriege und Konflikte.

1. mit den Päpsten:
   1527 Erstürmung Roms durch kaiserliche Truppen;
   nach 1546 neue Konflikte.
2. auswärtige Kriege:
   1521—1544 vier Kriege mit Franz I. von Frankreich.
   Kriege gegen Soliman den Prächtigen, Sultan der Türkei: 1529 stehen die Türken vor Wien.
   1535 Feldzug Karls V. nach Tunis,
   1541 Feldzug nach Algier.
3. 1552—1555 Konflikt mit den deutschen Fürsten.

Was bedeutet uns Luthers Reformation?

Die Reformation war das letzte, wichtigste Glied der gegen die mittelalterliche Kirche gerichteten Freiheitsbewegung, die, wie wir sahen, mit dem Ende der Kreuzzüge begann. Erst Luther sprengte die römischen Fesseln:

1. Nicht politische oder nationale oder soziale Kämpfe haben Luther auf den Plan gerufen, sondern er dachte viele Jahre lang nur an sein Seelenheil. Während er in der stillen Klosterzelle zu Erfurt um die Wahrheit rang, wurde von ihm die reine Religion Jesu wieder entdeckt: als eine Religion der Freiheit, die nur an Gott gebunden ist und nur eine Autorität kennt, Jesum Christum. Er gelangte zu der Erkenntnis: Weder durch die Werke, wie sie die Kirche empfiehlt, noch durch das Wissen des Humanismus können wir die Seligkeit erlangen, sondern allein durch den Glauben an die Gnade Gottes.

Mag immerhin, wie behauptet wird, vieles oder gar das Meiste von dem, was Luther über Religion und Kirche gesagt bzw. geschrieben hat, schon vorher von anderen geschrieben oder gesagt sein: so kommt

es doch darauf nicht an. Das Wesentliche ist, daß Luther den entscheidenden Schritt tat, den niemand vor ihm gewagt hatte. Der Widerspruch, den seine Thesen 1517 bei den Römlingen fand, öffnete ihm die Augen und führte ihn von Erkenntnis zu Erkenntnis. In der Disputation zu Leipzig (1519) bestritt er den göttlichen Ursprung des Papsttums und die Unfehlbarkeit der Konzilien. Er erklärte das in der Heiligen Schrift verkündete Gotteswort für die einzige Quelle des Christentums; alles, was damit im Widerspruch stehe, müsse fallen. 1520 verwarf er den Unterschied zwischen Klerus und Laien und verkündete das allgemeine Priestertum; es gäbe, so sagte er, nur einen Mittler zwischen Gott und Mensch: Jesum Christum. Jeder einzelne Mensch habe das Recht und die Pflicht, in der Bibel zu forschen.

Und dann der 5. Dezember 1520! Luther sagt sich öffentlich von Rom los und beginnt die Kirche neu aufzubauen. Er unterscheidet einen doppelten Kirchenbegriff: die sichtbare Kirchenorganisation, vor allem die römische Papstkirche ist Menschenwerk; die unsichtbare Kirche bedeutet die Gemeinschaft aller derer, die das richtige Verhältnis zu Gott gefunden haben, und wer dazu gehört, entzieht sich der menschlichen Erkenntnis[1]).

2. Zwölf Jahre lang (1505—1517) hatte Luther als Mönch, Priester und Universitätslehrer ein zurückgezogenes Leben geführt. Da geriet er 1517 zu seiner eigenen Überraschung an die Spitze einer großen Volksbewegung. Ganz von selbst wurde mit der Religion Jesu zugleich auch das deutsche Volkstum aus den römischen Fesseln befreit. Mit einem Schlage verschwand die welsche Umklammerung, in der das Deutschtum erstickt zu werden drohte. Wie im August 1914, so erlebte damals das deutsche Volk einen plötzlichen Umschwung: „Weggeblasen, weggefegt alle Hemmungen!"

Immer mehr erkannte Luther seine enge Verbundenheit mit dem deutschen Volkstum: „Für meine Deutschen bin ich geboren; ihnen will ich dienen." So kam es, daß durch die Wiedergeburt der Religion Jesu nicht einfach die Uhr der Weltgeschichte um 1500 Jahre zurückgestellt wurde; vielmehr begann eine neue, eigenartige Entwicklung. Seitdem gehören Christsein und Deutschsein so eng zusammen, daß das eine das andere stützt und fördert. Jetzt erst wurde die Bahn frei für die Entfaltung der deutschen Eigenart, der deutschen Erbanlagen; für eine deutsche Kultur. — Und wie viel hat Luther selbst für das Gedeihen dieser deutschen Kultur getan! Wir denken an seine Kirchenlieder und Katechismen, vor allem an seine Bibelübersetzung. Da-

[1]) Bis heute liegt hierin ein wesentlicher Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten: die Katholiken halten ihre äußerliche Papstkirche für eine Stiftung Jesu und göttliche Institution, außer der es kein Heil gebe (extra ecclesiam nulla salus).

durch wurde Luther der Schöpfer einer gemeinsamen deutschen Schriftsprache, die ein starkes Band um die zersplitterten Teile schlang.

3. Und damit verband sich eine neue Welt-, Lebens- und Staatsauffassung. Keine Weltflucht, sondern ein frohes, tätiges, schaffensfreudiges Wirken in der Welt! Keine Flucht vor dem Weibe, sondern Wiederherstellung des reinen Ehe- und Familienlebens unserer „heidnischen" Vorfahren! Im Mittelalter trugen unter dem Einfluß der römischen Kirche Welt, Beruf, Ehe den Stempel des Unreinen; sie hatte schließlich den weltlichen Staat für ein Werk des Teufels bezeichnet. Luther dagegen lehrte, daß Welt und irdischer Beruf, Ehe und Staat Gottes Schöpfungen sind, d. h. Gottes Gaben und Aufgaben, das Übungsfeld, auf dem wir uns als Gottes Kinder betätigen sollen. Es begann eine ganz neue Entwicklung, die uns nicht nur eine romfreie Kirche, sondern auch eine romfreie Kultur und den romfreien Staat der Hohenzollern brachte. Am 5. Dezember 1520 hat Luther, zusammen mit der Bannbulle, auch das corpus iuris canonici (das kirchliche Rechtsbuch) ins Feuer geworfen und sich damit von der römischen Staats- und Rechtsauffassung losgesagt; das war die größte politische Tat unserer ganzen Geschichte, ausgehend von einem ganz unpolitischen Manne. Sie bedeutete die Verwerfung des politischen Katholizismus, d. h. dessen, was man heute die katholische Staatsidee nennt. An die Stelle trat Luthers reformatorischer Staatsgedanke, wonach der weltliche Staat kein Menschenwerk ist, hinter dem der Teufel steht, wenn er sich nicht von der Kirche leiten läßt, sondern eine unmittelbare Gottesschöpfung. Durch Luther ist eine Harmonie zwischen Volk, Staat, Kirche ermöglicht. Zu unserem Schaden hat man das später vergessen.

Die Wechselwirkung zwischen kirchlichen und weltlichen Interessen.

Soziale und politische Interessen haben in hohem Grade den Gang der Reformation beeinflußt:

1. Zahlreiche radikale und revolutionäre Bestrebungen fallen in jene Zeit:

die Unternehmung der Reichsritter;
der evangelische Radikalismus der Bilderstürmer, der Propheten, der Wiedertäufer, der Kommunisten;
die Bauernkriege.

Einig waren sich alle im Haß gegen Rom und gegen den Klerus. Da ist es nun von besonderer Wichtigkeit, daß Luther sein Werk von allen gewaltsamen Umsturz-Bestrebungen schied, daß seine Reformarbeit allmählich einen konservativen Charakter annahm. Das war gewiß etwas außerordentlich Großes; zugleich aber wurde es

die Ursache für eine beklagenswerte Reaktion, die schon zu Luthers Lebzeiten begann, und für manche politische Versäumnisse.

2. Weit größere Bedeutung für den Gang der Reformation hatten die Weltherrschaftspläne des Kaisers Karl V. Weil er über weite Länder gebot, Deutschland, Spanien, die Niederlande, den größten Teil von Italien: so lebte in seinem Kopf die alte, längst überwundene Idee wieder auf von einer einheitlich geleiteten Christenheit, dem Gottesstaat, einer theokratischen Universalmonarchie. Er betrachtete sich als den Schirmherrn der abendländischen Christenheit; das Kaisertum des heiligen römischen Reichs sollte nicht bloß Phrase sein, sondern in seiner vollen Bedeutung erneuert werden.

Diese Bestrebungen haben hemmend und fördernd eingewirkt auf den Gang der Reformation:

hemmend, weil Kaiser Karl V. für das nationale Empfinden, für die nationalen Wünsche der Deutschen gar kein Verständnis hatte;

fördernd, weil seine Weltherrschaftspläne ihm soviele Feinde schufen, soviele Konflikte bereiteten, daß er immer von neuem gehindert wurde, die Ketzerei auszurotten. Der Haß gegen die ungeheure Begehrlichkeit der Habsburger war der stärkste Bundesgenosse der Evangelischen. Die Opposition war nicht immer die gleiche; bald diese, bald jene feindlichen Mächte erhoben sich gegen den Kaiser. Zur Ruhe kam er nie; selbst die Päpste dieser Zeit standen fast immer in offenem oder verstecktem Gegensatz zum Kaiser:

α) Bei der Kurie begegnete der Kaiser, der sich als Schirmvogt der abendländischen Kirche fühlte und von der Notwendigkeit einer Reform durchdrungen war, dem größten Mißtrauen. Die Päpste der damaligen Zeit waren in erster Linie italienische Fürsten; zudem hüteten sie ängstlich die einträglichen Rechte, welche sie in der Kirche besaßen; bei einer Reform konnten sie nur verlieren. Jahrzehntelang wichen sie der Berufung eines Konzils geflissentlich aus.

β) Von größter Bedeutung war für die Geschichte der Reformation und Gegenreformation der jahrhundertelange Gegensatz zwischen den Häusern Habsburg und Valois-Bourbon[1]). Vier Kriege hat Karl V. gegen den französischen König Franz I. geführt. Wiederholt traten England, Venedig und der Papst auf die Seite Frankreichs.

γ) Und das Streben nach unbegrenztem Absolutismus rief in Deutschland eine Opposition der Fürsten hervor, welcher der Kaiser erlag. Nach der Schlacht bei Mühlberg 1547 stand Karl V. auf

[1]) Vgl. S. 108 f., 127 ff.

der Höhe seiner Macht. Da trieb ihn seine Begehrlichkeit zu zwei verhängnisvollen Schritten: einerseits verletzte er seinen eigenen Bruder Ferdinand, indem er entgegen früheren Bestimmungen das Reich und die Kaiserkrone dauernd mit Spanien verknüpfen wollte; anderseits strebte er darnach, auch in Deutschland ein wirklich monarchisches Regiment aufzurichten, wie er es in Spanien und den Niederlanden hatte. Aber als seit 1547 seine Absicht, die „fürstliche Libertät" zu unterdrücken, immer offener hervortrat; als dazu die Aussicht auf die verhaßte spanische Sukzession sich eröffnete; als die Spanier schon jetzt sich wie die Herren in Deutschland benahmen: da fühlten wieder evangelische wie katholische Fürsten ihre Interessengemeinschaft. Zuerst wurde dem Kaiser ein zäher passiver Widerstand entgegengesetzt, bis Moritz von Sachsen eine Fürstenverschwörung zustande brachte und 1552 das ganze stolze Gebäude Karls V. zertrümmerte.

3. Dies führt uns von selbst auf die Stellung der Fürsten zur Reformation. Schon lange waren die deutschen Fürsten die Träger der nationalen Erbitterung gegen Rom gewesen. Mit Naturnotwendigkeit führten nun die historisch wirkenden Mächte der Zeit zu einer immer engeren Verbindung zwischen der Reformbewegung und der Sache der „fürstlichen Libertät".

Die Macht der Fürsten ist durch die Reformation außerordentlich gewachsen. Sie standen an der Spitze der entstehenden Landeskirchen, und in den protestantischen Territorialstaaten fiel die Neben- und Mitregierung des mächtigen Klerus weg. Ferner ging mit den eingezogenen Kirchengütern ein großer Teil der gemeinnützigen Aufgaben, namentlich des Unterrichts, auf den Staat über.

Der Sieg des Fürstentums über Karl V. hat den Protestantismus aus schwerster Bedrängnis gerettet. Die Gemeinsamkeit der weltlichen Interessen führte alsdann 1552 in Passau zur ausdrücklichen Anerkennung des Protestantismus, zur Parität der Protestanten mit den Katholiken.

Es folgte der Augsburger Religionsfrieden 1555. Mögen seine Bestimmungen dem heute lebenden Geschlecht auch als ein klägliches Ergebnis der großartigen Reformationsbewegung erscheinen: so liegt hier doch „der entschiedene Bruch mit dem System des Mittelalters vor, der erste erfolgreiche Versuch, in einem großen Staate der abendländischen Christenheit die Gleichberechtigung zweier Bekenntnisse dauernd zu begründen". Freilich galt diese Gleichberechtigung nur für die Reichsstände; die Untertanen erhielten das Recht der Auswanderung (cuius regio, eius religio). Das Kirchenregiment der Fürsten wurde ausdrücklich anerkannt.

D.

Die Gegenreformation.

Noch in der 1. Hälfte des 16. Jahrh. begann eine verhängnisvolle Reaktion, die sich in zweifacher Weise äußerte:

in einer Erschlaffung der neuen und
in einer Erstarkung der alten Mächte.

Die Freiheit, die Stärke und der Stolz der Protestanten, wurde ihre Schwäche; der Autoritätsglaube, die Schwäche der Katholiken, wurde ihre Stärke.

1. Zwei Gefahren bedrohen immer wieder die evangelische Kirche:

Ausartung der Freiheit und, als Folge davon,
neue Geistesknechtschaft.

Die Revolution der Bauern, die Ausschreitungen der evangelischen Radikalen waren schuld daran, daß schon bald von einer wirklichen Geistesfreiheit nicht mehr die Rede sein konnte; es begann eine neue einseitige Dogmenbildung. Die Entstehung der Landeskirchen führte zu einer weitgehenden Abhängigkeit von der Staatsgewalt.

Am bedenklichsten wurde die große Zersplitterung der Protestanten. Das Entscheidende war ja die Befreiung der Persönlichkeit gewesen, und der Individualismus der evangelischen Kirche drängte dahin, daß jeder sich seine eigene Ansicht bildete. Aber in der idealen Kirche soll bei vielerlei Gaben und vielerlei Meinungen dennoch ein Geist der Liebe alle vereinen. Statt dessen wurde die Unduldsamkeit, ja der erbitterte Haß zwischen den verschiedenen Richtungen der protestantischen Kirche immer größer:

zwischen Jena und Wittenberg;
zwischen Arminianern und Gomaristen in den nördlichen Niederlanden;
zwischen Anglikanern und Puritanern in England und Schottland;
besonders aber zwischen Lutheranern und Calvinisten;
zwischen Kursachsen und Kurpfalz.

2. In den romanischen Ländern wurde der freiheitliche Geist der Renaissance und des Humanismus erstickt und die mittelalterliche Kirche erneuert: Rückkehr zum Mönchsideal und zur Weltflucht; Gründung neuer Orden, besonders des Jesuitenordens (1540); Erneuerung der Inquisition (1542); Rückkehr zu den päpstlichen Weltherrschaftsansprüchen[1]).

[1]) Für die Folgezeit wurde wichtig, daß die politischen Ansprüche der Päpste von den katholischen Ländern abgewiesen, aber im Kampf mit den protestantischen Ländern geltend gemacht wurden.

Das Tridentiner Konzil 1545—1563.

Das Konzil ist nicht während der ganzen Zeit zusammen gewesen, sondern:

1. 1545—1547: Als über den Gang der Verhandlungen ein heftiger Konflikt zwischen Kaiser und Papst ausbrach, wurde das Konzil nach Bologna verlegt und bald darauf vertagt.

2. 1551/2: Wegen der abermals drohenden Konflikte war es dem Papst Julius III. sehr willkommen, daß das Konzil durch Kurfürst Moritz von Sachsen gesprengt wurde.

3. 1562—1563: Die Furcht vor einer gallikanischen Landeskirche veranlaßte den Papst Pius IV., das Konzil von neuem zu berufen. Die wichtigsten Beschlüsse sind 1562 und 1563 gefaßt worden.

Seit dem Jahre 1524 haben die Kaiser Karl V. und Ferdinand I. die Berufung eines allgemeinen Konzils verlangt, damit

1. die als notwendig erkannte Reform der Kirche an Haupt und Gliedern herbeigeführt und

2. eine Verständigung mit den Protestanten ermöglicht würde. — Ferdinand I. hat seine Wünsche in einer Denkschrift niedergelegt, worin er unter anderem Einführung der Volkssprache in den Gottesdienst, Gestattung des Abendmahls in beiderlei Gestalt und die Priesterehe verlangte.

Jahrzehnte hindurch hat das Papsttum sich der Berufung eines Konzils widersetzt oder nur mit Widerstreben nachgegeben, und schließlich ist es der Kurie gelungen, beides, die Reform und die Verständigung mit den Protestanten, zu vereiteln. Nur die allerschlimmsten Mißbräuche der päpstlichen Finanzverwaltung hat Pius IV. aus eigener Machtvollkommenheit beseitigt.

Wie ist das möglich gewesen? Die Mitwirkung der Protestanten auf dem „freien" Konzil wurde formell gestattet, ja sogar gewünscht, tatsächlich aber unmöglich gemacht. Schon 1545 war beschlossen worden, es sollte nicht nach Nationen, sondern nach Köpfen abgestimmt werden. Wie groß aber das Übergewicht der Italiener war, geht daraus hervor, daß die letzten Beschlüsse 1563 von

187 Italienern,
31 Spaniern,
29 Franzosen,
2 Deutschen,
1 Engländer

gefaßt sind. Ein Jesuit eröffnete die Debatte, und ein anderer Jesuit sprach das Schlußwort.

Und wenn wir nach dem Ergebnis des Tridentiner Konzils fragen, so müssen wir zweierlei unterscheiden:

1. Zwar erneuerte man in weitestgehender Weise das im 14. und 15. Jahrh. so sehr erschütterte Autoritätsprinzip und

stellte es mit vollem Bewußtsein dem Prinzip des Protestantismus, der individuellen Freiheit, gegenüber. Die Dogmen der Kirche wurden zu einem großen Gesetzbuch von eherner Beständigkeit zusammengestellt; alle Kräfte der römisch-katholischen Kirche wurden zentralisiert und die Macht des Papstes außerordentlich erhöht. In der letzten Sitzung erhoben sich alle Prälaten und verfluchten die Ketzer.

2. **Aber** in einem Punkt unterlag die Kurie: die Weltherrschaft, die Herrschaft über den Staat hat sie nicht wiedergewinnen können. Wohl wurden 1563 die weitestgehenden Beschlüsse gefaßt, durch welche man den Staat wieder der Kirche unterordnen wollte[1]). Aber von den katholischen Großmächten hat nur der deutsche Kaiser Ferdinand I. für seine Erbländer die Weltherrschaftsansprüche der Kurie angenommen. Frankreich hat die Tridentiner Beschlüsse überhaupt niemals offiziell bekannt gemacht. Philipp II. beschloß 1565 die Publikation, aber unter der ausdrücklichen Bedingung der Ungültigkeit aller Verfügungen, die den Einfluß des katholischen Königs auf die Ernennung der spanischen Prälaten sowie die Unterwerfung der geistlichen Gerichtsbarkeit unter die weltliche hätten abschwächen können. Ebenso handelte Venedig.

Die blutigen Akte der Gegenreformation.

1.

Zeitalter Philipps II.

I. Spanien und die spanischen Niederlande.	**Frankreich.**	**England.**	**Kurie.**
1566 der Bildersturm. **1567—1573** Alba ist Statthalter der Niederlande. 1568 Hinrichtung Egmonts und Hoorns.	**1562—1593** acht blutige Religionskriege. 1562 Blutbad zu Vassy. 1572 Bluthochzeit zu Paris.	1553—1558 Maria die Katholische. 1558—1603 Elisabeth; ihr Gegensatz zu Maria Stuart. 1571/2 Umtriebe des Herzogs von Norfolk.	1563 Ende des Tridentiner Konzils. 1570 Exkommunikationsbulle des Papstes Pius V. gegen Elisabeth.

[1]) Es ist charakteristisch, daß die römische Kirche sich wohl zeitweise in das Unvermeidliche fügt, aber grundsätzlich niemals ein Jota von ihren „unveräußerlichen Rechten" preisgibt. So wurden auch 1563 Beschlüsse gefaßt, in denen man die Ernennung der Bischöfe den weltlichen Gewalten entzog, die Heranziehung der Geistlichen vor die weltliche Gerichtsbarkeit verbot, die geistliche Jurisdiktion von jeder Beaufsichtigung durch den Staat befreite, das königliche Plazet abschaffte und verlangte, daß der weltliche Arm immer der Kirche zur Verfügung stehe.

II. Schon 1571/2 scheidet sich Westeuropa in zwei Gruppen:

Philipp II. von **Spanien**; Alba in den **Niederlanden**; die Guisen in **Frankreich**; Maria Stuart in **England**; die **Kurie**.	Wilhelm v. Oranien in den **Niederlanden**; die Häupter der Hugenotten in **Frankreich**; Elisabeth in **England**.

III. Die Umsturzpläne Norfolks in England scheiterten; mit den Hugenotten wurde in Frankreich 1573 Frieden geschlossen; Alba wurde 1573 aus den Niederlanden abberufen. 1573—1584 war verhältnismäßige Ruhe.

IV. **Höhepunkt des Kampfes 1585—1588 (1593).** Philipp II. gewann die größten Aussichten auf eine Westeuropa umfassende habsburgische Weltherrschaft:

Spanien und die Niederlande.	**Frankreich.**	**England.**	**die Kurie.**
1580 Vereinigung Portugals mit Spanien. 1584 Ermordung Wilhelms von Oranien. **1585** Eroberung Antwerpens.	1584 Tod des Herzogs v. Alençon. **1585** die heilige Liga, als deren Haupt man Philipp II. bezeichnen kann. Ihr Zweck ist, die Thronfolge des reformierten Heinrich von Navarra zu verhindern. Aussicht, daß Philipps Tochter Erbin der franz. Krone wird.	**1585** Neue Attentate auf Elisabeth. 1587 Hinrichtung der Maria Stuart, welche Philipp II. zu ihrem Erben für England und Schottland eingesetzt hat.	**1585** Gregor XIII. gibt seinen Segen zur heiligen Liga. Sixtus V. exkommuniziert Heinrich IV. u. erklärt ihn der französischen Krone für verlustig.

V. **Alle Pläne Philipps II. scheitern**[1]):

1588 Untergang der gewaltigen Armada, die zugleich gegen England und gegen Holland den entscheidenden Schlag ausführen sollte.
1592 Tod Alexanders von Parma; seitdem haben die Spanier in den Niederlanden keine Erfolge mehr.
1589—1593: Heinrich IV. erringt die französische Krone, tritt zur katholischen Kirche über und macht Friede mit seinem Volk und mit dem Papst.
1598 das Edikt von Nantes gewährt den Hugenotten Religionsfreiheit.

2.

Der 30jährige Krieg (1618—1648).

I. **Bedrängnis der Protestanten:**
1. Der böhmisch-pfälzische Krieg:
1620 Schlacht am weißen Berg.
In Böhmen wird der Protestantismus ausgerottet.

[1]) Gleichzeitig begann im Nordosten das lange Ringen zwischen Schweden und Polen, das damit endete, daß Polen römisch-katholisch, Schweden lutherisch wurde.

2. Der niedersächsisch-dänische Krieg:
1626 die Siege bei Lutter am Barenberg und an der Dessauer Elbbrücke.
1629 Friede zu Lübeck mit Christian IV. von Dänemark.
1629 das Restitutionsedikt.

Gleichzeitig werden in Frankreich die Hugenotten 1628/9 besiegt. Der katholische König Sigismund von Polen kämpft gegen seinen Vetter Gustav Adolf von Schweden, dessen Thron er beansprucht. Die katholische Partei macht sich Hoffnung auf die Wiedergewinnung von Schweden und Holland. Auch in England setzt die Arbeit der Jesuiten wieder ein, wo ein Stuart auf dem Thron sitzt und mit einer katholischen Prinzessin vermählt ist.

II. **Befreiung:**

1630 Fürstentag zu Regensburg, wo der katholische Kurfürst Maximilian von Bayern am lautesten die Absetzung Wallensteins fordert.
1630—1632 Siegeszug des Schwedenkönigs Gustav Adolf durch Deutschland.
1635—1648 (1659): Krieg zwischen den Häusern Habsburg und Bourbon. Das katholische Frankreich verbindet sich mit den protestantischen Deutschen und Schweden, um das Haus Habsburg niederzuwerfen.

3.

Ludwig XIV. 1643(1660)—1715.

I. **Bedrängnis der Protestanten:**

Es eröffnet sich die Aussicht, Holland und England der katholischen Kirche wiederzugewinnen. Dazu kommt die Gegenreformation im Elsaß und in der Kurpfalz.
1681 der Raub Straßburgs.
1685 Aufhebung des Edikts von Nantes.
1685 der katholische Jakob II., der ganz von Ludwig XIV. abhängig ist, wird König von England.

II. **Umschwung:**

1688 verjagen die Engländer den katholischen Jakob II. und machen 1689 den protestantischen Wilhelm von Oranien zu ihrem König.
Durch den pfälzischen Erbfolgekrieg (1688—1697) und den spanischen Erbfolgekrieg (1701—1713) wird das Übergewicht Frankreichs gestürzt.

Die Gegenreformation ist eine Reaktion des romanischen Geistes gegen den germanischen Freiheits- und Selbständigkeitsdrang. Die Haupttreiber waren die Jesuiten; die Mittel waren Rechtsbruch, Güterberaubung, „Dragonaden", Feuer und Schwert; die Handlanger waren die ganz von spanischem Wesen erfüllten Habsburger.

Folgendes erscheint mir besonders erwähnenswert:

1. Unter langen, blutigen Kämpfen vollzog sich im 16. und 17. Jahrh. die **Scheidung der Konfessionen:**

in Italien, Spanien und Portugal hatte die Reformation nicht viel Eingang gefunden; aber hier wurde mit der Ketzerei zugleich das herrliche Geistesleben der Renaissance und des Humanismus erstickt;

in Frankreich bestand der 8. Teil der Bevölkerung aus Hugenotten. Als Ludwig XIV. ihnen 1685 die Religionsfreiheit nahm und mit immer größerer Grausamkeit das Bekehrungswerk betrieb, da sind gegen 400000 Hugenotten ausgewandert, darunter 20000 nach Brandenburg[1]). Ludwig schädigte dadurch aufs empfindlichste den Wohlstand seines Landes.

Es gelang Spanien, die südliche Hälfte der Niederlande, Belgien, festzuhalten und hier die Reformation zu unterdrücken.

In Polen, Böhmen, in ganz Österreich-Ungarn war der Abfall von Rom außerordentlich groß gewesen. Die blutige Gegenreformation in Polen war ein Werk der Jesuiten; in Böhmen, Österreich-Ungarn haben die habsburgischen Kaiser Ferdinand II. und III. und Leopold I. mit Gewalt die römische Kirche wieder aufgerichtet.

Dagegen hielten die meisten germanischen Völker, allen Greueln zum Trotz, an der Reformation fest: Großbritannien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen. In Deutschland war fast alles protestantisch; aber die unselige Zersplitterung, namentlich die Uneinigkeit zwischen Lutheranern und Calvinisten, hat es den Jesuiten und den Habsburgern leicht gemacht, große Teile für Rom zurückzuerobern.

2. **Wer war der Besiegte?**

a) Die Jahre 1585, 1629, 1685 waren drei Höhepunkte der Gegenreformation. Wie nach 1547, erfolgte aber jedesmal ein gewaltiger Umschwung.

Wohl haben Karl V., Philipp II., Ferdinand II., Ludwig XIV. der römischen Kirche weite Gebiete zurückgewonnen; aber zuletzt waren sie immer die Besiegten. Die Gründe waren stets dieselben: die Vermischung von weltlichen und kirchlichen Bestrebungen. Ihre Weltherrschaftspläne schufen ihnen viele Feinde; dabei spielte der jahrhundertelange Gegensatz zwischen den Häusern Habsburg und Valois-Bourbon die wichtigste Rolle.

Damit hing ihr Streben nach Absolutismus zusammen:

Karl V. unterlag nach 1547, weil er die „fürstliche Libertät" antastete;

Philipps II. Macht wurde besonders durch den Abfall der Niederlande erschüttert; dort sollte die Unterdrückung jeder kirchlichen Freiheit dem König das Mittel werden, um die hergebrachten politischen Freiheiten niederzutreten;

[1]) Nach Angaben Friedrichs des Großen.

Kaiser Ferdinand II. hätte vielleicht nach 1629 den Protestantismus in Deutschland vernichten können, wenn er nicht durch seine absolutistischen Pläne die Territorialfürsten beunruhigt hätte[1]);

in Frankreich wollte Ludwig XIV. nicht nur über den Staat, sondern auch über die Kirche absoluter Herr sein.

Überall dieselbe Erscheinung: Weltherrschaftspläne, verbunden mit dem Streben nach absoluter Herrschaft über Staat und Kirche.

β) Im 16., 17. und Anfang des 18. Jahrh. vollzog sich eine merkwürdige Machtverschiebung:

1648 verlor das Haus Habsburg und 1713 Ludwig XIV. die Vorherrschaft in Europa.

Italien war zerrüttet; Spanien verblutete in den Kämpfen der Gegenreformation, und die spanischen Niederlande, Belgien, lagen bis zum 19. Jahrh. darnieder; Polen ging seinem Untergang entgegen; Österreich-Ungarn blieb in der Entwicklung zurück; für Frankreich begannen bald die schrecklichsten inneren Stürme.

Dagegen fing im 16. Jahrh., besonders aber nach der Vertreibung der Stuarts (1688), Englands weltbeherrschende Macht an, sich zu entfalten; Holland und Schweden hatten im 17. Jahrh. die Bedeutung von Großmächten; Brandenburg-Preußen wurde die Vormacht der deutschen Protestanten und wuchs gerade durch den Widerstand der Habsburger immer mehr zur Großmacht heran.

Ja, Philipp II., Ludwig XIV. und die habsburgischen Kaiser wurden die unfreiwilligen Schöpfer von Hollands, Englands und Preußens Größe.

γ) Auch Rom unterlag: An die Stelle der absoluten Kirche trat der absolute Staat; die Papstkirche verlor ihre politische Macht. Dieselben Kaiser und Könige, welche Jahrzehnte hindurch für die katholische Kirche gekämpft, ungeheure Opfer an Menschenleben und an Geld gebracht, viele tausend Ketzer vernichtet haben, waren nicht gewillt, ihre Staatshoheit der Kirche unterzuordnen. Philipp II. war nicht nur Herr des spanischen Staates, sondern auch der spanischen Kirche und duldete keine Eingriffe in seine kirchlichen Rechte; wiederholt ist es darüber zu heftigen Auseinandersetzungen mit Rom gekommen. Der spanische Klerus war dem Könige untergeordnet, dem Einfluß Roms fast völlig entzogen; sogar die Inquisition war in Spanien eine königliche Einrichtung.

[1]) Umgekehrt würde es dem englischen König Karl I. (1625—1649) gelungen sein, ohne Parlament absolut zu regieren, wenn er nicht immer von neuem mit den politischen Bestrebungen kirchliche verbunden hätte.

Man gewöhnte sich daran, bei politischen Abmachungen Rom und die Kurie ganz aus dem Spiel zu lassen. Im Westfälischen Frieden (1648) wurde von vornherein jeder Widerspruch, wie er vom Papste zu erwarten war, als wirkungslos bezeichnet. Namentlich mußte die Kurie, trotz ihres lebhaften Protestes, sich darin fügen, daß zahlreiche vielumstrittene deutsche Kirchenstaaten, d. h. geistliche Fürstentümer, säkularisiert und evangelisch blieben.

Und in Frankreich? Derselbe Ludwig XIV., der den Hugenotten ihre Religionsfreiheit nahm, hat mit dem Papst Innozenz XI. einen langen, erbitterten Kampf geführt. 1681 trat ein französisches Nationalkonzil zusammen, und 1682 wurden die berühmten 4 gallikanischen Artikel einstimmig angenommen, welche die päpstliche Gewalt wesentlich beschränkten:

1. Die päpstliche Gewalt erstreckt sich nur auf geistliche, nicht auf weltliche Dinge; deshalb können die Könige nicht durch den Papst abgesetzt noch ihre Untertanen von dem Treueid entbunden werden;

2. in Gemäßheit des Konzils steht die päpstliche Gewalt unter den Beschlüssen allgemeiner Kirchenversammlungen;

3. die päpstliche Gewalt hat sich zu regeln nach den allgemein angenommenen kirchlichen Gesetzen und insbesondere nach den Rechten und Gewohnheiten der gallikanischen Kirche;

4. die Entscheidungen des Papstes stehen erst dann fest, wenn die allgemeine Kirchenversammlung sie angenommen hat.

3. Zur Geschichte der Toleranz.

Welch ein Unheil hat die „Einheit" der Kirche über die Menschheit gebracht! die Wahnvorstellung, daß alle Menschen genau dasselbe denken und glauben müßten, eine Vorstellung, welche die große Ungleichheit der Menschen gar nicht berücksichtigt! Und wie lange hat es gedauert, bis Bürger verschiedener Konfessionen in demselben Staate unangefochten nebeneinander leben konnten! Statt der einen Kirche hatte man nun zwei oder drei: Katholiken, Lutheraner, Calvinisten. Aber an dem Grundsatz der Einheit hielt man fest, wenn auch nur innerhalb eines kleinen Territoriums. Luther lehrte die grundsätzliche Unduldsamkeit, und Calvin hat eine Schrift veröffentlicht, um zu zeigen, iure gladii coercendos esse haereticos („mit dem Schwert müsse man die Ketzer bezwingen"). Was man früher für den großen Gottesstaat gefordert hatte, verlangte man jetzt für den einzelnen Staat: völlige Einheit. Zu welchen Ungeheuerlichkeiten hat das geführt! Auf dem Augsburger Religionsfrieden (1555) wurde beschlossen „cuius regio, eius religio", d. h. der Untertan muß der Konfession des Landesherrn folgen, und im Westfälischen Frieden (1648) hielt man an diesem Grundsatz fest, nur daß jetzt drei Konfessionen, statt bisher zwei,

anerkannt wurden. — Als in Frankreich Heinrich IV., um seine bisherigen Glaubensgenossen, die Hugenotten, zufriedenzustellen, 1598 das Edikt von Nantes gab, wußte er keinen anderen Ausweg, als daß er die Hugenotten als einen geschlossenen, politisch organisierten Staat im Staate anerkannte.

Aber allmählich führte die Entwicklung dahin, daß man in den katholischen Ländern zur schroffsten Unduldsamkeit zurückkehrte, während in den protestantischen das Prinzip der allgemeinen Glaubensfreiheit mehr und mehr zur Geltung kam:

α) Katholische Länder:

In Spanien, Portugal, Italien war völlige Einheit der Kirche; hier kannte man keine Religionsfreiheit.

Dagegen hatte man während des 16. Jahrh. in Frankreich, Österreich-Ungarn, Bayern und in den deutschen geistlichen Fürstentümern den Protestanten große Zugeständnisse gemacht; saßen doch sogar Protestanten in den Domkapiteln. Diese Zugeständnisse wurden im 17. Jahrh. alle aufgehoben und mit Gewalt die Einheit der Kirche durchgeführt.

Die Religionsverfolgungen setzten sich bis weit in das 18. Jahrh. fort. Dabei zeichneten sich die habsburgischen Kaiser aus durch ihre großen Gewalttaten gegen die protestantischen Ungarn und durch den unsäglichen Glaubensdruck, der auf Schlesien lastete. In Frankreich waren 1702—1705 die blutigen Verfolgungen der Kamisards in den Cevennen. Als die protestantische Kurpfalz 1685 einen katholischen Kurfürsten erhielt, begannen dort Unterdrückung und Verfolgung. Der Erzbischof von Salzburg vertrieb 1731/2 die Protestanten aus seinem Lande; 17000 Salzburger wurden von dem König Friedrich Wilhelm I. in Ostpreußen angesiedelt. In Thorn, welches damals zu Polen gehörte, war 1724 das barbarische Blutgericht.

β) Protestantische Länder:

In erster Linie ist Holland als eine Stätte der Religionsfreiheit zu nennen.

In England waren die Independenten, an ihrer Spitze Cromwell (1653—1658 Protektor), bemüht, die Glaubensfreiheit durchzuführen. Aber die politischen Verhältnisse führten zu neuen Unduldsamkeiten: weil das Parlament die katholisierenden Absichten Karls II. und seines Bruders Jakob II. durchschaute, setzte es den Toleranzedikten die unduldsame Testakte (1673) entgegen, welche die Bekleidung öffentlicher Ämter vom anglikanischen Bekenntnis abhängig machte. Wilhelm III. (1689—1702) suchte, soweit er konnte, Toleranz zu üben und durchzusetzen.

In der englischen Kolonie Pennsylvanien wurde christliche Duldung die Hauptforderung der 1683 beschlossenen Verfassung.

Eine weitherzige Toleranz zeigten vor allem die Hohenzollern, die Kurfürsten von Brandenburg: Als Johann Sigismund vom lutherischen zum reformierten Bekenntnis übergetreten war, machte er durch das Edikt vom 24. Februar 1614 bekannt, daß „er zu diesem seinem Bekenntnis keinen Untertan öffentlich oder heimlich zwingen, sondern den Kurs und Lauf der Wahrheit Gott allein befehlen wolle". — Und wie hoch steht der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm über Ludwig XIV.! Auch er wollte absoluter Herrscher sein; aber sein Despotismus bezweckte nur das Wohl der Untertanen. Während Ludwig keinen andern kirchlichen Glauben duldete, als seinen eigenen, ließ der Große Kurfürst Lutheraner, Calvinisten, Katholiken unangefochten in seinen Ländern leben, verlangte nur, daß sie untereinander Frieden hielten[1]). 1672 schloß er mit dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, dem Besitzer von Jülich und Berg, den denkwürdigen Religionsvergleich für die jülisch-klevischen Erbschaftslande; es wurde dadurch in diesen von Katholiken, Lutheranern und Calvinisten bewohnten Gebieten ein friedliches Nebeneinander der drei Bekenntnisse ermöglicht.

E.

Das Zeitalter der Aufklärung und der französischen Revolution.

1.

Kampf gegen die Jesuiten (1741—1773).

Der Jesuitenorden wurde
1759 in Portugal (Minister Pombal),
1764 in Frankreich,
1767 in Spanien und Neapel,
1773 für die ganze Kirche (vom Papst Clemens XIV.) aufgehoben.

2.

Das Deutsche Reich.

1740—1786 Friedrich II. der Große.
1781 Das Toleranzedikt Josefs II.
1786 Die Emser Punktation.
1794 Das preußische Landrecht.

[1]) Wie kann man ihn „intolerant" nennen, weil er in dem völlig protestantischen Pommern keine jesuitische Propaganda duldete!

3.

Die französische Revolution.

1789/90: Die Güter der Kirche werden eingezogen; die Geistlichen sollen vom Staate besoldet werden.
1793: Aufhebung der christlichen Kirche.
1795: Die Direktorialregierung verkündet eine wirkliche Religionsfreiheit.
1798: Der Kirchenstaat wird eine römische Republik.
1799: Der Kirchenstaat wird von Ketzern, Schismatikern und Ungläubigen (Engländern, Russen und Türken) wiederhergestellt.
1801: Napoleon I. schließt das Konkordat mit Pius VII.
1803: In Deutschland werden die geistlichen Fürstentümer säkularisiert.
1809: Der Kirchenstaat wird abermals aufgehoben. Als der Papst über Napoleon den Bann ausspricht, läßt dieser ihn verhaften und nach Frankreich bringen.

Der Geist der Zeit.

Zweierlei Strömungen müssen wir unterscheiden, die teilweise ganz verschiedene Wege gingen, teilweise zusammenflossen:

1) Immer weiter schritt die Entwicklung, die um 1300 begonnen hatte: die Befreiung des weltlichen Staates von der Kirche.

2) Daneben erwachte der Geist der Renaissance und des Humanismus zu neuem Leben: zunächst in den germanisch-protestantischen Staaten. Während in Spanien alles wissenschaftliche Leben aufhörte, während in Italien 1600 der Philosoph Bruno den Feuertod erlitt und der große Naturforscher und Astronom Galilei 1633 vom Inquisitionsgericht gezwungen wurde, die Lehre, daß die Erde sich um die Sonne drehe, abzuschwören: konnten in Holland die Philosophen Cartesius und Spinoza ihre Ideen ausarbeiten; in England der große Locke und Newton, der bedeutende Mathematiker; in Deutschland Leibniz und Wolff.

Und nun bietet uns das 18. Jahrh. das wunderbare Schauspiel, wie ein moderner neuer Geist von den germanisch-protestantischen Staaten aus erobernd in die romanisch-katholischen Länder eindringt. Männer wie Voltaire, Montesquieu, Diderot, Quesnay, Turgot, Rousseau, kämpften in Frankreich gegen die heillosen, bis ins Mark verfaulten Zustände ihres Landes, deckten die ungeheuren Schäden auf und gaben sie der Verachtung preis. Zuerst leise, dann immer lauter und lauter erhob sich der Ruf nach Freiheit, nach Befreiung von der Unnatur in Kirche, in Staat, im Wirtschaftsleben, in den sozialen und privaten Verhältnissen: Rückkehr zu vernünftigen und natürlichen Zuständen! Man suchte auf allen Gebieten zu ergründen, was natürlich und vernunftgemäß sei; man sprach von einem vernunftgemäßen, natürlichen Recht, von natürlichem Staat, natürlichem Wirtschafts-

leben, natürlichem Familien- und Gesellschaftsleben, natürlicher Erziehung, ebenso auch von einer natürlichen und vernünftigen Religion.

Die Haupthemmnisse für eine Gesundung sah man:
in den abergläubischen Vorstellungen und den zahlreichen Vorurteilen, unter deren Bann die Menschheit seufzte;
in den großen Privilegien eines verkommenen Adels;
in der ungeheuren Macht eines entarteten Klerus.

Als 1761 der protestantische Kaufmann Calas das Opfer des religiösen Fanatismus geworden war, schrieb Voltaire die meisterhafte Schrift sur la tolérance und rief alle Aufgeklärten gegen den Justizmord und den Aberglauben zu den Waffen. Er setzte die Revision des Prozesses durch, und 1765 wurde der hingerichtete Calas für unschuldig erklärt.

Die Aufhebung des Jesuitenordens.

Gerade die romanisch-katholischen Staaten sind es gewesen, welche Jahrzehnte hindurch zuerst eine Änderung, schließlich die gänzliche Aufhebung des Jesuitenordens forderten. Die absolute Staatsgewalt wollte Herr im eigenen Hause sein und warf deshalb den mächtigen Orden nieder, diese fremde Weltmacht, die mit der ganzen Fülle geistlicher Autorität und geistlicher Waffen in alle weltlichen Dinge rücksichtslos erobernd eingriff, ohne sich einem weltlichen Richter zu beugen.

Bereits 1741 hatte Papst Benedikt XIV. dem Jesuitenorden bei Strafe des Bannfluchs jedes Handelsgeschäft untersagt. Hieran knüpfte Portugals allmächtiger Minister Pombal an, der den festen Willen hatte, seinen Staat zu heben und zu fördern. Als er sich überall von den Jesuiten gehemmt sah, brach er ihren mächtigen Einfluß auf Kirche, Hof und Schule und verwies sie 1757 vom königlichen Hofe. Dann erfolgte 1758/9 mit größter Rücksichtslosigkeit die gewaltsame Entfernung aller Jesuiten aus Portugal und den portugiesischen Kolonien. Sie wurden als „Verräter und Rebellen“ nach dem Kirchenstaat geschafft.

In Frankreich stieg die Erbitterung gegen die Jesuiten seit dem Jahre 1755, wo der Jesuitenpater Lavalette, der ein großartiges Handelsgeschäft betrieb, Bankrott machte und der reiche Orden sich weigerte, für die Schulden (2 Millionen Livres) einzustehen. Dem Drängen des Parlaments folgend, hob die Regierung 1764 den Orden für Frankreich auf.

Diesem Beispiel folgte der Bourbone Karl III. 1767 für seine Königreiche Spanien und Neapel, 1768 auch Parma. Die Jesuiten hatten sich in der ganzen Welt so verhaßt gemacht, daß der Papst

Clemens XIV. dem Wunsch der katholischen Völker sich nicht entziehen konnte und 1773 den Jesuitenorden für die ganze Kirche auf immer aufhob.

Friedrich der Große, König von Preußen (1740—1786).

Wenn Friedrich der Große in engsten Verkehr mit Voltaire trat, wenn er in seinen Ländern uneingeschränkte Toleranz übte, wenn er seinen Staat zu einem Rechtsstaat machte, in welchem alle Bürger vor dem Gesetz gleich waren, wenn er den Schulzwang durchführte und eine Riesenarbeit auf die Hebung der Landeskultur, der Volkswirtschaft verwandte: so trat er nicht in einen Gegensatz zu seinen Vorfahren, sondern baute nur weiter aus, was der Große Kurfürst und sein Vater Friedrich Wilhelm I. begonnen hatten. Die Aufklärungsphilosophie führte Friedrich II. auf dieselben Bahnen, welche seine Vorfahren aus religiösem Pflichtgefühl gewandelt waren. Über seine Stellung zur Kirche sagt Friedrich II.: „In meinen Staaten sollen alle Kirchen toleriert werden". „Jeder kann nach seiner Fasson selig werden". Das preußische Landrecht, die Gesetzgebung Friedrichs des Großen, welche allerdings erst 1794 abgeschlossen und herausgegeben ist, „kennt überhaupt keine Kirche, sondern lediglich die Gemeinde. Alle Gewalt, welche über der Gemeinde steht, ist grundsätzlich Staatsgewalt. Der König von Preußen erscheint als der oberste Bischof und Gewalthaber wie der protestantischen so auch der katholischen Kirche. Auswärtige Obere (z. B. der Papst) dürfen ohne Genehmigung des Königs keine Gesetzgebung, keine Gerichtsbarkeit, keine Verwaltungshandlung vornehmen".

Josef II. und das Deutsche Reich.

Friedrich der Große, der aufgeklärte Despot, der Philosoph auf dem Thron, konnte ruhig aufbauen auf das Vorhandene. Der Sieg derselben Aufklärungsideen mußte in den katholischen Ländern zum Umsturz führen: in Österreich-Ungarn zur Revolution von oben, in Frankreich zur Revolution von unten. Höchst interessant ist der Versuch, die österreichisch-ungarischen Länder, die sich mehrere Jahrhunderte jedem Fortschritt verschlossen hatten, zu reformieren. Selbst die überaus kirchliche Maria Theresia (1740—1780) hatte die Macht des Staates gegenüber der Kirche gestärkt, hatte die Veröffentlichung päpstlicher Bullen und Enzykliken ohne Genehmigung des Staates untersagt.

Ihr Sohn Josef II. (1780—1790) wollte ganze Arbeit machen. Er war ein begeisterter Verehrer Friedrichs des Großen, ein eifriger

Jünger der Aufklärung, der nur von dem einen Gedanken beseelt war, sein Reich aus den verrotteten Zuständen herauszureißen; er schwärmte für Volksbeglückung, für Gleichheit vor dem Gesetz. Aber er mußte erst umstürzen, bevor er ans Bauen gehen konnte; umstürzen die Macht des Klerus, umstürzen die Nebenregierung der Kurie, umstürzen die Privilegien des Adels. Er beschränkte die Abhängigkeit von Rom und das Gesetzgebungsrecht der Kurie; gab den Bischöfen größere Selbständigkeit und bestimmte, daß sie vor dem Eid an den Papst den Eid an den Kaiser leisteten. Berühmt ist das Toleranzedikt vom Jahre 1781, wodurch endlich den Protestanten und Juden in Österreich-Ungarn freie Religionsübung gewährt und dieselben als vollberechtigte Bürger anerkannt wurden; das Schulwesen stellte er unter die Aufsicht des Staates; die meisten Klöster wurden eingezogen. Als warmer Menschenfreund suchte er vor allem die Lage der Bauern zu verbessern.

Aber — die Sünden seiner Vorfahren zerstörten das Werk. Es war zu spät! Man verstand ihn nicht: hier fühlte sich der Klerus, dort der Adel, dort sogar die Bauern in ihren Interessen verletzt und in ihren Gewohnheiten gestört. Josef II., dem man zuerst zugejubelt hatte, sah auf allen Seiten einen leidenschaftlichen Widerstand, dem er nicht gewachsen war. Gebrochenen Herzens ist er 1790 gestorben.

In die Regierungszeit Josefs II. fällt noch ein bedeutsames Ereignis, das uns zeigt, wie in den höchsten Kreisen der deutschen Geistlichkeit eine antipäpstliche Strömung herrschte; ich meine die Emser Punktation 1786. Die vier deutschen Erzbischöfe vereinigten sich in Ems „zu einem kirchenpolitischen Programm in 23 Artikeln, welches den episkopalistischen Standpunkt dem papalistischen mit Entschiedenheit gegenüberstellte. Die Punktation erklärte, daß die Erzbischöfe ihre Würde von Gott und nicht vom Papste hätten; daß dem Papst zwar die Oberaufsicht in der Kirche zukomme, die Beschlüsse des Baseler Konzils aber zu Recht beständen und mithin der Papst unter einem allgemeinen Konzil stehe".

Die französische Revolution.

Die französische Revolution ist die letzte Stufe einer langen Entwicklung, die um 1300 beginnt. Ihr Ergebnis war wesentlich negativ; es griff ein immer lauterer Radikalismus Platz, der eine Fessel nach der anderen löste, altehrwürdige Gebäude umstürzte und allen hemmenden Ballast auswarf. Aufgehoben wurden jegliche Sonderstellung des Klerus in der Verwaltung, Rechtsprechung und Steuerzahlung, verweltlicht und eingezogen alle Kirchengüter, säkularisiert

die Kirchenstaaten; alle Hemmungen der Glaubens- und Geistesfreiheit wurden beseitigt.

Aber der Kampf gegen das verrottete Alte führte zu den entsetzlichsten Ausschreitungen. 1793 siegte der Unglaube, und die christliche Kirche wurde abgeschafft. — Dann lenkte man wieder ein, und 1795 verkündete die Direktorialregierung völlige Religionsfreiheit: „Der Kultus ist frei; der Staat befaßt sich mit ihm nicht und besoldet keine Diener irgendeines Kultus; der Staat ist religionslos."

Seit dem Jahre 1796 tritt die Persönlichkeit Napoleons I. in den Vordergrund. Dieser Mann mit der rücksichtslosen Energie, mit dem eisernen Willen, erscheint wie eine Gottesgeißel, wie ein willenloses Werkzeug in der Hand Gottes, um die völlig morsch gewordenen Reste aus der Zeit des Mittelalters zu zertrümmern. Fragen wir nach der weltgeschichtlichen Bedeutung Napoleons I., so werden wir zweierlei unterscheiden müssen:

1. Durch ihn ist das römische, halbkirchliche Kaisertum deutscher Nation beseitigt, welches ein Fluch für unser Vaterland geworden war; durch ihn ist der morsch gewordene Bau des Deutschen Reiches zertrümmert; durch ihn sind die geistlichen Fürstentümer säkularisiert und zahlreiche kleine Herrschaften ihrer Selbständigkeit beraubt, so daß die Bahn frei wurde für ein neues Deutschland.

2. Napoleon hat zuletzt die ganze römisch-katholische Welt unter seinem Szepter vereinigt: Frankreich und Italien beherrschte er direkt; Spanien, Portugal, Neapel, den Rheinbund, Österreich, Polen indirekt. Er erneuerte das Kaisertum Karls des Großen und erniedrigte den Papst zu seinem Werkzeug. Aber zugleich sind durch ihn doch auch die Grundsätze völliger Toleranz, der Aufklärung, des omnipotenten Staates allenthalben in der katholischen Welt verbreitet worden; überall betrachtete man die französischen Anschauungen wie ein Evangelium.

Stufe um Stufe war der päpstliche Absolutismus von der gewaltigen Höhe, die er im 13. Jahrh. erreicht hatte, abwärts gesunken. Um 1800 brach das stolze Gebäude völlig zusammen; der Papst hatte in Staat und Kirche seine Oberhoheit verloren.

IV.

Der Weg zu neuer päpstlicher Weltherrschaft.

1814—1933.

Die Lage nach den Freiheitskriegen.

1.

Zwei Strömungen.

Wiederholt sich die Geschichte? Napoleon I. hat sich gern mit Karl dem Großen verglichen, und in der Tat besteht zwischen den beiden Herrschern oder vielmehr zwischen ihren Werken eine große Ähnlichkeit:

Wie Karl der Große, so schuf Napoleon I. ein gewaltiges Universalreich, in welchem er alle Länder der römisch-katholischen Kirche unter seiner Herrschaft vereinte; unumschränktes Oberhaupt war er selbst. Wie Karl der Große, ging er einen Bund mit dem Papsttum ein und schloß 1801 mit ihm das berühmte Konkordat. Dadurch wurden der katholischen Kirche Freiheit und Öffentlichkeit des Kultus wiedergegeben. Der Erste Konsul behielt sich ein weitgehendes staatliches Aufsichtsrecht vor; die Ernennung der Erzbischöfe und Bischöfe stand ihm zu; er ordnete den Eid an, den die Geistlichen der Staatsregierung schwören mußten. Eine Neueinteilung der Bistümer und Pfarrbezirke war vorgesehen. Der Papst mußte auf eine Rückgabe des gesamten Kirchenraubes verzichten. — Und im Jahre 1804 erneuerte Napoleon I. das Kaisertum Karls des Großen.

Wohl liegt ein großer Unterschied darin, daß es Karl dem Großen mit der Gründung des universalen Gottesstaates, der civitas Dei, heiliger Ernst war, während Napoleon I. der Kirche und der Religion innerlich gleichgültig gegenüberstand und den Papst als Mittel benutzte, um selbst unumschränkter Alleinherrscher zu werden, ja in späteren Jahren den Papst Pius VII. die größten Demütigungen erfahren ließ. Aber sonst war die Ähnlichkeit groß, und die Wirkungen setzten sich nach dem Tode beider Herrscher fort. Nach 814 und 1814 zerfiel das weltliche Universalreich; aber das Papsttum erntete beide Male, was die Kaiser gesät hatten.

Niemals hat die römisch-päpstliche Kirche so furchtbare Schläge erlitten und so darniedergelegen, wie in den Jahren 1789—1814. Und doch haben, gegen den Willen der Machthaber, die französische Revolution, das Konkordat von 1801 und die große deutsche Säkularisation von 1803 dem Papsttum den Weg geebnet für einen neuen Aufschwung:

Durch die Revolution wurden die Staatskirchen beseitigt.

Durch das Konkordat befreite Napoleon I. die römische Kirche und richtete sie wieder auf; der Papst wurde ausdrücklich als das Haupt der Kirche behandelt, und der Universalismus Napoleons bereitete den neuen Universalismus der römischen Papstkirche vor.

Durch die große Säkularisation von 1803, durch die Beseitigung der vielen deutschen Kirchenstaaten, wurde eine völlige soziale Umgestaltung des priesterlichen Standes herbeigeführt.

2. Aber derselbe Napoleon I., der einem neuen kirchlichen Universalismus die Bahn ebnete, hat gleichzeitig in den Völkern genau das Gegenteil geweckt: ein so starkes Nationalgefühl, wie es die Welt noch nicht gekannt hat. Dieses Nationalgefühl hat sich nicht ersticken lassen, hat vielmehr eine völlige politische Umgestaltung Europas herbeigeführt, die Einigung Italiens und die Gründung des Deutschen Reichs.

Der Aufschwung des Papsttums und die politische Umgestaltung Mitteleuropas sind die wichtigsten Ereignisse des 19. Jahrh.

2.

Aussichten auf eine Harmonie zwischen Volk, Staat und Kirche[1]).

Wenn wir das Ringen zwischen unserem Volkstum und den Erben des jüdischrömischen Menschheitswahns und Weltreichsstrebens als den Hauptinhalt unserer zweitausendjährigen Geschichte bezeichnen, so schien im Anfang des 19. Jahrhunderts das Zeitalter sowohl der Weltreiche als auch der Weltkirche vorüber zu sein. Napoleons I. Universalreich zerfiel, und das römische Papsttum wurde als eine Art Museumsstück aus vergangener Zeit betrachtet. In einem Bericht, den die bayrische Regierung in Innsbruck am 7. März 1808 an das Ministerium des Innern nach München sandte, heißt es, daß „das Papsttum, so wie es dermalen besteht, in bleibendem Kampfe mit der weltlichen Gewalt und mit dem Geiste des Jahrhunderts seinem Untergang entgegengehe“ und daß „eine Trennung zweier Gewalten, die über Staatsbürger herrschen sollen, gar nicht mehr denkbar sei, sondern daß alles auf die vollkommenste Konzentrierung der Herrschergewalt hindeute“. Ähnlich urteilte Niebuhr, der 1816—1823 preußischer Gesandter und Minister am päpstlichen Hofe war; er sprach von dem Papsttum, „dessen Harmlosigkeit im 19. Jahrh. bis zu seinem in den Veränderungen, welche Europa bedrohen, allerdings unvermeidlichen Untergang immer nur zunehmen kann“.

[1]) Es handelt sich bei diesen Ausführungen hauptsächlich um Deutschland.

Zugleich schienen sowohl durch den Geist der Aufklärung, als besonders durch die gemeinsamen Kriegstaten die konfessionellen Gegensätze auf immer geschwunden zu sein. Die weltlichen Hauptvertreter der drei christlichen Konfessionen, der römisch-katholischen, griechisch-katholischen und evangelischen, die Herrscher von Österreich-Ungarn, Rußland und Preußen, reichten sich in der heiligen Allianz (1815) die Hand und erklärten, sie wollten in echt christlichem Geiste ihre Völker regieren. — Seit 1817 (Union) flossen die beiden protestantischen Richtungen, die sich Jahrhunderte hindurch aufs heftigste bekämpft hatten, die Lutheraner und Calvinisten, allmählich zu einer evangelischen Konfession zusammen. Zwischen den Katholiken und Evangelischen herrschte damals große Eintracht; ja, einzelne Männer konnten es wagen, von einer Wiedervereinigung der beiden Kirchen zu sprechen. In der katholischen Kirche waren das Ordenswesen, die Prozessionen und Wallfahrten fast ganz verschwunden. Die katholischen Universitäten waren aufgehoben. An der bayrischen Universität Würzburg wurde eine protestantisch-theologische Fakultät eingerichtet und den katholischen Theologen aufgegeben, bei dem Protestanten Paulus Enzyklopädie zu hören. Der katholische Theologieprofessor in Landshut, Jakob Salat, bezeichnete den Katholizismus und den Protestantismus als die zwei notwendigen Seiten der einen Kirche, die sich ergänzten. Es klingt wie ein Märchen, daß damals der katholische Pfarrer den evangelischen Geistlichen und der protestantische Prediger den katholischen Kollegen im Notfalle vertreten konnte, ohne daß jemand Anstoß daran nahm.

Auch war seit dem Ende des 18. Jahrhunderts der alte Gegensatz zwischen Kurialismus und Episkopalismus neu erwacht. Weit verbreitet war das Verlangen nach einer bischöflichen Nationalkirche, mit welcher der Protestantismus in Harmonie leben könnte. Hauptvertreter dieser episkopalen Bestrebungen war in Deutschland Freiherr von Wessenberg, Generalvikar von Konstanz. Er bemühte sich auf dem Wiener Kongreß für seine Ideen, veröffentlichte 1815 eine Schrift: „Die deutsche Kirche, ein Vorschlag zu ihrer neuen Begründung und Einrichtung“.

3.

Deutsche, besonders preußische Michelei.

Niemals waren die Aussichten auf die Einheit von Volk, Staat und Kirche so groß, wie während und nach den Freiheitskriegen. Leider gingen sie nicht in Erfüllung; vielmehr begann eine lange Zeit wachsender Disharmonie zwischen Volk, Staat und Kirche. Schuld daran war nicht nur der Wiener Kongreß, auf dem die lieben „Bundesgenossen“, zusammen mit dem Vertreter des besiegten Frankreich, alles aufboten, um das aufstrebende Preußen niederzuhalten, sondern auch

unsere eigene Michelei. In michelhafter Duldsamkeit öffneten wir selbst den unduldsamsten Feinden des Deutschtums weit die Tore. An der Spitze unserer neuesten Geschichte stehen zwei verhängnisvolle Ereignisse:

1812 die Emanzipation der Juden,

1814 Wiederherstellung des Papsttums und des Jesuitenordens.

Deutsche Michelei! Nach den entsetzlichen Entartungen der Freiheit war überall das Bedürfnis nach einer Autorität so groß, daß in katholischen und protestantischen Kreisen das Papsttum als eine staatserhaltende Macht, als die Hauptstütze der Throne angesehen wurde; man pries das Papsttum laut als den Fels, an dem die Wogen der Revolution zerbrächen!

Die zum größten Teil protestantischen Fürsten Deutschlands betrachteten es als eine Hauptaufgabe, die katholische Kirche in ihren Ländern wieder aufzurichten. Dabei hat z. B. der preußische König Friedrich Wilhelm III. ein solches Wohlwollen gezeigt, so große Mittel gestiftet und Dotationen beschert, daß selbst ein römischer Prälat ausrief: „Wir haben nicht mit einem protestantischen König, sondern mit dem Erben des großen Theodosius verhandelt[1]."

Geschichtliche Übersicht der Ereignisse.

Kirchliche Vorgänge	Weltliche Vorgänge
1814 der Papst Pius erhielt den Kirchenstaat zurück. Rückkehr der Jesuiten.	1814/5 der Wiener Kongreß.
1837—1840 der Kölner Kirchenstreit.	1830 Juli-Revolution in Paris.
1844 die deutschkatholische Bewegung.	
1846—1879 Papst Pius IX.	
1848 Erste Generalversammlung der kath. Vereine Deutschlands.	1848 Februar-Revolution in Paris.
	1850 Demütigung Preußens zu Olmütz.
	1859—1861 Entstehung des Königreichs Italien.
1864 Päpstliche Enzyklika nebst Syllabus.	
1869/70 das vatikanische Konzil.	**1866** Preußisch-Österreichischer Krieg.
18. Juli 1870 Unfehlbarkeitsdogma.	**1870/1** Deutsch-Französischer Krieg.
1871 Beginn des sog. Kulturkampfes.	**20. Sept. 1870.** Einmarsch der italienischen Truppen in Rom.
1878—1903 Papst Leo XIII., Aufhebung der meisten Kulturkampfgesetze.	
1901 Frankreich leitet die Trennung von Staat und Kirche ein.	1888—1918 Kaiser Wilhelm II.
1903—1914 Papst Pius X.	
1914 Papst Benedikt XV.	**1914—1918** Der Weltkrieg.
1925 Papst Pius XI. gründet die „katholische Aktion".	1918 Die Novemberrevolution.
1933 deutsches Reichskonkordat.	**30. Jan. 1933** Hitler wird Reichskanzler.

[1]) Nicht die Katholiken hatten und haben ein Recht, sich über Zurücksetzung in Preußen zu beklagen, sondern die Protestanten.

Sieg des Kurialismus; neuer päpstlicher Absolutismus.

Wie ist es zum Siege des Kurialismus gekommen? Zuerst verbanden sich die Ultramontanen, d. h. die Gegner eines nationalen, episkopalen Kirchentums, mit den Legitimisten, den Fürsten und dem Hochadel. Die deutschen Fürsten, die unter dem Einfluß Metternichs jede freiheitlich-nationale Regung verfolgten, und Karl X. von Frankreich, der an der Spitze einer klerikal-legitimistischen Partei alle Spuren der Revolution zu entfernen strebte: sie förderten den unbedingten Autoritätsglauben. Ihr Dogma lautete: Der Altar, d. h. der Papst, ist die beste Stütze der Throne.

So kam es, daß die deutschen Fürsten über die Köpfe ihrer Bischöfe hinweg mit dem Papste verhandelten, daß das protestantische Preußen bei dem innerkirchlichen Streit zwischen Kurialismus und Episkopalismus sich auf die Seite des Papstes stellte und so direkt an der Erneuerung des päpstlichen Absolutismus mitarbeitete.

Zwar sind alle vom Papste gestützten Throne gefallen: der Bund mit dem Klerikalismus hat 1830 die Juli-Revolution hervorgerufen und den König Karl X. von Frankreich gestürzt; ebenso hat sich Napoleon III. auf das Papsttum gestützt und ist darüber zu Fall gekommen. Und doch haben die Revolutionen und politischen Erschütterungen des 19. Jahrh. immer die Macht Roms gesteigert[1]). Nach 1830 und nach 1848 trat eine Reaktion ein, welche der römischen Kirche höchst vorteilhaft war; immer von neuem wurde sie als die „Retterin" gepriesen, wurde ihre Autorität dem revolutionären Freiheitsschwindel gegenübergestellt. Es ist bekannt, wie sehr der preußische König Friedrich Wilhelm IV. die katholische Kirche begünstigte, weil er in ihr die bedeutendste konservative Macht zu erkennen glaubte.

Papst Pius IX. (1846—1878) konnte bereits die nationalepiskopalen Bestrebungen als überwunden ansehen; er durfte es 1854 wagen, die jesuitische Lieblingslehre von der „unbefleckten Empfängnis Mariä" aus eigener Machtvollkommenheit als Dogma zu verkünden, ohne die Bischöfe vorher zu befragen. 1862 huldigten ihm 300 Bischöfe in einer Adresse. Und so erreichte denn der Papst Pius IX., was das Tridentiner Konzil noch nicht durchgesetzt hatte: Auf dem Vatikanischen Konzil verkündigte er am 18. Juli 1870 unter dem Donner eines mächtigen Gewitters die Unfehlbarkeit der Entscheidungen des Papstes als offiziellen Lehrers der Kirche in Sachen des Glaubens und der Moral ex sese non autem ex consensu ecclesiae („aus eigener Machtvollkommenheit und nicht als Mund der Kirche")[2]). —

[1]) Vgl. meine „Weltgeschichte der Revolutionen".

[2]) Seitdem wurden „die letzten Reste altchristlicher Bischofsherrlichkeit und nationaler Selbstbestimmung endgültig ausgetilgt und die Bischofssitze Rom gegenüber zu

Von großer Bedeutung war auch der Siegeslauf des demokratischen Gedankens während des 19. Jahrh.[1]) Schon früh hatten einzelne Männer, z. B. Lamennais, diesen Wandel der Dinge, daß die Tage der absoluten Monarchie gezählt seien, erkannt, und allmählich trat an die Stelle des Bundes der römischen Kirche mit dem Legitimismus der feste Bund mit der Demokratie. Die römische Kirche stützte sich seitdem mehr und mehr auf die Massen und machte sich deren Forderungen zu eigen.

2. Mit der Erneuerung des universalen, absoluten Papsttums mußte auch die Unduldsamkeit des 13. Jahrh. wiederkehren; es war eine unausbleibliche Folge der zunehmenden Entnationalisierung der Kirche, daß sie wieder die unversöhnliche Feindin des Nationalismus und der individuellen Freiheit wurde.

Schon bald nach 1848 begann der wohlorganisierte Angriff gegen den Protestantismus. Als Preußen 1850 zu Olmütz gedemütigt war, da konnte im nächsten Jahr der einflußreiche Hofrat Professor Dr. Buß es wagen, ganz ungescheut als das Ziel hinzustellen, „die Burg des Protestantismus“, Preußen, zu Fall zu bringen:

„Die Kirche rastet nicht, und mit den Mauerbrechern der Kirche werden wir diese Burg des Protestantismus zerbröckeln müssen. Wir werden in den vorgeschobensten norddeutschen Distrikten die zerstreuten Katholiken sammeln und mit Geldmitteln unterstützen, damit sie den Katholizismus erhalten und Pioniere nach vorwärts werden. Mit einem Netz von katholischen Vereinen werden wir den altprotestantischen Herd in Preußen von Osten und Westen umklammern und damit den Protestantismus erdrücken und die katholischen Provinzen, die zur Schmach aller Katholiken der Mark Brandenburg zugeteilt worden sind, befreien und die Hohenzollern unschädlich machen.“

Das lauteste Zeugnis grundsätzlicher Intoleranz ist die Enzyklika des Papstes Pius IX. vom Jahre 1864, nebst dem syllabus errorum, der Aufzählung der Irrtümer[2]). Dort wird die Annahme verdammt, daß man im Protestantismus ebensogut Gott wohlgefallen könne wie im Katholizismus; auch wird der Satz verworfen, daß der römische Papst sich mit dem Fortschritt, mit dem Liberalismus, der modernen Zivilisation versöhnen und vergleichen könne und müsse. — Seitdem werden mit bischöflicher „Approbation“ und päpstlicher Empfehlung

einflußlosen Verwaltungsstellen herabgewürdigt, die man mit gesinnungstüchtigen Kräften besetzte“ (Heltau, „Rom-Not“ S. 4).

Man sprach von einer „Vergottung“ des Papstes.

[1]) Der Siegeslauf des demokratischen Gedankens war zugleich ein neuer Siegeslauf des Menschheitswahns. Es begann das Zeitalter der internationalen Bestrebungen, nicht nur der schwarzen, sondern auch der roten und goldenen.

[2]) Wie sehr die Unduldsamkeit von Jahr zu Jahr wächst, zeigt die Borromäusenzyklika des Jahres 1910. Vgl. über die wachsende Unduldsamkeit meine „Angewandte Kirchengeschichte“ S. 362 ff.

Erbauungsbücher verbreitet, die das Unglaublichste an Unduldsamkeit bieten.

Aber ebenso unduldsam ist man gegen die Wissenschaft, gegen jede freiheitliche Regung, die sich innerhalb der römischen Kirche selbst zeigt. Immer von neuem haben sich an den deutschen Universitäten katholische Theologieprofessoren gefunden, welche in ernster Forschung eine Versöhnung zwischen ihrem kirchlichen Bekenntnis und den Fortschritten der Wissenschaft glaubten erreichen zu können: die Professoren Schell in Würzburg, Ehrhard in Straßburg, Wahrmund in Innsbruck, Schnitzer in München, Renz in Münster, Merkle in Würzburg. Auch in Frankreich und Italien traten Männer auf, welche auf eine „Erneuerung“ der Kirche hinarbeiteten. Aber unversöhnlich hat die Kurie jede Geistesfreiheit bekämpft; 1907 erließ der Papst Pius X. die Enzyklika pascendi mit Syllabus, worin er den „Modernismus“, den Reformkatholizismus aufs schroffste bekämpfte, und als man die Unfehlbarkeit dieser Schrift bezweifelte, weil der Papst nicht ex cathedra gesprochen hätte, da hat er im nächsten Jahr sein Verdammungsurteil ex cathedra wiederholt; nicht einmal für den leisesten Hauch wissenschaftlicher Tätigkeit ist mehr Raum gelassen.

Als Professor Döllinger sich 1870 nicht unterwarf, verfiel er der großen Exkommunikation und wurde ausgestoßen; ebenso handelt man heute gegen jeden, der sich nicht beugt. Und allen Ernstes ist 1909 in Rom von Lépicier ausgesprochen, daß „ein Ketzer nicht nur exkommuniziert, sondern von Rechts wegen auch getötet werden dürfe“.

Wachsendes Übergewicht der Kirche gegenüber dem Staat. Rückkehr zum mittelalterlichen päpstlichen Staatsrecht.

1.

Die weltlichen Staaten hatten die Kirche aufgerichtet; es dauerte nicht lange, daß die erstarkte Kirche ein Übergewicht über den Staat zu erreichen suchte.

Von höchstem Interesse ist der Verlauf des Kölner Kirchenstreits. 1835 war Droste-Vischering Erzbischof von Köln geworden, fest entschlossen, nur nach kirchlichen Grundsätzen zu handeln und auf staatliche Gesetze, sowie auf bisherige Gewohnheiten keine Rücksicht zu nehmen. Aus eigener Machtvollkommenheit verbot er den Studenten der katholischen Theologie in Bonn die Vorlesungen der meisten Professoren (der sogenannten Hermesianer). Ebenso geriet er wegen der Mischehen mit der Regierung in Konflikt, weil er sich um die Maßnahmen des vorigen Erzbischofs nicht kümmerte, sondern sich an den Wortlaut des päpstlichen Breves hielt. 1837 wurde der streitbare Erz-

bischof in Festungshaft gebracht, bald darauf auch der Erzbischof von Posen; alle preußischen Bischöfe erklärten sich mit den beiden Gefangenen einverstanden.

Der Streit endete mit einer Niederlage der Regierung. Als Friedrich Wilhelm IV. 1840 König wurde, gab er in allen Stücken nach: die Hermesianer ließ er fallen, verzichtete auf das Plazet (die königliche Bestätigung der päpstlichen Erlasse) und gab den Verkehr der Bischöfe mit Rom frei; das Seminar in Köln und die theologische Fakultät in Bonn wurden dem Erzbischof überliefert. Dazu war seit 1841 die berüchtigte katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium.

Reichen Gewinn brachte der Kirche die bald nach 1848 eintretende Reaktion:

Die Artikel 15, 16, 18 und 24 der preußischen Verfassung, die 1850 veröffentlicht wurde, verliehen der katholischen Kirche freie Verwaltung, ungehinderten Verkehr mit ihren Oberen, hoben Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht des Staates auf und überlieferten die Schule der Kirche.

Ebenso gab der Kaiser von Österreich in dem Konkordat, welches er 1855 mit dem Papste schloß, alle Rechte des Staates preis: es wurde zugestanden:

> vollkommene Freiheit des Verkehrs zwischen Bischöfen, Geistlichen, Volk und dem Heiligen Stuhl in geistlichen und kirchlichen Angelegenheiten;
>
> freier Verkehr der Bischöfe mit Geistlichen und Volk ihres Sprengels (also Beseitigung des Plazet);
>
> Freiheit der Bischöfe in der Aufnahme in den geistlichen Stand und Ausschließung, in der Anordnung der Bittgänge, Wallfahrten, Leichenbegängnisse, in der Berufung und Abhaltung von Synoden;
>
> Leitung der religiösen Jugenderziehung und Überwachung der übrigen Lehrgegenstände in allen Lehranstalten durch die Bischöfe;
>
> eine bischöfliche Bücherzensur;
>
> freie Übung der Disziplin gegen Geistliche und Laien, nötigenfalls obrigkeitliche Beihilfe zur Vollstreckung der Urteile gegen Geistliche;
>
> freier Erwerb von Besitzungen und freie Verwaltung des Kirchenguts.

2.

Die Jahre 1859—1870/1 brachten der römischen Papstkirche schmerzliche Enttäuschungen und Niederlagen. Sie

hatte in Österreich-Ungarn und in dem Kaisertum Napoleons III. starke Stützen gefunden. Man hoffte, die „Burg des Protestantismus“, Preußen, niederzuwerfen; anderseits widersetzte man sich mit allen Mitteln der Einigung Italiens. Da mußte der Papst es erleben, daß Napoleon III. 1859 den Italienern zum Sieg verhalf gegen die Österreicher. Vergebens kämpfte er 1864 in seiner Enzyklika gegen die Allgewalt des Staates und gegen die Einigung Italiens. Der Gang der Geschichte ließ sich nicht aufhalten. Preußens Sieg bei Königgrätz 1866 rief die größte Bestürzung hervor; der Münchener Nuntius rief bei der Nachricht aus: il mondo casca (die Welt geht unter). Im Jahre 1866 war beides, die Einigung Italiens und Deutschlands, so gut wie abgeschlossen.

Zwar erhob das Vatikanische Konzil abermals Protest gegen die Gewalt des vernunftlosen Staates. Aber am 2. September 1870 erfolgte der Sieg bei Sedan, der Sturz des französischen Kaiserhauses, und am 20. September 1870 besetzten die italienischen Truppen die ewige Stadt Rom; der Kirchenstaat wurde dem Königreich Italien einverleibt.

Der Ausgang der Ereignisse war für die klerikal-jesuitische Partei niederschmetternd:

> ein protestantischer Kaiser an der Spitze des Deutschen Reichs,
>
> ein antiklerikales Königtum in Italien.

Nach 1871 entbrannte im Deutschen Reich ein heftiger Kampf zwischen dem modernen Staat und der römischen Kirche: der sogenannte Kulturkampf. Die Veranlassung war das Auftreten einer besonderen katholischen Partei im deutschen Reichstag, welche unter Berufung auf die „unveräußerlichen, ewigen Rechte“ größte „Freiheit der Kirche“ verlangte und mit der Forderung der Wiederherstellung des Kirchenstaats an das junge Reich herantrat. 1872 wurde für das ganze Reich die Ausweisung der Jesuiten und 1875 die obligatorische Zivilehe beschlossen.

Aber am heftigsten tobte der Kampf im Königreich Preußen. Bismarck entschloß sich, dem Staate die Rechte, welche er vor 1840 der Kirche gegenüber besessen hatte, wiederzugewinnen:

1871 wurde die katholische Abteilung im Kultusministerium aufgehoben;
1872 wurde ein Schulaufsichtsgesetz erlassen, wodurch die Schule wieder in die Hände des Staates gelangte;
1873 folgten die einschneidenden Maigesetze:
am 11. Mai über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen;
am 12. Mai über die kirchliche Disziplinargewalt und Errichtung des königlichen Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten;

am 13. Mai über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel;
am 14. Mai über den Austritt aus der Kirche;
1874 wurde die preußische Gesandtschaft in Rom aufgehoben;
1875 war die Antwort des Staates auf eine maßlose päpstliche Enzyklika das sogenannte Sperrgesetz, das die Einstellung aller Staatsleistungen an die Bistümer und Pfarreien befahl. In demselben Jahre wurden die geistlichen Orden aufgehoben und die Artikel 15, 16, 18, 24 der preußischen Verfassung beseitigt.

Nach dem Tode Pius' IX. 1878 begann die Anbahnung eines friedlichen Verhältnisses: 1880—1886 wurde ein Stück der Kampfgesetze nach dem anderen abgetragen. Es blieben:

die Beseitigung der Artikel 15, 16, 18, 24,
das Jesuitenverbot,
die Schulaufsicht des Staates,
die Anzeigepflicht.

Seit 1882 bestand wieder eine preußische Gesandtschaft am päpstlichen Hof; 1885 war Papst Leo XIII. Schiedsrichter in dem Streit mit Spanien um die Karolinen; seit 1887 waren die geistlichen Orden wieder gestattet, die sich der Seelsorge und dem beschaulichen Leben widmen[1]).

3.

Wilhelm I. und Bismarck wahrten, bei allem versöhnlichen Entgegenkommen, die staatliche Souveränität gegenüber der Papstkirche. Als Pius IX. am 3. August 1873 an den Kaiser Wilhelm I. schrieb, daß jeder, der getauft sei, „irgendwie dem Papste angehöre", antwortete dieser: „sein evangelischer Glaube gestatte ihm nicht, in seinem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als Christus anzunehmen."

Das änderte sich seit 1890 unter Wilhelm II. Die katholische Kirche wurde geradezu bevorzugt und, unter Mißachtung protestantischer Interessen und Gefühle, mit Wohltaten überschüttet[2]).

[1]) In Preußen hatte sich von 1850—1872 die Zahl der Mönche und Nonnen verzehnfacht; 1872 gab es gegen 9000 Ordensleute. Nachdem 1887 die Orden wieder zugelassen sind, ist auf demselben Raum die Zahl der Ordensleute bis 1896 auf 17 398, bis 1908 auf 30825, bis 1913 auf 36841 gestiegen.
In Bayern zählte man 1910 1993 Mönche und 16870 Nonnen.
Nach der Statistik des Jesuiten Krose im „Kirchlichen Handbuch von 1908" waren im Deutschen Reich bei einer katholischen Volkszahl von 22 Millionen 60635 Ordensleute, während im gleichen Jahre Österreich mit 24 Millionen Katholiken nur 38000 Ordensangehörige aufwies. Man hat früher Österreich „Klösterreich" genannt; heute ist das Deutsche Reich „klösterreicher".

[2]) Mit Recht beklagten sich Protestanten über mangelnde Parität.

Wieweit sein Versöhnungsdrang ging, möge folgende Zusammenstellung zeigen:

Dreimal stattete Wilhelm II. dem Papst Leo XIII. einen Besuch im Vatikan ab, obgleich von demselben Papst wiederholt die Reformation und die evangelische Kirche in beleidigender Weise geschmäht war. Ja, er ließ sich vom Papste vorschreiben, wie die Auffahrt zum Vatikan erfolgen sollte.

Überschwenglich wurde der „Friedenspapst" Leo XIII. bei seinem 25jährigen Jubiläum von Kaiser und Regierung gefeiert.

Im Jahre 1891 überwies die preußische Regierung den katholischen Bischöfen die angesammelten „Sperrgelder" (über 16 Millionen Mark), ohne sich irgendwelchen Einfluß auf die Verwendung des Geldes vorzubehalten.

Ohne Rücksicht auf die Gefühle der evangelischen Staatsbürger gestattete die Regierung die Einführung von Fronleichnamsprozessionen in Orten, wo sie bisher nicht üblich gewesen waren.

Die Protestanten hatten den Eindruck, als solle alles, was die Papstkirche als ihre „unveräußerlichen Rechte" hinstellte, auch für sie bindend sein.

Zwar haben die Päpste Leo XIII. und sein Nachfolger Pius X. ausdrücklich erklärt, daß in keinem Lande der Welt ein Katholik so ungestört seiner Überzeugung leben könnte, wie in Deutschland[1]). Aber das genügte ihnen nicht; sie wollten Herren sein in Deutschland und die weltliche Gewalt unter die geistliche beugen. Offen bekannten sie sich zu den Grundsätzen des mittelalterlichen päpstlichen Staatsrechts; immer ungestümer verlangten sie die „Freiheit[2]) der Kirche", d. h. Unterordnung sämtlicher Staatsgewalten unter den Willen der Kurie. 1905 hat Pius X. in seiner Pfingstenzyklika unumwunden von dem päpstlichen Gottes- und Universalstaat gesprochen und die „Unterordnung aller Staatsgesetze unter die göttlichen Gesetze des Evangeliums", d. h. unter die Papstherrschaft, gefordert. Während eifrig mitgewirkt wurde, um den weltlichen Staat immer demokratischer zu machen und zu schwächen, gelang es, mitten im Deutschen Reich verfassungsmäßig den geistlichen Universalstaat aufzurichten, dessen Oberhaupt, der Papst, über eine absolute Machtfülle verfügt, wie sie kein Kaiser und kein König je besessen hat.

Nicht nur in Glaubenssachen, sondern auch in allen weltlichen Angelegenheiten sollen die Katholiken dem Papst unbedingt gehorchen. Erzberger erklärte kurz vor dem Weltkrieg, daß das Zentrum mit dem Papst „durch dick und dünn" gehen müsse.

[1]) Das Deutsche Reich war, wie Preußen unter Friedrich Wilhelm IV., ein katholischer Musterstaat.

[2]) Bismarck sagte: Was Rom unter Freiheit versteht, ist Herrschaft.

Bei der Einführung unseres Bürgerlichen Gesetzbuches (1900) holte die Zentrumsfraktion die Zustimmung des Papstes ein, bevor sie ihre Stimme dafür abgab. Vorher hatte sie zu den Beratungen immer einen jesuitischen Beirat hinzugezogen.

Die sozial-wirtschaftlichen Verbände, die christlichen Gewerkschaften, sollten unter päpstliche Leitung gebeugt werden.

Durch das Motuproprio vom 19. Oktober 1911 verlangte Papst Pius X., daß die Geistlichkeit in Zivil- wie in Strafsachen der weltlichen Gerichtsbarkeit entzogen würde.

Am 6. März 1913 beklagte sich der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, daß der Papst wichtige Dekrete erlasse, ohne sich um den weltlichen Staat zu bekümmern.

Unsere Regierung wagte nicht einzuschreiten, wenn bestehende Staatseinrichtungen in schamlosester Weise geschmäht und Gesetze übertreten wurden. Selbst hohe katholische Staatsbeamte durften sich ungestraft daran beteiligen.

Ein Buch des angesehenen badischen Zentrumsführers Wacker, „Zentrum und kirchliche Autorität", wurde 1914 auf den Index gesetzt, weil der Wille des zehnten Pius dahin ging, daß mit den härtesten Kirchenstrafen bedroht sei, wer zu behaupten wage, das Zentrum brauche der Kurie und den Bischöfen nicht zu gehorchen[1]).

Seit 1848 handelte es sich bei dem Kampf zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt hauptsächlich um das gesamte **Schulwesen:** ein gewaltiges Ringen zwischen Laien- und Priesterkultur! Obwohl seit der Reformation in dem protestantischen Deutschland, besonders in Preußen, gerade das staatliche Schulwesen sich glänzend bewährt und segensreiche Früchte getragen hatte, wurde es als „ein Angriff auf die christliche Lebensordnung" bezeichnet.

Als der Kulturkampf beendet war, gab Windthorst die Losung aus: jetzt müsse der Kampf um die Schule beginnen. Nicht als ob es vorher keinen Kampf um die Schule gegeben hätte; vielmehr wollte er sagen: „Wir gehen von der Abwehr zum Angriff über; jetzt beginnt erst die Hauptsache im Kampf um die Schule." Seitdem ist wiederholt auf den Katholikentagen die Forderung erhoben: der Kirche komme nicht nur eine Mitwirkung, sondern die volle Herrschaft über die Schule, über das gesamte Erziehungs- und Unterrichtswesen zu. — An Frieden dachte der politische Katholizismus nicht.

Auch auf diesem Gebiet ist unter Wilhelm II. die preußische Regierung Schritt um Schritt zurückgewichen: Der Einfluß des Klerus wuchs im gesamten Schulwesen; die Einrichtung von Priesterseminaren wurde wieder gestattet; große Erregung rief im Jahre 1904 ein Erlaß des Kultusministers Studt hervor, der die Einführung von Marianischen Kongregationen an den preußischen Gymnasien erlaubte.

[1]) 1894 hat Papst Leo XIII. unumwunden als sein Ziel hingestellt: Völker und Staaten zur Einheit des Glaubens zurückzubringen und sie unter dem römischen Pontifikat zu vereinigen.

Noch größer war die Macht der ultramontanen Geistlichkeit in Österreich-Ungarn geworden. Wie ein Programm klangen die Worte, die auf einer klerikalen Festversammlung zu Wien im April 1913 gesprochen wurden: „Wir fordern in Österreich einen katholisch atmenden Staat nach außen und innen ... Keine andere Macht kann Österreich groß, stark und einig erhalten, als die der katholischen Staatsidee. Auf der katholischen Staatsidee war die ganze große Vergangenheit Österreichs aufgebaut; in der katholischen Staatsidee liegt einzig und allein die Zukunft ... Österreich ist die Vormacht des katholischen Glaubens; die Stütze des Stuhles Petri steht innerhalb unserer schwarz-gelben Pfähle ... Wir erstreben eine katholische Restauration in den Kulturgrundlagen Europas." — Den österreichischen Kaiser nannte man „den katholischen Kaiser Europas".

In demselben Jahr 1913 hieß es in dem Hirtenbrief des Fürstbischofs von Brixen: „Die Anhänglichkeit an den Papst soll sich ganz besonders durch willigen Gehorsam gegen alle seine Weisungen kundgeben, mögen sie sich auf Glauben und Sitten oder überhaupt auf das öffentliche Leben beziehen.... Sobald der Schlüsselträger des Himmelreichs und unser oberster Hirte etwas als gut oder böse, als erlaubt oder unerlaubt erklärt, ist die Sache für den echten und rechten Katholiken entschieden; er weiß, was er zu glauben und zu tun hat."

Von dem ersten Rekrutenkursus im Kronland Salzburg 1912 wurde berichtet, daß der Bischof wie ein Befehlshaber die Front abschritt und der Jesuitenpater Köth den Rekruten den Fahneneid abnahm.

Und die anderen Völker?

1.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß gerade in den welschkatholischen Ländern immer mehr die Erkenntnis von der Unvereinbarkeit der nationalpolitischen Interessen mit dem mittelalterlichen, theokratischen System des Papsttums durchdrang:

Das Königreich **Italien** ging in seiner Kirchen- und Schulpolitik ganz souverän vor.

In **Frankreich** wurde 1905 die Trennung zwischen Staat und Kirche beschlossen. Die Kirche sollte sich in „Kultusvereine" auflösen, und es war die Absicht, durch Verständigung auf dem Verwaltungsweg die Kirchengüter auf die Kultusvereine zu übertragen. Als der Klerus infolge eines päpstlichen Befehls nicht darauf einging, wurde 1906 im Parlament beschlossen, die Kirchengüter einzuziehen und die Kirche unter die Bestimmungen des Vereinsgesetzes zu stellen. Damals hat der Kultusminister Briand im französischen Senat unter jubelndem Beifall erklärt:

„Wir wollen nichts anderes als das Recht, unseren Staat ohne fremde Einmischung zu verwalten. Die Klerikalen aber wollen, daß ein Fremder im fremden Lande, der fremden Einflüssen nicht unzugänglich ist, für uns Gesetze erlasse."

In **Spanien** hatte 1910 der Ministerpräsident Canalejas eine längere Besprechung mit dem päpstlichen Nuntius, in der er ihm die Meinung des spanischen Kabinetts über die Reform des Konkordats auseinandersetzte. Er verlangte die Vorherrschaft der staatlichen Gewalt über die Gewalt der Bischöfe und der Kirche, sowie die Verminderung der Klöster und geistlichen Lehrer, die Unterordnung der religiösen Orden unter das Gesetz[1]).

In **Portugal** brach mit dem Königshause Braganza auch Roms Einfluß zusammen; am 4. Oktober 1910 wurde die Republik ausgerufen. Alsbald begann man mit der Ausweisung der Mönche und Nonnen; wie in Frankreich, brachte das Trennungsgesetz eine ganz neue Ordnung der Dinge.

2.

Zwar nahm die römisch-katholische Kirche in **England** und in den **Vereinigten Staaten von Nordamerika** einen glänzenden Aufschwung, und man trug sich in Rom mit der Hoffnung, die Angelsachsen ganz dem Katholizismus wiederzugewinnen; Papst Leo XIII. bezeichnete Amerika als das Zukunftsland des Katholizismus. Aber schließlich wurde der „Amerikanismus" von demselben Papst Leo XIII. (1899) und später von Pius X. als „Modernismus" geächtet und verdammt. Weshalb? Dieser „Amerikanismus" lehnte den politischen Katholizismus ab und sah in ihm eine große Gefahr.

Kampf des Ultramontanismus gegen das deutsche Volkstum.

Alle anderen Nationen stellten ihr Volkstum über die Konfession; nur wir Deutschen handelten umgekehrt. Seit 100 Jahren war es allmählich dahin gekommen, daß die meisten deutschen Katholiken sich den polnischen, tschechischen, französischen, italienischen Glaubensgenossen näher verwandt fühlten, als ihren protestantischen Volksgenossen. Hierin haben wir die Hauptursache für die großen Verluste unseres Volkstums zu sehen; denn der Ultramontanismus verband sich mit allen Feinden des Deutschtums.

1.

Im Deutschen Reich:

Wie leicht wäre eine friedliche Eindeutschung der $3^1/_2$ Millionen Polen in der Ostmark und der 200000 Franzosen in Elsaß-Lothringen gewesen, zumal da sie größtenteils nur sprachlich verwelscht bez. polonisiert waren! Sie ist hauptsächlich an der katholischen Geistlichkeit und der Zentrumspartei gescheitert.

Welch ein Unterschied! Die deutschen Katholiken warfen ihr Volkstum von sich. In einer „Bonifatius-Broschüre" des Jahres 1905 hieß es: „Wir sind zuerst Katholiken und erkennen in dem modernen Patriotismus ein Stück Barbarei, ein Vergehen an der Menschheit, eine Sünde gegen die Nächstenliebe, einen Abfall vom Christentum ... Den modernen Patriotismus überlassen wir also unserem

[1]) Im Jahre 1909 war es in Barcelona zu einem entsetzlichen Klostersturm gekommen.

alten Vetter, dem deutschen Michel, und der mag uns mit seinem Nationalitätsschwindel vom Leibe bleiben." — Die Germania erklärte im Dezember 1906 den erfreulichen Beschluß des „Verbandes deutscher Katholiken im Osten", die deutschen Kandidaten bei der Wahl zu unterstützen, „für eine außerordentlich bedauerliche und gefährliche Erscheinung, ja politischen Selbstmord".

Und die Polen? Ihnen ist „polnisch" gleich „katholisch", „deutsch" gleich „protestantisch". Der preußische Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg erklärte am 19. Januar 1910 im Abgeordnetenhaus: „Ich will gleich allen meinen Vorgängern aufs bündigste in Abrede stellen, daß in der gesamten Polenpolitik der preußischen Regierung konfessionelle Gegensätze irgendeine Rolle spielen. Die Regierung lehnt es ab, solche Gegensätze mit dem Nationalitätenkampfe zu verquicken. Wer diese Verquickung vorgenommen hat, das sind die Polen. Die Polen haben den Gegensatz von katholisch-polnisch und evangelisch-deutsch konstruiert."

Die deutsche Zentrumspartei wurde nicht müde, entgegen aller Wahrheit, die preußische Polenpolitik als einen „Angriff auf den katholischen Glauben" zu bezeichnen. Die Geistlichkeit machte sich nicht um die Pflege der deutschen, sondern der polnischen „heiligen Muttersprache" die größte Sorge und Mühe, auch wenn die Kinder die deutsche Sprache besser verstanden als die polnische; ja, deutschgeborenen katholischen Kindern zwang sie die polnische Sprache auf. So geschah das Ungeheuerliche, daß auf deutschem Reichsboden die friedliche Eindeutschung der Polen gehindert, aber die gewaltsame Polonisierung der deutschen Katholiken mit allen Mitteln gefördert wurde.

Bismarck hat es oft ausgesprochen, daß er durch die Polenfrage in den Kulturkampf getrieben sei. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" heißt es: „In Posen und Westpreußen waren nach Ausweis amtlicher Berichte Tausende von Deutschen und ganze Ortschaften, die in der vorigen Generation amtlich deutsch waren, durch die Einwirkung der katholischen Abteilung polnisch erzogen und amtlich ‚Polen' genannt worden ... Die katholische Abteilung war nach und nach zu einer Behörde geworden, die inmitten der preußischen Bürokratie die römischen und polnischen Interessen gegen Preußen vertrat."

Am 12. März 1890 sagte der Kultusminister **von Goßler** im preußischen Abgeordnetenhaus: „Wer ein wenig die Decke aufhebt, der sieht den vollen Kampf, in welchem sich die polnische Geistlichkeit mit der deutsch-katholischen Bevölkerung befindet. Die deutschen Katholiken in der Provinz Posen sind ja so unterdrückt, daß sie überhaupt kaum noch atmen können."

Der Ministerpräsident **von Bethmann-Hollweg** erinnerte in der oben erwähnten Rede vom 19. Januar 1910 an die Polonisierung: „Hat man denn vergessen, daß reindeutsche Gemeinden und reindeutsche Landstriche polonisiert worden sind? Sieht man nicht, daß es dem Großpolentum in Oberschlesien gelungen ist, eine polnische Bevölkerung, so staatstreu und vaterlandsliebend wie irgendeine andere, zu verhetzen und dem preußischen Staate zu entfremden?"

Auch der katholische Minister **von Schorlemer** hat es ausgesprochen, daß deutsche Katholiken, die in ein polnisches Gebiet versetzt wurden, in ihrem deutschen Volkstum gefährdet waren.

Dasselbe erlebten wir im Westen, in Elsaß-Lothringen. Auch hier trug die katholische Geistlichkeit die Hauptschuld, daß das Deutschtum nicht nur keine Fortschritte machte, sondern zurückging. Und die deutsche Zentrumspartei schüttelte die elsässischen Franzosenfreunde ebensowenig von ihren Rockschößen, wie die polnischen Agitatoren.

Es entstand eine „katholische" (d. h. ultramontane) Geschichtswissenschaft, die uns allen Stolz auf unsere kriegerischen und religiösen, Geistes- und Arbeitshelden rauben und das Deutschtum in die welschen Fesseln zurückzwingen wollte. Das Ergebnis dieser „Geschichtsforschungen" stand von vornherein fest:

die Herrlichkeit der Mittelalters,
die Göttlichkeit der römisch-katholischen Kirche,
der häßliche Ursprung und die schrecklichen Wirkungen der Reformation,
die Verdienste des Jesuitenordens,
die Begehrlichkeit der Hohenzollern,
die Uneigennützigkeit der Habsburger.

1876 wurde die Görres-Gesellschaft gegründet, mit dem „katholischen Grundsatz, daß zwischen der von der Kirche getragenen Offenbarung und den Erzeugnissen echter Wissenschaft niemals ein Widerspruch bestehen kann". Man erklärte, daß man die Menschheit von den zahlreichen Irrtümern befreien wollte, welche die hinterlistigen Protestanten verbreitet haben; was die hervorragendsten Forscher und Wahrheitssucher, wie Ranke, Häußer, Droysen, Sybel, Treitschke gesagt und geschrieben haben, verdächtigte man als „protestantische" und „preußische" Geschichtswissenschaft. Die scholastische Philosophie, die jahrhundertelang dem Spott und der Verachtung aller Gelehrten verfallen war, gelangte wieder zu Ehren; Thomas von Aquino wurde die höchste Autorität in allen Wissenschaften.

Dazu kam der Kampf gegen die Machtgrundlagen des Preußentums und des Hohenzollernhauses, gegen den sogenannten „Militarismus". Wie die Völkerrechtsbestrebungen darauf hinausliefen, den starken, aber dummen deutschen Michel zu fesseln, während alle anderen Völker sich nicht im mindesten durch das beschriebene Papier gebunden fühlten: so wurde auch der Pazifismus eine Waffe wider das Deutschtum. Papst Leo XIII. benutzte jede Gelegenheit, um seine Gegnerschaft gegen den „Militarismus" darzulegen; er schickte 1894 ein „Sendschreiben an sämtliche Fürsten und Völker" gegen das Wettrüsten und die allgemeine Dienstpflicht. Seine Worte fanden lauten Widerhall auf den deutschen Katholikentagen und bei der deutschen Zentrumspartei. Während ringsum die Rüstungen zu Lande und zu Wasser aufs höchste gesteigert wurden, schwoll im eigenen Land das törichte Geschrei über den unerträglichen Militarismus an, und künstlich wurde eine ungerechte Verhetzung gegen das Offizierkorps gezüchtet.

2.

In Österreich-Ungarn beteiligte sich der deutsche Klerus eifrig an der Entnationalisierung der 12 Millionen deutscher Volksgenossen:

in Böhmen machte das Tschechentum Fortschritte;

in Galizien stellte sich die Geistlichkeit restlos in den Dienst der Polonisierung und suchte das Erwachen des deutschen Nationalbewußtseins zu verhindern;

in Ungarn waren die zwei Kennzeichen des Katholizismus: klerikaler Ultramontanismus und Unterstützung der Madjarisierungsbestrebungen;

in Tirol wurde 1913 auf der Hauptversammlung des „Tiroler Volksbundes" bittere Beschwerde über die Haltung der kirchlichen Behörden geführt.

Zusätze.

Hat sich unter den deutschen Katholiken kein Widerstand geregt gegen den Ultramontanismus, d. h. politischen Katholizismus, gegen die Unterdrückung unseres Volkstums, gegen die Verwelschung und Jesuitierung der Kirche? Darauf lautet die Antwort, daß seit 1814 alles, was vom römischen Papsttum ausging, zunächst im deutschen Volke Kopfschütteln und Widerspruch hervorrief; aber die Wirkungen waren verschieden. Wir müssen dreierlei unterscheiden.

1.

Wiederholt brachte die Spannung einen Bruch und Abfall von Rom:

1844 führte die Ausstellung des „ungenähten Rockes Christi" in Trier zur Gründung einer deutschkatholischen Nationalkirche; sie zählte gegen 100000 Seelen.

Als auf dem Vatikanischen Konzil 1870 das Unfehlbarkeitsdogma verkündet wurde, entstand im Gegensatz dazu die altkatholische Kirche. Sie richtete sich gegen den Kurialismus, d. h. gegen die absolute Herrschaft des Papstes; sie hielt am Episkopalsystem fest und an dem Grundsatz, daß die Einheit der Kirche in Christus, nicht im Papste liege, und daß die oberste Instanz die Versammlung der Bischöfe sei.

Während der letzten Jahrzehnte erkannte man in den deutschbewußten Kreisen Österreichs immer mehr Rom als den Feind unseres Volkstums; auf dem deutschen Volkstag in Wien wurde am 11. Dezember 1897 der Ruf „Los von Rom" in die Massen geworfen. Seitdem sind Tausende Deutsche, trotz großer materiellen Nachteile, aus der römisch-katholischen Kirche ausgetreten.

2.

Als der siegreiche Kurialismus nach 1870 den politischen Katholizismus brachte, d. h. als die weltbeherrschende Macht des Papsttums zum Eckstein des ganzen kirchlich-religiösen Lebens gemacht wurde, da traten immer von neuem gerade die treuesten Söhne der Kirche auf und sagten, das Papsttum müsse sich auf seine allein

geistliche Aufgabe besinnen. Diese Männer wiesen den Gedanken an einen Abfall von Rom weit von sich; sie bekämpften nur den „politischen, deutsch- und kulturfeindlichen Katholizismus von heutzutage" und forderten Rückkehr zum „religiösen, nationalen, kulturellen Katholizismus Jesu und der alten Kirche".

1904 entstand die Kraus-Gesellschaft, die öffentlich gegen die Gleichsetzung von „katholisch" und „ultramontan" protestierte. Der katholische Universitätsprofessor Kraus sagte: „Ultramontan ist,

wer den Begriff der Kirche über den der Religion stellt;
wer den Papst mit der Kirche verwechselt;
wer da glaubt, das Reich Gottes sei von dieser Welt und es sei, wie das der mittelalterliche Kurialismus behauptet hat, in der Schlüsselgewalt Petri auch die weltliche Jurisdiktion über Fürsten und Völker eingeschlossen;
wer da meint, religiöse Überzeugung könne durch materielle Gewalt erzwungen oder dürfe durch solche gebrochen werden;
wer immer bereit ist, ein klares Gebot des Gewissens dem Anspruch einer fremden Autorität zu opfern."

In dem ergreifenden Aufruf, den die Kraus-Gesellschaft 1914 bei ihrem zehnjährigen Bestehen erließ, wurde gesagt:

„Wir kämpfen gegen zwei gefährliche Übel, die im Katholizismus groß geworden sind: gegen die Wendung zur starren, äußerlichen Gesetzesreligion mit klerikaler Herrschaft, mit blindem Glauben und Gehorsam, und gegen die Entheiligung der Religion durch Vermischung mit dem Streben nach politischer Macht."

Kurz vor dem Weltkrieg gründeten katholische Männer, die über die Vermischung von Religion und Politik in der Zentrumspartei entrüstet waren, die „Deutsche Vereinigung".

3.

Bei der überwiegenden Mehrheit, bei 99 Prozent der katholischen Bevölkerung, folgte der ersten Aufwallung, den anfänglichen Protesten stets die gehorsame Unterwerfung, das sacrificium intellectus. Der katholische Theologe D. Funk klagte 1910, daß die deutschen Bischöfe seit 1870 der Kurie gegenüber schweigen: „sie haben nur noch gegen die Regierungen Rückgrat; in der Richtung nach Rom sind sie andauernd in einer Stellung, wie sie orientalischer Hofbrauch vorschreibt."

Zwar jubelten zahlreiche Katholiken den Professoren Schell, Merkle, Wahrmund, Ehrhard, Schnitzer zu, welche mit begeisterten Worten den religiösen Katholizismus priesen; die weitverbreitete, angesehene Kölnische Volkszeitung feierte anfangs Ehrhards Buch in den höchsten Tönen. Aber auf einen Wink von Rom erfolgte der gehorsame Umfall. Auch innerhalb der Zentrumspartei, innerhalb der Gewerkschaften, im Volksverein glaubte man bisweilen, selbständige Wege gehen zu können; aber ohne Erfolg.

„Wir sind alle Jesuiten", durfte ausgerufen werden, und immer kleiner wurde die Zahl der Katholiken, die es wagten, gegen die zunehmende Jesuitierung der Kirche ihre Stimme zu erheben.

Mit welchen Mitteln verfolgt der Ultramontanismus sein Ziel?

1.

Sehr geschickt hat die römische Kirche die Strömungen und Fortschritte der Zeit ihren Zwecken dienstbar gemacht[1]). Fortwährend

[1]) Sie verstand es, dieselbe für ihre Ziele „einzufangen".

führte sie das Wort „Freiheit" im Mund, wurde immer demokratischer und eignete sich alle freiheitlichen Forderungen des Volkes an. Sie verlangte „Freiheit" der Kirche, Unterrichtsfreiheit, Preß- und Vereinsfreiheit. Eine wohlorganisierte Presse arbeitete für ihre Interessen. Von dem **Parlamentarismus** hatte sie den größten Gewinn, indem in den Volksvertretungen eine starke katholische Partei die Politik der Regierung sehr beeinflußte. Ihre Abgeordneten stellten alljährlich im Reichstag „Toleranzanträge". Auch nahmen sie die Lösung der sozialen Frage in die Hand und standen bei dem Werben um die Arbeiterstimmen nicht hinter den Sozialdemokraten zurück.

2.

Erstaunlich war die Vereinstätigkeit der katholischen Kirche während der letzten Jahrzehnte. Es gelang dem Klerus, die gesamte katholische Bevölkerung Deutschlands in Vereinen, teils religiöser, teils sozialer Art, zu einer geschlossenen Masse zu organisieren und systematisch gegen die protestantischen Mitmenschen und gegen den protestantischen Geist abzusperren. Es gab unzählige Lehrlings-, Gesellen-, Meister-, Bauern-, Winzervereine; dazu kam der Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse, der Vinzentiusverein zur Verbreitung des Katholizismus in evangelischen Landen, vor allem der 600000 Mitglieder umfassende Volksverein für das katholische Deutschland. Die konfessionelle Absperrung wurde in die Schulen und Universitäten getragen; in den Universitätsstädten gab es zahlreiche katholische Studentenverbindungen. Ferner wurden kaufmännische Vereine gegründet, katholische Juristenvereine, katholische Vereine der akademisch Gebildeten, katholische Kasinos und Gesellschaftshäuser. Alle diese Vereine bildeten die zuverlässige Gefolgschaft des Zentrums, der katholischen Partei, welche die Aufgabe hatte, politisch für die „unveräußerlichen Rechte der Kirche" einzutreten. In den Vereinen selbst waren zahlreiche Geistliche tätig; ja bei jeder Abgeordnetenwahl wurden Fälle der Beeinflussung der Wähler von der Kanzel herab oder im Beichtstuhl bekannt. So trug der Ultramontanismus die Schuld an der wachsenden Spaltung im deutschen Volk.

Die katholische Kirche bildete einen geschlossenen Staat im Staate. Alljährlich fand in den Katholikenversammlungen eine großartige Heerschau statt.

3.

Die katholische Bevölkerung wurde in dauernder künstlicher Erregung gehalten, als wenn die heilige römische Kirche allüberall verfolgt werde: der Papst sei ein Gefangener in Rom; das Trennungs-

gesetz in Frankreich, der Klostersturm in Spanien sei die Folge des liberalen Geistes, welcher seit der Reformation die Völker ergriffen habe. Vor allem aber wurde ein **fanatischer Preußenhaß** geschürt und genährt. Obwohl der Kulturkampf seit einigen Jahrzehnten beendigt war, obwohl nirgends in der Welt die katholische Kirche soviel Freiheit hatte als in Preußen, redete man doch unermüdlich von Bedrückung und Benachteiligung: bald waren es Paritätsklagen, bald die Verweigerung einer Ordensniederlassung, bald irgendein Schulbuch; als bei den Wahlen 1907 die Sozialdemokraten geschlagen wurden und dadurch das Zentrum seine Schlüsselstellung verlor, da wurde laut von dem Beginn eines neuen Kulturkampfes gesprochen. Mit Recht schrieb der katholische Professor von Savigny:

„Es dürfte nun aber endlich doch die Zeit gekommen sein, wo die ihrer Verantwortung bewußten Katholiken ernstlich erwägen sollten, ob sie es dulden wollen, daß fort und fort ihre Publizistik die Vertretung katholischer Interessen mit dem unsinnigen Preußenhaß belastet; ob sie nicht die diesen Haß nährenden Elemente des abgestorbenen Welfentums, großdeutscher Phantastik, bornierten Partikularismus, reichsfeindlicher Polenliebe und hetzerischer Demagogie energisch von sich abschütteln wollen. Immerhin erweist sich dies als eine Pflicht gegenüber dem Vaterland und gegenüber dem richtig verstandenen Konfessionsinteresse. Es ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit."

4.

Die Ultramontanen schlossen nicht nur mit der Demokratie, sondern auch mit **allen Fremdstämmigen** einen Bund gegen das Deutschtum. Angeblich nahmen sie die Schwachen, Kleinen, „Bedrängten" in ihren Schutz; sie traten für die „heilige Muttersprache" der Polen, der Dänen, der Französlinge, der Tschechen, Slowenen ein, während sie jede kleine Regung eines **deutschen** Nationalbewußtseins als fanatischen „Chauvinismus" an den Pranger stellten. Im **deutschen** Reichstag schlossen sich **Juda** und **Rom** zusammen und bildeten mit den Polen, Dänen, Elsässern, Welfen die Mehrheit. Auf **deutschem** Boden drohte eine **nationalpolnische** Kirche zu entstehen.

5.

Wiederholt sind wir erstaunt gewesen über die anmaßende Selbstverständlichkeit, mit der die Papstkirche sich an keinerlei weltliche Bestimmungen und Vereinbarungen gebunden fühlte; sie berief sich auf ihre „unveräußerlichen, göttlichen Rechte"[1].

Treitschke sagte (Politik, I S. 334): „Da sich die römische Kirche allein für die civitas Dei (den „Gottesstaat", den wahren Staat) hält, faßt sie alle Verträge auf als „Indulgenzen, Grazien" (d. h. Gnadenerweise), die der eigentliche Herrscher, der Papst,

[1] Vgl. meine „Angewandte Kirchengeschichte", 3. Aufl. S. 362ff.

ausnahmsweise dem sündigen Weltkind gewährt. Alle Grazien und Indulgenzen kann man aber zurücknehmen"[1].

Charakteristisch für das Verfahren der Kurie war folgender Hergang: Die Kurie gestand 1821 der preußischen Regierung zu, daß, wie bisher, bei Besetzung der Bischofsstühle die Domkapitel sich vor der Wahl vergewissern sollten, ob der betreffende Kandidat dem König genehm sei. Aber dies war **nicht** in der für die Veröffentlichung bestimmten **Bulle** ausgesprochen, sondern in einem geheim gehaltenen **Breve** an die Domkapitel. Dieses Breve war natürlich ein wesentlicher Teil des zwischen Preußen und der Kurie geschlossenen Vertrags. Aber schon bald setzte man sich darüber hinweg, weil es ja gar nicht in der Bulle stehe. 1839 erfolgte die Wahl Arnoldis zum Bischof von Trier, **obwohl** die Regierung ihn nicht als genehm bezeichnet hatte. 1844 wollte der Papst die Erkundigung bei der Regierung durch ein neues Breve abschaffen. 1865 erhielt das Kölner Domkapitel eine päpstliche Belobigung, weil es die von der Regierung genannten Kandidaten nicht begünstigte.

Damit hing es zusammen, daß die Papstkirche für sich weiteste **Toleranz** forderte, während sie **selbst intolerant** blieb. In dem Staatslexikon der Görres-Gesellschaft heißt es:

„Der Staat ist in Sachen der Bekenntnisfreiheit freier und ungehemmter als die an ihre Lebensgesetze gebundene Kirche, wennschon auch er gewisse Schranken anerkennen muß" (S. 715); „Das Kirchenrecht kennt kein Recht des Austritts aus der katholischen Kirche, sondern straft den Abfall; der moderne Staat stellt Wahl des Bekenntnisses frei" (S. 718); „Der Staat gewährt Kultusfreiheit, muß auch z. B. in Braunschweig, Mecklenburg, Sachsen alle Beschränkungen katholischer Kultusfreiheit wegräumen; die katholische Kirche erkennt nur den Kultus und äußeren Gottesdienst in ihr, der Heilsanstalt, als berechtigt an."

Das bedeutete doch die Forderung der Toleranz für die grundsätzliche Intoleranz. Klassisch waren die Worte Veuillots im Univers 1875: „Da, wo wir in der Minderheit sind, beanspruchen wir die Freiheit nach **euren** Grundsätzen; da, wo wir die Mehrzahl bilden, versagen wir sie euch nach **unseren** religiösen Überzeugungen." Unsere Ultramontanen suchten dieses Verhältnis durch die feine Unterscheidung von politischer und religiöser Toleranz zu verschleiern.

Seit Jahrzehnten lebten wir in einem Zeitalter **zielbewußter Gegenreformation**. Kurz vor dem Weltkrieg entfaltete der Jesuiten-

[1] Treitschke selbst stand natürlich auf einem anderen Standpunkt: „Der Staat kann, wenn er souverän ist, keiner Genossenschaft, die unter seiner Oberhoheit steht, gestatten, vertragsweise mit ihm zu vereinbaren, wieweit seine, des Staates Rechte reichen sollen. Er kann der Kirche weite Rechte einräumen, aber nur nach **seinem** Ermessen. Ein Konkordat ist ein Vertrag von Macht zu Macht; der Staat aber darf sich das Eingreifen des römischen Papstes in seine Machtbefugnis nicht gefallen lassen."

pater Lippert die Sturmfahne: „Die Katholiken dürften nicht dulden, daß die Andersgläubigen im Irrglauben verharrten.“ Und der Zentrumsabgeordnete Herold verteidigte im preußischen Landtag diesen Angriff als eine „Tat christlicher Nächstenliebe“.

Rückblick auf 1814—1914.

Staat, Volk, Kirche.

1.

Verhältnis zwischen Staat und Kirche.

Im Hochmittelalter erlangte die Kirche den Primat, die Überordnung (superioritas): eine freie Kirche im unfreien Staat. Es folgte eine Zeit, wo umgekehrt die Kirche unfrei war im freien Staat, wo der König, der Fürst Herr sowohl des Staates als auch der Kirche war. — Und 1814—1914? Seitdem der Grundsatz der persönlichen Glaubensfreiheit durchgedrungen war, gestaltete sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche besonders schwierig. Die Versuche eines Ausgleichs gingen auseinander, je nachdem der Staat oder die Kirche das letzte, entscheidende Wort beanspruchte:

1. In USA. ist die Trennung von Staat und Kirche vollzogen. Der Staat sichert allen Religionen und Sekten Freiheit und gleiche Rechte zu; er behandelt die Kirchen wie Privatvereine, die unter dem staatlichen Vereinsgesetz stehen. Ähnlich gestaltete sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Frankreich.

Anders in Preußen! Hier entwickelte sich das System der Kirchenhoheit, mit voller persönlichen Glaubensfreiheit. Der Staat schützte die verschiedenen Konfessionen, stattete ihre Kirchen mit reichen Mitteln und Privilegien aus, beanspruchte aber die Oberhoheit: d. h. er ordnete die Rechtsstellung der Kirche an, wirkte bei der Besetzung der geistlichen Ämter mit, bewahrte sich selber volle Selbständigkeit in der Rechtsprechung, im Schulwesen und in der Eheschließung. Grundsatz war: Freiheit der Kirche in inneren, Gebundenheit in äußeren Dingen; die Kirche hatte das ius in sacra, der Staat das ius circa sacra.

2. Und das Papsttum? Wir nannten sein unerwartetes Wachstum den Hauptinhalt der neuesten Geschichte; es machte sich langsam vom weltlichen Staat unabhängig und kehrte zu den mittelalterlichen Grundsätzen, d. h. zur katholischen Staatsidee zurück. Nach seiner Auffassung hat der Staat die Kirche zu schützen und mit reichen Mitteln auszustatten, aber auf jeden Einfluß zu verzichten. Das bedeutet nichts anderes, als eine freie, von einem auswärtigen Oberen geleitete Kirche im unfreien Staat. Belgien war der erste derartige katholische „Musterstaat“. Denselben Weg betrat das evangelische Preußen unter Friedrich Wilhelm IV. Daraus entwickelten sich unerträgliche Zustände. Bismarck stellte die Oberhoheit des Staates wieder her; aber seit 1890 gerieten wir wieder Schritt um Schritt ins Mittelalter zurück.

2.

Volk und Kirche.

Vor 100 Jahren nannte Josef Görres die Reformation den „zweiten Sündenfall“. Das ist das Urteil eines Flavusdeutschen. Der Armindeutsche sieht nicht da einen Sündenfall, wo die römischen Fesseln gesprengt wurden; sondern überall da, wo germanischdeutsche Helden sich verleiten ließen (Karl der „Große“, Otto der „Große“), ihre nationalen Kräfte für universaltheokratische Ziele einzusetzen, die Jesus Christus als

Lockungen des Satans entschieden abgelehnt hatte: woran unser Volkstum verblutete. Es handelte sich dabei keineswegs um religiöse Fragen, sondern um den 2000jährigen Kampf zwischen Germanismus und Romanismus, der schon vor Christus begann. Da ist Selbstbehauptung heilige Pflicht, und jede Nachgiebigkeit der Anfang des Niedergangs. — Seit 1814 wiederholte sich dieselbe Tragik, wie im Mittelalter. Die Hohenzollern des 19. Jahrhunderts haben, in dem Glauben als Christen so handeln zu müssen, mit eifrigem Bemühen ihren gefährlichsten Gegner „geweckt, mit Würden erfüllt, ihm überall geholfen, bis er so stark war, daß er dem großen Helfer ans Leben gehen konnte“.

> In einem Rückblick auf das 19. Jahrhundert schrieb der Kirchenhistoriker Kolde: „Der ungeheure Aufschwung der päpstlichen Macht seit 1814 beruht weniger auf einer inneren, naturgemäßen Entwicklung; vielmehr ist er vor allem der Kirchenpolitik der Regierungen und da wieder, um es gleich herauszusagen, sehr wider ihren Willen, besonders der preußischen und deutschen Regierung zu verdanken... Die preußischen Staatsmänner pflegen mit einer kaum glaublichen Kurzsichtigkeit, die sich nur aus einer bei Fürsten wie Staatsmännern schier traditionell gewordenen Unkenntnis des Wesens der katholischen Kirche und ihrer Geschichte erklärt, die kirchenpolitischen Fragen zu behandeln ... In der sonst einzigartigen Geschichte Preußens ist der dunkle Punkt seine Kirchenpolitik. Denn sie ist die Geschichte fortwährender Niederlagen des preußischen Staates gegenüber der Kurie.“

Durch den politischen Katholizismus gerieten unsere katholischen Volksgenossen immer wieder in die schwersten Gewissenskonflikte. Sie durften sich nicht ohne Einschränkung zu unserem Volk und Staat bekennen; ie durften sich weder des Preußentums, der Hohenzollern, des Bismarckschen Deutschen Reichs noch unserer großen Denker und Dichter freuen. Zwar empfanden seit 100 Jahren zahlreiche deutsche Katholiken (und nicht die schlechtesten) alles, was von Rom kam, als etwas Fremdes, „ihr Inneres Störendes“; aber sie beugten sich (mit wenigen Ausnahmen), weil sie sich nicht von dem Menschheitswahn und von dem Glauben an die Notwendigkeit einer einheitlichen äußeren Kirche (Una Sancta) losreißen konnten. Als um 1900 die Bücherzensur (der Index, d. h. das Verzeichnis verbotener Bücher) neu organisiert wurde, da wandten sich 1907 deutsche Katholiken ehrerbietig an Pius X.:

> „Sodann wollest du, heiligster Vater, falls die völlige Beseitigung der namhaften Indexverurteilungen nicht angängig sein sollte, grundsätzlich alles das aus den Indexdekreten für immer beseitigen, was dem germanischen Volksgewissen aufs allertiefste widerspricht, und das ist vor allem die Verurteilung ohne Anhörung der Angeklagten, die Geheimhaltung der Gründe und endlich die Verpflichtung des Verurteilten zum Schweigen, ohne die gleichzeitige Schweigepflicht für sämtliche kirchliche Gegner des Verurteilten.“

Die Antwort des Papstes war die Enzyklika gegen den Modernismus. — Dem päpstlichen Willen entsprechend, erklärte in demselben Jahr 1907 der Katholikentagspräsident Fehrenbach: „Wenn es Sache der Wissenschaft ist zu forschen, so ist es Sache der Kirche, über die Forschungsergebnisse zu entscheiden.“ —

Die deutschen Katholiken konnten, obgleich ihnen immer wieder versichert wurde, daß sie turmhoch über den „Ketzern“ ständen, ihre Augen nicht verschließen vor all dem Großen und Schönen, das von diesen Ketzern geschaffen ist, und sie beneideten uns nun um unsere geistige Bewegungsfreiheit. Das Wort von der Rückständigkeit („Inferiorität“) der Katholiken stammt von ihnen selbst, und sie wird, wie die Kölnische Volkszeitung 1908 schrieb, „heute in gebildeten katholischen Kreisen kaum noch bestritten.“

Wie römisch bzw. italienisch die katholische Kirche ist, zeigt folgende Zusammenstellung:

An der Lateransynode 1059, wo das Papstwahldekret zustande kam, hat kein einziger deutscher Bischof teilgenommen. Das Kollegium der Kardinäle bestand ausschließlich aus Römern.

Auf der berühmten römischen Fastensynode 1075 waren nur italienische und burgundische Bischöfe zugegen.

Die letzten Beschlüsse des Tridentiner Konzils (1545—1563) sind gefaßt von 187 Italienern, 31 Spaniern, 29 Franzosen, 2 Deutschen und 1 Engländer.

Von den 759 Mitgliedern des Vatikanischen Konzils (1870) konnten nur 588 als stimmberechtigt gelten; darunter waren 276 italienische Bischöfe. Vergebens war der Protest gegen die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen nach der Kopfzahl. Bei der ersten Abstimmung über die Unfehlbarkeit des Papstes vertrat die Opposition einen größeren Teil der katholischen Kirche, als die Konzilsmehrheit. Aber schließlich unterwarfen sich alle Bischöfe.

Die Zahl der Kardinäle wurde von Sixtus V. auf 70 festgesetzt, wird aber infolge der Todesfälle selten erreicht. Unter ihnen überwiegen die Romanen, besonders die Italiener. Im Jahre 1917 war von 67 Kardinälen 35, mehr als die Hälfte, Italiener.

Der Weltkrieg[1]).

Vorbereitungen zum Weltkrieg.

Wiederholt ist auf den uralten Kampf zwischen Universalismus und Nationalismus d. h. zwischen der jüdischrömischen „Menschheit" und unserem Volkstum hingewiesen. Im 16., 17., 18. Jahrhundert halfen uns die Gegensätze, die zwischen unseren Feinden bestanden, beim Aufbau der romfreien Kirche, der romfreien Kultur und des romfreien Staates der Hohenzollern. Und auch im 19. Jahrhundert konnte, trotz zahlreicher Verirrungen und Fehler, Preußen wachsen, das deutsche Kaiserreich aufgerichtet und ausgebaut werden, solange draußen und drinnen große Spannungen zu scharfen Konflikten zwischen unseren Gegnern führten. Wir denken an das 100jährige Ringen zwischen England und Rußland, an die häufigen Zusammenstöße zwischen den englischen und französischen und amerikanischen Interessen, an die erbitterte Feindschaft zwischen Freimaurern und Jesuiten. Auch zwischen unseren drei internationaldemokratischen Parteien gab es keine Eintracht. Es waren, draußen und drinnen, Konkurrenten, welche in ihren Zielen untereinander verwandt waren, aber sich gegenseitig den Preis abzujagen suchten.

Daß ein Bund all dieser Konkurrenten zustande kam, erscheint mir als die wichtigste Vorbereitung zum Weltkrieg. Nicht als ob einzelne Männer mit Bewußtsein hinter den Kulissen von langer Hand den Zusammenschluß herbeigeführt hätten; aber in demselben Maße, wie das Bismarcksche Reich erstarkte, wuchs die Erkenntnis der Gefahr, die den Menschheits- und Weltreichsbestrebungen drohte. Der gemeinsame Haß gegen das Preußentum verband einerseits Frankreich, Rußland, England, anderseits unsere „deutschen" Klerikal-, Kapital- und Sozial-Internationaldemokraten. Sogar Juda und Rom, Jesuiten und Freimaurer vergruben das Streitbeil.

[1]) Schon wenige Monate nach Ausbruch des Weltkrieges begann mein jahrelanger Kampf gegen die verbrecherischen Quertreiber.

1.

Deutsche Michelei.

„Weggeblasen! weggefegt!" so riefen wir jubelnd im August 1914 aus. Der Krieg erschien uns als Retter und Befreier; der ganze Spuk der internationaldemokratischen Trugbilder zerrann in nichts; die führenden Menschheitsapostel, die noch kurz vorher prophezeit hatten, daß das deutsche Volk dem Mobilmachungsbefehl nicht gehorchen würde, sahen sich von den Massen verlassen, die, von einer überwältigenden Begeisterung ergriffen, nichts anderes als deutsch sein wollten: Ein Wille, ein Gedanke! auch die konfessionellen Gegensätze verschwanden. — Wenn damals der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und der unter ganz anderen Verhältnissen 1912 gewählte „Judenreichstag" weggefegt und Neuwahlen ausgeschrieben worden wären, so hätten wir eine Volksvertretung erhalten, die von sich aus auf tatkräftigste Kriegführung gedrängt hätte. Leider konnte sich Kaiser Wilhelm II. nicht dazu entschließen; er verharrte in seiner verhängnisvollen Versöhnungspolitik. So blieben sowohl der Reichskanzler, in welchem Frankfurter Juden-, nicht Potsdamer Preußengeist lebte, als auch der Reichstag mit seiner schwarz-rot-goldenen Mehrheit.

Freilich hatte es anfangs den Anschein, als ob die Parteiführer und die Parteizeitungen von der allgemeinen vaterländischen Begeisterung mit fortgerissen würden. Das Zentrum betonte ebenso, wie die „Nationalisten", sein Deutschtum, trat den internationalen Quertreibern entgegen und bekannte sich zu deutschen Zielen. Als unsere siegreichen Truppen in Feindesland standen, gab der Führer der Zentrumspartei, Exz. Spahn, im Reichstag über Belgien die Erklärung ab, daß wir dieses Land für die Zukunft militärisch, wirtschaftlich und politisch in der Hand behalten müßten; und der einflußreiche Abgeordnete Erzberger machte Annexionsvorschläge, die weit über das hinausgingen, was die „bösen Alldeutschen" wünschten.

Aber die schwächliche Ziellosigkeit unserer Reichsregierung ermöglichte den Führern der Reichstagsmehrheit die Rückkehr zu ihren alten Menschheitszielen. Entscheidend wurde der Umfall des Zentrums im Jahre 1917; seitdem wurde unser Sieg sabotiert.

2.

War das Papsttum im Weltkrieg unparteiisch?[1])

Wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges starb **Pius X.**; sein Nachfolger war **Benedikt XV.**, ein Schüler und Freund des früheren franzosenfreundlichen Staatssekretärs Leos **XIII.**, Rampolla. Zwar

[1]) Vgl. „Papst, Kurie und Weltkrieg", Berlin, Sämann-Verlag.

hat der neue Papst sich selbst das Zeugnis ausgestellt, daß er „dem Entschluß vollkommener Unparteilichkeit immer treu geblieben sei"; aber wir müssen die Frage, ob er wirklich unparteiisch war, glatt verneinen. Folgende Zusammenstellung möge das beweisen:

1. Wie freuten wir uns der deutschen Einmütigkeit zwischen Protestanten und Katholiken! Der Papst ist es gewesen, der von neuem die Saat der konfessionellen Zwietracht ausstreute[1]). In einer Ansprache an das Kardinalskollegium redete er am 21. November 1915 von „Sendboten des Satans", „Pestkanzeln", „teuflischen Machenschaften", von dem „Skandal, der in der katholischen Welt erregt würde, wenn Luther und Calvin es erreichten, ihre Zelte in der Stadt der Päpste dauernd zu errichten."

2. Aufsehen erregten die Kardinalsernennungen am 4. Dezember 1916. Eine wunderbare Parität! Es wurden 10 neue Vertreter ernannt; davon waren 7 Italiener und 3 Franzosen. Dies stellte sich um so mehr als ein unfreundlicher Akt gegen die Mittelmächte dar, als den französischen Katholiken 2 neue Kardinäle bewilligt wurden an Orten, die bisher keinen historischen Anspruch darauf hatten, während die historischen Sitze von Breslau, Salzburg, Prag unberücksichtigt blieben. Auch erklärte der Papst ausdrücklich, daß er dadurch ganz Frankreich habe ehren wollen.

3. Die halbamtlichen Zeitungen der Kurie brachten fortwährend einseitige Lügenberichte über die Greuel, die Zerstörungswut, die Völkerrechtsverletzungen der Deutschen, während sie zu den französischen Justizverbrechen und Grausamkeiten, zu den englischen und amerikanischen Verletzungen des Völkerrechts und zu ihren Vergewaltigungen nichts zu sagen hatten.

4. Besonders parteiisch trat das Verhalten des Papstes bei dem Luftkrieg hervor. Er übte einen Druck auf den österreichischen Kaiser Karl aus, ließ durch seinen Staatssekretär Protestschreiben veröffentlichen gegen das Bombenwerfen auf italienische Städte. Dagegen ist von einem päpstlichen Trost- und Protestschreiben bei den Fliegerüberfällen auf das katholische Freiburg, auf das „heilige" Trier, auf das „heilige" Köln, auf das friedliche Karlsruhe mit seinen Opfern von 180 unschuldigen Kindern nie etwas bekannt geworden.

[1]) Ebenso Zwietrachtsäer zwischen Hohenzollern und Habsburgern, zwischen Hohenzollern und Wittelsbachern.

5. Ebenso wandte sich der Papst, auf Veranlassung des berüchtigten Kardinals Mercier, an die deutsche Regierung zugunsten der belgischen Arbeitslosen, die nach Deutschland gebracht waren; dagegen hatte er kein Wort der Klage über die unmenschlichen Verschleppungen der Elsässer und Ostpreußen durch Franzosen und Russen.

6. Auch die Vermittlung des Papstes zugunsten der Kriegsgefangenen und einiger zum Tode oder zu schweren Strafen Verurteilten, sowie seine materiellen Unterstützungen waren sehr einseitig.

7. Auf Drängen der französischen Kardinäle entließ der Papst 1917 den bayrischen päpstlichen Erzkämmerer, Prälaten von Gerlach; damit verschwand der letzte Deutsche aus seiner Umgebung.

Und was sollen wir zu den Friedensbemühungen des Papstes sagen? waren sie unparteiisch? Sie begannen schon im ersten Kriegsjahr und wurden oft wiederholt. Zwar mußte Benedikt XV. selbst gestehen, daß sie alle umsonst waren; sie scheiterten an dem Widerstand der Ententemächte. Aber für uns Deutschen hatten sie eine verhängnisvolle Wirkung. — Geradezu verblüffend war das Verhalten des Papstes gegenüber dem Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916. Vorher hatte er feierlich erklärt: „Gesegnet sei, wer zuerst den Ölzweig erhebt und dem Feinde die Hand und vernünftige Friedensbedingungen bietet!" Auch wurde der Papst um Unterstützung dieses Angebots ersucht; die deutschen Katholiken blickten voll gespannter Erwartung auf ihren Oberhirten. Aber der Papst schwieg.

Dagegen brachten die folgenden Monate andere, zwietrachtsäende Kundgebungen, die heuchlerisch die Friedenssehnsucht der Völker betonten und einen Gegensatz zwischen den Völkern und den Regierenden konstruierten. In diesem Bemühen wetteiferten Juda, Rom und der große Pazifistenheuchler Wilson. Die von Juden geführte rote und goldene Internationale hatte in unserem eigenen Land zuerst diese Töne angeschlagen; die freche und anmaßende Note Wilsons lehnte ein Verhandeln mit der „verbrecherischen" deutschen Regierung ab und forderte das deutsche Volk zur Staatsumwälzung auf; ein offenes Schreiben des Papstes an seinen Staatssekretär Gaspari und die Ernennung eines päpstlichen Unterstaatssekretärs für München deuteten darauf hin, daß die Kurie eine größere politische Aktion vorbereite. Zugleich wurde den deutschen Katholiken eingeschärft, daß sie auch politisch genau so denken müßten, wie der Papst.

Und dann folgte die Papstnote vom 1. August 1917; sie war keineswegs unparteiisch, bedeutete vielmehr eine unerhörte Einmischung

in den Gang des Krieges zugunsten unserer Feinde[1]). Denn sie forderte vom siegreichen Deutschland die bedingungslose Räumung Belgiens, Herausgabe Polens, sogar Verhandlungen über die elsaß-lothringische Frage, von den Feinden so gut wie nichts[2]).

3.

Die deutschen Katholiken.

Die Zentrumspartei und die Zentrumspresse.

1. Bis in das Jahr 1917 überwog das Gefühl der deutschen Zusammengehörigkeit; das Nationalbewußtsein schlang ein starkes Band um die beiden Konfessionen. Ja, die deutschen Katholiken wurden sich sehr oft des großen Gegensatzes gegenüber dem welschen Katholizismus bewußt und traten mit Entschiedenheit den Äußerungen und Kundgebungen entgegen, die von dort kamen:

Wir erinnern an den flammenden Protest hervorragender deutscher Katholiken gegen die anmaßende deutschfeindliche Kundgebung des französischen Episkopats.

In Wort und Schrift gab man seiner Entrüstung Ausdruck über das Verhalten der belgischen Geistlichkeit, besonders des Kardinals Mercier, sowie über das landesverräterische Treiben des elsässischen Abbé Wetterlé.

Als der Papst am 4. Dezember 1916 7 Italiener und 3 Franzosen zu Kardinälen ernannte, aber keinen Vertreter der Mittelmächte, da schrieb das angesehene Zentrumsblatt, die „Augsburger Postzeitung“:

„Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn heute Frankreich, das sich durch seine Gehässigkeit gegen die Kirche, wie gegen uns so besonders hervorgetan hat, einen Einfluß eingeräumt erhält, der weit über das bisherige Maß hinausgeht, während nach unserer Seite keine Miene gemacht wird, dies Verhältnis zu korrigieren. Wir deutschen Katholiken sehen uns da mit heute auf eine Stufe mit Portugal gestellt, was die Stimmen betrifft, die uns im Rate des Papstes eingeräumt sind.“

Dasselbe Blatt bezweifelte „die strikte Neutralität“ des Heiligen Stuhls im Anfang des Jahres 1917, als der „Proteströmmel“ gegen die Verschickung belgischer Arbeiter nach Deutschland eingefädelt wurde.

Die „Kölnische Volkszeitung“ protestierte gegen die einseitigen Berichte über deutsche Greuel, die in den halbamtlichen Zeitungen der päpstlichen Kurie standen.

Als um Neujahr 1917 der letzte Deutsche, der Prälat von Gerlach, auf Drängen der französischen Kardinäle, den Vatikan verlassen mußte, schrieb die „Augsburger Postzeitung“:

„Wir können doch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß die Netze und Ketten unserer Feinde sich immer dichter um den Vatikan ziehen, und wir können uns der bangen Sorge nicht erwehren, daß die systematische Bearbeitung des Papstes und seines Hofes durch die Vertrauensleute der Entente im Vatikan Stimmungen und Anschauungen aufkommen lassen könnte, deren Geltendmachung unsere Überzeugung von der Unverrückbarkeit der Neutralität des Heiligen Stuhles zu festigen nicht geeignet wäre.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ gab ohne Kommentar folgende Worte einer Berliner Zeitung wieder: „Der Entente lag daran, daß kein wahres Wort über die tatsächlichen Verhältnisse in den Zentralmächten zu den Ohren des Papstes gelangen sollte.“

2. Endlich, im Sommer 1917, hatte die römische Kurie ihr Ziel erreicht: die deutschen Katholiken fühlten sich wieder in erster Linie als Katholiken, nicht als Deutsche[1]). Es trat der Umschlag des Zentrums ein; der politische Katholizismus siegte.

Wir müssen uns erinnern, daß das deutsche Volk im Frühjahr 1917 auf der Höhe seiner kriegerischen Erfolge stand; niemals war die militärische Lage für uns so günstig; jede neue Enthüllung, die heute bekannt wird, bestätigt uns dies. Rußland war zusammengebrochen, Serbien in unserer Hand, fast ganz Rumänien erobert; der U-Bootkrieg brachte überraschend große Erfolge. Da fiel das Zentrum der Reichsregierung in den Arm; das Papsttum und die Ultramontanen boten alles auf, um uns den Sieg zu entreißen. Es gibt keine andere Erklärung als diese: Nach der Niederwerfung des schismatischen Rußland, der Befreiung Polens und der Rettung des katholischen Habsburgerhauses hatte das Deutsche Reich seine Schuldigkeit getan („der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“). Nun galt es zu verhindern, daß das Preußentum, das Werk Bismarcks, das protestantische Kaiserhaus der Hohenzollern einen bedeutenden Machtzuwachs erhalte. Erzberger wurde das Werkzeug des Papsttums und der Habsburger.

Im Februar 1917 nahmen führende Männer des deutschen Zentrums, vor allem Erzberger, in Zürich Fühlung mit der Kurie. Zugleich trat Erzberger in nahe Beziehungen zu den deutsch- und protestantenfeindlichen Hofkreisen Wiens.

Am 6. Juli 1917 machte Erzberger seinen Aufsehen erregenden Vorstoß gegen den U-Bootkrieg. Bald darauf wurde durch Erzbergers Schuld unseren Feinden der Geheimbericht des Grafen Czernin über die Erschöpfung Österreich-Ungarns bekannt.

Am 19. Juli 1917 ward auf Erzbergers Betreiben von der schwarz-rot-goldenen Mehrheit die berüchtigte Reichstagsentschließung gefaßt, die einen Verzichts- und Verständigungsfrieden forderte. Sie trug wesentlich dazu bei, den sinkenden Mut der Feinde wieder aufzurichten und ihren Siegeswillen zu stärken.

Der 1. August 1917 brachte die keineswegs unparteiische Papstnote.

---

[1]) Als die Ententemächte sich gegen die Papstnote erklärten, da schrieb der päpstliche Staatssekretär Gaspari ausdrücklich an französische Bischöfe: „Wenn in dem päpstlichen Schreiben eine Nation bevorzugt ist, so wäre das nicht Deutschland, sondern Frankreich und Belgien.“

[2]) Das Bündnis des „protestantischen“ England mit der römischen Papstkirche gegen das Preußentum ist für den Kenner auch nicht unerwartet gekommen. Schon im Jahre 1850 prophezeite der Erzbischof Wisemann in Westminster: „England wird vorangehen in dem Kreuzzug gegen die letzte Hochburg auf märkischem Sande.“

[1]) Und zwar zu derselben Zeit, wo in den anderen Ländern, besonders in Italien, Frankreich, Belgien, sich die gesamte katholische Geistlichkeit geschlossen hinter ihr Volk und hinter ihren Staat stellte.

Wie sehr die kirchlichen Interessen bei den Zentrumsleuten alle Sorgen um Volk und Staat zurückdrängten, zeigten die Worte der „Germania“ am 30. September 1917: „Eines läßt sich schon heute mit Sicherheit behaupten, daß nämlich die katholische Kirche nach außen hin durch den Krieg ganz erhebliche Vorteile erzielt hat.“

Um die weitere Entwicklung richtig zu verstehen, sei an einige prophetische Worte Bismarcks erinnert. Als ihm im Reichstag vorgehalten wurde, „die Jesuiten seien die Klippe, an welcher die Sozialdemokratie scheitern würde“, erwiderte er: „In keiner Weise; die Jesuiten werden schließlich die Führer der Sozialdemokratie sein. Ich halte die Leitung des Zentrums für gefährlich, nicht nur in konfessionellen Fragen, sondern namentlich in nationalen. Sie bröckelt uns alles ab, was wir aufgebaut haben, sie ist berechnet auf die Zerstörung des unbequemen Gebildes eines Deutschen Reichs mit evangelischem Kaisertum.“ — Diese traurige Prophezeiung ging im Sommer 1917 in Erfüllung: Erzberger riß, als Werkzeug der Jesuiten, die Führung des schwarz-rot-goldenen Demokratenblocks an sich; Rom und Juda vereinten sich. Es begannen der Kampf gegen Luther und Bismarck[1]), die Angriffe gegen die Machtgrundlagen des deutschen Hohenzollern-Kaisertums, gegen den „Militarismus“ und unsere starke Monarchie, das Geschrei über „die Kriegsverlängerer“, die Verdächtigungen gegen die Vaterlandspartei, die doch nur die innere Einheitsfront herstellen wollte, die Hetze gegen Ludendorff. Wo irgendwie im Osten eine Erweiterung und Stärkung unseres Volkstums erwartet werden konnte, da erfolgten Hemmungen von seiten dieser Erzberger-Reichstagsmehrheit: in Litauen, Polen, Baltenland, bei den Friedensschlüssen zu Brest-Litowsk und zu Bukarest. Den katholischen Habsburgern gönnte man einen Machtzuwachs, den protestantischen Hohenzollern nichts.

Überaus kläglich war die Ziellosigkeit der deutschen Reichsregierung[2]). Sie glaubte sich sowohl der drei internationalen Parteien (schwarz, rot, gold), als auch des Papstes und Wilsons als Rettungsseile bedienen zu können, um aus der schrecklichen Flut des Weltkriegs auf trockenes Land zu kommen. Welche Verblendung!

[1]) Einige Quertreiber hatten schon vorgearbeitet; Prof. Förster (München) schrieb: „Das alte Reich deutscher Nation entsprang unmittelbar aus dem sozial-organisatorischen Geiste des Christentums; das neue Reich dagegen ist ganz dem heidnischen Geiste entsprungen, der in Bismarck seinen genialen und konsequentesten Praktiker gefunden hat.“ Ähnlich hetzte in Wien Prof. Lammarsch gegen Luther und Bismarck.

[2]) Vgl. meine „Angewandte Kirchengeschichte“, 3. Auflage, S. 407f.

4.

Der Zusammenbruch.

„Die Jesuiten werden die Führer der Sozialdemokratie sein“, hatte Bismarck gesagt. Zwar erhob sich 1917/18 immer wieder in Zentrumskreisen und in der Zentrumspresse lauter Widerspruch gegen Erzberger; auch dem Reichskanzler Graf Hertling fiel sein Demagogentum auf die Nerven. Aber in den Stunden der wichtigsten Entscheidungen standen die drei demokratischen Parteien, vor allem das Zentrum, geschlossen hinter ihm; die Bischöfe schwiegen und das katholische Volk schwieg.

In der Parlamentsregierung des Oktober 1918 war Erzberger der eigentliche Leiter. In den Revolutionstagen des November 1918 gelang es ihm wiederum, rechtzeitig auf den Kutschersitz zu springen und sich den größten Einfluß zu sichern. Und wenn wir heute auf seine Tätigkeit seit dem 9. November 1918 zurückblicken, so haben wir den Eindruck, als wenn er als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission es nicht habe abwarten können, möglichst schnell das Werk der Hohenzollern und Bismarcks, das verhaßte Preußentum und das protestantische Kaiserreich, zu zerstören. Nur ein erbitterter Feind konnte mit so leichtfertiger Überstürzung handeln. Bismarcks Prophezeiung erfüllte sich: „Die Führung des Zentrums ist berechnet auf die Zerstörung des unbequemen Gebildes eines Deutschen Reichs mit evangelischem Kaisertum.“

Ein Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation hat den Erzberger im Juni 1919 folgendermaßen gekennzeichnet:

„Wenn ich Ihnen gerade von Erzberger gesprochen habe, so geschah das, weil Erzberger der Prototyp derjenigen Leute ist, die Deutschland zugrunde gerichtet haben. Ich meine damit nicht den Erzberger, der ein Annexionsprogramm, noch auch den Erzberger, der einen Völkerbundsentwurf ausarbeitete, sondern den Erzberger, der sich auf den Trümmern Deutschlands einen Ministersessel aufgebaut hat, der zum Entsetzen des Präsidenten Wilson die mörderischen militärischen Bedingungen des Marschalls Foch unterschrieb, den Erzberger, der die deutsche Kriegsflotte auslieferte, den Erzberger, der die deutsche Handelsflotte preisgab, den Erzberger, der die Truppen des polnischen Generals Haller nach Polen ließ. Erzberger hat eine Aktion des Präsidenten Wilson zur Milderung der Waffenstillstandsbedingungen des Marschalls Foch vereitelt, weil Erzberger die Bedingungen, so wie sie waren, annahm. Erzberger hat es uns Amerikanern unmöglich gemacht, Deutschland vor dem von uns nicht gebilligten englischen Knockout zu schützen, weil er die Flotte auslieferte und die Handelsflotte verschenkte und so Deutschland schon vor der Friedenskonferenz seine letzte Wehr und sein bedeutendstes Verhandlungsobjekt raubte. Erzberger hat durch sein blödsinniges Abkommen in der Danziger Frage die Polen um etwa 90000 Mann gestärkt und es uns Amerikanern dadurch unmöglich gemacht, Deutschlands neuen Feind im Zaum zu halten.“

Erzberger hat, so hätte der Herr einige Wochen später hinzufügen können, durch seine Spiegelfechtereien mit dem zu erwartenden Verzicht der Entente auf die Auslieferung deutscher Führer die Mehrheit für die Unterzeichnung des Schmachfriedens am 23. Juni 1919 zusammengebracht[1]).

Nach dem Weltkriege.

Um was es sich handelt, das hat Dr. Eberle, der Freund des österreichischen Verräterkaisers Karl, mit erfreulicher Offenheit ausgesprochen: „Es handelt sich um den Gegensatz der Ideen Berlin und Wien. Es handelt sich letztlich um einen Kampf zwischen der neudeutsch-preußisch-protestantischen und der altdeutsch-österreichisch-katholischen Auffassung von der deutschen Geschichte." — Ich füge hinzu: Es handelt sich um das alte Ringen zwischen Armin- und Flavusdeutschen.

1.

„Die Stunde der katholischen Kirche."

Es steht heute einwandfrei fest, daß unsere militärische Lage im Herbst 1918 keineswegs so verzweifelt war, daß wir die harten Waffenstillstandsbedingungen und das unerhörte Versailler Friedensdiktat annehmen mußten; denn die Feinde waren gleichfalls am Ende ihrer Kräfte. Aber die Flavusdeutschen verfolgten ja seit dem Frühjahr 1917, nachdem sich die drei internationaldemokratischen Parteien wieder fest zusammengeschlossen hatten, genau dasselbe Ziel wie die äußeren Feinde: die Zerstörung des preußisch-deutschen Bismarckreiches. Und ihr Führer war der Agent Roms, Erzberger.

Der englische General Maurice erklärte Ende 1918: „Die deutsche Armee ist von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht worden." Aber es war nicht nur der eine Dolchstoß am 9. November 1918, sondern eine lange Reihe von Dolchstößen, die schon 1917 begannen und bis 1932 fortgesetzt wurden. Wir denken an die Sabotage unseres Sieges 1917/18, an die Sabotage besserer Waffenstillstands- und Friedensbedingungen, und später an die Sabotage jedes nationalen Widerstandswillens. Über die Inflation und die Finanzwirtschaft der „Schieberrepublik" schrieb der sachverständige Oberfinanzrat Bang:

> „Es ist eine der größten Geschichtsfälschungen, daß unsere entzweigegangene Finanzwirtschaft die Folge des Kriegsausgangs sei. Die deutsche Finanzwirtschaft ist genau so von hinten erdolcht worden wie das standhafte, ehrenhafte und zum Ausharren bereite deutsche Heer. Sie war im November 1918 unerschüttert und hätte sich auch weiterhin als tragfähig erwiesen, wenn nicht Unberufene in ihr gewütet hätten, wie gewisse Vierfüßler im Porzellanladen."

[1]) Vgl. Frh. von Liebig: „Der Betrug am deutschen Volke" S. 56.

Daß wir aus tausend Wunden bluteten, daran trug das romhörige Zentrum sein gerüttelt Maß von Mitschuld. Denn ohne das Zentrum wäre der Kulturbolschewismus, den wir in Theater, Kino, Kabarett erlebten, die Auflösung der Moral, die Schmutz- und Schundliteratur, die Zerrüttung der Ehe und Familie nicht möglich gewesen: auch ein Dolchstoß von hinten! Aber, wie der Kardinal Faulhaber am 9. 2. 1930 in seiner Fastenpredigt erklärte, „wenn die Welt aus tausend Wunden blutet und die Sprachen der Völker verwirrt werden, dann schlägt die Stunde der katholischen Kirche."

Unser Zusammenbruch wurde nicht nur von den Kapital- und den Sozialdemokraten als ein Sieg empfunden, sondern auch von den Romdeutschen. Ja, ihr Jubel ging noch viel weiter; für sie war es nicht nur ein Sieg über das Preußentum der Hohenzollern und über Bismarck, sondern ein Sieg über Luther und die Entwicklung der letzten 400 Jahre: „Gott hat alles wohlgemacht. Der Papst der Preußenreligion ist gegangen... Das ganze Gebäude des Protestantismus wird zusammenbrechen müssen" (Pater Schwanitz 1919). „Deutschlands Zusammenbruch ist die Frucht der Lostrennung vom Katholizismus" (Pater Dionysius 1921). Amtliche Kundgebungen des Vatikans, Hirtenbriefe der Bischöfe, Schriften des Winfriedbundes, Aufsätze der Jesuiten, Kundgebungen der Katholikentage arbeiteten alle nach dem einen Schema: „Der Protestantismus hat abgewirtschaftet, und Rom ist die letzte Hoffnung der Welt." Im Jahre 1925 wurde vom Papst Pius XI. „die katholische Aktion" (actio catholica) gegründet. Zwar behauptete man, es handle sich dabei um innerkatholische Angelegenheiten; aber gehört nicht die Propaganda für die Ausbreitung der römischen Kirche und der katholischen Staatsidee zu den innenkirchlichen Angelegenheiten? Und in der Tat wurde eine erstaunliche Aktivität für die zielbewußte Gegenreformation entfaltet und mit lauten Fanfarenstößen zur Generaloffensive gegen die „Ketzerei" geblasen. „Deutsche Katholiken! eure Stunde ist gekommen" (Professor Wust, 1924). In demselben Jahre 1924 erklärte der Reichskanzler Marx auf dem Katholikentage: „Man wartet auf uns! man drängt sich an uns! man weiß, daß wir auf dem Felsenfundament stehen; wir sind von Gott bestimmt, die Welt zu retten und auf dem christlichen (d. h. katholischen) Wege zu halten." „Es geht ein katholischer Zug durch die Welt." 1925 hieß es auf dem Katholikentage: „Die Ernte ist reif. Die große Bewegung, in deren Zentrum die gigantische Gestalt Luthers steht, und die durch ein halbes Jahrtausend die Welt bis in ihre Grundfesten erschüttert hat, geht ihrem Ende entgegen."

Der klarblickende protestantische Pfarrer D. Kremers warnte

bereits 1917 vor der „Einkreisung des Protestantismus“ und schrieb: Wenn der deutsche Michel nicht in letzter Stunde erwacht, so „verheißt dieser Krieg den Mächten der Gegenreformation eine Rekordernte“. Fürwahr, Rom hatte seit 1917 eine Rekordernte, besonders aber seit unserem Zusammenbruch. Dem Zentrum gelang, was der Prälat Kaas wünschte, der entschlossene Griff nach dem Staatsruder; schon 1919 schrieb die Zentrums-Germania: „Die Führerschaft zu dem neuen Deutschland ist dem katholischen Deutschland in die Hände gelegt.“

Eine Rekordernte für das römische Papsttum, das als der Hauptkriegs- und Revolutionsgewinnler bezeichnet werden darf. Wir denken

- an das bayrische und preußische Konkordat;
- an die Vermehrung der Erzbistümer und Bistümer;
- an die Zunahme der Klöster und besonders des Jesuitenordens;
- an den bestimmenden Einfluß auf unser ganzes Bildungswesen;
- an die Anstellung von katholischen Weltanschauungsprofessoren;
- an die Verschleuderung von Staatsgütern an die katholische Kirche;
- an die katholischen Siedlungen in protestantischen Gegenden.

Vor allem aber marschiert das Land der Reformation insofern an der Spitze aller Staaten, daß es seit 1920 zwei Nuntien hatte: in München und in Berlin. Durch sie verkehrte der römische Papst in seiner Eigenschaft als geistliches Oberhaupt der gesamten Christenheit mit der Regierung eines Reichs, dessen Bevölkerung zu zwei Dritteln protestantisch ist. Es wurde eine Revision bzw. Korrektur der Geschichte vorgenommen. Man wagte es, einerseits die 400 Jahre von Luther bis zum Weltkrieg als „Deutschlands Niedergang“ zu bezeichnen, anderseits das Mittelalter und das heilige römische Reich deutscher Nation zu verherrlichen. „Römisches Reich deutscher Nation!“ so schallte es uns tausendstimmig entgegen aus dem Munde der romdeutschen Politiker und Historiker, aus zahlreichen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen. Da wurde von einem „großdeutschen Kaisertum“ gesprochen, „nicht im Sinne eines alle Deutschen umfassenden Nationalstaates, sondern eines übernationalen, universalen, föderalistischen Reiches“. Da lasen wir: „Es gähnt eine unüberbrückbare Kluft zwischen national und katholisch.“ Da wurde in München und in Wien mit dem Gedanken einer Donaumonarchie gespielt. Da hieß es: „Wir müssen die abgerissenen historischen Fäden wieder aufnehmen und immer wieder betonen, daß eine Zeit wiederkommen muß, in der das katholische Österreich (unter Ausschluß von Preußens Hegemonie) mit dem rekatholisierten Frankreich am katholischen Rheinstrom sich brüderlich zusammenfindet.“ Da pries der Pater Muckermann „das enge Verwachsensein deutscher Eigenart mit römischem Katholizismus“, das angeblich im Mittelalter bestanden habe, aber niemals vorhanden gewesen ist. Da sprach man von einer „Rheinischen Republik“, und der Kölner Zentrums-Oberbürgermeister Dr. Adenauer sowie der Zentrumsführer Prälat Kaas waren an der Separatistenbewegung beteiligt.

Wie zu Beginn des Weltkriegs der russische Ministerpräsident Goremykin erklärte: „Wir führen nicht nur mit dem Deutschen Reich Krieg, sondern mit dem gesamten Deutschtum“, so bekämpft auch der Papst nicht nur den deutschen Protestantismus, sondern das deutsche Volkstum. Es genügt nicht, daß in den an Polen gefallenen Gebieten der deutsche Protestantismus ausgerottet wird; daß z. B. in der Stadt Posen während drei Jahren die Zahl der Protestanten von 65000 auf knapp 8000 sank. Sondern der Papst hat sich auch völlig taub gezeigt gegen die berechtigten Klagen der deutschen Katholiken in Polen, Tschechien, Südtirol, Elsaß, denen ihre Sprache und ihr Volkstum geraubt wurde und die unglaubliche Vergewaltigungen erlitten. In krassem Gegensatz dazu steht die liebevolle Fürsorge der römischen Päpste für die welschen und slawischen Völker und ihre Eigenart.

Mit fanatischer Leidenschaft und polizeilicher Gewalt suchten die Flavusdeutschen das Erwachen des Armindeutschtums, vor allem Hitlers Nationalsozialismus, zu verhindern. Noch bis ins Jahr 1933 wurde versteckt mit der Revolution gedroht und das Volk gegen die wachsende Freiheitsbewegung aufgewiegelt. — Freilich wer die Gepflogenheiten und Methoden der römischen Kirche und die Elastizität des politischen Katholizismus kennt, wundert sich nicht, daß schon mehrere Jahre vor Hitlers Machtübernahme die Stimmen aus dem katholischen Lager sich mehrten, die geradezu ein Bündnis zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus erstrebten. Wir denken vor allem an die 1931 erschienene Schrift des Pfarrers Senn „Katholizismus und Nationalsozialismus“. Wenn wir auch die scharfe Abrechnung mit Zentrumsgrößen, mit Kaplan Fahsel und dem Pater Muckermann, begrüßten, so durften wir uns doch nicht darüber täuschen, daß der Pfarrer als kluger Taktiker seine Kirche vor drohenden Gefahren zu bewahren suchte; ihr allein galten seine Sorgen. Was er wünschte, zeigte der Satz: „Wie oft hat das Christentum Bewegungen, die gefährlich schienen, in seinem Schoß aufgefangen und, was Fluch zu werden drohte, zum Segen gewendet!“

Auffangen! Einfangen! Die römische Kirche hatte den Kaiser Wilhelm II. eingefangen, um nach seinem Sturze Steine auf ihn zu werfen. Sie hatte die Sozial-

demokratie zu gemeinsamer Arbeit eingefangen; nachdem die römische Kirche mit ihrer Hilfe eine Rekordernte unter Dach gebracht hatte, besonders das preußische Konkordat, da hielten es weitschauende Politiker, wie Pfarrer Senn, für die höchste Zeit, einer verbreiteten Mißstimmung über die schwarzrote Koalition nachzugeben und die Sozialdemokratie abzuschütteln. Dann würde es gelingen, die Freiheitsbewegung des Nationalsozialismus für Rom einzufangen.

In der Tat handelten 1932 und besonders 1933 nach Hitlers Machtübernahme führende Persönlichkeiten nach dem Vorschlag des Pfarrers Senn. 1932 wurde die Herrschaft der Sozialdemokratie in Preußen gebrochen; im Frühjahr und Sommer 1933 „machte man die Entdeckung", daß Nationalsozialismus und römischer Katholizismus zusammengehörten, und sprach von der Übereinstimmung mit der päpstlichen Enzyklika.

Abwechselnd mit heftigen Haßausbrüchen werden solche Sirenenstimmen sich wiederholen. Besonders in Wien wird immer wieder von Österreichs „Sendung" gesprochen.

Friede?

Wenn Jesus sagt „Friede sei mit euch!", so meint er den Frieden in und mit Gott; dieser Friede, d. h. das Gefühl der innigsten Gottverbundenheit soll uns die Kraft geben zum Kampf; denn „ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen auf Erden, sondern den Kampf."

Es handelt sich um einen Kampf, der älter ist als der Gegensatz zwischen den Konfessionen, ja älter als das Christentum. Es ist der Kampf zwischen Wahrheit und Lüge. Als solchen müssen wir das Ringen zwischen Germanismus und Romanismus, d. h. zwischen unserem Volkstum und dem Erbe der untergehenden jüdischrömischen Alten Kulturwelt auffassen, den Kampf gegen die Allvermischung. Das Ziel des Kampfes, der niemals aufhören wird, ist die deutsche Volksgemeinschaft, zugleich die enge Verbindung von rom- und judenfreiem Deutschtum und Christentum.

Was trennt uns denn? Ich habe während meines langen Lebens mit zahlreichen Katholiken freundschaftlich verkehrt und, wenn es sich um religiöse Fragen handelte, stets einen gemeinsamen Boden gefunden[1]). Was uns trennt, hat mit Religion nichts zu tun. Im Jahre 1870 schrieb der katholische Gelehrte Pichler: „Nichts, gar nichts trennt uns prinzipiell von unseren deutschen protestantischen Brüdern, als unsere Prätension, zur unfehlbaren Kirche zu gehören." Dieses extra ecclesiam nulla salus („außerhalb der römischen Kirche kein Heil") ist, wie der berühmte Kirchenhistoriker v. Hase sagt, „die Rechtsgrundlage und die treibende Kraft geworden für die Leibes- und Seelenqual, welche von der katholischen Kirche mit der Liebe eines heiligen Hasses Ungläubigen und

[1]) Die Ansprachen des Domvikars Leiwering und seiner Mitarbeiter in den christlichen Rundfunk-Morgenfeiern unterscheiden sich kaum von denen der protestantischen Geistlichen. Der Gegensatz zwischen Protestantismus und Katholizismus hat eben mit der Religion Jesu wenig zu tun.

Gläubigen, die mit irgendeinem Widerspruch in ihre Hand fielen, angetan worden ist." — Was uns trennt, ist die Tatsache, daß „Katholizismus" soviel wie „Romanismus" bedeutet und immer und überall deutschfeindlich auftritt. Solange der katholischen Minderheit in Deutschland die Vorstellung eingehämmert wird, daß ihre protestantischen Volksgenossen „Ketzer" seien und daß nur eine Verständigung mit ihnen in Betracht käme, nämlich ihre Rückkehr in die „Mutterkirche", ist an keine deutsche Volksgemeinschaft zu denken. Es ist tief bedauerlich, daß heute noch ein so religiös eingestellter Theologe, wie Professor Adam, die römische Kirche „die Verwirklichung des Gottesreiches auf Erden" und unter ihren Wesenszügen „an erster Stelle" die Katholizität nennt; daß er, entgegen der geschichtlichen Wahrheit, die Reformation für das „Los von Christus" im 18. und für das „Los von Gott" im 19. Jahrhundert verantwortlich macht.

Jesus sagt: „Die Wahrheit wird euch frei machen." Für uns Historiker kann es kein größeres Lob geben, als daß man uns rücksichtslose, ja grausame Wahrhaftigkeit nachsagt; dabei wollen und können wir uns von allen Schmähungen fernhalten. Seit Jahrzehnten habe ich den deutschen Protestanten das Spiegelbild des 16. und 17. Jahrhunderts vorgehalten und darauf hingewiesen, daß ohne die nach Luthers Tod eintretende Erstarrung und ohne die Lehrstreitigkeiten (rabies theologorum) der entsetzliche Dreißigjährige Krieg nicht gekommen wäre. Es gilt, in aller Offenheit über die zwei Wege aufzuklären, von denen Dr. Eberle mit Recht spricht. Unsere heranwachsende Jugend muß wissen, wohin uns das heilige römische Reich deutscher Nation führte; andererseits, wie eng Luthertum, Preußentum, Deutschtum zusammengehören. Luthergeist tut not! Als Luther am 10. Dezember 1520 das kirchliche Rechtsbuch verbrannte, öffnete er den Weg für die preußische Staatsverfassung. Zugleich hat er uns die enge Verbundenheit von Christsein und Deutschsein vorgelebt; das eine wird durch das andere gefördert und gestärkt. Wie sehr haben uns die Männer geschadet, die in Wittenberg, Weimar, Potsdam Gegensätze sahen! Seit Jahren denke und rede ich wie der wackere Pfarrer Tillenius, der 1927 den völkischen Gedanken als eine Erlösung, als eine Gnadengabe Gottes begrüßte.

Erst wenn wir das Wort „katholisch", die heilige allgemeine christliche Kirche, in rein geistigem Sinne verstehen, wie Ignatius von Antiochien („überall wo Christus ist, ist die katholische Kirche"), und wenn unsere Volksgenossen sich von den jüdisch-römischen Fesseln frei machen, können beide Konfessionen sich in dem freudigen Bekenntnis zum Deutschtum verbunden fühlen; das Christentum wird dabei keinen Schaden leiden. Die sogenannte „einheitliche Menschheit" ist die größte Täuschung

der Weltgeschichte: eine Maske und Waffe Judas und Roms gegen unser Volkstum.

Der Kampf wird nie aufhören. Weil deutsche Michelei und Vertrauensseligkeit sich so leicht durch die lockenden Sirenenstimmen betören lassen, müssen wir stets auf der Wacht sein. Die jüdisch-römische „Menschheit" rechnet mit dieser unserer „Dummheit". In demselben Jahr 1931, wo der Pfarrer Senn riet, den Nationalsozialismus „einzufangen", schrieb der Priester Mönius:

„Löcke nur wider den Stachel!
Rom ist Germaniens Schicksal,
Tiefer, als du es ahnst,
Sitzt dieser Pfahl dir im Fleisch."

Die armindeutsche Revolution.

In den letzten Jahrzehnten ist viel über den „Untergang des Abendlandes" geredet und geschrieben. Mit Recht wurde auf die erschreckende Ähnlichkeit unserer Gegenwart mit der untergehenden alten Kulturwelt hingewiesen: dieselben drei Krankheiten (Plutokratie, Demokratie, Theokratie, d. h. „Geld-, Volks- und Priesterherrschaft")! derselbe Menschheits- und Weltreichswahn! dieselbe Entsittlichung und Entvölkerung! dieselbe Völkermischung und Verjudung! Unsere drei internationaldemokratischen „Mehrheitsparteien" (schwarz, rot, gold), welche in der nachbismarckschen Zeit alle Macht an sich rissen, waren nichts anderes als die Träger und Verbreiter dieser 3 Krankheiten. Rom- und Judenangst lähmte die Regierungen. Und diese 3 zerstörenden Mächte verhalfen im Weltkrieg nicht nur unseren äußeren Feinden zum „Sieg", sondern fühlten sich auch selbst als „Sieger".

Der Zusammenbruch und die Verluste besten Blutes waren so groß, daß sich ein an der Zukunft verzweifelnder Pessimismus verbreitete: „Unsere Reserven sind erschöpft"; „das Schicksal des Abendlandes ist besiegelt". Manche Volksgenossen schieden freiwillig aus dem Leben, das allen Wert für sie verloren hatte.

Zu den Optimisten gehörte der namen- und besitzlose Gefreite Adolf Hitler. Er war überzeugt, daß unser Volk zwar in allen seinen Gliedern durch den Sauerteig der jüdisch-römischen Pharisäer verseucht, aber nicht unheilbar sei. Sein starker Glaube gab ihm die Kraft, 14 Jahre lang den größten Widerständen Trotz zu bieten und wie ein barmherziger Samariter sich seiner halbtoten Volksgenossen zu erbarmen, um sie wieder gesund zu machen. Ja, er war Samariter und Arzt zugleich, und seine Arznei bestand in der unerschrockenen Verkündigung der Wahrheit. Das galt ihm als höchstes, positives Christentum, d. h. als die Nachfolge des Heilandes, der von sich sagte, daß „er dazu in die Welt gekommen sei, um für die Wahrheit zu zeugen".

Adolf Hitlers Weg zur Macht.

Wie klein war nach der Novemberrevolution die Zahl der Armindeutschen, die eine radikale Umkehr verlangten! Von den nationalen Parteien war kein Heil zu erwarten; denn in ihnen war das verkalkte „liberale", „humane", „objektive" Verständigungs-Micheltum zu stark vertreten[1]). Deshalb bildeten sich überall Verbände, Vereine, Bünde, welche Wege zur Überwindung der unerträglichen Zustände suchten.

[1]) Da gab es keinen Luthergeist; vielmehr wurde die Losung ausgegeben: „Um Schlimmeres zu verhüten", müsse man „sich hinter die Regierung stellen", d. h. hinter die Verbrecher. Ja, besonders fromme Leute wiesen auf das Bibelwort hin: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit!"

Jahrelang war die Entwicklung in Nord- und Süddeutschland, in Berlin und München grundverschieden. In Preußen hatten wir 1919—1932 eine marxistische Regierung, welche die Kommunisten als „politische Kinder" milde behandelte, während sie, unter liebevoller Duldung der Zentrumsreichskanzler, alles aufbot, jedes Erwachen des Deutschtums mit brutaler Gewalt zu ersticken. Anders in München! Hier wurde der rote Terror der Kommunisten 1919 gebrochen, wobei der jetzige Reichsstatthalter von Bayern, General von Epp, sich hervortat, und hier konnte Adolf Hitler seinen zähen Kampf gegen die Marxisten beginnen. Aus kleinsten Anfängen (7 Mann) schuf er in kurzer Zeit eine gewaltige Freiheitsbewegung. Der 24. Februar 1920 war ihr erster großer Tag: Vor vielen Tausenden gab Hitler in München seine 25 Thesen bekannt und sagte dem Marxismus und den „Novemberverbrechern" unerbittlichen Kampf an; damals ist das erste Blut geflossen, indem eine marxistische Kolonne die Gründerversammlung zu sprengen suchte. Deshalb schuf sich die Freiheitsbewegung einen Selbstschutz (SA.)[1]; so konnte im Oktober 1922 auf der Koburger Tagung der rote Terror niedergeschlagen werden. Von München aus schien der sogenannte Hitlerputsch des 8./9. November 1923 für das ganze Reich einen Umschwung und eine Gesundung zu bringen. Schon einige Tage vorher hatten der Generalstaatskommissar von Kahr und der General von Lossow erklärt, daß sie mit den Zielen der Freiheitsbewegung restlos übereinstimmten; mit ihrer Einwilligung wurde am 8. November eine neue Regierung gebildet, „zum Segen Bayerns und des ganzen Vaterlandes". Unter dem Jubel der Bevölkerung bewegte sich am folgenden Tage ein Demonstrationszug durch die Straßen Münchens; unmittelbar hinter der schwarz-weiß-roten und der Hakenkreuzfahne marschierten Hitler, Ludendorff, Göring an der Spitze ihrer Getreuen. Aber in der Nacht hatten andere Einflüsse die regierenden Herren umgestimmt; sie schraken nicht vor Verrat und Wortbruch zurück, und auf ihren Befehl wurden die wehrlosen Völkischen in der Nähe der Residenz mit einer Gewehrsalve und mit Maschinengewehrfeuer empfangen. 16 deutsche Männer fanden den Tod, niedergeschossen auf Befehl des „nationalen Statthalters des Königs", des Herrn von Kahr[2]). Hitler wurde verhaftet, Göring schwerverwundet über die Berge gebracht[1]). Bei dem folgenden Prozeß traten Hitler und Ludendorff nicht als Angeklagte, sondern als Kläger auf. Sowohl Hitlers wie Ludendorffs Verteidigungsrede fand begeisterten Widerhall im ganzen Reich. Hitler wurde zu 5 Jahren Festung verurteilt, und gegen Ludendorff, der niemals ein Katholikenfeind war, begann eine unerhörte Hetze, weil er in dem Münchener Prozeß das wahre Gesicht des Ultramontanismus enthüllt hatte. Nicht nur der Zentrumsreichskanzler Marx, sondern auch der atheistische Ministerpräsident von Preußen, Dr. h. c. Braun, die Parteien des Reichstags und die „nationalen" Führer in Reich, Land, Provinz, Stadt wetteiferten darin, dem Papste ihre Ergebenheit zum Ausdruck zu bringen; wobei dem Papste Verdienste um unser deutsches Volk angedichtet wurden, die vor der Geschichte nicht bestehen. Einzig die Völkischen im Reichstag traten in Person ihres Führers, A. v. Graefe, diesem unwürdigen Treiben entgegen.

Trotz aller Hemmungen, Verfolgungen, Verleumdungen wuchs die Freiheitsbewegung. Im Jahre 1924 wurde Hitler aus der Haft entlassen; es begann die Neugründung der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei". Und dann folgten 8 Jahre des schwersten Ringens, der zähesten Arbeit, des unermüdlichen Kampfes gegen die schwarz-rote Regierung, die mit brutalen Verfolgungen aller Art, mit Zeitungs- und Redeverboten, mit Auflösung der Verbände, mit Prozessen und Verhaftungen die Bewegung niederzuhalten suchte; leider kam es auch zu Uneinigkeiten zwischen den Männern, die mit heißem Herzen, ehrlichem Wollen und reichem Wissen dem gleichen Ziel der Befreiung nachjagten. Hitlers NSDAP. baute ihr Organisationsnetz immer weiter aus; ein Wunder, wie der Führer die Hunderttausende und Millionen Anhänger an sich zu ketten verstand! Wie groß der Opferwille seiner Gefolgsleute war und ist, beweisen die mehr als 350 Toten und 40000 Verwundeten, die ihr Blut für die Ehre und die Freiheit unseres Volkes vergossen[2]). Die Widerstände der schwarzroten Regierung wuchsen in demselben Maße, wie die Zahl der Braun-

[1]) Dazu kam später die SS.

[2]) Die 16 Namen lauten: Felix Allfahrt, Andreas Bauriedl, Theodor Casella (fiel beim Wehrkreiskommando), Wilhelm Ehrlich, Martin Faust (fiel beim Wehrkreiskommando), Anton Hechenberger, Oskar Körner, Karl Kuhn, Karl Laforce, Kurt Neubauer, Claus von Pape, Theodor von der Pfordten, Joh. Rickmers, Max Erwin von Scheubner-Richter, Lorenz Ritter von Stranski, Wilhelm Wolf.

[1]) Bei der Münchener Erinnerungsfeier (9. Nov. 1933) erklärte der Führer, daß die Zeit „noch nicht reif" gewesen sei. Die 16 Toten, die Gefallenen vor der Feldherrnhalle, haben am 9. Nov. 1935 in den neuen Ehrentempeln Münchens ein gemeinsames Grab gefunden: „Und ihr habt doch gesiegt!"

[2]) An dieser Stelle sei auch des „ersten Soldaten des Dritten Reiches" gedacht, des Helden Leo Schlageter. Er organisierte 1923 einen Widerstand gegen den unerhörten Ruhreinbruch der Franzosen, wurde aber von unserer roten Preußenregierung im Stich gelassen, verraten und von den Franzosen in der Nähe des Düsseldorfer Nordfriedhofs erschossen.

Daneben lebt der Pfarrerssohn Horst Wessel als Märtyrer der Bewegung in den Herzen aller Deutschen. Als junger Student schloß er sich 1926 der NSDAP. an, übernahm die SA.-Truppe im Berliner Norden, gab sein Studium auf, siedelte mitten

hemden zunahm. Im Jahre 1929 setzte eine neue Verfolgungswelle ein, woran sich sogar die Kirche beteiligte; die breite Öffentlichkeit erfuhr wenig davon, weil Flavusdeutsche und Fremdstämmige unsere Presse beherrschten. Aber als, trotz aller Verfolgungen und trotz des kommunistischen Terrors, durch die Reichstagswahl vom 14. September 1930 die Zahl der NSDAP.-Abgeordneten von 12 auf 107 stieg, konnte die Bewegung nicht mehr totgeschwiegen werden. Es folgte die Zentrums-Reichskanzlerschaft Brünings. Er suchte der Freiheitsbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie seinem System einzugliedern, um selbst als Retter des Vaterlandes dazustehen. Als das nicht gelang, raffte sich das Zentrum noch einmal zu einem vernichtenden Schlage auf; Hitlers Schutztruppen (SA. und SS.) wurden aufgelöst, ihre Heime geschlossen, ihr Eigentum beschlagnahmt. Aber der Versuch schlug fehl. Wir dürfen den 30. Mai 1932 als den ersten bedeutsamen Wendepunkt bezeichnen. Brüning fiel und mit ihm die Herrschaft der schwarz-roten Koalition. Am 1. Juni 1932 wurde Franz von Papen Reichskanzler. Wenn Brüning schon ohne Reichstag regiert hatte, so wagte es Papen, gegen den Reichstag zu regieren. Sein größtes Verdienst bleibt, daß er die preußische Regierung Braun-Severing hinwegfegte.

Am 30. Januar 1933 übertrug der Reichspräsident von Hindenburg dem Führer der NSDAP., Adolf Hitler, das Reichskanzleramt. Das ist der zweite, der wichtigste Wendepunkt. Es begann eine radikale Umkehr bzw. Umwälzung. Während die Novemberrevolution 1918 die Herrschaft des verlogenen, juden- und romhörigen Flavusdeutschtums brachte, bedeutete Hitlers Revolution den Sieg des erwachten Armindeutschtums.

Sämtliche Volksvertretungen (in Reich, Einzelstaaten, Provinzen, Kreisen, Städten) wurden aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März 1933 ausgeschrieben. Noch einmal erlebten wir einen erbitterten Kampf zwischen den zweierlei Deutschen. Wir denken an die letzten Separatistenversuche; der bayrische Ministerpräsident Held drohte noch am 24. Februar 1933 mit dem Abfall Bayerns: „Wir haben die Kraft, aus unserem Selbstbewußtsein als deutsche Katholiken jeden Angriff abzuwehren und uns auch gegen Gewalt durchzusetzen." — Vor allem aber drohte uns die rote Flut zu verschlingen; 6 Millionen Kommunisten standen zum Umsturz bereit. Der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 ließ keinen Zweifel über die Größe der Gefahr, die nur mit den schärfsten

in die Hochburg der Kommunisten um und erwarb sich den Lebensunterhalt als Chauffeur und Schipper. In demselben Maße, wie sein Einfluß unter den Arbeitern, wuchs der Haß der Kommunisten. Am 24. I. 1930 wurde er in seiner Wohnung überfallen und niedergeschossen. Als Erbe hat er uns sein „Horst-Wessel-Lied" hinterlassen.

Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung abgewehrt wurde. Aber dann zeigten sich die herrlichen Früchte des 14jährigen Ringens um die deutsche Seele. Eine heilige Flamme nationaler Begeisterung erfüllte unser Volk mit neuer Hoffnung, daß es nach langen Jahren der Schande und der Schmach seine Ehre und Freiheit wieder gewinne. Der Geist von Potsdam, der Preußen- und Hohenzollerngeist, der Geist Bismarcks erwachte zu neuem Leben; der 5. März 1933 brachte den endgültigen Sieg der nationalsozialistischen Bewegung. In der Potsdamer Garnisonkirche, bei der Gruft Friedrichs II., des Großen, wurde am 21. März der neue Reichstag eröffnet; er nahm in der an demselben Tage folgenden Berliner Sitzung mit großer Mehrheit das Ermächtigungsgesetz an, das dem Reichskanzler für 4 Jahre diktatorische Vollmachten gab. Nach Hindenburgs Tod (1934) vereinigte Hitler als „Führer und Reichskanzler" die beiden höchsten Ämter, mit Zustimmung von 38,4 Millionen Wählern.

Wortlaut der Regierungserklärung des Reichskanzlers Adolf Hitler in der Garnisonkirche zu Potsdam am 21. März 1933.

„Wir wollen an die Stelle des ewigen Schwankens die Festigkeit der Regierung setzen!"

Herr Reichspräsident!

Abgeordnete, Männer und Frauen des Deutschen Reichstages!

Schwere Sorgen lasten seit Jahren auf unserem Volk.

Nach einer Zeit stolzer Erhebung, reichen Blühens und Gedeihens auf allen Gebieten unseres Lebens sind — wie so oft in der Vergangenheit — wieder einmal Not und Armut bei uns eingekehrt.

Trotz Fleiß und Arbeitswillen, trotz Tatkraft, einem reichen Wissen und bestem Wollen, suchen Millionen Deutsche heute vergebens das tägliche Brot. Die Wirtschaft verödet, die Finanzen sind zerrüttet, Millionen ohne Arbeit!

Die Welt kennt nur das äußere Scheinbild unserer Städte, den Jammer und das Elend sieht sie nicht.

Seit zwei Jahrtausenden wird unser Volk von diesem wechselvollen Geschick begleitet. Immer wieder folgte dem Emporstieg der Verfall.

Die Ursachen waren immer die gleichen. Der Deutsche, in sich selbst zerfallen, uneinig im Geist, zersplittert in seinem Wollen und damit ohnmächtig in der Tat, wird kraftlos in der Behauptung des eigenen Lebens. Er träumt vom Recht in den Sternen und verliert den Boden auf der Erde.

Je mehr aber Volk und Reich zerbrechen und damit der Schutz und Schirm des nationalen Lebens schwächer wird, um so mehr versuchte man zu allen Zeiten die Not zur Tugend zu erheben. Die Theorie der individuellen Werte unserer Stämme unterdrückt die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Willens. Am Ende blieb dem deutschen Menschen dann immer nur der Weg nach innen offen. Als Volk der Sänger, Dichter und Denker träumte es dann von einer Welt, in der die anderen lebten. Und erst, wenn die Not und das Elend es unmenschlich schlugen, erwuchs vielleicht aus der Kunst die Sehnsucht nach einer neuen Erhebung, nach einem neuen Reich und damit nach neuem Leben.

Als Bismarck dem kulturellen Streben der deutschen Nation die staatspolitische Einigung folgen ließ, schien damit für immer eine lange Zeit des Haders und des Krieges der deutschen Stämme untereinander beendet zu sein.

Getreu der Kaiserproklamation nahm unser Volk teil an der Mehrung der Güter des Friedens, der Kultur und der menschlichen Gesittung. Es hat das Gefühl seiner Kraft nie gelöst von der tief empfundenen Verantwortung für das Gemeinschaftsleben der europäischen Nationen.

In diese Zeit der staats- und machtpolitischen Einigung der deutschen Stämme fiel der Beginn jener weltanschaulichen Auflösung der deutschen Volksgemeinschaft, unter der wir heute noch immer leiden.

Und dieser innere Zerfall der Nation wurde wieder einmal, wie so oft, zum Verbündeten der Umwelt. Die Revolution des November 1918 beendete einen Kampf, in den die deutsche Nation in der heiligsten Überzeugung, nur ihre Freiheit und damit ihr Lebensrecht zu schützen, gezogen war.

Denn weder der Kaiser noch die Regierung noch das Volk haben diesen Krieg gewollt.

Nur der Verfall der Nation, der allgemeine Zusammenbruch zwangen ein schwaches Geschlecht, wider das eigene bessere Wissen und gegen die heiligste innere Überzeugung, die Behauptung unserer Kriegsschuld hinzunehmen.

Diesem Zusammenbruch folgte aber der Zerfall auf allen Gebieten. Machtpolitisch, moralisch, kulturell und wirtschaftlich sank unser Volk tiefer und tiefer. Das schlimmste war die bewußte Zerstörung des Glaubens an die eigene Kraft, die Entwürdigung unserer Traditionen und damit die Vernichtung der Grundlagen eines festen Vertrauens! Krisen ohne Ende haben seitdem unser Volk zerrüttet.

Aber auch die übrige Welt ist durch das politische und wirtschaft-

liche Herausbrechen eines wesentlichen Gliedes ihrer Staatengemeinschaft nicht glücklicher und nicht reicher geworden.

Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnsinn der Reparationen und in der Folge die Katastrophe unserer Wirtschaft.

Während so das deutsche Volk und Deutsche Reich in inneren politischen Zwiespalt und Hader versanken, die Wirtschaft dem Elend entgegentrieb, begann die neue Sammlung der deutschen Menschen, die in gläubigem Vertrauen auf das eigene Volk dieses zu einer neuen Gemeinschaft formen wollen.

Diesem jungen Deutschland haben Sie, Herr Generalfeldmarschall, mir am 30. Januar 1933 in großherzigem Entschluß die Führung des Reiches anvertraut.

In der Überzeugung, daß aber auch das Volk selbst seine Zustimmung zur neuen Ordnung des deutschen Lebens erteilen muß, richteten wir Männer dieser nationalen Regierung einen letzten Appell an die deutsche Nation.

Am 5. März hat sich das Volk entschieden und in seiner Mehrheit zu uns bekannt.

In einer einzigartigen Erhebung hat es in wenigen Wochen die nationale Ehre wiederhergestellt und dank Ihrem Verstehen, Herr Reichspräsident, die Vermählung vollzogen zwischen den Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft.

Indem nun aber die nationale Regierung in dieser feierlichen Stunde zum ersten Male vor den neuen Reichstag hintritt, bekundet sie zugleich ihren unerschütterlichen Willen: das große Reformwerk der Reorganisation des deutschen Volkes und des Reichs in Angriff zu nehmen und entschlossen durchzuführen.

Im Bewußtsein, im Sinne des Willens der Nation zu handeln, erwartet die nationale Regierung von den Parteien der Volksvertretung, daß sie nach 15jähriger Not sich emporheben mögen über die Beengtheit eines doktrinären, parteimäßigen Denkens, um sich dem eisernen Zwang unterzuordnen, den die Not und ihre drohenden Folgen uns allen auferlegen.

Denn die Arbeit, die das Schicksal von uns fordert, muß sie turmhoch erheben über den Rahmen und das Wesen kleiner tagespolitischer Aushilfen.

Wir wollen wiederherstellen die Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation!

Wir wollen wahren die ewigen Fundamente unseres Lebens: Unser Volkstum und die ihm gegebenen Kräfte und Werte.

Wir wollen die Organisation und die Führung unseres Staates wieder jenen Grundsätzen unterwerfen, die zu allen Zeiten die Vorbedingung der Größe der Völker und Reiche waren.

Wir wollen die großen Traditionen unseres Volkes, seiner Geschichte und seiner Kultur in demütiger Ehrfurcht pflegen, als unversiegbare Quellen einer wirklichen inneren Stärke und einer möglichen Erneuerung in trüben Zeiten.

Wir wollen das Vertrauen in die gesunden, weil natürlichen und richtigen Grundsätze der Lebensführung verbinden mit einer Stetigkeit der politischen Entwicklung im Innern und Außeren.

Wir wollen an die Stelle des ewigen Schwankens die Festigkeit einer Regierung setzen, die unserem Volke damit wieder eine unerschütterliche Autorität geben soll.

Wir wollen alle die Erfahrungen berücksichtigen, sowohl im Einzel- und im Gemeinschaftsleben, wie aber auch in unserer Wirtschaft, die sich in Jahrtausenden als nützlich für die Wohlfahrt der Menschen erwiesen haben.

Wir wollen wiederherstellen den Primat der Politik, die berufen ist, den Lebenskampf der Nation zu organisieren und zu leiten.

Wir wollen aber auch alle wirklich lebendigen Kräfte des Volkes als die tragenden Faktoren der deutschen Zukunft erfassen, wollen uns redlich bemühen, unschädlich zu machen, die dem Volke zu schaden versuchen.

Aufbauen wollen wir eine wahre Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, den Berufen und den bisherigen Klassen. Sie soll zu jenem gerechten Ausgleich der Lebensinteressen befähigt sein, den des gesamten Volkes Zukunft erfordert.

Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muß wieder werden ein deutsches Volk.

Es soll dann für ewige Zeiten in seine treue Verwahrung nehmen unseren Glauben und unsere Kultur, unsere Ehre und unsere Freiheit.

Der Welt gegenüber aber wollen wir, die Opfer des Krieges von einst ermessend, aufrichtige Freunde sein eines Friedens, der endlich die Wunden heilen soll, unter denen alle leiden.

Die Regierung der nationalen Erhebung ist entschlossen, ihre von dem deutschen Volke übernommene Aufgabe zu erfüllen. Sie tritt daher heute hin vor den Deutschen Reichstag mit dem heißen Wunsch, in ihm eine Stütze zu finden für die Durchführung ihrer Mission. Mögen Sie, meine Männer und Frauen, als gewählte Vertreter des Volkes den Sinn der Zeit erkennen, um mitzuhelfen am großen Werk der nationalen Wiedererhebung.

In unserer Mitte befindet sich heute ein greises Haupt. Wir erheben uns vor Ihnen, Herr Generalfeldmarschall. Dreimal kämpften Sie auf dem Felde der Ehre für das Dasein und die Zukunft unseres Volkes. Als Leutnant in den Armeen des Königs für die deutsche Einheit, in den Heeren des alten deutschen Kaisers für des Reiches glanzvolle Aufrichtung, im größten Kriege aller Zeiten aber als unser Generalfeldmarschall für den Bestand des Reiches und für die Freiheit unseres Volkes.

Sie erlebten einst des Reiches Werden, sahen vor sich noch des großen Kanzlers Werk, den wunderbaren Aufstieg unseres Volkes und haben uns endlich geführt in der großen Zeit, die das Schicksal uns selbst miterleben und mit durchkämpfen ließ.

Heute, Herr Generalfeldmarschall, läßt Sie die Vorsehung Schirmherr sein über die neue Erhebung unseres Volkes. Dieses, Ihr wundersames Leben ist für uns alle ein Symbol der unzerstörbaren Lebenskraft der deutschen Nation. So dankt Ihnen heute des deutschen Volkes Jugend, und wir alle, die wir Ihre Zustimmung zum Werk der deutschen Erhebung als Segnung empfinden. Möge sich diese Kraft auch mitteilen der nunmehr eröffneten neuen Vertretung unseres Volkes.

Möge uns dann aber auch die Vorsehung verleihen jenen Mut und jene Beharrlichkeit, die wir in diesem für jeden Deutschen geheiligten Raume um uns spüren, als für unseres Volkes Freiheit und Größe ringende Menschen zu Füßen der Bahre seines größten Königs!

Angewandte Geschichte in Hitlers Drittem Reich.

> Was wir seit dem 30. Januar 1933 erleben dürfen, ist Angewandte Geschichte. „Man lernt nicht Geschichte, um nur zu wissen, was geschehen ist, sondern man lernt Geschichte, um in ihr eine Lehrmeisterin für die Zukunft und für den Fortbestand des eigenen Volkstums zu erhalten."
>
> Adolf Hitler.

I.

Hitler als Befreier.

Ausschaltung des romgebundenen Flavusdeutschtums und des artfremden Judentums.

Die Spaltung in zweierlei Deutsche, die älter ist als das Christentum und an sich mit der Religion Jesu nichts zu tun hat, war die Ursache unseres Zusammenbruchs. Vier Jahre lang (1914—1918) hatte das Armindeutschtum einen doppelten Krieg zu führen, nicht nur gegen die äußeren, sondern auch gegen die inneren Feinde des

Preußentums, des Bismarckschen Reiches und darüber hinaus des Protestantismus.

Aber „mitten im furchtbarsten Zusammenbruch erwachte die alte nordische Rassenseele zu neuem, höherem Bewußtsein“[1]). Vor allem nahm Adolf Hitler seit 1919 den Kampf gegen die welschjüdischen Trugideale auf. Ihnen stellte er unermüdlich seine einheitliche, völkische, heroische, einfache und jedem Volksgenossen verständliche Weltanschauung gegenüber. Sein Nationalsozialismus ist das Ringen um eine artgemäße Lebensordnung. Er verpflichtet jeden Deutschen, ein fanatischer Nationaler und gläubiger Sozialist zu sein. Wir sollen alle Kräfte einsetzen für die Gesundheit und die Zukunft unseres Volkes, für seine Ehre und Freiheit; oberster Grundsatz ist die Unterordnung der persönlichen Interessen unter das Gemeinwohl („Gemeinnutz vor Eigennutz“).

Nach der Machtübernahme war die Volksgemeinschaft das erste und höchste Ziel Adolf Hitlers; sie wurde von Ministerpräsident Göring auf der Stuttgarter Tagung der Auslandsdeutschen „die größte Tat, die das Dritte Reich geschaffen hat“ genannt. Hitler konnte keine zweierlei Deutschen dulden, die sich gegenseitig zerfleischten. Eine Gesundung war nur möglich, wenn die trennende Mauer niedergerissen wurde, und so begann der Heilungsprozeß mit der entschlossenen Beseitigung des Parteienstaates. Die unter jüdischer Leitung stehenden sozialistischen und kommunistischen Parteiorganisationen wurden mit Polizeigewalt aufgelöst. Damit brach von selbst die unheilvolle Herrschaft zusammen, die das Zentrum jahrzehntelang durch seine Schlüsselstellung innegehabt hatte. Das war der Anfang für die Ausschaltung der beiden Pfähle. Es kam zu einer mehr oder weniger freiwilligen Selbstauflösung aller Parteien, auch des allmächtigen Zentrums; nur die NSDAP. blieb bestehen.

Mit Befriedigung konnte Hitler am 9. Juli 1933 erklären: „Die Parteien sind verschwunden. Ich darf mit Stolz bekennen, daß wir damit etwas Gewaltiges in der deutschen Geschichte geleistet haben. Wer hätte jemals geglaubt, daß fünf Monate nach unserem Machtantritt das Zentrum die Fahne verlassen würde? Wir sind glücklich darüber; denn wir wollen, daß der Kampf in den religiösen Lagern ein Ende nimmt. Wir sind auch glücklich, daß es gestern in Rom gelungen ist, ein Konkordat zu unterzeichnen, auf Grund dessen nunmehr für alle Zukunft den Priestern verboten sein wird, sich in den Parteien zu betätigen. Wir sind glücklich darüber, weil wir die religiöse Not von Millionen Menschen kennen, die sich danach sehnen, in dem Geistlichen nur den Tröster der Seele, nicht aber den Vertreter ihrer politischen Überzeugung zu sehen.“

Mit der Beseitigung des demokratischen Parlamentarismus, der die wachsende Macht Judas und Roms ermöglicht hatte, hingen andere Maßnahmen aufs engste zusammen. Mit dem Parteienstaat ver-

[1]) Rosenberg in seinem „Mythus“ S. 118.

schwand der Klassenstaat; sowohl die jüdischsozialdemokratischen als auch die römischchristlichen Gewerkschaften wurden aufgelöst. Als eine Hauptaufgabe erschien die Befreiung von der Konfessionalisierung unseres gesamten öffentlichen und privaten Lebens[1]).

Auf einer Berliner Beamtentagung sagte Reichsminister Dr. Frick am 31. Oktober 1935: „Wir sind der Ansicht, daß Religion und Konfession die Gewissensfrage eines jeden einzelnen sind. Ich habe deshalb die Entkonfessionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens verlangt. Wir wollen nicht katholische und protestantische Beamte, sondern wir wollen nur deutsche Beamte.“ Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß etwa noch bestehende konfessionelle Beamtenvereine von selbst endlich den Entschluß finden, sich aufzulösen.

Langsam war die Erkenntnis durchgedrungen, daß die Verstrickung in den jüdischrömischen Menschheitswahn seit 2000 Jahren unser Volk immer wieder ins Elend gestürzt hat. Es galt, das Deutschtum sowohl von dem römischen Menschheitswahn des Mittelalters als auch von dem jüdischen der Aufklärung zu befreien, als gäbe es „natur- und vernunftgemäße“, für alle Völker, Länder, Zeiten feststehende Normen des staatlichen, kirchlichen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Lebens, und als ob irgendein Staat oder Volk, irgendeine Kirche oder Gesellschaft die göttliche Mission hätte, die Segnungen dieser allgemeingültigen Ordnungen mit mehr oder weniger Druck anderen Völkern zu bringen.

Am 21. März 1933, am Tage der Reichstagseröffnung, schrieb Rosenberg im Völkischen Beobachter: „Heute vergeht auch das Mittelalter.“ Später hat er wiederholt betont, daß „das Heilige Römische Reich Deutscher Nation nicht die Vorstufe zum Dritten, nationalsozialistischen Reiche sei; sondern die Vorläufer zu diesem erblicken wir in allen Rebellen gegen das Römische Reich Deutscher Nation“. Und Ministerpräsident Göring erklärte, daß auch diesmal Preußen in erster Linie das Fundament für das Reich bilden müsse. — Natürlich mußte mit dem unseligen Erbe des Mittelalters aufgeräumt werden, mit der Kleinstaaterei. Es handelte sich, wie Hitler mit Recht sagte, keineswegs um politische Gebilde, die den Stämmen entsprächen; sie seien nicht, wie die Stämme, „gottgewollte Bausteine unseres Volkes, sondern Menschenwerk und darum vergänglich“. Noch in den ersten Monaten des Jahres 1933 hatte die bayrische Regierung mit der Aufrichtung einer eigenen, von Berlin unabhängigen Monarchie gedroht. Hitler machte im April 1933 durch die Gleichschaltung der Länder und Einsetzung von 12 Reichsstatthaltern allen separatistischen Neigungen ein Ende.

[1]) Über die systematische Absperrung der gesamten katholischen Bevölkerung Deutschlands vgl. die Ausführungen in meiner „Angewandten Kirchengeschichte“ 3. Aufl. S. 389f.

Reichsleiter **Rosenberg** erklärte drei Jahre später in Wuppertal-Elberfeld, daß die welschjüdische **Aufklärung** des 18. Jahrhunderts und ihre Ideen in unserem Reich überwunden seien. Der Kampf gegen die artfremden Einflüsse wurde auf allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft, des Rechts, der Kultur rücksichtslos aufgenommen. Es handelte sich vor allem um die **Ausschaltung des Judentums**. Wir denken besonders an die Nürnberger Gesetze des Jahres 1935:

Ausschaltung des Judentums aus den Staatsämtern;

Entziehung des Reichsbürgerrechts.

Verbot der Heirat und des Geschlechtsverkehrs mit Juden. Damit hingen die Gesetze zusammen, welche die **Ausschaltung des erbkranken Blutes** aus dem Volkskörper bezwecken: Unfruchtbarmachung der Erbkranken und Minderwertigen; Sicherheitsverwahrung der Gewohnheitsverbrecher. Auch drang die Erkenntnis durch, daß Freimaurerei, Anthroposophische Gesellschaft, Bund ernster Bibelforscher u. a. der **Verbreitung jüdischen Fremdgeistes** dienen. Im Jahre 1935 verschwanden ihre Reste.

Schon im Jahre 1933 begründete Reichsminister Dr. **Goebbels** unser Vorgehen gegen das Judentum vor Vertretern der Weltpresse mit folgenden Worten: „Man vergegenwärtige sich, daß die Juden in Deutschland das ganze geistige Leben maßgebend beeinflußten, daß sie die Presse, Literatur, Bühne und Film absolut und uneingeschränkt in der Hand hatten, daß sie in den großen Städten, z. B. in Berlin, manchmal 75% des ganzen Ärzte- und Juristenstandes stellten, daß sie die öffentliche Meinung machten, die Börse maßgebend beeinflußten, das Parlament und seine Parteien unter ihrer Obhut hatten, und man wird verstehen, daß die Gegenwehr dagegen ebenso spontan wie zwangsläufig war. Nichts liegt dem Nationalsozialismus ferner, als billige Rache zu nehmen."

Das maßvolle Vorgehen Hitlers wurde vom Weltjudentum mit einer **Kriegserklärung** an **Deutschland** beantwortet.

Befreiung von den Fesseln des Versailler Diktats und von der Tyrannei der Siegerstaaten.

Es war keine leichte Aufgabe, inmitten einer von Waffen starrenden Welt, welche die Aufrichtung des nationalsozialistischen Reiches teils mit größtem Mißtrauen, teils mit erbittertem Haß verfolgte, das wehrlos gemachte deutsche Volk so weit zu bringen, daß wir wieder, wie Bismarck sich ausdrückte, „als große Nation frei in der Welt atmen könnten". Die einzige Waffe Hitlers war seine überraschende Offenheit; er eröffnete einen **Wahrheitsfeldzug**. Vorsichtig wurden Stück um Stück die Ketten des Versailler Diktats gelöst:

Schon am 21. März 1933 wies unseres Reichskanzlers Kundgebung in der Potsdamer Garnisonkirche die Behauptung unserer Kriegsschuld entschieden zurück. Er wurde nicht müde, von dem „Wahnsinn der Reparationen" und von dem „Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten" zu sprechen; er forderte **Gleichberechtigung**.

Als alle Bemühungen zur Befriedung Europas am Widerstand der „Sieger" scheiterten und wir weiterhin als Volk niederen Grades behandelt wurden, erklärte Hitler am 14. Oktober 1933 den **Austritt Deutschlands aus dem Genfer Völkerbund**.

Ringsum wurde nicht ab-, sondern maßlos aufgerüstet. Immer drohender wurde die Einkreisung Deutschlands, wobei der gewaltigen Armee der jüdischrussischen Sowjetunion, mit der Frankreich und die Tschechoslowakei enge Freundschaft schlossen, wiederum die Rolle der Dampfwalze zugedacht war. Angesichts der unfruchtbaren Verhandlungen und der wachsenden Gefahren teilte Hitler am 15. März 1935 der Welt den Beschluß der Regierung mit, die **allgemeine Wehrpflicht** einzuführen. Damit zerriß er, unbekümmert um jeden Einspruch, einen Hauptartikel des Versailler Diktats. Dazu kam am 1. Oktober 1935 die Einrichtung der allgemeinen **Arbeitsdienstpflicht**.

Aus dem Gefühl tiefster Verantwortung heraus schritt der Führer 1936 zu weiteren Maßnahmen, um das Reich gegen Überrumpelung zu schützen:

Am 7. März 1936 zogen **unsere Truppen in die entmilitarisierte Rheinlandzone ein**.

Es folgte die Einführung der **zweijährigen Wehrpflicht**.

Im November 1936 hob der Führer, ohne die „Sieger" lange zu fragen, die internationale Kontrolle über die deutschen Flüsse auf.

In seiner großen historischen Reichstagsrede vom 30. Januar 1937 sprach Hitler von der allmählichen Abstreifung der Fesseln, „die wir als tiefstes Schandmal empfanden". Diesen Prozeß abschließend, gab er folgende Erklärungen ab:

1. „Ich verkündige Ihnen, daß ich im Sinne der Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung die Deutsche **Reichsbahn** und die Deutsche **Reichsbank** ihres bisherigen Charakters entkleiden und wieder restlos unter die Hoheit der Regierung des Deutschen Reiches stellen werde.

2. Ich ziehe vor allem die **deutsche Unterschrift feierlichst zurück** von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege trage.

3. Diese Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes, die ihren äußerlich sichtbaren Ausdruck in der Einführung der **Wehrpflicht**, Erschaffung einer neuen **Luftwaffe**, dem Wiederaufbau einer deutschen **Kriegsmarine**, der **Wiederbesetzung des Rheinlandes** durch unsere Truppen fand, war die schwerste und wagemutigste Tat meines Lebens."

II.

Nationalsozialismus.

(Der Aufbau des Dritten Reiches.)

Wir sind glücklich, Zeugen einer gewaltigen staatsmännischen Leistung zu sein. Nach schwerstem Zusammenbruch unternimmt es Hitler, das wehrlose Reich und das verseuchte Volk auf der Grundlage der neuen Erkenntnisse aufzurichten, die wir der Rassenkunde und der rassenkundlichen Geschichtsschau, der Rassenhygiene und der Biologie verdanken, und es wieder gesund und stark zu machen[1]).

Rangordnung der Werte.

Durch unsere ganze Geschichte zieht sich die Frage bzw. der Streit um den **Primat**, d. h. um die erste Stelle. Wem gilt unser höchstes Denken, Wollen und Handeln? der Menschheit oder dem Volk? der Kirche oder dem Staat? dem Staat oder dem Volk? der Gemeinschaft oder der Partei, der Klasse, dem Stand, der Familie?

Das ganze **Mittelalter** war ein Ringen um den Primat. Für die römische Kirche war es selbstverständlich, daß die einheitliche, durch die lateinische Weltsprache verbundene Menschheit höher stehe als unser Volkstum. Es gelang ihr, die germanischdeutschen Helden für ihre Ziele einzufangen. Die folgenden jahrhundertelangen Kämpfe brachten den Primat des Papstes über den Kaiser und der Kirche über Staat und Volk.

Später trat der **Staatsgedanke** an die erste Stelle. Vor 100 Jahren stellte unser größter Historiker, Leopold von Ranke, Staat und Volk als die höchsten Werte in den Mittelpunkt seiner Geschichtsbetrachtung. Daran schloß sich die weitere Frage, ob **Staat oder Volk** obenan stehe. Es war tief beschämend, daß bald nach dem Ausbruch des Weltkrieges einflußreiche Männer den Staatsverband über den Volksverband stellten und zu behaupten wagten: „Der völkische Gedanke hat sich überlebt; man muß ihn höheren Zwecken unterordnen[2])." Nach dem Weltkrieg war Internationalismus Trumpf.

Und Hitler? Es ist bereits gesagt, daß er dem Menschheitswahn sowohl des Mittelalters als auch der sog. „Aufklärung" entgegentrat. Schon in seinem Buch „Mein Kampf" spricht er wiederholt aus, daß in der Rangordnung der Werte **nicht der Staat**, sondern **das Volk** die erste Stelle einnehmen muß.

Er schreibt S. 433: „Der Staat ist Mittel zum Zweck ... Wir, als Arier, vermögen uns unter einem Staat nur den **lebendigen Organismus eines Volkstums** vorzustellen, der die Erhaltung dieses Volkstums nicht nur sichert, sondern auch durch Weiterbildung seiner geistigen und ideellen Fähigkeiten zur höchsten Freiheit führt ... Die Güte eines Staates kann nicht bewertet werden nach der kulturellen Höhe oder der Machtbedeutung dieses Staates im Rahmen der übrigen Welt, sondern ausschließlich nur nach dem Grade der Güte dieser Einrichtung für das jeweils in Frage kommende Volkstum." Die höchste Aufgabe des Staates sieht er „in der Erhaltung und Förderung der unverletzt gebliebenen edelsten Bestandteile unseres Volkes".

[1]) Vgl. meine „Angewandte Rassenkunde".

[2]) Meine Kriegsaufsätze der Jahre 1914/15 traten hauptsächlich diesen Flaumachern und Quertreibern entgegen.

Dem entsprachen zahlreiche Aussprüche nach der Machtübernahme Hitlers, daß der **Staat** das Gefäß, das **Volk** der Inhalt sei. Wenn von **Volksgemeinschaft** gesprochen und die Parole ausgegeben wird **Gemeinnutz vor Eigennutz**, so bedeutet das, daß alle politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Fragen von dem Gesichtspunkt aus betrachtet werden müssen, wie sie dem Volkstum dienen. Das gilt besonders für die Schule, für die Erziehung unserer Jugend, für Kunst und Wissenschaft, auch für die **Kirche**.

Mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft hängt das Streben nach **Einheit** zusammen. Unsere ganze 2000jährige Geschichte läßt sich unter dem Gesichtspunkt **Einheit und Vielheit** betrachten. Der Freiheitsdrang führte, zusammen mit dem Menschheitswahn, zu einer grotesken Zersplitterung. Durch straffe Zusammenfassung aller Kräfte (Zentralisation) kam der brandenburgisch-preußische Staat der Hohenzollern empor. Stein unternahm für Preußen, später Bismarck für das deutsche Kaiserreich einen Ausgleich zwischen Einheit und Vielheit. Die nachbismarckische Zeit und der Ausgang des Weltkrieges brachten wieder eine wachsende Zersplitterung. So stand denn für Hitler das Streben nach Einheit im Vordergrund; aber wir dürfen, auch besonders nach den Reden des Reichsministers Dr. Frick, gewiß sein, daß keine Einerleiheit entsteht, daß vielmehr sowohl der individuellen Freiheit der Einzelmenschen als auch der Stämme Rechnung getragen wird.

Der **Volksgedanke** obenan! In Zukunft sollen nicht mehr, wie früher, die auswandernden Staatsbürger unserem Volkstum verloren gehen; überall bestehen draußen für die Reichsdeutschen offizielle Organisationen, welche die Verbundenheit mit dem Vaterland pflegen. Aber auch **dem Auslandsdeutschtum**, das teils durch eigene Schuld, teils durch das **Versailler Diktat** fremden Staaten untertan ist, gilt unsere Fürsorge.

Wir denken an die Ostlandtagung des **Volksbundes für das Deutschtum im Ausland**, die Pfingsten 1935 in Königsberg stattfand. In dem Grußwort des preußischen Ministerpräsidenten Göring hieß es: „Das ist das Grundgesetz des Nationalsozialismus, daß nicht der Staat, sondern das Volk das entscheidende Element unserer Arbeit ist." Der Bundesleiter Dr. Steinacher sagte: „Der Volksbund für das Deutschtum im Ausland will keine Staaten angreifen, keine Regierungen stürzen, keine Verschwörungen anzetteln. Staatliche Gebietsveränderungen und Verzichte liegen auf einer anderen Ebene. Aber der VDA. weiß: Volkstum kennt keinen Verzicht auf Volkstum!

Das ist die gleiche Forderung, die auch die anderen mit ihren Auslandsverbänden und Welttagungen immer wieder erhoben haben."

Es muß betont werden, daß Hitler jeden Imperialismus und Eingriff in fremdes Volkstum ablehnt: im Gegensatz zu den Staatsmännern aller anderen Völker.

Blut und Boden als Grundlage der Bevölkerungspolitik. (Der erste und der zweite Vierjahresplan.)

„Gebt mir vier Jahre Zeit!"

Im Aufruf der Reichsregierung vom 1. Februar 1933 wurde als das Ziel des ersten Vierjahresplans angegeben:

„Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein.

„Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.

„Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Siedelungspflege."

Blut und Boden! Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts war ein nomadenhafter Zug in unser Volksleben gekommen; zugleich wuchs die Verstädterung, und das Bauerntum schien dem Untergang entgegenzugehen. In der Nachkriegszeit räumte die jüdischrömische Koalitionsregierung mit den Bindungen des Bodens auf.

Adolf Hitler erkannte, daß hier zuerst die heilende Hand angelegt werden müsse. Sein Ziel war ein erbgesundes, arbeitsfrohes Volk, das fest in unserem Boden verwurzelt ist. Obenan stand die Rettung des deutschen Bauernstandes. Die Regierung kehrte zur altgermanischen Rechtsauffassung zurück: der Boden sollte aufhören, wie eine bewegliche Ware behandelt zu werden. Durch das Erbhofgesetz sollte der deutsche Bauer die innere Erziehung zu einem bäuerlichen Herrentypus erfahren, die ihm als „dem ersten Sohne des Volkes" zukomme. Hitler erklärte: „Das Dritte Reich wird ein Bauernreich sein oder es wird untergehen wie die Reiche der Hohenstaufen und der Hohenzollern."

Im Jahre 1936 gab es bereits 700000 Erbhöfe. Seit 1933 entstehen Jahr für Jahr zahlreiche neue Erbhöfe auf dem Ackerland, das der Arbeitsdienst durch Deichbauten, Flußregulierungen, Entwässerungen erobert. Besonders sind an der deutschen Nordseeküste, vor allem in Schleswig-Holstein, Landgewinnungsanlagen in einem früher nie gekannten Umfang in Angriff genommen. Zwischen der deutschen Nordseeküste und den vorgelagerten Nord- und Ostfriesischen Inseln dehnt sich das Wattenmeer aus, das in früheren Jahren fruchtbares Marschland war. Es handelt sich um 200000 ha (an der schleswigschen Küste allein 110000 ha), die im Laufe der Jahrhunderte der Naturgewalt zum Opfer gefallen sind. Seit 1933 sind bereits Hunderte von neuen Bauernstellen auf dem gewonnenen Land errichtet.

In dem schon erwähnten Buch von Berndt „Gebt mir vier Jahre Zeit" trägt ein Kapitel die Überschrift: „Provinzen werden erobert." Da heißt es: „Deutschland muß es erreichen, sich aus eigenem Boden wenigstens bei sparsamem Gebrauch ohne Einfuhr ernähren zu können, wenn eine Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse infolge der Weltmarktlage sich als unmöglich erweisen sollte. Die deutsche landwirtschaftliche Produktion besitzt erhebliche Steigerungsmöglichkeiten durch Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Hier können noch Provinzen erobert werden. 17,4 Millionen Hektar deutschen Bodens sind verbesserungsbedürftig, und zwar durch Ackerdränung, Entwässerung von Grünland, Bewässerung von Acker- und Grünland, Flurbereinigung, Beschlickung und Bemergelung, Schutz vor Hochwasser." Berndt spricht von einer „Neulandgewinnungsmöglichkeit von insgesamt 5,5 Millionen Hektar, dem Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche von Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen und Mecklenburg. Eine gewaltige Arbeit ist also zu leisten."

„Hauptträger des Landeskulturwerks ist der Reichsarbeitsdienst, dessen Arbeiten zu 68 v. H. aus Landeskulturarbeiten, einschließlich 15 v. H. für Wirtschaftswegebau, bestehen."

Aber auch die früher „Proletarier" genannten Arbeiter sollen seßhaft gemacht werden, damit sie als gleichwertige Bürger dem Volke eingefügt werden. Die Regierung hat reiche Mittel zur Verfügung gestellt, um in der Nähe der großen Industrie- und Handelsstädte Kleinsiedelungen mit Gartenland entstehen zu lassen. Die gleiche Fürsorge gilt der Rettung und Stärkung des deutschen Handwerkerstandes.

Adolf Hitler hat den Begriff „Arbeit" veredelt. Wir alle müssen Arbeiter sein und alle Kräfte anspannen, um durch Arbeit den Mangel an Raum und an Rohstoffen zu ersetzen, die uns die „Sieger" vorenthalten. Dazu fordert der zweite Vierjahresplan auf, der 1936 auf dem Nürnberger Parteitag verkündet wurde.

Die Seßhaftmachung unseres Volkes, besonders die Pflege des Bauerntums dient dem Zweck, „die völkische Substanz zu erhalten". Zielbewußt faßte Adolf Hitler die Abnahme der Minderwertigen, Zunahme der Hochwertigen ins Auge. Er setzte einen Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung ein, in dessen Gründungssitzung Reichsminister Dr. Frick eine programmatische Rede hielt:

„Die Volkskraft droht zu versiegen und für immer unterzugehen, wenn wir nicht mit Energie und Mut an den Wiederaufbau der deutschen Familie auf der Lebensgrundlage unseres Volkes herangehen. Der Sieg der erbgesunden, kinderreichen Familien entscheidet über das Leben und die Erhaltung des deutschen Volkes im Herzen Europas ... Die führenden Männer müssen bereit sein, unserem Volke in jeder Beziehung mit gutem Beispiel voranzugehen. Bei all unseren Maßnahmen muß uns immer das Ziel vor Augen schweben, unser gesamtes deutsches Volk erbgesund zu machen und rassisch wiederaufzurichten."

Es folgten wichtige Gesetze. Einerseits galt es, das artfremde und erbkranke Blut aus dem Erbgang des deutschen Volkes auszuschalten. Anderseits wurden mit Erfolg Maßnahmen getroffen, das wertvolle Blut zu fördern. Ich erinnere an

das bereits erwähnte Erbhofgesetz,
die Ehestandsdarlehen,
das Erbgesundheitsgesetz,
die Eheberatung,
Steuerermäßigung je nach der Zahl der Kinder,
Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens.

Über die Gesundheitspflege im nat.-soz. Staat sprach Reichsminister **Dr. Frick** am 20. Mai 1937 auf der 3. Reichstagung der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes: „Als wir 1933 an die Macht kamen, fanden wir im deutschen Volk die Anzeichen eines drohenden Untergangs." Er gab einen Rückblick über das, was seitdem in vier Jahren geschehen sei, um unser Volk zu retten, und schloß mit den Worten: „Ich erwarte, daß Sie sich der Größe der Ihnen übertragenen Aufgabe, Hüter der Volksgesundheit, Pfleger seiner Erbgesundheit und Rassenreinheit zu sein, stets bewußt sein und alles daran setzen werden, sich dieser Aufgabe würdig zu erweisen. Über dem einzelnen kranken, fürsorgebedürftigen und ratsuchenden Volksgenossen steht das Wohl der Gesamtheit. Unser deutsches Volk gesund, rasserein und stark für alle Zeiten zu erhalten, ist das Ziel unserer gemeinsamen Arbeit."

Außenpolitik.

Bismarck hat in seinen „Gedanken und Erinnerungen" ausführlich davon gesprochen, welche Sorgen ihm 1866 und 1870 nach unseren gewaltigen Siegen der Gedanke einer diplomatischen Einmischung der „Neutralen" gemacht habe. Deshalb suchte er den Krieg möglichst schnell zu beenden und mit dem Gegner zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen.

Wir Deutschen haben mit europäischen Kongressen schlechte Erfahrungen gemacht, besonders mit dem Wiener Kongreß 1814/15, auf dem Sieger und Besiegte sich zusammenschlossen, um Preußen niederzuhalten. Im Weltkrieg widersetzten sich die äußeren und die inneren Feinde des Bismarckreichs dem Abschluß von Sonderfrieden. Und heute hören wir immer wieder Reden über die Notwendigkeit von Kollektivverhandlungen, vom Kollektivfrieden und — vom Kollektivkrieg. Der Genfer Völkerbund sei das Organ für die Beseitigung von Spannungen.

Natürlich durchschaut Adolf Hitler den Zweck solcher Reden. Denn sein Grundsatz ist nicht nur „du sollst nicht lügen", sondern auch „du sollst dich nicht belügen lassen". Im Gegensatz zur Kollektiv-Politik suchte er Verständigungen von Staat zu Staat zu erreichen, und das erwies sich als der einzige Weg, schwierige Probleme zu lösen. Und so kam es 1935 zu Abmachungen mit **Polen** und **England**; das englisch-deutsche Flottenabkommen bedeutete geradezu eine Anerkennung der wiederhergestellten deutschen Wehrhoheit, gegen die Frankreich vergebens protestierte. Es folgten am 11. Juli 1936 ein Abkommen mit **Österreich** und im Herbst 1937 der **deutsch-belgische** Neutralitätspakt.

Vor allem führten die heftigen Angriffe der demokratischen Musterstaaten gegen den Faschismus, die Spannung zwischen England und Italien und die zunehmende Verseuchung der ganzen Welt durch den Bolschewismus, mit dem die Franzosen und Angelsachsen liebäugeln, zu wachsender Freundschaft zwischen **Italien** und **Deutschland**. Besiegelt wurde diese Freundschaft vor aller Welt durch den im September 1937 erfolgten Besuch Mussolinis bei Hitler, bei welcher Gelegenheit der Duce in München und Berlin vom Deutschen Volk mit unerhörtem Jubel empfangen wurde. Es scheint, daß dieser „Achse Berlin-Rom" sich auch manche Staaten Südosteuropas anschließen werden.

Die Regierung unseres Dritten Reiches hat als erste sowohl das italienische Kaisertum Abessinien als auch die nationalspanische Regierung des Generals Franco anerkannt. Auch erhebt sie immer lauter den Anspruch auf Rückgabe unserer **Kolonien**. Unser Führer erklärte am 30. Januar 1937 in seiner großen Reichstagsrede:

„Das deutsche Volk hat sich einst ein Kolonialreich aufgebaut, ohne irgendjemand zu berauben und ohne irgendeinen Vertrag zu verletzen. Und es tat dies ohne einen Krieg. Dieses Kolonialreich wurde uns genommen. Die Begründungen, mit denen versucht wird, diese Wegnahme zu entschuldigen, sind nicht stichhaltig ... Also wird die Forderung nach Kolonien in unserem so dicht besiedelten Land als eine selbstverständliche sich immer wieder erheben."

III.

Hemmungen.

„Angewandte Geschichte!" Bismarck bezeichnete den deutsch-französischen Krieg (1870/1) als einen „Kampf gegen Ludwig XIV". Und wenn ich gefragt werde, mit wem wir denn vor, während und nach dem Weltkrieg zu ringen haben, so lautet meine Antwort: Es war und ist ein Kampf gegen den Kaiser Augustus, d. h. gegen den Menschheitswahn, gegen die jüdisch-römische Welt-, Misch- und Großstadtkultur und gegen die damit zusammenhängenden Krankheiten.

Der Kampf geht weiter, und wird niemals aufhören. Nachdem Hitler das totgeglaubte deutsche Volk wieder aufgerichtet, gesund und stark gemacht hat, haben der Haß und die Erbitterung der verrömelten und verjudeten Welt ein nie gekanntes Höchstmaß erreicht; Juda und Rom, Freimaurer und Jesuiten schließen sich zu einem neuen Vernichtungskampf zusammen, und wir dürfen uns über den Ernst der Lage nicht täuschen. Mehr als zu irgendeiner anderen Zeit offenbart sich heute die Berechtigung der Auffassung, daß die ganze Weltgeschichte ein Ringen zwischen Gott und Teufel, zwischen Wahrheit und Lüge ist. Mein Optimismus gründet sich auf das Gottvertrauen, daß nimmermehr Teufel und Lüge endgültig triumphieren werden.

Widerstand der äußeren Feinde.

Die Diplomaten sind geschäftiger als je zuvor. Zwar führen sie ständig das Wort „Friede" im Mund, genau so wie die welschen, angelsächsischen, russischen „Pazifisten" vor dem Weltkrieg. Aber ihr Ziel ist, uns zu überlisten und zu Fall zu bringen. Am lautesten betätigt sich das Weltjudentum, das uns nach Hitlers Machtübernahme offiziell den Krieg erklärt hat. Weil es die Weltpresse beherrscht, erhält die „Menschheit" draußen nur Zerrbilder von unseren Zuständen. Eine neue Hetz-Greuelpropaganda, welche die Duldung der demokratischen Musterregierungen erfährt, verbreitet die gröbsten Lügen. Die Staatsmänner lassen den Einfluß der bolschewistischen Sendboten wachsen; sie unterstützen direkt und indirekt die Sowjetunion in Spanien. Dazu wird alles in Bewegung gesetzt, um uns abermals, wie im Weltkrieg, durch Aushungerung zu zermürben.

Und die römische Papstkirche, die bekanntlich „in Jahrhunderten und Jahrtausenden denkt", richtet, trotz aller Kirchenzerstörungen durch den Bolschewismus, trotz Priester-, Mönch- und Nonnenermordungen, den Blick einzig auf die deutschen „Ketzer", so wie Frankreich nach dem Krieg von 1870/71 nur „das Loch in den Vogesen" sah. Hohe Kirchenfürsten, nicht nur in Europa, sondern auch in U. S. Amerika erheben „im Namen Jesu" ihre satanischen Lügenanklagen gegen Hitlers Drittes Reich.

Widerstände im eigenen Land.

Unser größter Feind ist die deutsche Michelei. Seit Jahrzehnten bin ich entsetzt gewesen über den Unverstand und die Leichtgläubigkeit meiner Volksgenossen. Sie haben weder nach der Reichsgründung Bismarcks (1871) die Kampfansage des Vatikans noch nach Hitlers Machtübernahme (1933) die offene Kriegserklärung des Weltjudentums ernst genommen, und ich kam mir oft wie Kassandra vor, welche die drohenden Gefahren sieht, während die Menschen ringsum lachend den kleinen Freuden des Lebens nachjagen. Und die wenigen Leute, die sich über den Ernst unserer Lage Sorge machten, erkannten nicht, daß Juda und Rom[1]) zusammengehören; sie wähnten, mit Hilfe Judas die römische Gefahr oder umgekehrt mit Roms Hilfe die jüdische Gefahr überwinden zu können.

Oft habe ich in Gesprächen mit führenden Männern der nationalen Vereine, Verbände und Bünde die Ansicht vertreten, daß Rom gefährlicher sei als Juda. Diese Auffassung finde ich durch die Ereignisse der letzten Jahre bestätigt. Es ist gelungen, wenigstens im eigenen Land die Macht des Judentums zu brechen, und zugleich ist den Freimaurern, Pazifisten, Ernsten Bibelforschern das Handwerk gelegt. Aber Rom? Wir staunen über die proteusartigen Verwandlungskünste der katholischen Papstkirche. Bald verdammt sie den Nationalsozialismus als schlimmste Ketzerei; bald sucht sie ihn einzufangen und erklärt, seine Grundsätze stimmten mit der päpstlichen Enzyklika überein. Sie ist nie „rückständig" und bemächtigt sich der Worte „Rasse, Blut, Führerprinzip", um sie in ihrem Sinne umzubiegen. Und die „Gläubigen" machen alles mit; denn die römische Kirche hat seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Herrschaft über das gesamte Denken, Fühlen und Handeln der katholischen Bevölkerung gewonnen, besonders durch den Beichtzwang.

Das wichtigste aber ist folgendes: Um den politischen Katholizismus auszuschalten, war Hitler durch den Abschluß des Reichskonkordats vom 20. 7. 1933, wie selbst ein französischer Jesuit erklärte, den Wünschen des Vatikans weiter entgegengekommen, als irgendeine andere Regierung. Trotzdem begann schon in demselben Jahr 1933 aus dem Konkordat ein „Diskordat" zu werden, d. h. eine Quelle der Zwietracht. Es handelte sich um die alten mittelalterlichen Fragen des Primats: Wer entscheidet über die Grenzen zwischen dem politischen und religiösen Katholizismus? wo ist die höchste und letzte Instanz bei Meinungsverschiedenheiten? Seitdem hörten die Unfreundlichkeiten des Vatikans nicht mehr auf, mit dessen Billigung im eigenen Land die hohen Kirchenfürsten alle Maßnahmen der nat.-soz. Regierung im Namen Jesu zu sabotieren suchten: Das Sterilisierungsgesetz und die Eheverbote, die weltlichen Gemeinschaftsschulen und die Hitlerjugend, das Landjahr und die Arbeitsdienstpflicht. Ja, man wagte es, die Geistlichen und Klosterbrüder, die wegen schwerster Sittlichkeitsverbrechen mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft wurden, als „Märthyrer" hinzustellen.

Leider will auch ein großer Teil der protestantischen Pfarrer, was ich aufs lebhafteste bedaure, nicht sehen, daß alles, was Hitler seit 1933 getan hat, selbstlosester Samariterdienst an unserem Volke ist: „praktisches, positives Christentum!" Sie scheinen vergessen zu haben, daß Religion und Weltanschauung ebensowenig zu trennen sind wie Religion und Moral; daß es sich bei dem Gegensatz zwischen den zwei Konfessionen weniger um religiöse Fragen handelt, als um eine grundverschiedene Einstellung zu Welt, Staat, Volk, Familie, Beruf, besonders um eine verschiedene Kirchenauffassung. Die Kluft kann nur dadurch überbrückt werden, daß sowohl Protestanten als auch Katholiken die unselige Frage nach dem Primat beiseitelassen und sich als

[1]) „Rom" wird in diesem Zusammenhang selbstverständlich immer nur im Sinne vom „politischen Katholizismus, Jesuitismus und Ultramontanismus" verstanden. Das Rom und Italien Mussolinis haben nichts damit zu tun.

deutsche Brüder fühlen, denen die Religion Jesu eine Art gemeinsamer Sonne ist, die unser ganzes Leben durchdringt. Sie müssen erkennen, daß die Machtansprüche Roms mit der Religion Jesu im Widerspruch stehen.

Kein Stillstand, sondern Festhalten an der Richtung.

Wunderbar! Ringsum in den „demokratischen Musterstaaten" Zank und Streit, Verhetzung der Massen und Störung aller politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Arbeit, Aufpeitschung der niedrigsten Leidenschaften, und bei uns Ruhe, Sicherheit und friedliches, fröhliches Schaffen überall! Auch auf den verschiedenen Gebieten des Kultur- und Geisteslebens.

Wie oft hat man uns in der nachbismarckschen Zeit (1890—1933) vorgeredet, daß Weimar und Potsdam Gegensätze seien! Leider gab es zahlreiche Michel, die sich betören ließen, und mit dem Schlagwort „Weimar, nicht Potsdam" haben die Feinde des Preußentums das Zweite Reich zugrunde gerichtet. Und wie nach unserem Zusammenbruch die angekündigte Kulturblüte aussah, zeigt heute (1937) die Münchener Ausstellung „Entartete Kunst": eine Sammlung des Grauens!

Und im Dritten Reich? Schritt um Schritt hat uns Adolf Hitler die Wehrhoheit wiedererrungen; in kurzer Zeit haben wir eine so starke und geschlossene Wehrmacht zu Land, zu Wasser und in der Luft erhalten, daß wir ruhig den von außen drohenden Gefahren entgegensehen können. Und zugleich war schon 1933 die feierliche Grundsteinlegung des „Hauses der deutschen Kunst", das im Juli 1937 eröffnet ist; unser Führer war von vornherein entschlossen, statt der sogenannten „modernen" Kunst den Weg für eine „deutsche Kunst" freizumachen. Er erklärte bei der Einweihung:

„Ich will in dieser Stunde bekennen, daß es mein unabänderlicher Entschluß ist, genau so, wie auf dem Gebiete der politischen Verwirrung, nunmehr auch hier mit den Phrasen im deutschen Kunstleben aufzuräumen."

Beides bedeutet eine Rückkehr zum Preußentum, unter dessen Schutz die deutsche Kultur im 18. und 19. Jahrhundert ihre höchste Blüte erreicht hat: „Potsdam und Weimar!"[1])

Auf die Richtung kommt alles an. Ich erinnere nochmals an das Wort Rosenbergs, daß wir nicht den Weg des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gehen, sondern den Weg der Rebellen gegen Rom. Der größte „Rebell" war Luther; durch ihn wurde der Weg freigemacht für eine romfreie Kirche, eine romfreie Kultur und den romfreien Staat der Hohenzollern. Als Neues kommt für das heutige Geschlecht die Erkenntnis hinzu, daß die Befreiung unseres Volkes von der Papstkirche und ihren geistigen Einflüssen nicht genügt; es muß sich damit eine Entjudung verbinden. Denn Rom und Juda gehören zusammen. Wir erleben seit Hitlers Machtübernahme die fortschreitende Entjudung auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem Gebiet. Möge auch die Entjudung der christlichen Kirchen gelingen!

[1]) Mitten in der anstrengenden Arbeit für den ersten und zweiten Vierjahresplan bedeutet unserem Führer der Besuch der Bayreuther Festspiele eine Erholung; ja, er findet Zeit, durch den Wiederbeginn deutscher Ausgrabungen in Olympia an frühere kulturelle Leistungen anzuknüpfen.

Noch ein kurzes Schlußwort! Wir leben in einer gewaltigen Sturm- und Drangperiode, und ich danke Gott, daß meine Augen „nach langer Schande Nacht" den neuen Völkerfrühling sehen dürfen. Freilich würde ich bei dem schnellen Sturmschritt nicht mehr mitkommen können, wenn nicht für mich das Wort des Meisters Eckehart gälte, das Alfred Rosenberg zum Motto seines „Mythus" gemacht hat: „als Sehnsucht meines Herzens besaß ich" seit Jahrzehnten all das Große, das heute geschieht, und ich harrte des tapferen Helden, der entschlossen das Tor zum Dritten Reich aufstieß. Wohl weiß ich, daß es auch heute noch zweierlei Deutsche gibt, und daß nicht nur draußen, sondern auch drinnen zahlreiche Feinde auf den Augenblick lauern, wo sie uns eine tödliche Wunde versetzen können. Aber wer in den schweren Jahren 1918—1933 sich, im Vertrauen auf den Gott der Wahrheit, seinen Optimismus bewahrt hat, der schaut jetzt erst recht voll Zuversicht in die Zukunft. Mögen die Nachtalben schreien, wie 1866 der päpstliche Nuntius in München, „il mondo casca" (d. h. die Welt geht unter): wir begrüßen das neue Leben, das der völkische Gedanke und die Erkenntnis von der hohen Bedeutung der Rasse in unser gesamtes politisches, rechtliches, wirtschaftliches, kulturelles und religiöses Denken und Wollen gebracht haben, und wir frohlocken, wie Ulrich von Hutten vor mehr als 400 Jahren: „Die Wissenschaften blühen, die Geister regen sich, es ist eine Lust zu leben."

Register[1].

[1] Dieses Register kann nur die wichtigsten Namen enthalten und wird durch die ausführliche Inhaltsangabe ergänzt.

Aus Besprechungen der

„Angewandten Geschichte"

Band V – Rassenkunde –

Der „Völkische Beobachter" über Wolfs Rassenkunde „... Sein Buch atmet eine heldische Gesinnung und völkischen Kampfgeist. Es ist ein wertvolles Rüstzeug für jeden, der im Studium der Geschichte nicht bloße Befriedigung des Intellekts sucht, sondern aus ihr jenen Idealismus schöpfen will, dessen Einflößung nach Goethes Anschauung ihren höchsten Gehalt ausmacht. Freuen wir uns, daß wir ein so monumentales Geschichtswerk in völkischem Geiste besitzen, und sorgen wir für seine Verbreitung ..." „Nach gewissenhafter Prüfung der Geschichtsbücher des Düsseldorfer Professor Dr. Heinrich Wolf anerkennt die Reichsleitung des NSLB., daß nur der rücksichtslose Kampf für Deutschtum, Christentum und Preußentum, wie ihn alle Wolfschen Werke als Grundideen deutscher Geschichte fordern, unser verführtes Volk retten kann. Die Wolfschen Geschichtswerke ... geben deutschen Lehrern und Erziehern ein vortreffliches Rüstzeug für solchen Geschichtsunterricht."

Band II – Kirchengeschichte –

Gutachten von der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums vom 7. Februar 1935 über Band 2: „Das Buch ist das, als was es sich im Untertitel ausgibt: Eine Erziehung zum völkischen Denken und Wollen. Es ist einfach geschrieben und sehr instruktiv. Es ist zu verbreiten durch Presse und Katalogwesen. Vor allem sollte man es in die Schulbüchereien hineinbringen!"

Band V – Rassenkunde –

Gutachten von der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums vom 23. April 1937: Die Geschichte soll unsere Lehrmeisterin sein für die künftige Rassenzusammensetzung des deutschen Volkes; dies ist der lebendige Leitsatz des bereits im Jahre 1927 erschienenen Buches. Nach einem kurzen allgemeinen Überblick, der sich rassentheoretisch besonders an Clauß anschließt, werden Altertum, Mittelalter und Neuzeit behandelt. Hierbei weiß der Verfasser in geschickter und eindringlicher Weise Bericht, Darstellung und Wertung und zugleich Werbung für seine gesunden und klaren Grundsätze zu geben. Es geht ihm weniger darum, Neues zu sagen oder geistreich zu sein, sondern „das alte Wahre anzufassen", daher auch die häufigen Hinweise auf die führenden Werke der Forschung. Das muß als pädagogisch besonders wirksam bezeichnet werden, da der Verfasser sich ja nicht an den Fachmann, sondern an den ehrlich Suchenden wendet, diesem feste Leitsätze an die Hand gibt und zugleich seinen geschichtlichen Sinn zu eigenem Weiterarbeiten und Weiterstreben weckt. Diese Vereinigung von weltanschaulicher Entschiedenheit mit freier Aufgeschlossenheit gegen die Forschung bildet einen besonderen Vorzug des „Wolfschen Buches". Der Verfasser hat sich in dem vor nunmehr 9 Jahren erschienenen Werk als Vorläufer und Wegbereiter nationalsozialistischer Geschichtsschreibung bewährt. Das Buch ist zu empfehlen.

Die Nationalsozialistische Lehrerzeitung, Bayreuth, schreibt: „Politisch klares Denken muß heute zur vornehmsten Pflicht jedes wahren Deutschen gehören. Die gründliche Kenntnis der Geschichte des Germanentums ist dafür selbstverständliche Voraussetzung. Doch nur durchdachtes Wissen trägt Früchte. Wer den geheimsten Ursachen und deren Wirkungen nachspürt, die verschiedenen Zusammenhänge logisch erfaßt, das Erworbene kritisch verarbeitet – und das besonders auf dem Gebiete der Geschichtsforschung –, der darf durch eigene geschichtspolitische Schulung einen Anspruch auf die Rechte eines deutschen Staatsbürgers erheben. Deutscher Nationalismus muß bewußt dem verheerenden Einfluß seitens Juda und Rom entgegenwirken. Kein starkes Deutschland kann erstehen, wenn der zersetzende Pazifismus alle Kultur- und Rassenunterschiede beseitigt."

Adolf Bartels:

Lessing und die Juden

Eine Untersuchung

2. durchgearbeitete Auflage. 1934. 264 Seiten.
Geheftet 4,80 RM., Ganzleinenband 5,80 RM.

Inhalt: Lessings Lustspiel „Die Juden". – Lessings Herkunft und Entwicklung. – Lessing als Tages- und Kampfschriftsteller. – Lessing und Moses Mendelsohn. – Lessing der Dichter. – Lessing der Kunstrichter und -lehrmeister. – Lessing und Goeze. – Lessings „Nathan der Weise". – Lessings Ende. – Der Spinozastreit. – Lessing und die Nachwelt. – Erich Schmidts „Lessing". – Die Lessingfeier 1929. – Der neue Lessing.

Dieses Buch stellt das Verhältnis Lessings zu Juden und Judentum gründlich dar, ist aber weit mehr als eine Abhandlung über diesen Stoff, ist das abschließende Werk über Lessing überhaupt. Nicht die abschließende Darstellung, aber die abschließende Untersuchung, wie ja auch der Untertitel lautet: keines der Lessing-Probleme, das nicht, unter Heranziehung aller Quellen und Autoritäten, eingehend behandelt würde.

Adolf Bartels:

Der Nationalsozialismus Deutschlands Rettung

4. Auflage. 40 Seiten. Geheftet 70 Pf.

Kurt Klärner:

Deutsche Worte

Eine Auswahl von Lebenswahrheiten für Deutsche von Deutschen

61 Seiten. Ganzleinen 1,80 RM.

„Der Hauptgedanke, von dem sich der Verfasser leiten ließ, gipfelt darin, dem deutschen Lehrer, Erzieher und Christen ein Büchlein zu schaffen, das aus der Fülle der Lebensworte Kraftsprüchlein aufzählt, die dem deutschen Denken und Empfinden im besonderen entsprechen."